

**Die Entwicklung des allgemeinpolitischen Vertretungsanspruches innerhalb
des Verbandes Sozialistischer StudentInnen Österreichs (VSStÖ) in Wien im
Zeitraum von 1965 bis 1973**

D I P L O M A R B E I T

zur Erlangung des Magistergrades der

Philosophie

aus der Studienrichtung Politikwissenschaft

an der Fakultät für Sozialwissenschaften

der Universität Wien

eingereicht von

Sigrid Nitsch

Wien, Dezember 2004

INHALTSVERZEICHNIS

Vorwort	6
1. Einleitung	8
1.1 Fragestellungen	12
1.2 Methodik und Quellen.....	14
1.3 Begriffsbestimmung.....	15
1.3.1 Allgemeinpolitischer Vertretungsanspruch des VSStÖ	16
1.3.2 „Links“ und „Rechts“ im VSStÖ	16
2. Historische Entwicklung der sozialistischen Studierendenorganisation in Wien bis 1964	20
2.1 Von den Anfängen als Freie Vereinigung bis zur Gründung des Verbandes Sozialistischer Studenten Österreichs (VSStÖ)	20
2.1.1 Die sozialistischen StudentInnen und der Erste Weltkrieg	22
2.1.2 Die Sozialdemokratische Studenten- und Akademikervereinigung (SSAV).....	24
2.2 Der Verband Sozialistischer Studenten Österreichs (VSStÖ)	26
2.2.1 Richtungsstreit im Verband – Ein Spiegel der Partei?	27
2.2.2 Der VSStÖ und die zunehmende innenpolitische Eskalation ab 1927.....	29
2.3 Die „Roten Studenten“ im Austrofaschismus	30
2.4 Studentischer Widerstand im Nationalsozialismus.....	32
2.5 Die Wiedergründung im Jahre 1945	33
2.6 Der „Veteranen“-VSStÖ – Linke Opposition in der Partei	34
2.7 Die 50er Jahre – die pragmatische Generation	37
2.8 Die „rechte“ Verbandsführung sichert sich ab – 1960-1964	40
2.8.1 Die „linke“ Fraktion im Exil	41
2.8.1.1 Die Affäre Borodajkewycz	42
2.8.2 Theorie und Selbstverständnis des „rechten“ VSStÖ.....	43
2.9 Zusammenfassung.....	46

3. Die Machtübernahme der „Linken“ im VSStÖ 1966.....	48
3.1 Der Fraktionskampf im VSStÖ von 1964-1966.....	48
3.1.1 Zwei konkurrierende Sektionsvorstände im VSStÖ Wien.....	49
3.1.2 ...und zwei konkurrierende Bundesvorstände.....	54
3.1.3 Die Entscheidung des Parteischiedsgerichts	56
3.1.4 Urwahl in der Sektion Wien	59
3.2 Das politische Bewusstsein der neuen „linken“ Verbandsführung.....	61
3.2.1 Ad fontes – Wissenschaftlicher Sozialismus.....	62
3.2.2 Verstärktes antifaschistisches Engagement.....	63
3.2.3 Antiimperialistisch und -kolonialistisch – Vietnam im Mittelpunkt.....	65
3.2.4 Aktionseinheit zwischen ArbeiterInnen und StudentInnen.....	70
3.2.5 Neue Partizipationsmodelle innerhalb des Verbandes	71
3.2.6 Verortung des Verbandes im politischen Spektrum.....	73
3.3 Der VSStÖ an der Universität.....	77
3.3.1 Hochschulpolitik – „Orchideenfach“ im VSStÖ ?	79
3.3.1.1. Studienbeihilfengesetz, AHStG und besondere Studiengesetze.....	79
3.3.1.2 In der Österreichischen HochschülerInnenschaft	82
3.3.1.2.1 ÖH-Wahl 1967	83
3.4 Die Beziehung VSStÖ - SPÖ.....	85
3.4.1 Die Positionierung des VSStÖ innerhalb der SPÖ.....	86
3.4.1.1 Nationalratswahl 1966 – Opposition statt Koalition.....	86
3.4.1.2 Bruno Kreisky als Parteivorsitzender, der VSStÖ – ein Kritiker	91
3.4.2 Misstrauen bestimmte die Beziehung der SPÖ zum VSStÖ	94
3.4.2.1 Parteikontrolle im ÖH-Wahlkampf 1966/67	95
3.4.2.2 Allianzen des VSStÖ führen zu Demonstrationsabkommen mit der SPÖ ...	96
3.5 Zusammenfassung.....	99
4. Der VSStÖ und das Jahr 1968.....	102
4.1 Der Generationenwechsel im VSStÖ 1967 und die Verbandsentwicklung bis Ende 1969.....	103
4.2. Politische Neuorientierung, Kontinuitäten, strukturelle Änderungen und Brüche .	107

4.2.1 Der VSStÖ und die „,Neue Linke““	107
4.2.1.1 Die neue politische Rolle der StudentInnen als kritische Opposition	111
4.2.1.2 Kritische Auseinandersetzung mit Tabuthemen - „Sexualität ist nicht pervers“	113
4.2.1.3 Bruch mit der austromarxistischen Tradition und Josef Hindels.....	117
4.2.2 Die Bedeutung des SDS für den VSStÖ.....	119
4.2.3 Die Fortsetzung des antiimperialistischen Engagements	124
4.2.4 Veränderungen innerhalb der Verbandsstruktur	130
4.2.4.1 Zwei sozialistische Studierendenorganisationen – VSStÖ & SÖS/FNL....	133
4.3 Hochschule und Demokratie – Reformforderungen im Mittelpunkt	142
4.3.1 Die Aktivitäten des VSStÖ an der Universität – Kampagne zu „Spitzelakten“ und Aktionen bei Inaugurationsfeiern	143
4.3.2 Das VSStÖ-Hochschulkonzept und die SDS-Hochschuldenkschrift.....	149
4.3.3 Die ÖH und die Institutsvertretungen – systemstabilisierender Serviceverein & basisdemokratische Gegen-ÖH ?	153
4.3.3.1 ÖH-Wahlen 1969.....	161
4.4 Auseinandersetzungen mit der SPÖ – zwischen Auflehnung, Bruch, Loyalität und Unterwerfung	165
4.4.1 Bruch des Demonstrationsabkommens am 29.November 1967.....	166
4.4.2 Der „Blasmusikrummel“ am 1. Mai 1968.....	168
4.4.3 Kontroverse am Parteitag im Oktober 1968.....	178
4.4.4 SPÖ-Programmarbeit - Der VSStÖ unter 1.400 ExpertInnen.....	181
4.5 Zusammenfassung.....	184
5. Post-68 – Krise und Konsolidierung	189
5.1 Reflexion, Regeneration und Revitalisierung – Der VSStÖ von 1969 bis 1973	190
5.1.1 Kommunikationsschwierigkeiten zwischen dem Bundesverband und der Sektion Wien	193
5.1.2 Fraktionskampf 1971.....	196
5.1.3 Der steinige Weg zur Konsolidierung	205

5.2 Politische Entwicklung und Aktivitäten des Verbandes: Von der Analyse der Studierendenbewegung bis zur Anti-Nixon-Demonstration.....	212
5.2.1 Kritischer Rückblick auf die Studierendenbewegung in Österreich	213
5.2.1.1 Die neuen Strategie des VSStÖ - Sozialistische Berufspraxis	217
5.2.2 Der VSStÖ und die Kooperation mit linken Studierendenorganisationen und Basis- und Institutsgruppen	221
5.2.2.1 Der Versuch einer „Linken Plattform“	224
5.2.2.2 Der VSStÖ und seine Institutsbasisgruppen	226
5.2.3 Anti-Bundesheer-Kampagne und Proteste gegen Verteidigungsminister Lütgendorf.....	228
5.2.4 Der Blick über den österreichischen Tellerrand– Indochinakampagne im Vordergrund	233
5.3 Der VSStÖ und sein eigentliches Tätigkeitsfeld – Universität und ÖH.....	239
5.3.1 ÖH-Wahlen 1971 – Der „schizophrene“ VSStÖ.....	245
5.3.2 Novellierung des Hochschülerschaftsgesetzes (HSG) 1973	248
5.3.3 Die Position des VSStÖ zum geplanten Universitätsorganisationsgesetz	250
5.4 Der VSStÖ zwischen Distanz und Nähe zur SPÖ	254
5.4.1 Der VSStÖ und die Regierungspartei SPÖ	259
5.4.1.1 Parteitag in Villach 1972 – der VSStÖ bringt sich aktiv ein.....	266
5.5 Zusammenfassung.....	271
6. Schlussbemerkungen	276
7. Abkürzungsverzeichnis	285
8. Bibliographie	288
8.1 Schriftliche Quellen	288
8.2 Internetquellen.....	291
8.3 Literatur.....	293
9. Anhang.....	298
9.1 Interviewdokumentation	298

VORWORT

Die Entscheidung meine Abschlussarbeit zur Verbandsgeschichte des VSStÖ zu schreiben, kristallisierte sich während meiner Arbeit mit Christian Bruckner an der historischen Ausstellung zur 110-Jahr-Feier des VSStÖ im März 2003 langsam heraus. Als uns die damalige Bundesvorsitzende des VSStÖ, Eva Schiessl während der Feier dankte und coram publico verkündete, ich würde meine Diplomarbeit zur VSStÖ-Geschichte verfassen, gab es kein Zurück mehr.

Zunächst wollte ich eigentlich die Wiedergründung des VSStÖ nach 1945 in Angriff nehmen, größtenteils anhand von Interviews mit damaligen ProtagonistInnen, kam dann aber davon ab, und konzentrierte mich vermehrt auf die Sechziger Jahre und die Zeit der Studierendenbewegung. Gerade die Geschichte, die vor über 30 Jahren stattgefunden hat, zum Gegenstand meiner Abschlussarbeit zu machen, lag in der Überzeugung begründet, dass die Ereignisse Ende der Sechziger Jahre, den Beginn einer Transformation der verkrusteten österreichischen Nachkriegsgesellschaft einläuteten, von der wir heute noch zehren.

Wenngleich unsere derzeitige rechts-konservative Regierung die Reformen dieser Zeit rückgängig macht (Universitätsgesetz 2002) oder sie in Frage stellt (Fristenlösung), obwohl der Bundeskanzler selbst ein später „Alt-68er“ aus der katholischen Hochschulgemeinde ist.

Zudem wollte ich der meiner Meinung nach entscheidenden Rolle des VSStÖ an der damaligen Aufbruchstimmung 1967/68 in Wien Rechnung tragen. Die vorhandene Literatur über den VSStÖ erschien mir unzureichend und so habe ich in dieser Arbeit versucht anhand von Quellenmaterial und sieben Interviews die Entwicklung des Verbandes in dieser Zeit deskriptiv darzustellen.

„Wenn es eine Wahrheit gibt, dann die, dass Wahrheit Gegenstand von Auseinandersetzungen ist.“¹

¹ Bourdieu, Pierre, „Sozialer Raum und ‚Klassen‘ – Leçon sur la Leçon“, Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main 1985, S. 61

Ich führe dieses Zitat von Pierre Bourdieu nicht nur deshalb an, weil es eines der schönsten Plakate ziert, das der VSStÖ je produziert hat, sondern weil ich, vorausschicken möchte, dass ich nicht den Anspruch auf reine Wahrheit oder eine objektive Tatsachenbeschreibung in meiner Arbeit erhebe. Ich persönlich glaube, dass es keine niedergeschriebene Wahrheit über erlebte Geschichte gibt, sondern nur unterschiedliche Wahrnehmungen, aus denen es eine Annäherung an die Wahrheit geben kann. Ich habe mich nicht nur mit den Wahrnehmungen von sieben InterviewpartnerInnen, sondern auch mit den damaligen Verbandspublikationen und Briefen auseinandergesetzt und versucht daraus ein möglichst dichtes Ganzes zu rekonstruieren. Mit Sicherheit blieb es beim Versuch, denn viele ProtagonistInnen und Ereignisse blieben unerwähnt und Vieles mag in den Augen Beteiligter verkürzt oder falsch dargestellt worden sein. Sollte dies der Fall sein, so sehe ich meine Arbeit als Anstoß für weitere Auseinandersetzungen mit diesem Teil der Verbandsgeschichte.

Abschließend möchte ich meinen InterviewpartnerInnen Wilhelm Burian, Marina Fischer-Kowalski, Kurt Greussing, Eva Kreisky und Herbert Leirer für ihre Bereitschaft mit mir über ihre Zeit im VSStÖ zu sprechen herzlich danken. Die Interviews mit Ferdinand Laci-na und Hugo Pepper habe ich nicht persönlich geführt. Hierfür sind die ehemaligen VSStÖ-AktivistInnen Sonja Fercher, Gerald Muraier und Tobias Schweitzer verantwortlich, denen ich auf diesem Wege herzlich danken möchte.

Außerdem gilt mein besonderer Dank dem VSStÖ Förderverein für seine finanzielle Unterstützung im Rahmen eines Stipendiums.

Für seinen geduldigen Beitrag zum erfolgreichen Abschluss meiner Diplomarbeit danke ich meinem Betreuer Dr. Johann Dvořák ganz herzlich. Sonja Fercher gebührt für ihre aufopfernde lektorische Unterstützung und manch nützlicher Anmerkung mein größter Dank.

1. EINLEITUNG

In meiner Diplomarbeit habe ich den Versuch unternommen, eine politische Jugendorganisation im studentischen Milieu innerhalb eines gewissen Zeitraums in Bezug auf seine Strukturen, Einstellungen und sein Verhalten zu analysieren. Auf der Basis eines historisch-dialektischen Theorieansatzes habe ich eine Längsschnittanalyse eines kollektiven, politischen Akteurs in Österreich, dem sozialistischen Studierendenverband vorgenommen. Die Entwicklung von einem braven Studierendenverband, also einer rein hochschulpolitisch zentrierten Teilorganisation der SPÖ, hin zu einer gesellschaftspolitisch aktiven, kritischen Institution, mit einem allgemeinpolitischen Vertretungsanspruch, im Zeitraum von 1965 bis 1973 stand dabei im Mittelpunkt. Ich habe mich bemüht einerseits das Wirken und die Charakteristika des Verbandes und andererseits seine spezifische Situation im politischen System in Österreich und seine Einbettung in die innen- und außenpolitischen Umstände dieser Zeit herauszuarbeiten.

Aus biographischen, aber auch persönlichen politischen Motiven fiel meine Wahl auf den Verband sozialistischer StudentInnen Österreichs. Mein lokaler Fokus lag auf den Ereignissen in Wien. Grund dafür war, dass sich in Wien das politische Zentrum des VSStÖ (Bundesorganisation und die größte Sektion des Verbandes) befand, und auch die Produktion der untersuchten Publikationen und Informationsmaterials sowie der Großteil der Aktivitäten (Teach-Ins, Demonstrationen, etc.) in der Bundeshauptstadt stattfand.

Meine Entscheidung mich mit dem Zeitraum der Studierendenbewegung zu beschäftigen, beruhte auf vielen verschiedenen interessanten Erzählungen aus dieser Zeit, aber auch auf Sekundärliteratur, aus der ich wusste, dass der VSStÖ in dieser Zeit eine wichtige Rolle gespielt hatte, ja sogar eine Art „Gravitationszentrum“ der damaligen Linken beziehungsweise fortschrittlich-denkenden Menschen im verkrusteten Parteien- und Verbändestaat Österreich gewesen ist. In einigen Abschnitten der Arbeit wird über die Geschichte des VSStÖ hinausgegangen, weil diese unmittelbar mit innen- oder außenpolitischen Themen

(Nationalratswahlen, Vietnamkrieg, etc.) zusammenhing, die einer kurzen Erklärung bedurften.

Grundsätzlich kann die vorliegende Arbeit als Teil der politischen Kulturgeschichte in Österreich, als Bestandteil der Universitätsgeschichte und der Parteigeschichte der SPÖ gesehen werden, die bis heute nachwirkt.

Neben der für mich spannenden Aufarbeitung des eher belächelten Mythos' 1968 in Österreich, interessierte mich vor allem das Spannungsfeld, in dem sich der VSStÖ der damaligen Zeit bewegte. Neben neuen politischen Theorien, wie zum Beispiel die der „Neuen Linken“, musste sich der VSStÖ mit einem veralteten und starren Universitätssystem und einer allzu bürokratisch und reformistisch scheinenden Partei auseinandersetzen.

Am Beginn der Arbeit steht ein historischer Überblick von der Gründung des Verbandes 1883 bis zum Jahr 1964. Es erschien mir sinnvoll die Geschichte des VSStÖ, sein Engagement an der Universität und innerhalb der SPÖ von Beginn an zusammenzufassen, da in der Ersten Republik und in den Anfängen der Zweiten Republik Kontinuitäten und Brüche auftraten und diese vereinzelt in Verbandstraditionen bis zum näher beschriebenen Zeitraum und darüber hinaus erhalten blieben.

Die Kapitel drei bis fünf sind chronologisch gegliedert, da mir dieser Aufbau in Abfolge der Ereignisse und der Entwicklungsgeschichte am sinnvollsten erschien. Die einzelnen Kapitel sind wiederum thematisch in vier inhaltliche Bereiche gegliedert.

Im jeweils ersten Unterkapitel der drei Abschnitte wird die verbandsinterne personelle, strukturelle und organisatorische Entwicklung des Verbandes in der jeweiligen Phase beschrieben. Das heißt hier werden etwaige Fraktionskämpfe, personelle Wechsel, grundsätzliche politische Arbeit und Ausrichtung hier näher ausgeführt.

Als zweiter Bereich folgt die Auseinandersetzung mit der jeweiligen Programmatik, der politischen Schwerpunktsetzung, Orientierungen und Zusammenarbeit. Welche politische Theorien waren en vogue und wurden rezipiert? Welche Netzwerke zu anderen linken Organisationen im In- und Ausland wurden gepflegt? Welche politische Arbeit (Antikriegsbewegung etc.) wurde außerhalb der Universität geleistet?

Der dritte Themenkomplex schildert durchgehend die universitären Aktivitäten des Verbandes. Die Aufzeichnung der Entwicklung des Engagements des VSStÖ an der Universität um 1968 stellt für mich eine **alternative**, nicht im Mainstream liegende Aufarbeitung der österreichischen Universitätsgeschichte dar. Im Mittelpunkt dieses Teilabschnitts stehen die Anstrengungen des VSStÖ die Studierenden zu mobilisieren und über politische Sachverhalte aufzuklären, die Auseinandersetzung mit der damals konservativen Österreichischen HochschülerInnenschaft, sowie das Ringen um eine Demokratisierung der autokratischen Universitäten und um eine Universitätsreform.

Die vierte Teil der einzelnen Kapitel ist ganz der Beziehung des VSStÖ zur SPÖ gewidmet. Der oftmals spannungsgeladene Umgang des rebellierenden Studierendenverbandes mit der subventionierenden, sich staatstragend gebenden Mutterpartei lässt den Vergleich eines trotzigen Teenagers mit seinem autoritären, aber liebenden Vater zu, geprägt von Zerrissenheit zwischen Familie und Unabhängigkeit bzw. Loyalität und Distanz. Daneben werden die funktionalen Verhältnisse und Spielregeln diese System-Subsystem-Verhältnisses, die oftmals auch informell waren, und die Entwicklung dieser Beziehung im untersuchten Zeitraum genauer untersucht.

Diese Unterteilung macht es möglich, die Arbeit durchgängig nur im Hinblick auf einen Aspekt (Verbandsentwicklung, politische Orientierung und Schwerpunktsetzung, Aktivitäten an der Universität, Verhältnis zur Partei) von Kapitel drei bis fünf zu lesen.

Das dritte Kapitel ist vor allem dem Machtwechsel innerhalb des VSStÖ gewidmet, der die Grundvoraussetzung für den Übergang zu einem gesellschaftspolitisch engagierten Verband studentischer Prägung mit allgemeinpolitischem Vertretungsanspruch war. Besonderes Augenmerk wird in diesem Kapitel auf die Veränderungen in der SPÖ 1966/67 und die Positionierung des VSStÖ gegenüber der nunmehrigen Oppositionspartei SPÖ und ihrem neuen Parteivorsitzenden Bruno Kreisky gelegt.

Im vierten Kapitel wird auf die politische Neuorientierung des VSStÖ im Vorfeld der Ereignisse 1968 näher eingegangen, als sich der Verband den Theorien der „Neuen Linken“ (Marcuse, Adorno, etc.) zuwandte. Die Vorkommnisse in den Maitagen 1968 und die dadurch ausgelösten Konflikte mit der SPÖ, hatten ein sehr ambivalentes Verhältnis der bei-

den Organisationen zueinander zur Folge. Aus politikwissenschaftlicher Sicht sind die Wechselwirkungen zwischen sozialistischer Tradition, Faszination für die „Neue Linke“ und Parteiräson, die seitens der SPÖ vom Verband verlangt wurde, von besonderem Interesse.

Der fünfte Abschnitt dieser Arbeit befasst sich mit der Situation und der Entwicklung des Verbandes post-68, der darauffolgenden Krise und Regeneration des Verbandes bis 1973. Hochschulpolitisch ist die Diskussion um das neue Universitätsorganisationsgesetz, parteipolitisch der Parteitag in Villach 1972 hervorstreichend.

Nach jedem Kapitel erfolgt eine Zusammenfassung, da es mir, auch aufgrund der Länge der Arbeit sinnvoll erschien, die wichtigsten Entwicklungen einer Periode nochmals für die LeserInnen in geraffter Form darzustellen. In den Schlussbemerkungen resümiere ich deshalb nur sehr punktuell, da ich mich vorwiegend auf die ausführliche Beantwortung der Fragestellungen konzentriert habe.

Bedauerlicher Weise hat die Arbeit durch die völlige Ausblendung der besonderen Situation von Frauen im Verband und an den Universitäten einen großen Makel. Im allgemeinen wurde die Geschlechterfrage im VSSStÖ der damaligen Zeit nicht thematisiert. Die Frauen waren, vor allem in FunktionärInnenfunktionen unter- bzw. gar nicht repräsentiert und konnten sich, bis auf wenige Ausnahmen, gegenüber den männlichen Wortführern nicht durchsetzen:

„Die Männer waren eben die ‚besseren‘ Theoretiker, sie konnten sich besser von ihrer Gefühlslage distanzieren, sie ‚quasselten‘ in einem fort bei Schulungen und Veranstaltungen, während die Frauen schwiegen. Die Männer besetzten folglich die Machtpositionen in den Organisationen. Das höchste Glück auf Erden war es, die ‚Begleiterin‘ eines dieser ‚großen‘ politischen Männer zu sein und sich in der politischen Arbeit mit kleinen Tätigkeiten nützlich zu machen. Die unsichtbare Arbeit.“²

Formal verwende ich in dieser Arbeit überwiegend geschlechtneutrale Formulierungen. Ausgenommen sind Originalzitate und Eigennamen (z.B. „Freie Vereinigung sozialisti-

² Kreisky, Eva; „Weibliche Anmerkungen zum männlich verkürzten Marxismus. Guten Tag, Frau Marx!“, in: „Gegen den Strom – Festschrift zum 70. Geburtstag von Josef Hindels“ Verlag für Gesellschaftskritik, Wien 1986; S. 166

scher Studenten“). Zudem ist anzumerken, dass Frauen im untersuchten Zeitraum weder im Verband noch in der ÖH Funktionen bekleideten. Die wahrheitsgetreue Verwendung der maskulinen Form daher auch bei Begriffen wie „Cartellverband-Studenten“ als Zusatzinformation intendiert ist (Intendiertes Maskulinum).

Daneben möchte ich festhalten, dass ich Anhängerin des großen Binnen-Is bin, auch wenn das manche als Störung des Leseflusses empfinden. Mir sind etwaige Unmutsäußerungen immer wieder Ansporn das große I zu verwenden, denn meiner Meinung nach, garantiert nur dieser „Stolperstein“ Aufmerksamkeit und streicht die Rolle der Frau in Bereichen hervor, in denen diese bis dahin als Protagonistinnen ausgeblendet wurden.

Abschließend möchte ich darauf hinweisen, dass ich mich nahezu von Beginn meiner Studienzeit an im VSStÖ engagiert habe, nämlich von 1997 bis zum Jahr 2001. Dadurch habe ich nicht nur die Verbands-, Universitäts- und ÖH-Struktur kennen gelernt, sondern auch Einblick in das Verhältnis zwischen VSStÖ und SPÖ erhalten. Auch ich habe diskutiert, kritisiert, demonstriert, ja mitunter, wenngleich weniger als andere, auch fraktioniert. Von diesem subjektiven Gesichtspunkt aus habe ich diese Arbeit verfasst. Dieses grundsätzliche Wohlwollen der Verfasserin dem VSStÖ gegenüber sollten die LeserInnen im Hinterkopf behalten.

1.1 Fragestellungen

Die zentrale Fragestellung dieser Arbeit, aus der sich Detailfragen ableiten lassen, lautet:

- ☆ Welche Entwicklungen im VSStÖ in Wien in der Zeit von 1965 bis 1973 bedingten den Wandel des Verbandes von der hochschulpolitischen Vorfeldorganisation der SPÖ hin zu einer, in gesellschaftspolitischen Bereichen agierenden, Organisation mit allgemeinpolitischem Vertretungsanspruch? Welche Kontinuitäten oder Brüche fallen auf?

Daraus ergeben sich für die verschiedenen Teilbereiche weitere offene Fragen.

- ☆ Hatten Veränderungen der (internationalen) politischen Rahmenbedingungen Auswirkungen auf das politische Bewusstsein des VSSStÖ und wandelte sich dadurch die Bandbreite der Handlungsstrategien des Verbandes?
- ☆ Welche politischen Denkmuster beeinflussten den VSSStÖ? Wie und woher wurden diese importiert, rezipiert und diskutiert? Gab es Vorbildorganisationen im Ausland, denen im österreichischen Kontext inhaltlich oder organisatorisch-strukturell nachgeei-fert wurde?
- ☆ Wie zentral war die Rolle des VSSStÖ in der StudentInnenbewegung in Österreich? Hätte es ohne den VSSStÖ vielleicht nicht einmal eine „heiße Viertelstunde“ in der ös-terreichischen StudentInnenbewegung und Universitätspolitik Ende der 60er Jahre ge-geben?
- ☆ Welche Verbandsaktivitäten an der Universität trugen zur Veränderung des akademi-schen Klimas an den Hochschulen bei? Welche Rolle spielte der VSSStÖ im Rahmen der Reformierung des österreichischen Universitätssystems bzw. bei der Demokratisie-rung der universitären Strukturen?
- ☆ Wie fand sich der VSSStÖ in seiner neuen Rolle als allgemeinpolitisch aktive Organisa-tion innerhalb der Partei zurecht? Wie reagierte die SPÖ auf den unkonventionellen, kritischen Studierendenverband? Gab es einen Schwellenwert im Konfliktfall, ab dem sich die Spielregeln der Partei gegenüber dem VSSStÖ änderten?
- ☆ Gelang es dem VSSStÖ als Bindeglied/Transmissionsriemen zwischen neuen gesell-schaftlichen Entwicklungen und der Partei zu wirken? Versuchte er so seinen allge-meinpolitischen Vertretungsanspruch innerhalb der SPÖ zu rechtfertigen?

Mein Erkenntnisinteresse orientierte sich daran, diese Fragestellungen zu beantworten und einen Beitrag zur Geschichte, der Verfasstheit und dem Eigenverständnis des VSSStÖ in diesem Zeitraum zu leisten.

1.2 Methodik und Quellen

„Wissenschaft ist kritische Neugier, gebändigt durch nachvollziehbare Methodik“.³

Die vorliegende Abschlussarbeit fußt methodisch hauptsächlich auf der Analyse von Primärquellen, also historischen Materialien, die vom Verband selbst erstellt wurden oder diesen zum Thema haben. Als Beispiele seien der Briefverkehr des Zentralsekretariats der SPÖ mit dem VSStÖ, aber vor allem die damaligen verbandseigenen Publikationen und Zeitschriften, genannt: **strom**, **neue generation**, **neue alternative**, **theorie und praxis** und **rote revue**. Die Quellen aus dem Zentralsekretariat fanden sich im Archiv des Vereins für Geschichte der Arbeiterbewegung (VGA) und eröffneten einen bisher verborgenen Blickwinkel, nämlich jenen der „SPÖ-Schaltzentrale“ auf die Aktivitäten des VSStÖ im untersuchten Zeitraum. Die Verbandszeitschriften fanden sich, oft nach abenteuerlicher Suche in Zettelkatalogen, in der Universitätsbibliothek Wien, der Österreichischen Nationalbibliothek und ergänzend im Archiv des Vereins für Geschichte der Arbeiterbewegung (VGA). Die Sekundärliteratur zum Thema (das Standardwerk von Fritz Keller stellte unter anderem die Grundlage der Literaturrecherche dar) war aufgrund der meiner Meinung nach geringen Anzahl an Werken zum untersuchten Zeitraum problemlos in den Bibliotheken zu orten.

Die Methoden der Textanalyse, die für die Untersuchung dieser Quellen angewandt wurden, sind eine Kombination aus der historischen Methode, also der Quellenanalyse, Quellenkritik und der Quelleninterpretation, der Herstellung einer Verbindung zum historischen Gesamtkontext und der darauffolgenden klassisch-politikwissenschaftlichen interpretativen Methode, der Hermeneutik. In der Analyse habe ich versucht, durch mein erlebtes und erlesenes Vorverständnis politische Zusammenhänge zu erkennen, und die Folgerungen daraus - stets ausführlich begründet - darzulegen.⁴

³ Alemann, Ulrich von/ Tönnemann, Wolfgang „Grundriss: Methoden in Politikwissenschaft“ in: „Politikwissenschaftliche Methoden. Grundriss für Studium und Forschung“ Opladen, 1995, S. 17

⁴ Vgl. „Interpretative Methoden“ in: Simonis, Georg/Elbers, Helmut; „Studium und Arbeitstechniken der Politikwissenschaft“, Verlag Leske + Budrich, Opladen 2003, S. 126-128

Nach ausgiebiger Recherche glaube ich, alle auffindbaren Primärquellen untersucht und deren Inhalte, soweit sie Relevanz für meine Arbeit hatten, eingearbeitet zu haben. Zudem habe ich meine Erkenntnisse aus den Primärquellen mit den Ausführungen in der vorhandenen Sekundärliteratur verglichen und teilweise zu untermauern versucht. Darüber hinaus habe ich das Online-Archiv der Arbeiterzeitung (www.arbeiter-zeitung.at) als weiteres „Beglaubigungsinstrument“ genutzt, wenngleich mit kritischem Blick auf die Berichterstattung, da die AZ das „Zentralorgan der SPÖ“ war. Durch die Verweise auf die Sekundärliteratur, aber auch durch das Zeitungsarchiv im Internet, ist die Nachvollziehbarkeit durch die Leserin und den Leser gegeben.

Fünf bzw. sieben narrative ExpertInneninterviews⁵ mit ehemaligen VSSStÖ-AktivistInnen bilden zusätzliches, selbst erhobenes Primärmaterial. Ich habe bewusst nicht ausschließlich FunktionärInnen des VSSStÖ als GesprächspartnerInnen ausgewählt, sondern auch AktivistInnen und VerfasserInnen diverser Artikel in den Verbandsmedien. Diese Interviews stellen eine Ergänzung der Analysen des oben angeführten Quellenmaterials dar und sollen teilweise die Differenz zwischen dem „politischen Ambitionen“ und der „politischen Anwendung“ verdeutlichen.⁶

Wie schon in der Einleitung ausgeführt ist der methodische Aufbau der Arbeit primär chronologisch. Den Kapiteln ist eine inhaltliche, kontinuierlich fortgesetzte Strukturierung in Verbandsgeschichte, politische Entwicklung, Bezug zur Universität und zur ÖH sowie die Beziehung zur Partei, immanent. Innerhalb dieser inhaltlichen Kapitel wurde versucht die zeitliche Abfolge von Ereignissen einzuhalten.

1.3 Begriffsbestimmung

Vor dem inhaltlichen Einstieg in das Thema halte ich es für notwendig den Begriff des „allgemeinpolitischen Vertretungsanspruches“ sowie die Bedeutung von „links“ und „rechts“

⁵ Fünf Interviews habe ich persönlich mit ProtagonistInnen der damaligen Zeit geführt. Die Interviews mit Hugo Pepper und Ferdinand Lacina haben Sonja Fercher, Gerald Muraier und Tobias Schweitzer geführt. Die Fragestellung dieser Interviews war nicht auf mein Thema abgestimmt. Einzelne Textpassagen die thematisch mit der Arbeit korrelierten, wurden eingebaut.

innerhalb des VSStÖ bzw. der Sozialdemokratie während der untersuchten Zeit näher zu definieren, da es meiner Meinung nach zum Gesamtverständnis der Arbeit beiträgt.

1.3.1 Allgemeinpolitischer Vertretungsanspruch des VSStÖ

Grundsätzlich ist der VSStÖ ein selbständiger Verein, er zählt jedoch zu den Vorfelddorganisation der SPÖ. Der VSStÖ ist primär für die gesellschaftliche Gruppe der StudentInnen zuständig. Zum Vergleich bei anderen Organisationen, die in der Tradition der sozialistischen Bewegung „von der Wiege bis zur Bahre“ wirken sollen, sind es die Kinder (Rote Falken/Kinderfreunde), die FischerInnen (Verband Österreichischer Arbeiter-Fischereivereine) oder die PensionistInnen (Pensionistenverband Österreichs).⁷

Ich definiere den allgemeinpolitischen Vertretungsanspruch des VSStÖ als die Beschäftigung mit Themen, die nicht direkt die Gruppe der StudentInnen, die Studienbedingungen bzw. die Hochschulpolitik betreffen, sondern über den Zuständigkeitsbereich als „zielgruppenorientierte“ Vorfelddorganisation hinausgehen. Vielmehr ist es quasi der selbsterteilte Auftrag, sich im Rahmen der gesellschaftlichen Verantwortung und Ziele zu allgemeinpolitischen Themen (Frauen-, Außen-, Sozial- und Innenpolitik, Bundesheer, etc.) zu äußern und Aktivitäten zu setzen.

1.3.2 „Links“ und „Rechts“ im VSStÖ

Die immer wiederkehrende Unterscheidung zwischen „Linken“ und „Rechten“ im VSStÖ zieht sich wie ein roter Faden durch diese Arbeit. An dieser Stelle möchte ich diesbezüglich einige grundsätzliche Anmerkungen machen.

Diese Ausdifferenzierung der Gruppen beruht innerhalb der Sozialdemokratie auf Entwicklungen in der Ersten Republik. Innerhalb der austromarxistischen Strömung geht sie auf die Dichotomie zwischen dem „Rechten“ Karl Renner bzw. dem „Linken“ Otto Bauer als Personifikationen sich gegenüberstehender Politikkonzepte zurück. Auf der einen Seite

⁶ Die vollständig angefertigten Transkripte sowie die Tonbandaufnahmen der Interviews, teilweise auch in digitaler Form, befinden sich bei der Verfasserin der Diplomarbeit sowie in den VSStÖ-Archivbeständen des Vereins Geschichte der Arbeiterbewegung (VGA), Rechte Wienzeile 97, 1050 Wien.

stand die Gruppe um Karl Renner, die auf eine grundsätzliche Teilnahme der Arbeiterpartei an der „klassenneutralen“, bürgerlichen Staatsmacht ausgerichtet war, auf der anderen Seite Otto Bauer, der den Austromarxismus weiterentwickelte und an der Arbeiterbewegung im revolutionär-sozialistischem Sinn sowie dem „Integralen Sozialismus“ festhielt, nämlich der Überwindung der Spaltung der Arbeiterklasse.⁸

Während in der Ersten Republik das linke Zentrum an der Spitze der Partei stand, konnte sich in der SPÖ-Führung zu Beginn der Zweiten Republik die „Rechte“ (oder die „Sozialdemokraten“) gegen die „Linken“ (oder die „Revolutionären Sozialisten“), unter anderem mithilfe einer Instrumentalisierung des Antikommunismus, durchsetzen.

Diese beiden Strömungen beeinflussten natürlich auch den VSStÖ und schon in der Ersten Republik gab es Auseinandersetzungen zwischen „Gesinnungssozialisten“ und „Interessensozialisten“, die in der Zweiten Republik in der Konfrontation zwischen „Bonzenkindern“ und „Suppensozialisten“ mündete.

Die Charakteristika beider Gruppen im VSStÖ, die ich in Folge näher ausführen will, treten nie in Reinform auf, sondern sind auf verschiedenen Merkmalen beruhende vereinfachte Unterscheidungshilfen.

Die „rechte“ Fraktion kann pauschal als Gruppe von SozialdemokratInnen charakterisiert werden, deren Politikverständnis durch folgende Charakteristika geprägt war: Praxisorientierung, einem gewissen Pragmatismus, Antikommunismus, „Schrebergartenmentalität“ im Sinne von Selbstbeschränkung auf Bildungsarbeit innerhalb der Partei oder allgemeiner Hochschulpolitik und dem Streben nach einer Popularisierung der Partei und der Beteiligung an der Macht im Rahmen einer Regierungsbeteiligung. Zudem galt der Versorgung der Studierenden mit Heimplätzen und guten Ausbildungs- und Studienbedingungen größte Aufmerksamkeit. Dieser Zugang kann als pragmatisch, aber auch praxisbezogen bewertet werden.

⁷ Vgl. Verzeichnis der SPÖ-Organisationen unter http://www.spoe.at/www/page_58.html (Stand: 12.12.2004)

⁸ Vgl. Hindels, Josef „Gegen den Strom – Die Linke in der SPÖ bis 1970“ in: „Gegen den Strom – Festschrift zum 70. Geburtstag von Josef Hindels“ Verlag für Gesellschaftskritik, Wien 1986, S.43ff

Die „Linke“ hingegen war zunächst überwiegend austromarxistisch geprägt, teilweise in dogmatischer Ausprägung, später - nach Abkehr von Josef Hindels - der Neuen Linken (Kritischen Theorie etc.) zugewandt. Zudem stand sie einer bedingungslosen Koalitionsge-sinnung der Partei mit den Bürgerlichen kritisch gegenüber, war aktiv antifaschistisch, antimilitaristisch, antikolonial bzw. –imperialistisch, mit allgemeinpolemischen Vertre-tungsanspruch an den Universitäten und strebte darüber hinaus nach einer klassenlosen, sozialistischen Gesellschaft, war aber auch zeitintensiven Theoriediskussionen zugetan. Gegenüber dem Kommunismus reichte auf der „linken“ Seite die Bandbreite der Meinun-gen von völliger Distanzierung bis hin zu einer kritisch-solidarisch Einstellung.

Die Abgrenzungsmechanismen beider Gruppen im VSStÖ trugen auch seltsame Blüten, indem manche durch völlig irrational erscheinende lokale Vorurteile den Fraktionen zuge-rechnet wurden.

„Mein Mitgliedsausweis des VSStÖ trägt als Eintrittsdatum den 1. Oktober 1966. Es war damals selbstverständlich, dass nach einer Sozialisierung im VSM Kärnten (...) mein erster Weg in Wien, (...) in die Werdertorgasse führte. Peter Kreisky und Karl Ucakar haben für den Verband meinen Ausweis unterschrieben. Das Gastspiel war kurz. Als Kärntner auto-matisch den ‚Rechten‘ zugezählt, fand ich mich bald ausgeschlossen durch die Maschinerie des Fraktionskampfes, die mich schon traf ehe ich ihre Existenz realisierte oder gar verstand.“⁹

Die Kategorien „Links“ und „Rechts“ sind keine statischen, da im Laufe der Zeit, vor al-lem durch den Einfluss der „Neuen Linken“ und die Ausdifferenzierung auf der linken Seite der Studierendenbewegung, viele wurden plötzlich als „Rechte“ bezeichnet, die zu-vor am „linken“ Rand standen.

„Es hat keine klaren Abgrenzungen gegeben außer das wir, (...) die damals im VSStÖ blie-ben, und nicht sozusagen rausgingen und entweder maoistische oder SÖS oder was auch immer wurden, plötzlich die ‚Rechten‘ waren.“¹⁰

⁹ Helmut Konrad, in: Weigand, Hans Peter/Winkler, Werner; „Diese Welt muss unser sein – Die sozialistischen Studierenden in Graz 1919-1991“, Graz 1992, S. 5

¹⁰ Interview Herbert Leirer, 28.8.2004, S. 13

Zudem muss festgehalten werden, dass die Bezeichnung „Rechte“ meist von „linker“ Seite als Schimpfwort und Abgrenzungsmittel gegenüber einer anderen Gruppe verwendet wurde. Die sogenannten „Rechten“ hätten sich jedoch nicht als solche charakterisiert.

Im Bezug zur SPÖ sahen sich die „Linken“ stets am linken Rand der SPÖ angesiedelt, teilweise auch als „proletarisches“ oder „revolutionäres Gewissen der Partei“.¹¹ Im Zuge der Studierendenbewegung wurde unter den „Linken“ im VSStÖ immer wieder die Loslösung des Verbandes von der „reformistischen“ SPÖ diskutiert.

Auch die „Rechten“ sahen sich noch in den frühen Fünfziger Jahren „links“ vom Parteivorstand. Gegen Ende der Fünfziger Jahre trat diese Fraktion für die Umwandlung der SPÖ in eine „Volkspartei“ ein und stand so - bis zur Machtübernahme der „Linken“ - am „rechten“ Rand der Partei.¹²

¹¹ Vgl. Heilingsetzer, Ariane/Mesner, Maria/Rögl, Heinz/Weber, Fritz: „Die Geschichte des Verbandes Sozialistischer Studenten Österreichs (VSStÖ) 1945-1970“ Projektbericht BMWF, Wien 1989, S. 163

¹² Vgl. ebd.

2. HISTORISCHE ENTWICKLUNG DER SOZIALISTISCHEN STUDIERENDENORGANISATION IN WIEN BIS 1964

Zu Beginn meiner Arbeit möchte ich einen kurzen, skizzenhaften Überblick über die historische Entwicklung der sozialistischen StudentInnenorganisation in Wien bis zum Fraktionskampf innerhalb des Verbandes Mitte der sechziger Jahre des 20. Jahrhunderts geben. Diese Übersicht soll zum Gesamtverständnis der Verbandsgeschichte beitragen.

Daneben sollen mit dieser Übersicht auch wiederkehrende Probleme sowie Kontinuitäten innerhalb des Verbandes, an den Universitäten sowie im Verhältnis zur Sozialdemokratischen Partei herausgearbeitet werden, um daraus Schlüsse und/oder Parallelen auf den darauffolgenden genauer untersuchten Zeitraum zwischen 1965 und 1973 ziehen zu können.

2.1 Von den Anfängen als Freie Vereinigung bis zur Gründung des Verbandes Sozialistischer Studenten Österreichs (VSStÖ)

Die ersten Organisationsversuche von fortschrittlichen und sozialdemokratischen StudentInnen können schon im Jahr 1889 nachgewiesen werden. Der „Österreichische Studentenverein“, mit sozialdemokratischen Grundsätzen und Leitung ausgestattet, stellte sich gegen die zunehmend aggressiver und antisemitisch agierenden nationalen Studentenverbindungen. Er wurde jedoch schon nach kurzer Zeit unter dem Vorwurf, Verbindungen zu englischen, italienischen Arbeitervereinen und sozialistischen Führern in Wien zu haben, polizeilich aufgelöst.

Im Laufe des Jahres 1893 schlossen sich zwei sozialistische Diskussionszirkel zur sozialistischen Studierendenorganisation „Freie Vereinigung“ mit Max Adler als Obmann zusammen: der „Lese- und Diskutierklub Veritas“ unter der Leitung von Karl Leuthner und der „Heiligen-Leopold-Kreis“ (Treffpunkt Gasthof Heiliger Leopold in Wien-Leopoldstadt) um Julius Sesser. Das Selbstverständnis von Studierendenorganisationen innerhalb der

sozialistischen Bewegung beschrieb Max Adler als „*Bildungsstätten für den Sozialismus*“ und „*keine Kampforganisationen*“¹³.

Die „Freie Vereinigung“ setzte sich aus Studierenden jüdischer Herkunft mit nicht-zionistischer Einstellung, der „*deutscher Aufsteiger-Intelligenz*“¹⁴, welche sozial, nationalbewusst und pragmatisch eingestellt waren, sowie liberalen Intellektuellen mit antiklerikalen Anliegen zusammen.¹⁵

1896 trat die „Freie Vereinigung“ mit der Veranstaltung „Die sozialistische Bewegung und die Studentenschaft“ mit Victor Adler als Referenten das erste Mal an die universitäre Öffentlichkeit. Dieser schilderte in seinen Ausführungen die Funktion der Studenten in der sozialistischen Bewegung als Botschafter des Wissens, das sie in ArbeiterInnenbildungsvereinen und anderen Institutionen vermitteln sollten.

Entscheidenden Einfluss für den Aufwärtstrend der „Freien Vereinigung“ hatten die Auseinandersetzungen um die Einführung eines allgemeinen Wahlrechts. Die Wahlrechtsbewegung hatte sehr positive Auswirkungen auf die Mitgliederanzahl der „Freien Vereinigung“. Insbesondere nicht-deutsche Studierende traten bei und bildeten eigene Sektionen. Ein weiterer wesentlicher Punkt, der zur Erstarkung der Organisation führte, war die Kooperation mit den sozialistischen Mittelschülern, die nach ihrer Gymnasialzeit nahtlos in die „Freie Vereinigung“ übertraten.¹⁶

Neben dem Kampf für das allgemeine Wahlrecht, setzte sich die „Freie Vereinigung“ für den Abbau von Bildungsprivilegien ein. An den Universitäten selbst traten sie für die Errichtung eines offiziellen allgemeinen Hochschulausschusses bestehend aus 24 gewählten Ausschussmitgliedern ein. Dieser Vorschlag, im Sinne einer Studierendenvertretung vergleichbar mit der heute bestehenden Österreichischen HochschülerInnenschaft, wurde von der damaligen akademischen Administration an der Universität Wien aufgrund angeblicher formaler Schwierigkeiten abgelehnt. Als wahren Grund vermutet Zoitl jedoch Widerstand

¹³ Vgl. Adler, Max: „Zur Frage der Organisation des Proletariats der Intelligenz“ in: Neue Zeit Jg. XIII/1 (1894/95), S. 728; zit. nach Zoitl, Helge: „Student kommt von Studieren!“; Wien 1992; Europa Verlag; S. 56f.

¹⁴ Diese Gruppe hatte den sozialen Aufstieg geschafft, sich aber ihrer Herkunft bewusst, engagierten sie sich sozial und in der Organisationsarbeit der ArbeiterInnenbewegung. Vertreter dieser Gruppe waren Karl Renner, Engelbert Pernerstorfer und Karl Leuthner. Vgl. Zoitl 1992, S. 61f.

¹⁵ Vgl. ebd.

¹⁶ 1908 wurde eine illegale, sozialdemokratisch ausgerichtete, Mittelschülervereinigung unter Adolf Schärf gegründet. Vgl. Zoitl 1992, S. 79

gegen die Demokratisierung der Universität.¹⁷ Aufgrund der Übermacht der deutschnationalen Verbindungen an der Universität hielt sich die politische Einflussnahme der „Freie Vereinigung“ stark in Grenzen.

Der Revitalisierung der „Freie Vereinigung“ folgte eine Namensänderung am 7. September 1909 in „Freie Vereinigung sozialistischer Studenten“. Die Bedeutung der Vereinigung stieg durch die Ausbildung der Studierenden zu Lehrkräften für die Arbeiterbildungsvereine und als „Kaderschmiede“ für spätere wichtige Akteure der Sozialdemokratie wie Karl Renner, Otto Bauer oder Adolf Schärf.

2.1.1 Die sozialistischen StudentInnen und der Erste Weltkrieg

Der Aufwärtstrend der „Freien Vereinigung sozialistischer Studenten“ seit 1908 wurde durch den Kriegsausbruch 1914 gestoppt. Der Grund dafür war der Einzug vieler Studierender zum Militär, wodurch die Vereinigung zu einer größtenteils weiblichen Studierendenorganisation wurde.

Die Veranstaltungstätigkeit der „Freien Vereinigung sozialistischer Studenten“ an der Universität verringerte sich stark. Mit einem letzten Versuch eine politische Veranstaltung von Friedrich Adler über den „Krieg 1870/71 und die Sozialdemokratie“ an der Universität Wien im Wintersemester 1915/1916 abzuhalten, erlischt das politische Engagement der sozialistischen Studierendenorganisation auf akademischen Boden, zumindest bis Kriegsende.

Ob die allgemeine Kriegseuphorie, die an der Universität Wien nicht nur ideelle,¹⁸ sondern auch materielle¹⁹ Ausprägung erhielt, auch die sozialistischen StudentInnen ergriffen hatte, ist ob der kargen Quellenlage nicht zu belegen.

Mit Andauern des Krieges, Frontberichten Heimgekehrter und zunehmender Proletarisierung der StudentInnen stieg die Opposition innerhalb der „Freien Vereinigung sozialistischer Studenten“ gegenüber den Kriegsaktivitäten.

¹⁷ Die Universitäten und deren bürgerliche Leitung waren von der Demokratisierungswelle im Zuge der Einführung des allgemeinen Wahlrechts unerfasst geblieben. Vgl. Zoitl 1992, S. 83

¹⁸ Im Sinne von Propagierung des Nationalismus zur Steigerung der Kriegsbereitschaft sowie des Verteidigungskrieges zur Rettung des Abendlandes; Vgl. Zoitl 1992, S. 103f.

¹⁹ Errichtung eines Verwundetenspitals und Einberufung einer akademischen Hilfslegion bei halbierten HörerInnenzahlen; Vgl. Zoitl 1992, S. 105f.

Die Studierendenorganisation pflegte Kontakte zum „Verein Karl Marx“, einem Sammelzentrum des linken, kriegsfeindlichen Parteiflügels. Nach dem Attentat von Friedrich Adler²⁰, der auch Mitglied dieses Vereins war, führte die Polizei Hausdurchsuchungen, auch im Vereinslokal²¹ der „Freien Vereinigung sozialistischer Studenten“ durch, sperrte und versiegelte es. Nach der Eröffnung des Reichsrates entspannte sich die politische Situation etwas, und die sozialistischen Studierenden konnten ihre Aktivitäten wieder legal durchführen.²² Das Attentat von, beziehungsweise der Prozess gegen, Friedrich Adler stellte jedoch einen „Beschleunigungspunkt“ in der Radikalisierung der ArbeiterInnenschaft und der pazifistischen Bewegung der sozialistischen StudentInnen dar, die in Streiks und zahlreichen Demonstrationen ihren Ausdruck fanden.

Der Jännerstreik 1918, der im Zeichen der russischen Revolution stand und die Möglichkeit eines Umsturzes des Systems geboten hätte, wurde von der Sozialdemokratischen Partei sehr schnell in ihrem Sinne „kanalisiert“ und bereits am siebenten Tag durch den Wiener Arbeiterrat abgebrochen. In die linksradikalen Streikaktivitäten waren Mitglieder der sozialistischen StudentInnenorganisation unter anderem im Arbeiter- und Soldatenrat involviert. Der Streik vom 14. bis 20. Jänner 1918 brachte in Folge die Suspendierung, behördliche Auflösung und das Verbot der „Freien Vereinigung sozialistischer Studenten“ und die Inhaftierung wichtiger politischer Funktionäre wie Franz Koritschoner. Käthe Leichter führt später dazu aus:

„Es kam der Jännerstreik, Hoffnung auf Frieden, Hoffnung auf Revolution. Sozialistische Studenten saßen in den illegalen Aktionskomitees der Linksradiكالen, verfassten Streikaufrufe, trugen sie heimlich aus, sprachen in Streikversammlungen. [...] Und weil wohl wenige soviel jugendliche Begeisterung, soviel glühende Hoffnung an die Bewegung geknüpft hatten, war der Katzenjammer nach dem Zusammenbruch des Streiks umso größer. [...] Die Vereinigung war aufgelöst [...] – die Mitglieder entmutigt.“²³

²⁰ Der vehemente Kriegsgegner Friedrich Adler erschoss am 21. Oktober 1916 in einer Einzelaktion den Ministerpräsidenten Grafen Stürgkh.

²¹ Das Lokal befand sich damals in der Schlösselgasse 11 in Wien, Josefstadt.

²² Vgl. Zoitl 1992, S. 124f.

²³ Leichter; Käthe; „Die Wiener sozialistische Studentenbewegung im Krieg“, in: Sozialistische Akademische Rundschau; Jg. 2 (1929), Heft 7, S. 26-27; auch zit. in Speiser 1986; S. 5

Trotz dieses Rückschlages setzten die sozialistischen StudentInnen ihre friedenspropagandistischen Tätigkeiten²⁴ illegal bis zu ihrer offiziellen Auflösung am 10. April 1918 fort. Innerhalb der Vereinigung kam es bezüglich der Strategie und der Methode im „Kampf“ für den Frieden im Jahr 1917 zu erheblichen Auffassungsunterschieden, die in der Herausbildung zweier Fraktionen mündeten. Auf der einen Seite befanden sich „linke“ parteiverbundene VerfechterInnen der Bildungsarbeit, angeführt von Anna Frey, die für eine Beibehaltung der Lehrtätigkeit in den Wiener Bezirksorganisationen eintraten. Die andere, „linksradikale“ Seite mit Franz Koritschoner und später Elfriede Friedländer-Eisler verlangte die alleinige Konzentration der Studierenden auf das Mitwirken bei allen revolutionären Aktivitäten der ArbeiterInnenklasse. Interessant ist, dass ein sogenannter „rechter“ Flügel, wie in der SDAPÖ, orientiert an Karl Renner, Engelbert Pernerstorfer und Karl Leuthner, innerhalb der Vereinigung nicht vorhanden war.²⁵

Die „Freien Vereinigung sozialistischer Studenten“ war also aufgrund dieser Fraktionen zwischen „*Kampf- und Erziehungsorganisation*“ hin- und hergerissen, wie es Käthe Leichter später schilderte.²⁶ Im Herbst 1917 ging mit Elfriede Friedländer-Eisler eine Vertreterin der linksradikalen Kampforganisationsstrategie aus den „Obmannwahlen“ hervor und löste damit Anna Frey ab.²⁷

2.1.2 Die Sozialdemokratische Studenten- und Akademikervereinigung (SSAV)

Nach der Auflösung der Habsburgermonarchie und der Gründung der Republik (Deutsch-) Österreich am 12. November 1918, riefen Max Adler, Käthe Pick und Otto Leichter am 21. November 1918 die „Sozialdemokratische Studenten- und Akademikervereinigung“ (SSAV) ins Leben. Die „Freien Vereinigung sozialistischer Studenten“ war, durch den Übertritt des letzten, überwiegend „linksradikalen“ Vorstandes zur „Kommunistischen

²⁴ Vorträge an der Universität, wie zum Beispiel Max Adler über „Der Gewaltfrieden von Brest-Litowsk“ am 13. März 1918; Vgl. Zoitl 1992, S. 136f.

²⁵ Vgl. Zoitl, 1992; S. 165

²⁶ Vgl. Leichter 1929; S. 26, auch zit. in Speiser 1986, S. 5; sowie Zoitl, 1992, S. 124 & 127

²⁷ Zu den weiblichen „Obmännern“ ist anzumerken, dass diese Tatsache weniger ein Zeichen von emanzipiertem Denken innerhalb der Freien Vereinigung war, als vielmehr das Faktum, dass der Großteil der Männer Militärdienst leistete. Zudem sind nach dem Ersten Weltkrieg bis in die späten 80er Jahre des 20. Jahrhunderts (Karin Kern-Wessely, 1989-1991) keine weiblichen Vorsitzenden bekannt.

Partei [Deutsch]-Österreichs“ (KP[D]Ö),²⁸ eine kommunistische Studierendenorganisation mit dem Beinamen „Gruppe Kommunistischer Studenten, Universität“ geworden.²⁹

Die SSAV bekannte sich zur „Sozialdemokratischen Arbeiter-Partei Österreichs“ (SDAPÖ), jedoch unter Berufung auf Friedrich Adler, also dem linken Parteiflügel zugehörig. Die SSAV veranstaltete Kurse wie unter dem Titel „Einführung in den Sozialismus“ oder „Marxismus und Marx-Kritik“ und organisierte sich erstmals in Fach- oder Hochschulgruppen.

Der Versuch der SSAV, die Universität mit Arbeiterratswahlen im Frühjahr 1919 und der Forderung nach einem allgemeinen Hochschulausschuss im Herbst 1919 zu demokratisieren und an der Universität Fuß zu fassen, scheiterte. Trotz der Vormachtstellung der Sozialdemokratie außerhalb der Universitäten zu dieser Zeit, bildete die SSAV, obgleich eines kurzen Aufschwungs,³⁰ im Vergleich zu den übermächtigen reaktionären, deutschnationalen und klerikalen Verbände³¹ eine Minderheit.

Die Unterstützung der SDAPÖ gegenüber der SSAV beschränkte sich finanziell auf ein Minimum und auch inhaltlich gab es zum Beispiel in der Frage der Erhöhung des Kollegengeldes im April 1920 erhebliche Differenzen.³² Die SSAV kritisierte das Desinteresse der Partei aufs Schärfste und warnte vor den erstarkenden reaktionären Bewegungen auf der Universität, die jedoch lange Zeit nicht ernst genommen wurden.³³

Der erste Verbandstag der neuzugründenden gesamtösterreichischen SSAV fand am 13. November 1921 in Wien statt und war eigentlich der Zusammenschluss der Wiener, Grazer und möglicherweise auch Innsbrucker³⁴ sozialdemokratischen Studierendenorganisationen. Die Hauptforderungen des damaligen Verbandstages waren „*Unentgeltlichkeit des Studiums und Gewährleistung eines Lebendunterhaltes während der Studien durch den Staat.*“³⁵

²⁸ Die Gründung der KPÖ erfolgte am 3. November 1918. Die *Gruppe* (Elfriede) *Friedländer* nahm daran teil.

²⁹ Vgl. Zoitl, 1992; S. 174

³⁰ Im November 1918 kam es, begünstigt durch die Konjunktur, zu einer erheblichen Mitgliedersteigerung in der Sozialdemokratie und auch in den sozialistischen StudentenInnenorganisationen. Im Jahr 1920 wandten sich viele „November- oder KonjunktursocialistInnen“ jedoch wieder von der Sozialdemokratie ab. Vgl. Zoitl 1992, S. 175 & 277

³¹ Diese Verbände konnten ihre Vormachtstellung auf akademischem Boden durch die von ihnen ab 1921 abgehaltenen Hochschulkammerwahlen für „Hörer deutsch-arischer Abstammung“ und dem „Knüppelkomment“ (Tätliche Angriffe der rechten Reaktionäre an der Universität gegenüber Andersdenkenden), wieder vollständig zurückgewinnen.

³² Vgl. Zoitl 1992; „Der Kollegengeldrummel“, S. 259-264, S. 294

³³ Vgl. ebd. S. 245

³⁴ Das Bestehen einer Innsbrucker Gruppe ist nicht gesichert. Vgl. ebd. S. 305f.

³⁵ Arbeiter-Zeitung, 21.11.1921 „Ein Verband sozialistischer Studenten“ zit. nach ebd. S. 306

Ab dem Jahr 1923 nahm die Entwicklung der SSAV einen positiven Verlauf. Dies hing mit dem Bezug eines neuen Verbandshauses in der D'Orsaygasse 5 in Wien-Alsergrund zusammen, das von Stadtrat Dr. Julius Tandler vermittelt wurde. In diesem Haus wurde ein Studierendenheim, eine Mensa und ein Studiersaal eingerichtet. Die Veranstaltungen der SSAV (Marx-Seminare, hochschul- & allgemeinpolitische Diskussionen) und die Service-Journalsdienste für Studierende fanden nun dort statt.

Aufgrund der anhaltenden prekären sozialen Lage der Studierenden kam es im Februar 1923 zur Gründung der „Wirtschaftshilfe der Arbeiterstudenten Österreichs“ (WIHAST).³⁶ Die SSAV, deren Mitglieder auch die Geschäftsführung der WIHAST dominierten, verzeichnete durch den „eigenen“ Wirtschaftshilfeverein innerhalb eines Jahres einen erheblichen Mitgliederzuwachs.³⁷

Hauptaugenmerk richtete die SSAV aber auf die Bildungsarbeit, welche der Studierendenorganisation von Seiten der Partei als Aufgabenbereich auch zugeschrieben wurde. Hierbei ist anzumerken, dass die SDAPÖ ab dem Jahre 1923 auch verstärktes Interesse, für die Entwicklungen an den Hochschulen bzw. auch in der SSAV zeigte.³⁸

2.2 Der Verband Sozialistischer Studenten Österreichs (VSStÖ)

Am Delegiertentag der SSAV am 9. und 10. Februar 1924 stand die organisatorische Zusammenfassung aller verschiedenen Gruppen sozialdemokratischer StudentInnen, d.h. aller bestehenden Fachvereine, Bezirksgruppen, Sport- und Kulturorganisationen, zu einem „Verband sozialistischer Studenten Österreichs“ (VSStÖ) im Mittelpunkt.³⁹ Der erste Vorsitzende des VSStÖ war Eduard Stark. Für hochschulpolitische Fragen wurde ein eigener „Sozialistischer Hochschulausschuss“⁴⁰ gewählt, der wenige Zeit später, aufgrund der massiven Erhöhung der Studiengebühren (März 1924) und einem eingeführten „deutschradika-

³⁶ Die galoppierende Inflation und der Ausschluss von sozialistischen und jüdischen Studierenden aus deutschnational dominierten Mensen veranlasste die WIHAST Heimplätze, Verpflegungsmöglichkeiten und sogar eine Krankenversicherung für Mitglieder zu schaffen. Vgl. Zoitl 1992, S. 344ff.

³⁷ 1922 hatte die SSAV „kaum 50 Studenten in ihren Reihen“. 1923 konnte durch die „Loslösung der proletarischen Studenten aus den wirtschaftlichen Fesseln des Bürgertums“ bereit 800 Mitglieder gezählt werden (Vgl. Zoitl 1992; S. 310 & 348)

³⁸ Otto Bauer unterstrich dies in einer Rede: „(...) die Arbeiterklasse, wenn sie sich das Eigentum an den Produktionsmitteln erobern will, vor allem das wichtigste aller Produktionsmittel erobern muss: das Wissen, die Wissenschaft, also auch die Pflegestätte der Wissenschaft, die Hochschulen.“ (Bauer, Otto: „Sozialismus und Wissenschaft“, Arbeiter-Zeitung, 10.5.1924; zitiert in: Zoitl 1992; S. 465)

³⁹ Vgl. ebd. S. 380ff.

⁴⁰ Dieser Ausschuss setzte sich aus FunktionärInnen der verschiedenen Studierendenorganisationen (Sektion Universität [Wien], Technik, Sportgruppen, WIHAST etc.) zusammen.

len“ Studentenrecht⁴¹ (September 1924), Protestaktionen an der Universität Wien und der Technischen Hochschule Wien startete.

1925 fand die Zusammenarbeit des VSSStÖ, der mittlerweile auf 1500 Mitglieder angewachsen war, mit der SDAPÖ seine bislang stärkste Ausprägung. Im Zeichen der Hochschulkrawalle⁴² wurde der „Verein für sozialistische Hochschulpolitik“ in Übereinstimmung mit dem Parteivorstand gegründet. Dieser sollte die Geschehnisse an den Hochschulen verfolgen, die sozialistischen Studierenden unterstützen und ein eigenes sozialdemokratisches Hochschulprogramm erarbeiten. Diese Unterstützung war jedoch mit einer Bedingung an den VSSStÖ geknüpft: Absolute Abgrenzung gegenüber der kommunistischen „Freien Vereinigung sozialistischer Studenten“.⁴³

2.2.1 Richtungsstreit im Verband – Ein Spiegel der Partei?

Am Verbandstag 1925 traten innerhalb des Verbandes grundsätzliche Unterschiede zwischen zwei Gruppen, ähnlich wie 1917, zu Tage, wenngleich die Loyalität zur SDAPÖ unumstritten war.

Besonders auffällig ist, dass diese Gruppen die Fraktionen innerhalb der SDAPÖ widerspiegelten. Die sogenannten parteitreuen *D’Orsayisten*⁴⁴ standen Karl Renner, Adolf Schärf und Julius Tandler nahe, die Linksoption hatte in Otto und Helene Bauer, Max Adler und Käthe Leichter ihre MentorInnen gefunden.

Otto Bauer, Debattenredner am Verbandstag, charakterisierte die Gruppen in der „Arbeiter-Zeitung“ (AZ)⁴⁵ vorsichtig einerseits als jene, „*die an der lebendigen Praxis der Arbeiterbewegung Anteil (...) nahm*“ (gemeint sind hierbei die *D’Orsayisten*), und andererseits als die marxistischen TheoretikerInnen, die „*vor allem das geistige Niveau der sozialistischen Studenten zu heben suche[n]*.“ Überdies warnte er eindringlich vor der Erstarrung in

⁴¹ Enthielt faktischen numerus clausus für jüdische Studierende aus osteuropäischen Staaten. Vgl. Zoitl 1992, S. 388ff.

⁴² Im Jahr 1925 kam es zu Zusammenstößen zwischen den studentischen Gruppen an der Universität, sodass der Vorlesungsbetrieb oft tagelang eingestellt werden musste. Die akademischen Behörden stellten sich zumeist auf die Seite der reaktionären, antisemitischen Studierenden. Die sozialistischen StudentInnen und Professoren waren massiven Repressalien seitens der deutschnationalen Studentengruppen ausgesetzt. Vgl. Zoitl, 1992; S. 421 ff.

⁴³ Vgl. Zoitl, 1992; S. 466

⁴⁴ Name leitet sich von Heim in der D’Orsaygasse ab. HeimbewohnerInnen gehörten meist der Fraktion der Arbeiter-StudentInnen an. Vgl. ebd. S. 355

⁴⁵ Arbeiter-Zeitung (AZ), 8.4. 1925: Die sozialdemokratischen Studenten; zit. in Zoitl, 1992; S. 467

den Richtungsgegensätzen und verlangte die Synthese beider, da diese „*doch erst den ganzen Sozialismus ergibt*“.

Charakteristisch war die Herkunft der Gruppenangehörigen: Die *D'Orsayisten* kamen überwiegend aus Arbeiterfamilien, die das Hochschulstudium als Chance für geistigen und materiellen Aufstieg sahen. Die linke Opposition, mehrheitlich „Gefühlssozialisten“, stammte vorwiegend aus kleinbürgerlichem Milieu, dem sie aber ablehnend gegenüberstanden, da es ihnen reaktionär erschien.⁴⁶ Albert Lauterbach teilte die Gruppen in „*Gesinnungssozialisten bürgerlicher Herkunft und Interessensozialisten proletarischer Herkunft*.“⁴⁷

Die Divergenzen wurden größer und - trotz Bauers Warnung - unüberwindbar.⁴⁸ Die *D'Orsayisten* hielten ihre „Mehrheiten“⁴⁹ bis zur Auflösung des Verbandes 1934, mit Hilfe der WIHAST-HeimbewohnerInnen.

Die Übermacht der deutsch-völkischen Studierenden an der Universität verursachte im Zuge der anhaltenden Fraktionskämpfe am Verbandstag 1932 heftige Auseinandersetzungen in Bezug auf die zukünftige Fokussierung der Verbandsaktivitäten. Eine Gruppe vertrat den Standpunkt, sich „*mit der heutigen Hochschulorganisation und dem geltenden Studienplan kritisch auseinander[zu]setzen*“ und „*mit allen unseren Gegnern auf geistigem Gebiet den Kampf aufnehmen, in ihre Versammlungen gehen und sprechen*.“⁵⁰ Die andere Seite, trat für einen „*aktiven antifaschistischen Kampf aller proletarischen Studenten, mit Unterstützung der Arbeiterschaft*“ im „*Tageskampf des Proletariats*“ ein, und gegen eine „*Überschätzung der Hochschulpolitik als einzige Aufgabe der sozialistischen Studenten*.“⁵¹ Die zweite Gruppe kann mit der „linksradikalen“ Strömung innerhalb der

⁴⁶ Vgl. Speiser 1986, S. 32

⁴⁷ Lauterbach, Albert: „Krise der Begriffsklarheit“ in: Sozialistische Akademische Rundschau; Jg. 2 (1929); „Krise der Begriffsklarheit“ zit. in: Speiser 1986, S. 38

⁴⁸ Um sich von der jeweiligen anderen Gruppe abzugrenzen, wurden eigene negative Bezeichnungen geschaffen. Die Linksopposition wurden als „Talmudisten des Marxismus“ bezeichnet, welches eine Synthese aus Anti-Intellektualismus und latenten Antisemitismus widerspiegelt, und die andere Gruppe als „Pragmatiker“ oder „Arbeiterstudenten“. (Vgl. Zoitl 1992; S. 469f.)

⁴⁹ 1929 wurde in der Sektion Universität des VSStÖ von einer Direktwahl der FunktionärInnen durch eine Zufallsmehrheit von Anwesenden abgegangen und zu einer Delegiertenversammlung der einzelnen Fachgruppen der Sektion Universität übergegangen.

⁵⁰ Walter Wodak „Das Ziel unserer sozialistischen Hochschulpolitik“ in: Sozialistische Akademische Rundschau, Jg. 4, Heft 1, Jänner 1931, S. 9-1; zit. auch in: Speiser 1986, S. 108f.

⁵¹ Franz Weintraub „Was will die ‚Linke‘ in der sozialistischen Studentenorganisation?“ in: Sozialistische Akademische Rundschau, Jg. 5, Heft 3, S. 40-41, März 1932; zit. auch in: Speiser 1986, S. 109

sozialistischen Studierendenorganisation im Jahr 1917 verglichen werden (Vgl. Kapitel 2.1.1).

Die Konfrontationen zwischen diesen beiden Gruppen verschärften sich zusehends, als im Dezember 1932 einige „TageskämpferInnen des Proletariats“ wegen vermuteter aber unbegründeter Sympathien zur Kommunistischen Partei, aus dem WIHAST-Heim verwiesen wurden. Am Verbandstag 1933 erlitt diese Gruppe erneut eine Niederlage, daraufhin wandte sich ein Teil der Gruppe der KPÖ zu.

2.2.2 Der VSStÖ und die zunehmende innenpolitische Eskalation ab 1927

Die Ereignisse in Schattendorf⁵² im Jänner 1927 veranlassten die sozialistischen Studierenden zu großen Protestkundgebungen, bei denen es wieder zu schweren Zusammenstößen mit rechten Studierenden kam und die Polizei einschritt.⁵³ Als am 15. Juli 1927 das milde Urteil zum Prozess gegen die Schattendorf-Täter verkündet wurde, kam es zu spontanen Arbeitsniederlegungen, Demonstrationen und schließlich zum Schießbefehl von Polizeipräsident Schober, der in Wien zu insgesamt 89 Toten und ca. 1000 Verletzten führte. Die SDAPÖ hatte zögerlich zu einem eintägigen Generalstreik gerufen, der jedoch unter dem Druck der Heimwehren bald wieder abgebrochen werden musste.

Es war ein schwerer Schlag für die Sozialdemokratie, die immer mehr in die Defensive zur bürgerlichen Übermacht geriet. Am Parteitag Ende Oktober 1927 waren die beiden bestehenden Fraktionen innerhalb der Sozialdemokratie geteilter Meinung. Otto Bauer sprach sich gegen eine Koalition mit den Bürgerlichen aus, da er eine neuerliche Spaltung der Arbeiterbewegung befürchtete. Karl Renner hingegen plädierte für eine Koalition, um die Macht der Regierung einzuschränken. Der Parteitag entschied sich für den Vorschlag von Otto Bauer und sollte ihn bis zur Auflösung der Partei verfolgen.

Nach den Juli-Ereignissen verließen viele, unter Missbilligung der Politik des Parteivorstandes der SDAPÖ, den VSStÖ.

⁵² Faschistische Frontkämpfer erschossen am 30. Jänner 1927 im burgenländischen Schattendorf bei einem Aufmarsch des sozialistischen Republikanischen Schutzbundes einen alten Mann und ein Kind.

⁵³ Vgl. Zoitl, 1992, S. 449

An der Universität nahmen heftige Zusammenstöße zwischen Studierendengruppen 1928/1929, die teils mit schweren Verletzungen endeten, stetig zu.⁵⁴ Im Oktober 1929 erstarkte die Anhängerschaft der faschistischen Heimwehr auch an den Hochschulen. Immer wieder waren sozialistische und jüdische Studierende Ziele tätlicher Angriffe der nationalsozialistischen Studenten und Heimwehrstudenten. Auch am Anatomischen Institut, insbesondere im Hörsaal von Professor Julius Tandler, kam es immer wieder zu Provokationen seitens der Rechtsradikalen.⁵⁵ Die immer wiederkehrenden Hochschulkämpfe und –krawalle in der Ersten Republik verweisen auf eine konstante Faschisierung der Universitäten, der der VSSStÖ und die Sozialistische Partei nahezu nichts entgegenzusetzen hatten.

Anfang April 1930 wurde vom amtierenden Rektor Dr. Gleibach, einem bekennenden Nationalsozialisten, eine rassistische Studentenordnung mit einem Arierparagrafen erlassen. Die sozialistischen Studierenden brachten beim Verfassungsgerichtshof eine Klage gegen die verfassungswidrige Studentenordnung ein, die am 23. Juni 1931 dann tatsächlich aufgehoben wurde. Dieses Urteil wurde von den rechten Studierenden mit Hochschulkrawallen quittiert.⁵⁶

2.3 Die „Roten Studenten“ im Austrofaschismus

Nach der Ausschaltung des Parlaments 1933 durch die Regierung Dollfuß wurden Zensur gegen Publikationen sowie Repressionen gegen die FunktionärInnen des VSSStÖ merkbar verstärkt. Unmittelbar nach den Ereignissen um den 12. Februar 1934 wurde Leopold Oberkleiner, der amtierende Obmann des Verbandes, verhaftet und ins Anhaltelager Wöllersdorf gebracht. Der VSSStÖ wurde aufgelöst, sein Vermögen beschlagnahmt.⁵⁷

An den Universitäten wurde die Autonomie (Freiheit von Forschung und Lehre) legislativ unterbunden, unliebsame Lehrende aus dem Vorlesungsbetrieb und systemkritische Lehr-

⁵⁴ Zusammenstöße bei der Jubiläumsfeier „10 Jahre Republik“ 1928 und Protestaktionen der völkischen Studierenden gegen den Rektor Prälat Dr. Innitzer 1929, Vgl. Zoitl 1992, S. 453 & Speiser, Wolfgang: „Die sozialistischen Studenten Wiens 1927-1938“, Europaverlag, Wien 1986, S. 26f.

⁵⁵ Zoitl 1992; S. 421

⁵⁶ Vgl. Zoitl 1992; S. 450f. & Griesebner, Andrea: „Politisches Feld Universität – Versuch einer Annäherung anhand der Mitbestimmungsmöglichkeiten der Studierenden zwischen 1918 und 1990“ Dipl. Arb.; Wien 1990; S. 30f.

⁵⁷ Vgl. Speiser, 1986, S. 116ff

bücher aus Bibliotheksbeständen entfernt und die HochschülerInnen in einer ständischen Organisation mit katholischen Cartellverband-Studenten an der Spitze zusammengefasst. Kurz, die Hochschulen wurden im Sinne des Ständestaates gleichgeschaltet.

Die in Freiheit verbliebenen sozialistischen Studierenden bildeten illegale Gruppen und schlossen sich am 10. Februar 1935 nach dem Prinzip der Einheitsfront mit KommunistInnen, Revolutionären SozialistInnen und Parteilosen zum „Geeinten Roten Studentenverband“ (GRSV) zusammen. Das Organ der „Revolutionär-Sozialistischen Studierenden“ (RSS) war die geheim gedruckte „Rote Vorhut“. Trotz Einheitsfront wurde auf eine Differenzierung Wert gelegt:

„Die Einheit der Hochschulkampforganisationen soll aber nicht aus opportunistischen Erwägungen zu einer Verwischung bestehender ideologischer Unterschiede und damit zu einer Isolierung von den beiden Arbeiterparteien führen. (...) Sie [Die Rote Vorhut, Anm. d. Verf.] wird versuchen, in Hinkunft als Organ der Revolutionären Sozialistischen Studenten innerhalb des GRSV die Linie des revolutionären Sozialismus in klarer marxistischer Formulierung, frei von allen reformistischen und zentristischen Illusionen zu vertreten.“⁵⁸

Die Einheitsfront wurde aber schon 1936 von Seiten der RSS aufgrund der „Entgleisungen“ des Stalinismus (Moskauer Schauprozesse) beendet.

Die RSS waren nach Hochschulen und Fakultäten gegliedert, arbeiteten nach konspirativen Regeln im Untergrund und bekannten sich „zur proletarischen Rätediktatur als Mittel zur Zertrümmerung des bürgerlichen Herrschaftsapparates und der Errichtung der sozialistischen Gesellschaft.“⁵⁹

An der Hochschule traten die „roten Studenten“ besonders beim HörerInnenstreik der MedizinerInnen im November 1937 und bei einer Demonstration am 11. März 1938 gegen die Nationalsozialisten in Erscheinung. Bei dieser letzten Demonstration kam es zu einer nationalen Einheitsfront mit katholischen-klerikalfaschistischen Studierenden, die ebenfalls für die Eigenständigkeit Österreichs eintraten.⁶⁰

⁵⁸ Rote Vorhut, Nr. 3, 1935, Zit. in: Speiser, 1986, S. 125

⁵⁹ Rote Vorhut, Nr. 3, 1935, Zit. in: Speiser, 1986, S. 137

⁶⁰ Vgl. Tidl, Marie; „2. Die Demonstration auf dem Ballhausplatz“ in: „Die roten Studenten – Dokumente und Erinnerungen 1938-1945“, Europaverlag, Wien 1976, S. 18-26

2.4 Studentischer Widerstand im Nationalsozialismus

Nach dem Einmarsch der deutschen Wehrmacht in Österreich hatte die Organisation der „Roten Studenten“ durch Emigration der rassistisch und politisch verfolgten Mitglieder, Verhaftungen und Militärdienst entgütlich zu existieren aufgehört.

Die verbliebenen „Roten Studenten“ teilten sich grob in zwei Gruppen: Zum einen in jene, die sich klar zur KPÖ bekannten, und zum in andere Revolutionäre SozialistInnen, MarxistInnen und parteilose Linke, deren Loyalität zu einer Partei lose oder inexistent war. Für diese Gruppen galt nunmehr höchste Wachsamkeit und Konspiration, da die Methoden der Geheimen Staatspolizei (GESTAPO) weitaus gefährlicher und brutaler waren als jene der Behörden im Austrofaschismus. Die Revolutionären SozialistInnen gaben während des Nationalsozialismus die Losung „*Keine Aktionen, Kader bewahren!*“ aus. Dies traf auch größtenteils auf die sozialistischen Studierenden zu.⁶¹

Organisierter studentischer Widerstand gegen den Nationalsozialismus war inexistent, jedoch gibt es einige Einzelbeispiele von VSSÖ-Mitgliedern, die Widerstand „im Kleinen“ mit antifaschistische Äußerungen, abhören von Feindsendern sowie Desertion und Emigrationshilfe leisteten.⁶²

Die Wiener Universität wurde noch im März 1938 gänzlich gleichgeschaltet. Die Leitung mit Nationalsozialisten besetzt, die Professorenschaft auf den Führer vereidigt, jüdische und politisch unbequeme Lehrende entlassen und ein 2 % Numerus clausus für jüdische Studierende verfügt.

Erst zu Kriegsende versammelten sich um einen ehemaligen „Roten Studenten“ Dr. Horeischy am Chemischen Institut der Universität Wien wieder einige Studierende.⁶³ Am 15. 4. 1945 wurde der reguläre Studienbetrieb an der Universität Wien wieder aufgenommen.

⁶¹ Vgl. Speiser, 1986, S. 162, sowie Hindels, Josef „Gegen den Strom – Die Linke in der SPÖ bis 1970“ in: „Gegen den Strom – Festschrift zum 70. Geburtstag von Josef Hindels“ Verlag für Gesellschaftskritik, Wien 1986, S. 43

⁶² Vgl. Weigand, Hans Peter/Winkler, Werner; „Diese Welt muss unser sein – Die sozialistischen Studierenden in Graz 1919-1991“, Graz 1992, S. 112ff.

⁶³ Dr. Kurt Horeischy opferte zu Kriegsende sein Leben, um ein wichtiges Elektronenmikroskop vor der Zerstörung durch einen fanatischen Nationalsozialisten zu retten. Vgl. Tidl, 1976, S. 240ff. sowie Keller, Fritz „Ein neuer Frühling? Sozialistische Jugendorganisationen 1945 bis 1965“ Europaverlag, Wien 1985; S. 13

2.5 Die Wiedergründung im Jahre 1945

Die Studierenden am Chemischen Institut um Otto Hoffmann-Ostenhof bildeten schon im April 1945 eine sozialistische StudentInnengruppe. Die offizielle Konstituierung des VSStÖ erfolgte jedoch erst im Juli 1946. Der erste Verbandsobmann hieß Raoul Schmiedeck.⁶⁴ Eine wesentliche Rolle bei der Wiedergründung des Verbandes spielte der ehemalige Spanienkämpfer und KZ-Insasse Josef Schneeweiß, der von der SPÖ mit dem Aufbau einer sozialistischen Studierendengruppe beauftragt wurde.⁶⁵ Bis Ende 1946 richtete der Verband sein Hauptaugenmerk auf den universitären Wiederaufbau und die soziale Lage der Studierenden. Die vordringlichsten Aufgaben des wiedergegründeten VSStÖ war die Durchführung der Entnazifizierung der Hochschulen, sowie die Sicherung des materiellen Überlebens von Studierenden.⁶⁶ Der anfänglich „milde“ Zugang des VSStÖ zur Entnazifizierung der Universitäten wandelte sich durch die wiedererwachten nazistischen Umtriebe während des ÖH-Wahlkampfes im Herbst 1946 zu einem restriktiven.⁶⁷

Die Studierendenvertretung an der Universität Wien entstand nach einem Übereinkommen zwischen den drei Parteien SPÖ, „Österreichische Volkspartei“ (ÖVP) und KPÖ, sowie durch die Etablierung eines „Sechserausschusses“⁶⁸ mit Otto Hoffmann-Ostenhof als VSStÖ-Vertreter.

Der Vertretungsanspruch des VSStÖ an der Universität war ein betont ausgleichender. Der Verband appellierte an die ÖVP-Studierendenorganisation „Freie Österreichische Studentenschaft“ (FÖST) und an die KPÖ-Studierenden der „Vereinigung demokratischer Studenten“ (VDS) zusammenzuarbeiten und bei der ÖH-Wahl 1946 auf Wahlwerbung zu ver-

⁶⁴ Hier differieren die Angaben von Hugo Pepper (Interview 28.11.2000, S. 14), der Josef Schneeweiß als ersten Verbandsobmann sieht. Heinz Damians Aussage über Raoul Schmiedeck (Interview 24.8.2002, S. 2) erscheint durch den Strom (Nr. 41, 1946 in: Heilingsetzer, Ariane/Mesner, Maria/Rögl, Heinz/Weber, Fritz: „Die Geschichte des Verbandes Sozialistischer Studenten Österreichs (VSStÖ) 1945-1970“ Projektbericht BMWF, Wien 1989, Anhang Nr. 2) besser belegt.

⁶⁵ Vgl. Keller, 1985, S. 13

⁶⁶ Der VSStÖ konnte die Werksküche des ÖGB in der Ebendorferstrasse benutzen. Da in den Nachkriegsjahren Essen Mangelware war, wurde dieser Umstand erfolgreich in der Mitgliederwerbung eingesetzt. Vgl. Heilingsetzer/Mesner/Rögl/Weber, 1989, S. 8

⁶⁷ Bei einer gemeinsamen Wahlversammlung der Fraktionen an der Universität Wien 1946 wurde ein Antifaschist von Neonazis aus dem Fester geworfen, nachdem sie die Angeklagten im Nürnberger Kriegsverbrecherprozess verteidigt hatten. Vgl. Keller, 1985, S. 16

⁶⁸ Die Aufgaben des „Sechserausschusses“ war zunächst der Wiederaufbau der Universität durch Schutteinsätze, Verteilung von Spenden sowie Einrichtung einer Entnazifizierungskommission. Dieser Ausschuss wurde bald zum „Zehnerausschuss“, dann zur „Österreichisch-Demokratischen Studentenschaft“ und schließlich im September 1945 zur „Österreichischen Hochschülerschaft“ (ÖH). Vgl. Heilingsetzer/Mesner/Rögl/Weber, 1989, S. 9f.

zichten⁶⁹. Dieser harmonische Kurs sowie die Nichtabhaltung politischer Veranstaltungen des VSStÖ auf Hochschulboden lassen sich durch die damals aktive Generation des VSStÖ erklären, welche die politische Radikalisierung an den Universitäten in der Ersten Republik als traumatisches Erlebnis erfahren hatten.

„Die gesamte nicht farbentragende Studentenschaft stimmt mit dem VSStÖ überein, dass der Hochschulboden nicht politisiert werden dürfe. (...) Die Hochschule hat ausschließlich der Wissenschaft zu dienen“⁷⁰

Der verstärkte politische Auftritt des VSStÖ auf universitärem Boden und innerhalb der SPÖ erfolgte 1947, und lag an den zunehmenden sozialen Widersprüche des Wiederaufbaus (Schlechte Ernährungssituation, Reallohn einbußen etc.), nationalsozialistische Reminiszenzen und der Debatte um die Wiederaufstellung eines österreichischen Bundesheers.⁷¹

2.6 Der „Veteranen“-VSStÖ – Linke Opposition in der Partei

Nach anfänglichem Kräfteressen zwischen „rechten“ SozialdemokratInnen und später unterlegenen „linken“ Revolutionären SozialistInnen⁷², verfolgte die SPÖ nach 1945 das Konzept der Kooperation mit den bürgerlichen Kräften, um eine etwaige Eskalation bei politischen und sozialen Differenzen zu verhindern. Innerparteiliche Kritik seitens der Linken wurde durch die Instrumentalisierung des Antikommunismus von vornherein ausgeschaltet.

Die Funktionärsriege des VSStÖ nach 1945 setzte sich vorwiegend aus durch den Krieg verspäteten, älteren Studierenden zusammen, die teils schon vor und nach 1934 politisch aktiv gewesen waren. Der Großteil des damaligen VSStÖ war politisch durch die Zwischenkriegszeit und durch den Austromarxismus geprägt - in der Tradition Otto Bauers und somit in Opposition zur Parteispitze.⁷³

⁶⁹ Der Vorschlag wurde zwar angenommen, jedoch nicht eingehalten. Trotzdem erreichte der VSStÖ bei der ÖH-Wahl 21,7% der Stimmen bei einer Wahlbeteiligung von 70 %. Die FÖST erreichte 75 % der Stimmen

⁷⁰ Zitat Hugo Pepper in: Keller 1985, S. 63

⁷¹ Der VSStÖ vertrat eine pazifistische Position. Mit der Einrichtung der B-Gendarmerie wurde die Debatte bis zum Abschluss des Staatsvertrages 1955 verschleppt und flammte zu diesem Zeitpunkt erneut auf. Vgl. Heilingsetzer/Mesner/Rögl/Weber, 1989, S. 12ff.

⁷² Diese Auseinandersetzung fußt in der Ersten Republik und geht auf Karl Renner bzw. Otto Bauer als Personifikationen sich gegenüberstehender Politikkonzepte zurück Vgl. Hindels, Josef „Gegen den Strom – Die Linke in der SPÖ bis 1970“ in: „Gegen den Strom – Festschrift zum 70. Geburtstag von Josef Hindels“ Verlag für Gesellschaftskritik, Wien 1986, S.43ff.

⁷³ Hierbei ist anzumerken, dass diese Gruppe keine „dogmatischen“ AustromarxistInnen, welche nach strenger „asketischer“ sozialistischer Lebensform lebten, waren. Sie standen Jazz und avantgardistischer Kunst positiv gegenüber und unterhielten ein eigenes Kabarett,

„Wir sind halt von der Vorstellung besessen gewesen, dass nach 1945 die Chance bestanden hat die Gesellschaft in einer neuen Form aufzubauen, in einer Form in der sozialistische Wertvorstellungen dominant sind. Das war der Trugschluss unserer Garnitur. Und weil wir halt diese Position verfochten haben, zu Ungunsten einer eher verschwommenen, also eher auf Wohlfahrtsstaatsideen allein zugeschnittenen Programmatik, waren wir dauernd in Konflikt mit der Partei.“⁷⁴

Der Parteitag im Oktober 1947 sollte Bühne für die oppositionellen Strömungen in der SPÖ sein. Erwin Scharf, Zentralsekretär der SPÖ, brachte die „Resolution (der) 44“⁷⁵ ein, die auch durch VSSStÖ-Vertreter unterstützt wurde. Zusätzlich schmuggelte der VSSStÖ eine Denkschrift in die Mappen der Delegierten, die eine Analyse der Weltsituation, der Lage in Österreich und des politischen Kurses der SPÖ enthielt, sich zudem vom Kommunismus klar distanzierte und die Feigenblatt-Funktion der SPÖ in der Koalition mit der ÖVP scharf kritisierte. Die Schrift führte eine Reihe von politischen und wirtschaftlichen Forderungen an die Koalition an und verlangte den Bruch bei Nichterfüllung. Die konkreten Forderungen lauteten unter anderem die Sicherung der Unabhängigkeit Österreichs, die Durchführung einer Währungs- und Verwaltungsreform, um die Ministerien von „reaktionären CV-Bürokraten“ zu befreien.⁷⁶

„Darüber hinaus muss man auch sagen, dass der Verband nicht ein Gegner der Koalition war, aber ein Gegner dessen was wir als Koalitionsgesinnung bezeichnet haben. Also alles muss dem Koalitionszweck untergeordnet sein, wobei halt manchmal die Prinzipien zu Fall kommen. Das war halt auch immer ein Gesichtspunkt der harten Auseinandersetzung.“⁷⁷

Die Parteispitze reagierte ablehnend und brachte jede innenpolitische Kritik in Zusammenhang mit Sympathien für den Kommunismus. Der Antikommunismus wurde erfolgreich instrumentalisiert und die „orthodoxen LinkssozialistInnen“ innerhalb der Partei ausgebootet und der VSSStÖ mit Sanktionen belegt.

den „Roten Hund“. Eine Dokumentation über das Kabarett lieferte Hugo Pepper in „Lachen auf eigene Gefahr – Das Kabarett »Der Rote Hund« 1946-1951; Europaverlag, Wien 1987

⁷⁴ Interview Hugo Pepper, 28.11.2000

⁷⁵ Die Conclusio dieser Resolution war „Der Feind steht rechts“ und das es nicht die Aufgabe der SPÖ sei, gegen den Kommunismus zu kämpfen. Die Resolution wurde abgelehnt und Scharf verlor seinen Zentralsekretärsposten. Vgl. Weber, Fritz; „Der Kampf für eine austromarxistische Partei – die ersten Nachkriegsjahre“ in: „SPÖ – Was sonst? Die Linke in der SPÖ – Geschichte und Bilanz“ Junius Verlag, Wien 1983, S. 21f. & Hindels, 1986, S. 51f.

⁷⁶ Vgl. „Denkschrift zum Parteitag der SPÖ 1947“ S. 5-10 in: Heilingsetzer/Mesner/Rögl/Weber, 1989, Anhang 4; sowie Keller, 1985, S. 39;

Die konkreten Folgen des Parteitags und auch der kurzfristigen Zusammenarbeit des VSStÖ mit dem nunmehrigen Ex-Zentralsekretär Scharf im **strom**, dem Organ des Studierendenverbandes seit 1945, waren Vorzensur⁷⁸, Verlust der Eigenständigkeit der Zeitung (Beilage der Zeitschrift des „Bund Sozialdemokratischer Akademiker“ (BSA) „Die Zeit“) und Verweis oppositioneller Studierender aus WIHAST-Heimen. Der **strom** sollte Anfang 1950 aufgrund von unterlassenen Subventionen der Partei eingestellt werden. Ein beliebtes Druckmittel, welches Modellcharakter erhalten sollte.⁷⁹

Durch die Repressionen von Seiten der Partei setzte sich innerhalb des Verbandes ein Mechanismus in Gang, der in der Geschichte des VSStÖ wiederkehren sollte – die Oppositionsfront begann zu bröckeln. Im Zuge der Auseinandersetzungen 1948/49 bildeten sich innerhalb der „Linken“ im VSStÖ drei Meinungen heraus. Die Einen waren bereit die Oppositions-Politik bis zum Parteiausschluss voranzutreiben, andere resignierten und wollten sich dem Diktat der Partei unterwerfen. Die dritte Gruppe vertrat den Mittelweg, nämlich kritische Politik innerhalb der neu-vorgegebenen Grenzen zu betreiben, Konfrontationen nicht zu scheuen, sich jedoch klar von der Gruppe um Erwin Scharf abzugrenzen. Diese Gruppe um Heinz Damian führte ab 1948 den Verband.

Seit dem Herbst 1947 hatte sich innerhalb des Verbandes eine „rechte“ Gruppe formiert, die mit dem „Kollisionskurs“ der „Linken“ nicht einverstanden waren. Diese Fraktion um Paul Schärf setzte sich teilweise aus WIHAST-HeimbewohnerInnen und Kindern höherer SPÖ-FunktionärInnen zusammen und versuchte die „Linken“ durch Denunziationen bei der Parteispitze anzuschwärzen.⁸⁰

Mit dem Jahr 1949 erfolgte ein Generationen-, aber auch Paradigmenwechsel im VSStÖ. Die alte Generation zog sich aufgrund der Beendigung des Studiums, Zeitmangels oder

⁷⁷ Interview Hugo Pepper, 28.11.2000

⁷⁸ Zentralsekretär Karl Waldbrunner im Parteitagsprotokoll 1947, S. 120f.: „Es geht nicht an, die Dinge unter dem Titel einer sozialistischen Zeitung so darzustellen, wie es die Extremisten in unserem Lande, die Kommunisten, tun. Darum haben wir unseren jungen Freunden geraten, sie mögen sich im politischen Teil eine Berater aus dem bewährten Stab unserer Presse nehmen, um die Dinge richtig darstellen zu können (...)“ Vgl. Keller, 1985, S. 39; Vgl. Heilingsetzer/Mesner/Rögl/Weber, 1989, S. 26

⁷⁹ Vgl. Pepper, Hugo; „Erinnerungen an die SPÖ-Linke nach 1945 – Geistige Partisanen“ in: „Gegen den Strom – Festschrift zum 70. Geburtstag von Josef Hindels“ Verlag für Gesellschaftskritik, Wien 1986, S. 34

⁸⁰ Höhepunkt der Denunziation war 1949 ein Papier, des „linken“ Vorstands für die „Kritzendorfer Konferenz“ über die verfehlte Personalpolitik des Genossen Adolf Schärf, an den Parteivorstand. Die „Linken“ (Heinz Kienzl, Wolfgang Baderle etc.) hatten sich daraufhin

privaten Gründen zurück und die neue „gemäßigtere“ Generation um Ferdinand Maly übernahm die Verbandsführung. Diese Gruppe widmete sich wieder voll und ganz dem VSSStÖ „Hoheitsgebiet“: der Hochschulpolitik. Konfrontationen mit der Partei wurde so aus dem Weg gegangen. Trotzdem verortete sich der Verband immer noch als „links gegenüber der Partei.“⁸¹ Mit der beschriebenen Wende im Verband ging ein politischer Ernüchterungsprozess über die gesamtgesellschaftlichen und innerparteilichen Möglichkeiten des VSSStÖ einher.

2.7 Die 50er Jahre – die pragmatische Generation

Die Dekade der fünfziger Jahre kann, was die verbandsinternen Machtverhältnisse betrifft, grob in drei Abschnitte gegliedert werden. Von 1950 bis November 1954 herrschte die „gemäßigte“ Fraktion im Verband, die Konflikte mit der Partei weitgehend vermied (Vgl. Kapitel 2.6), und ihre politischen Aktivitäten auf die Universitäten beschränkte. Die „Linken“ im Verband waren eine Minorität, versuchten aber, über andere SPÖ-Jugendorganisationen - insbesondere über den im März 1953 gegründeten „Verband Sozialistischer Mittelschüler“ (VSM)⁸² und später über die GPA-Hospitantengruppe - auf den VSSStÖ Einfluss zu nehmen.

Der Hintergrund des Konfliktes zwischen „Rechts“ und „Links“ in den fünfziger Jahren innerhalb des Verbandes beruhte auch auf der Herkunft der jeweiligen Gruppenmitglieder (Vgl. auch Kapitel 2.2.1). Die „Suppensozialisten“, an der sozialen Realität ausgerichtete, vorwiegend aus den Bundesländern kommende, aufstiegsorientierte „rechte“ Studierende auf der einen Seite, auf der anderen Seite der „Bonzenkinderverein“, der größtenteils aus ehemaligen VSM-Mitgliedern, teils Söhnen prominenter Parteigrößen, allesamt aus überwiegend mittelständischen Milieu, bestand, welche sich als sozialistische Kern- und Er-

einem Schiedsgerichtsverfahren der Partei wegen „krypto-kommunistischer Betätigung“ zu stellen, welches aber bald einschlieft. Weigand/Winkler; 1992, S. 166; vgl. auch Heilingsetzer/Mesner/Rögl/Weber, 1989, S. 30

⁸¹ Ferdinand Maly in: Heilingsetzer/Mesner/Rögl/Weber, 1989, S. 31

⁸² Vgl. Svoboda, Wilhelm „Revolte und Establishment – Die Geschichte des Verbandes Sozialistischer Mittelschüler 1953-1973“ Böhlau Verlag, Wien 1986, S. 14ff. & 187f., sowie Keller, 1985, S. 124f.

neuerungsgruppe in einer dogmatisch-ausgelegten austromarxistischen Tradition Otto Bauers im VSStÖ sahen und deren Leitfigur Josef Hindels war.⁸³

Im November 1954⁸⁴ wurde Karl Blecha, erster VSM-Obmann im Jahre 1953, überraschend mit der Verbandsführung betraut. Vor dieser Wahl hatte die „rechte“ Verbandsführung mit großen Personalproblemen zu kämpfen, da es einen großen Abgang an FunktionärInnen gegeben hatte.⁸⁵

Nachdem Karl Blecha im Mai 1956 nach der Mobilisierung aller HeimstudentInnen wieder abgewählt worden war, erfolgte mit Günther Steinbach ab 1957 eine (Re-)Etablierung der „Rechten“ an der Spitze des Verbandes. Im Gegensatz zu der „gemäßigten“ Fraktion am Beginn der fünfziger Jahre verorteten sich diese Gruppierung nun „rechts“ von der Partei. Die neue Tendenz innerhalb dieser Gruppe war - über die fünfziger Jahre hinaus - die SPÖ in eine „Volkspartei“ nach dem von der „Sozialdemokratischen Partei Deutschlands“ (SPD) vorgelegtem „Godesberger Programm“⁸⁶ zu verwandeln.

Am SPÖ-Parteitag 1957 wurde ein neuer Parteiprogrammentwurf vorgelegt, der die Partei, die bis dorthin das von Otto Bauer verfasste Linzer Programm aus dem Jahr 1926 als Grundlage hatte, in Richtung Volkspartei öffnen sollte.

„Wir wollen ein Programm schaffen, das ein Marxist wie ein Nichtmarxist, ein Atheist wie ein religiöser Sozialist voll und ganz unterschreiben und in die Wirklichkeit umsetzen kann.“⁸⁷

Der Entwurf konnte zuvor noch von „links“ entschärft werden,⁸⁸ und das „Wiener Programm“ wurde am Parteitag 1958 beschlossen.

⁸³ Die Begriffe „Suppensozialisten“ und „Bonzenkinderverein“ waren die verächtlichen Namen für die jeweils andere Gruppe. (Vgl. Heilingssetzer/Mesner/Rögl/Weber, 1989, S. 39 & 43f.)

⁸⁴ Hier differieren die Jahreszahlen. Fritz Keller schreibt Mai 1955 (Vgl. Keller, 1985, S. 90). Ein Auszug aus dem Vereinsregister gibt ihm jedoch nicht Recht.

⁸⁵ Vgl. Svoboda, 1986, S. 27

⁸⁶ Das „Godesberger Programm“ wurde am 15. November 1959 am SPD-Parteitag in Bonn, Bad Godesberg beschlossen und hat in seinen Grundzügen bis heute Geltung. Es stellt die programmatische Erklärung des Wandels der SPD von einer marxistischen Arbeiterpartei zu einer pragmatischen Volkspartei dar. Marxistische Forderungen wurden durch Befürwortung der liberalen Demokratie ersetzt (Marktwirtschaft und Akzeptanz privaten Eigentums an Produktionsmitteln statt Planwirtschaft und Ablösung der bürgerlichen Klassenherrschaft) Vgl. <http://www.spd.de/servlet/PB/show/1024926/Godesberger%20Programm.pdf> (Stand 12.12.2004)

⁸⁷ Parteiprogrammverfasser Benedikt Kautsky in: neue generation, 1963, Jg. 13, Nr. 3, S. 7

Auch im Verband änderte sich die politische Ausrichtung, was für Außenstehende bereits in der Positionierung des VSStÖ zum Oktoberstreik 1950⁸⁹ ersichtlich war. In der ersten Ausgabe des neuen Verbandsorgans **neue generation** (erschienen Mitte Dezember 1950) wurde kommentarlos über die „*Ereignisse rund um das vierte Lohn-Preis-Abkommen*“ berichtet. Noch in der letzten Nummer des **strom** (Nr. 6/7, Juni 1949), hatte sich der Verband vehement gegen die Lohn-Preis-Abkommen ausgesprochen, da diese die Studierenden wirtschaftlich schädigten.⁹⁰

Der Verband war von nun an allgemeinpolitisch eher passiv⁹¹ und konzentrierte sich auf die Hochschulpolitik, seine Mitarbeit in der ÖH und die Zuteilung von Heimplätzen und Stipendien. In der **neuen generation** veröffentlichten Peter Jankowitsch und Norbert Leser Artikeln zur internationalen Politik oder zur Theorie und Geschichte der ArbeiterInnenbewegung.⁹²

Hochschulpolitisch hatte Ferdinand Maly schon 1947 Akzente gesetzt, indem er einen Maximalentwurf⁹³ für die Organisation der ÖH, nach Vorbild des Arbeiterkammergesetzes eingebracht hatte. Nach zähem Ringen der StudierendenvertreterInnen mit dem Unterrichtsministerium beschloss der Nationalrat im Juli 1950 das „Hochschülerschaftsgesetz“ (HSG), das die Selbstverwaltung der Studierenden und die ÖH als Körperschaft öffentlichen Rechts bis heute absichert.

Die Hochschulpolitik in den 50er Jahren war eine sehr restriktive. Die Studierenden waren materiell sehr schlecht gestellt, hinzu kam eine Studiengebühren- und Taxenerhöhung (1953), das neue Hochschulorganisationsgesetz (1955), das die Ordinariuniversität fest-

⁸⁸ Die „totgeglaubte“ Linke in der SPÖ konnte noch einige Abänderungen erreichen, und so war dieses „Wiener Programm“ 1958 ein programmatischer Schritt nach links, jedoch kein praktischer, wie es Hindels formulierte. (Vgl. Hindels, Josef; 1986; S. 57f. sowie Pepper, Hugo „Wir konnten Korrekturen anbringen – Die fünfziger Jahre“ in: „SPÖ – Was sonst? Die Linke in der SPÖ – Geschichte und Bilanz“ Junius Verlag, Wien 1983, S. 40)

⁸⁹ Große Arbeitsniederlegungen Anfang Oktober 1950 aufgrund des Abschlusses des 4. Lohn-Preis-Abkommens zwischen der Regierung und der Gewerkschaft, welches große Reallohnbeinbußen (massive Preiserhöhungen bei geringen Lohnerhöhungen) für die ArbeitnehmerInnen vorsah. Streiks wurden von der Regierung als kommunistischen Putsch dargestellt und nach kurzer Zeit abgebrochen.

⁹⁰ Vgl. Keller 1985, S. 52f.

⁹¹ Selbst bei eindeutig rechtsradikalen Aktivitäten anlässlich einer „Schiller Feier“ 1959 verweigerte der VSStÖ die Teilnahme an der Gegendemonstration mit der Begründung diese sei „undemokratisch“. Ebd. S. 104f.

⁹² Vgl. Heilingssetzer/Mesner/Rögl/Weber, 1989, S. 46f.

⁹³ Maly forderte darin Recht auf Gesetzesbegutachtung, Annerkennung und Unabhängigkeit als Interessenvertretung sowie progressiv gestaffelte ÖH-Beiträge. Vgl. Keller 1985, S. 62

legte und somit die Macht der Professoren absicherte, und das Hochschulstudiengesetz (1956), das die Verordnungsmacht des Unterrichtsministeriums ausdehnte. Gegen alle diese Vorhaben protestierte der VSStÖ in der **neuen generation**.⁹⁴

Zu erwähnen sei hier noch die Ausarbeitung eines Studienförderungsgesetzes von Günther Steinbach und Franz Bauer im Jahr 1957, das in seinen Grundzügen in den 60er Jahren im Nationalrat beschlossen wurde.⁹⁵

Obwohl sich der Verband zu einem pragmatischeren gewandelt hatte, blieben Spannungen mit der Partei nicht aus, da die SPÖ noch immer mit der ÖVP, die damals für Hochschulfragen zuständig war, koalierte.

In den 50er Jahren kann ein tieferer Konflikt zwischen Verband und Partei ausgemacht werden: die Bundesheer-Debatte 1955. Der VSStÖ unter Karl Blecha sprach sich in einer Resolution gegen ein österreichisches Bundesheer aus, verband diese aber - ob der Aussichtslosigkeit dieser Fundamentalopposition aufgrund des Staatsvertrages⁹⁶ - mit einer Auflistung realistischer Forderungen wie ein viermonatiges Milizheer oder das Recht auf Wehrdienstverweigerung. Die Partei institutionalisierte und verschleppte die Debatte und deeskalierte so den Konflikt, bis er in Vergessenheit geriet.⁹⁷

2.8 Die „rechte“ Verbandsführung sichert sich ab – 1960-1964

Verbandsintern gab es am 18. Juni 1960 wiederum einen Generationen-, jedoch keinen Paradigmenwechsel. Als die damaligen Vorsitzenden ihr Studium beendeten, übernahm die Gruppe um Franz Bauer und Hannes Androsch, welche zuvor in Konkurrenz zu Günther Steinbach gestanden hatte die Verbandsführung.

Auf einem außerordentlichen Verbandstag am 12. und 13. November 1960 in Graz⁹⁸ „verfestigte“ die neugewählte Verbandsführung ihre Position mit einem neuen Statut, welches die „Linken“ benachteiligte. Das neue Statut legte einen Minderheitenschutz fest, der jedoch, bei zusätzlicher Hoheitsgewalt über die Mitgliederkartei und der damit

⁹⁴ Vgl. Heilingsetzer/Mesner/Rögl/Weber, 1989, S.114ff.

⁹⁵ Vgl. Studienförderungsgesetzesentwurf & Brief von Bauer/Steinbach vom 1.9.1958; in: Mappe VSStÖ 1957-1964 (Briefverkehr Zentralsekretariat); vgl. auch „Der Bettelstudent – abgesetzt?“ in: neue generation, 1963, Jg. 13, Nr. 3, S. 10

⁹⁶ Vgl. BGBl. Nr. 152/1955, in: Doralt, Werner (Hrsg.) „Kodex Verfassungsrecht“ 14. Auflage (Stand: 1.4.1998), Orac Verlag 1998,

⁹⁷ Vgl. Keller 1985, S. 86ff.

⁹⁸ Vgl. Stellungnahme des Präsidiums des VSStÖ an den Parteivorstand über den außerordentlichen Verbandstag vom 24.3.1963; S. 3, datiert 27.3.1963 unterzeichnet von Hannes Androsch in: Mappe VSStÖ 1957-1965, (Briefverkehr Zentralsekretariat)

doch, bei zusätzlicher Hoheitsgewalt über die Mitgliederkartei und der damit einhergehenden „Kontrolle“ der Mitgliederzahlen der einzelnen Fachgruppen, die bestehende Mehrheit absicherte.⁹⁹

Ferdinand Lacina („Linke“ Fraktion) über das neue Statut, welches in den späteren Auseinandersetzungen große Wichtigkeit erlangen sollte:

„Das war sehr kompliziert. (...) Also Basis ist zunächst einmal die Fachgruppe. In der Fachgruppe wird gewählt und grundsätzlich ist dieses Statut so aufgebaut, dass es zwei Listen [eine linke und eine rechte Liste innerhalb der Fachgruppen, Anm. d. Verf.] gab, mit einem beachtlichen Minderheitenschutz. Also dieser Minderheitenschutz hat so ausgesehen: wenn eine der beiden Listen mindestens 25 % erreicht, so bekommt sie die Hälfte der Mandate, die in dieser Fachgruppe sind. Nur dann, wenn die Mandatszahl eine ungerade ist, und die Mandatszahl hing von der Mitgliederzahl der Fachgruppe ab, dann hat eine der beiden Gruppen eben diesen höchstens ein Mann/Frau-Vorteil, wobei natürlich der Vorsitzende aus der stärkeren Gruppe kam. (...) Dieser Minderheitenschutz, war zugleich ein Schutz für die bestehende Mehrheit. Warum? Einfach deshalb, weil sobald du nicht unter 25 % abgefallen bist bei den Stimmen, und sobald du das Sekretariat in der Hand gehabt hast, konntest du, ich meine es gibt immer Karteileichen, konntest du die Zahl der Mitglieder der Fachgruppe manipulieren. D.h. eine Fachgruppe in der du schwach warst, in der ist eine gerade Zahl herausgekommen. Eine wo du stark warst, da hat es eine ungerade Zahl gegeben.“¹⁰⁰

Die „linke“ Fraktion blieb somit in der Defensive, engagierte sich aber in einzelnen Bereichen wie der Hochschulpolitik (Ferdinand Lacina und Albrecht K. Konecny) und in den einzelnen Fachgruppen (Vgl. Fachgruppe Philosophie in der Sektion Wien).¹⁰¹

2.8.1 Die „linke“ Fraktion im Exil

Zufluchtsorte der „Linken“ waren der VSM, dem viele auch als Studierende verbunden blieben, aber auch die Hospitantengruppe der Gewerkschaft der Privatangestellten (GPA), die schon 1949 für die studierende Jugend gegründet wurde. Ab 1963/64 etablierte sich in der Hospitantengruppe die „Linke“, und nutzte die finanzielle und technische Unterstützung, um an der Universität an Bedeutung zu gewinnen.

⁹⁹ Rehak, Günter; „Antifaschismus, Olah-Krise, Koalitionsende – Die sechziger Jahre“ in: „SPÖ – Was sonst? Die Linke in der SPÖ – Geschichte und Bilanz“ Junius Verlag, Wien 1983, S. 48, vgl. auch Heilingsetzer/Mesner/Rögl/Weber, 1989, S.59f.

¹⁰⁰ Ferdinand Lacina gehörte damals zur „linken“ Fraktion. Ferdinand Lacina Interview 8.10.2002, S. 1f.

¹⁰¹ Vgl. Heilingsetzer/Mesner/Rögl/Weber, 1989, S. 60

*„De facto, haben wir das benützt als Plattform für den VSStÖ. (...) Für uns war es eigentlich die Möglichkeit dort, Organisation, Versammlungsraum und ein bisserl Geld zu haben.“*¹⁰²

Die Hospitantengruppe setzte Initiativen auf universitärem Boden, sozusagen als „Sektion“ einer größeren Organisation, ohne in direkten Konkurrenzkampf mit dem VSStÖ zu treten, was zu Spannungen mit der Partei geführt hätte. Nach Günter Rehak gelang es den „Linken“ durch ihre bundesweite Vernetzungstätigkeit der linken StudentInnengruppen, ihr Profil in der Öffentlichkeit zu schärfen.¹⁰³

2.8.1.1 Die Affäre Borodajkewycz

Ferdinand Lacina, der „linken“ Fraktion zuzuordnen, war auch Mitglied der Hospitantengruppe der GPA sowie Mandatar an der Hochschule für Welthandel und einer der Aufdecker der Affäre um den antisemitischen, rechtsextremen Professor an der Hochschule für Welthandel, Taras Borodajkewycz.¹⁰⁴

*„Es war nämlich so, die Borodajkewycz-Geschichte ist nämlich ins Rollen gekommen, eigentlich dadurch, dass der Heinz Fischer einen Artikel (in: „Die Zukunft“, Februar & Juni 1962, „Situation an Österreichs Hochschulen“, Anm. d. Verf.) gegen viele Professoren geschrieben hat, gegen den Pfeifer und auch gegen den Borodajkewycz. Und der Borodajkewycz war der einzige Dumme der geklagt hat. Die anderen haben den Kopf eingezogen und haben sich geduckt. Und er (Borodajkewycz, Anm. d. Verf.) sich dann auch noch so verteidigt hat, mit Hilfe der Hochschülerschaft bei einer Pressekonferenz (Auditorium maximum)¹⁰⁵ der Universität Wien am 23.3.1965, Anm. d. Verf.), das in Wirklichkeit, dass was über seinem Antisemitismus behauptet wurde, dann einem großen Publikum bekannt geworden ist, und damit die Glaubwürdigkeit ganz im Wesentlichen gestärkt war.“*¹⁰⁶

Im Zuge von Demonstration gegen Borodajkewycz, an der sich auch „linke“ VSStÖ-Mitglieder beteiligten,¹⁰⁷ kam es am 31. März 1965 zum ersten politisch-motivierten Toden der zweiten Republik: Bei der Kundgebung wurde der Kommunist Ernst Kirchwegger von

¹⁰² Ferdinand Lacina, Interview 8.10.2002, S. 7

¹⁰³ Vgl. Rehak, 1983; S. 49

¹⁰⁴ Ferdinand Lacina lieferte die Vorlesungsmitschriften mit anitsemischen Äußerungen von Taras Borodajkewycz. Vgl. Fischer, Heinz; „Einer im Vordergrund. Taras Borodajkewycz“; Wien/Frankfurt/Zürich 1966

¹⁰⁵ Das Auditorium maximum (Audi max) ist der größte Hörsaal an der Universität Wien und noch heute vielbenutzter Veranstaltungsort.

¹⁰⁶ Ferdinand Lacina, Interview 8.10.2002, S. 7f.

¹⁰⁷ Vgl. „Demonstration gegen Borodajkewycz – Schlägerei, mehrere Verletzte“ in: AZ vom 30.3.1965, S. 1

einem Neonazi erschlagen.¹⁰⁸ Dieses Ereignis ließ den bis dorthin latenten Antisemitismus und Rechtsextremismus an österreichischen Universitäten und auch außerhalb wieder erschreckend offensichtlich werden. Der VSStÖ spielte in dieser Causa, laut Ferdinand Lacina, keine Rolle:

*„Also wir hatten ja ein großes Handicap in der ganzen Borodajkewycz-Geschichte: Dass der offizielle VSStÖ das nicht unterstützt hat.“*¹⁰⁹

In der SPÖ selbst war der Fall umstritten, da in den Jahren 1963 und 1965¹¹⁰ Bundespräsidentenwahlen anstanden und die SPÖ-Kandidaten Adolf Schärf und Franz Jonas um Stimmen der ehemaligen NationalsozialistInnen warben. Nach dem gewaltsamen Tod von Ernst Kirchwegger dürfte sich jedoch Parteivorsitzender Bruno Pittermann klar gegen Borodajkewycz positioniert haben, vermutet Ferdinand Lacina.¹¹¹

2.8.2 Theorie und Selbstverständnis des „rechten“ VSStÖ

Der theoretische Hintergrund der „rechten“ Fraktion im VSStÖ zu Beginn der sechziger Jahre wurde als sogenannter „Neosozialismus“ von einzelnen Vertretern (Norbert Leser, Günther Nenning u.a.) verbreitet. Nach deren Auffassung hatte das „Wirtschaftswunder“ die Klassengegensätze abgebaut, der Großteil der Bevölkerung bildete nun eine Mittelschicht. Daraus ergebe sich zwangsläufig, dass sich die SPÖ nun gesamtgesellschaftliche Interessen zuzuwenden habe, und nicht nur dem Interesse einer Klasse. Praktisch sollte dies über eine Öffnung zur Kirche sowie einer Anpassung an das bürgerliche Leben erfolgen.¹¹²

Ein interessanter Aspekt in den Vorstellungen der wenigen Theoretiker der „rechten“ Fraktion im VSStÖ (vor allem Norbert Lesers) war der Einfluss einer „kulturrevolutionären“ Strömung innerhalb der Sozialdemokratie, die Anknüpfungspunkte mit der Frankfurter

¹⁰⁸ Vgl. „Straßenschlacht in Wien: Stahlruten, Stinkbomben gegen Antifaschisten“ in: AZ vom 1.4.1965, S. 1 & „Borodajkewycz lässt sich beurlauben – Das Opfer seiner Freunde gestorben“ in: AZ vom 3.4.1965, S. 1

¹⁰⁹ Ferdinand Lacina nennt jedoch auch den Juristen Kubicek, der „rechten“ Fraktion zuzurechnen, der klar gegen Borodajkewycz Position bezog. Vgl. „Alles über B.“ von A. Kubicek in: neue generation, Jg. 15, Nr. 1/2, S. 4 sowie Ferdinand Lacina, Interview 8.10.2002, S. 7f.

¹¹⁰ Aufgrund des Ablebens von Adolf Schärf fanden im Jahr 1965 wieder Bundespräsidentenwahlen statt.

¹¹¹ Vgl. Ferdinand Lacina, Interview 8.10.2004, S. 8

¹¹² „Nur in dieser Lebensluft (der geistigen Freiheit, Anm. d. Verf.) wird sie (die sozialistische Partei, Anm. d. Verf.) die geistige Begegnung mit dem Christentum bestehen, welche nicht bloß die Voraussetzung für die Wählermehrheit, sondern vielmehr noch: die

Schule fand, der die „Linken“ im Verband auch zugetan war.¹¹³ Norbert Leser schilderte die Situation des gegenwärtigen Sozialismus mit gehobenem Lebensstandard und Massenkultur, welche durch die Massenkommunikationsmittel gesteuert wird und die daraus entstehende Apathie und das politische Desinteresse in seinem ersten Buch „Begegnungen und Auftrag – Beiträge zur Orientierung im zeitgenössischen Sozialismus“ aus dem Jahr 1963, welches die **neue generation** wohlwollend rezensierte.¹¹⁴ Deshalb verwundert es auch wenig, dass der VSStÖ die späteren Ikonen der „Neuen Linken“ Ernst Bloch und Theodor W. Adorno in dieser Zeit zu Vorträgen nach Wien eingeladen hatte.¹¹⁵

Ein weiterer inhaltlicher Punkt, der die „rechte“ Fraktion als solche kennzeichnete, war ihr starker Antikommunismus. Dieser manifestierte sich in der Positionierung im Fall Olah, in Artikeln der **neuen generation**¹¹⁶ und in der internationalen Zusammenarbeit mit der „International Union of Socialist Youth“ (IUSY),¹¹⁷ die für ihre antikommunistische Ausrichtung bekannt war.

Der VSStÖ begriff sich als Vorfeldorganisation der SPÖ auf den Universitäten und Hochschulen und stimmte mit der politischen Linie der Partei - abseits der Hochschulpolitik - weitgehend überein und unterhielt ein friktionsfreies Verhältnis.

In der Affäre um Franz Olah¹¹⁸ im Jahr 1964 distanzierte sich der VSStÖ vom Vorgehen des VSM, der gegen Franz Olah Stellung bezog und in diesem Fall den Parteivorsitzenden Bruno Pittermann unterstützte, verhielt sich aber gegenüber der Partei neutral und lobte die Lösung des Falles durch ein Schiedsgericht.¹¹⁹

eigentliche Aufgabe des marxistisch geprägten österreichischen Sozialismus ist.“ Nennung, Günter; „Parteidisziplin – woher und bis wohin?“ in: neue generation, Jg. 14, Nr. 2/3, 1964, S. 8; Vgl. auch Rehak; 1983; S. 43f.

¹¹³ Vgl. Keller, 1985; S. 128

¹¹⁴ Vgl. neue generation, 1963, Jg. 13, Nr. 2, S. 10

¹¹⁵ Vgl. „Die Utopie – oder kritische Untersuchungen einer Kritik“ in: neue generation, 1965, Jg. 15, Nr. 1/2, S. 6 sowie „Prof. Th. W. Adorno“ in: neue generation, 1964, Jg. 14, Nr. 2/3, S. 7

¹¹⁶ Vgl. Norbert Leser „Wegweiser durch die Zukunft? Zum neuen Programm der KPdSU“ in: neue generation 1962, 12. Jg., Nr. 1, S. 4 & neue generation, 1963, Jg. 13, Nr. 2, S. 10

¹¹⁷ Vgl. Heilingsetzer/Mesner/Rögl/Weber, 1989, S. 62

¹¹⁸ Olah war 1963/64 ein „eigenwilliger“ Innenminister sowie ÖGB-Präsident. Der Vorwurf er strebe eine diktatorische Führung an und seine Auseinandersetzung mit Parteivorsitzenden Bruno Pittermann, führten letztendlich zu seinem Rücktritt und Ausschluss aus der SPÖ. Der VSM mobilisierte gegen Olah, die Gewerkschaft Bau-Holz für ihn. Die SPÖ entging knapp einer Spaltung und wurde durch diese Krise erheblich geschwächt. Vgl. Keller, 1985, S. 132f.

¹¹⁹ Vgl. „Olah, Rollkommandos und ‚Junge Sozialisten‘“ in: neue generation 1964, Jg. 14, Nr. 2/3, S. 6

Politisch hatte die SPÖ in dieser Zeit das universitäre Feld der ÖVP überlassen, und widmete sich vermehrt der Wirtschaftspolitik. Der VSStÖ hatte so ständig gegen konservative Unterrichtsminister zu kämpfen und die Partei selbst hatte hochschulpolitisch nur über den VSStÖ oder durch parlamentarische Anfragen des Nationalratsabgeordneten Karl Mark, der personifizierte SP-Hochschulpolitik, „Zugriff“ auf die Universitäten.¹²⁰

Der VSStÖ widmete sich in dieser Zeit vor allem den grundlegenden Bedürfnissen der Studierenden aus der ArbeiterInnenschaft, also dem Kampf um ein Studienförderungsgesetz, mehr Studierendenheime aber auch verbesserte Studienbedingungen.¹²¹ Anzumerken ist hierbei, dass dieses praxisnahe Engagement immer wieder als Argument der „rechten“ Fraktion gegenüber den „nutzlosen“ Theoriedebatten der „Linken“ angeführt wurde.¹²²

Die ÖH wurde damals vom ÖVP-nahen Wahlblock¹²³ dominiert. Der VSStÖ konnte sich jedoch immer wieder merkbar in Diskussionen einbringen, sei es beim Studienförderungsgesetz oder bei Demonstrationen und Streiks gegen den Bildungsnotstand an den Universitäten.¹²⁴ Interessantes Detail im ÖH-Wahlkampf 1964/65 war die Forderung des VSStÖ nach der Entpolitisierung der Referate der Studierendenvertretung, sprich Aufhebung der Personalunion ReferentIn und MandatarIn, um „sachliche“ Arbeit zu gewährleisten.¹²⁵ An der aktiven Arbeit innerhalb der ÖH-Gremien gab es auf beiden Fraktionsseiten des Verbandes einige wenige SpezialistInnen, von Seiten der „rechten“ Fraktion sei hier der Mandatar am Zentralausschuss (ZA) Alexander Kubicek¹²⁶ zu erwähnen und auf Seiten der „Linken“ Ferdinand Lacina, langjähriger Mandatar auf dem Hauptausschuss (HA) der Hochschule für Welthandel. Ferdinand Lacina resümiert über die Studierendenpolitik:

¹²⁰ Vgl. Heilingsetzer/Mesner/Rögl/Weber, 1989, S. 122

¹²¹ Praktische Forderungskataloge sind die Wahlprogramme 1961 (neue generation, Jg. 11, Nr. 1, S. 2f.) und 1963 (neue generation, 1963, Jg. 13, Nr. 1, S. 2-3)

¹²² Vgl. Heilingsetzer/Mesner/Rögl/Weber, 1989, S. 56

¹²³ Der Wahlblock war ein Zusammenschluss der FÖST (Freie Österreichische Studentenschaft), des Cartellverbandes der farbtragenden katholischen Studentenverbände, des Kartellverbandes der nichtfarbtragenden katholischen Studentenverbände sowie der Katholisch Österreichische Landsmannschaften.

¹²⁴ Studierendenstreiks 1959 & 1961 wegen unhaltbarer Zustände (Raumnot, etc.) an den Universitäten aufgrund von unterdotierten Budgets. Vgl. neue generation 1962, Jg. 12, Nr. 4, S.2 und neue generation 1963, Jg. 13, Nr. 1, S. 6-7

¹²⁵ Vgl. studentenspiegel (Studentisches Informationsblatt des VSStÖ) Dezember 1964, S. 6

¹²⁶ Vgl. Heilingsetzer/Mesner/Rögl/Weber, 1989, S. 66

„Also, das muss ich schon sagen, die Linke im VSStÖ hat Studentenpolitik eigentlich nicht besonders interessiert. Für uns war das ein Durchgangsstadium, die Klassenfrage hat sich anders gestellt.“¹²⁷

Im Rahmen der ÖH war das Interesse des VSStÖ an Hochschulpolitik in dieser Zeit auf Einzelpersonen beschränkt und wurde eher als „Privatvergnügen“ gesehen.¹²⁸

2.9 Zusammenfassung

Die historische Entwicklung der sozialistischen Studierendenorganisation ist von Anbeginn nicht nur ein Spiegel der österreichischen Geschichte, sondern auch ein Abbild der Geschichte der sozialistischen Partei.

Die unterschiedlichen Strömungen in der sozialistischen Bewegung, also die differenzierten Auffassungen von politischem Selbstverständnis, finden sich auch im VSStÖ immer wieder. Klar ersichtlich wurden diese verschiedenen Ansichten in diversen Kontroversen innerhalb des Verbandes, wie zum Beispiel 1918 im Konflikt um die Ausrichtung des Verbandes als „Kampf- oder Erziehungsorganisation“ (Vgl. Kapitel 2.1.1), ab 1925 zwischen „Gesinnungssozialisten“ und „Interessenssozialisten“ (Vgl. Kapitel 2.2.1) und nach 1945 zwischen „Bonzenkindern“ und „Suppensozialisten“ (Vgl. Kapitel 2.7). Die Demarkationslinie zog sich vornehmlich zwischen der sogenannten „linken“ und „rechten“ Fraktion im Verband.

Diese verschiedenen Strömungen lassen sich von jenen in der S(DA)PÖ ableiten, zum einen von der austromarxistischen Bewegung um Otto Bauer und zum anderen von der „pragmatischen“ Richtung mit Karl Renner als Protagonist in der Ersten und zu Beginn der Zweiten Republik. In der Ersten Republik konnte sich noch die „linke“ Fraktion durchsetzen (siehe Kapitel 2.2.2), in der Zweiten Republik errangen die „rechten Sozialdemokraten“ nach anfänglichem zähen Ringen die innerparteiliche Hegemonie (siehe Kapitel 2.6).

Der Vertretungsanspruch beider im Verband vertretenen Gruppen konzentrierte sich vor-dergründig auf die Studierenden und das universitäre Feld, wobei bei der „linken“ Fraktion

¹²⁷ Ferdinand Lacina, Interview 8.10.2004, S. 10

¹²⁸ Vgl. Heilingssetzer/Mesner/Rögl/Weber, 1989, S. 122

ein deutliches Interesse darüber hinaus bestand (Vgl. Kapitel 2.8). Grundsätzlich ist festzuhalten, dass sich der gesamte VSStÖ von Beginn an immer für eine starke, aktive Interessenvertretung von Studierenden an der Universität eingesetzt hat. Die Einrichtung der ÖH sowie das Studienförderungsgesetz wurden entscheidend durch den Verband geprägt (siehe Kapitel 2.7), das Hochschulorganisations- und Hochschulstudiengesetz in ihrer restriktiven und autoritären Ausprägung kritisiert und bekämpft.

Das Selbstverständnis des Verbandes war im Bezug auf die Partei größtenteils von kritischer Loyalität geprägt, und das Agieren innerhalb der Parteigrenzen selten in Frage gestellt (Vgl. Kapitel 2.6). Die Koalitionsgesinnung der SPÖ wurde nach 1945 von „rechts“, wie von „links“ kritisiert, wenngleich auch in unterschiedlicher Intensität. Sanktionen gegenüber dem Verband beziehungsweise dissidenten „linken“ Mitgliedern bei abweichendem, sprich der Parteispitze nicht genehmen, Verhalten erfolgten über Zensur, erschwertes Erscheinen des Verbandorgans oder Ausschluss Einzelner aus WIHAST-Heimen (siehe Kapitel 2.2.1 und 2.6). Diese Praxis sollte in den darauffolgenden Jahren fortgesetzt werden, wenngleich die Verweigerung der finanziellen Mittel als probates Disziplinierungsinstrument hinzukam.

3. DIE MACHTÜBERNAHME DER „LINKEN“ IM VSSTÖ 1966

Das zweite Kapitel behandelt eine Phase in der Verbandsgeschichte, in der es zu einer deutlichen Verschärfung der Auseinandersetzung der zwei Fraktionen innerhalb des VSStÖ kommt. Nach langer Wirkungszeit der „rechten“ Fraktion übernimmt die „Linke“ die Führung des Verbandes.

Dieser Wechsel hat wesentliche Auswirkungen auf das politische Selbstverständnis des Verbandes, seine politischen Aktivitäten an der Universität sowie sein Verhältnis zur Mutterpartei.

Ein Paradigmenwechsel fand jedoch nicht nur im sozialistischen Studierendenverband statt, sondern auch in der Republik selbst, die ab 1966 von einer ÖVP-Alleinregierung geführt wurde, während sich die SPÖ mit einem neuen Parteivorsitzenden in der Oppositionsrolle erst zurechtfinden musste.

3.1 Der Fraktionskampf im VSStÖ von 1964-1966

Schon zu Beginn der sechziger Jahre spitzte sich die Konfrontation zwischen den Fraktionen stetig zu. Rund um den außerordentlichen Verbandstag am 24. März 1963 kam es zu großen Unstimmigkeiten¹²⁹ aufgrund unterschiedlicher Mitgliederzahlen und daraus resultierenden differierenden Delegiertenzahlen (Vgl. Beschreibung des Verbandstatuts im Kapitel 2.8). Es kann vermutet werden, dass aufgrund von veränderten politischen Kräfteverhältnissen in verschiedenen Sektionen des VSStÖ (wahrscheinlich Graz, Leoben und Innsbruck), die bestehende Mehrheit der „rechten“ Fraktion in Gefahr gefährdet schien und diese durch eine „Nachwahl“ von wohlgesonneneren Delegierten abgewendet wurde. Die Eskalation des Konfliktes wurde, so lässt es die triste Quellenlage aus dem Jahr 1963 ver-

¹²⁹ Vgl. unterschiedliche Stellungnahmen von A. K. Konecny („Linke“) und Hannes Androsch („Rechte“) vom 25. bzw. 27. März 1963 zum ao. Verbandstag am 24. März 1963; in: Mappe VSStÖ 1957-1965, (Briefverkehr Zentralsekretariat)

muten, durch ein Verbandsschiedsgericht¹³⁰ sowie vermittelnde Tätigkeit von Seiten der Partei¹³¹ für kurze Zeit abgewendet.

Ab diesem Punkt ist ein circa zweijähriges, zunehmend härteres, Ringen um die Verbandsführung auszumachen, aus der die „Linke“ als siegreiche Fraktion hervorgehen sollten.

3.1.1 Zwei konkurrierende Sektionsvorstände im VSStÖ Wien

Im Dezember 1964 erfolgten nach dem Statut von 1960 (Vgl. Kapitel 2.8) Wahlen innerhalb der fünf Fachgruppen (JuristInnen, Medizin, Philosophie, Technik und Welthandel) in der Sektion Wien. Von den 39 gewählten FunktionärInnen, welche in der FunktionärInnenkonferenz den Sektionsvorstand wählten, standen nur mehr 19 auf der Seite des regierenden Vorstandes. Das Stimmenverhältnis im Wiener Verband bei dieser Wahl war mit 200:210, denkbar knapp.¹³²

Vor dieser Wahl konnten sich, nach Angaben von Helmut Sommer und Lotte Mörtenschlag,¹³³ die beiden Fraktionen auf keine gemeinsame KandidatInnenliste für die Hochschulwahl im Jänner 1965 einigen. Dieser Dissens rief Kampfabstimmungen in den Fachgruppenvollversammlungen hervor.¹³⁴

Das „rechte“ Sekretariat zweifelte das Wahlergebnis an, stellte die Wahl von zwei „linken“ Delegierten, nämlich Eva Zgraja¹³⁵ (Fachgruppe JuristInnen) und Josef Nagler (Fachgruppe MedizinerInnen), in Frage und verlangte eine nachträgliche Mitgliederzählung, um das Wahlergebnis doch noch zu ihren eigenen Gunsten entscheiden zu können.¹³⁶ Aufgrund dieser Auffassungsunterschiede versuchte die Partei zu vermitteln. Zentralsekretär Leopold Gratz verlangte Zusammenarbeit, die Bereitschaft zu Verhandlungen, die Er-

¹³⁰ Vgl. Stellungnahme des Verbandsschiedsgerichts an den Parteivorstand vom 15.5.1963; in unterfertigt von Trude Rösch (Sekretär); in: Mappe VSStÖ 1957-1965, (Briefverkehr Zentralsekretariat)

¹³¹ Vgl. Einladungsschreiben von Heinz Nittel vom 24.5.1963 zu klärendem Gespräch mit Karl Waldbrunner und Leopold Gratz am 30.5.1963; in: Mappe VSStÖ 1957-1965, (Briefverkehr Zentralsekretariat)

¹³² Vgl. Brief von Schwanda, Roszenich, Merth, Rehak und Schmidt („Linke“ Fraktion) vom 12.1.1965 an Zentralsekretär Leopold Gratz in: Mappe VSStÖ 1965-1967, (Briefverkehr Zentralsekretariat)

¹³³ Vgl. Bericht des Präsidiums über die interne Lage des Verbandes vom 3.3.1965 gezeichnet Sommer/Mörtenschlag; in: Mappe VSStÖ 1965-1967, (Briefverkehr Zentralsekretariat)

¹³⁴ Anzumerken ist, dass es im Laufe der 50er und 60er Jahre immer wieder Fraktionsübereinkommen, bspw. bei Beschickung der ÖH-Gremien gab, um Reibungsverluste gering zu halten. Vgl. Heilingsetzer/Mesner/Rögl/Weber, 1989, S. 59; Schreiben von A. K. Konecny an Bruno Pittermann vom 25. März 1963; in: Mappe VSStÖ 1957-1965, (Briefverkehr Zentralsekretariat)

¹³⁵ Eva Zgraja heiratete später Peter Kreisky. Vgl. Interview Eva Kreisky vom 1.7.2004

¹³⁶ Mitglieder-Aussendung des VSStÖ Wien vom 11.1.1965, unterzeichnet von Heinz Fuchs; ebd.

arbeitung eines gemeinsamen „Studentenprogramms“ sowie eine Statutenänderung.¹³⁷ Zu einer solchen Einigung sollte es aber in absehbarer Zeit nicht kommen.

Im Wiener Sektionsvorstand am 13. Jänner 1965 erhob der stellvertretende Wiener Obmann Herbert Schwanda den Einwand, dass eine Feststellung der Wahlberechtigten einen Monat nach dem Wahlergebnis illegal sei. Dies wurde vom Verbandsobmann Helmut Sommer mit der Aussage *“Die Mitgliederzahl bestimmt der Sektionsvorstand”*¹³⁸ quittiert.

Trotzdem fand am 20. Jänner 1965 auf Verlangen von sechs Delegierten zur FunktionärInnenkonferenz in Übereinstimmung mit dem Statut eine außerordentliche FunktionärInnenkonferenz der Sektion Wien statt, um den Sektionsvorstand neu zu bestellen. Von dieser Konferenz liegen mir drei verschiedenen Abläufe vor, einer von SPÖ-Vertreter Franz Fischerlehner, einer der „linken“ Fraktion gezeichnet von Eva Zgraja bzw. Erich Schmidt (stellvertretender Sektionsobmann), und einer der „rechten“ Fraktion von Lotte Mörtenschlag (Sektionssekretärin).¹³⁹ Eine tatsächliche Annäherung an die damaligen Ereignisse erscheint mir nur durch eine Synthese der drei Berichte möglich. Hierbei ist jedoch festzuhalten, dass diese Darstellung trotzdem kritisch zu beurteilen ist, da die Zusammenführung von Abläufen, deren Beschreibung den eigenen Interessen dienen soll, meist eine „verzerrte“ Wahrheit wiedergibt.

Die „erste“ Sitzung wurde vom Sektionsobmann Heinz Fuchs eröffnet. Bei der Stimmkartenausgabe, um die Beschlussfähigkeit der Konferenz festzustellen, kam es jedoch zu vorhersehbaren Meinungsverschiedenheiten, da Eva Zgraja und Josef Nagler keine Stimmkarten erhalten hatten. Es entspann sich eine rege Diskussion über die Statuten und die Mitgliederkartei. Zum einen wurde die Zählung der Mitgliederzahlen in den Fachgruppen Jus und Medizin angezweifelt, zum anderen die Wahl der beiden Delegierten bei der Fachgruppenvollversammlung für nichtig erklärt.

¹³⁷ Brief von Leopold Gratz an den VSStÖ (Erich Schmidt) vom 10.1.1965, Mappe VSStÖ 1965-1967, (Briefverkehr Zentralsekretariat)

¹³⁸ Brief von Erich Schmidt und Günter Rehak an Alois Piperger (Zentralsekretär) vom 14.1.1965; ebd.

¹³⁹ Bericht von Franz Fischerlehner sowie Protokolle von Eva Zgraja/Erich Schmidt und Lotte Mörtenschlag; in: Mappe VSStÖ 1965-1967, (Briefverkehr Zentralsekretariat)

Heinz Fuchs schlug vor, dass die SPÖ eine Mittlerfunktion in diesem Streit übernehmen solle. Darüber konnte jedoch, aufgrund der ungeklärten Anzahl an Stimmberechtigten, nicht abgestimmt werden. Franz Fischerlehner konkretisierte das Angebot der SPÖ, indem er den Vorschlag machte, die Mitgliederzählkartei in Verwahrung zu nehmen und von einem Parteigremium überprüfen zu lassen. Weiters sollten bei dieser Sitzung, da in den darauffolgenden Wochen Hochschulwahlen stattfinden würden, möglichst alle unumstrittenen Beschlüsse, abgestimmt werden. Aber auch hier konnte aus oben genannten Gründen keine Abstimmung erfolgen, worauf Franz Fischerlehner eine Testabstimmung inklusive den beiden strittigen Stimmen vorschlug, die auch erfolgte und die einstimmige Annahme der Vorschläge des Parteivertreters ergab. Heinz Fuchs goutierte diesen Testbeschluss, betonte aber, dass dieser kein Präjudiz darstelle. Der ordentliche Beschluss konnte jedoch aufgrund erneuter statutarischer Einwände von Albrecht K. Konecny wiederum nicht erfolgen. Trotz eindringlicher Aufforderungen des Sektionsobmanns Fuchs oder des Parteivertreters Fischerlehner,¹⁴⁰ wenigsten anstehende Entscheidungen mit 2/3 Mehrheit zu beschließen, wurde die Sitzung auf Antrag von Heinrich Ribnitz geschlossen. Der Antrag wurde laut Protokoll von Lotte Mörtenschlag ohne Gegenstimme angenommen. Franz Fischerlehner verließ mit der „rechten“ Fraktion den Versammlungsraum, übernahm die Mitgliederkartei des VSSStÖ und verließ das Verbandslokal.¹⁴¹

Im Protokoll der „linken“ Fraktion wird oben angeführte Sitzung lediglich als „*Vorbesprechung unter dem Vorsitz des Sektionsobmannes Gen. Fuchs, in der es über Verfahrensvorschläge des Gen. Fischerlehner zu keiner Einigung kam*“,¹⁴² beschrieben. Nach Aufforderung „*endlich mit der Durchführung der Konferenz zu beginnen*“ soll Sektionsobmann Fuchs den Raum verlassen haben. Daraufhin habe Herbert Schwanda die Sitzung, als stellvertretender Sektionsobmann für den „verhinderten“ Heinz Fuchs, eröffnet und die „ordnungsgemäße“ Beschlussfähigkeit festgestellt. In einem Brief von Erich Schmidt,¹⁴³ stellt dieser die „erste“ Sitzung als Debatte dar, in der es „nicht einmal zu einer Erstellung der

¹⁴⁰ Hier differieren die Protokolle von Fischerlehner und Mörtenschlag.

¹⁴¹ Widersprüchlich ist in diesem Zusammenhang, dass Fischerlehner den VSSStÖ verließ, in seinem Protokoll jedoch den Ausgang der späteren Wahlen zum neuen Sektionsobmann und die Wahl der Delegierten zum Verbandstag schilderte.

¹⁴² Protokoll der außerordentlichen Funktionärekonzferenz vom 20.1.1965, gezeichnet von Eva Zgraja & Erich Schmidt; in: Mappe VSSStÖ 1965-1967, (Briefverkehr Zentralsekretariat)

Geschäftsordnung, geschweige dem zu einer ordnungsgemäßen Tagesordnung“ kam. Er gibt weiters an, dass trotz einer fehlenden Tagesordnung ein Antrag auf Vertagung zur Abstimmung gebracht wurde, dem die AnhängerInnen der „rechten“ Fraktion zustimmten, jedoch der Rest die Abstimmung aufgrund der nicht ordentlich eröffneten Sitzung verweigerte.

Da in dieser „zweiten“ Sitzung der Antrag auf namentliche Protokollierung der Stimmenthaltungen gestellt wurde, ist anzunehmen, dass auch Mitglieder der „rechten“ Fraktion oder zumindest fraktionell unzuordenbare Mitglieder anwesend waren, in diesem Fall Siegfried Wilfling, Ingrid Scheiber (beide Fachgruppe Welthandel) sowie Heinz Blaschke (Fachgruppe Technik). Im Laufe dieser Sitzung wurde der alte Sektionsvorstand entlastet und ein neuer mit Erich Schmidt als Obmann gewählt. Zudem wurden die Delegierten zum bundesweiten Verbandstag des VSStÖ gewählt, im Verhältnis 11:2 für die „linke“ Fraktion.

Bei dieser FunktionärInnenkonferenz wäre es also zu einer Veränderung des Kräfteverhältnisses im Sektionsvorstandes der Sektion Wien des VSStÖ gekommen (und/oder ist es auch). Die „rechte“ Fraktion hat dieses Vorhaben aus ihrer Sicht vereitelt, die „linke“ Fraktion wiederum hat aufgrund einer angeblichen Verhinderung des Sektionsobmanns Fuchs eine eigene Sitzung abgehalten und einen neuen „linken“ Vorstand gewählt. Beide Methoden, die einerseits Macht erhalten und andererseits Macht ergreifen helfen sollen, sind aus statutarischer Sicht problematisch zu bewerten. Ferdinand Lacina bestätigt das fragliche Vorgehen der „Linken“:

„So ganz legal war das, was wir gemacht haben, das muss ich zugeben, nicht. Das war schon etwas außerhalb der Statuten. Aber die Statuten ließen eigentlich keine andere Möglichkeit zu. Das war ein Notwehrputsch, oder so.“¹⁴⁴

Faktum war, dass ab diesem Zeitpunkt der VSStÖ Wien aus zwei konkurrierenden Vorständen bestand. Die „rechte“ Fraktion erkannte den neu gewählten „linken“ Sektionsvorstand nicht an, verblieb im Sektions- bzw. Verbandslokal in der Werdertorgasse 6. Vice

¹⁴³ Brief von Erich Schmidt vom 22.1.1965 vermutlich an das Zentralsekretariat (Eingangsstempel 23. 1.1965) in: Mappe VSStÖ 1965-1967, (Briefverkehr Zentralsekretariat)

¹⁴⁴ Ferdinand Lacina, Interview 8.10.2004, S. 5;

versa versuchte sich der „linke“ Sektionsvorstand als rechtmäßige Verbandsführung der Sektion Wien des VSStÖ, vor allem gegenüber der Partei, zu legitimieren.

Ein interessantes Beispiel in der Anwendung legitimierender Instrumente von Seiten der „linken“ Fraktion stellt eine Meldung in der AZ vom 22. Jänner 1965 dar.

„Die Sektion Wien des Verbandes Sozialistischer Studenten hielt Mittwoch eine Funktionärskonferenz ab, auf der der Sektionsvorstand neu gewählt wurde. Erich Schmidt wurde einstimmig zum neuen Obmann der Sektion Wien gewählt.“¹⁴⁵

Vermutlich steckten hinter dieser Meldung gezielte Information des „linken“ Sektionsvorstandes beziehungsweise gute Kontakte zu AZ-RedakteurInnen. Die „rechte“ Fraktion drückte in einem Brief an Zentralsekretär Leopold Gratz ihr Befremden über diese „Falschmeldung“ aus.¹⁴⁶

Aufgrund der beiderseitigen „rechtmäßigen“ Beanspruchung der Verbandsexekutive wurde das Verbandsschiedsgericht mit dem Vorsitzenden Hannes Androsch und den Beisitzern Othmar Slunsky, Franz Bauer, Alfred Kanitz und Johann Feichtinger einberufen. Es darf bei der Besetzung des Schiedsgerichts eine gewisse Tendenz vermutet werden, da Androsch und Bauer nur wenige Jahre zuvor der „rechten“ FunktionärInnenriege des VSStÖ angehörten. Der Schiedsgerichtsspruch am 30. Jänner 1965 fiel auch dementsprechend aus: Der Vorsitzende Fuchs hätte die Sitzung ordnungsgemäß geschlossen, während der FunktionärInnenkonferenz wäre keine Verhinderung von Obmann Heinz Fuchs vorgelegen und die im Anschluss abgehaltene Versammlung sei keine FunktionärInnenkonferenz gewesen und somit hätten auch keine gültigen Neuwahlen durchgeführt werden können.¹⁴⁷

Das Ergebnis des Verbandsschiedsgerichtes wurde jedoch von der „linken“ Fraktion nicht anerkannt.

¹⁴⁵ „Neuer VSStÖ-Sektionsvorstand in Wien“ in: AZ vom 22.1.1965, S. 4,

¹⁴⁶ Vgl. Brief von Fritz Danzmayr und Lotte Mörtenschlag an Leopold Gratz vom 22.1.1965; in: Mappe VSStÖ 1965-1967, (Briefverkehr Zentralsekretariat)

¹⁴⁷ Verbandsschiedsgerichtsbeschluss vom 30.1.1965; in: ebd.

3.1.2 ...und zwei konkurrierende Bundesvorstände

Die „linke“ Fraktion versuchte ihre Macht auszubauen, und berief mithilfe der VSStÖ-Sektion Graz (Erich Mikulaschek als stellvertretender Obmann) und Innsbruck einen außerordentlichen, bundesweiten Verbandstag für den 7. März 1965 ein.¹⁴⁸ Die Begründung lautete, der rechte Verbandsvorstand hätte auf Verlangen der beiden Sektionen nicht fristgerecht eingeladen (für den 16. März 1965) und sei, nach § 18 des Verbandsstatutes,¹⁴⁹ verhindert. Günther Rehak beschreibt die damalige Vorgehensweise, die schon in der Wiener FunktionärInnenkonferenz angewendet (siehe Kapitel 3.1.1) worden war, wie folgt:

„Das formale Mittel für die Durchsetzung der sachlichen Inhalte lieferten die statutari-schen Bestimmungen, nach denen überall dort, wo ein Verbandsfunktionär verhindert ist, die ihm zustehenden Kompetenzen von seinem satzungsmäßigen Vertreter wahrgenommen werden.“¹⁵⁰

So wurde am 7. März 1965 in VSM-Räumlichkeiten in Wien-Leopoldstadt, welche der „linken“ Verbandsführung kurzfristig auch als Verbandslokal dienen sollten, ein „neues“ Verbandspräsidium mit Günther Rehak¹⁵¹ als Verbandsobmann gewählt, und zwar mit den Stimmen der „linken“ Wiener, Grazer und Innsbrucker Delegierten.¹⁵² Diese Nachricht wurde auch der „Austria Presseagentur“ (APA) durchgegeben und veröffentlicht.¹⁵³ Ab diesem Zeitpunkt verfolgte die „linke“ Fraktion die Strategie der administrativen Legitimierung der eigenen Position durch zweifelhafte Mittel. Neben der Aneignung von Verbandsbriefpapier, der Herstellung eines eigenen Verbandstempels¹⁵⁴ und der Abschaltung

¹⁴⁸ Vgl. Brief von Erich Mikulaschek an Leopold Gratz vom 4.3.1965; in: Mappe VSStÖ 1965-1967, (Briefverkehr Zentralsekretariat)

¹⁴⁹ § 18 Abs. 1: Treten Umstände ein, die einem Funktionär die gänzliche oder teilweise Erfüllung seiner Verpflichtungen dauern oder vorübergehend unmöglich machen, hat der Funktionär dies unverzüglich dem Vorsitzenden des Organes, dem er angehört, und ist er dies selbst, dem nach § 19 zu seiner unmittelbaren Vertretung berufenen Funktionär mitzuteilen. Vgl. Stellungnahme der legalen („rechten“, Anm. d. Verf.) Verbandsführung zum Einigungsversuch des Parteischiedsgerichtes vom 31.5.1965, S. 3; in: ebd.

¹⁵⁰ Rehak, 1983; S. 49

¹⁵¹ Der gegenwärtige VSStÖ distanziert sich, aufgrund seiner antifaschistischen Tradition, von seinem ehemaligen Bundesvorsitzenden Günther Rehak, der sich von der Linken ab- und der extremen Rechten (Gerd Honsik) zugewandt hat (Vgl.

<http://www.vsstoe.at/default.asp?Hauptmenue=1&Untermenue=3>, Stand: 12.12.2004). Laut dem Handbuch des österreichischen Rechtsextremismus ist Rehak mittlerweile Referent im rechtsextremen Milieu und schreibt im rechtsextremen Organ „Aula“. Vgl. Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstands (Hrsg.); „Handbuch des österreichischen Rechtsextremismus“ Deuticke Verlag, 2. Auflage, Wien 1996, S. 280

¹⁵² Vgl. Brief vom 10.3.1965 von Günther Rehak und Heinz Nemeč (Verbandssekretär) an Bruno Pittermann; in: Mappe VSStÖ 1965-1967, (Briefverkehr Zentralsekretariat)

¹⁵³ APA-Meldung 7. März 1965 (I-167, 23.40h)

¹⁵⁴ Ein Vergleich der Briefe bzw. Stempel vom 8.3.1965 (Unterzeichner: Danzmayer/Mörtenschlag) mit jenem vom 10.3. 1965 (Unterzeichner: Nemeč/Rehak) weißt unterschiedliche Arten des VSStÖ-Stempels auf; in: Mappe VSStÖ 1965-1967, (Briefverkehr Zentralsekretariat)

des Telefonanschlusses im Verbandssekretariat in der Werdertorgasse wurden auch die Vereinskonten gesperrt, obwohl eine Amtsbestätigung der Vereinsbehörde fehlte.¹⁵⁵

Der Zentralsekretär der SPÖ, Leopold Gratz versuchte nach diesen Ereignissen erneut zwischen den beiden verfeindeten Gruppen zu vermitteln (Vgl. Kapitel 3.1.1), und lud zu einem Treffen der beiden Gruppen am 10. März 1965. Leopold Gratz gab dort der „linken“ Gruppe zu verstehen, dass der Verbandstag vom 7. März 1965 von der Partei nicht anerkannt würde, ebenso wenig der von der „rechten“ Fraktion geplante Verbandstag am 16. März 1965. Am 17. März 1965 sollte ein gemeinsames Arbeitsprogramm unter dem Vorsitz von Leopold Gratz erarbeitet werden und auch - auf Wunsch der „Linken“ - über das Statut diskutiert werden. Diesem Vorschlag stimmten beide Gruppen zu. Gratz forderte den „linken“ Verbandsobmann Rehak auf, seinen Brief an die Vereinbehörde mit der Bitte um Ausstellung einer Amtsbestätigung zurückzuziehen, um zu verhindern, dass der Streit an die Öffentlichkeit dringt. Dieser lehnte ab, woraufhin Zentralsekretär Gratz seine Mittlerfunktion zurücklegte.¹⁵⁶

Da nun der VSSStÖ über zwei Verbandspräsidien verfügte, die ihren Schriftverkehr auf dem selben Verbandsbriefpapier tätigten, verfügte Leopold Gratz am 12. März 1965,¹⁵⁷ dass bis zur Beendigung des Streits innerhalb des VSSStÖ nur Briefe mit dem zusätzlichen Rundstempel des Zentralsekretariats authentisch wären. Dieser Stempel fand sich in Folge ausschließlich auf Aussendungen der „rechten“ Fraktion.¹⁵⁸

Der „linke“ Vorstand leitete nun ein Verbandsschiedsgerichtverfahren gegen die VertreterInnen der „rechten“ Fraktion Heinz Fuchs, Lotte Mörtenschlag und Fritz Danzmayr beim,

¹⁵⁵ Brief von Lotte Mörtenschlag und Helmut Sommer an des Verbandsschiedsgericht vom 12.4.1965, S.3 sowie Undatierte „Sachverhaltsdarstellung – VSSStÖ“ von Leopold Gratz, S. 3; in: ebd.

¹⁵⁶ Vgl. Undatierte „Sachverhaltsdarstellung – VSSStÖ“ von Leopold Gratz, S. 3; in: Mappe VSSStÖ 1965-1967, (Briefverkehr Zentralsekretariat)

¹⁵⁷ Rundschreiben Nr. 4/65 an alle sozialistischen Landes- und Bezirksorganisationen gezeichnet von Leopold Gratz und Bruno Pittermann; in: ebd.

¹⁵⁸ Vgl. zum Beispiel Briefe an Leopold Gratz (2.4.1965) und Bruno Pittermann (7.4.1965) gezeichnet von Sommer und Mörtenschlag tragen das Rundsiegel des Zentralsekretariats; in: ebd.

am 7. März 1965 neu gewählten, Verbandschiedsgerichtsvorsitzenden Karl Tambornino, ein.¹⁵⁹

Die „rechte“ Fraktion hingegen reichte eine Reihe von Anträgen beim „alten“ Verbandschiedsgericht gegen die ProtagonistInnen der „linken“ Fraktion, Erich Mikulaschek, Günther Rehak, Heinz Nemeč, Gertrude Czipke und Albrecht K. Konecny ein.¹⁶⁰

Diese Personen wurden vom Verbandschiedsgericht der „rechten“ Verbandsführung in Abwesenheit aus dem VSStÖ ausgeschlossen.¹⁶¹ Auf Bestreben des Vorsitzenden dieses Verbandschiedsgerichts, Hannes Androsch, wurde gegen diese Personen auch ein Parteischiedsgericht eingeleitet.¹⁶²

Die „rechte“ Fraktion hielt ihren außerordentlichen Verbandstag am 16. März 1965 unter Mitwirkung der „rechten“ Delegierten der Sektion Wien sowie der Sektion Leoben ab. Im Zuge dieses Verbandstages wurde lediglich die Situation des VSStÖ diskutiert, es wurden aber keine Neuwahlen abgehalten, da man die Konsolidierung der Situation mittels des Verbands- beziehungsweise Parteischiedsgerichts abwartete.¹⁶³

Ende April bzw. im Mai 1965 waren die Mitglieder des VSStÖ einer regelrechten Flut an Aussendungen beider Fraktionen ausgesetzt, in denen beide Gruppen stets ihren rechtmäßigen Führungsanspruch vertraten und durch Beschuldigungen der jeweils anderen Fraktion die eigene Position zu untermauern versuchten.¹⁶⁴

3.1.3 Die Entscheidung des Parteischiedsgerichts

Am 27. Mai 1965 tagte das Parteischiedsgericht der SPÖ. Von dieser Sitzung ist leider kein direkter Bericht vorhanden. Es liegen mir lediglich eine Stellungnahme von Helmut Sommer und Lotte Mörtenschlag vom 31. Mai 1965 vor, sowie eine Aufstellung über die Vorgänge im VSStÖ nach dem Parteischiedsgericht von Günther Rehak und Heinz Nemeč vom 26. Juni 1965. Auf Vorschlag von Karl Czernetz entschied das Schiedsgericht ein

¹⁵⁹ Vgl. Verbandschiedsgerichtsanträge von Rehak und Nemeč an Karl Tambornino vom 13.3.1965; ebd.

¹⁶⁰ Vgl. Brief des „rechten“ Vorstandes an Hannes Androsch vom 12.4.1965; in: ebd.

¹⁶¹ Vgl. Brief von Fuchs/Kubicek/Mörtenschlag an Verbandsmitglieder vom 11.5.1965 sowie Stellungnahme der legalen („rechten“, Anm. d. Verf.) Verbandsführung zum Einigungsversuch des Parteischiedsgerichtes vom 31.5.1965, S. 3; in: ebd.

¹⁶² Undatierte „Sachverhaltsdarstellung – VSStÖ“ von Leopold Gratz, S. 3, sowie Protokoll des ao. Verbandstags vom 16.3.1965, S. 2; in: ebd.

¹⁶³ Protokoll des ao. Verbandstags vom 16.3.1965, S. 2; in: Mappe VSStÖ 1965-1967, (Briefverkehr Zentralsekretariat)

¹⁶⁴ Vgl. Aussendungen von Mörtenschlag/Fuchs vom 30.4.1965 und Nemeč/Schmidt vom 6.5.1965; in: ebd.

Einigungskomitee unter dem Vorsitz eines Abgeordneten der SPÖ sowie FunktionärInnen beider Streitparteien in selber Stärke einzusetzen. Die Aufgaben dieser „paritätischen Kommission“ sollten die Erarbeitung einer Statutenänderung und die Führung der Geschäfte bis zu einem gemeinsamen Verbandstag im Herbst 1965 sein. Diese Entscheidung richtete sich klar gegen die „rechte“ Verbandsführung, da die strittigen Sitzungen der „Linken“ quasi legalisiert wurden und das Parteischiedsgericht Erich Mikulaschek, Günther Rehak, Heinz Nemeč, Gertrude Czipke und Albrecht K. Konecny somit „freisprach.“ Im Bericht von Rehak und Nemeč wurde auch noch die Unwirksamkeit aller (angestrebten) Verbandsausschlüsse¹⁶⁵ sowie das Übereinkommen bis zum Verbandstag im Herbst keine Vollversammlungen mehr einzuberufen, angegeben.¹⁶⁶ Diese Schiedssprüche sind sonst an keiner anderen Stelle zu finden. Günther Rehak resümierte später:

„Für die Linke erwies es sich als Vorteil, dass das folgende Parteischiedsgerichtsverfahren als Causa „Partei Vorstand contra linker VSSStÖ“ definiert wurde, d.h. es wurde, da die alte VSSStÖ-Verbandsführung, nicht Partei war, ohne einen Vertrauensmann der Rechten verhandelt.“¹⁶⁷

Anzumerken ist noch, dass laut Heilingsetzer/Mesner/Rögl/Weber, die spätere Wissenschaftsministerin Hertha Firnberg, von der „linken“ Fraktion als deren Vertrauensperson und Karl Czernetz vom Parteivorstand in das Schiedsgerichtsverfahren nominiert wurden, zweiterer sich aber eher „neutral“ verhielt. Weiters soll die SPÖ laut Angaben von AkteurInnen in Heilingsetzer/Mesner/Rögl/Weber primär an der Unterstützung der „aktiveren“ Gruppe interessiert gewesen sein.¹⁶⁸

„Und erst eben durch diese Pattstellung, die durch diesen sogenannten Putsch da erreicht wurde, ist die Partei sozusagen zum Handeln gezwungen worden. Und durch das Schiedsgericht, wo wir auch jemanden nominierten konnten ist überhaupt erst irgendetwas in Bewegung gekommen. Wir haben eben die Hertha Firnberg da hineinnominiert, in dieses Schiedsgericht. Und die ist wirklich sehr ausgleichend an die ganze Sache herangegangen, und dadurch (...), haben wir überhaupt erst Chancen gehabt, Veränderungen um- und durchzusetzen.“¹⁶⁹

¹⁶⁵ Vgl. Anträge an die Verbandsschiedsgerichte bzw. Ausschlüsse von Rehak, Nemeč, Konecny und Czipke durch das „rechte“ Verbandsschiedsgericht vom 8.5.1965; Mitgliederaussendung von Fuchs/Kubicek/Mörtenschlag vom 11.5.1965; in: ebd.

¹⁶⁶ Vgl. Aufstellung über die Vorgänge im VSSStÖ nach dem Schiedsgericht vom 27. Mai 1965 im Schreiben von Rehak/Nemeč vom 26.6.1965 an das Zentralsekretariat; in: ebd.

¹⁶⁷ Rehak, 1983; S. 50

¹⁶⁸ Vgl. Heilingsetzer/Mesner/Rögl/Weber, 1989, S. 145

¹⁶⁹ Interview Eva Kreisky, 1.7.2004, S. 2

Die Weiterführung der Usance des zusätzlichen Zentralsekretariatsstempels auf den Ausendungen der „rechten“ Verbandsführung, welche sich diesem Schiedsspruch nur zögerlich unterordnete, legt den Schluss nahe, dass die Entscheidung des Schiedsgerichts bei Teilen der Partei, und auch im Zentralsekretariat nicht auf absolute Zustimmung stieß.¹⁷⁰ Daraufhin versuchte die „Linke“ im Parteivorstand Stimmung für die Realisierung des Spruches des Parteischiedsgerichts zu machen.¹⁷¹

Aufgrund der fehlenden detaillierten Quellen über den Einigungsprozess in den Sommermonaten 1965 lässt sich darüber nur ein unscharfes Bild zeichnen. Ferdinand Lacina berichtet über den Verständigungsprozess:

„Ein VSSStÖler aus den 20er Jahren, der Eduard Stark (Erster Obmann des VSSStÖ 1924, Vgl. Kapitel 2.2, Anm. d. Verf.) hat also dieses Vermittlungskomitee geleitet und da kamen (...) also immer zwei oder drei Vertreter, meist zu Sechst, ich bin dann dort gesessen, die Rechten und die Linken, und haben also darüber diskutiert wie man ein neues Statut basteln kann. Das war für die Linke Vorbedingung, dass man aus dieser Situation herauskommt. Das hat dann auch der Stark eingesehen, (...) der überhaupt gewisse (...) Antipathien gegenüber(...) dem (Helmut, Anm. d. Verf.) Sommer [hatte]. Der war damals Bundesobmann und der war leicht cholerisch gestimmt, und hat also immer wieder gesagt, dass er jetzt die Verhandlungen abbricht, ist zur Tür gegangen und hat nach der Schnalle gegriffen und dann hat ihn der Stark kurz angebrüllt und dann hat er sich wieder hingesetzt. Das verbessert die Verhandlungsposition im Normalfall nicht. Aber auf jeden Fall ist es gelungen ein neues Statut auszuarbeiten, und aufgrund dieses neuen Statuts hat es dann Wahlen in Wien gegeben.“¹⁷²

Neben einem neuen Statut kam es am 5. November 1965 zur Unterzeichnung eines Abkommens, welches „zu einer gedeihlichen Zusammenarbeit zwischen den beiden Gruppen im VSSStÖ“ führen sollte.¹⁷³

¹⁷⁰ Vgl. Einladung von Sommer/Mörtenschlag vom 5.6.1965 zu einem Verbandstag am 26.6.1965 trägt den Zentralsekretariatsstempel; in: Mappe VSSStÖ 1965-1967, (Briefverkehr Zentralsekretariat)

¹⁷¹ Vgl. Brief von Günter Rehak an Anton Proksch (Bundesminister für soziale Verwaltung) vom 29.6.1965 sowie Beschwerde an die Mandatprüfungskommission des Parteitagess der SPÖ (Hatte nur Delegationsnominierung von Helmut Sommer akzeptiert) vom 18.6.1965, in: ebd.

¹⁷² Ferdinand Lacina, Interview 8.10.2002, S. 5f.

¹⁷³ Brief gezeichnet von Rehak/Sommer vom 8.11.1965 an den Parteivorstand der SPÖ; in: Mappe VSSStÖ 1965-1967, (Briefverkehr Zentralsekretariat)

3.1.4 Urwahl in der Sektion Wien

Die Wahlen in der Sektion Wien, auf Basis eines geänderten Statuts, erfolgten im Zuge von Fachgruppenvollversammlungen vom 29. November bis zum 3. Dezember 1965. Diesen Wahlversammlungen ging eine Reform der Mitgliederkartei voraus, bei der jedes Mitglied seine Mitgliedschaft im VSStÖ persönlich, anhand des Studienbuches und des Mitgliedausweises, erneuern musste.¹⁷⁴

Es erfolgte eine Generalmobilisierung von beiden Seiten und diese Abstimmung kann zu recht als „Urwahl“ bezeichnet werden. Laut Günther Rehak kam es zu einer Gesamtstimmenanzahl von über tausend, bei der die „linke“ Fraktion einen Vorsprung von zwölf Stimmen erreichte.¹⁷⁵ In einer Mitgliederaussendung des VSStÖ Wien vom 7. Dezember 1965 hingegen ergibt sich eine endgültige Stimmenanzahl von 570. Von diesen Stimmen entfielen 295 auf die Liste 1 (Peter Kreisky), 271 auf die Liste 2 (Heinrich Ribnitz) und vier Stimmen auf die Liste 3 (Pentz). Das Ergebnis, welches einen Vorsprung von 24 Stimmen für die „linke“ Fraktion ergab, machte Peter Kreisky zum neuen Sektionsobmann des VSStÖ Wien.¹⁷⁶ Zudem wurde nach dem neuen Statut nun der gesamte Wiener Sektionsvorstand durch die „linke“ Fraktion gestellt.

Trotz dieser unterschiedlichen Angaben bezüglich der Stimmenanzahl ist festzustellen, dass die „linke“ Fraktion, mit knapper Mehrheit, siegreich aus der internen Auseinandersetzung in der Sektion Wien hervorging. Peter Kreisky stellte in seiner ersten Aussendung an Mitglieder des VSStÖ-Wien fest:

„Nach Jahren der Opposition ist es uns auf Grund eines demokratischen Statuts gelungen, in der Sektion Wien die Mehrheit zu erringen. Wir sind uns dessen bewusst, dass wir mit einer knappen Mehrheit gesiegt haben. Umso mehr soll dies für uns ein Ansporn sein, durch Zusammenarbeit das Vertrauen der Mitglieder – gleichgültig welcher Gruppierung – zu gewinnen!“¹⁷⁷

¹⁷⁴ Vgl. Gemeinsame Mitgliederaussendung von Rehak/Sommer vom 5.11.1965; in: Mappe VSStÖ 1965-1967, (Briefverkehr Zentralsekretariat)

¹⁷⁵ Vgl. Rehak, 1983, S. 50 vgl. auch Heilingsetzer/Mesner/Rögl/Weber, 1989, S. 64

¹⁷⁶ Vgl. Mitgliederaussendung des VSStÖ – Sektion Wien vom 7.12.1965; in: Mappe VSStÖ 1965-1967, (Briefverkehr Zentralsekretariat)

¹⁷⁷ „Informationen – Verband Sozialistischer Studenten – Sektion Wien“ vom 7.12.1965, gezeichnet Peter Kreisky, S. 5; in: ebd.

Am 17. und 18. Jänner 1965 fand auch auf Bundesebene eine Neuwahl des Präsidiums statt, in der, gestützt durch die Wiener, Grazer und Innsbrucker Delegationen, Günther Rehak zum offiziellen Bundesobmann des VSStÖ gewählt wurde.¹⁷⁸

Nach der Niederlage der „rechten“ Fraktion versuchten die Obmänner der „rechten“ Fachgruppen Welthandel, Technik und Medizin in der Sektion Wien, eine Idee von Eduard Stark, die er während der Einigungsverhandlungen vorgeschlagen hatte, zu ventilieren. Diese sollte die Basis für eine dauerhafte Regelung der Verhältnisse in der sozialistischen Studentenorganisation sein:

„Im Wiener Bereich soll der Verband Sozialistischer Studenten in Gruppen mit weitgehender Autonomie organisiert werden, die nur in bestimmten Fragen (Hochschulwahl usw.) gemeinsam aufzutreten haben.“¹⁷⁹

Zusätzlich ist ein Brief derselben an den Parteivorstand dokumentiert, in dem versucht wird, die neue Verbandsführung in Verbindung mit kommunistischen Aktivitäten (Einseitige Darstellung des Vietnamkrieges, etc.) zu bringen.

„Die Fachgruppen Medizin, Technik und Welthandel des Verbandes Sozialistischer Studenten Österreichs wenden sich entschieden gegen die Art und Weise, wie das gegenwärtige Präsidium gegen den Krieg in Vietnam auftritt. Der Ton der diversen Stellungnahmen und Presseaussendungen erinnert allzu sehr an einen Stil, der dem Organ der SED „NEUES DEUTSCHLAND“ oder der „PEKING REVIEW“ entnommen sein könnte.(...) Es ist für die derzeitige Verbandsführung bezeichnend, dass sie bei jeder Gelegenheit eifrig im kommunistischen Fahrwasser mitschwimmt(...). Wir fordern daher alle Mitglieder des VSStÖ auf, sich an kommunistisch beeinflussten Straßendemonstrationen nicht zu beteiligen.“¹⁸⁰

Obwohl das Zentralsekretariat die Arbeit der neuen Verbandsführung mit Misstrauen beobachtete (Siehe Kapitel 3.4.2.1), fanden diese Reorganisationsvorschläge und Denunziationen wenig Gehör. Der Großteil der „rechten“ Fraktion im VSStÖ resignierte und verließ zum Teil, auch aufgrund der Beendigung des Studiums, nach kurzer Zeit den Verband.

¹⁷⁸ Vgl. Undatierte Mitgliederaussendung „Informationen des VSStÖ“ vermutlich Jänner 1966

¹⁷⁹ Vgl. Undatiertes (wahrscheinlich Mitte des Jahres 1966) Schreiben der Fachgruppenobmänner Keiler (Medizin), Hieden (Welthandel) und Ertl (Techniker), S. 5; in Mappe VSStÖ 1965-1967, (Briefverkehr Zentralsekretariat)

¹⁸⁰ Schreiben vom 25.3.1966 von Keiler/Hieden/Ertl an den Parteivorstand; beigelegte Erklärung; in Mappe VSStÖ 1965-1967, (Briefverkehr Zentralsekretariat)

Die real-existierende Spaltung im VSStÖ kann mit Jänner 1966 als beendet betrachtet werden.

3.2 Das politische Bewusstsein der neuen „linken“ Verbandsführung

Nachdem sich die „Linke“ im VSStÖ ab Jänner 1966 etabliert hatte, stellt sich die Frage, inwiefern sich nun das politische Bewusstsein des Verbandes wandelte.

Die „rote tafel“, Organ des VSM, merkte zum Machtwechsel im VSStÖ folgendes an:

„Die Grundlage dieses neuen Klimas (...) ist eine Besinnung auf die eigentlichen Aufgaben einer sozialistischen Studentenorganisation. (...) Durch eine eigenständige wissenschaftliche, analysierende und theoretische Arbeit kann (...) ein wenn auch bescheidenes Gegengewicht zur konservativen Hochschule aufgebaut werden (...).

So sehr die Ersetzung der bisher geübten lautstarken, aber inhaltsleeren hochschulpolitischen Agitation durch die Erarbeitung konkreter Alternativen vordringlich ist, so kann der VSStÖ ebenso wenig ins Ghetto der Hochschulpolitik gesperrt werden, wie das für den VSM und die Mittelschulpolitik gilt. Aber noch mehr: So dringend notwendig auch theoretische Arbeit ist (...), auch sie wird ergänzt werden müssen. Ergänzt durch umfassende politische Tätigkeit, die nur dann sinnvoll sein kann, wenn sie sich nicht nur im Rahmen der Hochschule abspielt, sondern wenn diese Konzepte im lebendigen Kontakt mit den Kernschichten der Arbeiterbewegung entwickelt werden. Dieser lebendige Kontakt mit möglichst breiten Schichten der Arbeiter und Angestellten gibt einer sozialistischen Studentenorganisation jene Gesellschaftsbezogenheit, die sie zur Erfüllung ihrer Aufgaben braucht.“¹⁸¹

Wie auch schon im Kapitel 3.1.3 erwähnt, gab es nach dem Wechsel der Verbandsführung ausklingende Konflikte mit den verbliebenen „rechten“ Verbandsfunktionären aus den Fachgruppen Medizin, Technik und Welthandel. In einer veröffentlichten Erklärung dieser Fachgruppen kommt das unterschiedliche Selbstverständnis zwischen den beiden Fraktionen nochmals klar zum Vorschein:

„Die Mehrheit der Fachgruppen (es sind dies drei von insgesamt fünf) sind der Meinung, dass es nicht die Aufgabe einer sozialistischen Studentenorganisation sein kann, Mahnwachen vor Botschaften oder Straßendemonstrationen in Aktionseinheit mit den Kommunisten zu organisieren. Es müsste die Aufgabe einer Studentenorganisation sein, sich vielmehr um die dringenden Aufgaben auf dem Hochschulsektor zu kümmern und die Novellierung des

¹⁸¹ „Was kann ein sozialistischer Studentenverband?“ in: rote tafel, Jg. 12, Nr. 1/2, Jänner/Februar 1966, S. 2

*Studienbeihilfengesetzes und die Reform des österreichischen Hochschulwesens voranzutreiben.*¹⁸²

Die Kriterien, anhand derer ich in Folge die Veränderungen im Verband analysieren möchte, sind die politische Schwerpunktsetzung, die Annäherungsversuche an die ArbeiterInnenschaft, die Organisation der inneren Demokratie sowie die Selbstverortung im politischen Spektrum. Anhand von einigen Beispielen sollen die Unterschiede zur VorgängerInnengeneration genauer herausgearbeitet werden.

3.2.1 Ad fontes – Wissenschaftlicher Sozialismus

Bereits Mitte Dezember 1965 veranstaltete die Sektion Wien eine Arbeitstagung zum Thema „*Aufgaben und Möglichkeiten einer Sozialistischen Studentenorganisation*“, in der eine politische Standortbestimmung der sozialistischen Studenten vorgenommen sowie über die praktische Arbeit diskutiert wurde. Interessantes Detail ist, dass in der Frage der ReferentInnen, bereits Verbindungen zur deutschen Studierendenorganisationen aufgenommen wurden.¹⁸³ Es darf vermutet werden, dass es sich hierbei vor allem um den damals, innerhalb der linken StudentInnen, sehr populären Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS)¹⁸⁴ gehandelt hat.

Neben obengenanntem Selbstverortungsversuch, von dem leider keine näheren Quellen zu finden sind, initiierte die Fachgruppe JuristInnen in Zusammenarbeit mit der Sektion Wien einen politisch-ideologischen Lesekreis, um fundiertes sozialistisches Wissen im Verband zu verbreiten.

„Die Gründung des Lesekreises erfolgte aus zwei Grundgedanken heraus: Zunächst erscheint es als eine der vordringlichsten Aufgaben einer sozialistischen Studentenorganisation sich mit der Ideenwelt des Sozialismus zu befassen, sich um ein Erfassen der Strömungen und des Wesens des wissenschaftlichen Sozialismus zu bemühen und Grundfragen der

¹⁸² Schreiben vom 25.3.1966 von Keiler/Hieden/Ertl an den Parteivorstand; beigelegte Erklärung; in Mappe VSSStÖ 1965-1967, (Briefverkehr Zentralsekretariat)

¹⁸³ „Informationen – Verband Sozialistischer Studenten – Sektion Wien“ vom 7.12.1965; in: Mappe VSSStÖ 1965-1967, (Briefverkehr Zentralsekretariat)

¹⁸⁴ Der SDS war ursprünglich die, 1946 gegründete, Studierendenorganisation der SPD. Der SDS lehnte die Entwicklung der SPD zu einer marktwirtschaftlichen „Volkspartei“ (Godesberger Programm, 1959) ab. Die SPD brach daraufhin am 19.7. 1960 alle Beziehungen ab und fällte am 8.11.1961 einen Beschluss über die Unvereinbarkeit einer Doppelmitgliedschaft in SDS und SPD. Vgl. Net-Lexikon <http://www.lexikon-definition.de/Sozialistischer-Deutscher-Studentenbund.html> (Stand: 12.12.2004)

*Ideologie durchzudiskutieren, wozu im aktuellen politischen Tageskampf oft keine Zeit bleibt. Um aber diese Aufgabe erfüllen zu können, ist als Voraussetzung ein gewisses Maß an Wissen und Kenntnis der sozialistischen Literatur nötig, um überhaupt fundiert diskutieren zu können.*¹⁸⁵

Dieser Lesekreis teilte sich später in einen ideologischen, philosophischen und ökonomischen Arbeitskreis. Diese setzten sich zum Beispiel mit den Frühschriften von Karl Marx, dem Sinn und Zweck der Dialektik oder Wirtschaftstheorien auseinander.¹⁸⁶

Neben diesen Arbeitskreisen fand im Sommer 1966 eine zweiwöchige Sommerschule mit den Schwerpunkten Sozialismus und Wirtschaft im niederösterreichischen Eggenburg statt, bei der Referenten wie Karl Blecha, Heinz Fischer, Josef Hindels und Karl Czernetz unter anderem über den Historischen Materialismus, die Geschichte der ArbeiterInnenbewegung, sozialistische Wirtschaftstheorien und Dogmengeschichte Vorträge hielten.¹⁸⁷

Bei dieser theoretischen Beschäftigung mit Standardwerken des Sozialismus ist mir aufgefallen, dass die austromarxistischen Theorien kaum behandelt wurden. Mögliche Erklärungsansätze sind einerseits die austromarxistische Vorbildung vieler VSSStÖ-Mitglieder im VSM, andererseits könnte dieser Umstand auch ein Indiz für die langsame Emanzipation von dieser österreichischen Strömung des Marxismus darstellen, welche durch die Vorbildwirkung des SDS, der sich auch mit den klassischen sozialistischen TheoretikerInnen beschäftigte, vorangetrieben wurde.

3.2.2 Verstärktes antifaschistisches Engagement

Neben der Beschäftigung mit dem wissenschaftlichen Sozialismus kann ein verstärktes antifaschistisches Engagement im „offiziellen“ VSSStÖ - im Gegensatz zur „Zurückhaltung“ der VorgängerInnengeneration - festgestellt werden. Zur Borodajkewycz-Affäre (Vgl. Kapitel 2.8.1.1) wurde eine eigene Broschüre von Albrecht K. Konecny und Erich Schmidt verfasst, in der die Hintergründe und die Ereignisse im März 1965 dokumentarisch ausgeführt werden.¹⁸⁸ Im neuen Verbandsorgan **alternative**¹⁸⁹ widmeten sich ver-

¹⁸⁵ „Intern – Verband Sozialistischer Studenten – Sektion Wien“ Jg. 1. Nr.3, Februar 1966, S. 2;

¹⁸⁶ Vgl. „Bericht der Sektion Wien des VSSStÖ, Jänner-Mai 1966“, S. 1 in: Mapped VSSStÖ 1965-1967, (Briefverkehr Zentralsekretariat)

¹⁸⁷ Vgl. ebd. S. 2f.

¹⁸⁸ Vgl. „alternative“ Jg. 1, Heft 1, April 1966, S. 19

¹⁸⁹ Die „alternative“ erschien ab April 1966, aufgrund von Namensgleichheit mit einer deutschen Kulturzeitschrift ab Februar 1969 als „neue alternative“ und nach verlorenem Prozess um den Namen ab September/Oktober 1969 als „theorie und praxis“. Vgl. Heilingssetzer/Mesner/Rögl/Weber, 1989, S. 72

schiedene Artikel dem schleppenden Verlauf des Disziplinarverfahrens gegen Borodajkewycz.¹⁹⁰ Schlussendlich lautete das Urteil des Disziplinarsenats: Ruhestand mit verminderten Bezügen für Borodajkewycz. Die **alternative** resümierte:

„Damit [dem Urteil, Anm. d. Verf.] war erreicht worden, was demokratische Demonstranten im Frühjahr 1965 lautstark auf den Straßen der Wiener Innenstadt gefordert hatten: Borodajkewycz wurde die Möglichkeit genommen, weiterhin Studenten mit seinen Ideen, die auf der Ablehnung der österreichischen Nation und kaum mehr zu überbietenden Lobpreisungen des Nationalsozialismus basieren, zu konfrontieren. Bestehen bleibt freilich die Tatsache, dass es erst solcher Massendemonstrationen bedurft hatte, um die Hochschulbehörden zum Einschreiten zu veranlassen.“¹⁹¹

Im Februar 1966 kam es aufgrund von milden Urteilen in den „Mauer-Prozessen“¹⁹² in Salzburg zu Demonstrationen, an denen sich der VSStÖ beteiligte.¹⁹³ Auch gegen das 3. Bundesturnfest des Österreichischen Turnerbundes (ÖTB) im Juli 1966 legte der Verband massiven Protest ein.¹⁹⁴

Der Mitglieder des VSStÖ suchten aber auch die verstärkte persönliche Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus und begannen sich mit der Verantwortung der eigenen Elterngeneration zu konfrontieren, indem unter anderem eine Gedenkfahrt nach Auschwitz Ende Mai 1966 organisiert wurde.¹⁹⁵ Diese Bestrebungen können als Anfang einer eingehenderen Beschäftigung mit Kontinuitäten und Brüchen der postfaschistischen Gesellschaft im Vergleich zum Nationalsozialismus gesehen werden.

¹⁹⁰ Vgl. „Borodajkewycz – ein Jahr später“ in: *alternative*, Jg. 1, Heft 2, Mai 1966, S. 16; sowie „Der Fall des Herrn B.“ in: *alternative*, Jg. 1, Heft 3, April 1966, S. 20;

¹⁹¹ „Der Fall des Herrn B.“ in: *alternative*, Jg. 1, Heft 3, April 1966, S. 20

¹⁹² Am 17. Februar 1966 kam es im Salzburger Landesgericht gegen Wilhelm und Johann Mauer zu Freisprüchen aufgrund von Befehlsnotstand. Die beiden Männer wurden wegen der Ermordung polnischer ZivilistInnen und JüdInnen in Stanislau/Ostgalizien insbesondere der Teilnahme am „Blutsonntag“ von Stanislau (Tötung von mehr als 12.000 Menschen am 12. Oktober 1941) angeklagt. Am 8. November 1966 wurden Wilhelm und Johann Mauer von einem Geschworenengericht in Wien zu zwölf und acht Jahren Haft rechtskräftig verurteilt. Vgl. LG Wien 20 Vr 3517/66 unter: Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz (FStN) http://www.nachkriegsjustiz.at/prozesse/geschworeneng/35prozesse56_04.php (Stand 12.12.2004)

¹⁹³ Laut Bericht nahmen am 18. Februar 1966 400 DemonstrantInnen an dieser Protestkundgebung teil. Vgl. „Bericht der Sektion Wien des VSStÖ, Jänner-Mai 1966“, S. 1, in: *Mappe VSStÖ 1965-1967*, (Briefverkehr Zentralsekretariat); Vgl. auch „Demonstration gegen Fehlurteil“ in: *AZ* vom 19.2.1966, Nr. 41, S. 2

¹⁹⁴ Vgl. „Wird Innsbruck „angeschlossen“? Bundesturnfest des ÖTB – eine deutschnationale Provokation“ in: *alternative*, Jg. 1, Heft 4, August 1966, S. 1f.

¹⁹⁵ Vgl. ebd. S. 6

3.2.3 Antiimperialistisch und -kolonialistisch – Vietnam im Mittelpunkt

Als dritter politischer Schwerpunkt des „neuen“ VSSStÖ ist die internationale Politik zu nennen, mit dem Fokus auf antiimperialistische und -kolonialistische Aktivitäten. Die Kritik galt den rechten Diktaturen in Spanien, Griechenland, dem Schah-Regime in Persien sowie der Apartheid in Südafrika.¹⁹⁶ Besonderes Augenmerk richtete der VSSStÖ auf die Lage in Vietnam.¹⁹⁷ Hierbei ließ der Verband, im Gegensatz zur vorangegangenen Generation, Sympathien für das kommunistische Nordvietnam (Vietcong) durchblicken. Der US-amerikanischen Militäreinsatz stieß auf klare Ablehnung. Wurden zu einer Diskussionsveranstaltung der „rechten“ Verbandsführung *„Vietnam – Verteidigung oder Unterdrückung der Freiheit“*¹⁹⁸ am 22. Oktober 1965 noch je ein Korrespondent der „New York Times“ und der „TASS“¹⁹⁹ eingeladen, so fand eine Vietnamdiskussion der Sektion Wien am 17. Dezember 1965 nur mehr mit einem Vertreter der sowjetischen Nachrichtenagentur statt.²⁰⁰ Bestätigt wird die eindeutige anti-amerikanische Haltung des VSSStÖ durch die Einleitung des Artikels *„Vietnam – Verteidigung der Freiheit“* von Jan Zehner, Assistant Presse Attache der Botschaft der USA, in der **alternative**, welcher als Gegendarstellung zur VSSStÖ-Broschüre zum Vietnamkrieg gedacht war.

*„Es braucht nicht besonders betont werden, dass wir uns mit dem Text dieses Artikels, insbesondere mit seinem teilweise unangenehm polemischen Ton nicht identifizieren. Wir legen ihn unseren Lesern als interessantes Beispiel des ziemlich hoffnungslosen Versuches vor, die amerikanische Intervention in Vietnam wenigstens teilweise zu verteidigen (...).“*²⁰¹

¹⁹⁶ Vgl. „Weiter Unruhe der spanischen Studenten“ in: *alternative*, Jg. 1, Heft 7, November 1966, S. 5; „Weg ins gestern“ in: *alternative*, Jg. 2, Heft 6-7, Juni-Juli 1967, S. 6-7; „Mord für den Schah“ in: *alternative*, Jg. 2, Heft 6-7, Juni-Juli 1967, S. 1-2; „Menschenrechte in Südafrika – wozu?“ in: *alternative*, Jg. 2, Heft 5, Mai 1967, S. 1

¹⁹⁷ Der Vietnamkrieg war ein typischer Stellvertreterkrieg im „Kalten Krieg.“ Nach einem angeblichen Angriff Nordvietnams auf US-amerikanische Kriegsschiffe (Tongking-Zwischenfall), trat die USA in den Krieg zwischen dem kommunistischen Nordvietnam und der südvietnamesischen Republik ein. Trotz zahlenmäßiger Überlegenheit waren die US-Amerikaner den nordvietnamesischen Truppen (Vietcong) aufgrund der schwierigen Geländebedingungen unterlegen. Seit Jänner 1973 gilt ein Waffenstillstand. 1975 invasierte Nordvietnam im Süden und gründete die Sozialistische Republik Vietnam. Vgl. Net-Lexikon <http://www.lexikon-definition.de/Vietnamkrieg.html> (Stand: 12.12.2004)

¹⁹⁸ Vgl. Mitgliederaussendung des VSSStÖ Wien vom 8.10.1965; in: *Mappe VSSStÖ 1965-1967*, (Briefverkehr Zentralsekretariat)

¹⁹⁹ Telegrafnoe Agentsvo Sovetskovo Soyuzu (Nachrichtenagentur der Sowjetunion), gegr. 1925; bis 1991 der Sowjet-Führung unterstellt; heute ITAR-TASS (Information Telegraphy Agency for Russia; Nachrichtenagentur für Russland); Vgl. Net-Lexikon <http://www.lexikon-definition.de/TASS.html> (Stand: 12.12.2004)

²⁰⁰ In der Aussendung wird angemerkt, dass die amerikanische Botschaft leider keinen Vertreter nominiert hat. Vgl. „Informationen – Verband Sozialistischer Studenten – Sektion Wien“ vom 7.12.1965, S. 2; in: *Mappe VSSStÖ 1965-1967*, (Briefverkehr Zentralsekretariat)

²⁰¹ „Vietnam – Verteidigung der Freiheit“ in: *alternative*, Jg. 1, Heft 4, August 1966, S. 13

Der VSStÖ sprach sich klar gegen eine militärische Intervention der USA in Vietnam aus und berief sich immer wieder auf die, von einer internationalen Fernost-Friedenskonferenz beschlossenen Genfer Abkommen²⁰² vom Juli 1954. Zudem wurde versucht durch Berichte ausländischer Medien in der **alternative** unermüdlich Aufklärungsarbeit über die Lage in Vietnam zu leisten.²⁰³ Auch die Ostermärsche 1966 und 1967, zu denen der VSStÖ erstmals offiziell aufrief, standen im Zeichen des Friedens für Vietnam.²⁰⁴

Am 27. Februar 1966 trat der VSStÖ bei einem Treffen von Studierendenverbänden in Frankfurt am Main dem „Westeuropäischen Studentenkomitee für den Frieden in Vietnam“ bei, welches zu großen Kundgebungen am 25. März gegen die Intervention der USA in Vietnam in ganz Westeuropa aufrief. Dieser Kundgebungsaufruf war von den Forderungen nach Abzug aller ausländischen Truppen aus Vietnam, dem sofortigen Zusammentritt einer Friedenskonferenz aller beteiligten Mächte sowie Selbstbestimmungsrecht für das vietnamesische Volk begleitet.²⁰⁵

An diesem 25. März 1966 veranstaltete der VSStÖ und der VSM die erste Demonstration gegen den Krieg in Vietnam mit 1200 TeilnehmerInnen in Wien.²⁰⁶ Dieser Veranstaltung sollten noch viele folgen. Da die Proteste gegen den Vietnamkrieg zumeist mit kommunistischen Organisationen veranstaltet wurden, kam es immer wieder zu Problemen mit der SPÖ, die beim Thema Vietnam sofort an das Verbot der Zusammenarbeit mit KommunistInnen und an die wichtigen Hilfslieferungen der USA nach 1945 erinnerte. Auf jene Schwierigkeiten soll im Kapitel 3.4.2.2 näher eingegangen werden.

²⁰² Diese Abkommen, unterzeichnet von Frankreich, Großbritannien, China, der UdSSR, Nord- und Südvietnam, legen einen entgeltlichen Waffenstillstand (1. Indochinakrieg) und Maßnahmen zur Aufrechterhaltung des Friedens fest. Weiters soll die Souveränität Vietnams geachtet werden, keine Truppenverstärkungen nach Vietnam gebracht werden, Vietnam keinem militärischem Bündnis beitreten und das Land durch freie Wahlen wiedervereinigt werden. Die USA unterschrieb nicht, versicherte aber keine Gewalt anzuwenden, um das Abkommen zu stören. Vgl. „Vietnam – Verteidigung der Freiheit?“ in: *alternative*, Jg. 1, Heft 1, April 1966, S. 8

²⁰³ Vgl. „Vietnam – Verteidigung der Freiheit?“ in: *alternative*, Jg. 1, Heft 1, April 1966, S. 8-9; „Boom wegen Vietnam“ in: *alternative*, Jg. 1, Heft 2, Mai 1966, S. 8-9; „US-Frustration Vietnam“ in: *alternative*, Jg. 1, Heft 3, Juni 1966, S. 8-9; „Vietnam – Analyse eines Exempels“ in: *alternative*, Jg. 1, Heft 4, August 1966, S. 20; „Sozialisten über Vietnam“ in: *alternative*, Jg. 1, Heft 5, September 1966, S. 13; „Wege aus dem Chaos – Gibt es eine Lösung für Vietnam“ in: *alternative*, Jg. 1, Heft 7, November 1966, S. 16; „Wieso noch ‚Vietnamkrieg‘?“ in: *alternative*, Jg. 2, Heft 1, Jänner 1967, S. 16; Sonderbeilage „Vietnam“ zu *alternative* Jg. 2, Heft 5, Mai 1967;

²⁰⁴ Vgl. *alternative*, Jg. 1, Heft 1, April 1966, S. 7 & *alternative*, Jg. 2, Heft 5, Mai 1967, S. 3

²⁰⁵ Vgl. *alternative*, Jg. 1, Heft 1, April 1966, S. 7

²⁰⁶ Vgl. „Bericht der Sektion Wien des VSStÖ, Jänner-Mai 1966“, S. 1, in: *Mappe VSStÖ 1965-1967*, (Briefverkehr Zentralsekretariat)

Höhepunkt der Aktivitäten waren die Vietnam-Aktionstage des VSStÖ an der Universität Wien Ende April 1967.²⁰⁷ Die Aktionswoche begann am 23. April 1967 mit einer Aufführung des Berliner Reichskabarets²⁰⁸ im Konzerthaus Wien.

„Wir haben ja eine so eine klassische Geschichte gehabt mit einer Kabarettveranstaltung, ich glaube es war das Reichskabarett, wo (...) uns das Audi Max verweigert wurde und wir, ich meine das war mutig von uns, wir sind ins Konzerthaus gegangen. Wir wussten überhaupt nie ob wir die Rechnung bezahlen werden können, ob das hereingespielt wird, was da abgegangen ist. Aber wir haben es geschafft.“²⁰⁹

Die weiteren Veranstaltungen waren in den Räumlichkeiten der Universität Wien angekündigt.²¹⁰ Die zuständigen akademischen Behörden untersagten die Veranstaltungen jedoch (Vgl. Kapitel 3.3). Der VSStÖ hielt daraufhin eine Protestkundgebung am Abend des 25. April in der Universität Wien mit rund 200 TeilnehmerInnen ab, bei der Peter Gäng (SDS) mit einer kleinen Gruppe den ursprünglichen Veranstaltungsort, den Hörsaal II im Neuen Institutsgebäude (NIG), kurzfristig besetzte.²¹¹ Von 25. April bis 27. April fanden drei Teach-Ins²¹² zu den Themen „Vietnam aus historischer Sicht“, „Die Gewalt – zur Problematik von legalem und illegalem Handeln“ und „Probleme der ‚Dritten Welt‘ – Antikoloniale Revolution und Konterrevolution“ deshalb im Albert-Schweitzer-Haus statt, das im Besitz evangelischer Organisationen stand und steht. Die Aktionswoche endete am 3. Mai mit einer Lesung zur Dokumentation des Vietnamkriegs von BurgtheaterschauspielerInnen, mit anschließender Diskussion mit dem deutschen, evangelischen Kirchenpräsidenten Martin Niemöller, Caritas-Präsident Leopold Ungar sowie dem Universitätsprofessor für evangelische Theologie, Wilhelm Dantine.²¹³

²⁰⁷ Vgl. „Intern – Informationsblatt der Sektion Wien des VSStÖ“, 2. Jg. Nr. 4, April 1967

²⁰⁸ Das Berliner Reichskabarett gehörte damals zu den "schärfsten satirischen Waffen" der Studentenbewegung. Mit Programmen wie „Hab Bildung im Herzen“ (1967), „Der Guerilla läßt grüßen“ (1968) und „Ex und hopp“ (1970) machte das linke-systemkritische Berliner Reichskabarett, das thematisch radikal auftrat und mit neuen Präsentationsformen experimentierte, sogenanntes "Gesinnungs-" oder "APO-Kabarets" in Abgrenzung zu den etablierten Kabarets.

²⁰⁹ Interview Eva Kreisky, 1.7.2004, S. 9

²¹⁰ Vgl. „Intern – Informationsblatt der Sektion Wien des VSStÖ“, 2. Jg. Nr. 4, April 1967

²¹¹ Vgl. alternative, Jg. 2, Heft 6-7, Juni-Juli 1967, S. 1; AZ vom 26.4.1967, S. 1 & Keller, Fritz; „Wien, Mai 68 – Eine heiße Viertelstunde“ Junius Verlag, Wien 1983, S. 45

²¹² Ein Teach-In ist eine, ursprünglich aus den USA stammende, Informations-, Diskussions- und Demonstrationsform, die abseits der offiziellen Medien informiert und Missstände anprangert, und meist mit einem Sit-in verbunden ist. Der VSStÖ veranstaltete die ersten Teach-Ins in Österreich.

²¹³ Vgl. „Intern – Informationsblatt der Sektion Wien des VSStÖ“, 2. Jg. Nr. 4, April 1967 & Keller, 1983, S. 45

Neben dieser Aktionswoche veröffentlichte der VSStÖ in seiner Mai-Ausgabe der **alternative** eine Sonderbeilage zum Vietnamkrieg, die hauptsächlich Informationen aus internationalen Medien, eine Chronik über die Geschichte Vietnams sowie der Proteste enthielt. Interessantes Detail ist ein Auszug aus Frantz Fanons „*Die Verdammten dieser Erde*“²¹⁴ mit dem Titel „*Die Antwort der Dritten Welt*“, in dem er den bewaffneten Aufstand der Kolonialiserten gegen die Kolonialherren prophezeite.²¹⁵

Am traditionellen Fackelzug der jungen SozialistInnen in Wien am 30. April 1967, der zunächst ganz normal verlief, setzte sich ein Teil des Demonstrationzugs zur US-amerikanischen Botschaft in Gang. Das überraschte die Polizei, da diese eigentlich die griechische Botschaft aufgrund von erwarteten Protesten gegen das griechische Obristenregime²¹⁶ gesichert hatte. Vor der Botschaft der USA wurde ein Sitzstreik gegen den Vietnamkrieg abgehalten, danach kehrten die DemonstrantInnen wieder friedlich auf den Rathausplatz zurück. Die „rote tafel“ berichtete:

„Nachdem sie den Wachmännern ‚Solidarity forever‘ und ‚We shall overcome‘ vorgesungen hatten, kehrten die Demonstranten zum Rathaus, dem Ausgangspunkt ihrer Aktion, zurück. Dort ebte gerade die offizielle Abschlusskundgebung (des Fackelzuges, Anm. d. Verf.) aus, auf der inzwischen Wiens SPÖ-Vizebürgermeister Slavik und Parteiobmann Kreisky, organisationsfremden Parolen, die in die Kundgebung eingeschmuggelt worden waren‘ (,Vierzehntausend Fackeln am Ring“ in: AZ vom 3.5.1967, S.5, Anm. d. Verf.), Paroli geboten hatten. Wie die AZ außerdem zu melden wusste, musste unter anderem, ein Transparent entfernt werden, das eine Beleidigung des amerikanischen Präsidenten darstellte.“²¹⁷ Dr. Kreisky und Vizebürgermeister Slavik bedauerten den Vorfall und sahen Österreichs Freiheit quasi nicht nur durch amerikanische Trockenmilch und Nachkriegsschokolade, sondern auch in Vietnam verteidigt.“²¹⁸

²¹⁴ Frantz Fanon wurde mit seinem Werk „Die Verdammten dieser Erde“, in dem er zum Aufstand der Unterdrückten dieser Welt aufrief, aber auch militante Kämpfe in den Metropolen moralisch rechtfertigte, zur antiimperialistischen Kultfigur der StudentInnenbewegung 1968. Das Werk orientiert sich stark am algerischen Befreiungskampf gegen den französischen Kolonialismus Ende der fünfziger, Anfang der sechziger Jahre des 20. Jahrhunderts. Vgl. Net-Lexikon <http://www.lexikon-definition.de/Frantz-Fanon.html> (Stand: 12.12.2004)

²¹⁵ Vgl. vietnam-alternative, Jg. 2, Sonderbeilage zu Heft 5, Mai 1967, S. 6

²¹⁶ Am 21. April 1967 putschte sich eine Gruppe konservativer Offiziere um Georgios Papadopoulos in Griechenland an die Macht und errichtete ein diktatorisches Regime indem der Ausnahmezustand herrschte, Massenverhaftungen und -deportationen in Konzentrationslager auf die Insel Jaros und Leros vorgenommen wurden. Die Medien waren gleichgeschaltet. 1973 kam es nach einem fehlgeschlagenen Putsch Athens auf Zypern zum Zusammenbruch der Militärdiktatur. Vgl. Net-Lexikon <http://www.lexikon-definition.de/Georgios-Papadopoulos.html> (Stand: 12.12.2004)

²¹⁷ Das Transparent trug die Aufschrift „Mörder Johnson“ oder „B 52 – Johnsons Friedenstauben?“ Vgl. alternative, Jg. 2, Heft 6-7, Juni-Juli 1967, S. 5 & Keller, 1983, S. 46

²¹⁸ „Sorge mit der Jugend oder wie die bösen Buben den schönen Fackelzug störten“ von Robert Sterk, in: rote tafel, Jg. 13, Heft 5-6, Mai-Juni 1967, S. 3

Der 1. Mai 1967 verlief durch massiven Einsatz von parteieigenen Ordnern ruhig.

Am 4. Mai 1967 veranstaltete der VSStÖ und der VSM tatsächlich eine Kundgebung gegen das griechische Obristenregime.²¹⁹ Bei dieser Protestkundgebung verhielt sich die Polizei jedoch anders als bei der Aktion vor der US-Botschaft am 30. April. Der VSStÖ und der VSM erklärten in einer Aussendung:

„Auf der Höhe der Operngasse wurde der disziplinierte Zug durch einen unprovokierten Überfall der Polizei attackiert. Die über diesen Vorfall empörten und aufgebrachten Demonstranten machten es den Veranstaltern unmöglich, die Demonstration auf dem Karlsplatz mit einer Schlusskundgebung zu beenden. Die Protestierenden zogen daraufhin durch die Argentinierstraße zur Kreuzung Gusshausstrasse. Hier stellte sich den Demonstranten, die auf der Kreuzung stehen blieben ein vierfacher Polizeikordon entgegen. Die erste Reihe des Kordons stürzte sich auf die Spitze des Zuges, wobei sich die Polizisten ohne Rücksicht auf Alter und Geschlecht der Attackierten in der Handhabung des Knüppels übten. Selbst als die Demonstranten über die Kreuzung zurückwichen, setzte die Polizei die ungehemmt in Beschimpfungen und Prügeleien machte, ihren Angriff fort. Drei Verletzte blieben auf dem ‚Schlachtfeld‘.“²²⁰

Auf Seiten der Polizei kam es angeblich auch zu drei Verletzten. Dieses harte Vorgehen der Polizei sollte in Österreich kein singuläres Ereignis bleiben, erschien jedoch im Vergleich zu Zwischenfällen in Deutschland zu dieser Zeit „harmlos“.²²¹

Der VSM und der VSStÖ wurden am folgenden Tag zum Parteivorsitzenden Kreisky beordert. Die Ereignisse im April/Mai 1967 stellen den Anfang der angespannten Beziehung mit der SPÖ Ende der sechziger Jahre dar (Siehe Kapitel 3.4.2.2).

Nach dem gewaltsamen Tod von Benno Ohnesorg am 2. Juni 1967 in West-Berlin,²²² legte der VSStÖ am 9. Juni 1967, dem Begräbnistag Ohnesorgs, einen Kranz vor der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Wien nieder.²²³ Weitere Demonstrationen aufgrund dieses Vorfalls sind in Österreich nicht dokumentiert.

²¹⁹ Die Demonstration sollte eigentlich am 24. April 1967 stattfinden. Vgl. „Intern“ 2. Jg. Nr. 5, April 1967

²²⁰ „Auch geprügelt“ in: alternative, Jg. 2, Heft 6-7, Juni-Juli 1967, S. 3 & AZ vom 6.5.1967, S. 2

²²¹ Vgl. Demonstration gegen den Schah vom 2. Juni 1967 in Berlin, mit einem Todesopfer, dem Studenten Benno Ohnesorg.

²²² Der 26jährige Student Benno Ohnesorg wurde am 2. Juni 1967 während einer Demonstration gegen den Schah von Persien in West-Berlin, die vom SDS organisiert war, durch einen Schuss von Kriminalobermeister Karl-Heinz Kurras in den Rücken getötet. Der Todschütze ist nie verurteilt worden. Der Tod von Benno Ohnesorg war ein Signal für die Radikalisierung der Studentenbewegung und die Initialzündung vieler weiterer, zum Teil auch gewaltsamer Demonstrationen in der ganzen Bundesrepublik Deutschland. Vgl. Net-Lexikon; <http://www.lexikon-definition.de/Benno-Ohnesorg.html> (Stand: 12.12.2004)

²²³ Vgl. „Mord für den Schah“ in: alternative, Jg. 2, Heft 6-7, Juni-Juli 1967, S. 3

3.2.4 Aktionseinheit zwischen ArbeiterInnen und StudentInnen

Wie im Zitat der „roten tafel“ im Kapitel 3.2 „empfohlen“, suchte der VSStÖ im Jänner 1966 den Kontakt mit der ArbeiterInnenschaft.

Das Rax-Werk, welches Teil der verstaatlichten, metallverarbeitenden Industrie, Simmering-Graz-Pauker AG (SGP) war, sollte wegen angeblicher Unrentabilität mit dem Einverständnis des „Österreichischen Gewerkschaftsbundes“ (ÖGB) verkauft, also privatisiert, werden. Die ArbeiterInnen traten in den spontanen Streik, den der VSStÖ verbal unterstützte und einen Solidaritätsfond für die ArbeiterInnen gründete.

In der **alternative** wurde kritisiert, dass der SGP-Vorstand, die Bundesregierung und Gewerkschaft gegen die Interessen der ArbeiterInnen handelten. Verschiedene Rettungsversuche durch die ArbeiterInnenschaft, wie eigenständige Auftragsbeschaffung oder Kommunalisierung des Betriebes durch die Wiener Neustädter Stadtverwaltung schlugen fehl, und so kam es zu 375 Entlassungen.²²⁴

„Das Rax-Werk-Problem hat deutlich das Versagen der Interessenvertretung der Arbeiter bewiesen; alle Versuche der Arbeiter, in Spontanaktionen den Privatunternehmern den direkten Kampf anzusagen, waren ergebnislos – die Gewerkschaft lenkte ein und forderte die Arbeiter zur Untertanenpflicht gegenüber dem Unternehmer (...) auf.“²²⁵

Gleichzeitig organisierte der Verband ein Seminar zum Thema „Probleme der Verstaatlichung“ vom 22.-23. Jänner, bei dem der Betriebsratsobmann der Rax-Werke Dörfl über die Situation im Betrieb referierte. Der VSStÖ plädierte in Folge für eine Selbstverwaltung der ArbeiterInnen als neues Modell des Sozialismus und führte dies in der **alternative** näher aus:

„Die heute bestehenden Formen der ‚Kontrolle von oben‘ (Staat oder Genossenschaft, Anm. d. Verf.) müssen umgewandelt werden in die direkte Verwaltung (...) jedes Betriebes durch die Gemeinschaft der arbeitenden Betriebsbeteiligten mittels der von ihnen selbst bestimmten Organe der Betriebsräte. Durch die Betriebsdemokratie wird das Übergehen der Verfügungsgewalt der Produktionsmittel auf die Produzenten, bzw. Konsumenten ge-

²²⁴ Vgl. „Requiem für das Rax-Werk“ in: *alternative*, Jg. 1, Heft 1, April 1966, S. 3

²²⁵ „Ist die Festung sturmreif? Die demokratische Gesellschaft endet noch immer vor dem Fabrikstor – ist ‚Mitbestimmung‘ genug?“ in: *alternative*, Jg. 1, Heft 2, Mai 1966, S. 4

währleistet.(...) Die Verwirklichung der Betriebsdemokratie ist der Hebel zum Umsturz der ökonomischen Grundlagen, auf denen Klassenherrschaft beruht.“²²⁶

Die Diskussionen zum Thema „Selbstverwaltung“ zogen sich bis ins Jahr 1967, in dem der VSStÖ am 8. und 9. April ein Seminar zu ArbeiterInnenselbstverwaltung und Mitbestimmung in den Betrieben mit Referenten wie Dieter Schneider (IG Metall), Professor Markovic (Universität Belgrad) und Heinz Kienzl (ÖGB) veranstaltete.²²⁷

„Es hat (...) auch immer eine Fraktion gegeben, so um den Arthur Baier herum, die sich so als rätesozialistisch verstanden haben. In der Folge der Münchner und der deutschen Rätesozialistenbewegung von 1917/18/19 und die also fleißig bei irgendwelchen Streiks oder Betriebserschließungen Flugblätter verteilt haben. Also diese Fraktion gab es auch.“²²⁸

Rückblickend resümierte Wilhelm Burian über die Rolle des VSStÖ in der Causa Rax-Werk nüchtern:

„Die Diskussion mit den Arbeitern scheiterte jedoch sowohl an der Sprachbarriere als auch an unklaren Streikzielen. Es gelang nicht, das progressive Element einer defensiven Streikbewegung hervorzukehren, geschweige denn, Problemstellungen (Staatskapitalismus, Gewerkschaftsbürokratie, Mitbestimmung) an die Arbeiter heranzubringen. Später bemächtigte sich die Parteiführung der Frage und verwies den VSStÖ auf sein „eigenliches Gebiet“, die Hochschule.“²²⁹

Diese klare „Mandatsübertretung“ des VSStÖ wurde angeblich von der SPÖ umgehend mit Sanktionen quittiert, die in der Sperrung der Gelder und der Androhung von Schiedsgerichtverfahren ihren Ausdruck fand.²³⁰ Zweifelhaft erscheint hierbei, dass keinerlei Briefverkehr zwischen Zentralsekretariat und VSStÖ in Bezug auf diese Maßnahmen stattgefunden hat.

3.2.5 Neue Partizipationsmodelle innerhalb des Verbandes

Nach der offiziellen Übernahme der „linken“ Fraktion im Dezember 1965 bzw. Jänner 1966 durch ein „Kompromiss-Statut“ (Vgl. Kapitel 3.1.3), kam es im März und November

²²⁶ Ebd., S. 5; Vgl. auch „Arbeiterschaft und Staat“ von Günther Rehak in: alternative, Jg. 1, Heft 6, Oktober 1966, S. 16; & „Arbeiter verwalten Betriebe“ von Arthur Baier und Hannes Morschl in: alternative, Jg.2 Heft 3-4, März-April 1967, S. 16

²²⁷ Vgl. „Intern“ Jg. 2, Nr. 3, März 1967

²²⁸ Interview Kurt Greussing, 20.6.2004, S. 3

²²⁹ „Opposition im autoritären Sozialstaat (I)“ von Willi Burian in: theorie & praxis, Jg. 5, Heft 2/3, Juli 1970, S. 14

1967 zu einer erneuten Änderung der Statuten durch die neue Verbandsführung. Es ist an diesem Punkt schwierig nachzuvollziehen, ob diese Modifikation primär aus Gründen der Machtsicherung (Vgl. Maßnahmen der „rechten“ Fraktion in Kapitel 2.8) oder aufgrund einer gewollten Neustrukturierung des Verbandes durchgeführt wurde. Fest steht, dass es zu keinen statutarischen Änderungen in der Gremienstruktur kam. Änderungen anderer Art konnten nicht festgestellt werden.²³¹

Vermutlich sollten die Statuten wieder an die „Praxis“ angepasst werden, zumal es im Briefverkehr zwischen VSStÖ und Zentralsekretariat einige Hinweise darauf gibt, dass die gegenwärtige Verbandsführung durch Sistierung von Fachgruppenvollversammlungen²³² oder dem Wahlrecht für ausländische Verbandsmitglieder²³³ versuchte ihre Macht abzusichern.

Allerdings verlautbarte die **alternative**, dass vom 7. bis zum 16. Dezember 1966 die jährlichen Mitgliedervollversammlungen des VSStÖ stattgefunden hatten und (neue) FunktionärInnen (wieder-)gewählt wurden.²³⁴ Hierbei wurden auch die neuen Obleute der einzelnen Fachgruppen bekannt gegeben, wobei sich darunter keineR der „rechten“ Fraktion (Vgl. Kapitel 3.1.3) mehr befand.²³⁵

Ein Merkmal, das die neue Qualität der Demokratie innerhalb des Verbandes verdeutlicht, waren die zahlreichen Arbeitskreise (Vgl. Kapitel 3.2.1). Es wurden nicht nur politisch-ideologische, also inhaltliche Arbeitskreise eingerichtet, sondern auch ein Arbeitskreis zum Thema Presse unter der Leitung von Albrecht K. Konecny, der „*allen interessierten Genossen die Möglichkeit einer Mitsprache bei der Gestaltung der Verbandspublikationen bieten*“²³⁶ sollte.

Zum Verbandsorgan ist im allgemeinen hinzuzufügen, dass die Gründung der **alternative** als eine „*naheliegende Konsequenz*“ bezeichnet wurde, um aus der „*Beschränkung auf kulturelle Themen und Hochschulpolitik*“ auszubrechen (bezugnehmend auf die **neue ge-**

²³⁰ Vgl. Keller, 1985, S. 136; Heilingsetzer/Mesner/Rögl/Weber, 1989, S. 69

²³¹ Vgl. Statuten vom 14. März 1966

²³² Vgl. Statuten vom 12. November 1967, § 42, Abs. 3 indem die Zuständigkeiten zur Einberufung einer außerordentlichen Fachgruppenvollversammlung und deren Fristen im Vergleich zum Statut vom 14. März 1967 neu geregelt werden.

²³³ Vgl. Hinweis in Aktennotiz über eine Besprechung von Problemen im VSStÖ von Helmut Umek mit dem Zentralsekretariat vom 15.9.1966, in: Mappe VSStÖ 1965-1967, (Briefverkehr Zentralsekretariat)

²³⁴ Peter Kreisky wurde als Wiener Obmann bestätigt. Vgl. *alternative*, Jg. 2, Heft 8, Dezember 1966, S. 3

²³⁵ Vgl. ebd.

neration, Anm. d. Verf.) und „ein Organ allgemein politisch, kulturpolitisch, kultureller Orientierung zu schaffen.“²³⁷

Zum Arbeitskreis „Presse“ kamen noch drei weitere „praxisorientierte“ Arbeitskreise: zum Thema Hochschulfragen geleitet von Norbert Roszenich, zum Bereich Heime, der von Peter Kostelka koordiniert wurde, sowie ein verkehrstechnischer Arbeitskreis der Fachgruppe Technik.²³⁸ Im Laufe der Jahre 1966 und 1967 wurden zusätzliche Arbeitskreise zu den Themen Kultur, Politikwissenschaft und Bundesheer eingerichtet.²³⁹

Die Schaffung von Arbeitskreisen in der Sektion Wien des VSStÖ war (im Vergleich zur Zeit vor dem Verbandsführungswechsel) neu. Diese Diskussionsgruppen haben vermutlich zu einer gewissen Dynamik, aber auch Transparenz der politischen Diskussion innerhalb des Verbandes beigetragen, wenngleich die Diskussion meist von einigen redegewandten und theoriebewanderten Wortführern beherrscht wurde.

*„Es war eine sehr diskursgewaltige Gemeinschaft. Es haben sich halt nur Leute durchsetzen können, die gut schreiben konnten, oder halt wenigstens diese marxistischen und marxusianischen Sachen rezipiert haben und im gewissen Sinne nachgebeten haben, oder auch eigenständig verwendet haben. Es war auf jeden Fall eine schreibende und redende Gemeinschaft.“*²⁴⁰

Im Laufe der Zeit sollte das Verbandsleben nicht nur im Inneren, sondern auch nach außen, transparenter werden (Vgl. Kapitel 4.2.4).

3.2.6 Verortung des Verbandes im politischen Spektrum

Mit dem Machtwechsel im VSStÖ war der Verband wieder deutlich nach links gerückt, sprich der VSStÖ, zumindest die Verbandsführung und ein Großteil der Mitglieder verortete sich wiederum links der SPÖ (Vgl. Kapitel 2.6). Dies sollte nach der Wahlniederlage der SPÖ am 6. März 1966 in einer Pro-Oppositionshaltung des VSStÖ auch nach außen klar ersichtlich werden (siehe Kapitel 3.4.1.1).

²³⁶ „Intern – Informationsblatt der sozialistischen Studenten Sektion Wien“ Jg. 1, Nr. 4, März 1966

²³⁷ „Zur Neugestaltung des Verbandspressewesens“ im „Bericht der Sektion Wien des VSStÖ, Jänner-Mai 1966“ in: Mappe VSStÖ 1965-1967, (Briefverkehr Zentralsekretariat)

²³⁸ Vgl. ebd. & „Intern“ Jg. 2, Nr. 2, Februar 1967

²³⁹ Vgl. „Intern“, Jg. 1, Nr. 9, Juni 1966 & Jg. 2, Nr. 2, Februar 1967,

²⁴⁰ Interview Kurt Greussing, 20.6.2004, S. 5

Die Politik der ÖVP und der „Freiheitlichen Partei Österreichs“ (FPÖ) wurde klar abgelehnt. Vor allem die restriktive ÖVP-Hochschulpolitik bzw. die Untätigkeit von ÖVP-Unterrichtsminister Dr. Piffll-Percevic im Fall Borodajkewycz waren Themen in der **alternative**.²⁴¹ Die FPÖ wurde als rechtsextreme Partei eingestuft, deren Positionen für den VSStÖ indiskutabel waren. Aufgrund seines antifaschistischen Engagements (Vgl. Kapitel 3.2.2) warnte der Verband vor neo-nazistischen Umtrieben im Umfeld der FPÖ.²⁴²

Das Verhältnis der VSStÖ-FunktionärInnen zum Kommunismus kann als kritisch gegenüber stalinistischer Tendenzen, besonders in Bezug auf die Einschränkung der geistigen Freiheit, und wohlwollend gegenüber reformerischen Bestrebungen in den realsozialistischen Staaten bewertet werden. Es darf jedoch vermutet werden, dass allzu scharfe Kritik vermieden wurde, um nicht der Kritik der bürgerlichen Kräfte und dem Antikommunismus in der SPÖ Auftrieb zu geben. Als Erklärungsansätze für diese Bewertung können folgenden Beispiele dienen.

Günther Rehak warnte im Artikel „Zwischen Kommunismus und Antikommunismus“ in der **alternative** vor instrumentellen Antikommunismus, dessen Aufgabe „*die Verteufelung von Personen, gesellschaftlichen Erscheinungen und Strömungen die für das System gefährlich werden könnten*“ sei. Er hielt jedoch fest, dass „*gegen den Antikommunismus [zu] sein,*“ nicht heißt „*für den Kommunismus [zu] sein.*“ Über die reale kommunistische Politik resümierte er mit einer unmissverständlichen Leninismuskritik, denn diese sei „*nicht die praktische Anwendung marxistischer Theorien, sondern Ergebnis der praktizistischen Verwertung von Vorstellungen und Verhaltensweisen (Elite- und Leistungsdenken) die für die bürgerliche Gesellschaft typisch*“ seien. Das kommunistische System stelle „*keine klassenlose Gesellschaft [dar], sondern eine dem Kapitalismus analoge Form der Industriegesellschaft*“.²⁴³ Der Staat im kommunistischen System sei ein Unterdrückungsapparat im Interesse der herrschenden Klasse („Kader“) geblieben sei. Die

²⁴¹ Vgl. „Erklärt das Pifflls Zögern?“ in: *alternative*, Jg. 1, Heft 7, November 1966, S. 5 & „Pifflls ‚Kulturpolitik‘“ in: *alternative*, Jg. 2, Heft 5, Mai 1967, S. 4

²⁴² Vgl. „Die braune Renaissance“ in: *alternative*, Jg. 1, Heft 8, Dezember 1966, S. 4

²⁴³ „Zwischen Kommunismus und Antikommunismus“ von Günther Rehak, in: *alternative*, Jg. 1, Heft 8, Dezember 1966, S. 7

Arbeiterklasse würde ohne jegliche Mitbestimmungsrechte „geführt“.²⁴⁴ Kurt Greussing resümiert rückblickend:

„Weil halt die These war, also wir sind keinen Leninisten, lehnen auch diese Monopolisierung der Macht über die Arbeiterklasse durch eine Partei ab, aber das ist eben eine Fehlentwicklung. Man soll aber die Sowjetunion, so auch entlang der Bauer'schen Motto, nicht kritisieren, damit man nicht dem bürgerlichen Antikommunismus in die Hände spielt. Und das ging Hand in Hand auf der theoretischen Ebene mit einem sehr naiven Klassenbegriff und einem sehr naiven Staatsbegriff.“²⁴⁵

Auch Hans Waschek analysierte in einem Artikel mit dem Titel „Sowjetunion zwischen gestern und morgen“ in der **alternative**, die realpolitische Lage in der Sowjetunion. Den rasante Industrialisierungsprozess vermerkte er positiv. Er problematisierte jedoch auch die Grenzen der Planwirtschaft sowie die ausufernde Bürokratie, und erachtete Reformen als vordringlich:

„Die Umstände weisen zwingend den Weg zur Reform und damit auch zum weiteren Fortschritt der Sowjetwirtschaft. Das müssen auch dogmatische Apparatschiks einsehen, denn es steht das Prestige des ‚sozialistischen Arbeiter- und Bauern-Staates‘ auf dem Spiel. Die Frage ist nur, ob der Weg ins Morgen oder zurück ins Gestern führen soll. (...) Breschnew (...) versucht den goldenen Mittelweg (zwischen restaurativer, dogmatischer und reformerischen Richtung, Anm. d. Verf.) zu gehen. (...) Vor einem Rückfall in den Stalinismus, den man vielerorts befürchtete (besonders in Anbetracht der harten Urteile im Sinjawski-Daniel-Prozess) kann also keine Rede sein, wohl aber von einem verstärkten Einfluss orthodoxer Kräfte auf die Politik der Partei.“²⁴⁶

Realpolitisch protestierte der VSStÖ scharf gegen die Verurteilung der zwei sowjetischer Schriftsteller Sinjawskij und Daniel. Der Verband hielt gemeinsam mit dem VSM einen Protestmarsch zur sowjetischen Botschaft ab und überreichte dort eine Denkschrift, in der festgehalten wurde, dass Sozialismus mit der Einschränkung der freien Kulturentfaltung unvereinbar sei. Außerdem forderten sie die unverzügliche Freilassung der beiden Schriftsteller.²⁴⁷

²⁴⁴ Vgl. ebd.

²⁴⁵ Interview Kurt Greussing, 20.6.2004, S. 3

²⁴⁶ „Sowjetunion zwischen gestern und morgen“ von Hans Waschek in: *alternative*, Jg. 1, Heft 2, Mai 1966, S. 3

²⁴⁷ Vgl. *alternative*, Jg. 1, Heft 2, Mai 1966, S. 5 sowie im „Bericht der Sektion Wien des VSStÖ, Jänner-Mai 1966“ in: *Mappe VSStÖ 1965-1967*, (Briefverkehr Zentralsekretariat)

Im Mai 1966 veranstaltete der VSStÖ eine Diskussion mit dem tschechoslowakischen und jugoslawischen Kulturattache zum Thema „*Die geistige Freiheit in den kommunistischen Staaten*“ und hielt dazu fest:

„Gerade für uns junge sozialistische Intellektuelle ist das Problem der geistigen Freiheit in den kommunistischen Staaten von eminenter Bedeutung. Da dies eine Existenzfrage für viele junge Wissenschaftler und Künstler in den betreffenden Staaten ist, breitet sich in letzter Zeit ein gewisses Unbehagen aus, wenn man von etlichen Rückschlägen in dieser Beziehung lesen muss, so z.B. die Fälle Havemann und Biermann²⁴⁸ in der DDR.“²⁴⁹

Ein weiteres charakteristisches Beispiel, welches Aufschluss über das Verhältnis der neuen Verbandsführung zum Kommunismus gibt, ist ein Antrag von im VSStÖ verbliebenen „Rechten“ an den Verbandsvorstand vom 20. März 1966, welcher jedoch nur zum Teil angenommen wurde:²⁵⁰

„Der Verbandsvorstand des VSStÖ bedauert, dass es durch die Wahlempfehlung der KPÖ (bei der Nationalratswahl 1966, Anm. d. Verf.) in großen Bevölkerungsschichten zu einem Missverständnis des Verhältnisses und der Stellung des Sozialismus im allgemeinen und der SPÖ im besonderen zum Kommunismus gekommen ist. Der VSStÖ tritt für eine verstärkte Öffentlichkeitsarbeit auf diesem Gebiet ein, mahnt aber vor einem primitiven Antikommunismus und vor Rechtsextremismus.“²⁵¹

Der nicht-angenommene Teil des Antrags lautete:

„Eine Abgrenzung von den Kommunisten ist unbedingt erforderlich. (...) Der Verbandsvorstand fordert das Präsidium auf, die Tätigkeit in Organisationen, in denen Sozialistische Studenten gemeinsam mit Kommunisten arbeiten zu überprüfen sowie Demonstrationen so anzukündigen, dass eine Teilnahme der Kommunisten nach Möglichkeit verhindert wird. Die Sektion Wien und ihre Organe werden ersucht, auf eine Trennung zwischen VSStÖ- und VDS-Mitglieder zu achten und zu verbandsinternen Diskussionen nur ausnahmsweise Gäste einzuladen.“²⁵²

²⁴⁸ Robert Havemann (regimekritischer Wissenschaftler) wurde am 1. 4. 1966 von den Behörden der DDR aus der Deutschen Akademie der Wissenschaften aufgrund „prinzipieller Anarchie“ und „DDR schädigendem Verhalten“ ausgeschlossen und Wolf Biermann (kritischer Liedermacher) mit Auftritts- und Publikationsverbot belegt.

²⁴⁹ „Intern – Informationsblatt der Sozialistischen Studenten, Sektion Wien“ Jg. 1, Nr. 7, Sondernummer April 1966

²⁵⁰ Dieser Antrag wurde als Beweis für die angeblichen kommunistischen Umtriebe der neuen Verbandsführung an den Parteivorstand versandt. Vgl. „Antrag an den Verbandsvorstand des VSStÖ am 20.3.1966“ in: Mappe VSStÖ 1965-1967, (Briefverkehr Zentralsekretariat)

²⁵¹ Ebd.

²⁵² Ebd.

Neben dem durchaus intakten Verhältnis des VSStÖ zu KommunistInnen²⁵³, kann vermutet werden, dass es real unmöglich war Demonstrationen so zu organisieren, dass KommunistInnen daran nicht teilnahmen. Außerdem wäre es dem damals herrschenden offenen Diskussionsklima im VSStÖ abträglich gewesen, die VDS-Mitglieder, welche damals vorwiegend reformkommunistisch eingestellt waren, aus dem Raum zu weisen.

3.3 Der VSStÖ an der Universität

Mit der neuen Verbandsführung in der Sektion Wien des VSStÖ ab Dezember 1965 begannen vermehrt politische, aber auch kulturelle Aktivitäten auf universitärem Boden.

In der ersten Jahreshälfte 1966 sind lediglich eine Diskussion zum Thema „*Lehrfreiheit in Österreich am Beispiel der philosophischen Fakultät*“²⁵⁴ im Hörsaal I des NIG sowie „*Schadenersatzrecht im Sozialstaat*“ im Hörsaal 32 der juristischen Fakultät der Universität Wien dokumentiert.²⁵⁵

Erst im Wintersemester 1966/67 verstärkte der VSStÖ vor allem seine kulturellen Aktivitäten an der Universität. Im Audi max fand eine tschechoslowakische Filmwoche²⁵⁶, linkes Kabarett mit Wolfgang Neuss,²⁵⁷ aber auch Diskussionen wie zum Beispiel „*Die Gefahren des Konformismus im geistigen Leben*“²⁵⁸ mit Leopold Rosenmayr (Universität Wien) und Ernst Winter (Diplomatische Akademie) am Podium statt.

Mit diesen Veranstaltungen versuchte der VSStÖ das eigene Image an der Universität durch linke Kulturveranstaltungen zu verbessern.

²⁵³ 1966/67 war die VDS inexistent. Die VDS trat bei den ÖH-Wahlen 1967 nicht an. Die Freie Österreichische Jugend (FÖJ) bekam von der KPÖ den Auftrag die VDS wiederaufzubauen. Die FÖJ bekannte sich im Mai 1967 auf ihrer 8. Bundeskonferenz zu ihrer reformkommunistischen Haltung. Vgl. Zach, Dietmar: „KSV und VSStÖ: Zwischen Zusammenarbeit, Konkurrenz und Verleumdung. Theoretische Perspektiven und politische Praxis“; Dipl. Arb.; Wien 1998; S. 19 & Keller, 1983, S. 145

²⁵⁴ Diese Diskussion am 31. 3. 1966 mit Professor Heintel endete in einem Eklat indem der Genannte vorgetragene Demokratisierungsbestrebungen eines Studenten zurückwies, indem er meinte, Fragen der Schaffung neuer Lehrkanzeln „gingen ihn nichts an.“ AZ, 2.4.1966, S. 3

²⁵⁵ An dieser Stelle muss festgehalten werden, dass der VSStÖ außerhalb der Universitäten, meist im Verbandsheim oder StudentInnenheimen, eine Vielzahl von Arbeitskreisen, Diskussionen, Lesungen, Seminaren, Clubabenden und Studienreisen veranstaltete. Vgl. „Intern – Informationsblatt der sozialistischen Studenten – Sektion Wien“, Jg. 1, Nr. 2-10, Jänner-Juni 1966

²⁵⁶ Vgl. „CSSR-Filmwoche – Erfolgreiche VSStÖ-Veranstaltung in Wien“ in: alternative, Jg. 1, Heft 6, Oktober 1966, S. 12; & intern, Jg. 1, Nr. 12, Oktober 1966

²⁵⁷ Wolfgang Neuss war zu dieser Zeit einer der prominentesten linken, deutschen Kabarettisten. Vgl. alternative, Jg. 1, Heft 8, Dezember 1966, S. 14

²⁵⁸ Vgl. Intern, Jg. 1, Nr. 16, November 1966

„Wir haben sehr rasch versucht an der Uni so ein bisschen alternatives Programm zu machen. Also Vorträge, Workshops und Teach-Ins. Also die erste große Veranstaltung an die ich mich erinnere war die tschechische Filmwoche, die ich organisiert habe, damals im Audi max. Es war sozusagen, so dass diese Kulturschiene die Funktion haben sollte an Studierende heranzukommen überhaupt. Und ich bin damals eben in die ČSSR (Tschechoslowakische Sozialistische Republik, Anm. d. Verf.) gefahren, und hab zum Teil auch illegal Filmrollen herübergeholt. Es war schon ein bisschen dieses Vor-68 (...) und da haben wir uns also angedockt und haben im Audi max eine Woche lang Filmprogramm gemacht.“²⁵⁹

Zudem wurde durch diese Veranstaltungen zum Teil versucht, die damals durch den „Kalten Krieg“ vorherrschende Gleichung „Alles was links ist, muss kommunistisch sein“ aufzubrechen.²⁶⁰

Einen weiteren Punkt in der „Universitäts-Offensive“ des VSStÖ stellen die Vietnam-Aktionstage Ende März 1967 (Vgl. Kapitel 3.2.3) dar, wo der Verband *„mit einer Serie von Aufklärungsveranstaltungen den Versuch unternommen [hat], die Studentenschaft und darüber hinaus die interessierte Öffentlichkeit darüber zu informieren, was wirklich in Vietnam geschieht.“²⁶¹* Leider konnten diese Teach-Ins nicht wie angekündigt im NIG stattfinden, sondern wurden durch die akademische Behörde mit Verweis auf das Verbot von politischen Veranstaltungen an der Universität und wahrscheinlich auch ob ihrer politischen Brisanz verboten. Die AZ kommentierte:

„Wie Verbandsobmann Diplomingenieur Rehak bei der Kundgebung hervorhob, ist dieses Verbot nicht das erste, das sich gegen Veranstaltungen der sozialistischen Studenten auf akademischen Boden richtet. Die sozialistischen Studenten stehen aber auf dem Standpunkt, dass die Wissenschaft die gesamte Realität, also auch die politische, erfassen muss.“²⁶²

Gemeinsam mit der konservativ dominierten Österreichischen Hochschülerschaft an der Universität Wien, die sich in diesem Fall auf die Seite des VSStÖ stellte, konnte der Verband beim akademischen Senat der Universität Wien erreichen, dass Veranstaltungen zur „politischen Bildung“ auch auf Hochschulboden zugelassen wurden.²⁶³

²⁵⁹ Interview Eva Kreisky, 1.7.2004, S. 3

²⁶⁰ Vgl. Fischer-Kowalski, Marina; „Universität und Gesellschaft in Österreich“ in: Fischer, Heinz; „Das politische System Österreichs“ Europa Verlag, Wien 1977, 2. Auflage; S. 601f.

²⁶¹ alternative, Jg. 2, Heft 6-7, Juni-Juli 1967, S. 1

²⁶² AZ vom 26.4.1967, S. 1

²⁶³ Vgl. alternative, Jg. 2, Heft 6-7, Juni-Juli 1967, S. 1

3.3.1 Hochschulpolitik – „Orchideenfach“ im VSStÖ ?

Bereits in der ersten Ausgabe der **alternative** im April 1966 kündigte Norbert Roszenich, Leiter des Arbeitskreises für Hochschulfragen (Vgl. Kapitel 3.2.5), die Erstellung eines eigenen VSStÖ-Hochschulprogramms an:

„Der Verbandstag vom 17. und 18. Jänner gab den Auftakt zu einer Konzentrierung aller Kräfte in unserer Studentenbewegung auf der Basis einer gründlichen Stellungnahme zu wesentlichen Fragen der Theorie und Praxis des Sozialismus noch im laufenden Jahr ein Hochschulprogramm des VSStÖ zu fixieren, das über einen bloßen Forderungskatalog hinaus eine ebenso gründliche und gesellschaftskritische Stellungnahme zu wesentlichen Fragen der Hochschulpolitik, der Wissenschaft und Forschung sein wird.“

Über den Verlauf der Diskussion beziehungsweise der Erstellung des Hochschulprogramms berichtet der, ursprünglich der „rechten“ Fraktion im VSStÖ zugehörige, Fraktionsführer des Verbandes am ZA, Alexander Kubicek in seiner *„Stellungnahme zur verbandsinternen Situation, die Hochschularbeit betreffend“* folgendermaßen:

„Dieses Gremium [Arbeitskreis für Hochschulfragen, Anm. d. Verf.], dem auch die Hochschulmandatäre angehören, ist nie über allgemeine Diskussionen hinausgekommen und hat sich stillschweigend aufgelöst.“²⁶⁴

Weder in der **alternative** noch in der verbandsinternen Korrespondenz finden sich weitere Hinweise auf die Erstellung eines hochschulpolitischen Konzeptes im Laufe des Jahres 1967.

3.3.1.1. Studienbeihilfengesetz, AHStG und besondere Studiengesetze

Der VSStÖ versuchte aber auch sich tagesaktuell in die Hochschulpolitik einzubringen, und brachte diverse Vorschläge zur Novellierung des 1962 beschlossenen Studienbeihilfengesetzes ein. Besondere Anliegen des VSStÖ waren die Ausweitung der Studienbeihilfe auch während Auslandssemestern, eine Erhöhung der Einkommensgrenzen sowie des Stipendiums selbst und die schnellere administrative Abwicklung der Stipendienanträge.²⁶⁵

²⁶⁴ „Stellungnahme zur verbandsinternen Situation, die Hochschularbeit betreffend“ von Alexander Kubicek vom 11.1.1967, in: *Mappe VSStÖ 1965-1967, (Briefverkehr Zentralsekretariat)*

²⁶⁵ Vgl. „Novellierungsvorschlag für das Studienbeihilfengesetz“ in: *„Bericht der Sektion Wien des VSStÖ, Jänner-Mai 1966“* in: *Mappe VSStÖ 1965-1967, (Briefverkehr Zentralsekretariat)*

Diese Vorschläge schlugen sich auch in einem Antrag der SPÖ im Nationalrat zur Novel-
lierung des Studienbeihilfengesetzes nieder.²⁶⁶

Im Jahr 1966 wurde das „Allgemeine Hochschul-Studiengesetze“ (AHStG)²⁶⁷, das die
grundsätzlichen Regelungen des Studien- und Prüfungswesens an den Universitäten und
Hochschulen enthielt und einen Rahmen für eine neue Studien- und Prüfungsordnung vor-
gab. In der **alternative** vermerkte Norbert Roszenich dazu:

*„Es stellt aber weder das Ergebnis einer Selbstverwaltungs- und Verwaltungsreform dar,
noch einer strukturellen (räumlicher Ausbau, etc.). Probleme, wie Schwerpunktbildungen
und Integration der Fächer, Kollegelder, Verhältnis zur Öffentlichkeit oder die wachsen-
den Schwierigkeiten einer angemessenen Eingliederung der ausländischen Studenten sind
ebenfalls nicht Gesetzesgegenstand, sondern werden vielmehr gerade durch das vorliegen-
de Gesetz weiterhin in den autonomen Wirkungsbereich der Hochschulen gestellt.(...) Die
Hochschulreform hat noch nicht stattgefunden!
(...) Als entscheidender Fehler des Gesetzes muss es betrachtet werden, dass es nicht in
großem Umfang die Studenten zur organisatorischen Mitbeteiligung und unmittelbaren
demokratischen Mitbestimmung in jenen Funktionen der Hochschule befugt, die nicht zum
eigentlichen Lehrbetrieb gehören. (...) Warum sollten die Studenten, etwa keinen Einfluss
auf die Besetzung der Lehrstühle haben, sie könnten dadurch z. B. endlich erzwingen, dass
auch an den österreichischen Hochschulen alle wichtigen Lehrmeinungen in Philosophie
vertreten werden. Warum sollen sie nicht den Rektor wählen?“²⁶⁸*

Roszenich kritisierte jedoch in diesem Beitrag nicht nur die Ausschließung der Studieren-
den als mitbestimmender Teil der Universitäten und deren schwache rechtliche Verteidi-
gungsstellung im Vergleich zu den Lehrenden, sondern auch die Verlagerung wichtiger
Entscheidungen in den autonomen Wirkungsbereich der Universität, und somit in die Hän-
de der mächtigen, aber teilweise auch untätigen, Ordinarien²⁶⁹.

Alexander Kubicek berichtete in seiner „*Stellungnahme zur verbandsinternen Situation,
die Hochschularbeit betreffend*“ über die Hochschularbeit der Verbandsführung überwie-
gend negativ:

²⁶⁶ Vgl. alternative, Jg. 1, Heft 3, Juni 1966, S. 5 & „SP-Antrag: Stipendien um 20% erhöhen“ in: AZ vom 10.5.1966, S. 2

²⁶⁷ Das AHStG trat am 1. Oktober 1966 in Kraft, und hatte bis zum Universitätsstudiengesetz (UniStG) 1997 Gültigkeit.

²⁶⁸ „Die Hochschulreform fand nicht statt“ von Norbert Roszenich, in: alternative, Jg. 1, Heft 5, September 1966, S. 7

²⁶⁹ Ordinarien sind Universitätsprofessuren bzw. Lehrstühle, d. h. jene ProfessorInnen vertreten ein Fach im vollen Umfang (Volle Lehrbefugnis) und verfügen in der Regel über Ausstattung (Institut an einer Fakultät, MitarbeiterInnen, etc.), und werden im älteren

„Der Schaden der den sozialistischen Studenten durch die bisherige Bagatellisierung der Hochschulreform entstanden ist, kann nicht so bald behoben werden. Die Vorschläge der Mandatare waren infolge der mangelnden Unterstützung durch den Verband weder genügend ausgearbeitet noch konnten sie entsprechen verbreitet werden. Das ahSTGes (AHStG, Anm. d. Verf.) ist Jahre lang diskutiert worden und schließlich vom Nationalrat verabschiedet worden, ohne dass es das Präsidium der Mühe wert gefunden hätte eine Stellungnahme zu dieser Materie abzugeben.“²⁷⁰

In Folge des AHStG kam es 1967 zur Diskussion um die besonderen Studiengesetze²⁷¹, in welchen die Detailregelungen zu den einzelnen Wissenschaftsbereichen festgelegt wurden. Der VSStÖ richtete verbandsintern Arbeitsgruppen zu den einzelnen Fachbereichen Philosophie, Technik, Welthandel, Medizin aber auch zu studentischer Sozialpolitik ein.²⁷² Die Fachgruppe Jus hatte zu diesem Zeitpunkt bereits einen Vorschlag erstellt, dessen Grundgerüst im Endeffekt eine Synthese aus „juristischen Fachidioten“ und „all round-Managern“ ergeben sollte. In einem sarkastischen Vorwort in einem Beitrag in der **alternative** kündigte Karl M. Heiden das konkrete Konzept für die Reorganisation des Studiums der Rechtswissenschaften folgendermaßen an:

„An Vorwürfen, dass sich die Aktivität des VSStÖ vor allem seit der „Machtübernahme einer linksextremen Clique“ – um im Jargon der unabhängigen Zeitungen zu bleiben – in destruktiver, unqualifizierter Kritik erschöpfe, besteht fürwahr kein Mangel. Umso überraschter werden wahrscheinlich gewisse Kreise aufhorchen, wenn wir nun mit einem Konzept betreffend die Reorganisation des Studiums der Rechtswissenschaften an die Öffentlichkeit herantreten, einer Materie also, die bislang kaum in Einklang zu bringen war mit der Klischeevorstellung von „bärtigen, revoluzzerisch-marxistischen Umstürzern“, wie man gemeiniglich eben weltoffene und dennoch kritische, mitunter etwas sarkastische aber immer noch verantwortungsbewusste studentische Geister zu umschreiben versucht.“²⁷³

Gegen Ende des Sommersemesters 1967 setzte sich Norbert Roszenich in der **alternative** erneut für eine Novellierung des AHStG in Bezug auf die Neustrukturierung der Universität und im speziellen für eine Aufteilung der Fakultäten in „*kleinere Organe der Selbst-*

Sprachgebrauch als ordentliche ProfessorInnen oder Ordinaria/Ordinarius bezeichnet. Vgl. Net-Lexikon <http://www.lexikon-definition.de/Professor.html> (Stand: 12.12.2004)

²⁷⁰ „Stellungnahme zur verbandsinternen Situation, die Hochschularbeit betreffend“ von Alexander Kubicek vom 11.1.1967, in: Mappe VSStÖ 1965-1967, (Briefverkehr Zentralsekretariat)

²⁷¹ Die besonderen Studiengesetze beinhalten eine Umschreibung der Studienziele, die Aufzählung der Prüfungsfächer, die Anzahl der Diplomprüfungen und Rigorosen sowie die Art der Durchführung der Prüfungen. Vgl. Griesebner, 1990, S. 101

²⁷² Vgl. Brief an VSStÖ-Mitglieder, gezeichnet N. Roszenich und K. Heiden vom 22.5.1967, in: Mappe VSStÖ 1965-1967, (Briefverkehr Zentralsekretariat)

verwaltung sogenannte Abteilungen“ ein. Diese sollten ob der „*wiedergewonnenen Repräsentanz einer wissenschaftlichen Einheit fachlich kompetent*“ sein, und Aufgaben der Fakultät, wie Organisation der Lehre und Forschung, Nachwuchsförderung sowie Habilitationen und Berufungen übernehmen.²⁷⁴ Dieser Vorstoß, beruhend auf den dem Strukturplan der 1965 eröffneten Ruhr-Universität Bochum, kann als Vorzeichen für die strukturelle Veränderung, welche die österreichischen Universitäten erst mit dem Universitätsorganisationsgesetz (UOG) 1975 letztlich erreichen sollte, gewertet werden.

Grundsätzlich ist festzustellen, dass den hochschulpolitischen Vorschlägen des VSStÖ, bis auf die Novellierung des Studienbeihilfengesetzes, ob der Alleinregierung der ÖVP bzw. der konservativen Übermacht in der ÖH wenig Erfolg beschieden war. Trotzdem bemühte sich der VSStÖ, auch innerhalb der ÖH, um hochschulpolitische Reformen.

3.3.1.2 In der Österreichischen HochschülerInnenschaft

Wie schon im Kapitel 2.8.2 angesprochen und aus Kapitel 3.3.1.1 ersichtlich, gab es innerhalb des VSStÖ einige hochschulpolitische Spezialisten. Nach dem Dezember 1966 waren dies Norbert Roszenich, Karl M. Heiden, aber auch Alexander Kubicek.

Der VSStÖ stand in den Gremien der ÖH (Fach-, Haupt- und Zentralausschuss) einer absoluten Wahlblock-Mehrheit gegenüber, die hochschulpolitisch selten anderer Meinung als die ÖVP war.

Die **alternative** berichtete kaum über die Hochschulpolitik des VSStÖ im Rahmen der ÖH, sehr wohl aber über die Stipendien- und Hochschulgesetze (Vgl. Kapitel 3.3.1.1) und die Verfehlungen des Wahlblocks sowie dessen Nähe zur ÖVP und zum CV.²⁷⁵

Nähere Auskunft über die Tätigkeit der VSStÖ-MandatarInnen am ZA gibt ein „*Tätigkeitsbericht der sozialistischen Mandatäre des Zentralausschusses*“ von Alexander Kubi-

²⁷³ Vgl. „Gegen den Fach-Idioten – VSStÖ-Fachgruppe legt Reformvorschlag für das Jus-Studium vor“ von Karl M. Heiden, in: *alternative*, Jg. 2, Heft 3-4, März-April 1967, S. 4

²⁷⁴ „Die Reform lässt bitten“ von Norbert Roszenich, in: *alternative*, Jg. 2, Heft 6-7, Juni-Juli 1967, S. 4

²⁷⁵ Vgl. *alternative*, Jg. 1, Heft 5 & 8, September/Dezember 1966, S. 2

cek.²⁷⁶ Darin dokumentierte er die Arbeit der VSSStÖ-MandatarInnen zwischen 1965 und 1967, und schildert die Zusammenarbeit des Wahlblocks mit dem RFS, Schikanen gegenüber dem VSSStÖ (Verschiebung von Anträgen, Ignorieren des Mitspracherechts, etc.), aber auch über kleine Erfolge des Verbandes (Übertragung von Exekutivagenden [Studierendenförderungsstiftung, ÖH-Stipendienvergabe] auf Fraktionssprecher; gerechtere Vergabe von Heimplätzen etc.).

An diesen Tätigkeitsbericht schloss Kubicek die Forderung nach Einrichtung eines hochschulpolitischen Sekretariats im VSSStÖ, um eine kontinuierliche Hochschularbeit, die Erarbeitung von fundierten hochschulpolitischen Stellungnahmen sowie ausreichende Unterstützung der Tätigkeit der ÖH-Mandataren gewährleisten zu können. Allerdings gibt es keine Hinweise darauf, dass dieses Sekretariat tatsächlich eingerichtet wurde.

Wie Ferdinand Lacina schon im Kapitel 2.8.2 anmerkte war die ÖH-Politik für die große Mehrheit im VSSStÖ - bis auf wenige Engagierte - eher nebensächlich. Das zeigen die wenigen hochschul- bzw. ÖH-bezogenen Artikel in der **alternative**, welche sich lediglich vor den ÖH-Wahlen 1967 häuften.

3.3.1.2.1 ÖH-Wahl 1967

Die erste Bewährungsprobe für den VSSStÖ unter neuer Führung waren die ÖH-Wahlen im Jänner 1967. Der VSSStÖ hatte im Wintersemester 1966/67 mit seinem kulturellen Veranstaltungsprogramm (Vgl. Kapitel 3.3) auf universitärem Boden begonnen, und führte mit diesem einen eher unorthodoxen Wahlkampf.²⁷⁷ Eva Kreisky beschreibt den damaligen Wahlkampf rückblickend:

„Wir haben eigentlich von dem Augenblick an, wo wir sozusagen den VSSStÖ übernommen haben, (...) kontinuierlich Veranstaltungen gemacht. Und haben eigentlich auf kontinuierliche Politisierung gesetzt. Und dadurch hat es dann natürlich so was wie Wahlkampf gegeben, wo man noch einmal verdichtet. Da hatte man auch mehr Geld, da haben wir von der Partei sozusagen mehr gekriegt und da konnten wir noch mehr tun. Aber es war keine

²⁷⁶ Vgl. „Tätigkeitsbericht der sozialistischen Mandatare des Zentralausschusses“ über ÖH-Legislaturperiode 1965-67, von Alexander Kubicek, undatiert, in: Mapped VSSStÖ 1965-1967, (Briefverkehr Zentralsekretariat)

²⁷⁷ Vgl. intern, Jg. 1, Nr. 14-16, November 1966

Ausnahmesituation, der Wahlkampf, sondern es war Teil einer Mobilisierungs- und Politisierungsstrategie insgesamt. Und ich glaube das unterscheidet es vom VSStÖ zuvor. ²⁷⁸

Im Informationsblatt der Sektion Wien des VSStÖ wurde die „Wahlkampfaktik“ folgendermaßen beschrieben:

„Am 25. Jänner [1967, Anm. d. Verf.] werden die Hochschulwahlen stattfinden. Es ist für uns nicht leicht, in einem Wahlkampf zu bestehen, der in Form einer Materialschlacht geführt wird, weil uns die Mittel dazu fehlen, die gesamte Studentenschaft wochenlang mit teuren Druckwerken zu bombardieren. Unsere stärkste Waffe ist nach wie vor der persönliche Einsatz aller unserer Mitglieder, sowohl in der Diskussion mit geistig aufgeschlossenen Kollegen, als auch bei der Organisation von Veranstaltungen. Beginnend mit der Woche des Tschechoslowakischen Films organisierten wir eine Reihe von sehr gut besuchten Veranstaltungen, die, wann immer es möglich war auf Hochschulboden abgehalten wurden. Dadurch konnten wir die Aufmerksamkeit eines nicht unbeträchtlichen Teils der Studenten auf die Aktivitäten des Verbandes lenken. Für die Zukunft planen wir einige Großveranstaltungen (...). ²⁷⁹

Selbst der SPÖ schien die VSStÖ-Strategie äußerst ungewöhnlich. Die Partei hielt sogar Nachschau im Verbandssekretariat um die Aktivitäten im Wahlkampf zu überprüfen. (Vgl. Kapitel 3.4.2.1) Trotz dieses Misstrauens von Seiten der Partei und dem unkonventionell geführten Wahlkampf konnte der VSStÖ bei der ÖH-Wahl am 25. Jänner 1967 auf Bundesebene ein Plus von rund einem Prozentpunkt, von 12,08% (1965) auf 13,05% (1967), verbuchen. Hierbei ist anzumerken, dass die VDS, also die kommunistischen StudentInnen nicht kandidiert hatten, und sogar für den VSStÖ aufgerufen hatten.

„1967 im ÖH-Wahlkampf haben wir diese Wahlblockplakate gehabt. Das war das erste Mal, dass wir, meiner Erinnerung nach, eine gezielte Plakataktion gegen den Wahlblock und auch gegen den RFS gemacht haben.(...) Man hat dazu gewonnen und nicht verloren. Das war für uns schon ein riesen Erfolg. Ist ja unvergleichlich gewesen, wir haben ja immer knapp über 10 % gehabt. Da waren in Österreich knapp 40.000 Studenten. ²⁸⁰

Der Wahlblock musste ein Minus von rund neun Prozent hinnehmen, und fiel von 57,58% (1965) auf 48,68% (1967). Der Hauptprofiteur dieser Niederlage war die Unabhängige

²⁷⁸ Interview Eva Kreisky 1.7.2004, S. 10f.

²⁷⁹ intern, Jg. 1, Nr. 15, November 1966

²⁸⁰ Interview Herbert Leirer, 28.8.2004, S. 16

Studentenföderation (USF)²⁸¹, eine Abspaltung des Wahlblocks, die 1967 auf Anhieb 4,89 % gewann. Die **alternative** kommentierte die ÖH-Wahl folgendermaßen:

„Der Erfolg des VSStÖ, der kaum erwartet worden war, ist ein schlagender Beweis dafür, dass eine konsequente sozialistische Politik selbst unter den schwierigsten Bedingungen Wähler anzusprechen vermag.“²⁸²

„Der VSStÖ bot sich als Alternative zu den oft nur schwer unterscheidbaren bürgerlichen Gruppen an. Es fehlte nicht an Prognosen, die in der linken Politik des Verbandes eine Garantie für starke Stimmenverluste sahen. Sie sollten unrecht behalten. (...) Alles in allem zeigt das Wahlergebnis, dass der Weg, den der VSStÖ eingeschlagen hat, auch vom Gesichtspunkt der Wählergewinnung aus richtig ist.“²⁸³

Abseits dieser sehr wohlmeinenden Wahlanalyse ist anzunehmen, dass der Wahlblock vor allem aufgrund der Abspaltung im bürgerlichen Lager verloren hatte. Der VSStÖ hatte mit seinen kulturellen Veranstaltungen an den Hochschulen auf sich aufmerksam gemacht, einen Achtungserfolg bei den ÖH-Wahlen erzielt und dadurch gegenüber der Partei eine gefestigtere Position. Eva Kreisky beschreibt die Folgen der Wahlen für den VSStÖ:

„Der erste Wahlsieg hat sicherlich Vertrauen geschaffen. Das kann man schon sagen. Es war sicherlich sehr prekär und dauernd gefährdet, das ist überhaupt keine Frage, aber es war zumindest so, dass man uns zugetraut hat, da ist sozusagen mehr drinnen und der VSStÖ kann wieder Fuß fassen. Ich meine es war ja so, wenn man den VSStÖ davor anschaut, die haben sich ja gar nicht wirklich mehr getraut an der Universität politische Veranstaltungen zu machen.“²⁸⁴

3.4 Die Beziehung VSStÖ - SPÖ

Nach der Neuausrichtung des VSStÖ 1965/66 war die Beziehung des Verbandes zur SPÖ durch Kritik an der betriebenen Koalitionspolitik sowie dem neuen Bundesparteiobmann gekennzeichnet. Hier zeigen sich Parallelen zum „Veteranen-VSStÖ“ nach 1945 (Vgl. Kapitel 2.6): Wie schon damals kritisierte der VSStÖ das fehlende Profil der SPÖ in der Koalition und befürwortete den Gang in die Opposition. Der „neue“ VSStÖ sah sich auch wie-

²⁸¹ zusammengesetzt aus der „Aktion Graz“ (Wahlblockabspaltung nichtkorporierter Studenten, Proponent: Gerfried Sperl) und der „Unabhängigen Liste Leoben“

²⁸² „Wahlblockmehrheit gebrochen – Wahlarithmetik rettet dem Wahlblock den ÖH-Vorsitzenden“ in: alternative, Jg. 2, Heft 1, Jänner 1967, S. 2

²⁸³ „Absage an rechts – Die Hochschulwahl 1967“ in: alternative, Jg. 2, Heft 2, Februar 1967, S. 8

²⁸⁴ Interview Eva Kreisky, 1.7.2004, S. 11

der als linkes Gewissen innerhalb der Partei und wollte eine Re-Ideologisierung derselben herbeiführen.

Die SPÖ bzw. das Zentralsekretariat schien gegenüber der neuen Verbandsführung, auch was den ÖH-Wahlkampf 1967 betrifft (Vgl. Kapitel 3.4.2.1), zunächst misstrauisch. Zunehmend skeptisch betrachtete die SPÖ auch die außenpolitischen Aktivitäten des VSStÖ. Die immer wieder stattfindenden Demonstrationen gegen außenpolitische Ereignisse (Vietnam, Griechenland, etc.) in „Zusammenarbeit“ mit kommunistischen Organisationen führten zu erheblichen Spannungen (Vgl. Kapitel 3.4.2.2). Kurt Greussing resümiert über die Auseinandersetzungen mit der SPÖ:

„Die Konflikte mit der Partei habe ich eigentlich bis zum Kreisky als sehr inkompetent von der Parteiseite erlebt. Weil die armen Sekretäre uns halt auf der argumentativen Ebene nicht gut gewachsen waren. Also das war schon auch von unserer Seite eine gewisse intellektuelle Überheblichkeit da. Wir waren belesener, wir waren besser informiert über viele Sachen. Also die ganzen Diskussionen vor allem über Vietnam, aber auch Zusammenarbeit mit der KP und Reformkommunisten usw. das war intellektuell nicht sehr fruchtbar. Außer mit Kreisky natürlich, weil er aus seinem reichen persönlichen Erfahrungsschatz geschöpft hat.“²⁸⁵

3.4.1 Die Positionierung des VSStÖ innerhalb der SPÖ

Durch den Wechsel in der VSStÖ-Führung und deren veränderte politische Standpunkte wandelte sich auch die Position Verbandes innerhalb der SPÖ. Der VSStÖ verstärkte parteiintern nunmehr wieder den linken Flügel. Die Positionierung des Verbandes soll anhand seiner Politik am linken Rand der SPÖ bzw. anhand des Verhältnisses zu ProtagonistInnen der Partei in Form zweier Beispiele näher beleuchtet werden.

3.4.1.1 Nationalratswahl 1966 – Opposition statt Koalition

Bei der Nationalratswahl am 6. März 1966 erlitt die SPÖ eine Niederlage und die ÖVP erreichte die absolute Mehrheit an Mandaten.²⁸⁶ Dieses Wahlergebnis war unter anderem Ausdruck der Olah-Krise (Vgl. Kapitel 2.8.2), die der SPÖ viele WählerInnenstimmen

²⁸⁵ Interview Kurt Greussing, 20.6.2004, S. 17f

²⁸⁶ Die SPÖ errang 42,56% (Vgl. 1962: -1,44%; 74 Mandate), die ÖVP 48,35% (+2,95%, 85 Mandate) und die FPÖ 5,35% (-1,65%, 6 Mandate). Die DFP erhielt auf Anhieb 3,28% aber kein Mandat. Vgl. Bundesministerium für Inneres http://www.bmi.gv.at/wahlen/nrw_060366.asp (Stand: 12.12.2004)

kostete, nicht zuletzt auch aufgrund der Tatsache, dass Franz Olah mit einer eigenen Partei, der Demokratische Fortschrittliche Partei (DFP) angetreten war. Zudem hatte die KPÖ eine Wahlempfehlung für die SPÖ abgegeben, die die ÖVP in ihrem Wahlkampf mit eindringlichen Warnungen vor der kommunistischen Machtübernahme mithilfe der SPÖ nutzte.²⁸⁷

Bereits am 7. März 1966 beschäftigten sich die Präsidien des VSM und des VSStÖ gemeinsam mit dem Wahlausgang und verfassten eine Stellungnahme, in der sie die Ursachen der Wahlniederlage analysierten. Die Gründe für die großen Verluste wurden in der Abwanderung sozialistischer KernschichtenwählerInnen zur DFP und ÖVP, im zu geringen Verständnis für die Probleme der Bevölkerung durch die Organe der ArbeiterInnenbewegung, in der Stagnation bei JungwählerInnen durch vernachlässigte Jugendarbeit der Partei, sowie einer, durch die bisherige Koalition mit der ÖVP, stark verwässerten sozialistischen Politik der SPÖ gesehen.

Grundaussage der Stellungnahme bildete ein Plädoyer für eine konsequente sozialistische Politik und den Gang der SPÖ in die Opposition:

„Besondere Bedeutung hat unter den Umständen die Frage, ob und unter welchen Bedingungen sich die SPÖ neuerlich an einer Koalition mit der ÖVP beteiligen soll. Sicher ist es möglich und notwendig, ein Mindestforderungsprogramm für eine derartige Koalitionsregierung zu formulieren.

Allerdings ist kaum anzunehmen, dass die ÖVP ein derartiges Programm akzeptieren würde. Darüber hinaus bestünde die akute Gefahr, dass die Teilnahme der SPÖ an einer Koalitionsregierung, in der sie zwangsläufig die Mitverantwortung für Maßnahmen übernehmen müsste, die den Interessen der arbeitenden Bevölkerung zuwiderlaufen, weitere Vertrauensverluste herbeiführen würde.

Unter diesen Umständen ist die Möglichkeit einer parlamentarischen Opposition vorzuziehen. Wir sind uns der Probleme bewusst, die sich aus einer derartigen Umstellung für die Partei ergeben, glauben allerdings, dass sie weniger schwer wiegen als die negativen Aspekte einer neuerlichen Koalition.“²⁸⁸

²⁸⁷ Die ÖVP nahm die Wahlempfehlung der KPÖ für die SPÖ zum Anlass in der Wahlauseinandersetzung von einer Volksfront der Sozialisten mit den Kommunisten zu sprechen, welche die Angst vor den „Roten“ und „Russen“ in der Bevölkerung schürte. Die SPÖ verabsäumte es im Wahlkampf sich von dieser Wahlempfehlung klar genug zu distanzieren. Vgl. „Konformismus bis zur Selbstaufgabe?“ von Albrecht K. Konecny; in: alternative, Jg. 1, Heft 1, April 1966, S. 17

²⁸⁸ Stellungnahme des VSM und VSStÖ zum Wahlausgang (der Nationalratswahl 1966) vom 9.3.1966, gezeichnet von Peter Kowalksi/Alfred Bastecky (VSM) sowie Günther Rehak/Erich Schmidt (VSStÖ), S. 3; in: Mappe VSStÖ 1965-1967, (Briefverkehr Zentralsekretariat)

In der **alternative** analysierte Josef Hindels, im Sinne des Verbandes, noch einmal ausführlich das Wahlergebnis, und machte das „*Schlafmittel Sozialpartnerschaft*“, den „*skrupellosen Renegaten Olah*“ und die „*Volksfrontlüge der ÖVP*“ für das schlechte Ergebnis der SPÖ verantwortlich.²⁸⁹ Hindels sowie der gesamte linke Parteiflügel traten aufgrund der Bewertung der neuen Kräfteverhältnisse, für den Weg in die Opposition ein, weil sich die SPÖ bei einer etwaigen Koalition in die Gefangenschaft der ÖVP begeben würde.

Trotz dieser Prophezeiungen trat die SPÖ in Koalitionsverhandlungen mit der ÖVP ein, wobei die ÖVP zunächst Forderungen stellte, welche die SPÖ nicht annehmen konnte. Am außerordentlichen Parteitag am 15. April 1966 wurde die Frage der Opposition oder einer etwaigen Regierungsbeteiligung intensiv diskutiert. Der VSSStÖ-Delegierte, Günther Rehak trat in seiner Rede für die Opposition ein.²⁹⁰

*„Die Entscheidung, die wir heute hier zu treffen haben, ist, ob wir das Ergebnis des 6. März zur Kenntnis nehmen wollen, indem wir in die Opposition gehen, oder ob wir einer gewissen Selbsttäuschung zuliebe eine neuerliche Regierungsbeteiligung anstreben. (...) Diese Selbsttäuschung werden wir zu bezahlen haben, und zwar an die ÖVP, jetzt schon in Form von Zugeständnissen, und ich bin überzeugt, auch bei der nächsten Wahl in Form von Stimmen.“*²⁹¹

Schlussendlich wurde trotz der vielen Forderungen der ÖVP, eine Resolution mit klaren Bedingungen der SPÖ an eine weitere Koalition mit 499 von 501 Stimmen beschlossen.²⁹² Am 18. April 1966 endeten die Koalitionsverhandlungen mit der Ablehnung der SPÖ-Bedingungen durch die ÖVP. Die ÖVP stellte von nun an alleine die Regierung, die SPÖ ging in Opposition.²⁹³

Der VSSStÖ resümierte über die nunmehrigen Aufgaben der SPÖ als Oppositionspartei:

„Eines ist klar: Opposition kann nicht bedeuten, nun die bisherige Politik einfach ohne Regierungsbeteiligung fortsetzen. (...) es geht darum, klare Alternativen zur Politik der Konservativen herauszuarbeiten und sie nicht nur in kleinen Dosen in den parlamentarischen Beratungen in Regierungsvorlagen hineinzuschmuggeln, sondern sie auch vor der

²⁸⁹ Vgl. „Gefangenschaft oder Opposition?“ von Josef Hindels, in: *alternative*, Jg. 1, Heft 1, April 1966, S. 16-17

²⁹⁰ Vgl. *alternative*, Jg. 1, Heft 2, Mai 1966, S. 2

²⁹¹ Rede von Günther Rehak in: „Protokoll des außerordentlichen Bundesparteitages am 15. April 1966“, SPÖ-Zentralsekretariat (Hrsg.), Vorwärts Verlag, Wien 1966, S. 62

²⁹² Ebd.

²⁹³ Vgl. AZ, 19.4.1966, S. 1

*Öffentlichkeit zu vertreten. (...) Mit der Auffassung von einer nur zeitweilige unterbrochenen Zusammenarbeit wird man nicht weiterkommen. Es geht nicht darum, dass man die ÖVP möglichst rasch von der Notwendigkeit der Fortsetzung der Zusammenarbeit überzeugt, sondern darum, die Masse der arbeitenden Menschen von der Notwendigkeit und Richtigkeit sozialistischer Politik zu überzeugen.*²⁹⁴

Eine geistige Voraussetzung für eine solche sozialistische Alternativpolitik stellte für den VSSStÖ, die Zerstörung der Sozialpartnerschaft, als Inbegriff opportunistischer Politik, dar.²⁹⁵

In den darauffolgenden Ausgaben der **alternative** widmeten sich viele Artikel, auch von Verbandsexternen, der neuen Rolle der SPÖ. Für diese Diskussion wurde eine eigene Rubrik „Die neue Partei“ (ab Juni 1966) später „Sozialistische Perspektiven“ (ab Oktober 1966) eingerichtet, um der Diskussion ein gewisses Maß an Kontinuität zu verleihen.²⁹⁶ Grundtenor dieser Beiträge war, dass die Oppositionsrolle als aktive Regenerationsphase für die SPÖ gesehen wurde, als Chance einer Re-Ideologisierung²⁹⁷ beziehungsweise einer selbstbewussten Rückbesinnung auf ein eigenständiges sozialistisches Programm mit einem gesellschaftspolitischen Ziel vor Augen.²⁹⁸ Aber auch eine Reorganisation der Parteistrukturen wurde, aufgrund von Kritik an einer privilegierten FunktionärInnenschicht, thematisiert.²⁹⁹ Die Partei sollte im sozialistischen Sinne, eingebettet in eine kritische Fehleranalyse der letzten Jahre, erneuert werden. Allerdings wurde stets vor einer Überbewertung der Opposition als „Allheilmittel“ gewarnt.³⁰⁰

„Es sei nochmals klar gesagt: die Chance der Opposition besteht in der Erneuerung der sozialistischen Bewegung, deren Politik überdies in diesen vier Jahren die Glaubwürdigkeit wiedergewinnen kann. (...) Die Chance liegt in der Wiederaufrichtung einer kämpferischen Sozialistischen Partei, deren klares und auf gesellschaftliche Strukturänderungen

²⁹⁴ „Eine Chance gewonnen – Die SPÖ geht in die Opposition – Neue Lösungen werden gesucht“ in: *alternative*, Jg. 1, Heft 2, Mai 1966, S. 2

²⁹⁵ Vgl. ebd.

²⁹⁶ Den Beginn machte Paul Jung mit der kritischen Analyse der schwedischen Sozialdemokratie, an der sich damals viele Reformsozialisten anlehnten. Vgl. „Schweden als Beispiel“ von Paul Jung, in: *alternative*, Jg. 1, Heft 3, Juni 1966, S. 17;

²⁹⁷ Vgl. „Gegen die ideologische Mangelkrankheit“ aus „zeilen“ (Zeitschrift des VSSStÖ Graz) in: *alternative*, Jg. 1, Heft 4, August 1966, S. 15-17; „Wir und der Staat“ von Michael Genner, in: *alternative*, Jg. 2, Heft 1, Jänner 1967, S. 13-14

²⁹⁸ Vgl. „Mittelschulen in der Koalition“ von Viktor Frankl, in: *alternative*, Jg. 1, Heft 7, November 1966, S. 12-14

²⁹⁹ „Revolution von unten“ von Alfred Neubauer in: *alternative*, Jg. 1, Heft 4, August 1966, S. 15-17; „SPÖ und Privilegien“ von Georg Springer & „Arbeitschaft und Staat“ von Günther Rehak, in: *alternative*, Jg. 1, Heft 6, Oktober 1966, S. 15-16;

³⁰⁰ Die deutsche SPD hatte sich während ihrer Zeit in Opposition nach „rechts“ entwickelt. Vor einer Entwicklung in diese Richtung warnte der VSSStÖ eindringlich. Vgl. „Opposition und Krise“ in: *alternative*, Jg. 1, Heft 3, Juni 1966, S. 2

ausgerichtetes Programm zu faszinieren weiß. Sie liegt nicht in jener weiteren Verwässerung, die manche Sozialisten als ‚skandinavischen Weg‘³⁰¹ anzupreisen wissen.³⁰²

Neben dem schriftlichen Diskurs organisierte der VSStÖ auch diverse Veranstaltungen, um die Situation der SPÖ in der Opposition zu diskutieren. Zwischen 19. und 21. Mai 1966 fand in Salzburg ein VSStÖ-Seminar zum Thema „Die SPÖ in der neuen Situation“ statt. Hochkarätiger Referent war der Marburger Professor Wolfgang Abendroth, der über die Rolle der Gewerkschaften in der Opposition referierte.³⁰³ Daneben wurden die Beispiele der sozialdemokratischen Partei in Deutschland und der Labour Party in Großbritannien in der Opposition näher beleuchtet.³⁰⁴

Der Verband scheute sich auch nicht, mit Kritikern des eigenen Kurses zu diskutieren, wie die Diskussion „Aufgaben der Opposition“ mit Norbert Leser und Albrecht K. Konecny vermuten lässt.³⁰⁵

Aufgrund der Entscheidung der SPÖ in die Opposition zu gehen, sah sich der linke Partei-Flügel, und mit ihm der VSStÖ, wieder im Aufwind. Die SPÖ war jedoch weniger wegen der Forderungen nach Re-Ideologisierung und Reform der Partei in die Opposition gegangen, sondern vielmehr aufgrund der überzogenen Forderungen der ÖVP. Die scheinbare Ernüchterung im VSStÖ erfolgte schon bald. Die **alternative** stellte fest, dass es an einem Oppositionskonzept fehle und die Politik der SPÖ noch immer von der vorangegangenen Koalitionspolitik geprägt war. Als Lösungsansätze wurde eine verstärkte außerparlamentarische Opposition mithilfe der Gewerkschaften, Arbeiterkammern und Konsumgesellschaften und eigenständige theoretische Arbeit in der Partei vorgeschlagen, um nicht bloß die Kopie des „skandinavischen“ Wegs voranzutreiben.³⁰⁶

³⁰¹ Der „skandinavische Weg“ verweist hier auf das Beispiel Schweden, wo die SozialdemokratInnen mit umfassenden Sozialreformen erfolgreich Politik machten und den Menschen zu einem hohen Lebensstandard verhelfen, ohne jedoch sozialistische „Urforderungen“ (Aufhebung der kapitalistischen Eigentumsstruktur etc.) anzustreben. Vgl. „Schweden als Beispiel“ von Paul Jung, in: *alternative*, Jg. 1, Heft 3, Juni 1966, S. 17

³⁰² „Opposition und Krise“ in: *alternative*, Jg. 1, Heft 3, Juni 1966, S. 2

³⁰³ Vgl. „Die Freiheit des Menschen“ von Prof. Wolfgang Abendroth, in: *alternative*, Jg. 1, Heft 8, Oktober 1966, S. 1 & 8

³⁰⁴ Vgl. intern; Jg. 1, Nr. 7, Sondernummer April 1966

³⁰⁵ Vgl. intern, Jg. 1, Nr. 14, Sondernummer Oktober 1966

³⁰⁶ Vgl. „Die Bewältigung der Konfrontation“ von Klaus G. Hajek, in: *alternative*, Jg. 1, Heft 4, August 1966, S. 1 & 3

Bereits im Vorfeld des Parteitags 1967, welcher ganz im Zeichen der Wahl eines neuen Bundesparteivorsitzenden stand, zog der VSStÖ nochmals Bilanz, und kritisierte abermals die unterlassenen Reformen innerhalb der Partei. Mit der Verharmlosung des Kapitalismus als „*pluralistische Gesellschaftsordnung*“, und der Feststellung, dass dieser kein Feind der sozialistischen Bewegung mehr sei, würde sich die SPÖ selbst die „*Lebensberechtigung*“ entziehen. Es wurde erneut die Abkehr von der Sozialpartnerschaft gefordert, die das politische Bewusstsein der Arbeiterklasse demontiert habe.³⁰⁷

3.4.1.2 Bruno Kreisky als Parteivorsitzender, der VSStÖ – ein Kritiker

Parteiintern setzte unmittelbar nach dem Scheitern der Koalitionsverhandlungen im April 1966 der Kampf um die Nachfolge des Bundesparteivorsitzenden Bruno Pittermann ein, welcher fast ein ganzes Jahr andauern sollte.

In der Ausgabe der **alternative** im Jänner 1967 verurteilte der VSStÖ die Fokussierung der parteiinternen Diskussion auf die Obmanndebatte und erachtete die Konzentration auf die inhaltliche Politik und die Erstellung eines Oppositionskonzepts auf dem Parteitag 1967 als vorrangig:

„Und kaum war die Diskussion über die Konsequenzen des 6. März richtig angelaufen, da wurde die Diskussion über Grundsatzfragen auch schon zur Randerscheinung. Im Kern aber personalisierte sich die Diskussion, bis die munteren Kombinationen, wer denn die Funktion des Parteiobmanns einnehmen würde, alles überschatteten.(...) Die Aufgabe des Parteitages muss darin liegen, eine Politik des sozialistischen Kampfes zu formulieren, die so klar ist, dass die nicht willkürlich in ihr Gegenteil verkehrt werden kann. Und die Aufgabe des Parteitages muss es sein, jene Belebung der innerparteilichen Demokratie herbeizuführen, die eine lebendige Kontrolle ermöglicht, ob diese Politik auch verfochten wird.“³⁰⁸

Trotz der unterschiedlichen Prioritätensetzung bewertete der VSStÖ die Debatte um den Parteivorsitz nicht als inhaltleer - die in Diskussion stehenden Personen verkörperten ja auch politische Inhalte - sondern versuchte den Polarisierungsversuchen während der Führungsdebatte differenziert entgegenzutreten. Der bisherige Bundesparteiobmann Pittermann und dessen Politik wurde in gewisser Weise in Schutz genommen, indem er nicht als

³⁰⁷ Vgl. „Ein Viktor Adler gesucht“ in: *alternative*, Jg. 2, Heft 1, Jänner 1967, S. 2-3

³⁰⁸ „Was heißt schon Reform?“ in: *alternative*, Jg. 2, Heft 1, Jänner 1967, S. 1

Alleinschuldiger der Politik vor dem 6. März 1966 getadelt wurde, sondern der gesamte Parteivorstand verantwortlich gemacht wurde.³⁰⁹

Am Parteitag vom 30. Jänner bis 1. Februar 1967 stand die Personalfrage erwartungsgemäß im Vordergrund, wenngleich die Sympathien für und Vorzüge der Kandidaten, Adolf Czettel und Bruno Kreisky, nur in verklausulierter Form in nahezu allen Reden eingebaut wurden. In der Abstimmung ging Bruno Kreisky mit 347 von 497 Stimmen als Sieger hervor. Am Parteitag selbst lieferte der VSStÖ zwar einen Bericht³¹⁰ ab und brachte Anträge zu verschiedensten Themen (Berichterstattung der AZ, Bekenntnis zur Hochschulreform, Vietnamkrieg, etc.)³¹¹ ein, der Delegierte Günther Rehak meldete sich aber nicht zu Wort. Der VSStÖ bewertete die Wahl Bruno Kreiskys als Bundesparteiohmann differenziert:

„Die SPÖ hat in Dr. Kreisky einen neuen Parteivorsitzenden, dessen Attraktivität nicht angezweifelt werden kann. In welchem Maße er sie tatsächlich ausspielen kann, muss sich erst herausstellen. Die geistige Ausrichtung, die er der Partei geben wird, ist ebenfalls noch nicht zu durchblicken, doch wäre gerade für ihn eine Schaukelpolitik zwischen verbalen Verbeugungen vor marxistischen Traditionen und revisionistischen Praktiken besonders gefährlich.“³¹²

Ideologische Auseinandersetzungen über eine Offensive gegen die Entwicklung der SPÖ zu einer linksliberalen Volkspartei sowie unterschiedliche Ansätze der Oppositionspolitik blieben bei diesem Parteitag aus.

„Über die Praxis der Opposition wurde nicht gesprochen, ebenso wenig über die Belebung des außerparlamentarischen Kampfes. Die Auseinandersetzung um das geistige und politische Profil der SPÖ ist also nicht abgeschlossen: sie ist nur ein wenig vertagt worden und währenddessen hat sich die Szenerie geändert.“³¹³

Der VSStÖ hatte sich am Parteitag auch aktionistisch gezeigt und ein Transparent mit der Aufschrift *„Schluss mit Phrasen – vorwärts zu sozialistischen Taten!“* entrollt, um die

³⁰⁹ Vgl. ebd.

³¹⁰ Vgl. Bericht des VSStÖ am ordentlichen Parteitag der SPÖ 1967, S. 140, in: „Bericht und Protokoll des Parteitages 1967“, SPÖ-Zentralsekretariat (Hrsg.), Vorwärts Verlag, Wien 1967

³¹¹ Vgl. Anträge und Resolutionen des VSStÖ, S. 252-267, in: „Bericht und Protokoll des Parteitages 1967“, SPÖ-Zentralsekretariat (Hrsg.), Vorwärts Verlag, Wien 1967

³¹² „Alles gerettet...“ in: alternative, Jg. 2, Heft 2, Februar 1967, S. 4

³¹³ Ebd.

inhaltleeren Reden zu kritisieren und für eine aktive, grundsatztreue Oppositionspolitik aufzurufen.³¹⁴

Die oben angeklungenen Vorbehalte gegenüber dem neuen Parteivorsitzenden Bruno Kreisky wurden in weiterer Folge in der **alternative** verschärft:

*(...) Bruno Kreiskys einzigartigen intellektuellen und politischen Gaben stehen persönliche Schwächen gegenüber, die sich für die SPÖ und damit auf für Österreich unter Umständen verhängnisvoll auswirken könnten. Die außerordentliche Intelligenz Bruno Kreiskys (...) hat dazu geführt, dass seine Fähigkeit zum Anhören anderer und zur Zusammenarbeit mit anderen verkümmert ist. (...) Bruno Kreiskys Tätigkeit wird (...) von Gefallsucht getrieben. (...) Es wäre verhängnisvoll, wenn Bruno Kreisky sich aus Gründen des persönlichen Ehrgeizes zu einer Koalition mit der ÖVP verleiten ließe (...). Wir sind dennoch fest davon überzeugt, dass Bruno Kreisky der rechte Mann ist, um Österreich aus der konservativen Sackgasse herauszuführen – wenn er seinen persönlichen Ehrgeiz allein zur Stärkung aller fortschrittlichen Kräfte einsetzt.*³¹⁵

Mögliche Gründe für diese kritische Haltung des VSStÖ waren verschiedene politische Standpunkte Bruno Kreiskys in der Vergangenheit. Konkret wurde seine Befürwortung der Teilprivatisierung der Verstaatlichten Industrie 1962, sein Engagement für eine Beibehaltung der Koalition mit der ÖVP 1966 und sein gutes Verhältnis zu Franz Olah genannt.³¹⁶

In der folgenden Ausgabe der **alternative** verfasste der Bundesobmann des VSStÖ Günther Rehak selbst einen Artikel mit dem Titel „*Gespräch mit Bruno Kreisky*“, welcher als Entgegnung zum vorangegangenen Artikel „*Gruß an Bruno Kreisky*“³¹⁷ gesehen werden kann. Darin wurde die Teilnahme Bruno Kreiskys an einem Vorstandsvorstand des VSStÖ beschrieben, wo die Vorstandsmitglieder dem Parteivorsitzenden ihre Vorstellungen von sozialistischer Hochschulpolitik sowie Vorschläge zur inhaltlichen und organisatorischen Problemen der SPÖ vortrugen.

„Genosse Kreisky hat zugehört und seine Unterstützung zugesagt. Vor allem hat er betont, wie sehr Diskussionsfreiheit im Interesse einer demokratischen Partei liege. (...) Genosse Kreisky hat in der Diskussion, die der an ihn gerichtete ‚alternative‘-Artikel ausgelöst hat,

³¹⁴ Vgl. ebd.

³¹⁵ „Gruß an Bruno Kreisky“ in: *alternative*, Jg. 2, Heft 2, Februar 1967, S. 2

³¹⁶ Vgl. ebd.

³¹⁷ Vgl. „Gruß an Bruno Kreisky“ in: *alternative*, Jg. 2, Heft 2, Februar 1967, S. 2

einmal mehr bewiesen, dass es ihm mit der Diskussionsfreiheit ernst ist. Er hat den Rufem nach dem Maulkorb für Kritiker kein Gehör geschenkt. Die Kritik, die man aus dem „Gruß an Bruno Kreisky“ herauslesen musste, entsprach übrigens lediglich einer persönlichen Meinung des Autors.“³¹⁸

Der VSStÖ schien seine Meinung über Bruno Kreisky revidiert zu haben, was sich in einem wohlwollenden Artikel in der **alternative** zeigte. Darin wird über eine Podiumsdiskussion vom 7. März 1967 berichtet auf der, neben Josef Hindels und Norbert Leser als „diskutierende Gegenpole“, auch Bruno Kreisky am Podium saß. Kreisky plädierte dafür, dass wieder mehr über Marxismus in der SPÖ diskutiert werden sollte und widersprach damit Norbert Leser. Weiters sprach er sich dafür aus, dass die Ausweitung der Betriebsdemokratie eine der vordringlichsten Aufgaben der Sozialdemokratie sei, und dass ein gewisses Maß an außerparlamentarischer Aktion in Form von medialer Präsenz in Zeitungen und einer selbstbewussten Lohnpolitik der Gewerkschaften zu befürworten sei. Streikbewegungen, außerhalb der demokratischen Grundsätze lehnte er jedoch ab, denn „*die Demokratie ist auch für uns die Luft, die wir zum Leben brauchen.*“³¹⁹

In den folgenden Jahren sollte der VSStÖ ein relativ gutes Verhältnis zu Bruno Kreisky entwickeln.³²⁰ Trotzdem kam es immer wieder zu Spannungen durch die Zusammenarbeit des VSStÖ mit kommunistischen Gruppen bei internationalen Solidaritätskundgebungen (Vgl. Kapitel 3.4.2.2).

3.4.2 Misstrauen bestimmte die Beziehung der SPÖ zum VSStÖ

Nachdem das Parteischiedsgericht im Mai 1965 Lösungsmodalitäten für den Konflikt innerhalb des Verbandes gefunden hatte (Vgl. Kapitel 3.1.3) und sich bei den Urwahlen im Verband das offizielle Mehrheitsverhältnis herauskristallisiert hatte, sind keine weiteren Interventionen seitens der Partei bekannt.

Die verbliebenen „Rechten“ versuchten allerdings immer wieder den Parteivorstand bzw. das Zentralsekretariat dazu zu bewegen. (Vgl. Kapitel 3.1.4). Die Stellungnahmen der

³¹⁸ „Gespräch mit Bruno Kreisky“ von Günther Rehak, in: *alternative*, Heft 3-4, März-April 1967, S. 2

³¹⁹ „Ein Jahr danach“ in: *alternative*, Jg. 2, Heft 3-4, März-April 1967, S. 9

„Rechten“ wurden im Zentralsekretariat registriert, wie ein Brief von Franz Fischerlehner an Leopold Gratz zeigt. Darin machte er Gratz auch den Vorschlag, dass das Zentralsekretariat von der Möglichkeit des Parteistatuts (§ 18, Abs. 4), Gebrauch machen und die Führung des Sekretariats des VSSStÖ übernehmen sollte, um den Konflikt zu bereinigen.³²¹ In weiterer Folge ist aber ein solcher Schritt seitens der Parteileitung nicht dokumentiert. Helmut Umek, als Beauftragter der „rechten“ Fachgruppen Welthandel, Technik und Medizin (Vgl. Kapitel 3.1.4), hielt am 15. September 1966 in einer Aktennotiz fest, dass die Zentralsekretäre der Reorganisation des VSSStÖ im Zuge des Parteitages im Jänner 1967 zugestimmt hatten. Bis zu diesem Zeitpunkt solle jedoch der Status quo aufgrund der stattfindenden Hochschulwahlen aufrecht erhalten bleiben.³²² Eine derartige Reorganisation fand jedoch nicht statt. Es kann vermutet werden, dass wegen des positiven ÖH-Wahlergebnis von diesem Plan abgesehen wurde. Dazu beigetragen hat sicherlich auch eine Resignation der „rechten“ Fraktion innerhalb des Verbandes³²³.

Die Partei blieb gegenüber der neuen Verbandsführung jedoch weiterhin misstrauisch, wie die Kontrolle im Hochschulwahlkampf bestätigen sollte.

3.4.2.1 Parteikontrolle im ÖH-Wahlkampf 1966/67

Wie schon im Kapitel 2.3.1.2.1 angemerkt, führte der VSSStÖ einen, bis dato noch nie da gewesenen Wahlkampf. Die SPÖ, die den Verband subventionierte, zweifelte am Erfolg dieses Konzeptes, wie eine Gedächtnisnotiz eines Besuchs von Franz Fischerlehner (Zentralsekretariat der SPÖ) im VSSStÖ-Sekretariat vom 23. Jänner 1967 belegt:

„Genosse Pittermann beauftragte mich, heute Vormittag im Sekretariat des Verbandes sozialistischer Studenten Nachschau zu halten, welche Maßnahmen für die bevorstehenden Hochschulwahlen (25.Jänner) getroffen wurden. Im besonderen will Genosse Pittermann wissen, wann Plakate, Flugschriften etc. ausgesandt wurden. (...) Genosse Schmidt, Sekretär des Verbandes, hat mir die in der Beilage befindlichen fünf verschiedenen Hörerbriefe (...) übergeben und an Hand eines Aufgabescheines der Post nachgewiesen, dass diese Briefe (...) am Freitag, den 20. Jänner 1967 um 21 Uhr am Westbahnhof aufgegeben wur-

³²⁰ Vgl. Heilingsetzer/Mesner/Rögl/Weber, 1989, S. 146

³²¹ Vgl. Undatierter Brief von Franz Fischerlehner an Leopold Gratz (FF/Fau/01370/66), ebd.

³²² Vgl. Aktennotiz von Helmut Umek über eine Besprechung mit dem Zentralsekretariat vom 15.9.1966; ebd.

³²³ Der letzte dokumentierte, negative Bericht über die neue Verbandsführung an das Zentralsekretariat ist vom 11.1.1967 von Alexander Kubicek mit seiner „Stellungnahme zur verbandsinternen Situation, die Hochschularbeit betreffend“, ebd.

den. (...) Auf meine Frage (...) ob diese späten Versandtermine vorgesehen waren oder auf irgendwelche Versäumnisse zurückzuführen wären, erklärte Genosse Schmidt, dass das Präsidium des VSStÖ diesen späten Termin aus taktischen Gründen bewusst gewählt habe. Auf die Frage, welche weiteren Maßnahmen noch in dieser Woche vorgesehen seien, erklärte er, dass nach den Absichten des VSStÖ in den letzten 14 Tagen vor dem Wahltermin kein Wahlkampf mehr geführt werden sollte. (Was ein offensichtlicher Widerspruch zu der vorhin zitierten Äußerung ist).³²⁴

Nach dem Zugewinn des VSStÖ (Vgl. Kapitel 3.3.1.2.1) verlautbarte die AZ „Hochschulwahlen – beachtliche Erfolge der SP“.³²⁵ Dieser Umstand wurde seitens des VSStÖ in der **alternative** scharf kritisiert, da es vor der Wahl viele negative Stimmen innerhalb der SPÖ gegenüber dem Wahlkampfstil des VSStÖ gegeben hatte:

„Wesentlicher ist aber sicherlich, dass es eben der VSStÖ war, der bei den Hochschulwahlen einen ‚beachtlichen Erfolg‘ errang. Dies soll nicht betont werden, weil sozialistische Studentenfunktionäre sich jetzt im Glanz dieses Erfolges sonnen wollen. Vielmehr deshalb, weil diesem Erfolg eine ganz bestimmte Politik zugrunde lag: eine Politik des angewandten Nonkonformismus und des radikalen Sozialismus. Diese Politik, von vielen SP-Funktionären, die jetzt voll des Lobes sind, vor dem Wahlgang, entschieden verdammt, war sicherlich der entscheidende Antrieb zu diesem Erfolg. Etwas, was man von der Politik vielmehr wohlmeinender Mahner und Warner nicht behaupten kann.“³²⁶

Der Erfolg bei den ÖH-Wahlen sowie das selbstbewusste Auftreten des Verbandes innerhalb der Partei ließ wahrscheinlich die Verbliebenen der „rechten“ Fraktion völlig resignieren und auch die Reorganisationsbeschlüsse des Zentralsekretariats in den Hintergrund treten. Wenngleich bei letzterem die Rolle des neuen Bundesparteivorsitzenden Kreisky, der sich der Diskussion mit den StudentInnen stellte (Vgl. Kapitel 3.4.1.2), eine nicht unwesentliche Bedeutung gespielt haben dürfte.

3.4.2.2 Allianzen des VSStÖ führen zu Demonstrationsabkommen mit der SPÖ

Der VSStÖ positionierte sich in vielen außenpolitischen Fragen ähnlich wie kommunistische Organisationen. Bei diversen Veranstaltungen kam es auch zu punktueller Zusammenarbeit (Vgl. Kapitel 3.2.3). Die verbliebene „rechte“ Fraktion im VSStÖ versuchte die neue Verbandsführung immer wieder aufgrund des „parteiischen“ außenpolitischen Enga-

³²⁴ Gedächtnisnotiz von Franz Fischerlehner vom 23. Jänner 1967, in: Mappe VSStÖ 1965-1967, (Briefverkehr Zentralsekretariat)

³²⁵ AZ, 27.1.1967, S. 1

gements und dem Kontakt zu kommunistischen Gruppen beim Zentralsekretariat zu denunzieren (Vgl. Kapitel 3.1.4). Eine negative Reaktion seitens der SPÖ ist aber erst nach der Demonstration am 30. April 1967 (Traditioneller Fackelzug mit anschließendem Sitzstreik vor der US-Botschaft) dokumentiert. Danach gab es eine Demonstration gegen das griechische Obristenregime am 4. Mai 1967 (Vgl. Kapitel 3.2.3), wo VertreterInnen des VSStÖ am darauffolgenden Tag zu Bundesparteivorsitzenden Kreisky zitiert wurden. Dieser hatte eine Presseerklärung vorbereitet, in der stand, dass „jede gemeinsame Aktion der SPÖ mit Kommunisten und deren Organisationen sei dem Ansehen der Sozialisten schädlich und abträglich“ sei.³²⁷ Kreisky bedauerte jedoch die heftigen Zusammenstöße mit der Polizei.³²⁸ „Kreisky sprach sich in der Sitzung [des Parteivorstandes am 18. Mai 1967, Anm. d. Verf.] nicht für Parteiausschlüsse von Jugendlichen aus, verlangte aber eine stärkere Kontrolle der Partei.“³²⁹

Die österreichische Presse (die AZ ausgenommen) reagierte auf die Ereignisse mit Meldungen über den angeblich „kommunistisch unterwanderten“ VSStÖ.³³⁰ Nichtsozialistische Gruppen versuchten diesen Eindruck noch zu verstärken. Der VSStÖ und der VSM wandten sich in einer Resolution „gegen Versuche außenstehender Personengruppen und Zeitungen, ihre Organisationen in einen Konflikt mit der Sozialistischen Partei zu treiben, und sie dadurch aus der sozialistischen Bewegung herauszudrängen (...). Die bestehenden Differenzen über einzelne Parolen und Veranstaltungen (...), an deren Bereinigung sie in hohem Maße interessiert sind, kann für die beiden Verbände kein Anlass dafür sein, irgendwelche Zweifel an ihrer Zugehörigkeit zur Sozialistischen Partei Österreichs aufkommen zu lassen (...).“³³¹

Lediglich Franz Kreuzer nahm in einem Leitartikel der AZ den VSStÖ in Schutz, relativierte jedoch die Ereignisse mit dem Argument jugendlicher Einfältigkeit:

³²⁶ alternative, Jg. 2, Heft 2, Februar 1967, S. 3

³²⁷ alternative, Jg. 2, Heft 6-7, Juni-Juli 1967, S. 5

³²⁸ „Sorge mit der Jugend oder wie die bösen Buben den schönen Fackelzug störten“ von Robert Sterk, in: rote tafel, Jg. 13, Heft 5-6, Mai-Juni 1967, S. 3

³²⁹ alternative, Jg. 2, Heft 6-7, Juni-Juli 1967, S. 5

³³⁰ Vgl. „Im Zerrspiegel der Presse“ in: alternative, Jg. 2, Heft 6-7, Juni-Juli 1967, S. 5

³³¹ AZ, 10. 5. 1967, S. 2

„Die intellektuelle akademische Linke ist nun einmal der Sauerteig einer sozialistischen Bewegung, aus ihr gehen lebendige politische Köpfe hervor, was keineswegs zu unerwünschten Fraktionsbildungen führen muss, weil sich der radikale Impuls der Jugendjahre erfahrungsgemäß rasch in politisch Arbeitsenergie sublimieren lässt. Wir können daher froh sein, dass wir derzeit über eine sozialistische Studenten- und Mittelschülerorganisation verfügen, die etwa durch ein ‚teach in‘ nach amerikanischem Vorbild Bewegung ins geistige Leben der Universität bringt.(...)

Das Problem liegt in der naturgegebenen Tatsache, dass die Mitglieder und Funktionäre, die in diesen Organisationen wirken, jung sind – womit wir sie aber keineswegs als unmündig abtun (...) wollen. Die Besonderheit des jugendlichen Denkens besteht unter anderem im Widerwillen gegen Wenn-und-Aber-Überlegungen, in der mangelnden Bereitschaft, eindeutige Erkenntnisse durch ergänzende Gegenerkenntnisse zu modifizieren. Am praktischen Beispiel: Es ist eben, wenn man sich mit ganzem Herzen über die amerikanische Vietnamintervention (...) empört hat, nicht mehr ganz einfach, noch zu erkennen, dass auf der anderen Seite Kommunisten stehen, die um nichts harmloser und nichts sympathischer werden als die anderen Kommunisten. Hier entstehen geistige Anfälligkeiten, die gutgeschulte und skrupellose Unterwanderer auszunützen suchen.“³³²

Nach Heilingsetzer/Mesner/Rögl/Weber wurden dem VSStÖ sofort alle Subventionen gesperrt.³³³ Der VSStÖ stimmte jedenfalls am 29. Mai 1967, wahrscheinlich aufgrund dieses Druckmittels, dem Abschluss eines Demonstrationsabkommens für den außeruniversitären Bereich zwischen der SPÖ und dem VSStÖ zu. Darin hieß es:

„Wenn der Parteivorstand wünscht, dass in Hinkunft Demonstrationen unserer Organisation nur stattfinden, wenn vorher das Einvernehmen mit dem Parteivorstand hergestellt wurde, so werden wir diesem Verlangen entsprechen; bezüglich der Teilnahme an Veranstaltungen demonstrativen Charakters parteifremder Organisationen werden wir in gleicher Weise vorgehen.“³³⁴

Dieses Demonstrationsabkommen war ein eindeutiges Disziplinierungsinstrument gegenüber den sozialistischen Studierenden, und sollte in den kommenden Jahren für reichlich Konfliktstoff zwischen der Partei und dem VSStÖ sorgen (Vgl. Kapitel 4.4.1).

In der Juni/Juli-Ausgabe der **alternative** stellte der VSStÖ zur Konfliktbereinigung mit der SPÖ fest:

³³² „Die eigenwilligen Jungen“ von Franz Kreuzer in: AZ vom 14. 5. 1967, S. 2

³³³ Vgl. Heilingsetzer/Mesner/Rögl/Weber, 1989, S. 73 sowie „1968 in Österreich“ in: offensiv, Nr. 2, 1988, S. 13

³³⁴ Vgl. Schreiben von Leopold Gratz an den Parteivorstand vom 30. 11. 1967 & „Erklärung des VSStÖ“ vom 6.12.1967; in: Mappe VSStÖ 1965-1967, (Briefverkehr Zentralsekretariat)

„ (...) wir haben uns mit den Vertretern des Parteivorstandes ausgesprochen. Nicht, dass wir jetzt in allen Punkten einer Meinung wären. Aber: wir haben erneut eine Form gefunden, in der auch differente Meinungen vertreten werden können, ohne dass nachteilige Folgen eintreten. Für beide Teile.“³³⁵

3.5 Zusammenfassung

Der sogenannte Machtübernahme der „linken“ Fraktion im VSStÖ ging ein nahezu jahrzehntelanger schwelender, in der Verbandsgeschichte kontinuierlich auftretender (Vgl. Kapitel 2.1.1 & 2.2.1 & 2.7) Konflikt zweier konkurrierender Gruppen voraus. Auf beiden Seiten wurde mit zweifelhaften Mitteln gearbeitet, um einerseits die Macht zu erhalten und andererseits die Macht zu ergreifen. Die „Linken“ organisierten einen „Notwehrputsch“, welcher Parallelstrukturen, aber keine Entscheidung mit sich brachte. Zur Lösung des Konfliktes wurde die SPÖ eingeschaltet. Das Parteischiedsgericht entschied mit einem eindeutigen Vorteil für die „linke“ Gruppierung, welche diesen auch im Dezember bzw. Jänner 1966/67 für sich nutzte und offiziell die Führung übernahm. Der Machtkampf wurde hauptsächlich über die unterschiedliche Interpretation der Statuten geführt, die Partei dabei geschickt miteinbezogen. Unter Anwendung von teils fragwürdigen Legitimierungsinstrumenten und mit größerer Beharrlichkeit entschieden die „Linken“ die Auseinandersetzung für sich.

Nach dem Paradigmenwechsel an der Spitze des Verbandes waren die Änderungen in der Politik des Verbandes nach innen und nach außen alsbald ersichtlich. Der „neue“ VSStÖ trat mit einem anderen Selbstverständnis auf, welches sich in vielfältiger Weise von jenem zuvor unterschied. Neben der intensiven Beschäftigung mit den grundlegenden Werken des wissenschaftlichen Sozialismus (Vgl. Kapitel 3.2.1), schien die neue Verbands-Maxime „Raus aus dem Ghetto der Hochschulpolitik“ zu sein (Vgl. Kapitel 3.2). Letzteres manifestierte sich in antifaschistischem, antikolonialistischem Engagement, sowohl inner- als auch außerhalb der Universität, sowie in der Kontaktaufnahme mit der ArbeiterInnen-schaft (Vgl. Kapitel 3.2.2-4). Auch im Verband selbst wurde die Diskussion vorangetrie-

³³⁵ „Vietnam und wir“ in: alternative, Jg. 2, Heft 6-7, Juni/Juli 1967, S. 1

ben. Neben den bestehenden Gremien wurde eine Vielzahl von Arbeitskreisen eingerichtet, die sich neben der Beschäftigung mit inhaltlichen Fragestellungen auch der praktischen Verbandsarbeit widmeten und diese für alle Mitglieder transparenter gestalteten (Vgl. Kapitel 3.2.5).

Wenngleich der VSStÖ aus seinem „Hoheitsgebiet“, der Hochschulpolitik, ausbrechen wollte, nutzte der Verband die Universität als Veranstaltungsort. Er begann mit der Organisation einer Vielzahl von, überwiegend kulturellen, Veranstaltungen, um den Studierenden zu zeigen, dass es noch etwas außerhalb des engen, vorgegebenen kulturellen und politischen Rahmens gab (Vgl. Kapitel 3.3).

Das Interesse an Hochschulpolitik beschränkte sich auf einige wenige Engagierte im Verband. Diese versuchten jedoch immer wieder Verbesserungsvorschläge in diversen Gesetzesdiskussionen einzubringen, was aufgrund der ÖVP-Alleinregierung meist ignoriert wurde (Vgl. Kapitel 3.3.1). In der ÖH versuchten die wenigen VSStÖ-Mandatare gegen die konservative Übermacht von Wahlblock und RFS anzukämpfen, und forderten erfolglos die Einrichtung eines hochschulpolitischen Sekretariats im VSStÖ, um kontinuierlich gute Arbeit leisten zu können (Vgl. Kapitel 3.3.1.2).

Der Fokus der Verbandsaktivitäten lag jedoch vielmehr auf außenpolitischen Themen, und der VSStÖ konnte nicht an die hochschulpolitischen Achtungserfolge der Vorjahre anschließen (Vgl. Kapitel 2.7). Trotzdem gelang es dem Verband, mit einem unorthodoxen Wahlkampfkonzept, bestehend aus oben angeführten Veranstaltungen, bei den ÖH-Wahlen dazu zu gewinnen (Vgl. Kapitel 3.3.1.2.1). In weiterer Folge sollte die Demokratisierung der Hochschule jedoch in das Zentrum der Verbandsaktivitäten rücken (Vgl. Kapitel 4.3).

Die politische Standortbestimmung des sozialistischen Studierendenverbandes im Jahr 1966 und in der ersten Hälfte des Jahres 1967 ergibt eine eindeutige links-sozialistische Ausrichtung. Diese manifestierte sich in einer strikten Ablehnung der Politik der ÖVP und FPÖ, unter anderem bedingt durch die restriktive Hochschulpolitik, das drückende reaktionäre Klima an den Universitäten und der antifaschistischen Tradition des Verbandes, sowie in einer differenzierten Positionierung gegenüber dem Kommunismus, die in einer begrün-

deten Leninismuskritik, der Forderung nach Meinungsfreiheit, aber auch in einer positiven Reformbewegungsrezeption ihren Ausdruck fand (Vgl. Kapitel 3.2.6).

Im politischen Spektrum innerhalb der SPÖ siedelte sich der VSSStÖ nun wiederum am linken Rand an, ähnlich wie der Verband es schon nach 1945 getan hatte. Zum Ausdruck kam diese Position in der Haltung des VSSStÖ zur Koalitionsfrage nach der Niederlage der SPÖ bei den Nationalratswahlen im März/April 1966, sowie bei der Wahl zum Bundesparteivorsitzenden im Februar 1967. Der VSSStÖ trat für den Gang der SPÖ in die Opposition ein, mit der Begründung, dass die Partei in einer Koalition mit der übermächtigen ÖVP keinerlei sozialistisches Profil zeigen hätte können und für viele unsoziale Maßnahmen mitverantwortlich gemacht worden wäre. Die Opposition würde ein „reinigendes Gewitter“ sein, in der sich die SPÖ auf ihre sozialistischen Grundwerte rückbesinnen, die „opportunistische“ Sozialpartnerschaft auflösen und aktive außerparlamentarische Oppositionspolitik betreiben könne. Die SPÖ ging schließlich in Opposition, jedoch mehr wegen den überzogenen Forderungen der ÖVP, als der Überzeugungsarbeit des VSSStÖ oder des linken Parteiflügels (Vgl. Kapitel 3.4.1.1).

Im Zuge der Debatte um den Parteivorsitz zeigte sich der VSSStÖ verstimmt, da er die Frage nach einer offensiven, grundsatztreuen Oppositionspolitik der SPÖ als vordringlicher erachtete als die Personalfrage. Gegenüber Bruno Kreisky als Kandidaten für den Bundesvorsitz nahm der Verband zunächst eine kritische Position ein, da dieser als „Rechter“ galt. Nach der Wahl Kreiskys zum Parteivorsitzenden revidierte der Verband, aufgrund der „überraschenden“ Diskussions- und Kooperationsbereitschaft Kreiskys, seine Meinung (Vgl. Kapitel 3.4.1.2). Trotz einer guten Gesprächsbasis mit dem Bundesparteiobmann, sollte es immer wieder zu Spannungen mit der SPÖ aufgrund der „Zusammenarbeit“ mit kommunistischen Gruppen im Zuge des außenpolitischen Engagements des Verbandes (z.B. Demonstrationen gegen den Vietnamkrieg und das griechische Obristenregime) kommen (Vgl. Kapitel 3.2.3). Die SPÖ verfügte als Druckmittel zunächst die Sperre der Subventionen, die aber wieder aufgehoben wurde, nachdem ein Demonstrationsabkommens geschlossen wurde, das den VSSStÖ zwang, vor jeder Demonstration das Einverständnis des Parteivorstandes einzuholen (Vgl. Kapitel 3.4.2.2).

4. DER VSSTÖ UND DAS JAHR 1968

Das dritte Kapitel beschreibt die Rolle des VSStÖ in der Zeit der StudentInnenbewegung kurz vor, im und nach dem Jahr 1968 in Österreich. Bereits im Sommersemester 1967 wandelte sich die politische Orientierung des Verbandes innerhalb des linken Spektrums unter anderem durch die personellen Veränderungen an der Verbandsspitze. Der VSStÖ näherte sich den Ideen der „Neuen Linken“ über einen regelrechten Theorieimport an. Diese neue Theorierezeption hatte große Auswirkungen auf die Struktur des Verbandes, seine inhaltliche Arbeit an der Universität und auf sein Verhältnis zur Partei, wenngleich die Veränderungen im Vergleich zum „Machtwechsel“ innerhalb des Verbandes im Jahr 1966/67 gering erscheinen mögen (Vgl. Kapitel 3).

Zu den Rahmenbedingungen der österreichischen StudentInnenbewegung ist zu sagen, dass Wien im Jahre 1968 nicht einmal annähernd im Zentrum stand, sondern vielmehr Zuschauer der Ereignisse in den USA, Frankreich, der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechoslowakei war. Diese internationalen Phänomene, die die Aktivitäten 1968 in Wien überschatteten, können in diesem Kapitel nur gestreift werden, finden ihren Niederschlag jedoch meist in (Re-)Aktionen des VSStÖ.

Aufgrund der Vorgänge an den deutschen Universitäten aber auch wegen des vorherrschenden Konservatismus an den österreichischen Hochschulen sollte die Demokratisierung der österreichischen Universitäten in den Vordergrund der Verbandsaktivitäten rücken.

Die Beziehung des VSStÖ zur Mutterpartei SPÖ war in dieser Zeit sehr ambivalent, was einerseits mit den Maßregelungen und andererseits mit den Einbindungsversuchen der Partei, aber auch mit der Vorbildwirkung des parteiunabhängigen SDS für den VSStÖ zusammenhing.

4.1 Der Generationenwechsel im VSStÖ 1967 und die Verbandsentwicklung bis Ende 1969

Im Sommersemester 1967 kam es zu einem Generationenwechsel im VSStÖ. Nach den Ereignissen Anfang Mai 1967 (Demonstrationen gegen den Vietnamkrieg und die griechische Militärdiktatur; Vgl. Kapitel 3.2.3) trat Günther Rehak als Verbandsobmann des VSStÖ zurück und überließ Günther Blecha, vorerst als geschäftsführendem Obmann, das Feld.³³⁶ Blecha wurde erst am öffentlichen Verbandstag am 8. und 9. Dezember 1967 offiziell zum neuen Verbandsobmann gewählt, Anton Baier zum Bundessekretär. Auch der VSStÖ Wien hielt gleichzeitig Wahlen ab. Peter Kreisky wurde von Herbert Ostleitner als Wiener Obmann abgelöst, und Herbert Leirer übernahm die Funktion des Wiener Sekretärs.³³⁷

Nach Keller gab es in dieser Zeit drei Gruppen innerhalb des VSStÖ, welche unterschiedliche politische Schwerpunktsetzungen vertraten. Zum einen gab es den traditionellen bündnisorientierten, austromarxistischen Flügel, eine aktionistische sozialistisch-fundamentalistische Fraktion und eine Gruppe von „Neuen Linken“, die vor allem die Frankfurter Schule rezipierte.³³⁸

Anders als im Konflikt zwischen „rechter“ und „linker“ Fraktion innerhalb des Verbandes (Vgl. Kapitel 3.1), kam es zu keiner starren Gruppenbildung und keinem Konkurrenzverhältnis. Dieser Entwicklung des VSStÖ liegt ein massiver Theorieimport, vor allem aus der Bundesrepublik Deutschland zugrunde. Diese Theorien wurden zunächst rezipiert, ausführlich diskutiert, in einem langsamen Prozess angeeignet und versucht auf die österreichischen Verhältnisse umzulegen. Kurt Greussing beschreibt die Entwicklung des hegemonialen Theorieanspruchs nüchtern:

„Es geht ja in gesellschaftlichen Auseinandersetzungen immer um die Besetzung von Diskursfeldern, und zwar auch um die symbolische. Also war diese Rezeption von neuen Theorien oder Theoriefragmenten selber eigentlich ein Ausdruck der Besetzung eines Diskurs-

³³⁶ Vgl. Heilingsetzer/Mesner/Rögl/Weber, 1989, S. 74 Ebd. „Auszug aus dem Vereinsregister der Wiener Bundespolizeidirektion“, Anhang Nr. 2, S. 9

³³⁷ Ebd. „Auszug aus dem Vereinsregister der Wiener Bundespolizeidirektion“, Anhang Nr. 2, S. 9 & intern, Jg. 3, Nr. 1, Jänner 1968

³³⁸ Vgl. Keller, 1983, S. 49 f.

feldes und damit der Herstellung intellektueller Macht. Also man darf nicht immer davon ausgehen, dass die Theorie das Denken formt, oder dass die Theorie Rezeption das Denken formt, sondern es kann umgekehrt das Bedürfnis ein Diskursfeld zu besetzen, die Theorie-Rezeption formen.“³³⁹

Die Gruppe, welche sich verstärkt mit der Frankfurter Schule³⁴⁰ und den „Neuen Linken“³⁴¹ beschäftigte und sich um Günther Blecha scharte, scheint im Wintersemester 1967 die Hegemonie innerhalb des Verbandes übernommen zu haben. Dies schlug sich auch in den Aktivitäten und Publikationen des Verbandes nieder, und soll im Folgenden und im Kapitel 4.2 anhand von Beispielen näher ausgeführt werden.

Die neue Verbandsspitze ging nach ihrer offiziellen Wahl mit einem sehr ambitionierten Arbeitsprogramm in das Sommersemester 1968:

„Die Sektion Wien beginnt am 6. März 1968 mit einer neuen Form der Schulung, die Anregungen zu selbständiger Arbeit geben soll: Unser Programm für das Sommersemester 1968 ist eine Kombination von interner Schulung mit einer Veranstaltungsserie auf Universitätsboden. Damit wollen wir zwei Zwecke erreichen. Einerseits soll allen Mitgliedern ermöglicht werden, sich eine theoretische Grundlage für die Diskussion der wichtigen Probleme unserer Gesellschaft zu erarbeiten, andererseits werden auf der Hochschule Fragen gestellt werden, die für das offizielle Bewusstsein nicht existieren. Für den VSStÖ als politische Organisation wird das Programm dazu dienen, durch eine gründliche politisch-ökonomische Analyse des Kapitalismus und des Kommunismus mit ihren Entwicklungstendenzen, Widersprüchen und Möglichkeiten, die Funktion zu bestimmen, die wir in unserer Gesellschaft ausüben können.“

Die einzelnen Referate, welche von März bis Ende Juni 1968 im Verbandslokal des VSStÖ abgehalten werden sollten, hätten zum Beispiel „Die Werbung im Kapitalismus“, die „Automation und Technokratie – Herrschaftsinstrument oder Befreiung des Menschen“, „Kommunismus – Kapitalismus (Konvergenz und Konkurrenz)“, „Kapitalismus und Dritte

³³⁹ Interview Kurt Greussing, 20.6.2004, S. 9

³⁴⁰ Als Frankfurter Schule wird die neomarxistische, dialektische kritische Theorie bezeichnet, die von Max Horkheimer und Theodor W. Adorno im Institut für Sozialforschung begründet wurde. Kern der kritischen Theorie der Frankfurter Schule ist die ideologiekritische Auseinandersetzung mit den gesellschaftlichen und historischen Bedingungen der Theoriebildung. Mit Kritik und Erkenntnis ist zugleich der Anspruch verbunden, die gesellschaftlichen Verhältnisse zu verändern. Als Hauptwerk der Schule gilt die Essay-Sammlung *Dialektik der Aufklärung*. Vgl. Net-Lexikon <http://www.lexikon-definition.de/Frankfurter-Schule.html> (Stand: 12.12.2004)

³⁴¹ „„Neue Linke““ ist ein Sammelbegriff für verschiedene Einzelpersonen, Gruppen, Parteien und politische Bewegungen vor allem in Westeuropa und Nordamerika, die seit Mitte / Ende der 1960er Jahre teilweise unterschiedliche Sozialismus- und Kommunismuskonzepte mit revolutionärem Anspruch vertraten und vertreten. Die „„Neue Linke““ grenzt sich bei allen Unterschieden zwischen ihren Verfechtern in wesentlichen Punkten von den etablierten, so genannten "altlinken", etablierten Kommunismus- und Sozialismus-Entwürfen ab, die von der Sozialdemokratie über den Stalinismus bis hin zu denen der osteuropäischen bis 1990

Welt – historische Funktion des Kolonialismus“ oder „Sozialdemokratie und Kapitalismus“ thematisiert. An diese Referate inhaltlich anschließen sollten fünf Teach-Ins an der Universität Wien zu den Themen „Vergeudungskapitalismus – Entartung oder Notwendigkeit“, „Bewusstseinsindustrie – Manipulation oder Aufklärung“, „Kommunismus – eine Alternative“, „Revolutionen in der Dritten Welt“ sowie „Wohlfahrtsstaat oder Sozialismus?“³⁴².

In der weiteren Durchsicht der Verbandskorrespondenz finden sich Absagen der März-Veranstaltungen.³⁴³ Die geplanten Referate und Teach-Ins für die Monate April, Mai und Juni wurden in Folge nicht mehr erwähnt, da vermutlich verschiedene Ereignisse z.B. der „Blasmusikrummel“ im Mai 1968 (Vgl. Kapitel 4.2.4.1 & 4.4.2) die geplanten Veranstaltungen vergessen ließen.

Nach den Ereignissen am 1. Mai 1968 am Rathausplatz in Wien schlitterte der Verband aufgrund des Konfliktes mit der Partei (Vgl. Kapitel 4.4.2) und der Gründung des SÖS (Vgl. Kapitel 4.2.4.1) in eine veritable Krise.

Beim ordentlichen Verbandstag vom 23. bis zum 25. Mai 1968 kam es laut Keller zu einem Antreten zweier Gruppen. Die eine, um Herbert Ostleitner wollte mit dem SÖS eng kooperieren, die andere Fraktion um Silvio Lehmann wollte Distanz halten.³⁴⁴ Diese „Kampf Abstimmung“ ist jedoch an keiner anderen Stelle dokumentiert. Fest steht, dass Silvio Lehmann als neuer erster, Peter Kowalski als zweiter Bundesvorsitzender sowie Josef Fuchs als Verbandssekretär gewählt wurden.³⁴⁵

Dem Verbandstag schloss sich ein Seminar an, welches den Titel „Zur politischen Orientierung des Verbandes“ trug. Die zwei großen Themenschwerpunkte waren die studentische Opposition in Österreich im Bezug auf die Hochschulsituation sowie ihr Verhältnis zu jener in der BRD, und der VSStÖ als kritische Minorität innerhalb der sozialistischen Par-

Entwürfen ab, die von der Sozialdemokratie über den Stalinismus bis hin zu denen der osteuropäischen bis 1990 herrschenden kommunistischen Parteien reichen. Vgl. Net-Lexikon <http://www.lexikon-definition.de/Neue-Linke.html> (Stand: 12.12.2004)

³⁴² Vgl. intern, Jg. 3, Nr. 1, Jänner 1968

³⁴³ Vgl. intern, Jg. 3, Nr. 5, März 1968

³⁴⁴ Vgl. Keller, 1983, S. 74

³⁴⁵ Vgl. „Sozialistische Studenten wählen neues Präsidium“ in: AZ vom 28.5.1968, S.2

tei fokussierend auf die speziellen Bereiche der Parlamentarismuskritik und dem Wirtschaftskonzept der SPÖ.³⁴⁶

Am Verbandstag ein Jahr später, der vom 15. bis zum 16. März 1969 stattfand, wurde bereits rückblickend untersucht warum es mit der Studierendenbewegung in Österreich „*bis jetzt noch nicht ‚geklappt‘ hat*“. ³⁴⁷ Zudem wurde ein neues Präsidium gewählt. Herbert Ostleitner wurde neuer Bundesobmann und der bisherige Wiener Sekretär Herbert Leirer Verbandssekretär.³⁴⁸

Für das Sommersemester 1969 plante der VSStÖ eine Werbekampagne mit Teach-Ins an Schulen und an der Universität für MaturantInnen und SchülerInnen der siebenten Klassen, um „*ein gewisses Potential an Jungstudenten für den VSStÖ*“ zu gewinnen. Auch an den Studierendenheimen sollten wieder vermehrt Veranstaltungen stattfinden, um „*eine Basis-erweiterung*“ zu erreichen.³⁴⁹ Diese Informationswochen für SchülerInnen fanden schließlich erst im Februar 1970 unter dem Titel „Kritische Schule“ im Albert Schweitzer Haus und im Hörsaal I des NIG, statt.³⁵⁰

Diese Bemühungen seitens des Verbandes, aber auch die Verzögerung der Veranstaltungsreihe lassen darauf schließen, dass der VSStÖ zu dieser Zeit über wenige AktivistInnen verfügte. Diese Schwächung des Verbandes bestätigt sich indirekt auch in der Tagesordnung einer angekündigten Sektionsvollversammlung am 5. März 1969, wo unter Punkt Fünf die Diskussion über den „Aufbau einer schlagkräftigen Sektion (Wunschdenken?)“ angekündigt wurde.³⁵¹

Wie es scheint, konnten die strukturellen Probleme des VSStÖ im Sommersemester 1969 nicht gelöst werden, denn in der Einladung zum Verbandsvorstand für den 24. und 25. September 1969 war eine Diskussion über die Reorganisation des Verbandes durch eine Dezentralisierung und die Einrichtung eines Zentralrates vorgesehen, die in einer Statuten-

³⁴⁶ Vgl. intern, 3. Jg. Nr. 9, Mai 1968

³⁴⁷ intern, 4. Jg., Nr. 3, Februar 1969, S. 2

³⁴⁸ Vgl. intern, 4. Jg., Nr. 4, März 1969, S. 1

³⁴⁹ intern, 4. Jg., Nr. 3, Februar 1969, S. 4

³⁵⁰ Vgl. intern, 4. Jg., Nr. 8, November 1969

³⁵¹ Vgl. intern, 4. Jg., Nr. 3, Februar 1969, S. 8

änderung 1970 durch Rotationsprinzip der BundessprecherInnen und der Einführung des Zentralrates auch durchgeführt wurde.³⁵²

4.2. Politische Neuorientierung, Kontinuitäten, strukturelle Änderungen und Brüche

Neben dem Theorieimport und deren Rezeption setzte der VSStÖ sein antiimperialistisches Engagement fort, versuchte seine starren Strukturen zu öffnen und die neuen Aktionsformen wie Teach-Ins oder Go-Ins zu forcieren.

Wie schon im zweiten Kapitel möchte ich versuchen anhand von Beispielen die politischen Schwerpunktsetzung, die Beziehungen und den Einfluss des SDS auf den VSStÖ sowie Veränderungen in der strukturellen Organisation des Verbandes näher zu beleuchten.

4.2.1 Der VSStÖ und die „,Neue Linke““

„Theoretisch waren wir sehr stark von Marcuse und den Schriften der Frankfurter Schule beeinflusst. Wir haben eine neue Orientierung, weg vom Austromarxismus und auch weg vom orthodoxen Marxismus gesucht. Unser Verständnis war viel breiter, war undogmatischer, war bemüht vor allem die psychischen Dimensionen mehr einzubeziehen.“³⁵³

Bereits im September 1967 machten sich in den Themensetzungen der Veranstaltungen deutliche Veränderungen bemerkbar. Der VSStÖ veranstaltete vom 17. bis zum 30. September ein Sommerseminar mit dem Titel „Möglichkeiten sozialistischer Politik unter den Bedingungen des modernen Kapitalismus“ in Salzburg, bei dem bereits Referate zu Themen wie „Kulturindustrie und Massenkonsum; Manipulation von Bedürfnissen und politische Verhaltensweisen“, „Der Marxismus im Lichte der kritischen Theorie (Neomarxismus)“ sowie „Die Verlagerung der kritischen Opposition; die Rolle der Intellektuellen (Raymond Aaron, C. Wright Mills, H. Marcuse)“ stattfanden, die die Theorien der „Neuen Linken“ vermitteln sollten.³⁵⁴

³⁵² Vgl. „Einladung zum Verbandsvorstand“ von Wilhelm Burian und Herbert Leirer vom 18.9.1969, in: Mappe VSStÖ 1968-79, (Briefverkehr Zentralsekretariat) & Satzungen des Verbandes Sozialistischer Studenten Österreichs aus dem Jahr 1970, S. 5 & 8 (Aktennummer I-11-1J 1970)

³⁵³ Silvio Lehmann in: „1968 – Verbieten ist verboten“ in: Offensiv, Nr. 2, 1988, S. 14

³⁵⁴ Vgl. intern, Jg. 2, Sondernummer August 1967

Bereits die Oktoberausgabe der **alternative** aus dem Jahr 1967 erschien in einer anderen Aufmachung, aber auch mit einer neuen Blattlinie, die nunmehr den Anspruch stellte mehr als nur ein Forum der „Auseinandersetzung um Theorie und Praxis“ zu sein. Zudem wurde auch schon ganz offensichtlich die Diktion der Frankfurter Schule verwendet:

„, **alternative**‘ soll Erkenntnisse vermitteln, Hypothesen unterbreiten, in der Industriegesellschaft umgehende subversive Tendenzen und systemtranszendierende Theoreme analysieren – im Bewusstsein der kritischen Kraft der Negation und im Wissen um die objektiven Widersprüche der etablierten Herrschaftsstrukturen. ,**alternative**‘ soll das denunzieren, was unwidersprochen als das ‚Positive‘ ausgewiesen wird. Es sollen die Bruchstellen der Gesellschaft bloßgelegt werden, an denen die grundlegende Negativität des Positiven zutage tritt. Schließlich soll ,**alternative**‘ den Boden theoretisch aufbereiten, auf dem sich antiautoritäre Opposition zur Verweigerung des falschen Ganzen organisieren kann.“³⁵⁵

Der Stellenwert der Frankfurter Schule/Kritischen Theorie wird in der folgenden Zeit im VSStÖ immer deutlicher. Die „(neue) **alternative**“ brachte kontinuierlich Artikel, wie zum Beispiel eine, von Günther Blecha und Herbert Leirer übersetzte, Rede von Herbert Marcuse über „Das Individuum in der Great Society“³⁵⁶, oder sein Vorwort zur französischen Ausgabe des „Eindimensionalen Menschen“³⁵⁷. In der Rede kritisierte Marcuse die Vietnampolitik Johnsons aufs Schärfste und deren Inkompatibilität mit der Errichtung einer Great Society³⁵⁸, einer friedlichen und freien Gesellschaft. Weiters verwies er auf die Unmöglichkeit der - vom Apparat unterdrückten, jeglicher Individualität beraubten, von permanenter Aggression bedrohten - Individuen, diese Utopie aufzubauen. Im Artikel über den „Eindimensionalen Menschen“ ging Marcuse detaillierter auf das unterdrückte Individuum ein und diagnostizierte Unfreiheit und Repression als Zeichen des technischen Fortschritts in der eindimensionalen Industriegesellschaft. Einzige Handlungsalternative gegen diese technokratische Beherrschung sei die radikale Negation (Weigerung), also Nein zu

³⁵⁵ Editorial von Günther Blecha, in: *alternative*, Jg. 2, Heft 8, Oktober 1967

³⁵⁶ Vgl. *alternative*, Jg. 2, Heft 8, Oktober 1967, S. 1-4 & Jg. 3, Heft 1, Jänner 1968, S. 25-31

³⁵⁷ Vgl. neue *alternative*, Jg. 3, Heft 4, September/Okttober 1968, S. 1-3

³⁵⁸ „Great Society“ war ein Sozialprogramm des amerikanischen Präsidenten Lyndon Johnson (Demokrat). Durch eine Erhöhung der Produktivität, durch den technischen Fortschritt sowie umfangreichen Sozialreformen (Wohnbau, Bildungsprogramme, etc.) sollte es in den USA zu einem Ende der Armut und der Rassenungleichheit kommen. Durch den militärischen Misserfolg in Vietnam sowie den massiven Studierenden- und Rasseunruhen in den USA blieben die Sozialreformen und das holistische Reformprojekt jedoch in ihren Anfängen stecken. Vgl. Net-Lexikon; <http://www.lexikon-definition.de/Lyndon-B.-Johnson.html> (Stand: 12.12.2004)

sagen, dagegen zu sein, weil die Masse der Menschen ein falsches, eindimensionales Bewusstsein habe.³⁵⁹

Prinzipiell richtete sich die „Neue Linke“ gegen die bestehenden Strukturen der Leistungsgesellschaft, welche die vielfältigen Bedürfnisse und Fähigkeiten der Individuen unterdrücken, das Konsum- und Freizeitverhalten der Masse manipulieren und nur auf die Steigerung der Produktivität ausgerichtet seien. Die fortgeschrittene Industriegesellschaft stelle eine totalitäre Gesellschaft dar, die von austauschbaren Eliten (Parteien, Regierungen, Konzerne etc.), kurz dem Establishment beherrscht würde und faschistische und autoritäre Merkmale aufweise, welche nicht von Rechtsextremen ausgingen, sondern dem System immanent seien. Es gelte also das ganze System mit dem politischen Mittel der radikalen Negation zu unterminieren, frei nach Georg Büchner *„Friede den Menschen, Krieg den Institutionen.“*³⁶⁰

Träger dieser Revolution von unten sollten Außenseiter und Randgruppen der Gesellschaft sein, wie Günther Blecha feststellte:

*„Kritische Theorie siedelt an der Peripherie der bestehenden Gesellschaftsordnungen. Ihrer Träger sind bewusste Minderheiten, Studenten und Intellektuelle.“*³⁶¹

Der VSStÖ, in Person von Silvio Lehmann, versuchte die Theorien Marcuses in der **alternative** für den Verband abzuleiten:

„ (...) die Probleme kritischer Theorie und mehr noch mit ihr verbundene Praxis wurden an dieser Stelle bereits sichtbar: ‚radikal neue, antiautoritäre, demokratische Alternativvorschläge‘, der Kampf um eine ‚Demokratisierung der Hochschulen‘ führen nicht zur ‚Verweigerung des falschen Ganzen‘. Wird diese als praktisches Ziel der antiautoritären Opposition gesetzt, so ist die partielle Negation, also zum Beispiel die Hochschulreform reaktionär. (...) man wird sich von falschen Alternativen wie ‚Reform oder Revolution‘ lösen müssen – auf allen Seiten. Die fortgeschrittene Industriegesellschaft ist mit ihren ‚Naturgesetzen‘ als Tatsache anzuerkennen. Freilich nicht als dämonisierte Totalität zu

³⁵⁹ Hierbei sei angemerkt, dass Marcuse damals an der kalifornischen Universität in Berkeley lehrte und sich primär auf die Gesellschaft der USA bezogen hatte. Die direkte Umlegung dieses Beispiels auf die „erstarrte“ österreichische Gesellschaft dieser Zeit erscheint aufgrund der völlig anderen Ursachen als unzulässig. Auch Keller merkt an, dass die undifferenzierte Übertragung der Theorien über die Eindimensionalität fortgeschrittener Industriegesellschaften auf österreichische Verhältnisse unzulänglich sei. Vgl. Keller, 1983, S. 50

³⁶⁰ Vgl. Keller, 1983, S. 48; Georg Büchner hatte Ende März 1834 die politische Streitschrift „Der Hessische Landbote“ verfasst, worin er mit dem Schlagwort 'Friede den Hütten! Krieg den Palästen!' den Obrigkeiten den Kampf angesagt hatte. Vgl. Net-Lexikon <http://www.lexikon-definition.de/Georg-Buechner.html> (Stand: 12.12.2004)

³⁶¹ Editorial von Günther Blecha, in: alternative, Jg. 2, Heft 8, Oktober 1967

ihrer Weigerung, sondern mit dem Ziel ihrer Änderung: einer gesellschaftlichen Transformation zur Emanzipation des Menschen von einer ihm als ‚fremde Macht‘ gegenüberstehenden, verselbständigten ‚zweiten Natur‘ der gesellschaftlichen Verhältnisse, die es in ihrer historischen Kontingenz zu durchschauen gilt. Dazu ist die kritische Theorie (...) wieder in die Praxis zu integrieren.“³⁶²

Anschließend resümierte Lehmann nüchtern über die Aufgabe des VSStÖ Alternativen aufzuzeigen:

„Anfangs werden diese Alternativen vorwiegend nur negativ zum Ausdruck kommen. Das scheint uns nicht schlimm, angesichts von Alternativen die eigentlich keine sind.“³⁶³

Nach den Ereignissen am 1. Mai 1968 (Vgl. Kapitel 4.4.2) und der vollzogenen Abspaltung des „Sozialistischen Österreichischen Studentenbundes“ (SÖS) (Vgl. Kapitel 4.2.4.1) stellte der VSStÖ, in einer Stellungnahme zu den Vorgängen, nochmals programmatisch fest:

„Ausgehend vom erreichten Stand der Produktivität der menschlichen Arbeit und Herrschaft über die Natur wäre aber die Einrichtung einer weitgehend repressionsfreien sozialistischen Gesellschaft gegenwärtig realisierbarer als jemals zuvor. ‚Aber gerade weil diese utopische Idee so wenig utopisch ist, betont Marcuse, ist die gesamte Gesellschaft heute gegen sie mobilisiert und diese Mobilisierung (...) setzt sich in den Individuen selber fort.‘ Fazit: unter den gegenwärtigen Verhältnissen fehlen die subjektiven Bedingungen einer gesellschaftlichen Transformation. Daraus ergibt sich der Stellenwert einer ANTIAUTORITÄREN OPPOSITION unter den relativ leicht mobilisierbaren Teil- und Randgruppen der Gesellschaft, der Studenten, Schüler und jungen Arbeiter. Die Ansicht, die organisierte Macht des Establishments müsse, da sie nicht direkt oder durch Reform gebrochen werden könne, indirekt unterlaufen werden durch unmittelbare Formen direkter politischer Aktion, ist an ihrem Erfolg bei der Solidarisierung der Studenten, besonders in der BRD zu messen.“³⁶⁴

Auch der geistige Vater der amerikanischen und englischen StudentInnenbewegung, der amerikanische Soziologe Charles Wright Mills, schrieb den Studierenden eine neue politische Rolle zu. Sein „Brief an die ‚Neue Linke‘“ wurde in der **neuen alternative** abgedruckt, übersetzt von Herbert Leirer und Josef Fuchs. Mills lehnte darin das Festhalten an der ArbeiterInnenklasse als dem einzig revolutionären Subjekt ab und schrieb der Intelli-

³⁶² Editorial von Silvio Lehmann, in: alternative, Jg. 3, Heft 1, Jänner 1968, S. 1 & 2

³⁶³ Ebd.

genz, also auch den StudentInnen, die Rolle eines Katalysators im Prozess der Gesellschaft zu.³⁶⁵

„Die metaphysische Auffassung von der Rolle der Arbeiterklasse ist meiner Ansicht nach ein Vermächtnis des viktorianischen Marxismus, der heute absolut unrealistisch geworden ist.“³⁶⁶

Aufgrund dieses „Auftrags“ versuchte der VSStÖ in Folge verstärkt die ihm zugeschriebene Rolle als treibende Kraft der „radikalen Negation“, vor allem an der Universität zu erfüllen (Vgl. Kapitel 4.2.2.1).

Günther Rehak merkt rückblickend über die „zahme“ „Neue Linke“ in Österreich an:

„Eine erklärte Taktik der Neuen Linken bestand darin, das Establishment durch Provokation zu zwingen, seinen repressiven Charakter zu enthüllen. Ihr Trugschluss lag in der Erwartung, eine derartige Enthüllung könne die Menschen überraschen oder aufregen. Zumindest für Österreich gilt, dass die hiesige „Neue Linke“ provoziert hat, ohne zuzuschlagen.“³⁶⁷

4.2.1.1 Die neue politische Rolle der StudentInnen als kritische Opposition

Wie schon im Kapitel 4.2.1 von C. Wright Mills angemerkt, wurde den StudentInnen durch die „Neue Linke“ eine bedeutendere Rolle als TrägerInnen der historischen Veränderung beigemessen.

In seiner Rede auf dem Teach-In zum Tod von Benno Ohnesorg in Hannover (Vgl. Kapitel 3.2.3), welche auch in der **alternative** abgedruckt wurde, begründete Jürgen Habermas die neue politische Rolle der StudentInnen innerhalb der Gesellschaft folgendermaßen:

„Die studentische Opposition ist Teil der intellektuellen, die intellektuelle ist Teil der unorganisierten außerparlamentarischen Opposition. In diesem Rahmen genießen die Studenten keine Privilegien.(...) Studenten haben für das, was sie tun, keine andere Legitimation als die Staatsbürgerrechte, die sie mit allen Bürgern teilen. Was sie vor politisch pas-

³⁶⁴ „VSStÖ-Korrespondenz Nr. 1: Der VSStÖ seinen Gönnern, sowie den von ihm frustrierten Kollegen und Genossen“ in: intern, 3. Jg. Nr. 9, Mai 1968, S. 17

³⁶⁵ „Brief an die „Neue Linke““ von C. Wright Mills (übersetzt von Herbert Leirer und Josef Fuchs) in: neue alternative Jg. 3, Heft 4, September/Oktober 1968, S. 18-24

³⁶⁶ „Brief an die „Neue Linke““ von C. Wright Mills (übersetzt von Herbert Leirer und Josef Fuchs) in: neue alternative Jg. 3, Heft 4, September/Oktober 1968, S. 23

³⁶⁷ Rehak, 1983, S. 57

siveren Gruppen auszeichnen kann, ist nur die extensivere Inanspruchnahme dieser Rechte. Das wiederum ist nicht erstaunlich, wenn man bedenkt, dass 1. Studenten ein höheres Informationsniveau haben, als wir es durchschnittlich in der Bevölkerung antreffen; dass 2. das Studium in einem gewissen Umfang immerhin Motive und Interessen weckt oder begünstigt, die zu politischem Engagement führen können (und sei es nur dadurch, dass es ihren Widerspruch herausfordert); und dass 3. die Studentenrolle vom aktuellen gesellschaftlichen Druck stärker freisetzt als andere Erwachsenenrollen, die einen anerkannten gesellschaftlichen Status einräumen.“³⁶⁸

Für Habermas hatten die Proteste der StudentInnen „eine kompensatorische Funktion, weil die in einer Demokratie sonst eingebauten Kontrollmechanismen nicht oder nicht zureichend arbeiten“ würden. Die Auflehnung der Studierenden würde jene Dinge bewusst machen, die seiner Meinung nach von den offiziellen Institutionen unabsichtlich oder aber auch vorsätzlich verschwiegen, und so aus dem politischen Bewusstsein der BürgerInnen, aber möglicherweise sogar aus dem eigenen verdrängt werden.³⁶⁹ Er fügte seiner These einige anschauliche Beispiele bei:

„Oft waren es erst Studentenproteste, die politische Ereignisse (...) in die theoretische Perspektive hereingerückt haben, ohne die sie als politische Ereignisse gar nicht begriffen werden können. Dafür ist der Vietnam-Konflikt ein überzeugendes Beispiel. (...) Oft waren es Studentenproteste, die uns für eine krasses Missverhältnis zwischen beanspruchten Legitimationen und tatsächlichem Verhalten sensibel gemacht haben. Dafür sind die Demonstrationen gegen den persischen Staatsbesuch ein überzeugendes Beispiel.“³⁷⁰

Für den VSStÖ musste diese Ansprache eines der profiliertesten Vertreter der Kritischen Theorie/Frankfurter Schule eine klare Bestätigung der eigenen Tätigkeit, der bisherigen Proteste und Aktionen dargestellt haben und ein Ansporn für weitere dahingehende Aktivitäten - innerhalb und auch außerhalb der Universität - gewesen sein.

Der VSStÖ nahm die neugewonnene bedeutende politische Rolle, welche den Studierenden zugemessen wurde ernst, und veranstaltete zwischen 1. und 4. November 1967 ein Seminar zu „Student und Politik“, wo die veränderte soziale Rolle der Studierenden, aber auch die „Ausweitung der kritischen Opposition auf andere gesellschaftliche Bereiche -

³⁶⁸ „Zur politischen Rolle der Studenten“ von Jürgen Habermas; in: *alternative*, 2. Jg., Heft 8, Oktober 1967, S. 12

³⁶⁹ Vgl. ebd. S. 12

³⁷⁰ Vgl. ebd. S. 12f.

Funktion der Studenten – Tendenzen zur Konstituierung einer *Gegenöffentlichkeit*“ diskutiert wurden.³⁷¹

4.2.1.2 Kritische Auseinandersetzung mit Tabuthemen - „Sexualität ist nicht pervers“

Durch die Beschäftigung mit der Kritischen Theorie und den Thesen Marcuses begann der VSStÖ sich auch dem Thema Triebunterdrückung als repressives Element der modernen Gesellschaft zu widmen.

Herbert Marcuse stellte in seinem Werk „Der eindimensionale Mensch“ (Vgl. Kapitel 4.2.1) Zusammenhänge zwischen der gesellschaftlichen Entwicklung und der sexuellen Manifestation her und erkannte, dass in der fortgeschrittenen Industriegesellschaft, auch durch einen lockereren Zugang zur Sexualität, Unterdrückung nicht abgebaut sondern sogar noch gefördert würde. Marcuse nannte dies „repressive Entsublimierung“ oder aber auch „repressive Toleranz“.

„Die behauptete Moral verschärft die heimlichen Vorschriften des schlechten Gewissens, besonders bei ‚repressiver Entsublimierung‘ das heißt die oberflächliche Sexualisierung der Öffentlichkeit, die bei Aufrechterhaltung zusätzlicher Triebunterdrückung nur die individuellen Konflikte verschärft.“³⁷²

Marcuse setzte auf eine ästhetische Revolution, die das Bewusstsein radikal verändern sollte.

„Gewiss ist die bessere Befriedigung der Bedürfnisse Aufgabe und Ziel jeder Befreiung, aber im Fortschritt zu diesem Ziel muss Freiheit selbst zum Triebbedürfnis werden und als solche die Entwicklung der anderen, vermittelten sowohl wie unmittelbaren Bedürfnissen vermitteln.“³⁷³

Im Zuge der Vertiefung in die Schriften Marcuses, setzte sich der VSStÖ auch verstärkt mit den Werken Theodor W. Adornos, Sigmund Freuds und Wilhelm Reichs auseinander.

³⁷¹ Vgl. intern, Jg. 2, Oktober 1967

³⁷² „Anstelle einer Einleitung: Aufforderung zum Widerstand“ von Silvio Lehmann; in: VSStÖ (Hrsg.) „Sexualität ist nicht pervers“ Europa Verlag, Wien 1969, S. 15

³⁷³ „Vorwort zur französischen Ausgabe des *Eindimensionalen Menschen*“ von Herbert Marcuse; in: neue alternative, Jg. 3, Heft 4, September/Okttober 1968, S. 1-3

der.³⁷⁴ Dabei wurde in Artikeln zu diesen psychologischen Themenkomplexen immer wieder der Brückenschlag zu Forderungen nach einer grundlegenden Hochschulreform versucht.

*Die Struktur der gegenwärtigen Gesellschaft, deren Aufbau die Universität reflektiert, führt bei der Mehrzahl der Studenten zu massiven Unterwerfungsreaktionen. Eine Lösung dieser psychopathischen Spannungsfelder kann nur durch eine Hochschulreform gelöst werden, als Teil einer über das Bildungs- und Erziehungswesen hinausgreifenden Fundamentaldemokratisierung der Gesellschaft. Die internationale sozialistische Studentenbewegung hat die autoritären Lehrformen und –inhalte als Manipulationsinstrumente erkannt. Denn Herrschaft wird in der Psyche der Individuen befestigt, wie diese in jenen. Durch die Politisierung unserer Forderungen haben wir die Notwendigkeit einer grundlegenden gesellschaftlichen Veränderung begriffen; unser Ziel ist, Herrschaft von Menschen über Menschen auf rationale, historisch notwendige zurückzuführen.*³⁷⁵

Der VSStÖ wagte sich auch an Tabuthemen heran und ging damit an die Öffentlichkeit. Mit der Informationsreihe „Ist Sexualität pervers?“ vom 16. bis zum 20. Oktober 1967 an der Universität Wien, deren Anlass die Vorlage der ÖVP-Regierung zur Reform des Strafrechts war,³⁷⁶ problematisierte der sozialistische Studierendenverband das Thema Homosexualität und straffreien Schwangerschaftsabbruch. Als Referent konnte auch Theodor W. Adorno gewonnen werden, der am 16. Oktober 1967 einen Vortrag zu „Sexualität und Recht heute“ hielt.

„So war der Versuch, öffentliche Diskussion zu dieser symptomatischen Frage [Ist Sexualität pervers?, Anm. d. Verf.] zu provozieren, nahezu selbstverständlich: eine Konfrontation von kritischer Wissenschaft und Rechtsnormen zugrunde liegenden Vorurteilen unter dem Titel ‚Sexualität und Wissenschaft‘ (Adorno, Schorsch, Strotzka); zur Ergänzung eine Klärung des Anspruchs menschenfeindlicher pressure-groups auf religiöser Legitimierung im Abschnitt ‚Sexualität und Christentum‘ (Dantine, Holl); dazu eine Entlarvung des apologetischen Charakters einer gewissen Jurisprudenz und schließlich eine Diskussion der hinter rigiden Rechtsnormen stehenden gesellschaftlichen Interessen und Machtgruppen in

³⁷⁴ Vgl. „Sexualität und Klassenkampf – Zur Abwehr repressiver Entsublimierung“ von Wilhelm Burian; in: neue alternative extra; Jg. 4, Heft 2, Februar 1969, S. 6; „Wegen Giese fand die Revolution nicht statt“ von Willy Koldus; in: neue alternative extra; Jg. 4, Heft 2, Februar 1969, S. 7; „Emanzipation statt Domestizierung“ von Wilhelm Burian, in: theorie und praxis, 4. Jg., Heft 1, September/Okttober 1969, S. 15-20 & Interview Kurt Greussing, 20.6.2004, S. 9

³⁷⁵ „Angst als Herrschaftsinstrument“ von Wilhelm Burian; in: neue alternative; Jg. 4, Heft 1, Jänner 1969, S. 9

³⁷⁶ 1954 wurde eine Strafrechtskommission von allen im Parlament vertretenen Parteien mit namhaften Juristen besetzt, die bis zum September 1962 tagte. Im Vorschlag der Kommission war die Abschaffung der Strafbestimmungen gegen die homosexuelle Betätigung zwischen Erwachsenen und einer erweiterten Indikationenlösung beim Schwangerschaftsabbruch enthalten. Das Justizministerium legte aufgrund der Kommissionsergebnisse 1964 einen Strafgesetzentwurf vor. Die Nationalratswahlen 1966 brachten die Reformbestrebungen ins Stocken. 1968 brachte die ÖVP einen entschärften Strafgesetzentwurf in den Nationalrat ein, indem die Bestimmungen bei Schwangerschaftsabbruch wiederum verschärft wurden. Dieser Entwurf fand keinen Konsens im Nationalrat. Vgl. Fischer, 1993, S. 100f

Hinblick auf ihre demokratische Legitimierung: im Abschnitt ‚Sexualstrafrecht und Gesellschaft‘ und in der Forumdiskussion (Nowakowski, Bauer, Nelson, Broda, Pallin).“³⁷⁷

1969 brachte der VSStÖ die gesammelten Vorträge und Diskussionen in einem eigenen Buch mit dem Titel „Sexualität ist nicht pervers“ heraus.³⁷⁸ Das Motiv des VSStÖ als Studierendenorganisation Veranstaltungen zur Strafrechtsreform zu organisieren, präziserte Silvio Lehmann im Vorwort dieses Buches folgendermaßen:

„Bei aller Einsicht in seine kargen materiellen, personellen und intellektuellen Ressourcen stellt sich der VSStÖ dem Anspruch die Emanzipation des Menschen in einer freien Gesellschaft zu fördern. Das bedeutet zunächst nur, eine Gesellschaft beim Wort zu nehmen, die sich durch ihre Verfassung nun einmal für die Demokratisierung der gesellschaftlichen Verhältnisse und des Mündigwerden des Individuums entschieden hat. Das heißt auch Reduzierung von Herrschaft und Triebunterdrückung auf jenes Minimum, das kulturell im gegenwärtigen historischen Entwicklungsstadium erforderlich und den differenzierten Bedürfnissen einer komplexen Industriegesellschaft angemessen ist. (...) Sicher lässt sich aber behaupten, dass dieses Dilemma einer Gesellschaft, deren Demokratisierung an ihren Mitgliedern zu scheitern droht, nur durch kollektive Aufklärung und Lernprozesse aufzulösen ist. Langfristig also durch eine repressionsfreie Erziehung, zu der die Strafrechtsreform eine notwendige Bedingung ist, sowie durch die Demokratisierung aller Bildungsstrukturen, die eine Demokratisierung der übrigen Lebensbereiche notwendig zur Folge haben müssen.(...) die Bedingung des Erfolgs wie auch des Glücks des Einzelnen bleibt die Emanzipation aller.“³⁷⁹

Neben dieser Analysen auf der Metaebene, versuchte der VSStÖ aber auch konkret auf die Reform des Sexualstrafrechts einzugehen. In einem Beitrag von Herbert Leirer im Kapitel „Zur Strafbarkeit der Homosexualität“ mit dem Titel „Wider §228³⁸⁰ – pars pro toto“³⁸¹ wurde die repressive Tendenz der Regierungsvorlage, sowie deren Ignoranz gegenüber wissenschaftlichen Erkenntnissen, aber auch gegenüber der mehrheitlichen internationalen Gesetzgebung kritisiert und durch die Begründung der Bestrafung der „einfachen“ Homo-

³⁷⁷ „Anstelle einer Einleitung: Aufforderung zum Widerstand“ von Silvio Lehmann; in: VSStÖ (Hrsg.) „Sexualität ist nicht pervers“ Europa Verlag, Wien 1969, S. 10f.

³⁷⁸ Vgl. VSStÖ (Hrsg.) „Sexualität ist nicht pervers“ Europa Verlag, Wien 1969

³⁷⁹ „Anstelle einer Einleitung: Aufforderung zum Widerstand“ von Silvio Lehmann; in: VSStÖ (Hrsg.) „Sexualität ist nicht pervers“ Europa Verlag, Wien 1969, S. 15 & 16

³⁸⁰ „Unzucht mit einer Person gleichen Geschlechts: § 228 (1): Wer mit einer Person gleichgeschlechtliche Unzucht treibt, wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren bestraft. (...)“

³⁸¹ „Wider § 228 – pars pro toto“ von Herbert Leirer, in: VSStÖ (Hrsg.) „Sexualität ist nicht pervers“ Europa Verlag, Wien 1969, S. 159-175 auch in: neue alternative, Jg. 4, Heft 2, Februar 1969, S. 11-13

sexualität in der Regierungsvorlage der Strafrechtsreform näher ausgeführt.³⁸² Der VSStÖ stellte sich entschieden gegen eine Bestrafung von homosexuellen Handlungen und trat für die Straffreiheit gleichgeschlechtlicher Liebe ein.

Die öffentliche Diskussion über Sexualität schien im Jahre 1967 noch ein sehr großes Ta-buthema gewesen zu sein und so verstummte diese bald wieder. Erst auf der Sitzung des Zentralausschusses der ÖH am „Studententag“ in Obertrum im Mai 1968 stellte der VSStÖ wieder einen Antrag zur Organisation einer Enquete zum Thema „Student – Sexualität“. Der Antrag wurde angenommen, Norbert Roszenich, VSStÖ-Mandatar, mit der Organisa-tion derselben beauftragt.³⁸³ Dieser organisierte die Enquete jedoch ohne Unterstützung der konservativen ÖH-Exekutive, der anscheinend das Thema zu brisant geworden war.³⁸⁴ Bei der nunmehrigen VSStÖ-Veranstaltung „Student – Sexualität – Emanzipation“ vom 2. oder 3. bis zum 6. oder 7. Dezember 1968³⁸⁵ referierte Reimut Reiche, früherer Vorsitzen-der des SDS, nach Wilhelm Reich über den Zusammenhang zwischen herrschender Sexu-almoral und gesellschaftlicher Unfreiheit, sowie über die wirtschaftliche Ausbeutung, die sich in sexueller Manipulation manifestiere.³⁸⁶

Der Verbandstag vom 15. und 16. März 1969 verabschiedete eine sehr polemisch gehalte-ne Resolution zu einem geplanten Volksbegehren, dessen Thematik nicht näher eruiert werden konnte:

„Ein geplantes Volksbegehren in Sachen ‚Schmutz und Schund‘ veranlasst den VSStÖ, die künftigen Urheber dieses Volksbegehrens dringend aufzufordern, ihren Spermienhaushalt schleunigst zu normalisieren. Der VSStÖ ist der Auffassung, dass die unglückliche Organi-sation der öffentlichen Lustbarkeit in Form des Straßenstrichs als repressives Kontrollin-strument der Sexualität durch die verwaltete Gesellschaft aufzufassen ist. Gleichwohl wäre alles daranzusetzen, Bordelle, Call-Girl-Ringe sowie die entsprechende Diskretion solcher Institutionen zu legalisieren, um Chefredakteuren von Kirchenzeitungen sowie allen ande-

³⁸² Erst das Strafrechtsänderungsgesetz 1971 enthielt die Aufhebung der Strafdrohung gegen die homosexuelle Betätigung von Erwach-senen. Vgl. Fischer, 1993, S. 101

³⁸³ Vgl. „Presseerklärung der ZA-Mandatare des Verbandes sozialistischer Studenten“ in: intern, 3. Jg., Nr. 9, Mai 1968

³⁸⁴ Vgl. „Ist Sepp Gottfried Bieler sexuell frustriert? Oder was hat die ÖH gegen Sexualität?“ in: neue alternative extra, Jg. 3, Ende 1968 (Wahlkampf-Sondernummer), S. 5

³⁸⁵ Hier variieren die Daten zwischen intern, 3. Jg., Nr. 11, Oktober 1968 & neue alternative extra, Jg. 3, Ende 1968 (Wahlkampf-Sondernummer), S. 5

³⁸⁶ Vgl. „Haarspray – Kein Liebesersatz – Sexsymposium der Studenten: „Lockere Moral“ mit politischem Hintergrund“ in: AZ vom 8.12.1968, S. 3

*ren Sittlichkeitsmuffeln, wenn schon nicht wahre Befreiung ihrer Libido, so doch partiell entneurotisierende Triebabfuhr zu gewährleisten. Diese Forderung ist zweifelsohne nur als Zwischenlösung zu betrachten, da die Problematik repressiver Entsublimierung dadurch nicht gelöst werden kann.*³⁸⁷

Der VSStÖ versuchte das Thema Sexualität aber auch im Bereich des studentischen Lebens zu thematisieren:

*„Der VSStÖ wird durch geeignete Methoden darauf hinarbeiten, dass die Verfassungen der österreichischen Studentenheime geändert werden und die Heime – ähnlich wie in Großbritannien, Skandinavien, der Bundesrepublik Deutschland und anderen europäischen Ländern – von Studenten, Studentinnen und Studentenehepaaren gemeinsam bewohnt werden. Studentenheime sollen nicht wie bisher unter Berufung auf irrationale Gemeinschaftsideologien zusätzlich zu Familie, Schule und Bundesheer als repressive Anpassungsagenturen funktionieren, (...). (...) wesentlich ist jedoch eine qualitative Änderung der Heimverfassungen in Richtung auf repressionsfreies Wohnen in Studentenheimen. Dies könnte zu einer Normalisierung der problematischen psychischen und sexuellen Situation der Studenten beitragen.“*³⁸⁸

Fest steht, dass der VSStÖ mit dieser öffentlichen Diskussion von Tabuthemen auf sich aufmerksam machte, antiautoritäre Tendenzen an der Universität und außerhalb forcierte und die repressive Verfasstheit der österreichischen Gesellschaft anprangerte. Aufgrund dieser und anderer Aktivitäten (Vgl. Kapitel 4.2.3 & 4.3.1) erhielt der sozialistische Studierendenverband langsam regen Zulauf von Studierenden, die sich zuvor noch nie politisch betätigt hatten, sich jedoch auch nicht in ein „Organisationskorsett“ drängen lassen wollten (Vgl. Kapitel 4.2.4).

4.2.1.3 Bruch mit der austromarxistischen Tradition und Josef Hindels

Die Hinwendung des VSStÖ zur „Neuen Linken“ brachte den entgültigen Bruch mit Josef Hindels. Kurt Greussing beschreibt diesen rückblickend:

„Hindels konnte mit der Neuen Linken, außer dass er gesehen hat, es ist doch eine recht starke Bewegung, nie etwas anfangen. Er hat einen sehr dogmatischen Ansatz gehabt,

³⁸⁷ Intern, Jg. 4, Nr. 4, März 1969, S. 1f

³⁸⁸ Ebd., S. 3

*klassenanalytisch überhaupt keine ausgearbeitete oder irgendwo theoretisch fundierte Stalinismuskritik.*³⁸⁹

Sehr ausführlich schilderte der Austromarxist Josef Hindels seine Skepsis gegenüber dieser neuen linken Strömung in seinem Buch „Was ist heute links? Sozialistische Strategie im Spätkapitalismus“.³⁹⁰ In den Kapiteln „Ohne Studentenbewegung keine Neue Linke“ und „Neue Linke ohne linkes Programm“ führte Hindels seine Kritik näher aus. Hauptanklagepunkt war die Abwendung der „Neuen Linken“ von der ArbeiterInnenbewegung, respektive ihren großen Organisationen und Institutionen, als revolutionäre Subjekte. Hindels hingegen hielt es für falsch die ArbeiterInnenklasse als gesellschaftsverändernde Kraft abzusprechen.³⁹¹ Weiters kritisierte er die sektiererischen Haltung der „Neuen Linken“ in Fragen der Bündnispolitik, die ihren Ausdruck in einem gestörten Verhältnis zum rechten, wie auch linken Flügeln an den Spitzen der Organisationen der ArbeiterInnenbewegung fand.³⁹²

*„Wer **allen** Institutionen den Krieg erklärt, die Mitarbeit in ihnen als systemimmanent ablehnt, verzichtet auf eine sozialistische Strategie in der spätkapitalistischen Gesellschaft. Die Konzeption der Antiautoritären negiert die überragende Bedeutung des Klassenkampfes, der sich in den Betrieben, auf der Straße, aber auch in Institutionen abspielt, die zu Instrumenten des Antikapitalismus werden können, und sie negiert die Rolle der Arbeiterklasse. (...) die „Neue Linke“ bleibt in der Negation stecken. Sie hat kein linkes Programm für die Zeit des Übergangs vom Spätkapitalismus zum Sozialismus. Es genügt nicht, das Bestehende zu kritisieren und das Kommende in der Phantasie zu konzipieren. Die Linken müssen auch konkret sagen, was in der Gegenwart geschehen soll, welche gesellschaftspolitischen Eingriffe heute möglich und notwendig sind. Die „Neue Linke“ erinnert an einen Bergsteiger, der davon träumt, die höchsten Gipfel zu erstürmen, es aber ablehnt, die einzelnen Etappen des schwierigen Aufstiegs zu planen“³⁹³*

Der VSStÖ merkte in Anspielung auf Hindels in der **alternative** an:

„Auch die Beteuerungen, dass Marx noch immer aktuell, die Menschen entfremdet, Bekenntnis zur österreichischen Nation, Wohlstand und Weltfrieden vonnöten seien, gewürzt

³⁸⁹ Interview Kurt Greussing, 20.6.2004, S. 3

³⁹⁰ Vgl. Hindels, Josef „Was ist heute links? Sozialistische Strategie im Spätkapitalismus“ Europaverlag, Wien 1970

³⁹¹ Vgl. ebd. S. 128 & 145

³⁹² Vgl. ebd. S. 136

³⁹³ Ebd. S. 140 & 143

*mit dem Appell an Grundsatztreue, dem Beschwören des festen Bodens der Arbeiterbewegung helfen nicht viel weiter.*³⁹⁴

Trotz dieser Differenzen versuchte der VSStÖ in den Dialog mit Hindels zu treten und veranstaltete eine Diskussion zum Thema „Neue Linke ohne Perspektive“ am 26. Jänner 1968.³⁹⁵

4.2.2 Die Bedeutung des SDS für den VSStÖ

Wie schon im Kapitel 3.2.1 angemerkt, pflegte der VSStÖ regen Kontakt mit dem SDS. Nach der Demonstration gegen den Schah am 2. Juni 1967 in Berlin, wo der Student Benno Ohnesorg erschossen wurde, entwickelte der VSStÖ ein stärkeres Interesse an den Vorgängen in Westberlin, aber auch an den politischen Konzepten des SDS.

Walter Scholz versuchte in der **alternative** die politischen Konzeptionen des SDS kritisch zu durchleuchten und zitierte Rudi Dutschke (SDS):

*„Wir sind in diesem System von Institutionen nicht mehr vertreten, darum sind diese Institutionen nicht Ausdruck unseres Interesses, darum müssen wir gegen diese Institutionen Stellung nehmen, unsere eigenen Institutionen errichten und das Interesse, das wir haben, adäquat politisch ausdrücken und den Prozess der Politisierung in der Universität vorantreiben, um den Prozess in der Gesellschaft zu gewährleisten.“*³⁹⁶

Scholz pflichtete Dutschke bei, bemängelte jedoch das Fehlen eines klaren politischen Programms:

*„Das politische Konzept auf der allgemeinen politischen Ebene besteht zur Zeit nur aus der Negation der aktuellen politischen Zustände in Westberlin. Selbst in der SDS-Erklärung „Niederlage oder Erfolg der Protestaktion“ ist nicht einmal ein Anhaltspunkt eines positiven politischen Programms zu finden. Die Überwindung undemokratischer und unmenschlicher Herrschafts- und Besitzverhältnisse ist eine viel zu unverbindliche Formulierung.“*³⁹⁷

³⁹⁴ Editorial von Silvio Lehmann, in: *alternative*, Jg. 3, Heft 1, Jänner 1968, S. 1

³⁹⁵ Vgl. intern, Jg. 3, Nr. 1, Jänner 1968

³⁹⁶ „Modell Berlin – Die Position der Westberliner Studenten kritisch betrachtet“ von Walter Scholz, in: *alternative*, Jg. 2, Heft 8, Oktober 1967, S. 16

³⁹⁷ Ebd. S. 17

Trotz dieser Skepsis schloss dieser Artikel mit sehr wohlwollenden Worten gegenüber den Aktivitäten der Westberliner StudentInnen, denen jedoch etwas passiv-abwartendes immanent schien:

„Die politisch engagierten Westberliner Studenten haben die politische Problematik ihrer Aktivitäten erkannt. Diese Problematik geht zum Teil weit über die Grenzen studentischer politischer Problematik hinaus. Sie zeigt zum Teil das Dilemma aller linken Bewegungen in der hochentwickelten Industriegesellschaft auf. Aus diesen Gründen halte ich es für sehr wichtig, die Westberliner Vorgänge genau zu verfolgen. Die eventuellen Lösungen der skizzierten Hauptprobleme – das Erstellen eines klaren politischen Konzeptes, das Problem der politischen Kontinuität einer Studentenorganisationen, das Problem der Kommunikation und vor allem das Problem der Identifikation mit den anderen Nichtprivilegierten – könnten wichtige Erkenntnisse für uns bringen. Dass wir uns mit den Westberliner Studenten solidarisch fühlen, ist eine Selbstverständlichkeit.“³⁹⁸

Vor allem die Erkenntnisse des SDS im Bezug auf die Hochschulreform sollten dem VSStÖ bedeutende Einsichten erbringen (siehe Kapitel 4.3.2). Es ist hierbei jedoch anzumerken, dass die bearbeiteten Themen des SDS zumeist die Bundesrepublik Deutschland betrafen, wie zum Beispiel die problematische Berichterstattung der „Springer-Presse“.³⁹⁹ Auch die **alternative** berichtete im Dossier „Enteignet Springer“ über die Berichterstattung der verschiedenen Zeitungen aus dem Springer-Verlag zum Tod von Benno Ohnesorg, über die Manipulation durch die Presse und deren Auswirkungen auf die Demokratie.⁴⁰⁰ Es wurde darin auch eine Resolution der 22. ordentlichen Delegiertenkonferenz des SDS vom 8. September 1967 zum Kampf gegen Manipulation und für die Demokratisierung der Öffentlichkeit zitiert:

„Mit innerer Notwendigkeit hat sich der beginnende Kampf der Studenten und anderer autoritärer (hier müsste es „antiautoritärer“ heißen, Anm. d. Verf.) und antikapitalistischer Minderheiten für eine Demokratisierung der Gesellschaft an der Parole ‚Enteignet Springer‘ kristallisiert. (...) Die propagandistische Vorhut des herrschenden Antikommunismus der am Ende des Kalten Krieges in Europa seine Aggressivität nach Innen verschärft, ist

³⁹⁸ Ebd. S. 17

³⁹⁹ Mit „Springer-Presse“ werden Druckerzeugnisse des rechtskonservativen Axel-Springer-Verlages bezeichnet (bspw. „Bild-Zeitung“, „Die Welt“ etc.). Springer beherrschte 70 % des Berliner und 50 % des deutschen Zeitungsmarktes. Dem Medienkonzern wurde Aufhetzung, Gleichschaltung und Meinungsmanipulation der Gegner der 68er-Bewegung vorgeworfen, vor allem im Zusammenhang mit dem Tod von Benno Ohnesorg und dem Attentat auf Rudi Dutschke. 1967 begannen in der Bundesrepublik Deutschland Studierendenproteste gegen das von der „Springer-Presse“ vermittelte Welt- und Politikbild. Vgl. auch Keller, 1983, S. 66f. & Net-Lexikon <http://www.lexikon-definition.de/Springer-Presse.html> (Stand: 12.12.2004)

⁴⁰⁰ Vgl. „Dossier: Enteignet Springer“ von Gustav Glaser; in: alternative; Jg. 2, Heft 8, Oktober 1967, S. 26-31

der Springer-Konzern. Springer ist nicht allein durch die Tatsache der größten publizistischen Macht zur sichtbarsten Verkörperung der Manipulation geworden. ⁴⁰¹

Auf österreichischen Verhältnisse waren die Diskussionen über die Manipulation der „Springer“-Presse, vor allem bei Protestaktionen, wie zum Beispiel die Demonstration nach dem Attentat auf Rudi Dutschke am 11. April 1968, nur sehr schwierig zu übertragen. Ferdinand Lacina veranschaulicht diese Diskrepanz:

„Ich kann mich erinnern an eine Demonstration (12. April 1968, ca. 500 TeilnehmerInnen, Anm. d. Verf.)⁴⁰² nach dem Attentat auf den Dutschke⁴⁰³, die gegen die ‚Springer-Presse‘ in Österreich gerichtet war. D.h. man ist von der Wiener Uni, den Ring entlang marschiert, hinauf die Mariahilferstraße zum Haus in dem die ‚HÖRZU‘⁴⁰⁴-Redaktion war. Also irgendwie einem Österreicher zu vermitteln, dass die ‚HÖRZU‘, die Speerspitze des Imperialismus, die Zentrale der Reaktion ist, ist ja nicht so einfach. Es (...) wurden Losungen gerufen, an die ich mich heute noch gut erinnern kann, ‚Heute Dutschke, morgen wir!‘ und das war natürlich in diesem ungeheuer friedlichen Österreich (...) absolut absurd.“⁴⁰⁵

Neben politischen Programmen des SDS wurden auch Zeitschriften wie zum Beispiel „Das Argument“ importiert.

„[Es] sind auch so Schriften kursiert wie die Zeitschrift ‚Das Argument‘, die hat eine sehr große Rolle gespielt (...). Das war eine vom SDS in Westberlin im wesentlichen herausgegebene Zeitung vor allem unter der Leitung von Wolfgang Fritz Haugg, ein interessanter Neomarxist, aber auch gleichzeitig ein strikter ‚Kapital‘-Apologet, also nicht das bürgerliche Kapital sondern die Schrift ‚Das Kapital‘. (...) Eigentlich einer der großen Gurus der Marx-Rezeption. Deswegen war ‚Das Argument‘ auch eine sehr wichtige Zeitschrift.“⁴⁰⁶

Aber der VSStÖ bekam zeitweise auch personelle „Unterstützung“ aus den Reihen des SDS für diverse Veranstaltungen. Für die erste Vietnam-Aktion des VSStÖ im April 1967 war Peter Gäng zu Gast (Vgl. Kapitel 3.2.3).

⁴⁰¹ „Dossier: Enteignet Springer“ von Gustav Glaser; in: alternative; Jg. 2, Heft 8, Oktober 1967, S. 31

⁴⁰² Vgl. Keller, 1983, S. 146

⁴⁰³ Am 11. April 1968 wurde Rudi Dutschke in Berlin vom 23jährigen Arbeiter Josef Bachman niedergeschossen und lebensgefährlich verletzt. Das Attentat löste eine Welle von gewalttätigen Protesten vor allem gegen die „Springer-Presse“ aus. Vgl. Net-Lexikon http://www.lexikon-definition.de/Rudi-Dutschke.html#Attentat_und_danach (Stand : 12.12.2004)

⁴⁰⁴ „HÖRZU“ ist eine, seit 1946 bestehende, Programmzeitschrift und Teil der Axel Springer AG. Vgl. Net-Lexikon http://www.lexikon-definition.de/Axel-Springer-Verlag.html#Zeitschriften_aus_dem_Springer-Verlag (Stand : 12.12.2004)

⁴⁰⁵ Interview mit Ferdinand Lacina vom 8.10.2002, S. 6 & Keller, 1983, S. 65ff

⁴⁰⁶ Interview mit Kurt Greussing vom 20.6.2004, S. 4

Günter Maschke, der aufgrund von Wehrdienstverweigerung in der Bundesrepublik Deutschland in Wien lebte, referierte bei internen VSSStÖ-Veranstaltungen, wie zum Beispiel im Arbeitskreis Bundesheer zum Thema „Vom Wandel militärischer Autorität durch Technisierung – ein Beitrag zur Militärsoziologie“.⁴⁰⁷ Er schrieb auch einen Artikel für die **alternative**, in dem er das starre Festhalten an Begriffen wie Proletariat und Revolution als Realitätsverweigerung verurteilte.⁴⁰⁸

„Günther Maschke ist als Wehrdienstverweigerer nach Österreich gekommen, aus der Bundesrepublik. (...) Er war äußerst belesen und war ein großer Protagonist der Neuen Linken und der Kritik des formierten Staates. (...) er war überhaupt am Beginn seiner Wiener Existenz eigentlich politisch als starker Theoretiker und Sprecher in Erscheinung getreten. Der hat halt viel mehr gelesen als alle anderen [und], sehr, sehr gut schreiben [ge]konnt (...), und der sich dann zunehmend als großer Egomane erwiesen hat. Er war einfach Team-unverträglich (...). Und er hat sogar einmal gesagt: „Ich bin ein Spaltpilz!“. Also das hat er ganz offen zum Ausdruck gebracht und wollte den VSSStÖ aus der SP rausdrängen. (...) Er war im theoretischen Diskurs nicht unwichtig.“⁴⁰⁹

Auch Rudi Dutschke, „Galionsfigur“ des SDS, wurde zu einem Go-In zu „Möglichkeiten studentischer Opposition“ in die Wiener Universitätsaula und einem Teach-In zu „Industriegesellschaft und Repression am Beispiel der Hochschule“ am 29. November 1967 eingeladen. Er wurde jedoch in Berlin festgehalten, da ein Ermittlungsverfahren wegen Landfriedensbruch gegen ihn eingeleitet worden war (Vgl. Kapitel 4.4.1).⁴¹⁰

Ein weiterer Gast war Sigrid Fronius⁴¹¹ vom SDS Berlin, die im Anschluss an den öffentlichen Verbandstag (Vgl. Kapitel 4.2.4) am 9. November 1967 als hochschulpolitische Referentin des Allgemeinen Studierendenausschuss (AStA)⁴¹² an der Freien Universität (FU) (West-)Berlin bei einem Teach-In des VSSStÖ über „Modelle demokratischer Hochschulverfassung“ referierte.⁴¹³

⁴⁰⁷ Vgl. intern, Jg. 2, Nr. 4, April 1967

⁴⁰⁸ Vgl. „Der Wahn der Linken – Notizen zum Ideologieproblem“ von Günter Maschke, in: *alternative*, Jg. 2, Heft 5, Mai 1967, S. 12-13

⁴⁰⁹ Interview mit Kurt Greussing vom 20.6.2004, S. 15f

⁴¹⁰ Vgl. intern, Jg. 2, Nr. 11, November 1967 & Erklärung des VSSStÖ vom 6.12.1967 an das Präsidium der SPÖ, gezeichnet von Günther Blecha und Anton Baier; in: *Mappe VSSStÖ 1965-1967*, (Briefverkehr Zentralsekretariat) sowie Dutschke-Klotz, Gretchen/Gollwitzer, Helmut/Miermeister, Jürgen (Hrsg.) „Rudi Dutschke - Mein langer Marsch“, Rowohlt Verlag, Reinbek 1980, S. 224

⁴¹¹ In der Ankündigung wird Karin Fronius genannt. Es muss sich aber um Sigrid Fronius handeln, die 1968 auch als erste Frau den Vorsitz des AStA an der Freien Universität Berlin innehatte. Vgl. intern, 2. Jg. Nr. 11, November 1967

⁴¹² Vergleichbar mit dem Hauptausschuss der ÖH an der Universität Wien.

⁴¹³ Intern, 2. Jg., Nr. 11, November 1967

„Der SDS hat natürlich großen Einfluss gehabt, auch im Sinn intellektueller Präzeptoren (...). Das waren halt Leute, die waren demonstrationserfahren und da hat man halt gesehen, die repräsentieren halt auch eine große Bewegung. Also man hat schon mit einer gewissen Bewunderung dort hingeschaut und die Leute darum auch als attraktive Leute zu Teach-Ins eingeladen. Ich erinnere mich an Sigrid Fronius, Peter Gäng, und etliche andere. Es hat da einen gewissen intellektuellen Austausch auf der Ebene gegeben, vor allem in Form des revolutionären Veranstaltungstourismus. Das war aber auch gut. Das waren wichtige symbolische Akte solche Leute nach Wien zu holen.“⁴¹⁴

Der VSStÖ entsandte aber auch Mitglieder nach Deutschland wie zum Beispiel zum Vietnamkongress des SDS nach Berlin, der am 17. und 18. Februar 1968 stattfand.⁴¹⁵

„Die Erfolge der antiautoritären deutschen Studentenbewegung übten immer stärkeren Einfluss auf das österreichische Geschehen aus. Der Höhepunkt war eine Fahrt zum Vietnamkongress in Berlin, Februar 1968, der das Minoritätsbewusstsein der Wiener Linken etwas aufbrechen konnte und zur weiteren Entwicklung maßgeblich beitrug. Aber auch zu diesem Zeitpunkt konnte von Analyse keine Rede sein, die bundesdeutschen Aktionsmodelle und Fraktionen wurden ungeprüft übernommen, da die Ansicht vertreten wurde, zwischen Bundesrepublik und Österreich sei ein [hier müsste es verständlicherweise „kein“ heißen, Anm. d. Verf.] Entwicklungsrückstand, die einzige Ungewissheit bestand in der Bestimmung des Zeitpunktes, zu dem sich die Widersprüche notwendig verschärfen mussten. Zu diesem Zeitpunkt war der VSStÖ die stärkste Gruppe, in ihr sammelten sich alle fortschrittlichen Kräfte. Außerhalb dieser Sammelbewegung gab es noch die Kommune Wien⁴¹⁶, sie sich mehrheitlich aus einer KPÖ- bzw. FÖJ-Opposition rekrutierte.“⁴¹⁷

Zusammenfassend ist zu sagen, dass der Einfluss des SDS auf den VSStÖ in dieser Zeit klar erkennbar ist. In einigen Fällen wäre eine feiner Abstimmung der Problemlagen auf österreichische Verhältnisse von Nöten gewesen.

Die spektakulären Erfolge der französischen, vor allem aber der sozialistischen deutschen Studentenbewegung machten uns glauben, dass wir direkt ihre Aktions- und Vermittlungsmodelle übernehmen könnten. Die Kopierung führte aber nur zu Orientierungsverlust und Ratlosigkeit. Sowohl die Aktionen an der Uni Wien (Hörsaalbesetzung, Teach-In: Kunst

⁴¹⁴ Interview mit Kurt Greussing vom 20.6.2004, S. 14

⁴¹⁵ Vgl. intern, Jg. 3, Nr. 5, März 1968 & Keller, 1983, S. 64

⁴¹⁶ Die Kommune Wien trat am 3. Oktober 1967 bei einem „Go-In“ gegen die Statistikerhebung des Unterrichtsministeriums mit einer Aktion, deren Strategie begrenzte Regelverletzung war, als informelle Gruppe zum ersten Mal in Erscheinung. Am 12. Oktober 1967 organisierte die Kommune ein „Love-In“ für den inhaftierten Deserteur Günther Maschke (Vgl. 4.2.2) und am 15. Oktober einen Sitzstreik vor dem Gefängnis Rossauer-Lände. Maschke wurde nicht in die BRD abgeschoben, sondern durfte nach Kuba ausreisen. Einer der Hauptprotagonisten der Kommune Wien war Robert Schindel, der auch die Kommune I (Fritz Teufel ua.) und II (Jan-Carl Raspe ua.) in Berlin besucht hatte. Der Kommune Wien wurde Sammelbecken für jene, die gemeinsam veränderte Lebensverhältnisse aufbauen wollten, wengleich auch auf verschiedene Weise (künstlerische & politische subversive Aktion, neue Familienorganisationsmodelle etc.). Am Zenit ihrer Tätigkeit umfasste die Gruppe 50 AktivistInnen, die teilweise in zwei Wohngemeinschaften zusammenlebten, jedoch nie an ihre deutschen Vorbilder anschließen konnte. Vgl. Keller 1983, S. 52-58

⁴¹⁷ „Opposition im autoritären Sozialstaat (I)“ von Wilhelm Burian in: theorie und praxis, Jg. 5, Heft 2/3, Juli 1970, S. 15

und Revolution etc.) als auch Versuche, die Arbeiterschaft zu aktivieren (Raxwerke, Elin) brachen zusammen. Dies vor allem, weil wir weder eine (auch nur bruchstückhafte) Analyse der sozialen und ökonomischen Widersprüche des kapitalistischen Österreich bieten, noch eine realitätsgerechte Situationseinschätzung aufbringen konnten. Es darf zwar nicht unterschätzt werden, dass mehrere Demonstrationen (Jänner 1969) eine große Zahl von Studenten und Jugendlichen mobilisieren konnten, eine Erfassung und Politisierung dieser Schichten gelang aber der fehlenden Perspektive wegen nicht.“⁴¹⁸

4.2.3 Die Fortsetzung des antiimperialistischen Engagements

Wie schon im Kapitel 3.2.3 angemerkt, stützte der VSSStÖ sein antiimperialistische Einstellung unter anderem auf die Thesen von Frantz Fanon. Nunmehr fand diese Theorie quasi erneut Unterstützung unter anderem durch Herbert Marcuse.

*„Die Rohstoffabhängigkeit der Ersten Welt von der Dritten, was eben auch eine Untermauerung der These war, dass sozialer Wandel oder revolutionärer Wandel in der Dritten Welt also ganz unmittelbare Rückwirkungen auf gesellschaftlichen bzw. revolutionären Wandel in der Ersten Welt haben würde, deswegen auch die Notwendigkeit der Unterstützung solcher Bewegungen. Da hat es also eine ganze Reihe von Konstrukten gegeben, die diese These stützen sollten. Das was auch dann Marcuse gesagt hat, aber mehr von der sozialpsychologischen Seite her, dass revolutionärer Wandel eigentlich nur mehr von der Dritten Welt ausgehen würde und von dort zu erwarten sei, plus eben halt von ganz bestimmten Schichten, wie eben Studenten oder Deklassierten in der Ersten Welt.“*⁴¹⁹

Der VSSStÖ vernachlässigte sein antiimperialistisches Engagement nicht, wengleich ab dem Wintersemester 1967 hochschulpolitische Aktivitäten zur Universitätsreform an Bedeutung gewannen (Vgl. Kapitel 4.3). Die antiimperialistischen Proteste richteten sich zum Beispiel weiterhin gegen das griechisches Obristenregime (Vgl. Kapitel 3.2.3). Der Verband veranstaltete am 30. März 1968 eine politische Diskussion mit Melina Mercouri⁴²⁰ im Auditorium Maximum der Universität Wien.⁴²¹ Danach fand eine Demonstration statt, bei der auch eine Resolution des VSSStÖ verlesen wurde, die "von der österreichischen Regie-

⁴¹⁸ Editorial von Wilhelm Burian, in: *theorie und praxis*, 4. Jg., Heft 2, November/Dezember 1969, S. 1

⁴¹⁹ Interview Kurt Greussing, 20.6.2004, S. 4f

⁴²⁰ Melina Mercouri war eine griechische Schauspielerin, Sängerin und Politikerin, die sich öffentlich gegen das griechische Obristenregime äußerte. Die griechische Militärjunta antwortete mit der Ausbürgerung der Künstlerin, die aber weiterhin scharfe Kritik an den Machenschaften des Regimes übte. Nach Sturz des Regimes kehrte sie nach Griechenland zurück und wurde langjährige Kulturministerin in der Regierung Papandreu. Sie starb 1994. Vgl. Net-Lexikon <http://www.lexikon-definition.de/Melina-Mercouri.html> (Stand: 12.12.2004)

⁴²¹ Vgl. *Intern*, 3. Jg., Nr. 6, März 1968

„*Die Abbruch der politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zur griechischen Diktatur*“ forderte, jedoch beim Adressaten keinerlei Widerhall fand.⁴²²

Am 20. April 1968 organisierte der VSStÖ eine weitere Protestkundgebung gegen die griechische Militärdiktatur.⁴²³ Eva Kreisky berichtet über die Folgen:

*„Da war ja dann die Geschichte mit dem Gustav Glaser und dem Prozess, wegen Religionsstörung. Da gab es eine Demonstration gegen das Obristenregime anlässlich der griechisch-orthodoxen Osterfeierlichkeiten.“*⁴²⁴

Aber auch die Proteste gegen den Vietnamkrieg wurden fortgesetzt. Am 20. Oktober 1967 demonstrierte der VSStÖ in Wien im Rahmen des Ostermarsches für den Bombenstopp, um sich mit den amerikanischen Studierenden zu solidarisieren, die zur gleichen Zeit in Washington gegen den Vietnamkrieg protestierten.⁴²⁵

*„Peter Kreisky vom Verband Sozialistischer Studenten drückte den amerikanischen Kollegen, die gegen den Vietnamkrieg protestierten, die Solidarität der österreichischen Studenten aus. Auch in Österreich nehme der Druck der Regierung auf oppositionelle Gruppen zu, sagten er. Dies habe sich beim Verbot der Vietnaminformationsreihe des VSStÖ an der Wiener Universität gezeigt. (Vgl. Kapitel 3.2.3)“*⁴²⁶

Das Vietnam-Engagement des VSStÖ fand weiterhin seinen Ausdruck bei Demonstrationen, wie zum Beispiel am 13. Februar 1968.⁴²⁷

*„Gegen die Fenster des Amerikahauses flogen mit Farbe gefüllte Eier; eine Puppe, die Präsident Johnson darstellte, wurde auf eine Oberleitung gehängt. Zu Verkehrsbehinderungen durch Sitzstreiks kam es in der Kärntner Straße und in der Rotenturmstraße.“*⁴²⁸

Zudem wurde am 26. April 1968 ein Vietnam-Tag an der Universität Wien mit Michael Scharang und Professor Gerhard Kade aus Darmstadt veranstaltet.⁴²⁹

⁴²² Vgl. AZ vom 2.4.1968, S. 5

⁴²³ Vgl. intern, 3. Jg. Nr. 8, April 1968 & Keller, 1983, S. 69

⁴²⁴ Interview Eva Kreisky, 1.7.2004, S. 7

⁴²⁵ Vgl. intern, Jg. 2, Oktober 1967

⁴²⁶ „Fallschirmjäger gegen Kriegsgegner - Truppen schützen Pentagon vor Demonstranten – Protestkundgebung auch in Wien“ in: AZ vom 21. 10. 1967; S. 1

⁴²⁷ Vgl. Keller, 1983, S. 58

⁴²⁸ „Vietnamdemonstration in Wiens Innenstadt“ in: AZ vom 14. 2. 1968; S. 5

⁴²⁹ Vgl. intern, Jg. 3, Nr. 8, April 1968

Ab dem Herbst 1968 ist eine stärkere Fokussierung der StudentInnenbewegung auf Proteste gegen das Regime des Schah von Persien⁴³⁰ zu bemerken, welche die Vietnamproteste in den Hintergrund treten ließ. Nach dem Tod von Benno Ohnesorg bei einer Anti-Schah-Kundgebung in Berlin (Vgl. Kapitel 3.2.3), konnte der jährliche Schah-Besuch in Wien nicht mehr ohne Proteste ablaufen. Die geplanten Proteste von Studierenden am 10. Februar 1968 wurden jedoch von der Polizei vereitelt und einige DemonstrantInnen misshandelt und beschimpft.⁴³¹

„Noch ehe die Studenten jedoch ihre Transparente entrollen konnten, trafen ein Einsatzwagen und ein VW-Bus der Polizei und zwei Funkstreifen ein. Die Beamten forderten die Studenten auf, das Feld zu räumen. Diese weigerten sich so lange, bis etwa 20 wegen ‚ungestüher Nichtbeachtung einer Weisung‘ festgenommen wurden.“⁴³²

Der VSSÖ, der nicht offiziell an dieser Protestkundgebung teilgenommen hatte, gab daraufhin am 12. Februar 1968 eine Pressekonferenz, in der er die brutalen Methoden der Polizei aufs Schärfste verurteilte:

„Wir wollen keine Entwicklung wie in Berlin, wir wollen keine Todesopfer, und deshalb nehmen wir die Vorfälle (...) zum Anlass, vor Methoden zu warnen, wie sie die Polizei leider angewendet hat‘, erklärte Albrecht Konecny führender Funktionär des Verbandes Sozialistischer Studenten. Konecny betonte, dass keine österreichische Organisation hinter den Demonstranten stand; es habe sich um eine weitgehend spontane Kundgebung gehandelt. (...) die Teilnehmer an der Kundgebung hätten lediglich ihr Missfallen an der Person des persischen Herrschers zum Ausdruck bringen wollen.“⁴³³

Sogar Bruno Kreisky schloss sich der Meinung der sozialistischen StudentInnen zu diesem Vorfall an, wenngleich er einseitige Kritik am Schah-Regime nicht gelten ließ:

⁴³⁰ Mohammad Reza Pahlavi wurde 1941 zum Schah des Iran, ernannt. In der Anfangszeit seiner Regentschaft gewann der junge Schah eine große Popularität durch die erfolgreiche Zurückdrängung der Sowjets aus den Nordprovinzen des Iran. Die zunehmende Öffnung des Landes führte zu der Entstehung einer nationalen Bewegung, die in die Regierung Mohammad Mosaddeq 1951–53 mündete. Sie zwang den Schah ins erste Exil. Jedoch mit Hilfe der islamischen Geistlichkeit und der Armee sowie der US-Regierung und der CIA wurde die Regierung gestürzt und der Schah konnte wieder zurückkehren. In der nachfolgenden Zeit herrschte der Schah mit Sondergesetzen und unterdrückte die neuen nationalen Parteien und Bewegungen. Die Interessen der US-Regierung waren neben dem Öl die Angst vor der kommunistischen Infiltration des Iran. In dieser Zeit wurden Anhänger der neuen nationalen Bewegungen und Parteien wie die Tudeh-Partei verhaftet und teilweise hingerichtet. Vgl. Net-Lexikon <http://www.lexikon-definition.de/Mohammad-Reza-Pahlavi.html> (Stand: 12.12.2004)

⁴³¹ Vgl. Keller, 1983, S. 59 & „Wien: Studentendemonstration gegen Schah – 20 Festnahmen“ in: AZ vom 11. 2. 1968, S. 1

⁴³² „Wien: Studentendemonstration gegen Schah – 20 Festnahmen“ in: AZ vom 11. 2. 1968, S. 1

⁴³³ „VSSÖ: Wir wollen kein Berlin“ in: AZ vom 13. 2. 1968, S. 2

„Was ich aber nicht tolerieren kann, schon auf Grund meiner eigenen persönlichen Erfahrung als junger Mensch ist, dass Demonstranten beschimpft oder gar geprügelt werden.(...) Kreisky wandte sich in seinen weiteren Ausführungen auch gegen eine allzu einseitige Darstellung der Entwicklung in Persien, das sich in einem sehr bemerkenswerten Industrialisierungsprozess befinde, an dem auch Österreich mitwirkt.“⁴³⁴

In Folge wurde ein eigener Arbeitskreis im VSSStÖ eingerichtet, der den Titel „Persien – Polizei“ trug und sich mit den Vorfällen rund um den Februar-Besuch des Schahs in Wien beschäftigte.⁴³⁵

Im darauffolgenden Jahr besuchte der Schah von Persien erneut Wien. Am 20. Jänner 1969 kam es auf Initiative der Föderation Neue Linke (FNL)⁴³⁶ wieder zu einer Demonstration von Schah-Gegnern, nach einer Veranstaltung des VSSStÖ an der Universität.

„Die Demonstranten waren zu einem großen Teil Studenten, die sich zuvor bei einer Veranstaltung des Verbandes der Sozialistischen Studenten in der Universität getroffen hatten. Dort wollten sie zunächst über die Programme der verschiedenen bei den Hochschulwahlen kandidierenden Gruppen diskutieren. Schon zu Beginn der Diskussion forderten besonders radikale Gruppen die Anwesenden auf vor das Hotel Imperial [Aufenthaltsort des Schahs, Anm. d. Verf.] zu ziehen. Obwohl sich die Sozialistischen Studenten von diesen Absichten distanzieren, errangen die Demonstrationswilligen bei der Abstimmung eine Mehrheit. Ein Großteil der Versammelten zog auf den Ring.“⁴³⁷

Bei dieser Demonstration kam es erneut zu Zusammenstößen mit der Polizei. Agenten der SAVAK⁴³⁸ griffen die Schah-GegnerInnen unter Duldung der Exekutive an. Die DemonstrantInnen hielten danach einen Sitzstreik bei der Opernkreuzung ab. Neben dem, bisher praktiziertem, zivilen Ungehorsam kam es hierbei zum ersten Mal zu „ernsteren“ Zwischenfällen, da zur gleichen Zeit auch eine Vietnam-Kundgebung stattfand, bei der Fensterscheiben eingeschlagen und Exekutivbeamte mit faulem Obst beworfen wurden.⁴³⁹ Im Anschluss an die wurde das Auditorium Maximum in der Universität Wien besetzt und

⁴³⁴ „Kreisky: Prügelpolizisten untragbar“ in: AZ vom 14. 2. 1968, S. 4

⁴³⁵ Vgl. Intern, 3. Jg., Nr. 6, März 1968

⁴³⁶ Siehe Kapitel 4.2.4.1

⁴³⁷ „Statt Diskussion Demonstration“ in: AZ vom 21. 1. 1969, S. 5

⁴³⁸ Persischer Geheimdienst von 1957 bis 1979, der mit Hilfe des CIA gegründet wurde, und dessen primäre Aufgabe der Schutz des Schahs und Repression von Regimegegnern war. Nach Machtübernahme von Ayatolla Khomeini 1979 wurde die SAVAK aufgelöst. Vgl. Net-Lexikon <http://www.lexikon-definition.de/Mohammad-Reza-Pahlavi.html> (Stand 12.12.2004)

⁴³⁹ Vgl. Keller, 1983, S. 83f.

dem Kriegerdenkmal in der Aula, dem „Siegfriedskopf“⁴⁴⁰ - wie so oft - die Nase abgeschlagen.⁴⁴¹ Wilhelm Burian resümierte über die große Demonstration:

„Von der FNL initiiert, finden sich alle Gruppen in einer voluntaristischen und unvorbereiteten Aktion gegen das Terrorregime in Persien und die Tätigkeit des persischen Geheimdienst SAVAK in Österreich. In einer starken Welle der Emotionalisierung kommt es zu den größten Demonstrationen der Studentenbewegung in Wien. Doch gelingt wieder nicht nur fragmentarische Verbindung von nationaler und internationaler Problematik.“⁴⁴²

Die Rolle des VSStÖ bei den verschiedenen Schah-Protesten scheint gegenüber der Öffentlichkeit eine distanzierte gewesen zu sein. In den Meldungen der Arbeiter-Zeitung wurde stets festgehalten, dass der Verband an keinen Protestveranstaltungen offiziell teilgenommen hatte.

„Im Zusammenhang mit der Demonstration, die Montag Abend (21. Jänner 1969, Anm. d. Verf.) in Wien stattfand, stellt der VSStÖ fest, dass er an deren Organisation nicht beteiligt war. In seiner Erklärung zu den Demonstrationen am Montag solidarisiert sich der VSStÖ mit den Demonstranten, unter denen sich auch Mitglieder der Evangelischen Studentengemeinde, der Katholischen Hochschuljugend sowie der ÖSU befunden hatten.“⁴⁴³

Es kann vermutet werden, dass die Zurückhaltung des VSStÖ offiziell Verantwortung zu übernehmen in engem Zusammenhang mit der Beziehung zur Partei und den Problemen im Mai 1968 stand (Vgl. Kapitel 4.4).

Die Positionierung des VSStÖ gegen das Schah-Regime verdeutlichte ein eigener Dossier in der **neuen alternative** über die Vorkommnisse rund um die Schah-Besuche in Wien in den Jahren 1968 und 1969. Darin wurde vor allem die undurchsichtige Rolle der SAVAK, deren angebliche Unterstützung durch die österreichische Exekutive und die Repressionen gegen oppositionelle iranische Studierende kritisch beleuchtet und verurteilt.⁴⁴⁴

⁴⁴⁰ Der „Siegfriedskopf“ ist ein, von der Deutschen Studentenschaft (DS), hochschulpolitischer Arm der völkischen, antisemitischen Burschenschaften, 1923 in der Aula der Universität Wien platziertes Denkmal, das an die „Helden“ des Ersten Weltkrieges erinnern soll. Der Akademische Senat der Universität Wien beschloss im Juni 1990, dass der „Siegfriedskopf“ einem antifaschistischen Mahnmahl weichen müsse. Bis heute befindet sich der „Siegfriedskopf“, wenn auch von einem Bretterverschlag umgeben, an seinem angestammten Platz. Vgl. „Der Siegfriedskopf“ von Wolfgang Lamsa, S. 104-109 in: „Siegfrieds Köpfe“, Context XXI, 1. Jg., Nr. 7-8, Wien 2002

⁴⁴¹ Vgl. Ebner/Vocelka, 1998, S. 187 & Keller, 1983, S. 84

⁴⁴² „Opposition im autoritären Sozialstaat (I)“ von Wilhelm Burian in: theorie und praxis, Jg. 5, Heft 2/3, Juli 1970, S. 15f

⁴⁴³ „12 Anzeigen nach Schah-Wirbel“ in: AZ vom 22. 1. 1969, S. 4

⁴⁴⁴ Vgl. „Der Schah in Wien (Justiz und Geheimdienst in Persien)“ in: neue alternative, Jg. 4, Heft 3-4, Juni-Juli 1969, S. 25-32

Ab dem Jahr 1969 ist ein zunehmendes Interesse des VSStÖ an der Kulturrevolution in China und an den Schriften Maos zu verzeichnen.⁴⁴⁵ Am 31. Jänner 1969 referierte Joachim Schickel, Herausgeber der Gedichte Mao Tse-Tungs, über die chinesische Kulturrevolution an der Universität Wien.⁴⁴⁶ Die Konflikte bzw. Revolutionen in Kuba, Vietnam und China wurden relativ unkritisch als die Paradebeispiele für die Befreiungskämpfe in der Dritten Welt übernommen. Die chinesische Kulturrevolution 1966/67 wurde sogar mit der permanenten Revolution, die Trotzki propagierte, verglichen.⁴⁴⁷

„Dieser Prozess [die permanente Revolution, Anm. d. Verf.] ist für die chinesische Entwicklung nach der Machtübernahme der KP kennzeichnend, einen ununterbrochene Umwälzung, sowohl der ökonomischen Basis als auch der kulturellen Überbasis. Das letzte und bekannteste Beispiel hiefür ist die ideologische Umgestaltung, die in der Kulturrevolution 1966/1967 kulminiert. Die Kulturrevolution konnte nicht nur die mit der fortschreitenden Industrialisierung verbundenen Tendenzen der Verbürokratisierung korrigieren, sondern bereitet gleichzeitig neue wirtschaftliche Anstrengungen vor, die China der kommunistischen Gesellschaft einen Schritt näher bringen sollten.“⁴⁴⁸

Interessantes Detail ist hierbei, dass Eva Zgraja nur zwei Jahre zuvor in einem Artikel in der **alternative** die Maßnahmen der chinesischen „Roten Garde“⁴⁴⁹ im Sommer 1966 als „Gipfelpunkt an Absurdität“ bezeichnet hatte.⁴⁵⁰

Am 21. und 22. Mai 1969 wollte der VSStÖ ein Teach-In an der Universität Wien, zum Thema „Die Kulturrevolution in China und ihre Auswirkungen auf Europa“ und einen Filmabend zu „Black Power in USA“ abhalten, die beide von der Universitätsleitung untersagt wurden, weil sich die Veranstalter geweigert hatten persönlich für den ruhigen Ablauf des Abends zu haften. Zu diesem Verbot des Rektorats fällte die ÖH einen Beschluss, der sich darüber empörte und es ablehnte, in der Praxis undurchführbare Garantieerklärungen abzugeben.⁴⁵¹

⁴⁴⁵ Vgl. „Kritik und Selbstkritik im Marxismus“ von Joachim Schickel; in: neue alternative, Jg. 4; Heft 1, Jänner 1969, S. 20-33

⁴⁴⁶ Vgl. neue alternative extra; Jg. 4, Heft 2, Februar 1969, S. 12

⁴⁴⁷ Vgl. Keller, 1983, S. 59

⁴⁴⁸ „China und die permanente Revolution“ von Kurt Puchinger; in: alternative, Jg. 3, Heft 2, März-April 1968, S. 5

⁴⁴⁹ Diese Maßnahmen richteten sich zum Beispiel gegen die Pekinger Kunstakademie, wobei Nachbildungen griechische Statuen und alchinesische Skulpturen zerstört wurden. Es wurden zudem Forderungen nach der Zerstörung von Kunst ohne politische Themen und Verbrennung von Büchern, die nicht dem Denken Mao Tse-tungs entsprechen, gestellt. Vgl. „Kulturrevolution in China“ von Eva Zgraja; in: alternative, Jg. 1, Heft 6, Oktober 1966, S. 12

⁴⁵⁰ Vgl. „Kulturrevolution in China“ von Eva Zgraja; in: alternative, Jg. 1, Heft 6, Oktober 1966, S. 12

⁴⁵¹ Vgl. „Studenten für ‚Totalreform‘“ in: AZ vom 23.5.1969, S. 2 & intern, 4. Jg. Nr. 5, 27. April 1969

In einer Resolution vom Verbandstag vom 15. und 16. März 1969 fasste der VSStÖ seine antiimperialistische Einstellung wie folgt zusammen:

„Der Verbandstag des VSStÖ solidarisiert sich mit den Befreiungskämpfen in Asien, Lateinamerika und Afrika, die in der organisatorischen Gestalt der Guerillabewegung für die soziale Emanzipation der von dem US-Imperialismus bzw. der sowjetischen Großmacht-politik unterdrückten Länder arbeiten. Wir begreifen diesen Kampf als Beispiel einer neuen Selbsttätigkeit, die sich nicht nur den Herrschenden verweigert, sondern vielmehr im organisierten Kampf gesellschaftliche Modelle (und deren Ansätze) verwirklicht. Es ist unvereinbar mit den Grundsätzen des demokratischen Sozialismus, dass von führenden Parteigenossen sowie von der Parteipresse immer wieder gegen den Befreiungskampf in der Dritten Welt und für den amerikanischen Imperialismus Stellung genommen wird.“⁴⁵²

4.2.4 Veränderungen innerhalb der Verbandsstruktur

„Die Leute sind ja nicht zum VSStÖ gekommen, zumindest in der stark aktivistischen Zeit, weil sie aus sozialdemokratischen Familien gekommen sind, sondern wegen der Dynamik der Veranstaltungen an der Uni in aller erster Linie.“⁴⁵³

Der VSStÖ hatte mit seinen Aktionen Erfolg und erhielt regen Zulauf von interessierten StudentInnen, wenngleich viele eine formelle Mitgliedschaft ablehnten und vielmehr als SympathisantInnen lose am Verbandsleben teilnahmen. Die Theorien der Neuen Linken und ihre Kritik an den Institutionen, sowie die zunehmenden antiautoritären Tendenzen bestärkten diese Einstellung zudem.

„1967/1968 sprach der VSStÖ mit seinen Aktionen eine beträchtliche Zahl von Studenten an, die zuvor niemals politisch tätig gewesen waren und die sich keiner Organisationsdisziplin unterwerfen wollten.“⁴⁵⁴

Der VSStÖ reagierte auf diese veränderten Gegebenheiten, indem versucht wurde das Verbandsleben transparenter und öffentlicher zu gestalten und neue partizipativere Elemente in die Verbandsstrukturen zu integrieren.

Bereits im August 1967 kündigte das Informationsblatt der Sektion Wien des VSStÖ an, dass von nun an die Redaktionskonferenzen der **alternative** öffentlich und allgemein zugänglich sein sollen.⁴⁵⁵

⁴⁵² intern, 4. Jg., Nr. 4, März 1969, S. 2

⁴⁵³ Interview Kurt Greussing, 20.6.2004, S. 15

⁴⁵⁴ Keller, 1983, S. 62

Am 8. und 9. Dezember 1967 veranstaltete der VSStÖ seinen ersten öffentlichen Verbandstag in der Mensa des Neuen Institutgebäudes (NIG) der Universität Wien.⁴⁵⁶ Neben den Berichten und der Neuwahl von FunktionärInnen (Vgl. Kapitel 4.1) und der Entlastung des alten Vorstandes hielten Günther Blecha, Silvio Lehmann und Peter Kreisky Referate zum Thema „Hochschule in der Demokratie“.⁴⁵⁷

Es darf vermutet werden, dass an diesem Verbandstag auch über die Beziehung zur SPÖ diskutiert wurde, da die Partei nur wenige Tage zuvor, am 29. November 1967, aufgrund einer Demonstration vor der Deutschen Botschaft nach einer VSStÖ-Veranstaltung an der Universität, alle Subventionen für den Verband gesperrt hatte (Vgl. Kapitel 4.4.1).

Eine weitere neue Einrichtung innerhalb der Verbandsstruktur waren monatliche Mitgliedervollversammlungen ab 29. Februar 1968, um SympathisantInnen auch formell an den Verband zu, sprich Mitglied zu werden, denn diese Versammlungen sollten eigentlich ausschließlich für Mitglieder sein.⁴⁵⁸ Es ist jedoch anzunehmen, dass bei diesen Versammlungen auf die Mitgliedschaft der TeilnehmerInnen nicht sonderlich viel Bedacht gelegt wurde, da solche Exklusivitätsansprüche mit den Vorstellungen einer breiten linken Bewegung nicht in Einklang zu bringen gewesen wären. Verbandsfremde Personen wurden also aufgrund der propagierten Offenheit des Verbandes (z.B. öffentlicher Verbandstag), bis zu den Ereignissen um den 1. Mai 1968, toleriert. Ein Beschluss des Vorstandes vom 5. Mai 1968 lässt eine gewisse Toleranz bis zu diesem Zeitpunkt vermuten:

„Der Vorstand beschließt ein Aufenthaltsverbot für organisationsfremde Personen in den Verbandsräumlichkeiten. Ausnahmen haben der Wiener Sektionsvorstand gemeinsam mit dem Präsidium zu beschließen.“⁴⁵⁹

⁴⁵⁵ Vgl. intern, Jg. 2, Sondernummer August 1967

⁴⁵⁶ Vgl. intern, Jg. 2, Nr. 11, November 1967

⁴⁵⁷ Vgl. Brief von Günther Blecha und Anton Baier vom 15. 11. 1967 an das Zentralsekretariat; in: Mappe VSStÖ 1965-1967, (Briefverkehr Zentralsekretariat)

⁴⁵⁸ Vgl. intern, Jg. 3, Nr. 2, Februar 1968

⁴⁵⁹ „Dokumentation zum Konflikt“ in: intern, 3. Jg., Nr. 9, S. 11

Bei den Vollversammlungen wurden von den Funktionären des Verbandes im Vorfeld Diskussionstrategien entworfen, um zu verhindern, dass die „Antiautoritären“ die (Diskurs-)Hegemonie im Verband übernehmen könnten.

„Das war aber zugleich auch ein ziemlich paranoisches Geschehen, wenn ich das richtig in Erinnerung habe. Da wurde vorfraktioniert und Ängste gesponnen, ob da jemand irgendwelche Stoßtrupps mitbringt, die dann plötzlich die Mehrheiten kippen. Also es war schon irgendwie verrückt.“⁴⁶⁰

Diese thematischen Mitgliedervollversammlungen hatten eigene Tagesordnungen, wahrscheinlich um ausufernde Diskussionen einigermaßen in geregelte Bahnen zu lenken. Die Themen reichten von einem Bericht über „Die Vietnamkonferenz in Berlin“, bis hin zu Diskussionen über „Die Aktionsmöglichkeiten des Verbandes“, „Warum Studienhonorar?“ oder „Griechenland“.⁴⁶¹ Kurt Greussing charakterisiert diese Vollversammlungen folgendermaßen:

„Man kann aber nicht von einer sehr, sehr formalisierten Form der politischen Willensbildung sprechen, da der VSStÖ im wesentlichen eine Diskursgemeinschaft war. Ich meine, das einzige Kapital das wir hatten, war sozusagen das intellektuelle, immaterielle, das war Diskurskompetenz.(...) Ich glaube das Diskursfeld war zu heterogen und zu vielfältig, um sich auf gemeinsame Positionen festzulegen. Es hat halt einen gemeinsamen Mainstream gegeben. Also der Mainstream hat sich irgendwie artikuliert in der Vietnam-Frage. (...) Es hat eine Festlegung auf einen Mainstream gegeben, die aber informell war. Es hat keine formellen Beschlüsse auf irgendwelche theoretischen Positionen gegeben“⁴⁶².

Diese informelle Festlegung, vor oder nach den Versammlungen, bestätigt auch Herbert Leirer, damaliger Verbandssekretär:

„An manche Sachen kann ich mich erinnern, dass das bumm-voll war. Da hast du müssen immer das Sekretariat zusperren sonst war alles weg. Von den Bleistiften über Kugelschreiber war alles weg. Das hat mich manchmal geärgert. Da habe ich den Unmut gegen ein paar Leute auch artikuliert. Und dann sind halt die gottbegnadeten Volkstribunen wie der Peter Kowalski einer war und der Silvio Lehmann und der Gustav Glaser. Das waren riesen Auseinandersetzungen, aber letztlich ausgehandelt worden ist das dann entweder in

⁴⁶⁰ Interview Marina Fischer-Kowalski, 9.8.2004, S. 6

⁴⁶¹ Vgl. intern, Jg. 3, Nr. 3, Februar 1968 & Jg. 3, Nr. 5, März 1968 & Jg. 3, Nr. 7, März 1968

⁴⁶² Interview Kurt Greussing, 20.6.2004, S. 5 & 12

*der Nacht im Kaffeehaus oder im Wirtshaus oder dann am nächsten Tag gegen Mittag wenn alle wieder munter waren, und man sich in der Werdertorgasse getroffen hat.*⁴⁶³

Der VSStÖ als „integrative Gruppe, die sozusagen alles das was sich in irgendeiner Weise links-liberal, kritisch oder auch KP-kritisch verstanden hat,⁴⁶⁴ scheiterte aber letztendlich an der Integration der linken Vielfalt im Verband und so kam es zu einer Ausdifferenzierung bzw. „Spaltung“ des VSStÖ nach den Ereignissen am 1. Mai 1968.

4.2.4.1 Zwei sozialistische Studierendenorganisationen – VSStÖ & SÖS/FNL

Die in den Theorien der „Neuen Linken“ propagierte Abkehr von der ArbeiterInnenklasse als revolutionärem Element führte nicht nur zu Differenzen mit Josef Hindels (Vgl. Kapitel 4.2.1.3), sondern auch innerhalb des VSStÖ zu unterschiedlichen Meinungen. Dieser Dissens sowie der „Parteigehorsam“ spaltete schlussendlich den VSStÖ und es entstand, wenn auch nur kurzfristig, der SÖS.

Michael Genner beschreibt die damaligen Vorgänge, die Versuche der Annäherung an die ArbeiterInnenklasse direkt in den Betrieben sowie die Anstrengungen die „Spaltung Arbeiterklasse – Studentenbewegung“ zu überwinden.

„Ich habe zu einer Gruppe im VSStÖ gehört, die versucht hat, diese Kooperation mit der Arbeiterklasse herzustellen. Im April 1968 hat es Entlassungen bei ELIN gegeben und die Belegschaft hat damals dagegen demonstriert.⁴⁶⁵ Wir haben uns an diesen Aktionen beteiligt, sind auch mit den Arbeitern in Diskussion gekommen.⁴⁶⁶“

Hierbei ist eine Kontinuität im Engagement des VSStÖ, um eine gemeinsame Aktionseinheit zwischen ArbeiterInnen und StudentInnen festzustellen, wie es sie ja bereits 1966 bei den Protesten gegen die Privatisierung des Rax-Werkes gegeben hatte. (Vgl. Kapitel 3.2.4). Herbert Leirer schildert sie Situation aus seiner Sicht:

⁴⁶³ Interview Herbert Leirer, 28.8.2004, S. 7

⁴⁶⁴ Interview Eva Kreisky, 1.7.2004, S. 5

⁴⁶⁵ Bei der Firma ELIN sollten 1000 ArbeiterInnen an den Standorten Wien und Weiz entlassen werden. Die ArbeiterInnen organisierten daraufhin am 24. April 1968 einen Protestmarsch zur Firmenleitung („Marsch auf Penzing“). Sozialistische StudentInnen solidarisierten sich mit den Elin-ArbeiterInnen. Vgl. „Elin: 1000 vor der Kündigung“, in: AZ vom 21.4.1968, S.1 & „Tausende bei Elin-Protest“, in: AZ vom 25.4.1968, S. 1

⁴⁶⁶ „1968 – Verbieten ist verboten“ in: Offensiv, Nr. 2, 1988, S. 16

Na ja und dann hat es, (...), zum Gutteil verbal vorgetragene Arbeitersolidarisierungen [gegeben]. Die Rax-Werke und diese Kiste. Also es hat den Hannes Morschl gegeben der war auch im Verband mit dem Arthur Baier, das war der Bruder vom Toni Baier (...). Die waren sehr starke sozusagen ein trotzkistischer Zweig der ganzen Geschichte und die waren, meiner Erinnerung nach (...), die einzigen die dann um sechs Uhr in der Früh Flugzettel verteilt haben, vor Fabriken oder irgendwo wo mehr Leute in die damalige Stadtbahn heute U-Bahn eingestiegen sind. Aber das war also das war eine sozialistische Pflichtübung die Arbeitersolidarität einzufordern.⁴⁶⁷

Innerhalb des VSStÖ bildete sich eine eigene Arbeitsgruppe, die sich Ende April 1968 um Kontakte mit ArbeiterInnen bemühte und auch „praktische Übungen“ durchführte. Herbert Leirer erinnert sich zum Beispiel auch an einen Arbeitskreis „Arbeitersprache“.⁴⁶⁸

„Das war dann sozusagen die Spaltungslinie. Wir haben zwar gesagt, es wäre gut wenn man das macht, und der SÖS hat das dann gemacht. Also was heißt gemacht, die haben Flugzettel verteilt, die dann die Arbeiter weggeschmissen haben. Die haben dort ja niemanden gekannt. Also das war auch zum Sterben verurteilt.“⁴⁶⁹

Auf einer Mitgliedervollversammlung des VSStÖ am 23. April 1968 wurde, laut Keller, der ultimative Austritt aus der SPÖ gefordert und in einer „Tendenzabstimmung“ das Verhalten der SPÖ gegenüber den Protesten der Elin-ArbeiterInnen und den Protesten in Deutschland nach dem Dutschke-Attentat scharf verurteilt.⁴⁷⁰

Die Mai-Feierlichkeiten der SPÖ verliefen ruhig. Am Nachmittag des 1. Mai 1968 trat jedoch das „Aktionskomitee Sozialistischer Arbeiter und Studenten“ in Aktion.

„Ein konkretes Ergebnis dieser Zusammenarbeit [mit der protestierenden Elin-Belegschaft, Anm. d. Verf.] war die Gründung des ‚Aktionskomitees Sozialistischer Arbeiter und Studenten‘, das dann auch die Demonstration nach den 1. Mai-Aufmärschen 1968 organisiert und durchgeführt hat. Das war damals die erste gemeinsame Aktion von Arbeiter und Studenten.“⁴⁷¹

Bei dieser Demonstration am Wiener Rathausplatz hatten sich Studierende, darunter VSStÖ-Mitglieder, Elin-Arbeiter und Mitglieder der Kommune Wien versammelt, um mit

⁴⁶⁷ Interview Herbert Leirer 28.8.2004, S. 9

⁴⁶⁸ Vgl. Interview Herbert Leirer, 28.8.2004, S. 9, vgl. auch intern, 3. Jg., Nr. 8, April 1968

⁴⁶⁹ Interview Wilhelm Burian, 4.7.2004, S. 9

⁴⁷⁰ Vgl. „Opposition im autoritären Sozialstaat (I)“ von Wilhelm Burian in: *theorie und praxis*, Jg. 5, Heft 2/3, Juli 1970, S. 15 & Keller, 1983, S. 69

Bürgermeister Marek über die geplanten Entlassungen bei der Firma Elin zu diskutieren. Auf Weisung von Bürgermeister Marek wurde der Platz von der Polizei „geräumt“ (Vgl. Kapitel 4.4.2).

Nach dem sogenannten „Blasmusikrummel“⁴⁷² am Rathausplatz in Wien entschieden sich am 2. Mai 1968 „13 Genossen, darunter die Vorstandsmitglieder der Sektion Wien, Michael Genner und Hermann Dworzak“, ⁴⁷³ für den Austritt aus dem VSStÖ.

Diese Gruppe kam damit formellen Ausschlüssen, die der Verband am 3. Mai 1968 androhte, zuvor. Bruno Kreisky insistierte auf Ausschluss der „Blasmusikrummel“-TeilnehmerInnen, daher ist diese Drohung der Verbandsführung mit Vorbehalt zu bewerten:

*„Die Mitglieder des VSStÖ, die sich aktiv an den störenden Aktionen am 1. Mai vor dem Rathaus beteiligt haben, werden aufgefordert, ihre Mitgliedschaft sofort zurückzulegen. Das gleiche gilt für die Mitglieder, deren Verhalten bzw. politische Stellungnahmen im Widerspruch zum Grundsatzprogramm und zum Organisationsstatut der SPÖ sowie auch in Widerspruch zu den statutarischen Bestimmungen des VSStÖ und zu den von Verbandstag bzw. Vorstand beschlossenen politischen Richtlinien stehen. Soweit sie dieser Aufforderung nicht nachkommen, wird der Vorstand statutarische Maßnahmen zu ihrem Ausschluss ergreifen. In diesem Sinne trägt der VSStÖ die volle politische Verantwortung für seine Mitglieder.“*⁴⁷⁴

Im gleichen Schreiben hielt der VSStÖ fest, dass die Mitgliedschaft im SÖS, dem Sozialistischen Österreichischen Studentenbund, der gerade im Begriff war, sich unter Zutun der Ex-VSStÖ-Mitgliedern und nach Vorbild des SDS zu gründen, mit jener im VSStÖ unvereinbar sei.⁴⁷⁵

Die Rolle des VSStÖ in dieser Phase der „Ausdifferenzierung“ veranschaulicht in bemerkenswerter Weise die äußerst schwierige Gradwanderung des Verbandes zwischen „Par-

⁴⁷¹ „1968 – Verbieten ist verboten“ in: Offensiv, Nr. 2, 1988, S. 16

⁴⁷² Am Rathausplatz sollte zur gleichen Zeit ein Blasmusikkonzert von Trachtenkappellen aus den Bundesländern stattfinden und ab 16.00h vom Österreichischen Rundfunk übertragen werden. Vgl. Kapitel 4.4.2 & „Dokumentation zum Konflikt“ in: intern, 3. Jg., Nr. 9, S. 5

⁴⁷³ „Dokumentation zum Konflikt“ in: intern, 3. Jg., Nr. 9, S. 8

⁴⁷⁴ Brief vom VSStÖ an Bruno Kreisky vom 3. 5. 1968, in: „Dokumentation zum Konflikt“; intern, 3. Jg., Nr. 9, S. 9

⁴⁷⁵ Vgl. ebd.

teigehorsam“ und dem Bestehen als linke, progressive Studierendenorganisation innerhalb des Spektrums der außerparlamentarischen Opposition in Österreich zu dieser Zeit.

„Somit war der VSStÖ nicht mehr Sammelbecken zahlreicher verschiedener linker Gruppierungen, sondern musste seine eigene Linie, eingezwängt zwischen Parteibürokratie und Geringschätzung nicht parteigebundener linker Gruppen, mühsam profilieren.“⁴⁷⁶

So stellte der VSStÖ in der „Dokumentation zum Konflikt“ in der „VSStÖ-Korrespondenz Nr. 1: Der VSStÖ seinen Freunden und Gönnern, sowie den von ihm frustrierten Kollegen und Genossen“ fest:

„So kam es mit einer manche enttäuschenden Promptheit und Reibungslosigkeit zur organisatorischen Differenzierung des VSStÖ, zur Gründung des SÖS, zum Übertritt einiger VSStÖ-Aktivisten (Genner, Dworzak u.a.). Dabei sind eindeutig Fehler gemacht worden: schon allein, dass man in Presse- und Parteikreisen über das ‚Kuschen‘ des VSStÖ jubilierten bzw. vordergründig sich ärgern könnte. Andere Fehler liegen weiter zurück: vor allem, dass eine Klärung der politischen Positionen innerhalb des Verbandes, sowie des für alle Mitglieder verbindlichen Konsens verabsäumt wurde. Aber auch das ist mit der ‚historischen‘ Funktion des VSStÖ zu sehen – und in Zukunft besser zu machen: der Funktion einer möglichst breiten, möglichst aktiven, auf Hochschulreform und Mobilisierung der Studenten gerichtete Basis für alle Linken im Hochschulbereich. Das ist zum Teil auf Kosten einer klaren politischen Artikulierung gegangen (...), die zweifellos kontroversiell geworden wäre, und hat zur Wahrung eines vagen, eher emotionellen Konsens geführt. Dem daraus resultierenden Aktivismus, der bei allen Beteiligten ein gewisses Unbehagen erweckte, wobei aber in den Diskussionen typischerweise externen Faktoren (Parteimitgliedschaft usw.) für die Malaise verantwortlich gemacht wurden, all dem wurde denn auch von ‚außen‘ ausgelöst, ein Ende gesetzt. Damit ist jedenfalls die Effektivität der studentischen Linken nicht durch Spaltung halbiert oder gar annulliert worden. Sie ist im Gegenteil verdoppelt worden, durch die möglichen hochschulpolitischen ‚Zangenbewegungen‘ zweier sozialistischer Studentengruppen. Manchen macht jedenfalls diese Perspektive bereits jetzt den Schlaf schwer... Diese These ist freilich erst in konkreter Praxis zu beweisen und setzt die Überwindung einiger psychologischer Probleme voraus.“⁴⁷⁷

Durch die Gründung des SÖS kam es auch zu Veränderungen innerhalb des VSStÖ, die Kurt Greussing in „11 Thesen zur Selbstaktivierung der Studenten und zur Funktion des

⁴⁷⁶ Fischer-Kowalski, 1977, S. 603

⁴⁷⁷ „VSStÖ-Korrespondenz Nr. 1: Der VSStÖ seinen Freunden und Gönnern, sowie den von ihm frustrierten Kollegen und Genossen“; in: „Dokumentation zum Konflikt“; intern, 3. Jg., Nr. 9, S. 14

VSStÖ“ darstellte und im Sinne der Organisierung studentischer Selbstaktivierung befürwortete:

„7. Durch die Ereignisse innerhalb des letzten Jahres, manifest seit der Gründung des SÖS, hat der VSStÖ durch seine eigene, beabsichtigte Aktivität seine Funktion als organisierte Vereinigung kritischer, praxisorientierter Studenten schrittweise aufgelöst (oder durch Parteigebot auflösen müssen) zugunsten studentischer Selbstaktivierung (Aula-Versammlungen, Hörer-meetings, spontane Demonstrationen)“⁴⁷⁸

Das Verhältnis zwischen dem VSStÖ und dem SÖS erscheint jedoch in Folge weniger durch Zusammenarbeit, sondern eher durch Abgrenzungsprobleme gekennzeichnet gewesen zu sein:

„8. (...) Jede Gruppierung, die weiterhin nach organisatorischer Identität (und diese mangels anderer Kriterien allen durch affektive Abgrenzung von anderen Gruppierungen – bewusst oder unbewusst – zu erreichen) strebt, handelt zutiefst rückschrittlich. Diese möge vor allem für das Verhältnis VSStÖ – SÖS gelten.“⁴⁷⁹

Als mögliche Lösung dieses Problems, welches sich hemmend auf die Organisation der Selbstaktivierung der Studierenden auswirkte, trat Greussing für ein arbeitsteiliges Modell unter den fortschrittlichen Fraktionen an der Universität (VSStÖ, SÖS, linker Wahlblock, Unabhängig) ein, welches nach den verschiedenen Funktionalitäten der Gruppen (materielle und personelle Ressourcen, Einflussmöglichkeiten etc.) strukturiert werden sollte. Dem VSStÖ als finanzstarke Organisation sollte hierbei die Produktion von Publikationen, Veranstaltungsorganisation an der Universität sowie bildungspolitischer Einfluss auf die SPÖ zufallen. Greussing schloss auch nicht den Fall der Subventionssperre seitens der Partei aus, und plädierte in dieser Situation für eine eindeutige Haltung der VSStÖ-Mitglieder und ermahnte die verbliebene KritikerInnen innerhalb des Verbandes, welche denselben außerhalb der SPÖ sehen wollten:

„Links sein kann man woanders auch, nicht nur im VSStÖ. Wer jedoch den VSStÖ durch Provozieren von unproduktiven Konflikten mit der Partei dieser seiner möglichen Funktionen zu enthaben sucht, schadet

⁴⁷⁸ „Elf Thesen zur Selbstaktivierung der Studenten und zur Funktion des VSStÖ“ von Kurt Greussing; in: intern, 3. Jg., Nr. 10, Juni 1968, S. 10

⁴⁷⁹ Ebd.

1. nicht dem VSStÖ, sondern der gesamten studentischen Linken (denn der VSStÖ kann sich nur mehr verstehen als integraler, mit bestimmten Aufgaben versehener Bestandteil der sich selbst aktivierenden antiautoritären Studentenbewegung;)

2. sich selbst, weil nämlich das Leben zu kurz ist, als dass man sich einen Teil davon mit so handfesten Blödheiten verbringen sollte.“

Die Haltung der Partei gegenüber dem SÖS wurde schon wenige Tage nach dem „Blasmusikrummel“ klargestellt. Bereits am 4. Mai 1968 ließ die SPÖ, möglicherweise um mediale Spekulationen vorzubeugen, über die Sozialistische Korrespondenz (SK), verlautbaren:

„Da bekannt geworden ist, dass Bestrebungen im Gange sind, eine Organisation mit dem Namen ‚Sozialistischer Österreichischer Studentenbund‘ (SÖS) ins Leben zu rufen, haben im Namen der Sozialistischen Partei Parteivorsitzender Kreisky und die Zentralsekretäre Probst und Gratz Rechtsanwalt Dr. Rosenzweig beauftragt, bei der Vereinsbehörde im Innenministerium die Untersagung des Vereinsnamens ‚Sozialistischer Österreichischer Studentenbund‘ zu beantragen, weil diese Organisation von der Sozialistischen Partei Österreichs nicht als sozialistische Organisation im Sinne ihrer Statuten anerkannt wird und die Verwendung des Wortes ‚sozialistisch‘ im Vereinsnamen zu Verwechslungen und Irreführungen Anlass geben kann.“⁴⁸⁰

Die Einwände der SPÖ wurden von der Vereinsbehörde am 5. Juni 1968 positiv beschieden⁴⁸¹, und so wurde der SÖS verboten. Im Herbst 1968 gründeten einige ehemalige SÖS-Mitglieder die Föderation Neue Linke (FNL).⁴⁸²

Die erste Versammlung des SÖS fand am 16. Mai 1968 im großen Hörsaal des NIG der Universität Wien statt, bei der die Funktionäre des Studierendenbundes ihre Ideen zur „Mobilisierung einer Arbeiter- und Studenteneinheit“ präsentierten. Der SÖS bestand aus ehemaligen Mitgliedern des VSStÖ sowie Mitgliedern der Kommune Wien. Die Funktionäre des SÖS sollten nur vier Monate lang amtieren, was eine Absage an das überholte Modell des Parlamentarismus darstellen sollte. Klare Kritik richtete sich gegen die Institu-

⁴⁸⁰ Stellungnahme der SPÖ vom 4. 5. 1968; in: „Dokumentation zum Konflikt“; intern, 3. Jg., Nr. 9, S. 12.

⁴⁸¹ Das Innenministerium hatte die Sicherheitsdirektion Wien angewiesen die Untersagung des Vereins SÖS zu verfügen. Dem Antrag der SPÖ wurde also stattgegeben und als Begründung die Verwechslungsgefahr mit dem VSStÖ angeführt. Vgl. „Behörde untersagt Vereinsname SÖS“ in: AZ vom 6.6.1968, S. 4.

⁴⁸² Vgl. „Opposition im autoritären Sozialstaat (I)“ von Wilhelm Burian in: theorie und praxis, Jg. 5, Heft 2/3, Juli 1970, S. 15 & Keller, 1983, S. 81

tionen des Systems, wie SPÖ, KPÖ oder ÖGB.⁴⁸³ Nach der Meinung von Wilhelm Burian hatte jedoch auch der SÖS sehr bald mit ähnlichen Problemen wie der VSSStÖ zu kämpfen:

„Wenn der SÖS auch eine radikalere Strategie vertrat, die stark voluntaristische Elemente beinhaltete, und sich aus einer ganz anderen sozialen Schichte rekrutierte, fand sich in ihm die gleiche Widersprüchlichkeit wieder: Organisation und Antiautoritarismus, theoretisches Defizit und relative Isolierung von den Studenten.“⁴⁸⁴

Neben dem erfolglosen, solidarischen Engagement für die Belegschaft der Wiener Lokomotivfabrik⁴⁸⁵ versuchte der SÖS auch auf der Universität Veranstaltungen zu organisieren. Hierbei sei der Vortrag vom SDS-Aktivisten Bahman Nirumand über „Weltrevolution und internationale Reaktion“ am 29. Mai 1968 erwähnt, nach dessen Ende ein „Mitglied des linksradikalen SÖS den Antrag, den Hörsaal über Nacht zu besetzen und ‚permanente Diskussion‘ zu praktizieren“⁴⁸⁶ stellte, der von den Anwesenden auch angenommen wurde. Die Studierenden besetzten trotz Störaktion des RFS bis zum Nachmittag des darauffolgenden Tages den Hörsaal bzw. das Auditorium maximum. Die Besetzung war aufgrund des regen Zulaufs zu den Diskussionen, unter anderem mit dem Rektor der Universität Wien, Fritz Schwind, dorthin verlegt worden.⁴⁸⁷

Den Höhepunkt an „Popularität“ erreichte der SÖS mit dem Teach-In „Kunst und Revolution“ im Hörsaal I des NIG, welches als legendäres „Shit-In“ bzw. „Uni-Ferkelei“ in die Geschichte der Studierendenbewegung in Österreich eingehen sollte. Der SÖS, der durch das Innenministerium schon verboten, der Aufhebungsbescheid aber noch nicht rechtswirksam war, hatte ursprünglich Oswald Wiener, Schriftsteller und Mitglied der Wiener Gruppe, zu einem Diskussionsabend eingeladen. Angekündigt waren auch Otto Mühl, Günter Brus und Peter Weibel, die ebenfalls teilnahmen. In einer sehr provokanten Kunstaktion, einer Mischung aus Nacktheit, Notdurft und Masturbation unter Absingen der Bundeshymne schufen die obengenannten Künstler einen Kunstskandal.

⁴⁸³ Vgl. Keller, 1983, S. 76

⁴⁸⁴ „Opposition im autoritären Sozialstaat (I)“ von Wilhelm Burian in: *theorie und praxis*, Jg. 5, Heft 2/3, Juli 1970, S. 15

⁴⁸⁵ Aus der verstaatlichten Wiener Lokomotivfabrik sollten hochqualifizierte Fachkräfte entlassen werden. Während der Hörsaalbesetzung am 29. Mai 1968 sprachen Betriebsräte der Fabrik vor den Studierenden. Schlussendlich blieb die Solidaritätsaktion mit den ArbeiterInnen erfolglos, da diese in einer Urabstimmung am 5. Juni 1968 gegen einen Streik aufgrund der Entlassungspläne stimmten. Vgl. Keller, 1983, S. 77 & 147

⁴⁸⁶ „Wien: Studenten besetzen Uni“ in: *AZ* vom 31.5.1968, S. 1

„Durch die Infragestellung eingeschliffener Verhaltensweisen mittels direct art, durch Zerschlagen von Tabus und Schaustellung ‚obszöner‘ Reaktionen versuchte man, neue Argumentationszusammenhänge und Politisierung herzustellen. Die Antwort war jedoch nicht Problematisierung, sondern eine Hetzkampagne der gesamten bürgerlichen Presse, die Pogromstimmung gegen linke Studenten erzeugte.“⁴⁸⁸

Der medialen Hetze gegen die Protagonisten folgten Gefängnisstrafen aufgrund von „Herabwürdigung österreichischer Symbole“ und „Verletzung der Sittlichkeit und Schamhaftigkeit“. Rückblickend kann die Aktion „Kunst und Revolution“ als medialer Höhepunkt des Wiener Aktionismus⁴⁸⁹ gewertet werden.⁴⁹⁰

„Man habe die repressive Sexualität der Gesellschaft demaskieren wollen, sagte Oskar Wiener (...). Im SÖS habe man Gleichgesinnte vermutet.“⁴⁹¹

Ein Großteil der VertreterInnen des SÖS war jedoch mit der Aktion nicht einverstanden und distanzierte sich davon, da das Ergebnis dieser Veranstaltung nur die „Handhabe für eine Reaktion gegen die studentische Linke“ geboten hätte.⁴⁹² Medial wurde das Ereignis zum Ausgangspunkt einer Kampagne gegen linke Studierende durch die bürgerlichen Zeitungen „Express“ und „Neue Zeitung“.⁴⁹³ Lediglich die AZ plädierte dafür, „den Skandal nicht wichtiger zu nehmen als er ist“ und stellte die Berechtigung der studentische Kritik an der Hochschule und an der Gesellschaft nicht in Frage.⁴⁹⁴ Aber auch Bruno Kreisky sprach von „barbarischen Exzessen.“⁴⁹⁵

„Alle Wiener Studentenorganisation und die überwiegende Mehrheit des sogenannten SÖS haben sich am Montag [10. Juni 1968, Anm. d. Verf.] scharf von der Skandalveranstaltung im NIG distanziert.(...) Dazu Arthur Baier, Exvorstandsmitglied des SÖS: ‚Wir sind da in etwas hineingetanz, was wir nicht wollten.“⁴⁹⁶

⁴⁸⁷ Ebd. sowie Keller, 1983, S. 77

⁴⁸⁸ „Opposition im autoritären Sozialstaat (I)“ von Wilhelm Burian in: *theorie und praxis*, Jg. 5, Heft 2/3, Juli 1970, S. 15

⁴⁸⁹ Als Wiener Aktionismus (ca. 1960-71) wird eine Bewegung der modernen Kunst bezeichnet, die in Zusammenhang zur gleichzeitig aufkommenden Happening-Kunst (Aktionskunst) gesehen werden muss. Seine VertreterInnen waren Günter Brus, Adolf Frohner, Otto Mühl, Hermann Nitsch und Valie Export. Vgl. Net-Lexikon <http://www.lexikon-definition.de/Wiener-Aktionismus.html> (Stand: 12.12.2004)

⁴⁹⁰ Vgl. „Aktionismus im Hörsaal“ in: Ebner/Vocelka, 1998, S. 171ff. & „Anklage gegen Uni-Exzedenten“ in: AZ vom 26.6.1968, S.4 & Keller, 1983, S. 78f.

⁴⁹¹ „Nach Skandal SÖS-Spaltung“ in: AZ vom 10.6.1968, S. 4

⁴⁹² Ebd. S. 1

⁴⁹³ Vgl. Keller, 1983, S. 78

⁴⁹⁴ Vgl. „Die Folgen“ in: AZ vom 10.6.1968, S. 1

⁴⁹⁵ Vgl. Ebd. S. 4

⁴⁹⁶ „Nach Skandal SÖS-Spaltung“ in: AZ vom 10.6.1968, S. 1 & 4

Viele Mitglieder, darunter Robert Schindel, traten aus dem SÖS aus und gründeten die „Radikaldemokratische Studentenunion“, deren Bestehen jedoch nur von äußerst kurzer Dauer war.⁴⁹⁷ Die verbliebenen SÖS-Mitglieder gaben die Auflösung des Studentenbundes bekannt. Zudem räumten sie selbstkritisch ein, „*sie hätten es verabsäumt, sich rechtzeitig mit den Akteuren – die übrigens schon vorher bei einer CV-Veranstaltung aufgetreten waren – eingehend zu besprechen.*“⁴⁹⁸

Gegen 14 Mitglieder des VSStÖ leitete die Universität Wien Disziplinarverfahren ein, die jedoch unter Mithilfe von VSStÖ-VertreterInnen in der Hauptausschusssitzung der ÖH an der Universität Wien blockiert wurden.⁴⁹⁹

Nach der Wiedergründung des SÖS als FNL im Herbst 1968, gab es, nach Keller, eine Zusammenarbeit mit dem VSStÖ, der hierfür eigene geheime Gremien einrichtete. Im Impressum der **neuen alternative** extra findet sich unter der Rubrik „Mitarbeiter dieser Nummer“ auch der Vermerk „*Arbeitskreise des VSStÖ und der FNL (Föderation Neue Linke)*“.⁵⁰⁰ Ausdruck fand diese Kooperation auch in der gemeinsamen Störaktion der Inauguration⁵⁰¹ des neuen Rektors der Universität Wien am 17. Oktober 1968, sowie der von der FNL initiiert die Anti-Schah-Kampagne im Jänner 1967 (Vgl. Kapitel 4.2.3).⁵⁰² Letztere war von Polizeieinsätzen überschattet und hinterließ eine stark angeschlagene FNL, welche sich schließlich auflöste.⁵⁰³

Rückblickend stellte Wilhelm Burian zum Verhältnis SÖS/FNL und VSStÖ fest:

*„Mittels moralischer und psychologischer Kategorien werden Rivalitätskämpfe zwischen FNL und VSStÖ ausgetragen, die aber kaum auf verschiedenen sozialistischen Strategien beruhen oder gar unter Minimalismus und Maximalismus fallen.“*⁵⁰⁴

⁴⁹⁷ Vgl. Ebd., Keller, 1983, S. 78f & Ebner/Vocelka, 1998, S. 177

⁴⁹⁸ „Sexskandal – die Veranstalter wurden getäuscht“ in: AZ vom 15.6.1968, S. 1; Vgl. „1968 – Verbieten ist verboten“ in: Offensiv, Nr. 2, 1988, S. 13 & Keller, 1983, S. 147

⁴⁹⁹ Vgl. „Opposition im autoritären Sozialstaat (I)“ von Wilhelm Burian in: *theorie und praxis*, Jg. 5, Heft 2/3, Juli 1970, S. 15 & Keller, 1983, S. 79

⁵⁰⁰ Vgl. *neue alternative extra*, Jg. 3, Ende 1968 (Wahlkampf-Sondernummer), S. 15

⁵⁰¹ Einsetzungszereemonie des Rektors einer Universität, welche meist von hohen Würdenträgern der Republik (Kardinal, etc.) aber auch von zuständigen Ministern/Ministerinnen besucht wird. Vgl. Net-Lexikon <http://www.lexikon-definition.de/Inauguration.html> (Stand: 12.12.2004)

⁵⁰² Vgl. Keller, 1983, S. 81f

⁵⁰³ Vgl. „Opposition im autoritären Sozialstaat (I)“ von Wilhelm Burian in: *theorie und praxis*, Jg. 5, Heft 2/3, Juli 1970, S. 15f & Keller, 1983, S. 86

⁵⁰⁴ Vgl. Ebd. S. 15

Fest steht jedoch, dass nach der Demonstration gegen den Schah am 20. Jänner auch der VSStÖ mit großen organisatorischen, strukturellen und personellen Problemen zu kämpfen hatte:

„Nach den Ereignissen um den Schahbesuch und den Reaktionen des Rektorates⁵⁰⁵ scheint der Konflikt mit der Universitätsbürokratie unausbleiblich. (...) Da die derzeit schlechte Position des VSStÖ zum Teil auch auf strukturelle und organisatorische Missstände des Verbandes zurückzuführen ist, erscheint es angeraten, in nächster Zeit eine Sektionsversammlung durchzuführen, auf der näheres beschlossen wird.“⁵⁰⁶

Wie schon in Kapitel 4.1 geschildert, versuchte der VSStÖ im Herbst 1969 durch eine Reorganisation des Verbandes (Dezentralisierung, Zentralrat, etc.) und durch eine Annäherung an die Instituts- und Basisgruppen (Vgl. Kapitel 4.3.3) seine Probleme in den Griff zu bekommen.

4.3 Hochschule und Demokratie – Reformforderungen im Mittelpunkt

Mit der neuen politischen Rolle der Studierenden wie sie Habermas definierte (Vgl. Kapitel 4.2.1.1), und seinem Plädoyer für eine Demokratisierung und Politisierung der Hochschulen unter Partizipation der Studierenden,⁵⁰⁷ begann auch der VSStÖ sich vermehrt mit hochschulpolitischen Belangen zu beschäftigen.

„Das Wintersemester 1967 bringt eine gründliche Veränderung der Politik des VSStÖ. War man zuvor mehr an abstrakter Vermittlung gesellschaftlicher Fragestellung interessiert, engagierte sich eine linke Gruppe erstmals direkt an der Universität Wien. War man früher bestrebt, internationale Solidarität zu demonstrieren, gegen den Schah oder Franco, probierte man nun, direkt in das Leben der Universität einzugreifen.“⁵⁰⁸

⁵⁰⁵ Nach der Demonstration wurde der „Siegfriedskopf“, ein „Mahnmal“ für gefallene Soldaten des Ersten Weltkriegs in der Aula der Universität Wien, welcher von Burschenschafnern gestiftet wurde, beschmiert und die Nase abgeschlagen. Rektor Kraus erstattete Anzeige gegen Unbekannt und drohte an, bei Versammlungen von Studierenden zukünftig Polizeiüberwachung einzusetzen. Vgl. „12 Anzeigen nach Schahwirbel“ in: AZ 22.1.1969, S. 4 & intern, 4. Jg., Nr. 4, März 1969, S. 8

⁵⁰⁶ intern, 4. Jg., Nr. 3, Februar 1969, S. 7

⁵⁰⁷ Vgl. „Zur politischen Rolle der Studenten“ von Jürgen Habermas; in: alternative, 2. Jg., Heft 8, Oktober 1967, S. 14

⁵⁰⁸ Vgl. „Opposition im autoritären Sozialstaat (I)“ von Wilhelm Burian in: theorie und praxis, Jg. 5, Heft 2/3, Juli 1970, S. 14

4.3.1 Die Aktivitäten des VSStÖ an der Universität – Kampagne zu „Spitzelakten“ und Aktionen bei Inaugurationsfeiern

Im Laufe des Sommers 1967 hatte das Unterrichtsministerium einen Hochschultaxentwurf veröffentlicht, der eine Erhöhung der Studiengebühren auf 2400,- Schilling⁵⁰⁹ pro Semester vorsah. Zudem sollten die Studierenden bei der Inskription mithilfe eines, mit Matrikelnummer versehenen, Fragebogens⁵¹⁰ in einer Statistik computergestützt erfasst werden, welches der VSStÖ als administrative Zwangsmaßnahme ansah. Es wurde befürchtet, die Datensammlung würde für neue Selektions- und Repressionsmittel wie Numerus clausus oder Exmatrikulationen genützt werden.

„Wir werden uns nicht länger des Kampfes um eine Demokratisierung der Hochschulen entsagen, denn gerade an den Hochschulen wird die objektive Unfähigkeit der Regierungsadministration von einem maximalen Personenkreis von betroffenen Individuen unmittelbar erfahren. (...) Rigorose Erhöhung der Studiengebühren, administrativer Zwang verschärfen die Situation – und das auf Kosten der Studenten.“⁵¹¹

Der Verband organisierte am 3. Oktober 1967 ein Go-In „Gegen die administrativen Zwangsmaßnahmen der Unterrichtsbehörde“ und rief zum Boykott auf:

„Bevor Sie sich Ihre Nummer verpassen lassen und Ihren ‚Spitzelakt‘ in die IBM 1103 füttern, überlegen Sie sich genau, welche gefährliche Entwicklung Sie durch Ihre Duldung oder Mithilfe einleiten. Der neue perfektionistische Stil der Bürokratie wird sich nur gegen die Studenten richten. Der Verwaltungsapparat baut hier unter Missbrauch sozialwissenschaftlicher Methoden, seinen Datenstock für das künftige, repressive Universitätssystem auf. Wir Studenten werden diese Entwicklung verhindern müssen. Verweigern Sie vorläufig die Abgabe der ‚Statistiknationale‘, warten Sie noch mit der Inskription, erzwingen Sie eine Demokratisierung der Hochschulen!“⁵¹²

Bei diesem Go-In wurden Lochkarten, welche damals für die computergestützte Erfassung von Daten verwendet wurden, mit der Aufschrift „Ich protestiere“ versehen und an das Unterrichtsministerium gesandt. Der VSStÖ forderte konkret die Anonymität der Fragebö-

⁵⁰⁹ laut § 2 des Gesetzesentwurfs. Aufgrund von verschiedenen Umständen (Österr. Staatsbürgerschaft, soziale Bedürftigkeit, Studienerfolg) konnte dieser Betrag auf 800,-/480,-/160,- gesenkt werden. Vgl. intern, 2. Jg. Sondernummer August 1967

⁵¹⁰ In dieser Verlaufsstatistik der Unterrichtsverwaltung sollte jedeR Studierende bei der Inskription über seinen Familienstand, Finanzlage und Herkunft der Eltern Auskunft geben. Vgl. „Wiener Studenten gegen Spitzelakten“ von Barbara Coudenhove-Kalergi, in: AZ vom 4.10.1967, S. 3

⁵¹¹ Editorial von Günther Blecha, in: alternative, Jg. 2, Heft 8, Oktober 1967

⁵¹² intern, Jg. 2, Sondernummer Oktober 1967; Interessantes Detail ist hierbei, dass der VSStÖ die Studierenden, entgegen den mit dem förmlichen „Sie“ ansprach.

gen, Garantien gegen den Missbrauch der Angaben, sowie eine verbindliche Erklärung des Unterrichtsministers über die Studiengebühren und ein langfristiges Finanzierungskonzept für die Hochschulen.⁵¹³ Wilhelm Burian resümierte über diese Kampagne des VSStÖ zur Hochschulstatistik:

*„Diese **antitechnologische Aktion** hatte anfänglich großen Erfolg. Zum Teil deshalb, weil sie die Scheinfreiheit des Studenten bestärkte, aber auch mögliche Formen des Widerstands enthielt. Eine Fortsetzung scheiterte jedoch daran, dass es letztlich bei den Ressentiments blieb und die Verknüpfung mit der Frage Hochschule – Gesellschaft – Bürokratie am mangelnden theoretischen Verständnis hängen blieb.“⁵¹⁴*

Am 19. Oktober 1967 fand ein von der ÖH veranstaltetes Go-In in der Aula der Universität Wien statt. Einen Stock höher, im Festsaal fand zur gleichen Zeit die Inaugurationsfeier des neuen Rektors statt, bei der auch Unterrichtsminister Piffl-Percevic (ÖVP) anwesend war. Nach der Feier passierte der Unterrichtsminister die Aula und wurde von den Studierenden mit der Forderung nach Diskussion konfrontiert, der er jedoch nicht nachkam.⁵¹⁵ Bei der ZA-Sitzung der ÖH am 21. und 22. Oktober 1967, die 25 (!) Stunden andauerte, wurde der gemeinsame Beschluss gefällt am 24. Oktober eine „Manifestation“ (sprich Demonstration) durchzuführen. Der VSStÖ unterstellte der konservativen ÖH-Führung in Folge die Demonstration zu sabotieren, weil sie sich nur eingeschränkt für die Bewerbung engagierte.⁵¹⁶

Die Demonstration am 24. Oktober mobilisierte zwischen 4000 und 5000 StudentInnen⁵¹⁷, die nicht nur gegen den Gesetzesentwurf des Unterrichtsministeriums, sondern auch gegen das zu niedrige Hochschulbudget und den gekürzten Forschungsaufwand protestierten. Die Forderungen des VSStÖ nach „Demokratisierung der Hochschule“, „Studenten in den akademischen Senat⁵¹⁸“ sowie „Wirksame Studentenvertretung“ waren auf den Transparenten zu lesen. Die Kundgebung zog vor das Parlament, wo gerade eine Nationalratssit-

⁵¹³ Vgl. „Studentensturm gegen Spitzelakten“ in: AZ vom 4.10.1967, S.1

⁵¹⁴ Vgl. „Opposition im autoritären Sozialstaat (I)“ von Wilhelm Burian in: theorie und praxis, Jg. 5, Heft 2/3, Juli 1970, S. 14

⁵¹⁵ Vgl. „Studentenprotestmarsch zu Piffl“ in: AZ vom 20.10.1967, S. 1

⁵¹⁶ Vgl. ebd. & Keller, 1983, S. 59

⁵¹⁷ Hierbei gehen die Zahlen der AZ („5000 Studenten vor dem Parlament“; AZ vom 25.10.1967, S. 1) und jene des VSStÖ (ca. 4000 Studenten, intern, Jg. 2, Nr. 11, November 1967) auseinander.

zung stattfand und eigentlich die Bannmeile⁵¹⁹ galt, worüber die Polizei jedoch hinweg sah. Lediglich VertreterInnen der Oppositionsparteien fanden sich vor dem Parlament ein und diskutierten mit den DemonstrantInnen. Die Kundgebung löste sich friedlich auf, jedoch war die ÖVP-Regierung aufgrund ihrer Diskussionsverweigerung bei den Studierenden diskreditiert.⁵²⁰

Im November 1967 resümierte der VSStÖ über seine politischen Ziele an den Hochschulen und darüber hinaus:

„Seit September 1967 tritt der VSStÖ erstmals mit an Prinzipien sozialistischer Praxis orientierten Aktionen in der Hochschule an die Öffentlichkeit. Ziel der Hochschulpolitik des Verbandes ist nun nicht mehr bloß die Erzielung tagespolitisch-parlamentarischer Erfolge im Rahmen der gegenwärtigen ‚Studentenvertretung‘, sondern Mobilisierung der Studenten gegen die bestehenden Herrschaftsverhältnisse an der Hochschule und darüber hinaus in der Gesamtgesellschaft durch theoretische Diskussion und praktische Aktion.“⁵²¹

Am 8. und 9. Dezember 1967 veranstaltete der VSStÖ nicht nur seinen ersten öffentlichen Verbandstag, bei dem Referate zu „Hochschule in der Demokratie“ gehalten wurden (Vgl. Kapitel 4.2.4), sondern auch zwei abendliche Teach-Ins im Hörsaal I im NIG der Universität Wien mit ReferentInnen des SDS. Bernhard Wilhelmer sprach in seinem Referat „Student und Politik“ über die veränderte Rolle der Studierenden, über Tendenzen zu Selbstregierung und Politisierung der Hochschule sowie über die Ausweitung der kritischen Opposition auf andere gesellschaftliche Bereiche. Sigrid Fronius (SDS) referierte über „Modelle demokratischer Hochschulverfassung“ und ging dabei näher auf die studentische Mitbestimmung und Kontrollfunktion, die Organisation studentischer Interessen sowie die Stellung der Universität in einer sozialen Demokratie ein.⁵²²

⁵¹⁸ Der akademische Senat war das höchste Kollegialorgan einer Universität, welches mit ProfessorInnen der Fakultäten besetzt war, nichtöffentlich tagte und dessen Beratungen geheim waren. Vgl. „Hochschule ohne Demokratie – 9 Thesen zum Selbstverständnis oppositioneller Studenten“ von Günther Blecha, in: alternative, Jg. 2, Heft 8, Oktober 1967, S. 21

⁵¹⁹ Findet in einem Gebäude der Volksvertretung (Rathaus, Landtag, National- und Bundesrat) eine Sitzung derselben statt, so gilt im Umkreis von 300 Metern (=Bannmeile) ein Demonstrationsverbot. Vgl. Bundespolizeidirektion http://www.polizei.at/wien/verwaltung/vereineversammlungen_versammlungsanzeige.asp (Stand: 12.12.2004)

⁵²⁰ Vgl. intern, Jg. 2, Nr. 11, November 1967; „5000 Studenten vor dem Parlament“ in: AZ vom 25.10.1967, S. 1 & 3; Keller, 1983, S. 59f

⁵²¹ intern, Jg. 2, Nr. 11, November 1967

⁵²² Vgl. intern, 2. Jg. Nr. 11, November 1967

Seltsamerweise findet sich im geplanten Arbeitsprogramm der neuen Verbandsführung für das Sommersemester 1968 (Vgl. Kapitel 4.1) keine Veranstaltung, die konkret auf die Situation an der Hochschule einging.⁵²³ Erst am 14. März 1968 diskutierte der VSStÖ intern auf einer Mitgliedervollversammlung über ein „Studienhonorar“ als materielle Voraussetzung für rechtliche Chancengleichheit von Studierenden. Das Studium sollte als Arbeit für die Gesellschaft aufgefasst, und durch ein Studienhonorar respektive Gehalt entlohnt werden. Diese Forderung erschien dem Verband jedoch nur in Kombination mit der „*Selbstverwaltung der Studenten*“ sinnvoll.⁵²⁴ Willy Koldus verfasste zu diesem Themenkomplex einen Artikel „Studienbeihilfe als Herrschaftsinstrument“ in der **neuen alternative extra**, in dem er das Studienhonorarsystem als einziges Alternativmodell anpries.⁵²⁵

Zum Thema Studienhonorar ist anzumerken, dass die „allgemeine Studienförderung in Form von kostendeckenden Unterhaltsbeiträgen aus öffentlichen Mitteln für alle Studenten, unabhängig vom Einkommen oder Vermögen ihrer Eltern“⁵²⁶, bereits 1965 im Buch „Hochschule in der Demokratie“ der SDS-Mitglieder Wolfgang Nitsch, Uta Gerhard, Claus Offe und Ulrich K. Preuß als Möglichkeit der Studierendenförderung in hochindustrialisierten Ländern mit kapitalistischer Wirtschaftsordnung näher ausgeführt wurde.⁵²⁷

Die nächste Veranstaltung zum Thema Universitätsreform an der Universität fand erst wieder am 24. April 1968 statt, bei der Professor Gerhard Kade über die „Möglichkeiten studentischer Kontrolle der Universität!“ referierte.⁵²⁸

Aufgrund der Ereignisse am 1. Mai 1968 ist anzunehmen, dass sich innerhalb des VSStÖ die gesamte Aufmerksamkeit auf die Auseinandersetzung mit der SPÖ und der Abspaltung des SÖS gerichtet hatte, und im Sommersemester 1968 keine weiteren hochschulpolitischen Veranstaltungen stattfanden und auch keine dokumentiert sind.

Am 17. Oktober 1968 kam es zu heftigen Auseinandersetzungen bei der Inaugurationsfeier des neuen Rektors Kraus an der Universität Wien. Die AZ berichtete von „linksgericht-

⁵²³ Vgl. intern, Jg.3, Nr. 1, Jänner 1968

⁵²⁴ Vgl. intern, Jg. 3, Nr. 5, März 1968

⁵²⁵ Vgl. „Studienbeihilfe als Herrschaftsinstrument“ von Willy Koldus, in: neue alternative extra, Jg. 3, Ende 1968 (Wahlkampf-Sondernummer); S. 10-11

⁵²⁶ „Hochschule in der Demokratie“ von Nitsch/Gerhard/Offe/Preuß, Neuwied 1965, S. 384

⁵²⁷ Vgl. „Hochschule in der Demokratie“ von Nitsch/Gerhard/Offe/Preuß, Hermann Luchterhand Verlag, Neuwied 1965, S. 384-395

ten“ Studierenden, die mit Zwischenrufen „*Diskussion!*“ Gespräche zur Hochschulreform einforderten, aber auch „*Piffl raus!*“ riefen, da Unterrichtsminister Piffl-Percevic, wie schon im Jahr zuvor, anwesend war. Die linken Studierenden, unter ihnen Mitglieder des VSStÖ und der FNL riefen wurden jedoch von den anwesenden farbentragenden Studenten unter den Rufen „*Linke raus!*“ oder „*Linke Faschisten hinaus!*“ aus dem Saal gedrängt bzw. geprügelt. Peter Kowalski, damaliger stellvertretender Bundesobmann des VSStÖ, wurde nach einem Zwischenruf sogar von hinten am Hals gepackt und zu Boden geworfen. Der neue Rektor, Walther Kraus, hatte bei den Korporierten um Saalschutz gebeten, worauf hin rechtsextreme Burschenschaften und der RFS zugesagt hatten. Der Auszug der Ehrengäste erfolgte unter Konfetti- und Luftschlangenregen.⁵²⁹

*„Tatbestand: Unsere Gewalt waren Scherzartikel und Sprechchöre (,Unter den Talaren, Muff von tausend Jahren‘). Wir wollten niemanden verletzen und niemanden unsere Meinung aufzwingen. Wir wollten nur publik machen, dass die Interessen der Studenten derzeit nicht ver- sondern zertreten werden.“*⁵³⁰

Die auffälligeren „linken“ Studierenden erhielten eine Vorladung zum Rektor und Disziplinarverfahren, welche jedoch durch die Nichtbesetzung des Gremiums durch die ÖH nicht durchgeführt werden konnten.⁵³¹

Im Wintersemester 1968 veranstaltete der VSStÖ, wahrscheinlich um die Studierenden zur ÖH-Wahl zu mobilisieren, ein Parlamentarismus-Symposium (Vgl. Kapitel 4.3.3.1) und Anfang Dezember die Enquete zu „Sexualität – Student – Emanzipation“ (Vgl. Kapitel 4.2.1.2).

Hochschulpolitisch lässt sich im Jänner 1969 nur eine Veranstaltung zum Thema „Reform des Jusstudiums – Jurist und Gesellschaft – Fakultätsreform“ feststellen.⁵³²

Im Februar 1969 kündigte der VSStÖ in seiner Mitglieder-Korrespondenz die Erstellung einer umfangreichen Broschüre zum Thema „Autoritäre Hochschule“ durch die Sektion

⁵²⁸ Vgl. intern, 3. Jg., Nr. 8, April 1968

⁵²⁹ Vgl. Presseerklärung „Saalschutz für den Rektor“ und Flugblatt „Wer sind die Provokateure?“ des VSStÖ; in: Wiener Tagebuch, November/Dezember 1968, S. 7f & 8

⁵³⁰ Flugblatt des VSStÖ „Wer sind die Provokateure?“; in: Wiener Tagebuch, November/Dezember 1968, S. 8

⁵³¹ Vgl. Tumulte an der Wiener Universität“ in: AZ vom 18.10.1968, S. 1&2 & Keller, 1983, S. 82

Wien an, die die theoretische Grundlage der VSStÖ-Hochschulpolitik bilden sollte. Diese Broschüre sollte einen ausführlichen historischen Abriss über die Entwicklung der Hochschulen im 20. Jahrhundert bieten, eine Analyse über die gesellschaftliche Stellung der Hochschule und die daraus folgende Organisation sowie eine beispielhafte Darstellung der Bildungsmisere anhand einzelner Disziplinen.⁵³³ Leider ist eine tatsächliche Erstellung dieser Broschüre, die im Umfang durchaus Konzepten des SDS wie der Hochschuldenkschrift aus dem Jahr 1961 entsprochen hätte, nicht dokumentiert. Herbert Leirer bestätigt das Vorhaben:

„Wir haben versucht ein Buch zu machen zur „Autoritären Hochschule“. Aus dem ist alles nichts geworden. Das ist über Exposés nicht hinausgegangen.“⁵³⁴

Im Sommersemester 1969 veranstaltete der VSStÖ lediglich ein internes Seminar zur Hochschulreform des VSStÖ, wahrscheinlich in Anbetracht der Etablierung der Institutvertreterkonferenz (IVK) an der Universität Wien (Vgl. Kapitel 4.3.3) in der sich der VSStÖ, oder zumindest Einzelne aus dem Verband, engagierten. Bei diesem Seminar wollte der Verband seine hochschulpolitischen Ziele neu definieren bzw. modifizieren.⁵³⁵ Ergebnisse dieses Seminars sind leider nicht belegt.

Wesentlichen Einfluss auf das zunehmende hochschulpolitische Interesse des VSStÖ hatte wiederum der SDS, der bereits 1961 ein konkretes Konzept zur Demokratisierung der Hochschulen vorgelegt hatte. Im VSStÖ erfolgte erst im Wintersemester 1967 eine verstärkte Rezeption der SDS-Hochschuldenkschrift und die Übertragung der Forderungen der fortgeschritteneren Demokratisierungsbewegungen an den bundesdeutschen Hochschulen auf die österreichischen Verhältnisse.

⁵³² Vgl. intern, 4.Jg., Nr. 2, Jänner 1969

⁵³³ Vgl. „Autoritäre Hochschule – eine Broschüre des VSStÖ“ in: intern, Jg. 4, Nr. 3, Februar 1969, S. 5-7

⁵³⁴ Interview Herbert Leirer, 28.8.2004, S. 8

⁵³⁵ Vgl. intern, Jg. 4, Nr. 5, 27. April 1969, S. 2

4.3.2 Das VSStÖ-Hochschulkonzept und die SDS-Hochschuldenkschrift

„Autoritäre Universitätshierarchie und ständische Studentenvertretung fordern radikal neue antiautoritäre, demokratische Alternativvorschläge heraus.“⁵³⁶

In der VSStÖ-Korrespondenz sowie in den Publikationen der Jahre 1967/68 gab es immer wieder Hinweise auf ein Hochschulkonzept des Verbandes oder Bemühungen ein solches zu erstellen. Bereits in einem Brief vom 6. Dezember 1967 wurde festgestellt, dass der VSStÖ in seinem hochschulpolitischen Konzept die Demokratisierung der Hochschulen, also eine „*Veränderung der bestehenden patriarchalisch-vorindustriellen Universitätsverfassung*“, sowie eine „*Reorganisation der Österreichischen Hochschülerschaft*“ anstrebe.⁵³⁷ Später wurden diese Forderungen des öfteren wiederholt⁵³⁸ und Diskussionen über das Hochschulkonzept im Verband abgehalten.⁵³⁹

Trotzdem existierte anscheinend kein abgefasstes hochschulpolitisches Konzept, da im Oktober 1968 in der verbandsinternen Korrespondenz in Vorbereitung auf die ÖH-Wahl im Jänner 1969 vermerkt wurde, dass „*(...) in den letzten Wochen im VSStÖ ein Hochschulsekretariat gegründet*“ worden sei, und dass dieses die Aufgabe hätte, „*vor allem ein Hochschulkonzept mit den konkreten Forderungen des VSStÖ zu formulieren.*“⁵⁴⁰

In den beiden Wahlsondernummern der **neuen alternative extra** findet sich jedoch ein solches Konzept des VSStÖ abermals nicht.⁵⁴¹ Die einzigen substantiellen Vorschläge zur Demokratisierung der Universität finden sich in einem übernommenen Entwurf eines Hochschulgesetzes des Arbeitskreises „*Demokratische Universität*“ des SDS an der Universität Hamburg, der sich mit der Einrichtung demokratischer Ebenen (Institutsräte, Uni-

⁵³⁶ Editorial von Günther Blecha, in: *alternative*, Jg. 2, Heft 8, Oktober 1967

⁵³⁷ Erklärung des VSStÖ vom 6.12.1967 an das Präsidium der SPÖ, gezeichnet von Günther Blecha und Anton Baier; S. 2 in: *Mappe VSStÖ 1965-1967*, (Briefverkehr Zentralsekretariat)

⁵³⁸ Vgl. Editorial von Günther Blecha, in: *alternative*, Jg. 2, Heft 8, Oktober 1967; „*Hochschule ohne Demokratie – 9 Thesen zum Selbstverständnis oppositioneller Studenten*“ von Günther Blecha, in: *alternative*, Jg. 2, Heft 8, Oktober 1967, S. 21; Editorial von Silvio Lehmann, in: *alternative*, Jg. 3, Heft 1, Jänner 1968, S. 2; „*Die reaktionäre Universität*“ von Anton Häusler & „*Thesen zum Absterben der Hochschule*“ von Herbert Ostleitner in: *neue alternative extra*, Jg. 3, Ende 1968 (Wahlkampf-Sondernummer), S. 2 & 12; „*Autonomie und Demokratisierung der Hochschule*“ in: *neue alternative extra*, 4. Jg., Heft 2, Februar 1969, S. 3

⁵³⁹ Vgl. „*Tagesordnungspunkt b) Hochschulkonzept des VSStÖ – Unser Beitrag zur Universitätskrise (Genosse Genner)*“ bei der Mitgliederversammlung vom 29. 2. 1968, in: *intern*, 3. Jg., Nr. 3, Februar 1968; „*Tagesordnungspunkt 3) Hochschulkonzept des VSStÖ*“ bei der Mitgliederversammlung vom 30. 3. 1968, in: *intern*, 3. Jg., Nr. 7, März 1968;

⁵⁴⁰ *intern*, 3. Jg. Nr. 11, Oktober 1968

⁵⁴¹ Vgl. *neue alternative extra*, Jg. 3, Ende 1968 (Wahlkampf-Sondernummer) & *neue alternative extra*, 4. Jg., Heft 2, Februar 1969

versitätsvollversammlungen etc.) und deren Beschickung beschäftigt hatte, und den der VSStÖ in der **neuen alternative** extra zur Diskussion stellte.⁵⁴²

Ein interessantes Detail findet sich im Editorial der **neuen alternative** extra aus dem Februar 1969, in dem Herbert Ostleitner die „Konzeptlosigkeit“ des VSStÖ ein wenig polemisch mit den beschränkten Kapazitäten des Verbandes zu rechtfertigen versuchte:

„Eine andere Frage ist freilich die nach den Gründen für unsere beschränkten Möglichkeiten. Wir besitzen weder eine Druckerei noch eine Papierfabrik. Wir können über die notwendigsten Produktionsmittel nicht frei verfügen; das hat seine Wirkung auf die Qualität unserer Produkte. Unter dem Leistungsdruck der Universität einerseits, den Anforderungen eines permanenten Katz-und-Maus-Spiels mit einer hellwachen Parteibürokratie andererseits gelingt uns vieles nicht so wie wir es gern hätten.

Wer von uns ausgefeilte Konzepte erwartet, wie wir uns denn die neue Universität in der neuen Gesellschaft vorstellen, und ob die Aula besser blau oder grün gestrichen werden sollte, dem müssen wir gestehen: frisch-fröhliche Konzepte fabrizieren andere besser und mit ruhigerem Gewissen.(...) Keiner kann behaupten, ein geschlossenes Konzept zur Umwälzung der Vergeudungsuniversität zu besitzen, das mehr wäre als goldene Worte. Ein Schuft oder Ideologe, wer es dennoch tut.“⁵⁴³

Daran anschließend folgten wiederum die allgemeinen Forderungen nach „*Emanzipation der Studenten von ihrer bequemen, verdummenden Unfreiheit, Zerschlagung des Herr-Knecht-Verhältnisses zwischen Professoren, deren leibeigenen Assistenten und der Masse der Studenten*“, sowie „*demokratische Leistungskontrollen*“ (offene Diskussion, kollektive Benotung etc.).⁵⁴⁴

Erst am Verbandstag am 15. und 16. März 1968 verabschiedete der VSStÖ eine Resolution zur Hochschulpolitik, welche neben einer Analyse der gegenwärtigen Lage der Universitäten auch grundlegende Bedingungen für die Hochschulpolitik des VSStÖ enthielt, aber auch Aufschluss über die Probleme der Organisation der hochschulpolitischen Agenden innerhalb des Verbandes gibt. Nähere Aufschlüsse über den Aufbau der Strukturen einer

⁵⁴² Vgl. „Zur Diskussion: Entwurf eines Hochschulgesetzes“ erstellt vom Arbeitskreis „Demokratische Universität“ des SDS an der Universität Hamburg, in: *neue alternative extra*, Jg. 3, Ende 1968 (Wahlkampf-Sondernummer), S. 13

⁵⁴³ Editorial von Herbert Ostleitner, in: *neue alternative extra*, 4. Jg., Heft 2, Februar 1969, S. 2

⁵⁴⁴ Vgl. ebd.

demokratischen Universität gibt diese Erklärung des VSStÖ jedoch wiederum nicht. Diese Resolution wurde auch in der Juni/Juli-Ausgabe der **neuen alternative** veröffentlicht.⁵⁴⁵

„Praktisch konzentriert sich die Aufgabe des VSStÖ auf den Hochschulen auf die Entwicklung einer antiautoritären und antiinstitutionellen Politik auf den Hochschulen, die modellhaften Charakter für den Emanzipationskampf der Arbeiterbewegung besitzt.(...) Folgende Bedingungen sind für die Politik des VSStÖ konstitutiv: (...) Die bestehenden Formen studentischer Interessenvertretung sind unzureichend (ÖH, Institutsvertretungen, Studienreformkommissionen), aber ein gänzlicher Rückzug aus diesen Institutionen wäre naiv. Vielmehr hatte die Arbeit in den Institutionen den Widerspruch zwischen dem wissenschaftlichen Anspruch der Universität und deren repressive fachidiotischer Wirklichkeit ist Bewusstsein der Studentenschaft zu bringen.

Aktionen sind keine Freizeitbeschäftigung einsamer Theoretiker. Sie sind sinnvoll nur unter massiver Beteiligung der Studenten durchzuführen, wenn vorerst alle Mittel zur Aufklärung eingesetzt wurden.

Die Arbeit in den Institutionen muss durch politische Aufklärung die Aktionen provoziert, ergänzt werden. Diese Öffentlichkeitsarbeit muss vorerst auf den Hochschulbereich beschränkt bleiben. Die unvermittelte Konfrontation der entpolitisierten Arbeiterschaft mit fertigen Demokratiemodellen u. a. ist unverantwortlich.

Wenn auch die Mobilisierung der Studenten über allgemeinpolitische Problemstellungen einfacher durchzuführen scheint als über hochschulpolitische, so muss doch primär die Auseinandersetzung auf den Hochschulen über die unmittelbaren, überschaubaren Interessen geführt werden. Der Kampf mit der Administration ist ein wesentlicher Faktor im politischen Lernprozess der Studenten.

Permanente Hochschulpolitik und praktische Vorschläge zur Studienreform sind keine Alternativen. Die intellektuelle Tätigkeit des Verbandes muss diesen abstrakten Widerspruch aufheben, also einerseits praktische Reformvorschläge bei den entsprechenden Partei- und Parlamentskommissionen deponieren, andererseits ständig auf dem Grundsatz bestehen, dass „die Organisationsformen immer wieder neu unter der Voraussetzung der Identität vom Bewusstsein (politisch-emanzipatorischem Bedürfnis) der wissenschaftlich Arbeitenden mit der Organisation der Arbeit selbst entwickelt werden müssen.“

Die Isolierung einzelner Verbandsfunktionäre, die zentrale Funktionen in den studentischen Institutionen ausüben, von den übrigen Mitgliedern des Verbandes ist zugleich Folge und Ursache des unterschiedlichen Informationsniveaus. Die Politik in den Institutionen muss in Zukunft einer ständigen Diskussion unterliegen, will der Verband nicht gänzlich in unkontrollierbar handelnde Individuen einerseits und bürokratisches Zentrum andererseits zerfallen.⁵⁴⁶

Hauptsächlich stützte sich der VSStÖ aber seit dem Wintersemester 1967 auf die ausführlichen hochschulpolitischen Konzepte des SDS, übernahm sie und versuchte diese auf die österreichische Situation umzulegen. Günther Blecha veranschaulicht dies in seinem Arti-

⁵⁴⁵ Vgl. „Zur Hochschulsituation“ in: neue alternative, 4. Jg., Heft 3/4, Juni/Juli 1969, S. 13-16

kel „Hochschule ohne Demokratie – 9 Thesen zum Selbstverständnis oppositioneller Studenten“ in der **alternative** sehr gut, in dem er das Konzept der „Kritischen Universität“ thematisierte, die am 1. November 1967 im Auditorium Maximum der FU Berlin ausgerufen wurde.⁵⁴⁷ Die Ziele dieser „Kritischen Universität“ waren *„permanente Hochschulkritik und praktische Studienreform“*, *„Verbreiterung und Intensivierung politischer Praxis mit Hilfe wissenschaftlicher Analyse und Kritik“* sowie *„Vorbereitung der Studierenden auf die Praxis der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik in ihren künftigen Berufen und Unterstützung der kritischen Intelligenz in diesen Berufsbereichen.“*⁵⁴⁸

Der VSStÖ rief die „Kritische Universität“ nicht aus, zumindest ist dies nicht dokumentiert. Günther Blecha bewertete dieses Konzept als Experiment, das jedoch zur Bewältigung objektiver Probleme unserer Gesellschaft beitragen könnte.⁵⁴⁹ Die Selbstorganisation der Universität wurde jedoch nicht angestrebt, vielmehr standen ernstzunehmende Kritik am Lehr- und Forschungsbetrieb, sowie zukünftige demokratische Beteiligung der Studierenden im Vordergrund. Blecha war der Meinung, dass *„(...) der oppositionellen ‚antiautoritären‘ Elite einer gesprächlos gewordenen Universität (...) fertige Forschungsergebnisse und Meinungen suspekt geworden [sind]. Für sie bedeutet Freiheit von Forschung und Lehre das Recht, Vorlesungen, Seminare, Prüfungen kritisch zu rezensieren und diese Kritiken zu veröffentlichen. Sie zielen auf eine ‚demokratische‘ Beteiligung an den offenen Erkenntnisprozessen des Wissenschafters und akademischen Lehrers selbst.“*⁵⁵⁰

Ganz konkret forderte Blecha eine demokratische Hochschulverfassung nach dem Vorbild des Entwurfs der Berliner Hochschulgesetze vom Juni 1967. Dieser sah eine Demokratisie-

⁵⁴⁶ „Resolutionen“ in: intern, 4. Jg., Nr. 4, März 1969, S. 7-8

⁵⁴⁷ Die „Kritische Universität“ stellte eine Gegenbewegung innerhalb der Universität, eine freie Studienorganisation der Studierenden an der FU Berlin dar. Konkret bildete sich ein loser Zusammenschluss von Arbeitskreisen, welche sich jedoch wegen ihrer allgemeinpolitischen Ausrichtung meist keiner Universitätsdisziplin zuordnen ließen. Die „Kritische Universität“ bestand nur kurze Zeit, und war schon nach nur einem Jahr als Organisationsform nicht mehr zu erkennen. Vgl. „Die Kritische Universität & das Jahr 1968“ in: „Physik an der FU Berlin“ von Gerhard Simonsohn, Kapitel 4.4, <http://www.physik.fu-berlin.de/de:w/portrait/geschichte/kritisch.html> (Stand: 12.12.2004), Dutschke-Klotz, Gretchen/Gollwitzer, Helmut/Miermeister, Jürgen (Hrsg.) „Rudi Dutschke - Mein langer Marsch“, Rowohlt Verlag, Reinbek 1980 S. 64 & Keller, 1983, S. 59

⁵⁴⁸ Vgl. „Hochschule ohne Demokratie – 9 Thesen zum Selbstverständnis oppositioneller Studenten“ von Günther Blecha, in: alternative, Jg. 2, Heft 8, Oktober 1967, S. 20

⁵⁴⁹ Vgl. „Hochschule ohne Demokratie – 9 Thesen zum Selbstverständnis oppositioneller Studenten“ von Günther Blecha, in: alternative, Jg. 2, Heft 8, Oktober 1967, S. 21

⁵⁵⁰ „Hochschule ohne Demokratie – 9 Thesen zum Selbstverständnis oppositioneller Studenten“ von Günther Blecha, in: alternative, Jg. 2, Heft 8, Oktober 1967, S. 21

rung der Institute durch eine Übertragung der Rechte der Ordinarien auf Gremien vor, die mit ProfessorInnen, VertreterInnen der AssistentInnen und StudentInnen besetzt waren. Auch Institutsvollversammlungen und die Wahl von InstitutsvorteilerInnen sollte dahingehend erfolgen. Zudem sollten gleichberechtigte Teilverbände von DozentInnen, AssistentInnen und Studierenden gegründet werden und die Selbstverwaltung der Universitäten auf allen Ebenen (Institute, Fakultäten, Universitäten) Einzug halten.

Die StudierendenvertreterInnen sollten eine verantwortungsvollere Rolle in der Institution Universität erhalten, indem sie bei der Rektorswahl und in den akademischen Senat delegiert und Mitsprache bei Budget- und Berufungsangelegenheiten sowie der Studienplanerstellung erhalten würden.⁵⁵¹

Diese Vorschläge zur Demokratisierung der Universitäten finden auch in der Hochschuldenkschrift des SDS aus dem Jahr 1961,⁵⁵² aber auch im Buch „Hochschule in der Demokratie“ vier Jahre später,⁵⁵³ das die Forderungen der Hochschuldenkschrift präzisierete. Die Rezeption dieser Konzepte stellt einen weiteren Beleg für den Import von Theorien und Konzepten des SDS von Seiten des VSStÖ dar.

4.3.3 Die ÖH und die Institutsvertretungen – systemstabilisierender Serviceverein & basisdemokratische Gegen-ÖH ?

Neben dem autoritären Hochschulsystem kritisierte der VSStÖ auch die ÖH als zahnlose Interessenvertretung der Studierenden:

„Im besten Falle haben sie [die StudierendenvertreterInnen, Anm. d. Verf.] die Stellung einer einflusslosen, von der akademischen Obrigkeit lizenzierten und institutionalisierten Opposition. Ihre Existenz erbringt den Scheinbeweis des genossenschaftlichen Charakters einer durchgehend autoritären Universitätsverfassung. Die Studentenvertretungen wirken stabilisierend für das System, indem sie sekundäre Aufgaben übernehmen. Dies entspricht der Praxis der Österreichischen Hochschülerschaft.“⁵⁵⁴

⁵⁵¹ Hochschule ohne Demokratie – 9 Thesen zum Selbstverständnis oppositioneller Studenten“ von Günther Blecha, in: alternative, Jg. 2, Heft 8, Oktober 1967, S. 21

⁵⁵² Vgl. „Die demokratische Hochschulverfassung“ in: SDS-Hochschuldenkschrift „Hochschule in der Demokratie“; Nachdruck 2. Auflage, Verlag Neue Kritik KG Frankfurt, Frankfurt a. Main 1972, S. 81-109

⁵⁵³ Vgl. „Hochschule in der Demokratie“ von Wolfgang Nitsch, Uta Gerhard, Claus Offe und Ulrich K. Preuß, Neuwied 1965

„Die Tatsache aber, dass dieser Studentenvertretung in keinerlei Bezug zur realen Universitätsstruktur in den wissenschaftsfreien Raum gestellt wurde, stempelte die ÖH von Anbeginn zu Totgeburt.“⁵⁵⁵

Zudem wurde Kritik laut, dass die ÖH unter der konservativen Führung des Wahlblocks niemals ihre Möglichkeiten als Körperschaft öffentlichen Rechts⁵⁵⁶ genutzt hatte.⁵⁵⁷

Wie schon im Kapitel 4.3.2 angemerkt, forderte der VSStÖ für diesen *„verselbständigte[n] bürokratische Apparat“*, der *„außerhalb der Studierenden agiert“*, neue antiautoritäre und basisdemokratischere Alternativvorschläge, eine *„Befreiung von den etablierten Praktiken der Studentenparlamente“*.⁵⁵⁸

„In Vollversammlungen gewählte, jederzeit absetzbare Studentenvertreter an Stelle der bürokratischen ÖH-Maschinerie. Ein Studentenparlament, das ein Drittel des Universitätsbudgets für eigene Projekte verwaltet. Massenhafte Diskussion über die Bedeutung des gegenwärtigen Lehrbetriebes für das Funktionieren der Profitwirtschaft (etwa in Form von Ringvorlesungen). Volle Autonomie der Universität von Regierungsagenten und den Charaktermasken des Kapitals.“⁵⁵⁹

Auf einer Versammlung der Fachschaft Philosophie der ÖH an der Universität Wien am 25. April 1968 sollten die speziellen bzw. besonderen Studiengesetze für die Philosophische Fakultät präsentiert und diskutiert werden. Die informell gebildeten Institutsgruppierungen gründeten unter Protest des Fachschaftsvorsitzenden das Aktionskomitee Philosophische Fakultät (APF), das zum ersten Mal studentische VertreterInnen an den einzelnen Instituten als Organe der studentischen Selbstverwaltung forderte.⁵⁶⁰

⁵⁵⁴ Vgl. „Hochschule ohne Demokratie – 9 Thesen zum Selbstverständnis oppositioneller Studenten“ von Günther Blecha, in: alternative, Jg. 2, Heft 8, Oktober 1967, S. 21

⁵⁵⁵ „IVK – Zwischen Pressekonferenzen und Kabinettpolitik (Die Krise des scheinliberalen Aktivismus)“ von Willy Koldus, in: theorie und praxis, 4. Jg., Heft 1, September/Oktober 1969, S. 10

⁵⁵⁶ Die ÖH wurde per Gesetz (Vgl. Kapitel 2.7) als Körperschaft des öffentlichen Rechts geschaffen und anerkannt. Kraft dieses staatlichen Auftrages darf sie Aufgaben der öffentlichen staatlichen Verwaltung erfüllen. Die Bundesvertretung (damals Zentralkomitee) der ÖH stellt den Zusammenschluss der mittlerweile 18 unabhängigen Körperschaften öffentlichen Rechts an den einzelnen Universitäten (Universitätsvertretungen, vormals Hauptausschüsse) dar. Die ÖH vertritt die Interessen der Studierenden gegenüber staatlichen Behörden und der Universität und besitzt zudem ein gesetzlich verbrieftes Mitwirkungsrecht bei der Entstehung von Gesetzen.

⁵⁵⁷ Vgl. „Hochschule ohne Demokratie – 9 Thesen zum Selbstverständnis oppositioneller Studenten“ von Günther Blecha, in: alternative, Jg. 2, Heft 8, Oktober 1967, S. 21

⁵⁵⁸ Erklärung des VSStÖ vom 6.12.1967 an das Präsidium der SPÖ, gezeichnet von Günther Blecha und Anton Baier; S. 1 in: Mappe VSStÖ 1965-1967, (Briefverkehr Zentralsekretariat) & „Hochschule ohne Demokratie – 9 Thesen zum Selbstverständnis oppositioneller Studenten“ von Günther Blecha, in: alternative, Jg. 2, Heft 8, Oktober 1967, S. 21

⁵⁵⁹ Editorial von Herbert Ostleitner, in: neue alternative extra, 4. Jg., Heft 2, Februar 1969, S. 2

⁵⁶⁰ Vgl. „IVK – Zwischen Pressekonferenzen und Kabinettpolitik (Die Krise des scheinliberalen Aktivismus)“ von Willy Koldus, in: theorie und praxis, 4. Jg., Heft 1, September/Oktober 1969, S. 11 & Keller 1983, S. 71 & 146

Neben der Demokratisierung der Hochschulstruktur forderte das APF, volle Mitbestimmung der Universitätsangehörigen im Reformprozess und die Aufhebung der Teilung in ein berufsbildendes Diplomstudium und ein elitäres Doktoratsstudium.⁵⁶¹

„Das APF, dem es besonders an Organisation mangelte, konnte nur eine kurze Tätigkeit entwickeln (...). Es zerfiel nach Ende des Sommersemesters vollends, konnte aber immerhin den Teilerfolg buchen, der Anstoß zur Gründung der ersten Institutsvertretungen Ende des Sommersemesters 1968, Anfang des Wintersemesters 1968/69 geboten zu haben.“⁵⁶²

Die ersten InstitutsvertreterInnen wurden am Institut für Germanistik am 14. Juni 1968 gewählt.⁵⁶³ Die AZ charakterisierte die Rolle der Institutsvertretungen folgendermaßen; (die hier beschriebene Rolle des VSStÖ durch die AZ ist jedoch vorsichtig zu bewerten):

„Die Institutsvertretungen, die auf die Initiative des VSStÖ zurückzuführen sind, basieren auf einem Modell der direkten Demokratie: Ihre Sprecher sind jederzeit abwählbar. Sie befassen sich mit der Studienreform der einzelnen Fächer.“⁵⁶⁴

Die InstitutsvertreterInnen bedrohten mit ihrer dynamischen Organisationsform und ihrer Nähe zur Studienrealität die Monopolstellung der ÖH. An den Instituten wurde von den gewählten VertreterInnen die direkte Zusammenarbeit mit den ProfessorInnen und AssistentInnen gesucht.

„Es gibt heute an einem halben Dutzend Institute gewählte Institutsvertretungen, denen Professoren, Assistenten und Studenten angehören. Sie sollen nach dem Willen der Studenten zu Gremien ausgebaut werden, die gemeinsam alle wichtigen Entscheidungen treffen, die Lehrpläne absprechen und bei Berufungen mitreden.“⁵⁶⁵

Hierbei ist anzumerken, dass die Mitbestimmung von Studierenden weder im System der Universitäten noch in der Struktur der ÖH auf der Ebene der Institute bis dato vorgesehen war.⁵⁶⁶

⁵⁶¹ Vgl. „IVK – Zwischen Pressekonferenzen und Kabinettpolitik (Die Krise des scheinliberalen Aktivismus)“ von Willy Koldus, in: *theorie und praxis*, 4. Jg., Heft 1, September/Oktober 1969, S. 11

⁵⁶² „IVK – Zwischen Pressekonferenzen und Kabinettpolitik (Die Krise des scheinliberalen Aktivismus)“ von Willy Koldus, in: *theorie und praxis*, 4. Jg., Heft 1, September/Oktober 1969, S. 11

⁵⁶³ In der AZ wurde als Datum der Wahl der InstitutsvertreterInnen am Germanistik-Institut der 12. Juni 1968 angegeben. Vgl. „Wiens Studenten in Bewegung“ in: AZ vom 15.6.1968, S. 3; Keller, 1983, S. 147

⁵⁶⁴ „Gegen die Fachidiotenfabrik – VSStÖ für fundamentale Demokratisierung der Uni“ in: AZ vom 18.12.1968, S. 4

⁵⁶⁵ „Wiens Studenten in Bewegung“ in: AZ vom 15.6.1968, S. 3

⁵⁶⁶ Die unterste Vertretungsebene der ÖH war bislang die Fakultätsebene (Fachschaft) gewesen. Vgl. Griesebner, 1990, S. 104f.

Der VSStÖ unterstützte in Folge die Institutsvertretungen an den Universitäten, und verlautbarte in einer Pressekonferenz am 17. Dezember 1968, anlässlich der Hochschulwahlen im Jänner 1969:

*„Der VSStÖ will sich in diesem Zusammenhang verstärkt den Institutsvertretungen zuwenden. Darin sieht der Verband eine Chance zur sinnvollen Selbstverwaltung der Universitätsabteilungen.“*⁵⁶⁷

Peter Kowalski engagierte sich als Vertreter der sozialistischen Studierenden in der Koordinierung der Institutsvertretungen und trat auch als deren Sprecher auf.⁵⁶⁸ Die (Stör-) Aktionen der Institutsvertretungen richteten sich gegen Lehrveranstaltungen, die inhaltlich und didaktisch umstritten waren.⁵⁶⁹

Das konservativ dominierte bundesweite Gremium der ÖH, der Zentralkommission, sah sich, möglicherweise ob der Konkurrenz, zum Handeln gezwungen und legte im Jahr 1968 ein Konzept einer neuen Universitätsorganisation vor. Nach Fischer-Kowalski, wollten sich der Wahlblock durch diesen praktischen Entwurf vom universitären Aktionismus der Linken abgrenzen.⁵⁷⁰ Am 6. Studententag vom 7. bis zum 11. Mai 1968 in Obertrum wurden die Vorstellungen einer neuen Hochschulorganisation in der Schrift „Struktur einer neuen Universität – Das studentische Reformkonzept“ zusammengefasst, das auch das „Obertrumer Konzept“ genannt wurde.⁵⁷¹ Der VSStÖ berichtete über die wichtigsten Punkte dieses Vorschlages in einer Presseerklärung der ZA-MandatarInnen des VSStÖ:

„Trotz des gespannten Arbeitsklimas konnten unter anderem folgende langjährige Forderungen des VSStÖ zum Beschluss des ZA erhoben werden: 1/3 Parität⁵⁷² in allen akademischen Gremien (Professoren, Assistenten, Studenten). Gliederung der Monsterfakultäten in kleinere, funktionstüchtigere Abteilungen, deren oberste Gremien (Abteilungsräte) nicht nur Entscheidungs- sondern auch Diskussionsorgan sein sollen. Öffentlichkeit aller Sitzungen der Hochschulorgane, zeitliche Befristung der Lehraufträge. Nicht durchsetzen konnten sich die sozialistischen Mandatare mit ihren Forderungen nach voller Aufgliederung

⁵⁶⁷ „Gegen die Fachdiotiefabrik – VSStÖ für fundamentale Demokratisierung der Uni“ in: AZ vom 18.12. 1968, S. 4

⁵⁶⁸ Vgl. Peter Kowalski als IV-Sprecher bei einer Pressekonferenz; „Rektorswahl – ‚Wendepunkt‘?“ in: AZ vom 2.7.1969, S. 4

⁵⁶⁹ Vgl. Keller, 1983, S. 89

⁵⁷⁰ Vgl. Fischer-Kowalski, 1977, S. 603

⁵⁷¹ Vgl. „Der Salzburger Studententag beschloss VSStÖ-Forderungen“ in: AZ vom 18.5.1968, S. 2

⁵⁷² An den Hochschulen gibt es drei Statusgruppen: Die ProfessorInnen, die AssistentInnen und die StudentInnen. Die drittelparitätische Zusammensetzung eines Hochschulorgans (z.B. akademischer Senat etc.) heißt, dass die Sitze in einem solchen Organ gleichmäßig unter den drei Statusgruppen aufgeteilt werden.

*rung der Ausländer in der ÖH und Abgehen der ÖH vom Alleinvertretungsanspruch für die bereits vorhandenen und zukünftigen Institutsvertretungen, die unbeeinflusst vom bürokratischen Ballast ihre Funktion ausüben sollen.*⁵⁷³

Ein weiterer einstimmiger Beschluss des ZA war die Empfehlung der ÖH an den Unterrichtsminister Piffel-Percevic die „beiden privaten Planungsgremien“ für hochschulpolitische Fragen und Entwicklung, den Raacher Rat⁵⁷⁴ und die Arbeitsgemeinschaft für Hochschulentwicklung, aufzulösen, da deren Beschickung auf der Willkür des Unterrichtsministers basieren würde. Es sollte vielmehr eine neue, repräsentative Planungskommission eingerichtet werden.⁵⁷⁵

Am 15. Jänner 1969 gründeten die verschiedenen InstitutsvertreterInnen in Wien eine Art Dachorganisation, die Institutsvertreterkonferenz (IVK), welche am 15. März 1969 ihre ersten Sprecher wählte.⁵⁷⁶

Zwischen 24. und 26. April 1969 konstituierte sich das Hochschulgremium Retzhof⁵⁷⁷ (HGr) als bundesweite Instituts- und Fachschaftsvertreterkonferenz (exklusive der Montanuniversität Leoben). Dieses Gremium akzeptierte das „Obertrumer Konzept“ als Diskussionsgrundlage, verfasste aber selbst eine detailliertere Stellungnahme, in der eine Totalreform der Hochschulen gefordert wurde, aber auch vorläufige Übergangslösungen formuliert wurden. Neben Richtlinien zur Studienreform und Hochschuldidaktik wurden auch hochschulorganisatorische Verbesserungen vorgeschlagen, die nicht nur auf eine Erweiterung der Autonomie der Hochschulen sondern auch die Selbstbestimmung aller am Wissenschaftsprozess Beteiligten durch gleichberechtigte Mitbestimmung der AssistentInnen und Studierenden in den Gremien der Universität (akademischer Senat, etc.), Abschaffung der Ordinarien, aber auch eine Reorganisation der Studierendenvertretung abzielten.⁵⁷⁸

⁵⁷³ „Presseerklärung der ZA-Mandatare des Verbandes sozialistischer Studenten“ in: intern, 3. Jg., Nr. 9, Mai 1968, vgl. auch „Struktur einer neuen Universität – Das studentische Reformkonzept“ in: „Bildungs- und Hochschulreform in Österreich – Analysen, Kommentare, Materialien“ Institut für Bildungspolitik und Bildungsforschung unter Mitarbeit des VSSStÖ, verantwortlich: Wolfgang Schwarz; Band 2, undatiert

⁵⁷⁴ Dieser bestand seit 1964, war nach dem Seminarort Raach in Niederösterreich benannt worden und sollte zur persönlichen Beratung des Unterrichtsministers Piffel-Percevic dienen. Vgl. Griesebner, 1990, S. 99

⁵⁷⁵ Vgl. ebd. & „Der Salzburger Studententag beschloss VSSStÖ-Forderungen“ in: AZ vom 18.5.1968, S. 2

⁵⁷⁶ Vgl. „IVK – Zwischen Pressekonferenzen und Kabinettpolitik (Die Krise des scheinliberalen Aktivismus)“ von Willy Koldus, in: *theorie und praxis*, 4. Jg., Heft 1, September/Oktober 1969, S. 11

⁵⁷⁷ Die erste gesamtösterreichische InstitutsvertreterInnen- und Fachschaftskonferenz fand in Retzhof bei Leibnitz von 24. bis 26. April 1969 statt. Vgl. Griesebner, 1990, S. 103

⁵⁷⁸ „Beschlüsse der Fachschaften der österreichischen Hochschülerschaft und der Institutsvertreterkonferenzen der philosophischen Fakultäten an den Universitäten Graz, Innsbruck, Salzburg und Wien zur Hochschulreform“; Brief an Unterrichtsminister Piffel-Percevic

Die Institutionalisierung der Mitbestimmung von AssistentInnen und StudentInnen in drittelparitätisch besetzte Institutskonferenzen sowie die Aufteilung der großen Rigorosen in kleinere Einzelprüfungen erfolgte noch 1969 unter Unterrichtsminister Mock bzw. später mit der Einführung des UOG 1975 unter der Alleinregierung der SPÖ.⁵⁷⁹

Im Sommersemester 1969 machte die IVK bei zwei Ereignissen auf sich aufmerksam. Ende April bzw. Anfang Mai 1969 erregte der „Fall Antonioli“ die universitäre Öffentlichkeit. Professor Antonioli brach seine Übung ab, weil er sich weigerte über didaktische Forderungen der Studierenden bzw. der Institutsvertretung Soziologie zu diskutieren und einem Studierenden den Ausweis abnahm.⁵⁸⁰ Kurioserweise solidarisierte sich der ÖH-Vorsitzende der Universität Wien, Wolfgang Stickler (ÖSU), mit den Studierenden, der ZA-Vorsitzende Max Ortner (ÖSU) mit Antonioli.

Das zweite Ereignis kann als „Aktion Rektorswahl“ bezeichnet werden. Um der Forderung nach einer Demokratisierung der Universitäten Nachdruck zu verleihen, organisierte die IVK eine inoffizielle allgemeine Rektorswahl an der Universität Wien Ende des Sommersemesters 1969, an der alle Gruppen der Universitätsangehörigen beteiligt sein sollten.⁵⁸¹ Es ist anzunehmen, dass sich die Studierenden durch die Entscheidung der Parlamentarischen Hochschulkommission (PHK),⁵⁸² die Mitte Mai tagte und sich für die Mitbestimmung der Studierenden und AssistentInnen ausgesprochen hatte, nunmehr auf stärkeren

unterzeichnet von Peter Podhajsky (Salzburg), Manfred Nermuth und Peter Kowalski (beide Wien) für das HGr vom 14.5.1969, in: „Bildungs- und Hochschulreform in Österreich – Analysen, Kommentare, Materialien“ Institut für Bildungspolitik und Bildungsforschung unter Mitarbeit des VSStÖ, verantwortlich: Wolfgang Schwarz; Band 2, undatiert & „Studenten für ‚Totalreform‘ – Gemeinsames Konzept über Mitbestimmung“ in: AZ vom 23.5.1969, S. 2

⁵⁷⁹ Vgl. Ebner/Vocelka, 1998, S. 193

⁵⁸⁰ Die Lehrveranstaltung „Übung aus öffentlichem Recht für Sozial- und Wirtschaftswissenschaftler“ wurde ursprünglich von Dr. Rill, Assistent Prof. Antonioli, abgehalten, der zunächst mit den Studierenden über die didaktischen Unzulänglichkeiten seiner Übung diskutierte, dann aber solche „Störungen“ untersagte. In der nächsten Einheit war Prof. Antonioli persönlich anwesend, brach die Übung nach Diskussionsversuchen ab und forderte einen den Hörsaal betretenden Studierenden auf sich auszuweisen und riss ihm angeblich den Ausweis aus der Hand, der ihm wiederum von einem anderen Studenten abgenommen wurde. Die ÜbungsteilnehmerInnen solidarisierten sich mit dem beiden Studenten. Vgl. „Ordinarius attackiert Studenten“ in: AZ vom 8.5.1969, S. 4 & „IVK – Zwischen Pressekonferenzen und Kabinettpolitik (Die Krise des scheinliberalen Aktivismus)“ von Willy Koldus, in: *theorie und praxis*, 4. Jg., Heft 1, September/Oktober 1969, S. 14

⁵⁸¹ „Uni: Studenten wollen Rektor wählen“ in: AZ vom 19.6.1969, S. 2

⁵⁸² Die Einrichtung dieser parlamentarischen Hochschulreformkommission (PHK), zusammengesetzt aus Vertretern der ProfessorInnen, Assistenten, Studenten sowie Vertretern der politischen Parteien wurde in einer Hochschulenquete im Parlament am 5. Juli 1968 beschlossen. In Einzelbereichen brachte diese Kommission wertvolle Anregungen, konnte sich jedoch bis 1972 auf kein brauchbares Gesamtkonzept einigen. Die ProfessorInnen in der PHK zogen sich aufgrund von Unstimmigkeiten mit den StudierendenvertreterInnen aus der Kommission zurück und diese löste sich am 14. Jänner 1972 auf. Vgl. Fischer, 1993, S. 138; Griesebner, 1990, S. 113f

Rückhalt für ihre Forderungen hofften.⁵⁸³ Als Kandidat der Studierenden wurde der Universitätsprofessor für evangelische Theologie, Wilhelm Dantine, nominiert, der sich mit weiteren fünf Kandidaten einem Hearing stellte. Der gemäßigte Liberale Dantine sprach sich für eine Demokratisierung der Hochschule, für studentische Mitbestimmung und für eine Universität als „*Gemeinschaft von Lehrenden und Lernenden*“ aus.⁵⁸⁴ Nachdem drei Professoren ihre Kandidatur zurückgezogen hatten, fielen in der inoffiziellen Vorwahl, am 28. Juni 1969 von 3411 abgegebenen Stimmen 2709 (!) auf Wilhelm Dantine und 289 auf seinen Kollegen an der evangelischen Fakultät Friedrich Zerbst.⁵⁸⁵ Stimmberechtigt waren ProfessorInnen, AssistentInnen und Studierende.

Am 30. Juni 1969 stimmten die Wahlmänner der ProfessorInnen im Verhältnis 20 zu drei Stimmen für Professor Zerbst als Rektor, und ignorierten somit die Empfehlung durch das Ergebnis der Vorwahl. Professor Zerbst nahm die Wahl an. Die Studierenden waren empört, der VSStÖ reagierte kampfeslustig:

*„Da demokratische Entscheidungsbildungen durch die feudalen Geheimgremien der Professorenschaft nicht respektiert werden, muss die Studentenschaft zu anderen Kampfmitteln übergehen. Der VSStÖ forderte alle fortschrittlichen und sozialistischen Studenten auf, Professor Zerbst nicht als Rektor anzuerkennen und gegen die Ausübung seines Amtes geeignete Schritte einzuleiten.“*⁵⁸⁶

Dieser Aufruf konnte als Aufforderung zur Störung der Inaugurationsfeierlichkeiten gewertet werden, die im Herbst 1969 stattfinden sollten. Der Rektor sollte die Feier jedoch aus Angst davor absagen.⁵⁸⁷

Die IVK und auch die ÖH an der Universität Wien kündigten Unterschriftenaktionen an, der neue Unterrichtsminister Mock, der sich vor der Rektorswahl für die studentische Mit-

⁵⁸³ Am 16.5.1969 hatte sich die parlamentarische Hochschulreformkommission, welche an einer Hochschulreform arbeitete, mit 18:9 Stimmen (ProfessorInnen und Teil der ParlamentarierInnen war dagegen) für die Mitbestimmung und Mitverantwortung der Studierenden und AssistentInnen ausgesprochen. Diese Kommission konnte sich bis 1970 auf kein Gesamtkonzept zur Hochschulreform einigen. Vgl. „Hochschulkommission für die Mitbestimmung der Studenten“ in: AZ vom 17.5.1969, S. 4 & Fischer, 1993, S. 138

⁵⁸⁴ „Nur drei Rektorskandidaten“ in: AZ vom 24.6.1969, S. 2

⁵⁸⁵ „Studentenvotum für Dantine – Werden Wahlmänner die Rektorswahl bestätigen?“ in: AZ vom 29.6.1969, S. 2 & vgl. auch „IVK – Zwischen Pressekonferenzen und Kabinettpolitik (Die Krise des scheinliberalen Aktivismus)“ von Willy Koldus, in: *theorie und praxis*, 4. Jg., Heft 1, September/Oktober 1969, S. 13

⁵⁸⁶ „Zerbst Rektor: Protestwelle – Wahlmänner lehnten Dantine ab“ in: AZ vom 1.7.1969, S. 1

⁵⁸⁷ Vgl. Keller, 1983, S. 92

bestimmung ausgesprochen hatte, wurde aufgefordert zu den Ereignissen Stellung zu nehmen.⁵⁸⁸

In ihrer letzten Sitzung vor den Sommerferien am 4. Juli 1969 versuchte die Österreichische Rektorenkonferenz (REKO)⁵⁸⁹ die Studierenden mit dem Versprechen einer Reform der Rektorswahl im Herbst 1969 zu besänftigen. Die Form der Wahl sollte neu gestaltet werden. Die ProfessorInnen sollten 50%, die AssistentInnen 20%, die Studierenden 20% und die Universitätsangestellten 10 % der Stimmen erhalten.⁵⁹⁰

Trotz der Initiative und auch der Beteiligung einzelner VSStÖ-VertreterInnen an den Aktivitäten der IVK fand Willy Koldus in einem Artikel in **theorie und praxis** rückblickend wenig lobende Worte und kritisierte falsche Öffentlichkeitsarbeit, unpolitische Sachlichkeit und selektive Informationsweitergabe an die Studierenden.⁵⁹¹

„Wurde die IVK anfangs euphorisch als neue demokratische Studentenvertretung bezeichnet, die nach rätedemokratischem Prinzip funktioniert, so muss schon nach einem Jahr Tätigkeit festgestellt werden, dass sie keineswegs derartigen Vorstellungen zu entsprechen vermag.“⁵⁹²

Fest steht jedoch, dass die beiden Vorfälle im ausklingenden Sommersemester 1969 klare Zeichen für die noch immer bestehende Vorherrschaft der Ordinarien und für die autoritären Strukturen an den Universitäten waren, gegen die sich nahezu alle StudierendenvertreterInnen mit ihren Forderungen nach einer Demokratisierung der Hochschulstrukturen aussprachen.

⁵⁸⁸ Vgl. „Rektorswahl – ‚Wendepunkt‘?“ in: AZ vom 2.7.1969, S. 4

⁵⁸⁹ Die REKO dient der internen Koordination der mittlerweile 21 staatlichen österreichischen Universitäten durch ihre Rektoren (bis heute wurde keine Frau in diese Position gewählt oder für sie ernannt), vertritt diese in nationalen wie internationalen Gremien und ist die Stimme der Universitäten in der Öffentlichkeit. Im Gegensatz zum UOG 1975 & 1993 wo die REKO als öffentlich-rechtliche Einrichtung vorgesehen war, ist sie im UG 2002 nicht mehr vorgesehen, besteht aber als gemeinnützige Organisation privaten Rechts weiter. Vgl. www.reko.ac.at/oesterreichische_rektorenkonferenz (Stand : 12.12.2004)

⁵⁹⁰ Übrigens eine Regelung die später im UOG 1975 und UOG 1993 durch eben eine solche Aufteilung der Stimmen zwischen den Gruppen, bei der Wahl des/der RektorIn durch die Universitätsversammlung, Wirklichkeit und mit dem Inkrafttreten des Universitätsgesetzes 2002 wieder Vergangenheit werden sollte. Vgl. Universitätsorganisationsgesetz 1993 (§ 53 Wahl des/der RektorIn) & Universitätsgesetz 2002 (Der/die RektorIn wird nun aus einem Dreivorschlag des Senats durch den Universitätsrat bestellt. Vgl. § 23 Abs. 2 RektorIn) unter http://www.bmbwk.gv.at/universitaeten/recht/gesetze/uog03/Bundesgesetz_ueber_die_O4264.xml (Stand: 12.12.2004)

⁵⁹¹ Vgl. „IVK – Zwischen Pressekonferenzen und Kabinettpolitik (Die Krise des scheinliberalen Aktivismus)“ von Willy Koldus, in: *theorie und praxis*, 4. Jg., Heft 1, September/Okttober 1969, S. 14

⁵⁹² „IVK – Zwischen Pressekonferenzen und Kabinettpolitik (Die Krise des scheinliberalen Aktivismus)“ von Willy Koldus, in: *theorie und praxis*, 4. Jg., Heft 1, September/Okttober 1969, S. 14

4.3.3.1 ÖH-Wahlen 1969

„Warum kandidiert der VSStÖ? Um diese unfähig-bürokratische Organisation von innen aufzulösen.“⁵⁹³

Mit dieser „anarchistischen“ Intention ging der VSStÖ in den ÖH-Wahlkampf 1969. Vermutlich führte sie nicht unbedingt zu einer Erhöhung der Wahlbeteiligung, da die Existenzberechtigung der ÖH prinzipiell in Frage gestellt wurde und damit auch ihre demokratische Legitimierung,

Die Rahmenbedingungen dieser ÖH-Wahl waren im Vergleich zu den Wahlen 1967 gänzlich andere (Vgl. Kapitel 3.3.1.2.1). Die FNL hatte zum Boykott der Wahlen aufgerufen und verzichtete selbst auf eine Kandidatur,⁵⁹⁴ der Wahlblock hatte sich, auch in Folge einer graduellen Liberalisierung, in Österreichische Studentenunion (ÖSU) umbenannt, die „Aktion“⁵⁹⁵ trat nun auch bundesweit an und die kommunistische VDS stellte sich, im Gegensatz zu 1967, wieder den ÖH-Wahlen.⁵⁹⁶

Neben zwei Sondernummern der **neuen alternative**, welche sich hauptsächlich mit dem Reformbedarf der österreichischen Universitäten (Vgl. Kapitel 4.3.2) und dem Thema Sexualität (Vgl. Kapitel 4.2.1.2) auseinander setzten, bildete die „Befreiung der Neokolonie Österreichs“ die Hauptkampagne des VSStÖ, zu der am 9. und 10. Jänner 1969 ein Teach-In an der Universität Wien veranstaltet wurde.⁵⁹⁷ Bereits im Juni 1968 formulierte Herbert Ostleitner in seiner „Kritik des ökonomischen Programms der SPÖ“ die Neokolonie-These als Analyseinstrument für die spezifische österreichische Situation.

„Denn in Österreich entwickeln sich zunehmende Verhältnisse, die denen in den ehemaligen Kolonien zumindest verwandt sind. Die Schwierigkeiten beim Aufbau einer der hochentwickelten Industrie angemessenen Infrastruktur, das Fehlen einer Industrie, die die neuesten

⁵⁹³ „Zur universitären Situation“, in: „Kampagne zur Befreiung der Neokolonie Österreichs“; neue alternative – Sondernummer, Jänner 1969, S. 4

⁵⁹⁴ Interessanterweise erklärte der VSStÖ in seiner Pressekonferenz am 17.12.1969, dass „die ‚Föderation Neue Linke‘ (Nachfolge SÖS) (...) nicht kandidieren“ werde. Es scheint so als hätte die FNL diese Entscheidung durch den VSStÖ an die Presse mitteilen lassen wollen, welches wiederum die Vermutungen über die engen Kontakte zur FNL nährt. Vgl. AZ vom 18.12.1969, S. 4

⁵⁹⁵ Die Aktion kandidierte schon 1967 in Graz und auf Bundesebene innerhalb des Unabhängigen Studentenforums (USF) und war eine liberale Abspaltung des Wahlblocks und trat 1969 bundesweit unter dem Namen Aktion mit dem Spitzenkandidaten Bernhard Frankfurter an. Vgl. Fischer-Kowalski, 1973, S. 609

⁵⁹⁶ Vgl. Fischer-Kowalski, 1973, S. 609

⁵⁹⁷ Vgl. „Österreich – eine ‚Neokolonie‘? – VSStÖ: Schlechte Wirtschaftsstruktur – Niedrige Löhne“ in: AZ vom 11.1.1969, S. 2

Erkenntnisse der Technologie anwenden könnte, also der unterentwickelten Zustand der Fertigwarenindustrie, dann die Schwäche der strategisch wichtigsten Industrien, der chemischen, pharmazeutischen und elektronischen Industrie; die arbeitsintensive Landwirtschaft, die unverhältnismäßig viel Arbeitskräfte benötigt, der österreichische Export, der auf Grundstoffe konzentriert ist, deren österreichischer Export, der auf Grundstoffe konzentriert ist, deren Weltmarktpreise seit Jahrzehnten fallende Tendenzen zeigen, die Besitzverhältnisse beim Aktienkapital, von dem ein Viertel, aber ein strukturell bedeutendes Viertel, in ausländischem Besitz sich befindet, all das ergänzt sich zum Bild eines Landes, das unerwartet neokoloniale Tendenzen entwickelt.(...) Was allgemein als ‚Strukturkrise‘ bezeichnet wird, sind Tendenzen, die ein neokoloniales Abhängigkeitsverhältnis Österreichs zu den spätkapitalistischen Industrieländern herbeiführen können.“⁵⁹⁸

Einen möglichen Lösungsansatz sah Herbert Ostleitner in wesentlichen Eingriffen in die bestehenden Entscheidungsstrukturen, die auf gesellschaftliche Kontrollinstanzen ohne Profitinteresse ausgelagert werden sollten.⁵⁹⁹ Nach dieser These würden sich die österreichischen Hochschulen in der Neokolonie zu „Fabriken lohnabhängiger Fachidioten“ entwickeln.⁶⁰⁰

Im Zuge dieser Kampagne erschien eine Sondernummer der **neuen alternative** unter dem Titel „Kampagne zur Befreiung der Neokolonie Österreich“, welche sich mit der politischen, ökonomischen, sexuellen und universitären Situation im neokolonialen Österreich auseinander setzte. In stellenweise sehr polemischer Sprache wurde die Rolle der SPÖ als „Juniorpartner im österreichischen Kapitalismus“ kritisiert, Österreich als unterentwickelte, rückständige, vom ausländischen Kapital beherrschte Neokolonie dargestellt, die repressiven Sexualnormen gegeißelt und die anachronistischen Strukturen der Universität und die der undemokratischen ÖH angegriffen.⁶⁰¹

Als Nebenkampagne wurde auch ein „Entwurf der sozialistischen Studenten zur Demokratisierung der österreichischen Wirtschaft“ propagiert, welcher ausgehend von der Kritik an dem Wirtschaftsprogramm der SPÖ (Vgl. Kapitel 4.4.3) und einer prinzipiellen Parlamentarismuskritik ein „System der drei Ebenen“ forderte. Darin sollten (teils direkt) gewählte Abteilungs-, Betriebs- und Landes- bzw. Bundeswirtschaftsräte als demokratische Organe

⁵⁹⁸ „Kritik des ökonomischen Programms der SPÖ“ von Herbert Ostleitner, in: intern, 3. Jg., Nr. 10, Juni 1968, S.6f

⁵⁹⁹ Vgl. ebd. S. 7

⁶⁰⁰ Vgl. „Österreich – eine ‚Neokolonie‘? – VSSStÖ: Schlechte Wirtschaftsstruktur – Niedrige Löhne“ in: AZ vom 11.1.1969, S. 2

⁶⁰¹ Vgl. „Zur politischen/ökonomischen/sexuellen/universitären Situation“ in: „Kampagne zur Befreiung der Neokolonie Österreichs“ neue alternative – Sondernummer; Jänner 1969, S. 1- 4

der Wirtschaftspolitik mit Funktionen der unmittelbaren Arbeitsgestaltung, Leitung einzelner Betriebe bis hin zur Koordinierung des gesamten wirtschaftlichen Prozesses ausgestattet werden. Dies würde zu einer Ausdehnung der Entscheidungen auf die breite Masse der ArbeitnehmerInnen und zu einer grundlegenden Demokratisierung führen.⁶⁰²

Die Parlamentarismuskritik hatte der VSStÖ schon im Mai 1968 präzisiert, indem er sich gegen die „naive Gleichsetzung von Demokratie und Parlamentarismus, etabliertem Repräsentations- und Wahlmechanismus“ wandte.⁶⁰³ Demokratie sei nämlich erst durch die Selbstbestimmung der mündigen Individuen verwirklicht und nicht durch die unmündige Akklamation von Institutionen bei Nationalratswahlen. Das Parlament wäre zudem nicht der Raum, wo Entscheidungen getroffen würden, sondern diese wurden vielmehr in den „privaten“ Räume der Parteien und Verbände gefällt.⁶⁰⁴ Hierbei ist anzumerken, dass die Kritik der österreichischen Sozialpartnerschaft im VSStÖ eine lange Tradition hatte (Vgl. Kapitel 2.6 & 3.4.1.1). Im Wintersemester 1968 hatte der VSStÖ, wahrscheinlich schon im Zuge des ÖH-Wahlkampfes, ein Parlamentarismus-Symposium vom 11. bis zum 17. November 1968 veranstaltet, bei dem der Politikwissenschaftler Johannes Agnoli vom Otto-Suhr-Institut in Berlin über Möglichkeiten verstärkter, direkter Mitbestimmung referierte. Diese Veranstaltung war auch ein Beitrag zum 50. Jubiläum der Republik, erhielt jedoch von Studierenden nur mäßig Zulauf.⁶⁰⁵

Es kann bezweifelt werden, dass diese beiden Kampagnen unter den Studierenden auf überwiegend positives Echo stießen, da sie eine gewisse Komplexität und keinen unmittelbaren Bezug zur Lebensrealität der Studierenden aufwiesen. Diese Strategie hatte mit Sicherheit auch Einfluss auf das negative Abschneiden des VSStÖ bei der ÖH-Wahl.

⁶⁰² Vgl. „Entwurf der sozialistischen Studenten zur Demokratisierung der österreichischen Wirtschaft“ in: neue alternative extra, 4. Jg., Heft 2, Februar 1969, S. 17-19

⁶⁰³ „VSStÖ-Korrespondenz Nr. 1: Der VSStÖ seinen Gönnern, sowie den von ihm frustrierten Kollegen und Genossen“ in: intern, 3. Jg. Nr. 9, Mai 1968, S. 15

⁶⁰⁴ Vgl. ebd. & „Sozialdemokratische Ideologie und sozialistische Praxis“ von Herbert Ostleitner, in: neue alternative, 3. Jg., Heft 4, September/Okttober 1968, S. 27

⁶⁰⁵ Vgl. intern, 3. Jg., Nr. 11, Oktober 1968 & „Kann man die Demokratie verbessern? – Studenten kritisieren Parlamentarismus“ in: AZ vom 19.11.1968, S. 3 & „Opposition im autoritären Sozialstaat (I)“ von Wilhelm Burian in: theorie und praxis, Jg. 5, Heft 2/3, Juli 1970, S. 15

Am Mittwoch, 22. Jänner 1969 fand die ÖH-Wahl 1969 statt. Der Wahltag war von Demonstrationen gegen den Schah-Besuch überschattet, bei denen es zu Auseinandersetzungen zwischen Regimegegnern und „Jubelpersern“⁶⁰⁶ kam (Vgl. Kapitel 4.2.3).⁶⁰⁷

Das Wahlergebnis auf Bundesebene war für den VSStÖ, trotz der vielen Aktivitäten ernüchternd. Im Vergleich zu 1967 (13,11%) verlor der VSStÖ bundesweit rund ein Prozent der Stimmen und fiel auf 12,24 %, was einen realen Verlust von ca. 400 Stimmen ausmachte. Die Wahlbeteiligung fiel von 64% auf 53%. Die linken Studierendenfraktionen hatten, bis auf die „Aktion“ mit 7,66 % (+3,66%) eine herbe Niederlage erlitten.⁶⁰⁸ Im Vergleich dazu kam die ÖSU auf 49,08% und der RFS 28,5%.

Als Hauptgrund für das mäßige Abschneiden des VSStÖ bei den ÖH-Wahlen wurde der „*Politisierungsprozess an den Hochschulen*“ in Bezug auf die Ausdifferenzierung bzw. das Wiederantreten verschiedener fortschrittlicher bzw. linker studentischer Gruppierungen wie der „Aktion“ oder der VDS angeführt.

„An der Universität Wien, die seit einiger Zeit das Agitationszentrum der studentischen Linken ist, gelang es uns leider nicht, unser Stimmenpotential auszuweiten. Dies ist wohl einerseits auf das erstmalige Auftreten der „Aktion“, die etwa 8 % der Stimmen auf sich vereinigen konnte, andererseits auf die außerordentlich vehement geführte Wahlkampagne der ÖSU und auf die Persien-Ereignisse zurückzuführen. Auch erhielten wir von der SPÖ die Wahlkampfunterstützung sehr spät überwiesen (Mitte Dezember).“⁶⁰⁹

An diese Wahlanalyse, die im wesentlichen externen Faktoren die Schuld am mäßigen Abschneiden des Verbandes bei den Wahlen gab, schlossen sich unmittelbare Handlungsanleitungen an.

„Das Fazit der Wahl ist, dass wir unbedingt daran gehen müssen, an den Hochschulen arbeitsfähige Gruppen aufzubauen, die im Sinne eines radikalen Sozialismus an der Basis ihre Arbeit in die Hörsäle und Institute bringen. Wichtiger als jedes Wahlergebnis ist jedoch weiter unsere politische Arbeit an den Hochschulen mit dem Ziele einer radikalen

⁶⁰⁶ Beim Schah-Besuch 1967 in Berlin demonstrierten Studierende gegen das diktatorische Regime. Die sogenannten „Jubelperser“ waren Mitarbeiter des iranischen Geheimdienstes SAVAK, die neben den AnhängerInnen des Schahs als Gegendemonstranten unbehelligt von der deutschen Polizei mit Holzplatten auf die demonstrierenden Studierenden einprügelten. Seitdem wird der Begriff auch metaphorisch für jede Art von bestelltem Applaus gebraucht. Vgl. Net-Lexikon <http://www.lexikon-definition.de/Jubelperser.html> (Stand: 12.12.2004)

⁶⁰⁷ Vgl. „Studentenprotest gegen Perserterror – Neuerlicher Marsch durch die Innenstadt“ & „Persische Schläger auf Wiener Boden“ in: AZ vom 22.1.1969, S. 1 & 3

⁶⁰⁸ Vgl. „Uni Wahl: Progressive Tendenz“ in: AZ vom 24.1.1969, S. 1 & Fischer-Kowalski, 1973; S. 609; Ebner/Vocelka, 1998, S. 191 & Keller, 1983, S. 86

⁶⁰⁹ intern, 4. Jg., Nr.3, Februar 1969, S. 3

Demokratisierung fortzusetzen. Die politische Aufklärung und Agitation müssen noch mehr in den Vordergrund gestellt werden. Diese Arbeit kann aber nicht über die funktionsentleerte ÖH geleistet werden.“⁶¹⁰

4.4 Auseinandersetzungen mit der SPÖ – zwischen Auflehnung, Bruch, Loyalität und Unterwerfung

Für den VSStÖ wurde die Beziehung zur SPÖ mit zunehmender Hinwendung zu den Theorien der „Neuen Linken“, welche auch tiefgreifende Kritik an den Institutionen des „Systems“ miteinschloss, immer schwieriger. Dazu kam der neidvolle Blick über die Grenze in die Bundesrepublik Deutschland auf den parteiunabhängigen SDS, der unter den Studierenden an den Universitäten höchste Popularität genoss und zudem Kritik an der Sozialdemokratie äußern konnte ohne mit Sanktionen rechnen zu müssen.

Obwohl Bundesparteivorsitzender Kreisky immer betonte die Studierendenbewegung ernst zu nehmen⁶¹¹ und sie sogar in der Bedeutung mit den Ereignissen des Jahres 1848 verglich,⁶¹² war er gegenüber der „Neuen Linken“ äußerst skeptisch.

„Innerhalb der SPÖ ist kein Platz für sogenannte „Neue Linke“ schon gar nicht wenn diese anarchistische, maoistische oder leninistische Ideen vertritt. Wohl aber, (...) bietet die Sozialistische Partei jungen und schöpferischen Kräften die Hand zur Mitarbeit und werde sehr rasch auf Vorschläge reagieren, die zum Wohle der Menschen in unserem Lande sowie zur Durchsetzung eines demokratischen Sozialismus in Österreich dienen.“⁶¹³

Aufgrund dieser Skepsis, aber auch aus einem, teils überzeugten teils nach den Nationalratswahlen 1966 quasi medial notwendigen Antikommunismus heraus (Vgl. Kapitel 3.4.1.1 & 3.4.2.2), kam es immer wieder zu Konflikten mit der Partei und zu Subventionsperren, vor allem wenn die Aktionen des VSStÖ in der Öffentlichkeit Aufsehen erregten, nur indirekt mit Hochschulpolitik zu tun hatten und in Allianz mit anderen linken Gruppierungen stattfanden. Trotz der teilweise harten Gangart gegenüber dem VSStÖ zeigte Bruno

⁶¹⁰ intern, 4. Jg., Nr.3, Februar 1969, S. 3

⁶¹¹ Vgl. „Kreisky: Die Studenten ernst nehmen“ in: AZ vom 16.5.1968, S. 2

⁶¹² Vgl. „Kreisky: Keine Politik des Terrors!“ in: AZ vom 20.4.1968, S. 2

⁶¹³ „In SPÖ kein Platz für „Neue Linke““ in: AZ vom 11.6.1968, S. 2

Kreisky stets Diskussionsbereitschaft, forderte diese von „seinen“ StudentInnen auch ein und bezog sie bei der Programmdiskussion der SPÖ als „ExpertInnen“ mitein:

„Er hat uns auch immer wieder herangezogen, hat immer wieder das Gespräch gesucht, auch wenn das nicht nur Eitel Wonne war.“⁶¹⁴

„Der Kreisky war der Einzige, der gesehen hat, dass die SP keine Intellektuellen hat und dass sie ausblutet und dass das Personal ausgeht. Er war immer sehr bemüht. Er hat dann oft angerufen, wir sind dann raus gefahren zu ihm (vermutlich in das Privathaus in die Armbrustergasse in Wien-Döbling, Anm. d. Verf.), da hat er zwar dann auch geschrien und hat sich aufgeregt. Es war, wie wenn ich mir einen Vater vorstelle, der anderer Meinung ist und mir etwas verbietet, aber mit dem ich reden kann. Er war für uns wie ein Wunder.“⁶¹⁵

4.4.1 Bruch des Demonstrationsabkommens am 29. November 1967

Im Zuge der Hochschulkampagne des VSStÖ im Wintersemester 1967 veranstaltete der VSStÖ ein Teach-In zu „Industriegesellschaft und Repression am Beispiel der Hochschule“, bei dem auch Rudi Dutschke als Diskutant geladen war, jedoch nicht erschien.

„Kollege Dutschke war aber bei der Veranstaltung nicht anwesend, weil gegen ihn und 70 andere Studenten der Freien Universität Berlin inzwischen Ermittlungsverfahren nach einer Demonstration für einen verhafteten Kollegen eingeleitet worden waren.“⁶¹⁶

Wie Günther Blecha und Anton Baier später dem SP-Präsidium erklärten, wollte sich die Masse der beim Teach-In versammelten Studierenden, die eigentlich Rudi Dutschke erwartet hatten, sich mit den Berliner FU-StudentInnen solidarisieren und es nicht nur bei einer telegraphischen Solidaritätsnote bewenden lassen, sondern zudem eine spontane Demonstration zur bundesdeutschen Botschaft durchführen.

„Der Diskussionsleiter Silvio Lehmann plädierte dafür, die Demonstration auf einen späteren Zeitpunkt zu verschieben, in der Absicht, Zeit zu gewinnen, um mit der SPÖ in Verbindung zu treten (Beweis: Mitschnitt auf Magnetband). Vertreter des VSStÖ nahmen gegen die Demonstration Stellung. Die meisten anwesenden Studenten gehörten nicht dem VSStÖ an.“⁶¹⁷

⁶¹⁴ Interview Eva Kreisky, 1.7.2004, S. 12

⁶¹⁵ Interview Wilhelm Burian, 4.7.2004, S. 10

⁶¹⁶ Erklärung des VSStÖ vom 6.12.1967 an das Präsidium der SPÖ, gezeichnet von Günther Blecha und Anton Baier; S. 2 in: Mappe VSStÖ 1965-1967, (Briefverkehr Zentralsekretariat)

⁶¹⁷ Ebd. S. 2

Die Anwesenden sprachen sich für die Protestkundgebung aus und eine Gruppe von zweihundert StudentInnen demonstrierte friedlich vor der deutschen Botschaft in Wien für Rudi Dutschke.

„Die Sozialistische Partei stellt dazu fest, dass sie mit dieser Demonstration nicht das geringste zu tun hat.“⁶¹⁸

Nicht nur die SPÖ distanzierte sich von den Protesten, dem VSStÖ wurde der Bruch des Demonstrationsabkommens, welches nach den Mai-Vorkommnissen 1967 getroffen wurde (Vgl. Kapitel 3.4.2.2), vorgeworfen. In einem Schreiben an den gesamten Parteivorstand bat Zentralsekretär Gratz *„bis zu einer Befassung des Parteivorstandes mit der Angelegenheit, bei Verhandlungen über Unterstützung der sozialistischen Studenten darauf Bedacht zu nehmen, dass diese Organisation offenkundig Vereinbarungen nicht einhält.“⁶¹⁹*

Dieser „Hinweis“ des Zentralsekretärs kann als indirekte Aufforderung zur Subventionsperre gegenüber dem sozialistischen Studierendenverband bewertet werden.

Der VSStÖ reagierte mit einem Brief, der den Sachverhalt klären sollte und wieder einmal den Spagat zwischen Parteidisziplin und Bemühungen um Akzeptanz bei linken, parteiungebundenen, antiautoritären Studierenden verdeutlicht.

„Unsere Forderung nach Demokratisierung wird aber nur dann glaubwürdig sein, wenn wir in unseren Veranstaltungen demokratische Modelle in die Realität umsetzen, wenn wir unsere hochschulpolitischen Vorschläge öffentlich zur Diskussion stellen und wenn über diese in direkter demokratischer Abstimmung entschieden wird. (...) Soll der oben skizzierte Anspruch ernstgenommen werden, so müssen wir in Kauf nehmen, dass bei unseren Veranstaltungen auch Anträge zur Abstimmung gelangen, die mit der Politik des VSStÖ nicht in Einklang stehen.“⁶²⁰

Der VSStÖ war der Ansicht, dass diese spontane Demonstration von den TeilnehmerInnen des Teach-Ins ausging, nicht vom Veranstalter selbst, weshalb sie nicht unter das Demonst-

⁶¹⁸ „Demonstration vor Deutscher Botschaft“ in: AZ vom 1.12.1967, S. 2

⁶¹⁹ Vertraulicher Brief von Leopold Gratz an Präsident Hrdlitschka (Mitglied des Parteivorstandes) vom 30. 11. 1967, in: Mappe VSStÖ 1965-1967, (Briefverkehr Zentralsekretariat)

⁶²⁰ Erklärung des VSStÖ vom 6.12.1967 an das Präsidium der SPÖ, gezeichnet von Günther Blecha und Anton Baier; S. 1 & 2 in: Mappe VSStÖ 1965-1967, (Briefverkehr Zentralsekretariat)

rationsabkommen fiele. Zudem versicherten die Verfasser der Erklärung dem Parteipräsidium, dass VSSStÖ-Mitglieder als OrdnerInnen fungiert hätten und Ausschreitungen verhindert hätten:

„Selbstverständlich waren Mitglieder und Funktionäre des VSSStÖ bemüht, die spontane Demonstration unter Kontrolle zu bringen. Es ist ihnen auch gelungen, Konfrontationen mit der Polizei zu verhindern. (...) Die Vorstellung, die Demonstration sei vom VSSStÖ von vornherein oder überhaupt beabsichtigt gewesen, entspricht nicht den Tatsachen.“⁶²¹

Die Argumentation des VSSStÖ, die wahrscheinlich auf den basisdemokratischen Ansatz zurückzuführen ist, wurde ob der schwierigen Situation des VSSStÖ auf universitärem Boden wenig verständnisvoll aufgenommen:

„Das erweiterte Präsidium (...) hat diesen Brief nicht als Erklärung Eures Verhaltens akzeptiert. Die von Euch ausführlich wiedergegebene Hochschulpolitik steht in diesem Zusammenhang nicht zur Debatte.“⁶²²

Die Subventionssperre blieb aufrecht.⁶²³ Im Jahr 1968 sollten noch weitere Ereignisse folgen, die diese Entscheidung der Partei weiterhin zu rechtfertigen schienen.

4.4.2 Der „Blasmusikrummel“ am 1. Mai 1968

„Eines zeichnete sich schon im März 1968 ab, nämlich die Unfähigkeit, die verschiedenen politischen Tendenzen zu organisieren und der Studentenbewegung größere Aktionsfähigkeit zu verleihen. Die leidigen Organisationsfragen, die Beziehung VSSStÖ und SP, sowie der Antiautoritarismus belasteten die Diskussion, um so mehr, als nie über Deskription hinausgegangen wurde. Der Abscheu vieler Linker über den ‚Verrat‘ der Sozialdemokratie, also ein moralischer und kein politischer Protest, trugen nicht gerade dazu bei, diese taktische Frage einer Lösung zuzuführen.“⁶²⁴

Dem 1. Mai 1968 am Wiener Rathausplatz gingen Vorkommnisse im April 1968 voraus, die als Eskalationsstufen in der bereits angespannten Beziehung zwischen SPÖ und VSSStÖ zu bewerten sind.

⁶²¹ Erklärung des VSSStÖ vom 6.12.1967 an das Präsidium der SPÖ, gezeichnet von Günther Blecha und Anton Baier; S. 3 in: *Mappe VSSStÖ 1965-1967*, (Briefverkehr Zentralsekretariat)

⁶²² Brief von Leopold Gratz an den VSSStÖ vom 12. 12. 1967, in: *Mappe VSSStÖ 1965-1967*, (Briefverkehr Zentralsekretariat)

⁶²³ Vgl. Keller 1983, S. 62

Nach dem Attentat auf Rudi Dutschke rief der VSStÖ am 12. April 1968, wie schon im Kapitel 4.2.2 teilweise geschildert, zu einer Demonstration durch die Wiener Innenstadt zum Redaktionsgebäude der „Hörzu“ auf. Die Kundgebung, die mit der Polizei sogar abgesprochen war, verlief friedlich. Der VSStÖ verhielt sich „vorbildlich“, jedoch abermals anscheinend nicht im „Einklang“ mit dem Demonstrationsabkommen und somit im Sinne der Partei:

„Vor dem Haus Mariahilfer Straße 84, wo sich die Wiener Springer-Filiale befindet, sprachen die VSStÖ-Funktionäre Silvio Lehmann und Kurt Greussing zu den Demonstranten und riefen zur Wachsamkeit auf. Radikale, die das Haus stürmen wollten, wurden von den Verbandsführern von ihrem Vorhaben abgehalten. Die Polizei begnügte sich damit das Haus abzuriegeln. (...) Auf dem Stock-im-Eisen-Platz hielt ein Studentenfunktionär eine kurze Ansprache. Was die Juden für die Propaganda der Nationalsozialisten gewesen seien, sagte er, seien heute die Studenten für die Springer-Presse. Mit der Aufforderung, sich unter die Passanten zu mischen und Diskussionen anzufangen, wurde die Demonstration aufgelöst.“⁶²⁵

In einer Pressekonferenz des VSStÖ kritisierte Peter Kowalski die tendenziöse Berichterstattung der österreichischen Medien gegen die Studierenden über die Proteste nach dem Attentat an Dutschke.⁶²⁶ Sollten zum Beispiel die „Kronen Zeitung“ oder der „Wiener Montag“ nicht von dieser Art der Berichterstattung abrücken, werde sich der VSStÖ Aktionen gegen diese Zeitungen vorbehalten.⁶²⁷

Bruno Kreisky, Parteivorsitzender der SPÖ, reagierte auf die Ereignisse und die maßgebliche Beteiligung des VSStÖ an dieser Demonstration am 18. April 1968 folgendermaßen:

„Ich habe immer wieder erklärt, dass man die studentische Opposition nicht ignorieren darf. Ich kann verstehen, dass die Erregung der Studenten groß war, als man Rudi Dutschke niederschoss. Aber eines muss ich – auch den eigenen Studenten – mit aller Deutlichkeit sagen: Wir werden uns die Vernichtung der Demokratie durch eine Handvoll Menschen, die nicht wissen, was aus dem allen werden kann, nicht gefallen lassen. Mit den Methoden des Terrors kann man keine Politik machen, (...). Die Politisierung der Studentenschaft kann in ihrer Bedeutung durchaus mit den Ereignissen des Jahres 1848 verglichen werden,

⁶²⁴ „Opposition im autoritären Sozialstaat (I)“ von Wilhelm Burian in: *theorie und praxis*, Jg. 5, Heft 2/3, Juli 1970, S. 15

⁶²⁵ „Dutschke-Anschlag: Wirbel auch in Wien“ in: *AZ* vom 13.4.1968, S. 1

⁶²⁶ Hans Dichand, *Kronen Zeitung* vulgo „Cato“ warf Rudi Dutschke vor, den Brand des Justizpalastes in Wien als großes politisches Vorbild vor Augen gehabt zu haben und jede Ordnung abzulehnen. Vgl. Ebner, Paulus; Vocelka, Karl: „Die zahme Revolution“, Ueberreuter Verlag, Wien 1998, S. 148

⁶²⁷ Vgl. „VSStÖ-Appell: Objektiv über Studentenproteste berichten!“ in: *AZ* vom 18.4.1968, S. 2

sagte Kreisky weiter. Wenn die Studenten jetzt wehleidig schreien, dass alle anderen schuld seien, nur sie nicht, die selbst Steine geworfen, Benzinkanister angezündet und Gewalt angewendet haben, so kann ich das nicht tolerieren. So sehr ich mich auch immer gegen Gewaltmethoden, von wo immer sie gekommen sind, gewendet habe, so werde ich alles tun, um einen latenten Konflikt mit der Polizei zu verhindern. Wir haben volles Verständnis für die politischen Reformvorschläge der Studenten (...).⁶²⁸

An dieser Stelle muss erwähnt werden, dass nach dem Attentat auf Rudi Dutschke in der Bundesrepublik Deutschland Zehntausende demonstrierten (in Wien waren es ca. 500 KundgebungsteilnehmerInnen), die Auslieferungen von Zeitungen des Springer-Verlages verhindert und Fahrzeuge in Brand gesetzt wurden sowie Straßenschlachten stattfanden.⁶²⁹ In Österreich kam es während der Ostertage 1968 zu keinen gewalttätigen Ausschreitungen.

Der VSStÖ reagierte auf die mahnenden Worte Kreiskys mit einer polemischen Stellungnahme, die auf einer Mitgliedervollversammlung am 23. April 1968, beschlossen wurde.⁶³⁰

„Wir haben immer wieder erklärt, dass man etablierte Herrschaft nicht ignorieren darf. Wir können verstehen, dass die Erregung unter den verschiedenen Politikern groß war, als es zu studentischen Aktionen nach dem Attentat auf Rudi Dutschke kam. Aber eines müssen wir – auch dem eigenen Parteivorsitzenden – mit aller Deutlichkeit sagen: Wir werden uns die Vernichtung der Demokratie durch eine Handvoll Funktionäre und Journalisten, die sehr wohl wissen, was aus dem allen werden kann, nicht gefallen lassen. Mit den Methoden des publizistischen und Polizeiterrors kann man keine Politik machen, (...). Die brutale Reaktion der Obrigkeit kann in ihrer Bedeutung durchaus mit den Ereignissen des Jahres 1848 verglichen werden. Wenn Politiker und Zeitungsherausgeber jetzt wehleidig schreien, dass alle anderen schuld seien, nur sie nicht, die zum ‚Ausmerzen von Störenfrieden‘ aufgefordert haben, berittene Polizei in friedliche Demonstranten reiten ließen, völlig unnötig Gewalt angewendet und zu ihrer Anwendung aufgerufen haben (‚Bild‘-Zeitung, Regierender Bürgermeister Schütz), so können wir das nicht tolerieren. So wie wir uns immer gegen autoritäre Gewaltmethoden, von wo immer sie gekommen sind, gewendet haben, so werden wir alles tun, um einen von verantwortungslosen Meinungsmachern hochgespielten Konflikt mit der Polizei zu verhindern.“⁶³¹

⁶²⁸ „Kreisky: Keine Politik des Terrors!“ in: AZ vom 20.4.1968, S. 2

⁶²⁹ Vgl. „Dutschke-Anschlag: Wirbel auch in Wien“ in: AZ vom 13.4.1968, S. 5; Mosler, Peter: „Was wir wollten, was wir wurden“, Rowohlt Verlag, Reinbek 1988, S. 288; Dutschke-Klotz, Gretchen/Gollwitzer, Helmut/Miermeister, Jürgen (Hrsg.) „Rudi Dutschke - Mein langer Marsch“, Rowohlt Verlag, Reinbek 1980 S. 232; Aust, Stefan: „Der Baader-Meinhof-Komplex“, Knaur Verlag, München 1989; S. 63ff

⁶³⁰ Vgl. „Dokumentation zum Konflikt“ in: intern, 3. Jg., Nr. 9, Mai 1968, S. 1

⁶³¹ „Dokumentation zum Konflikt“ in: intern, 3. Jg., Nr. 9, Mai 1968, S. 2

Diese Vollversammlung hatte laut Keller auch den ultimative Austritt des VSStÖ aus der SPÖ gefordert.⁶³² In einer „Dokumentation zum Konflikt“ wurde jedoch lediglich erwähnt, dass auf dieser Vollversammlung das Verhältnis des VSStÖ zur SPÖ eingehend diskutiert wurde.⁶³³

„Am 23. 4. wurde nach einem Referat von Scharang das Selbstverständnis des VSStÖ und die Stellung zur Sozialdemokratie diskutiert. In einer Tendenzabstimmung kritisierte die Mehrheit das Verhalten der SPÖ gegenüber den Entlassungen in den Elin-Werken und die Stellungnahme zu den Osterunruhen in der Bundesrepublik.“⁶³⁴

In dieser Zeit nahmen Mitglieder des VSStÖ an Protestkundgebungen der Elin-Arbeiter teil, wo Flugblätter, die Kritik am ÖGB beinhalteten, auftauchten,⁶³⁵ was zusätzlich den Unmut der Partei hervorrief (Vgl. Kapitel 4.2.4.1). Aufgrund der Vorkommnisse beschloss der Parteivorstand eine Aussprache mit dem VSStÖ und ließ dieses Vorhaben öffentlich in der AZ verlautbaren:

Der Parteivorstand der SPÖ beauftragte Parteivorsitzenden Doktor Kreisky (...) unverzüglich mit den Verantwortlichen des Verbandes Sozialistischer Studenten eine Aussprache herbeizuführen und festzustellen, inwieweit diese dafür sorgen, dass sich die Aktivität des Verbandes und seiner Funktionäre in einem Rahmen hält, der im Einklang mit den Pflichten einer SPÖ angeschlossenen Organisation steht.“⁶³⁶

Eine Aussprache des Verbandsvorstandes mit Bruno Kreisky am Abend des 25. Aprils hatte weitgehende Zugeständnisse des VSStÖ zur Folge, welche am 27. April 1968 vom Verbandsvorstand beschlossen wurden. Diese Zugeständnisse beinhalteten eine genaue Mitgliedererfassung des Verbandes und somit auch die Feststellung aller Delegierten für den nächsten Verbandstag durch die zentrale Kontrollkommission, die Abhaltung eines ordentlichen Verbandstages vom 23. bis zum 25. Mai 1968, die Teilnahme an den SPÖ-Maifeiern unter Sanktionsandrohung bei abweichendem Verhalten von Mitgliedern, keinerlei „isolierte öffentliche Stellungnahmen oder Aktionen“ bis zum ordentlichen Verbandstag und die Einhaltung des (Demonstrations-)Abkommens mit der SPÖ. Nur in ei-

⁶³² Vgl. Keller, 1983, S. 69

⁶³³ Vgl. „Dokumentation zum Konflikt“ in: intern, 3. Jg., Nr. 9, S. 2

⁶³⁴ „Opposition im autoritären Sozialstaat (I)“ von Wilhelm Burian in: theorie und praxis, Jg. 5, Heft 2/3, Juli 1970, S. 15

⁶³⁵ Vgl. Ebner/Vocelka, 1998, S. 152

⁶³⁶ AZ vom 26.4.1968, S. 1 & „Dokumentation zum Konflikt“ in: intern, 3. Jg., Nr. 9, S. 2, sowie vgl. Keller, 1983, S. 69

nem Beschlusspunkt setzte sich der VSStÖ zur Wehr und verurteilte die Bezeichnung „*Terrororganisation*“, die Parteivorsitzender Kreisky auf den VSStÖ angewendet hatte.⁶³⁷

Die offizielle VSStÖ-Mai-Feier am Abend des 30. Aprils 1968 auf der Rampe der Wiener Universität sowie der offizielle Mai-Aufmarsch am Vormittag darauf verliefen ruhig. Der VSStÖ hatte auf die Teilnahme am traditionellen Fackelzug verzichtet.⁶³⁸

Am Nachmittag des 1. Mai 1968 kam es gegen DemonstrantInnen des „Aktionskomitees sozialistischer Arbeiter und Studenten“ zu einem brutalen Einsatz der Polizei am Rathausplatz. Anders als manche Medien berichteten,⁶³⁹ bemühte sich der VSStÖ in seiner „Dokumentation zum Konflikt“ um eine sachliche Darstellung der Ereignisse, die später unter dem Begriff „Blasmusikrummel“ zusammengefasst wurden.

„Am 1. Mai fand um 13 Uhr beim Maria Theresien-Denkmal eine Protestkundgebung gegen die Entlassungen bei Elin statt. Veranstatet wurde diese Kundgebung vom ‚Aktionskomitee Sozialistischer Arbeiter und Studenten‘, dem auch einige Mitglieder und Funktionäre des VSStÖ angehörten. Im Anschluss an diese Kundgebung fand dann eine Demonstration zum Rathausplatz statt. Dort sollte um 15 Uhr 30 ein Blasmusikkonzert einiger Trachtenkapellen aus den Bundesländern durch Bürgermeister Marek eröffnet werden. Die Demonstranten forderten Diskussion über Probleme, die gerade am 1. Mai zur Sprache kommen sollten – wenigsten nach Meinung dieser ‚intellektuellen Nihilisten‘ (O-Ton von Bürgermeister Marek in einem Rundfunkinterview in der Sendung ‚Gestern abend in der Welt‘ vom 2. Mai 1968, Anm. d. Verf.) Diese Diskussion wurde ihnen von Genossen Marek auch zugesichert. Genosse Marek erinnerte dann in seiner Ansprache an die antifaschistischen Kämpfer, die in den Blutkern der Gestapo ihr Leben für die Freiheit Österreichs hingaben – worauf eine Trachtenkapelle flotte Weisen zu spielen begann. Marek, an die zugesagte Diskussion erinnert, sagte nur: „Jetzt wird nicht diskutiert, jetzt wird musiziert“. Als sich die Demonstration bereits aufzulösen begann, drohte Genosse Weisbier von der Jungen Generation die Räumung des Platzes innerhalb von fünf Minuten durch die Polizei an, - um 16 Uhr sollte nämlich eine Übertragung des Blaskonzertes durch den Österr. Rundfunk stattfinden. Weisbier sagte auch noch, die Diskutanten mögen sich in den Rathauspark begeben. In diese sich bereits in Auflösung befindliche Menschenmenge hinein erfolgte dann der brutale Einsatz der Polizei, der zu dieser Zeit überhaupt nicht mehr notwendig war, denn die Demonstranten waren bereits im Begriffe, den Platz zu verlassen.“⁶⁴⁰

⁶³⁷ Vgl. „Dokumentation zum Konflikt“ in: intern, 3. Jg., Nr. 9, S. 3 - 4

⁶³⁸ Vgl. Keller, 1983, S. 71

⁶³⁹ Vgl. Kronen Zeitung vom 3. Mai 1968, zitiert nach „Dokumentation zum Konflikt“ in: intern, 3. Jg., Nr. 9, S. 5

⁶⁴⁰ Vgl. „Dokumentation zum Konflikt“ in: intern, 3. Jg., Nr. 9, S. 5

Folgender subjektiv geprägte, polemischere Schilderung vervollständigt die damalige Einschätzung der Geschehnisse von Seiten des Verbandes:

„Unter Mitwirkung all dieser Freunde und Gönner der studentischen Linken und prospektiven antiautoritären bzw. außerparlamentarischer Opposition, kam dann, voraussehbar, aber nicht vorhergesehen, die Burleske beim Blaskonzert am Rathausplatz zustande – seriös durch die Denkmalkaktion der Polizei und die Hysterie der um ihre Rundfunkdirektübertragung bangenden SP-Veranstalter. Nochmals hervorzuheben die Beteiligung einiger Statistengruppen: gesteinigte Polizeimärtyrer, schwächlich randalierende Sektierer, provozierende KP-Manipulateure, sozialistische Demonstrationsfetischisten und naive VSStÖ-AktivistInnen (inkl. des Verfassers). Die Gefahr der Zerschlagung oder Isolierung der studentischen Linken bzw. ihrer Manipulation als Objekt parteipolitischer Spekulationen wurde damals plötzlich sehr deutlich.“⁶⁴¹

Wie die AZ berichtete wurden zwischen einem und fünf „Störer“ festgenommen und einige DemonstrantInnen sowie zwei Polizisten verletzt.⁶⁴²

Am selben Abend veröffentlichte der VSStÖ eine Presseerklärung, in der er die Zwischenfälle am Rathausplatz als sehr bedenklich verurteilte, sich jedoch auch von der Kundgebung bzw. Demonstration distanzierte, indem jeglicher Zusammenhang zwischen dem „Aktionskomitee sozialistischer Arbeiter und Studenten“ und dem VSStÖ bestritten und mit Bedauern die Teilnahme einzelner VSStÖ-Mitglieder an den Aktionen festgestellt wurde. Zudem behielt sich der Verband Sanktionen gegenüber den TeilnehmerInnen vor. Der VSStÖ sei immer für innerparteiliche und öffentliche Diskussion eingetreten und verurteile deshalb eine derartige Diskussionsverweigerung, aber auch die Störung des Platzkonzertes. An dieser Stelle wurde auf die kalmierenden Aktionen der VSStÖ-Funktionäre am Rathausplatz hingewiesen, die versucht hätten die Protestversammlung in Diskussionsgruppen aufzulösen, um Störungen zu vermeiden. Beim „unbedachten“ Einschreiten der Polizei seien aus diesem Grund nur mehr wenige DiskutantInnen am Platz gewesen. Abschließend kritisierte der Verband die unzureichenden Präventionsmaßnahmen gegenüber

⁶⁴¹ „VSStÖ-Korrespondenz Nr. 1: Der VSStÖ seinen Gönnern, sowie den von ihm frustrierten Kollegen und Genossen“, Verfasser nicht dokumentiert; in: intern, 3. Jg. Nr. 9, Mai 1968, S. 13

⁶⁴² Die AZ berichtet auf der ersten Seite von einem, und auf der zweiten Seite von fünf festgenommenen ‚Störern‘. Diese Differenz lässt an der Detailgenauigkeit des gesamten Berichtes zweifeln. Vgl. „Erster Mai: Hunderttausende rechnen mit Pleiteregierung ab“ in: AZ vom 3.5.1968, S. 1 & 2

Störaktionen von Seiten der Veranstalter und der Polizei sowie das ungerechtfertigte, unnötige, überstürzte und harte Eingreifen der Polizei.⁶⁴³

Die Rundfunkrede des Wiener Bürgermeisters Bruno Marek am 2. Mai 1968 in der Sendung „Gestern abend in der Welt“ musste bei manchen Beteiligten als zusätzliche Provokation aufgefasst werden. Marek bezeichnete darin die protestierende Versammlung als *„Gruppe intellektueller Nihilisten, die irgendeine Himmelfahrt vorbereiten“* und als *„Menschen, die haltlos im luftleeren Raum leben, in einem seelischen Selbstmordstadium, - und die gibt es halt überall. Das sind unglückliche Menschen, die eigentlich einer nervenärztlichen Behandlung zugeführt werden sollen. Zu dieser Behauptung komme ich, weil sie während der Musikvorträge sich formiert haben zu einem Riesen-Reigen und haben getanzt und aus mitgenommenen Coca-Cola Flaschen – ich weiß nicht, ob nur Coca-Cola Getränke in diesen Flaschen sich befunden haben – Reigen getanzt haben.“*⁶⁴⁴

Bruno Kreisky verlangte am 2. Mai 1965 in einem Schreiben an den VSStÖ eine eindeutige Stellungnahme des VSStÖ zu den Vorfällen, die so eindeutig sein sollte, dass an ihrer Aufrichtigkeit nicht gezweifelt werden könne. Er verurteilte die Störung als *„krasse Verletzung demokratischer Grundsätze“* und erinnerte eindringlich an das nur wenige Tage vor dem 1. Mai erneuerte Demonstrationsabkommen des VSStÖ mit der SPÖ. Kreisky zeigte sich verständnislos gegenüber der Passivität der VSStÖ-Führung, Mitglieder an der Teilnahme an solchen Veranstaltungen abzuhalten und wies auf die volle politische Verantwortung des Verbandsvorstandes bzw. des –präsidiums für deren Mitglieder hin. Als Maßnahme schlug der Parteivorsitzende den Ausschluss von jenen VSStÖ-Mitgliedern vor, die an der Störung bzw. an der *„Kundgebung mit den Kommunisten“* teilgenommen hatten und somit *„ihre Mitgliedschaft im VSStÖ verwirkt“* hätten. Die Beschlüsse seien unverzüglich zu fällen und dem Zentralsekretariat mitzuteilen.⁶⁴⁵

⁶⁴³ Vgl. Presseerklärung des VSStÖ vom 1. Mai 1968; in: „Dokumentation zum Konflikt“ in: intern, 3. Jg., Nr. 9, S. 6

⁶⁴⁴ Bürgermeister Marek in einem Telefoninterview an den Österreichischen Rundfunk vom 1.5.1968; Ausstrahlung am 2.5.1968 in der Sendung „Gestern abend in der Welt“, 7 Uhr 10; in: „Dokumentation zum Konflikt“ in: intern, 3. Jg., Nr. 9, S. 6 & 7

⁶⁴⁵ Vgl. „Erster Mai: Hunderttausende rechnen mit Pleiteregierung ab – Kreisky: Scharfe Maßnahmen gegen Störenfriede – VSStÖ distanziert sich“ in: AZ vom 3.5.1968, S. 1 & 2; & Schreiben von Bruno Kreisky an den VSStÖ vom 2.5.1968, in: „Dokumentation zum Konflikt“ in: intern, 3. Jg., Nr. 9, S. 7f

Wie im Kapitel 4.2.4.1 schon ausgeführt, kamen 13 GenossInnen etwaigen Beschlüssen des Verbandes zuvor und verließen den VSStÖ.

Ganz im Sinne des Parteivorsitzenden wiederholte der VSStÖ in seinem Antwortschreiben die Presseerklärung vom Abend des 1. Mai 1968 (siehe oben), verschärfte jedoch im Abschnitt „Störungen abgelehnt“ seine kritische Haltung zu Störaktionen bei Veranstaltungen. Besonders bedauerte der Verband die Behinderung von Bürgermeister Marek bei seiner Eröffnungsrede und versprach die Entsendung einer Delegation zur Klärung der Vorfälle, was dem Versprechen einer Entschuldigung wohl gleichkommen sollte. Zudem wurden in der Stellungnahme alle Mitglieder, die an der Aktion teilgenommen hatten aufgefordert, ihre Mitgliedschaft zurückzulegen. Aber auch jene deren politische Grundhaltung im Widerspruch zum Grundsatzprogramm der SPÖ und der Organisationsstatuten der Partei und des Verbandes sowie dessen politischen Richtlinien stehe, sollten Konsequenzen daraus ziehen. Sollte dieser Aufforderung nicht freiwillig nachgekommen werden, würden statutarische Maßnahmen (Ausschlussverfahren) ergriffen werden. So hoffte der VSStÖ seiner politischen Verantwortung für seine Mitglieder genüge zu tun, und unterstrich dies zusätzlich mit der Unvereinbarkeitserklärung über die gleichzeitige Mitgliedschaft im VSStÖ und SÖS.⁶⁴⁶ Des weiteren versicherte der VSStÖ dem Parteivorstand die Einhaltung der getroffenen Vereinbarungen (Aussprache am 25. April 1968), startete jedoch zusätzlich eine Art Erklärungsversuch:

„Die jüngsten Zwischenfälle in Zusammenhang mit dem VSStÖ sind nur mit der Funktion des Verbandes als Sammelbecken für alle demokratischen linken Studenten in einer durch konservative Kräfte besonders dominierten Hochschulsituation zu verstehen und mit der Einsicht in die Notwendigkeit einer progressiven Entwicklung des Hochschulbereichs als einer der Voraussetzungen für die Verwirklichung einer sozialen Demokratie in Österreich.“⁶⁴⁷

Abschließend stellte der VSStÖ fest, dass er klar auf dem Boden des Wiener Programms der SPÖ stehe.⁶⁴⁸

⁶⁴⁶ Vgl. Antwortschreiben des VSStÖ (Silvio Lehmann und Erich Schmidt) an den Parteivorsitzenden vom 3. Mai 1968, Teil I & II, in: „Dokumentation zum Konflikt“ in: intern, 3. Jg., Nr. 9, S. 8f & „Studenten: Eindeutige Distanzierung“ in: AZ vom 4.5.1968, S. 2

⁶⁴⁷ Antwortschreiben des VSStÖ (Silvio Lehmann und Erich Schmidt) an den Parteivorsitzenden vom 3. Mai 1968, Teil III, in: „Dokumentation zum Konflikt“ in: intern, 3. Jg., Nr. 9, S. 9 & „Studenten: Eindeutige Distanzierung“ in: AZ vom 4.5.1968, S. 2

⁶⁴⁸ Vgl. ebd.

Am 5. Mai 1968 tagte der Vorstandsvorstand des VSStÖ in Wien. Die wichtigsten Beschlüsse dieser anlassbezogenen Vorstandssitzung waren die Bestätigung des Ausschlussbeschlusses des Wiener Sektionsvorstandes gegen Hans Schöffmann, die Empfehlung an den Wiener Vorstand die zwei ausgeschiedenen Vorstandsmitglieder (Michael Genner und Hermann Dworzak, Vgl. Kapitel 4.2.4.1) durch Kooptierung zu ersetzen und die Verhängung eines „*Aufenthaltsverbot für organisationsfremde Personen in den Verbandsräumlichkeiten*“. Ausnahmen sollte der Wiener Vorstand nur in Absprache mit der Verbandsführung beschließen können.⁶⁴⁹ Dieser letzte Beschluss sollte jedoch in der folgenden Zeit nicht sehr strikt eingehalten werden, was die Zusammenarbeit mit der SÖS/FNL vermuten lässt (Vgl. Kapitel 4.2.4.1).

„Es war ein sehr schlampiges Verhältnis, würde ich das Ganze nennen. Es hat auch keine klaren Abgrenzungen gegeben (...). Das war schon ganz witzig, dass wir, die wir damals im VSStÖ blieben, und nicht sozusagen rausgingen und entweder maoistisch oder SÖS oder was auch immer wurden, plötzlich die „Rechten“ waren. Das war schon ein eindrucksvolles Erlebnis.“⁶⁵⁰

Der VSStÖ versuchte im weiteren Verlauf wahrscheinlich vor allem gegenüber linken, parteiungebundenen Studierenden in einer Stellungnahme zu verdeutlichen, dass er nicht am Gängelband der Partei hing.

„Der VSStÖ hat keine Loyalitätserklärung abgegeben. Er hat vielmehr überstürzt einen taktischen Schritt vollziehen müssen, er ist daher vor der Zeit zu einigem gezwungen worden: organisatorische Differenzierung, Absicherung gegenüber Gruppen der SP-power elite usw.“

Der VSStÖ kennt jedoch keine Loyalität gegenüber Parteiapparaten und Bürokraten. Auch nicht gegenüber einem tagespolitischen Pragmatismus und wahltaktischen Opportunismus der SPÖ. Die Loyalität des Verbandes kann einzig der auch im Grundsatzprogramm der SPÖ zum Ausdruck kommenden Intention gelten, die Emanzipation des Menschen in einer freien Gesellschaft zu leisten.“⁶⁵¹

⁶⁴⁹ Beschlüsse des Vorstandsvorstandes am 5.5.1968 in Wien; in: „Dokumentation zum Konflikt“ in: intern, 3. Jg., Nr. 9, S. 11

⁶⁵⁰ Interview Herbert Leirer, 28.8.2004, S. 13

⁶⁵¹ „VSStÖ-Korrespondenz Nr. 1: Der VSStÖ seinen Gönnern, sowie den von ihm frustrierten Kollegen und Genossen“ in: intern, 3. Jg. Nr. 9, Mai 1968, S. 14f

Der VSStÖ sah seine zukünftige Aufgabe in einer Doppelrolle. Zum einen in der Funktion als „kompromisslose provokatorische Minorität“ und zum anderen „als verlängerter Arm der Studenten in die (-und nicht umgekehrt, selbstverständlich) Institutionen.“⁶⁵²

*„Daraus ergibt sich eine wichtige ‚VSStÖ-spezifische‘ (Demokratisierung im Bildungswesen, antiautoritäre Erziehung, Anm. d. Verf.) Funktion als kritische Minorität innerhalb der Partei. Allerdings nicht um jeden Preis: die Wirksamkeit des VSStÖ in seiner neu zu definierenden Doppelrolle müsste gewahrt bleiben.“*⁶⁵³

Nach den klaren Beschlüssen des Verbandvorstands am 5. Mai schien die Parteiführung dem VSStÖ wieder gewogen, da der Verband die Forderungen des Parteivorsitzenden erfüllt hatte. Bereits Mitte Mai beteuerte Bruno Kreisky wiederum sein Interesse an der Studierendenbewegung:

*„Es müsse klar sein, dass es sich bei der neuen Studentenbewegung nicht um eine vorübergehende unpolitische Erscheinung handelt, sondern um eine sehr ernste, tiefgreifende politische Bewegung (...). Wir haben uns sehr ernsthaft damit beschäftigt und wollen das auch in Zukunft tun. Allerdings darf uns das nicht hindern, in Situationen, in denen demokratische Grundsätze und das Ansehen der Partei gefährdet sind, rasch zu handeln, sonst wäre die Diskussionsbereitschaft geschwächt.“*⁶⁵⁴

Eine Beilegung des Konfliktes zwischen Partei und VSStÖ belegt zudem ein Brief von Zentralsekretär Leopold Gratz vom 7. August 1968.

*„Nach den Gesprächen, die Funktionäre des VSStÖ mit dem Parteivorsitzenden führten, sowie nach den Ausführungen der Vertreter des VSStÖ im Parteivorstand, sind die aktuellen Differenzen mit dem Verband sozialistischer Studenten als bereinigt anzusehen. Wir ersuchen daher, den VSStÖ hinsichtlich der Vergabe von Subventionen wieder wie jede andere sozialistische Organisation zu behandeln.“*⁶⁵⁵

Fest steht, dass der VSStÖ in der Causa „Blasmusikrummel“ den Forderungen der Partei ohne große Einwände nachgekommen ist, und sein Vorgehen, vor allem gegenüber der studentischen Linken, im Nachhinein als taktischen Schritt erklärt hatte, um seine Funktion

⁶⁵² Vgl. ebd. S. 18

⁶⁵³ „VSStÖ-Korrespondenz Nr. 1: Der VSStÖ seinen Gönnern, sowie den von ihm frustrierten Kollegen und Genossen“ in: intern, 3. Jg. Nr. 9, Mai 1968, S. 18

⁶⁵⁴ „Kreisky: Studenten ernst nehmen“ in: AZ vom 16.5.1968, S. 2

⁶⁵⁵ Brief von Leopold Gratz an die Sozialistische Fraktion im ÖGB z. H. Erich Hofstetter vom 7.8.1968 in: Mappe VSStÖ 1968-79, (Briefverkehr Zentralsekretariat)

als Reformbewegung innerhalb der SPÖ für die Demokratisierung der Hochschule⁶⁵⁶ zu wahren. Anzunehmen ist, dass dieser Schritt innerhalb der im VSStÖ Verbliebenen nicht unumstritten war. Die aufgestaute Kritik an der Partei entlud sich teilweise am Parteitag im Oktober 1968. Anzumerken ist noch, dass sich nach diesem „Unterwerfungsritual“, laut Keller, viele AktivistInnen, welche formal nicht Mitglieder im VSStÖ waren, vom sozialistischen Studierendenverband abwandten.⁶⁵⁷

4.4.3 Kontroverse am Parteitag im Oktober 1968

Am Parteitag der SPÖ am 2. und 3. Oktober 1968 in Wien beteiligte sich der VSStÖ aktiv und forderte mehr Autonomie und Absicherung für die sozialistischen Jugendorganisationen, sowohl in finanzieller als auch in statutarischer Hinsicht.⁶⁵⁸ Laut Paul Blau wurden den Jugendorganisationen im Statut schlussendlich mehr Unabhängigkeit gewährt als im Entwurf vorgesehen war.⁶⁵⁹

Am Parteitag wurde neben einem neuen Parteistatut auch das neue Wirtschaftsprogramm der SPÖ beschlossen, welches über ein Jahr lang in der SPÖ diskutiert wurde und eine Grundlage für die Entwicklung Österreichs zu einem „modernen Industriestaat“ bilden sollte.⁶⁶⁰ Auch hierzu stellte der VSStÖ beim Parteitag einen Antrag, der mehr „betriebliche Mitbestimmung im Interesse der Demokratisierung der Wirtschaft“ einforderte.⁶⁶¹

Herbert Ostleitner beurteilte das Programm in der September/Oktober-Ausgabe der **neuen alternative** sehr kritisch und sah es als „*Prostitution einer schwachen Sozialdemokratie an reaktionäre und kleinbürgerliche Elemente der österreichischen Gesellschaft, und als Irreführung der Arbeiterschaft*“.⁶⁶² Bereits im Juni 1968 hatte Herbert Ostleitner den Entwurf

⁶⁵⁶ Vgl. „VSStÖ-Korrespondenz Nr. 1: Der VSStÖ seinen Gönnern, sowie den von ihm frustrierten Kollegen und Genossen“ in: intern, 3. Jg. Nr. 9, Mai 1968, S. 18

⁶⁵⁷ Vgl. Keller, 1983, S. 74

⁶⁵⁸ Vgl. Rede von Peter Kowalski, S. 109 & Antrag Nr. 5 und Nr. 8 des VSStÖ S. 241 & 243 in: „SPÖ Protokoll - 19. Parteitag 1968, 2. – 4. Oktober, Sofiensaal, Wien“, SPÖ-Zentralsekretariat (Hrsg.), Vorwärts Verlag, Wien 1968

⁶⁵⁹ Vgl. „Parteitag der Einigkeit“ von Paul Blau; in: AZ vom 5.10.1968, S. 2

⁶⁶⁰ Fischer, Heinz: „Die Kreisky-Jahre 1967-1983“, Löcker Verlag, Wien 1993, S. 49f.

⁶⁶¹ Vgl. Antrag Nr. 6 des VSStÖ, S. 242, in: „SPÖ Protokoll - 19. Parteitag 1968, 2. – 4. Oktober, Sofiensaal, Wien“, SPÖ-Zentralsekretariat (Hrsg.), Vorwärts Verlag, Wien 1968

⁶⁶² Der im Programm angedeutete sozialpolitische und wirtschaftspolitische Kurs soll der Belegung der Wirtschaft (sprich: Profite) dienen und die Masse der LohnempfängerInnen unterdrücken. „Sozialdemokratische Ideologie und sozialistische Praxis“ von Herbert Ostleitner, in: neue alternative, 3.Jg., Heft 4, September/Oktober 1968, S. 26

der „Ökonomischen Versammlung“⁶⁶³ kritisiert und aus dieser Kritik seine Neokolonie-These abgeleitet (Vgl. Kapitel 4.3.3.1). Als unumgänglich erschien dem VSStÖ eine Demokratisierung der Wirtschaft durch Betriebsparlamente und ein Wirtschaftsministerium, welches zu einem Organ der kollektiven Entscheidungen durch Betriebsdelegierte und Verbraucherräte werden sollte. Die Masse der Lohnabhängigen sollte an ökonomischen Entscheidungen, die sie selbst betreffen, teilnehmen.⁶⁶⁴ Daraus resultierte wahrscheinlich auch der Antrag des VSStÖ am Parteitag, der die Verankerung einer stärkeren Mitbestimmung der ArbeitnehmerInnen im Wirtschaftsprogramm der SPÖ forderte, schlussendlich jedoch abgelehnt wurde. Ebenso abgelehnt wurde der Antrag mit der Forderung nach einer zwanzigprozentigen Deckelung von Delegierten in allen Körperschaften der Partei, die in einem wirtschaftlichen Abhängigkeitsverhältnis zur Partei stünden. Auch die beantragte Abschaffung des Bundesheeres fand keine Mehrheit.⁶⁶⁵

Hauptredner für den VSStÖ am Parteitag waren Silvio Lehmann und Peter Kowalski. Kowalski sprach sich gegen die Usance aus, dass Beschlüsse der Jugendorganisationen, bis auf jene der Kinderfreunde, erst genehmigt werden mussten (wahrscheinlich vom Parteivorstand).⁶⁶⁶ Zudem machte er auf ein „altes“ Problem der Partei aufmerksam:

„(...) er glaube nicht, dass zwischen Arbeitern und Intellektuellen ein Gegensatz bestehe. Die Bildungsfeindlichkeit innerhalb der Partei sei ebenso alt wie die Bildungsarbeit. Das Antiintellektuelle zeichne sich darin, dass man alles, was Unruhe schafft, was man nicht kennt, mit dem Etikett nihilistisch, anarchistisch oder kommunistisch versieht. Man sei gar nicht bereit, mit den Jungen zu diskutieren. Zwischen den Arbeitern des Kopfes und den übrigen Arbeitern tue sich eine Kluft auf, die es zu überbrücken gelte.“⁶⁶⁷

Bruno Kreisky befasste sich in seiner Rede auch mit der Studierendenbewegung und versicherte das Bemühen der SPÖ um eine Totalreform der Universitäten im „engsten Einvernehmen mit den sozialistischen Studenten“, denn AkademikerInnen würden in der Gesell-

⁶⁶³ Im Prozess der Entstehung des SP-Wirtschaftsprogramms traten Mitte Juni 1967 300 ExpertInnen aus Wirtschaft und Wissenschaft zu einer „Ökonomischen Versammlung“ zusammen, die bis Ende Juni einen Entwurf für das Wirtschaftskonzept der SPÖ ausgearbeitet hatte. Vgl. Fischer, 1993, S. 50

⁶⁶⁴ „Kritik des ökonomischen Programms der SPÖ“ von Herbert Ostleitner, in: intern, 3. Jg., Nr. 10, Juni 1968, S. 17

⁶⁶⁵ Vgl. „Um eine neue Verfassung der Partei“ in: AZ vom 4.10.1968, S. 3; „Mit aller Kraft für den demokratischen Sozialismus“ in: AZ vom 5.10.1968, S. 3

⁶⁶⁶ Vgl. „Um eine neue Verfassung der Partei“ in: AZ vom 4.10.1968, S. 3 & Rede von Peter Kowalski, S. 109, in: „SPÖ Protokoll - 19. Parteitag 1968, 2. – 4. Oktober, Sofiensaal, Wien“, SPÖ-Zentralsekretariat (Hrsg.), Vorwärts Verlag, Wien 1968

schaft als MeinungsmacherInnen wirken und das gebe „*der Forderung nach Demokratisierung des Bewusstseins der Studenten auch aus der Sicht der Sozialisten einen besonderen Sinn.*“⁶⁶⁸

In Folge zweifelte Kreisky in seiner Rede jedoch an den Methoden der Studierendenbewegung in den letzten Monaten und antwortete auf Peter Kowalskis Vorwurf der Bildungsfeindlichkeit der Partei:

*„Denn bei aller Bereitschaft zur Diskussion muss auch dem, mit dem man diskutieren will, erstens einmal der Sinn einer solchen Diskussion einleuchten, und zweitens müsste getrachtet werden, dass die Diskussionen nicht in einem quasi-akademischen Kauderwelsch geführt werden, das in Wirklichkeit Ausdruck eines intellektuellen Hochmutes ist und zu nur noch größeren Isolierung der Intellektuellen führen müsste.“*⁶⁶⁹

Silvio Lehmann appellierte an die Delegierten die Protestwelle der Jugend ernst zu nehmen und warnte davor die Studierenden zu stigmatisieren.⁶⁷⁰

*„Mit den Problem der Neuen Linken, der Jugend und der Hochschulen hat sich die Partei erst beschäftigt, als die Aktionen außerhalb der Partei und von einigen Gruppen vielleicht auf gegen die Partei durchgeführt wurden. Das misst sich letztlich auf daran, und es ist eine Gefahr, dass man es nicht vermeiden kann, dass viele Mitglieder unserer Bewegung überaus spießbürgerliche Vorurteile den Studenten gegenüber haben. Denn das wissen wir aus der Sozialpsychologie autoritärer Systeme, und in gewisser Weise dauern hier Tendenzen an, zum Teil in der Massenpresse, dass man versucht eine kleine Minorität zu Sündenböcken zu machen. (...) Dieses Nach-außen-Gehen, dieses Provozieren von schlechten Eigenschaften ist immer Ausdruck eines psychologischen Zustandes, in dem man sich seiner selbst nicht sehr sicher ist. Das ist ein Problem, das sehr stark zu sehen ist.“*⁶⁷¹

Lediglich ein Antrag des VSStÖ, in dem sich die SPÖ mit den „*grundlegenden Forderungen nach Modernisierung und Demokratisierung der Hochschulstrukturen solidarisch*“ erklärte und gemeinsam mit dem VSStÖ Initiativen zur Verwirklichung dieser Anliegen ergreifen sollte, wurde angenommen.⁶⁷²

⁶⁶⁷ „Statt Hass – Ideal der Nüchternheit“ in: AZ vom 4.10.1968, S. 5 & Vgl. Rede von Peter Kowalski, S. 180f, in: „SPÖ Protokoll - 19. Parteitag 1968, 2. – 4. Oktober, Sofiensaal, Wien“, SPÖ-Zentralsekretariat (Hrsg.), Vorwärts Verlag, Wien 1968

⁶⁶⁸ „Höherer Lebensstandard – Verständnis für die Jugend – Schutz vor moderner Sklaverei“ in: AZ vom 4.10.1968, S. 2

⁶⁶⁹ Ebd.

⁶⁷⁰ „Diskussion: Länder, Mitbestimmung, Strafrecht“ in: AZ vom 4.10.1968, S. 4

⁶⁷¹ Rede von Silvio Lehmann, S. 166, in: „SPÖ Protokoll - 19. Parteitag 1968, 2. – 4. Oktober, Sofiensaal, Wien“, SPÖ-Zentralsekretariat (Hrsg.), Vorwärts Verlag, Wien 1968

⁶⁷² Vgl. Antrag Nr. 16 des VSStÖ, S. 247, in: „SPÖ Protokoll - 19. Parteitag 1968, 2. – 4. Oktober, Sofiensaal, Wien“, SPÖ-Zentralsekretariat (Hrsg.), Vorwärts Verlag, Wien 1968

Laut Paul Blau nahmen sich die Vertreter des VSStÖ kein „*Blatt vor dem Mund*“ und erregten so Aufmerksamkeit und ernteten auch Sympathie und Beifall, stießen jedoch bei Diskussionen auch auf energischen Widerstand, welcher aber der „*geistigen Auseinandersetzung und dem gegenseitigen Verstehen*“ nur zuträglich war.⁶⁷³

Kreisky reagierte auf die kritischen Beiträge der VSStÖ-Vertreter gelassen:

*„Die Studenten könnten sich nicht beklagen: Während des Parteitages durften sie frei und ungehindert reden, ihr Recht auf Kritik wurde in keiner Weise eingeschränkt. Hinter jeder Kritik müsse jedoch der Wille stehen, der Partei zu helfen. Otto Bauer zitierend, rief Kreisky dann zu jenem ‚Ideal der Nüchternheit‘ auf. Denn nicht mit Explosionen von Hass, sondern nur auf dem Boden der Tatsachen stehend, könnten die Sozialisten ihr Ziel erreichen.“*⁶⁷⁴

Inhaltlich stellte der VSStÖ dem Parteitag der SPÖ, der das Motto „Leistung – Aufstieg – Sicherheit“⁶⁷⁵ hatte, kein gutes Zeugnis aus. In der **neuen alternative** hieß es unter dem Titel „Die SPÖ – das beste Persil, das es je gab“:

*„Wenn die Parolen des Parteitags von den Wünschen nach Aufstieg, Leistung und Sicherheit handeln, dann sind diese Wünsche nicht nur Ausdruck eines naiv-oralen Abhängigkeitsbedürfnisses, sondern Täuschung der Massen, weil solche Versprechen unter den bestehenden spätkapitalistischen Bedingungen nicht allgemein eingelöst werden können. Jene Partei, die den Anspruch erhebt, die einzig denkbare Führung der Lohnabhängigen zu sein, treibt Waschmittelwerbung dort, wo emanzipierende **Politik** zu machen wäre. **Waschmittelwerbung aber dient immer noch den Interessen der Waschmittelproduzenten.**“*⁶⁷⁶

4.4.4 SPÖ-Programmarbeit - Der VSStÖ unter 1.400 ExpertInnen

Ein wichtiger Punkt, der nicht unerwähnt bleiben soll, ist das Mitwirken einiger VSStÖ-Mitglieder an der Programmerstellung der SPÖ in den Jahren 1967 bis 1969, die sogenannte „Arbeit von 1.400 Experten“.

⁶⁷³ Vgl. „Parteitag der Einigkeit“ von Paul Blau; in: AZ vom 5.10.1968, S. 2

⁶⁷⁴ „Statt Hass – Ideal der Nüchternheit“ in: AZ vom 4. 10. 1968, S. 5

⁶⁷⁵ Vgl. „Zu neuen Erfolgen mit Sozialisten!“ in: AZ vom 5.10.1968, S. 4

⁶⁷⁶ „Sozialdemokratische Ideologie und sozialistische Praxis“ von Herbert Ostleitner; in: neue alternative; 3. Jg. Heft 4, September/Oktober 1968, S. 26

„Wir waren in Expertenkommissionen. Ich war auch in einer über Gesundheit. Das war Vorbereitung auf die Regierung (...). Das war für damalige Verhältnisse recht vif. Man darf ja nicht vergessen, dass es eigentlich kein inhaltliches Programm gegeben hat. Es hat Deklarationen wie das Wiener Programm gegeben, aber es hat kein inhaltliches Programm gehabt, wie man Staat und Gesellschaft anders organisieren könnte.“⁶⁷⁷

Bruno Kreisky erwartete sich von den Studierenden und AkademikerInnen einen MultiplikatorInnen-Effekt (Vgl. Kapitel 4.4.3) und so band er den VSStÖ vor allem in die Hochschulkonzepterstellung der Partei ein, die Heinz Fischer oblag.

„Die Arbeit an diesem Hochschulkonzept mit einer Reihe fortschrittlicher Professoren (...) aber auch aktiven ‚68ern‘, wie Peter Kowalski, Norbert Roszenich, Silvio Lehmann, Marina Fischer (...), Eva Kreisky u.a., gehört zu den erfreulichsten und interessantesten Erfahrungen, die ich in der Politik gemacht habe.“⁶⁷⁸

Das Hochschulkonzept der SPÖ wurde am 22. November 1969 vom Parteirat beschlossen, und enthielt Vorschläge zur einer grundlegenden Neufassung des universitären Bildungsziels (effiziente Fachausbildung und Erziehung zu mündigen Persönlichkeiten), einer Neugestaltung des inneren Aufbaus der Hochschulen (Aufteilung in Institute, Fachbereiche und Konzil; Einrichtung von Institutsausschüssen und Studienkommissionen) Änderungen der Hochschuldidaktik (Weniger Prüfungen, mehr wissenschaftliche Teamarbeit) sowie Änderungen in der Wissenschafts- und Forschungsförderung.⁶⁷⁹ Die Demokratisierung der Universitäten (z.B. drittelparitätisch zusammengesetzte Studienkommissionen, Mitbestimmung der Studierende auf allen Ebenen) war immanenter Bestandteil des Programms und sollte schließlich im Universitätsorganisationsgesetz 1975 großteils gesetzliche Wirklichkeit werden.⁶⁸⁰

Nach den ÖH-Wahlen im Jänner 1969 (Vgl. Kapitel 4.3.3.1), wo die SPÖ den VSStÖ wieder mit einer Wahlkampfsubvention unterstützt hatte,⁶⁸¹ kam es am 15. Februar 1969 zu einem längeren Gespräch zwischen dem VSStÖ und Bruno Kreisky. Kreisky zeigte Ver-

⁶⁷⁷ Interview Wilhelm Burian, 4.7.2004, S. 12

⁶⁷⁸ Heinz Fischer war damals Klubsekretär der sozialdemokratischen Parlamentsfraktion. Fischer, 1993, S. 51

⁶⁷⁹ Vgl. „Bildung für die Gesellschaft von morgen – Hochschulkonzept der SPÖ“, Vorwärts Verlag, Wien 1969 & „SP-Hochschulkonzept fertig“ in: AZ vom 14.11.1969, S. 4 & „Demokratische Universität“ in: AZ vom 19.11.1969, S. 3

⁶⁸⁰ Vgl. Fischer, 1993, S. 138ff

⁶⁸¹ Vgl. Beschluss des Bundesparteivorstandes vom 5.12.1968, Brief von Gen. Rauscher an Gen. Berger vom 6. 12. 1968, in: Mappe VSStÖ 1968-79, (Briefverkehr Zentralsekretariat)

ständnis für die Probleme der Studierenden und sicherte abermals die volle Unterstützung der Partei im Bestreben des VSStÖ nach einer demokratischen Hochschule zu. Er formulierte auch die Aufgaben des VSStÖ, die seiner Meinung nach der permanente Hinweis auf die Förderung von Begabten aus den ArbeiterInnen- und Angestelltenschichten sowie die Veränderung des reaktionär-konservativen Klimas an den Universitäten seien. Zudem lud er den VSStÖ zur Mitarbeit im Wahlkampfkomitee für die Nationalratswahlen 1970 ein.⁶⁸² Der VSStÖ resümierte über die Aussprache etwas distanzierter:

*„Die finanzielle Situation des VSStÖ ist nach wie vor furchtbar schlecht, jedoch dürfte zumindest eine Basisfinanzierung erreicht werden. Auf dem politischen Sektor kam es zu einer Konfrontation der Ansichten, jedoch wurde von Seiten der Parteiorganisation das grundsätzliche Interesse am VSStÖ bekundet (Wahlen stehen auch vor der Tür). Wir glauben, dass es in Zukunft zu einer lockeren Gemeinschaft des VSStÖ mit der Partei kommen wird, die zum größten Teil durch pragmatische Überlegungen fundiert sein dürfte.“*⁶⁸³

Am Verbandstag vom 15. bis zum 16. März 1969 wurde die Haltung des VSStÖ noch einmal in aller Klarheit formuliert.

*„In Diskussionsbeiträgen hoben die anwesenden Studentenfunktionäre die Notwendigkeit der Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratischen Partei in vielen legislativen Fragen hervor. Sie betonten ihre Loyalität gegenüber der SPÖ in grundsätzlichen Fragen, unterstrichen aber ihr Recht auf Kritik an den unmittelbaren tagespolitischen Entscheidungen.“*⁶⁸⁴

Auffallend ist ein zeitliches Ultimatum, das sich einem, einstimmig angenommenen, Beschluss des Verbandtages anschließt. Darin wird das Präsidium des VSStÖ aufgefordert mit Vertretern der SPÖ Gespräche über eine langfristige Basisfinanzierung zu führen.

*„Sollte nach einer weiteren Woche (7 Tage) kein zufriedenstellendes Ergebnis vorliegen, erfolgt die sofortige Einberufung eines außerordentlichen Verbandstages.“*⁶⁸⁵

Diese knappe Frist sowie die Einberufung eines außerordentlichen Verbandstages bei Nichterfüllung lassen auf eine kontroversielle Diskussionen bezüglich der Funktion der SPÖ als

⁶⁸² Vgl. „Hochschule demokratisieren“ in: AZ vom 18.2.1969, S. 2

⁶⁸³ „Aussprache mit Dr. Kreisky“ in: intern, 4. Jg., Nr. 3, Februar 1969, S. 5

⁶⁸⁴ „Hochschule soll zur Demokratie erziehen – VSStÖ-Verbandstag“ in: AZ vom 18.3.1969, S. 4

Geldquelle für den Verband schließen, die meist auch in engem Zusammenhang mit dem Verbleib in der Partei gestellt wurde.⁶⁸⁶ Seltsam ist, dass es bei der Aussprache am 15. Februar 1969, laut VSStÖ bereits eine Vereinbarung über eine Basisfinanzierung gegeben haben sollte (siehe oben).

4.5 Zusammenfassung

Im Sommersemester 1967 erfolgte im VSStÖ eine generationsbedingter Wechsel an der Verbandspitze, der alsbald auch seinen Ausdruck in einer politischen Neuorientierung fand. Die Theorien der Frankfurter Schule, der „Neuen Linken“ (Vgl. Kapitel 4.2.1), vor allem jene Herbert Marcuses, schienen starken Einfluss auf die Verbandsmitglieder ausgeübt zu haben. Durch die Beschäftigung mit der Kritischen Theorie wandten sich viele vom (orthodoxen) Austromarxismus und auch Josef Hindels ab (Vgl. Kapitel 4.2.1.3). Zumindest theoretisch schien nun die radikale Negation als einzige Alternative. Es galt die Institutionen des Systems durch Provokation einer antiautoritären, außerparlamentarischen Opposition in Frage zu stellen, so wie es schon in Deutschland geprobt wurde. Unter anderem provozierte der VSStÖ mit Tabuthemen wie zum Beispiel Sexualität, thematisierte diese auf der Universität und leitete praktische Forderungen wie zum Beispiel eine Reform des Strafrechts oder mehr gemischtgeschlechtliche StudentInnenheime daraus ab (Vgl. 4.2.1.2).

Eine gewichtige Rolle im Verbandsleben spielte der SDS. Seine Zeitschriften, Konzepte aber auch die ProtagonistInnen, allen voran das Idol der StudentInnenbewegung Rudi Dutschke, waren maßgeblich im Diskurs des damaligen VSStÖ verankert bzw. wurden zu „Gastspielen“ nach Wien eingeladen. Die Ereignisse in der Bundesrepublik wie der Tod Benno Ohnesorgs und vor allem das Attentat auf Rudi Dutschke stellten Beschleunigungspunkte dar, nach denen der Verband nicht nur wieder regen Zulauf, sondern auch durch (Re-)Aktionen an die Öffentlichkeit trat (Vgl. Kapitel 4.4.2). Die unmittelbare Übertragung deutscher Konzepte auf die österreichischen Verhältnisse seitens des VSStÖ ist jedoch als

⁶⁸⁵ Beschlüsse des Verbandtages vom 15./16.3.1969 in: intern, 4. Jg. Nr. 4, März 1969, S. 9

⁶⁸⁶ Vgl. Keller, 1983, S. 81

problematisch einzustufen, da enorme Vermittlungsschwierigkeiten, wie zum Beispiel bei der Wiener Demonstration nach dem Attentat auf Rudi Dutschke, auftraten (Vgl. Kapitel 4.2.2).

Als klare Kontinuität in der Verbandsentwicklung kann das konstante antiimperialistische Engagement des VSStÖ gesehen werden. In den Jahren 1967 bis 1969 veranstaltete der VSStÖ unermüdlich Teach-Ins und Demonstrationen gegen das griechische Obristenregime, gegen den Vietnamkrieg und, im gesteigerten Maße, gegen das Schah-Regime in Persien. Diese Kontinuität ergab sich auch aus der, von Herbert Marcuse und Jürgen Habermas propagierten, neuen Rolle der Studierenden als Subjekte des revolutionären Wandels in der Ersten Welt und der damit einhergehenden Verantwortung zur Unterstützung der Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt (Vgl. 4.2.1.1 & 4.2.3).

Durch die Dynamik der Ereignisse (Demonstrationen, Go-Ins, etc.) aber auch die inhaltliche Aufklärung an der Universität (Teach-Ins, etc.) erhielt der VSStÖ regen Zulauf von interessierten Studierenden. Um diese links-liberale, hauptsächlich kritische Vielfalt in das Verbandsleben zu integrieren, wurde die Redaktionssitzung der **(neuen) alternative** sowie der Verbandstag öffentlich gemacht und zudem Mitgliedervollversammlungen abgehalten, wahrscheinlich in der Hoffnung die Interessierten formal enger binden zu können. Bis zum 1. Mai 1968 kann der VSStÖ integratives Sammelbecken der Linken an der Universität gesehen werden. Nach der Gründung des SÖS (Vgl. Kapitel 4.2.4.1) nahm die Ausdifferenzierung der linken Gruppierungen auch im Zuge der Gründung von Instituts- und Basisgruppen zu, das Interesse am VSStÖ als parteigebundene Organisation jedoch merklich ab (Vgl. Kapitel 4.2.4).

Im Gegensatz zu den Jahren davor (Vgl. Kapitel 3.3), widmete sich der VSStÖ ab dem Wintersemester 1967 vermehrt der Hochschulpolitik. Durch die Erhöhung der Studiengebühren und der vorgesehenen Datenerfassung durch das Ministerium veranstaltete der VSStÖ seine erste hochschulpolitische Kampagne, beteiligte sich an Demonstrationen gegen den Bildungsnotstand und protestierte bei Inaugurationsfeiern gegen das veraltete und autoritäre Universitätssystem (Vgl. Kapitel 4.3.1). Festzuhalten ist, dass der VSStÖ oft-

mals die Demokratisierung der Hochschulen lauthals forderte, jedoch selbst kein ausgereiftes und konkretes Hochschulkonzept vorweisen konnte, sondern sich sehr stark an den Vorschlägen aus Deutschland, vor allem an die Forderungen und Vorschläge der SDS-Hochschuldenkschrift „Hochschule in der Demokratie“ anlehnte, und versuchte diese auf die österreichischen Verhältnisse umzulegen (Vgl. 4.3.2). Es scheint, dass erst mit dem Engagement in der IVK der Verband klarere Vorstellung über die konkreten Maßnahmen zur Demokratisierung der österreichischen Hochschulen bekam (Vgl. Kapitel 4.3.3) und diese wahrscheinlich auch in Programmdiskussion der SPÖ einbrachte (Vgl. 4.4.4).

Im Zusammenhang mit der Kritik der „Neuen Linken“ an System, Institutionen und Bürokratie wurde auch die ÖH von Seiten des VSStÖ als zahnlose, systemstabilisierende Studierendenvertretung angegriffen. Der VSStÖ forderte basisdemokratische Vollversammlungen anstelle der ÖH, auf denen die StudierendenvertreterInnen gewählt, aber auch jederzeit wieder abgewählt werden sollten bzw. könnten. Im Zusammenhang mit diesen basisdemokratischen Ansätzen ist anzumerken, dass der VSStÖ mit 13% der Stimmen auf der Bundesebene der ÖH nur marginalen Einfluss auf die Entscheidungen und Aktivitäten der ÖH-Exekutive hatte. Aus diesem Grunde ist die Forderung nach einer Wahlvollversammlung seitens des VSStÖ aus machtpolitischen Gründen nur verständlich, da der Verband vermutlich in dieser Phase in der universitären Öffentlichkeit stärker wahrnehmbar war als die ÖH selbst.

Einzelne VSStÖ-Mitglieder wie zum Beispiel Peter Kowalski engagierten sich in den Institutsvertretungen und in der IVK, die im HGr detaillierte Forderungen zur Demokratisierung der Universitäten entwickelt hatte. Zuvor hatte die konservative ÖH-Führung im „Obertrumer Konzept“ mit einzelnen Forderungen zur studentischen Mitbestimmung (Drittelparität in akademischen Gremien, etc.) versucht, dem basisdemokratischen Aktionismus auf der Ebene der Institute inhaltlich entgegenzutreten. Die IVK antwortete jedoch mit einer detaillierteren Stellungnahme zu den besonderen Studiengesetzen und der Totalreform der Universitätsstruktur nach demokratischen Grundsätzen. Die Institutsvertretungen konnten im „Fall Antonioli“ sowie bei der „Aktion Rektorswahl“ durch „sanfte“ Provokation Öffentlichkeit für ihre Forderungen schaffen, die im Endeffekt teilweise Eingang in das Universitätsorganisationsgesetz 1975 finden sollten.

Der ÖH-Wahlkampf des VSStÖ wurde meiner Meinung nach mit einer sehr komplexen Kampagnen zur „Neokolonie Österreich“ und „Demokratisierung der österreichischen Wirtschaft“ geführt, die mit der Lebensrealität der Studierenden, aber auch mit den unmittelbaren politischen Ereignissen dieser Jahre wenig bis gar nichts zu tun hatten. Bei den ÖH-Wahlen 1969 erzielte der VSStÖ 12,2%, und verlor ca. ein Prozent im Vergleich zu den Wahlen im Jahr 1967. Die Gründe für diesen Verlust lagen nach Meinung des Verbandes in der Ausdifferenzierung im linken Spektrum der ÖH-Fraktionen, an den Schah-Demonstrationen und späten Geldzuwendungen der Partei. Als wesentlicher Punkt wurde aber die gesunkene Wahlbeteiligung (Ein Minus von knapp 10 %) außer Acht gelassen. Dieses Phänomen kann einerseits mit der zunehmenden antiautoritären Einstellung der Studierenden, vermehrter Unterstützung der Institutsvertretungen, die außerhalb der ÖH agierten, aber auch mit der Agitation des VSStÖ gegen die Institution ÖH erklärt werden. Der VSStÖ zog aus dieser Niederlage den Schluss, sich nun verstärkt der Basisarbeit an den Universitäten zu widmen und Gruppen aufzubauen, die die radikale Demokratisierung an den Universitäten von unten vorantreiben sollten (Vgl. Kapitel 4.3.3.1).

Die Beziehung des VSStÖ zur SPÖ kann in dieser Zeit als sehr ambivalent bezeichnet werden. Auf der einen Seite kritisierte der VSStÖ die SPÖ als Teil des herrschenden Systems und Handlanger des Kapitalismus, vor allem anhand des neuen SP-Wirtschaftsprogramms (Vgl. Kapitel 4.4.3). Dieser Einwand ist unter anderem durch den Einfluss der Theorien der „Neuen Linken“ und ihrer Kritik an den systemstabilisierenden Institutionen, einhergehend mit einer fundierten Parlamentarismuskritik (Vgl. Kapitel 4.1) erklärbar. Für viele im VSStÖ schien zudem die Parteigebundenheit des Verbandes unnötig und hinderlich, da das Beispiel des SDS zeigte, dass diese entbehrlich sei, wenngleich unter gänzlich anderen Voraussetzungen. Für andere war die Bindung an die Partei, vor allem nach der Gründung des SÖS, wichtig, da der VSStÖ die Funktion einer Reformbewegung einnehmen sollte, um in Institutionen wie die SPÖ, (bildungs-)politisch hineinzuwirken (Vgl. Kapitel 4.2.4.1 & 4.4.2). Die Wirkung des VSStÖ war, zumindest was den Hochschulbereich betrifft durch die Mitarbeit am SPÖ-Hochschulkonzept und im weiteren Verlauf im UOG 1975 nicht unerheblich.

Die Abspaltung einiger VSStÖ-Mitglieder im Mai 1968 ausgelöst durch den „Blasmusikrummel“ war nach den Auseinandersetzungen um die Zugehörigkeit zur Partei, keineswegs überraschend, sondern vielmehr vorhersehbar (Vgl. Kapitel 4.2.4.1 & 4.4.2). Auch die (trozkistische) Strategie der ArbeiterInnenmobilisierung dieser Gruppe stieß innerhalb der Partei, aber auch im Verband auf wenig Gegenliebe. Zudem wurde im April 1968 das Gefühl immer stärker und für manche unerträglich, die Partei schnüre das Korsett der politischen Bewegungsfreiheit für den Verband immer enger. Der Polizeieinsatz am 1. Mai 1968 und die Reaktion der SPÖ war nur mehr auslösendes Moment für den Austritt dieser Fraktion aus dem Verband, die dann auch kurz darauf den SÖS nach SDS-Vorbild gründeten. Der VSStÖ blieb personell geschwächt zurück, da sich auch viele SympathisantInnen nach dem „Kniefall“ des Verbandes vor der Partei abwandten. Fortan vollführte der VSStÖ einen Balanceakt zwischen „Parteigehorsam“ und dem Wunsch linke, progressive, antiautoritäre, außerparlamentarische Opposition an der Universität und auch außerhalb zu sein.

Die SPÖ bzw. Bruno Kreisky handelte gegenüber dem VSStÖ oft nach dem Prinzip „Zuckerbrot und Peitsche“. Die „Peitsche“, in Form von Strafpredigten des Parteivorsitzenden oder Subventionssperren, kam zur Anwendung, wenn der systemkritische sozialistische Studierendenverband sein ihm zugeschriebenes, politisches Terrain verließ und sich mit ArbeiterInnen solidarisierte oder spontane Demonstrationen in Kooperation mit kommunistischen Organisationen veranstaltete (Vgl. Kapitel 4.4.1). Das Instrument der Subventionssperre wurde innerhalb des Verbandes jedoch nicht als massive Existenzbedrohung gewertet, da nie ausreichend finanzielle Ressourcen vorhanden waren. Außerdem konnte man bei ÖH-Wahlen mit großer Sicherheit davon ausgehen, dass der Geldhahn wieder aufgedreht würde, da die Partei Interesse an sozialistischer Präsenz an den Universitäten hatte.

Das „Zuckerbrot“ wurde gereicht, wenn sich die sozialistischen Studierenden an den inhaltlichen Arbeitskreisen zur Programmdiskussion der SPÖ beteiligten (Vgl. Kapitel 4.4.4).

5. POST-68 – KRISE UND KONSOLIDIERUNG

Im vierten und letzten Kapitel möchte ich die Zeit nach den Ereignissen um das Jahr 1968 näher beleuchten. Mit dem Wintersemester 1969 ist eine Abnahme an Verbandsaktivitäten wahrzunehmen. Es trat eine theoretische Reflexionsphase ein. Der Verband erfuhr bis zum Frühjahr 1971 eine personelle Schwächung und Zerrüttung die in einem „sanften“ Fraktionskampf mündete, von dem sich der Verband bis Ende 1972 erholen sollte.

Inhaltlich stand die Reflexion der österreichischen wie internationalen Studierendenbewegung im Vordergrund, aus der der Verband neue Strategien für eine neuerliche Mobilisierung der Studierenden abzuleiten versuchte, wie zum Beispiel die sozialistische Berufspraxis (Vgl. Kapitel 5.2.1).

Praktisch suchte der VSStÖ verstärkt die Zusammenarbeit mit linken Studierendenorganisationen und mit den Basisgruppen an den einzelnen Studienrichtungen (Vgl. Kapitel 5.2.2).

Abseits der Hochschulen engagierten sich die sozialistischen Studierenden kontinuierlich gegen den Vietnamkrieg und setzten sich für die Abschaffung des Bundesheeres ein (Vgl. Kapitel 5.2.3-4).

Auch durch den Wechsel der SPÖ in die Regierung begannen Anfang des Jahres 1970 die Diskussionen um die Hochschulreform endlich konkreter zu werden. Ein neues Universitätsorganisationsgesetz sollte die Hochschulen von Grund auf modernisieren (Vgl. Kapitel 5.3.3). Im Zuge dessen wurde auch die Verfasstheit der Österreichischen Hochschüler-schaft umorganisiert (Vgl. Kapitel 5.3.2).

Die Beziehung des VSStÖ zur SPÖ sollte sich durch die Regierungsverantwortung der Sozialdemokraten ab 1970 wesentlich verändern. Der Verband versuchte seinen „Nutzen“ aus der nunmehrigen Situation zu ziehen (Vgl. Kapitel 5.4.1).

5.1 Reflexion, Regeneration und Revitalisierung – Der VSStÖ von 1969 bis 1973

Nach der Anti-Schah-Demonstration im Jänner 1969 (Vgl. Kapitel 4.2.3) und den Versuchen der IVK durch Aktionismus auf die Dringlichkeit der Hochschulreform hinzuweisen (Vgl. Kapitel 4.3.3), ebten die studentischen Aktivitäten an den Universitäten allmählich ab. Die StudentInnenbewegung in Österreich geriet ins Stocken. Auch der VSStÖ reagierte mit innerer Einkehr und propagierte die theoretische Reflexion.

„Denken ist etwas, das auf Schwierigkeiten folgt und dem Handeln vorausgeht.“ Mit diesem Zitat von Bert Brecht rief Wilhelm Burian im Wintersemester 1969 in der **theorie und praxis** zur Reflexion der Ereignisse um das Jahr 1968 innerhalb des Verbandes auf und schildert die zukünftige Schwerpunktsetzung des Verbandes folgendermaßen:

„Seit dem Sommersemester 69 herrscht Ruhe an den Hochschulen. Um es gleich zu sagen, diese ‚Ruhe‘ ist notwendig. Die Rückkehr in den Hochschulbetrieb ist eine Notwendigkeit, keine Kapitulation. Die Phase des unkritischen Aktionismus musste an der fehlenden Theorie und Reflexion, an der unzureichenden Organisation scheitern. Die gegenwärtige Arbeit an den Instituten und in den Basisgruppen kann erst die unabdingbare Reflexion, das Wissen um die gesellschaftlichen Widersprüche erbringen. Wenn wir unser organisatorisches und theoretisches Selbstverständnis geklärt haben, können wir weitere mögliche Ziele erfassen. Was manche verächtlich als studentischen Syndikalismus bezeichnen, ist Voraussetzung für unsere weitere Arbeit. Dieser gewerkschaftliche Kampf bedeutet ja nicht die Forderung nach mehr kleinbürgerlichen Privilegien (billiges Mensaessen oder Straßenbahnkarten), sondern die Absicherung unserer politischen Arbeit an den Hochschulen. Die inhaltlichen Interessen der Studenten (Prüfungsänderung, Aufhebung des Numerus clausus usw.) sind für uns politische Mittel und nicht Selbstzweck. Der Kampf für die Selbstbestimmung am Arbeitsplatz Hochschule, die Demokratisierung der Universität sind konkrete Ziele, die sowohl die studentische Selbstorganisation beinhalten als auch die Dienstbar-machung von Wissenschaft und Technik für die Emanzipation der ausführenden Klasse. Wenn wir die Möglichkeit haben, in den Gremien studentische Projekte und selbstbestimmte Arbeit der Studenten zu sichern, ist es notwendig, diese Chance wahrzunehmen. Revolutionäre Berufspraxis bedeutet die Verschärfung der Widersprüche in den Produktionsbereichen. Selbstorganisation an der Hochschule und die Abstützung der politischen Arbeit an der Hochschule liefern uns die Voraussetzungen.“⁶⁸⁷

⁶⁸⁷ Editorial von Wilhelm Burian; in: *theorie und praxis*, Jg. 4, Heft 2, November/Dezember 1969

Personelle Veränderungen im Verband gab es bereits am 1. Oktober 1969. Der Verbandssekretär Herbert Leirer ließ sich aus persönlichen Gründen von seiner Funktion beurlauben.⁶⁸⁸ Sein Nachfolger hieß Kurt Puchinger, der am darauffolgenden Verbandstag am 11. April 1970 gemeinsam mit Willy Koldus und Georg Hoffmann-Ostenhof in ein Triumvirat von Bundessprechern gewählt wurde. Dieses Trio, deren Protagonisten unüblicherweise allesamt aus der Sektion Wien stammten, bekannte sich zur Zusammenarbeit mit den linken Studierendengruppen sowie den Basisgruppen an der Universität.⁶⁸⁹ Das Hochschulreferat übernahm Silvio Lehmann, die Chefredaktion des Verbandsorgan mit dem neuen Titel **theorie und praxis** Wilhelm Burian.⁶⁹⁰

Was die Strukturen des Bundesverbandes betraf, wurde bereits am Verbandstag vom 15. bis zum 16. März 1969 eine Kommission mit der Überprüfung bzw. Neugestaltung der Statuten beauftragt.⁶⁹¹ In der Dokumentation findet sich ein Vorschlag zur Änderung des Statutes des VSStÖ von Wolfgang Schwarz,⁶⁹² der große Ähnlichkeiten zu den Statuten aufweist,⁶⁹³ die am darauffolgenden Verbandstag vom 10. bis 11. April 1970 mit 2/3 Mehrheit beschlossen wurden.⁶⁹⁴ Es ist somit anzunehmen, dass dieser Vorschlag zur Gänze übernommen wurde.

Die wichtigsten Änderungen waren die Einrichtung eines Zentralrates (vorm. Verbands- oder Bundesvorstand) und von Sektionsräten (vorm. Sektionsvorstände). Zudem wurde das Rotationsprinzip unter den drei BundessprecherInnen und den jeweiligen SektionsprecherInnen eingeführt. Im Zentralrat war die Kooption etwaiger BerichterstatterInnen aus Arbeitskreisen und Basisgruppen mit beratender Stimme vorgesehen, welches die bereit oben erwähnte angestrebte engere Zusammenarbeit mit Basisgruppen quasi statutarisch bestä-

⁶⁸⁸ Vgl. Brief von Herbert Leirer an das Zentralsekretariat der SPÖ vom 29.9.1969; in: Mappe VSStÖ 1968-79, (Briefverkehr Zentralsekretariat)

⁶⁸⁹ Vgl. „Linke Plattform – was tun?“ in: Wandzeitung (VDS), 2. Jg., Nr. 7, Oktober 1970

⁶⁹⁰ Vgl. Protokoll des ordentlichen Verbandstages des VSStÖ – 10./11.4.1970; in: Mappe VSStÖ 1968-79, (Briefverkehr Zentralsekretariat)

⁶⁹¹ Vgl. intern, 4. Jg., Nr. 4, März 1969, S. 9

⁶⁹² Vgl. Vorschlag zur Änderung des Statutes des Verbandes Sozialistischer Studenten Österreichs (undatiert), gez. von Wolfgang Schwarz; in: Mappe VSStÖ 1968-79, (Briefverkehr Zentralsekretariat)

⁶⁹³ Vgl. Satzung des Verbandes Sozialistischer Studenten Österreichs aus dem Jahr 1970; (Vereinsbehörde der Bundespolizeidirektion Wien, Aktennummer I-11 1968 & 1970)

⁶⁹⁴ Vgl. Protokoll des ordentlichen Verbandstages des VSStÖ, Punkt 12, S. 2 in: Mappe VSStÖ 1968-79, (Briefverkehr Zentralsekretariat)

tigt. Zudem konnten in den Sektionen Projektgruppen, die als Arbeitskreise definiert wurden, eingesetzt werden.⁶⁹⁵

Die Phase der Reflexion, die zeitlich vom Wintersemester 1969 bis zum beginnenden Sommersemester 1971 anzusetzen ist, brachte nicht nur personelle und statutarische Änderungen mit sich, sondern sie fällt auch mit dem Erscheinungszeitraum der „neuen“ Verbandszeitschrift **theorie und praxis** von September 1969 bis April 1970 zusammen. Aufgrund des verlorenen Prozesses um den Namen des Verbandsorgans mit der Berliner Kulturzeitschrift ‚alternative‘ (Vgl. Kapitel 3.2.2), wurde schlussendlich die völlige Umbenennung,⁶⁹⁶ aber auch Neuausrichtung der VSStÖ-Zeitung vorgenommen.

*„Andererseits haben wir Gelegenheit, für eine Re-Interpretation der Möglichkeiten und Aufgaben einer theoretischen Zeitschrift in Österreich zu sorgen und die Perspektiven der Zeitschrift innerhalb der Studentenbewegung zu klären. Die **alternative** und die **neue alternative** (ab 3/1968) versuchten, die theoretisch Leere der österreichischen Linken und der Hochschulen zu beseitigen. (...) Die Erfahrungen der letzten Jahre, die zunehmende Zersplitterung der neuen Linken in Österreich machen eine Reflexion der gegenwärtigen Lage unumgänglich. Wir müssen die politische, ökonomische und soziale Lage untersuchen, um mögliche Perspektiven erarbeiten zu können. Diese Aufgabe soll **THEORIE UND PRAXIS** erfüllen und gleichzeitig der österreichischen Linken als Diskussionsplattform dienen.“⁶⁹⁷*

In Folge erschienen in der **theorie und praxis** Artikel, die die Ereignisse im Jahr 1968 aus den verschiedensten Blickwinkeln analysierten und theoretische Konsequenzen daraus zogen (Vgl. Kapitel 5.2.1).

Im Bereich der Bündnisarbeit, die von der neuen Verbandsführung forciert wurde, kam es im Laufe des Jahres 1970 gemeinsam mit anderen linken Studierendenorganisationen zur Gründung einer „Linken Plattform“ (Vgl. Kapitel 5.2.2.1). Aufgrund von Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Allianz, aber auch durch angeblichen Druck der SPÖ auf den

⁶⁹⁵ Vgl. Satzungen des Verbandes Sozialistischer Studenten Österreichs vom 24.1.1968 (S. 8) und undatiert, aus dem Jahr 1970 (S. 6 & 8-10) (Vereinsbehörde der Bundespolizeidirektion Wien, Aktennummer I-11 1968 & 1970)

⁶⁹⁶ Vgl. Genesis (des Namensstreits) im Editorial; in: *theorie und praxis*, 4. Jg., Heft 1, September/Okttober 1969, S. 2 & 71

⁶⁹⁷ „Warum dann eine neue Zeitschrift?“ im Editorial; in: *theorie und praxis*, 4. Jg., Heft 1, September/Okttober 1969, S. 2

VSStÖ und der Ablehnung der Koalition durch die Marxistisch-Leninistischen Studentenorganisation (MLS)⁶⁹⁸ zerbrach diese sehr schnell wieder.⁶⁹⁹

In- und außerhalb der Universität ist in der Zeit vom Wintersemester 1969 bis zum Sommersemester 1971 ein deutlicher Rückgang der Verbandsaktivitäten zu verzeichnen. Aus internationalistischer Sicht ist die Vietnamdemonstration am 14. November 1969, die Demonstration am internationalen Vietnamtag am 15. April 1970 und die Beteiligung an der Kambodscha-Demonstration (5000 TeilnehmerInnen) am 14. Mai 1970 zu nennen (Vgl. Kapitel 5.2.4). Auch direkt an der Universität ging die Veranstaltungstätigkeit des VSStÖ merklich zurück. Lediglich drei Veranstaltungen fanden in dieser Zeit statt: ein Architekturseminar zwischen 1. und 5. Dezember 1969,⁷⁰⁰ ein Teach-In mit dem Historiker Hans Mommsen über „Arbeiterbewegung vor dem Faschismus – Zur politischen Entwicklung Otto Bauers“ am 23. Jänner 1970, sowie ein Kongress über „Aggression und Gewalt im Spätkapitalismus“ mit Ernst Fischer, Herbert Marcuse und Ernest Mandel vom 12. bis zum 17. Oktober 1971 (Vgl. Kapitel 5.3).⁷⁰¹ Bei den ÖH-Wahlen verlor der VSStÖ, trotz finanzieller Unterstützung der SPÖ,⁷⁰² rund ein Prozent der Stimmen (Vgl. Kapitel 5.3.1).

5.1.1 Kommunikationsschwierigkeiten zwischen dem Bundesverband und der Sektion Wien

Ab dem Sommersemester 1970 kam es zu einer Schwächung des Organisationszusammenhangs und zu Kommunikationsschwierigkeiten zwischen dem Bundesverband, in Person von Willy Koldus, Kurt Puchinger und Georg Hoffmann-Ostenhof, und der Sektion Wien, in Person von Wolfgang Schwarz und Edgar Maier.⁷⁰³ Dies war wahrscheinlich auf das verstärkte Engagement einzelner VSStÖ-Mitglieder in den Basisgruppen (Vgl. Kapitel

⁶⁹⁸ Die MLS gründete sich am 29. November 1970 als Nachfolgeorganisation der VDS, nach Ausschluss aller ReformkommunistInnen. Die MLS war eine Kaderorganisation, charakterisiert durch eine äußerst strenge Organisationsdisziplin. Vgl. Keller, S. 118

⁶⁹⁹ Vgl. „Mit dem Hintern ins Gesicht“; Wochenpresse Nr. 51 vom 23.12.1970, in: Mappe VSStÖ 1968-79, (Briefverkehr Zentralsekretariat) & Keller, 1983, S. 118

⁷⁰⁰ Wahrscheinlich auf die Initiative von Kurt Puchinger, der selbst Architektur studierte, erschien auch eine eigene Architektursondernummer der *theorie und praxis* (4. Jg., Heft 2) im November/Dezember 1969.

⁷⁰¹ Vgl. Keller, 1983, S. 150f

⁷⁰² Vgl. Brief von Fritz Marsch an die SPÖ Burgenland vom 13. November 1970; in: Mappe VSStÖ 1968-79, (Briefverkehr Zentralsekretariat)

⁷⁰³ Vgl. Heilingssetzer/Mesner/Rögl/Weber, 1989, S. 82

5.2.2), und die Bemühungen eine „Linke Plattform“ zu gründen (Vgl. Kapitel 5.2.2.1) und unterschiedlichen Auffassungen von politischer Organisationsarbeit zurückzuführen.

Im Sommersemester 1970 wurde auch das Verbandsorgan **theorie und praxis** eingestellt. Ab Juni 1970 erschien nur noch die **rote revue**, die Mitgliederzeitung der Sektion Wien. Das Editorial der ersten Ausgabe der **roten revue** gibt Aufschluss über die möglichen Konfliktfelder. Der Sektionsvorstand Wien beschrieb darin die zukünftigen Aufgaben des VSStÖ folgendermaßen:

„1. Aufhebung des Informationsgefälles innerhalb des sozialistischen Studentenverbandes und zwischen diesem und der langfristig zu politisierenden Studentenschaft.

2. Bereits erarbeitete, allen zugängliche Analysen sollen in der Diskussion aller unter 1. genannten Personen an die spezifischen historischen Bedingungen in Österreich adaptiert werden. Damit kann tendenziell der internationale Bezug hergestellt werden.

3. Reflexion der eigenen politischen Aktivität im Kontext der internationalen sozialistischen Bewegung soll zum theoretisch vermittelten Anschluss der Studentenbewegung an das unterbrochene historische Kontinuum der Arbeiterbewegung führen.

4. Voraussetzung dafür scheint uns eine qualitativ neue Vermittlungsstruktur zu sein, zu der u.a. auch die vorliegende Erstnummer der RR [rote revue, Anm. d. Verf.] beitragen soll. Gleichfalls wäre eine neue Form der innerverbandlichen Kommunikation anzustreben (etwa verschiedene Arbeitskreise, die periodisch im Plenum miteinander kommunizieren).“⁷⁰⁴

Weitere Streitpunkte innerhalb des Verbandes stellten die unterschiedlichen Auffassungen über die Funktion des VSStÖ als sozialistische Studierendenorganisation, die Informationspolitik und die Organisationskultur innerhalb des Verbandes dar.

Im Dezember 1970 befasste sich Kurt Greussing in einem Artikel, der jedoch erst im Februar 1973 in der **roten revue** erschien, näher mit diesen Verbandsproblemen. Er war der Meinung, dass manche VSStÖ-Genossen den politischen Misserfolg des Verbandes durch die Infragestellung der Organisationsform („negative Fetischierung“) kompensieren wollen. Er schloss mit dem Appell „*Organisationsform und Organisation, so wie Erscheinung*

⁷⁰⁴ Editorial des Sektionsvorstandes Wien, in: rote revue, Jg. 1, Nr. 1, Juni 1970;

und Wesen fein säuberlich auseinanderhalten, mit dem ersten nicht unbedingt das zweite zerstören. ⁷⁰⁵

Bei der angeblich unzureichenden Informationspolitik und undurchsichtigen Entscheidungsfindung durch einige Funktionsträger des VSStÖ wurde Greussing konkreter:

„Politisch wahr, richtig, ist nur mehr, was bereits als wahr und politisch relevant rezipiert wurde. Der Zugang zu anderen Realitäten wird durch ausschließlich[es] feed back der eigenen Praxis auf sich selbst abgeschnitten. Dieser unschöne Zug der Informationspolitik intellektueller leader des VSStÖ hat aber noch einen organisations-soziologischen Aspekt: es wiederholt sich hier im kleinen das Spiel jedweder etablierter Herrschaft: Man informiert die Genossen nicht, nimmt ihrer Uninformiertheit als Bestätigung für ihr Desinteresse (Nach dem Motto: wer interessiert ist, der kommt schon von selbst), und ihr Desinteresse als Vorwand, sie nicht zu informieren. So schließt sich der Kreis der vielbeklagten Ver selbstständigung der Führungsgruppen. Dazu kommt die mangelnde formelle Repräsentanz, folglich Intransparenz und Unverbindlichkeit der Entscheidungsprozesse: Basisgruppen werden einmal abgeschrieben, dann wieder als deus ex machina gefeiert, Informationspolitik gegenüber den Genossen bestimmt sich anscheinend vorrangig durch persönliche Sympathie gegenüber den Adressaten, (...). ⁷⁰⁶

Greussing erwähnte auch ein Gespräch mit Willy Koldus, bei dem dieser seine „Auswahlkriterien für die Adressaten politische Informationen und Träger politischer Entscheidungen (VSStÖ)“ näher schilderte. Greussing behielt sich subjektive Verzerrungen seinerseits vor, vermerkte jedoch, dass die Aussagen Koldus’ eine starke Tendenz im Verband zu dieser Zeit zu repräsentieren schienen.

„Relevant seien nur jene, die in Basisgruppen mitarbeiten. Arbeit im VSStÖ, mithin in einer historisch überholten Organisationsform, sei solche in Vermittlungsfunktionen zur Staats- und Parteibürokratie – z.B. sei eine Arbeit in Hinblick auf die Mitgestaltung der speziellen Studiengesetze zu uninteressant -, er selbst sehe seine Funktion im VSStÖ ausschließlich darin, die arbeitswilligen Leute vom VSStÖ weg in die Basisgruppen zu bringen. Und von der Basisgruppenarbeit als der offenbar entscheidenden legitimiere sich die politische Entscheidungs- und Informationsfunktion der jeweiligen VSStÖ-Genossen. (Ob da nicht bisweilen Präsenz mit Praxis verwechselt wird?)“ ⁷⁰⁷

⁷⁰⁵ „Exkurse, Marginalien zur Politik und Struktur des VSStÖ“ von Kurt Greussing, Dezember 1970, in: rote revue, 4. Jg., Heft 3, 27. Februar 1973

⁷⁰⁶ Ebd.

⁷⁰⁷ Ebd.

Greussing wendete sich in seinem Artikel entschieden gegen die „Exklusivstrategie“, welche ausschließlich auf die Basisgruppen aufbaute und eine „*sukzessive Aufgabe des VSStÖ*“ zur Folge haben würde.

*„Wir sollten uns nicht so leicht der reflexionsverengenden Wirkung unmittelbarer Erfahrung ausliefern, d.h. in der Basisgruppenarbeit nicht unbedingt das neue Jerusalem sehen. Linke Damaskus-Erlebnisse ersetzen nicht ein historisch gewachsenes politisches Selbstverständnis, das seine soziale Entsprechung in einer politisch reflektierten Organisationsarbeit finden müsste.“*⁷⁰⁸

Zusätzliche Faktoren der Konflikte waren, dass sich die Gruppe um die Verbandsführung überwiegend mit theoretischen Diskussionen befasste, die ihren Ausdruck in der nur kurz bestehenden, analytisch-abstrakten **theorie und praxis** fanden. Dazu kamen Unstimmigkeiten über die (Nicht-)Beteiligung des VSStÖ an den Hochschulwahlen 1971 (Vgl. Kapitel 5.3.1), umstrittene Abspaltungsbestrebungen von der SPÖ (Vgl. Kapitel 5.4) sowie die von Greussing angesprochene „*mangelnde formelle Repräsentanz*“, sprich das nahezu ausschließliche Verbandsleben der Bundessprecher in der gemeinsamen Wohngemeinschaft im „Ledererhof“.⁷⁰⁹

*Und das war eine Gruppe die bestand aus dem Gustav Glaser, aus mir, dem Kurt Puchinger und dem Toni Baier. Also das waren einfach vier Leute die teilweise mit Lebensgefährtinnen, teilweise ohne zusammengewohnt haben. (...) Sonst war es einfach ein Zusammenleben von Leuten, die zu der Zeit halt auch politisch gemeinsam arbeiteten. In einer Phase in der sich das Ganze dann schon aufgelöst hat, (...) ist eben diese Partie zum Ledererhof hinübergezogen. Es sind dann andere Leute dazugekommen wie die Evi Klein, [Peter] Tagwerker, (...). Und das war dann eben die Fraktion die sich dann eher von der Partei verabschieden wollte.“*⁷¹⁰

5.1.2 Fraktionskampf 1971

Die Lage zwischen dem Bundes- und dem Wiener Verband schien also schon im Wintersemester 1970/71 angespannt gewesen zu sein und spitzte sich nach den verlorenen ÖH-Wahlen (Vgl. Kapitel 5.3.1) weiter zu. Der Fraktionskampf fand jedoch nicht nur auf Bun-

⁷⁰⁸ „Exkurse, Marginalien zur Politik und Struktur des VSStÖ“ von Kurt Greussing, Dezember 1970, in: rote revue, 4. Jg., Heft 3, 27. Februar 1973

⁷⁰⁹ Vgl. Heilingssetzer/Mesner/Rögl/Weber, 1989, S. 84

⁷¹⁰ Interview Kurt Greussing, , 20.6.2004, S. 17

des- sondern auch auf der Wiener Ebene statt und mündete in der Abwahl bzw. im Ausscheiden der bisherigen Funktionäre.

„Dies war nicht das Ergebnis einer theoretischen Diskussion eines Konfliktes verschiedener, ausgewiesener politischer Zielvorstellungen, [sondern] hatte – zumindest in Wien – vielmehr seine Ursache in der theoretischen, wie praktischen Inkonsistenz, in der politisch-organisatorischen Hilflosigkeit der von den bis dahin amtierenden Bundesfunktionären repräsentierten Fraktion.“⁷¹¹

Der offensichtliche Konflikt, der im Ablauf starke Ähnlichkeiten mit jenem aus den Jahren 1966 aufweist (Vgl. Kapitel 3.1), begann mit der Einladung einer außerordentlichen Vollversammlung der Sektion Wien am 27. Jänner 1971, die für den 4. Februar 1971 Neuwahlen vorsah. Der Brief war von Wolfgang Schwarz und Edgar Maier unterfertigt.⁷¹² Wie der Parteisekretär Herbert Schwanda, der im Konflikt 1966 selbst eine nicht unwesentliche Rolle gespielt hatte, in einer Notiz feststellte, sei der Rücktritt der VSSÖ-Wien-Funktionäre Peter F. Mayer und Christian Wagner der Grund für diese Vollversammlung gewesen.⁷¹³

Anscheinend ergingen die Einladungen für diese Sektionsversammlung nicht an alle Mitglieder der Sektion Wien, da durch eine Information des Bundessekretariates versucht wurde *„alle nichtinformierten Genossen darüber zu informieren“*. Zudem schloss die Aussendung mit den Worten *„Nieder mit allem Revisionismus“⁷¹⁴!*, welche auf verhärtete Fronten schließen lassen.⁷¹⁵

Die Sektionsversammlung am 4. Februar 1971 wies zwei erhebliche statutarische Mängel auf. Zum einen war die zweiwöchige Einberufungsfrist nicht eingehalten worden, zum

⁷¹¹ „An Stelle eines Editorials: Zur jüngsten Geschichte und gegenwärtigen Situation des Verbandes“ in: rote revue, Jg. 2, Nr. 5, November 1971

⁷¹² Vgl. Information des Bundessekretariates vom 28.1.1971 gezeichnet von Kurt Puchinger, in: Mappe VSSÖ 1968-79, (Briefverkehr Zentralsekretariat)

⁷¹³ Vgl. Notizen betreffend den VSSÖ von Herbert Schwanda an Kreisky, Firnberg, Marsch und Strache (undatiert), S. 1; in: Mappe VSSÖ 1968-79, (Briefverkehr Zentralsekretariat)

⁷¹⁴ Der politisch-pragmatische Revisionismus beziehungsweise das revisionistische Abweichen wird in der Politik und Politikgeschichte in der Regel als die moderate, pragmatische und realitätsnahe Herangehensweise beim Durchsetzen der jeweiligen Ziele begriffen. Die dabei an den Tag gelegte Kompromissbereitschaft wird von der jeweils orthodoxeren Gruppe als Verrat beargwöhnt. In diesem Zusammenhang kann der Ausspruch „Nieder mit dem Revisionismus!“ als Abwertung der anderen Gruppe als ‚rechte‘ SozialdemokratInnen und VerräterInnen an der Sache und andererseits als Aufwertung der eigenen Politik als revolutionär bewertet werden. Vgl. Net-Lexikon http://www.lexikon-definition.de/Revisionismus.html#Politisch-pragmatischer_Revisionismus (Stand : 12.12.2004)

⁷¹⁵ Vgl. Information des Bundessekretariates vom 28.1.1971 gezeichnet von Kurt Puchinger, in: Mappe VSSÖ 1968-79, (Briefverkehr Zentralsekretariat)

anderen durften Sektionsvollversammlungen nicht in den Semesterferien stattfinden.⁷¹⁶

Diese Missachtung der statutarischen Fristen erscheint merkwürdig, da Wolfgang Schwarz nur ein Jahr zuvor selbst einen Statutenänderungsvorschlag eingebracht hatte, und von diesen Fristen wissen hätte müssen (Vgl. Kapitel 5.1).

Die Sektionsvollversammlung fand trotz dieser Mängel statt und verlief laut „Bericht über die sogenannte Mitgliedervollversammlung der Sektion Wien am 4.2.1971, Verbandslokal“ keineswegs reibungslos. Diese Darstellung ist kritisch zu sehen, da sie von den, in ihren Positionen bedrohten, Bundessprechern Koldus, Puchinger und Hoffmann-Ostenhof, verfasst wurde. Die Bundessprecher schilderten darin ihre, zu Beginn der Veranstaltung geäußerte, Kritik am statutenwidrigen Zustandekommen der Versammlung und stellten damit ihre Legitimation und etwaig getroffene Beschlüsse in Abrede. Sie schlugen vor, vielmehr die Gelegenheit zu nutzen, politische Strategien des Verbandes zu diskutieren. Zur Sitzung wurde weiters angemerkt, dass sich unter den TeilnehmerInnen eine Vielzahl von ehemaligen VSStÖ-Aktiven befände und dass vor Beginn der Versammlung „*Stimmzettel um S 25,- verkauft*“ wurden, was weniger drastisch ausgedrückt auch als verspätetes Einzahlen des Mitgliedsbeitrages (25 Schilling/Semester) bezeichnet werden könnte. Beides sind auf jeden Fall Merkmale, die auf eine eindeutige Mobilisierung bzw. Absicherung einer Mehrheit hindeuten, ähnlich wie sie schon 1966 bei der Urwahl in der Sektion Wien aufgetreten war (Vgl. Kapitel 3.1.4). Obwohl die Tagesordnung der Versammlung nur die Punkte Neuwahl und Allfälliges vorsah, wurde die sofortige Wahl durch eine mehrstündige Debatte hinausgezögert. Schlussendlich fand die Wahl trotzdem statt, wenngleich angeblich weder Kandidaten bekannt gegeben noch eine Wahlkommission gewählt wurde.⁷¹⁷

Herbert Schwanda berichtete über das Wahlergebnis:

*„Bei dieser Sektions-Vollversammlung gab es nur eine Liste (von Edgar Maier angeführt, Anm. d. Verf.), welche von etwa 65 Anwesenden 45 bis 50 Stimmen auf sich vereinen konnte.“*⁷¹⁸

⁷¹⁶ Vgl. Notizen betreffend den VSStÖ von Herbert Schwanda an Kreisky, Firnberg, Marsch und Strache (undatiert), S. 1; in: *Mappe VSStÖ 1968-79, (Briefverkehr Zentralsekretariat)*

⁷¹⁷ Vgl. Bericht über die sogenannte Mitgliedervollversammlung der Sektion Wien am 4.2.1971, Verbandslokal; gezeichnet von Kurt Puchinger, Wilhelm Koldus und Georg Hofmann-Ostenhof vom 4.2.1971; in: *Mappe VSStÖ 1968-79, (Briefverkehr Zentralsekretariat)*

⁷¹⁸ Vgl. Notizen betreffend den VSStÖ von Herbert Schwanda an Kreisky, Firnberg, Marsch und Strache (undatiert), S. 1; in: *Mappe VSStÖ 1968-79, (Briefverkehr Zentralsekretariat)*

Die Bundessprecher Puchinger, Koldus und Hofmann-Ostenhof stellten in ihrem „Bericht“ abschließend fest, dass die Vollversammlung sowie die gewählten Funktionäre nicht anerkennen würden und, dass die nächste außerordentliche Bundeskonferenz, die bereits von 6. bis zum 7. Februar stattfinden sollte, sich mit dieser Causa beschäftigen würde.⁷¹⁹

Herbert Schwanda vermerkte in seinen Notizen, dass die gegenwärtigen Bundessprecher anscheinend über keine Mehrheit unter den Verbandsmitgliedern verfügen würden und lediglich „*Unterstützung in den sogenannten Basisgruppen, deren Angehörige sich jedoch weitgehend weigern, auch nur formal den VSStÖ als Mitglied beizutreten*“ hätten. Zudem führte Schwanda Argumente der GegnerInnen „*OSTLEITHNER, BUCEK, SCHÖNBECK, KOWALSKI, Silvio LEHMANN, LEIRER sowie viele junge Genossen*“ gegen die Gruppe um das Bundes-Triumvirat an:

„Die Politik des Verbandspräsidiums hat zu dem Debakel bei den Hochschulwahlen geführt. Die Taktik gegenüber den Basisgruppen ist völlig verfehlt.“⁷²⁰

Von der außerordentlichen Bundeskonferenz am 6. und 7. Februar 1971 ist leider kein Protokoll vorhanden, jedoch veröffentlichte der VSStÖ eine Resolution, welche das „Engagement“ der SPÖ für die Gruppe verständlicher macht, die den Austausch der Bundessprecher vorantrieb. Darin verurteilte die außerordentliche Bundeskonferenz das Verhalten der Wissenschaftsministerin Firnberg in Bezug auf die Vorfälle an der Wiener Universität am 30. Jänner 1971, wo eine Gruppe von Psychologie- und SoziologiestudentInnen die Fakultätssitzung der Philosophischen Fakultät aus Protest gegen die Nichtbesetzung des Lehrstuhls für Soziologie stürmte und daraufhin von der, vom Rektor angeforderten, Polizei aus der Universität „befördert“ wurde. Die Ministerin reagierte, indem sie den Professoren versichert, sie werde „*jeder Radikalisierung entgegenzutreten.*“⁷²¹

⁷¹⁹ Vgl. Bericht über die sogenannte Mitgliedervollversammlung der Sektion Wien am 4.2.1971, Verbandslokal; gezeichnet von Kurt Puchinger, Wilhelm Koldus und Georg Hofmann-Ostenhof vom 4.2.1971; in: Mappe VSStÖ 1968-79, (Briefverkehr Zentralsekretariat)

⁷²⁰ Notizen betreffend den VSStÖ von Herbert Schwanda an Kreisky, Firnberg, Marsch und Strache (undatiert), S. 2; in: Mappe VSStÖ 1968-79, (Briefverkehr Zentralsekretariat)

⁷²¹ Vgl. „Wien: Fakultätssitzung gestört – Radikale Studenten drangen in Sitzungszimmer ein“ in: AZ vom 31.1.1971, S. 2

Der VSStÖ fand die Haltung der Wissenschaftsministerin skandalös und nahm die aktivistischen Basisgruppen in Schutz.

„Wir protestieren gegen das Verhalten von Frau Minister Firnberg nach der Aktion der Basisgruppen für die Besetzung der Soziologischen Lehrstühle. Wenn Frau Minister Firnberg die Basisgruppen, die die Demokratisierung der Hochschulen exemplarisch praktizieren und durchsetzen, als ‚radikale Minderheit‘ und ‚Radikalinskis‘ diffamiert, so fällt sie in den Chor jener antidemokratischen Kräfte ein, die alle emanzipatorischen Bewegungen unterdrückt.“⁷²²

Als eine wahrscheinliche Reaktion auf diese Kritik seitens des VSStÖ bzw. auf den zunächst misslungenen Wechsel an der Verbandsspitze verfügte der SPÖ-Zentralsekretär Fritz Marsch am 11. Februar 1971:

„Wir werden uns in den Konflikt im VSStÖ nicht einmischen. Allfällige Zahlungen an den VSStÖ – auch laufende Subventionen – werden derzeit nicht geleistet. Die Wiener Organisation wird bis auf weiteres ihren Betrag (...) monatlich an die Wiener Sektion des VSStÖ (Genosse Schwarz) zahlen. Bitte diese Mitteilung vertraulich zur Kenntnis nehmen!“⁷²³

Anscheinend wurde diese Information jedoch nicht mit der angemessenen Vertraulichkeit behandelt, da der „präsumtive VSStÖ-Obmann“ Johann Dvořák bei Herbert Schwanda intervenierte, weil Teile des VSStÖ Wien obigen Entschluss der Partei als Triumph ihrer Gruppe verbuchten und verbreiten würden.⁷²⁴

„In der augenblicklichen gespannten Situation kann eine solche Flüsterpropaganda für die ‚rechte Fraktion‘ tödlich sein. Ich würde Dich deshalb ersuchen, den Genossen Strache und Berger nahe zu legen, nicht so offensichtlich die andere Seite über die Absichten der Partei zu informieren. Die Genossen Strache und Berger könnten ja als Begründung für die Sperre der Basisfinanzierung anführen, dass die Partei eine Kontrolle der Bücher wünscht und erst dann wieder bereit ist die laufenden Zahlungen aufzunehmen.“⁷²⁵

Im März 1971 sollte noch eine Bundeskonferenz, wahrscheinlich nach einer „ordentlichen“ Wiener Sektionsvollversammlung einberufen werden, bei der Johann Dvořák (Soziologie),

⁷²² Resolution der außerordentlichen Bundeskonferenz des Verbandes sozialistischer Studenten am 6.2.1971, in: Mappe VSStÖ 1968-79, (Briefverkehr Zentralsekretariat)

⁷²³ Interne Mitteilung des Zentralsekretariats von Fritz Marsch an Berger, Schwanda und Strache vom 11.2.1971, in: Mappe VSStÖ 1968-79, (Briefverkehr Zentralsekretariat)

⁷²⁴ Vertraulicher Brief von Herbert Schwanda an Fritz Marsch vom 15.3.1971; in: Mappe VSStÖ 1968-79, (Briefverkehr Zentralsekretariat)

⁷²⁵ Ebd.

Helene Klaar (Jus) und Phil Schönbeck (Ökonomie) als neue BundessprecherInnen bestellt hätten werden sollen.⁷²⁶ Gerhard Fritz, damaliger Innsbrucker Sektionssprecher und laut Schwanda Sympathisant der Gruppe um die Bundessprecher-Dreigestirn,⁷²⁷ berichtete über die abgebrochene Bundeskonferenz:

„(...) Die erste ordentliche Bundeskonferenz im März musste nach der Konstituierung wieder abgebrochen und als außerordentliche zu Ende geführt werden, weil Streitigkeiten um die Zahl und die Personen der Delegierten der Sektion Wien (die auf einer sehr umstrittenen Sektionsvollversammlung gewählt worden waren) nicht beigelegt werden konnten.“⁷²⁸

Auch aus den Notizen von Herbert Schwanda geht hervor, dass bei dieser Bundeskonferenz die Sektionen Graz und Linz die Legitimation des neuen Wiener Sektionsvorstandes sowie deren Delegierte zur Konferenz, aufgrund der oben angeführten statutarischen Unzulänglichkeiten der Sektionsvollversammlung in Frage stellten.⁷²⁹ Aus diesem Grund wurden die BundessprecherInnen bei dieser Konferenz nicht neu gewählt.

In der ersten Ausgabe der **roten revue** im März 1971 finden sich Anzeichen einer personellen Veränderung in der Sektion Wien, da Wolfgang Schwarz und Edgar Maier im Redaktionskollektiv nicht mehr aufscheinen und stattdessen Johann Dvořák, Erwin Fleger, Peter Pelinka und Erich Zdeb angeführt sind. Auch das Editorial der **roten revue** 1/71 selbst, lässt einen bereits erfolgten (informellen) Wechsel der FunktionärInnen in der Sektion Wien vermuten:

„Die Rekonstruktion des Wiener VSStÖ zu initiieren ist die Absicht dieser Nummer. Ein praktikables Arbeitskonzept zu realisieren, muss in den nächsten Wochen geleistet werden.“⁷³⁰

⁷²⁶ Vgl. Notizen betreffend den VSStÖ von Herbert Schwanda an Kreisky, Firnberg, Marsch und Strache (undatiert), S. 2; in: Mappe VSStÖ 1968-79, (Briefverkehr Zentralsekretariat) & Vertrauliche interne Mitteilung des Zentralsekretariats von Herbert Schwanda an Fritz Marsch und Max Strache (undatiert); in: Mappe VSStÖ 1968-79, (Briefverkehr Zentralsekretariat)

⁷²⁷ Vgl. Notizen betreffend den VSStÖ von Herbert Schwanda an Kreisky, Firnberg, Marsch und Strache (undatiert), S. 2; in: Mappe VSStÖ 1968-79, (Briefverkehr Zentralsekretariat)

⁷²⁸ Brief von Gerhard Fritz (Sektionssprecher Innsbruck) an Herbert Salcher (Landesparteiobmann Tirol) vom 4.5.1971, in: Mappe VSStÖ 1968-79, (Briefverkehr Zentralsekretariat)

⁷²⁹ Vgl. Notizen betreffend den VSStÖ von Herbert Schwanda an Kreisky, Firnberg, Marsch und Strache (undatiert), S. 1; in: Mappe VSStÖ 1968-79, (Briefverkehr Zentralsekretariat)

⁷³⁰ Editorial, in: rote revue, Jg. 2, Nr. 1, März 1971

Der Ausgabe beigelegt war eine Einladung zu einer „*konstituierenden Vollversammlung des Zweigvereines VSStÖ/Sektion Wien*“ für den 1. April 1971. Aus der Tagesordnung geht hervor, dass an diesem Tag ein neuer Wiener Sektionsrat gewählt werden sollte. Als Proponenten wurden Erwin Fleger und Johann Dvořák angegeben.⁷³¹ Der Einladung angeschlossen findet sich außerdem ein Papier mit dem Titel „Zur Organisation des VSStÖ“, in dem die beiden Proponenten ihre zukünftigen Vorstellungen der Verbandsorganisation und -entwicklung darlegten. In der Vorbemerkung schilderten sie ihre Beweggründe, die Rückschlüsse auf die vorangegangene Exekutive zulassen:

„Zwei Momente bestimmten unsere Überlegungen, nämlich den Beginn einer konsequenten politischen Arbeit aller sich aktivierender Genossen zu ermöglichen, sowie den Verband als Bundesorganisation zu rekonstruieren. (...) Wir legen dieses Konzept vor, damit nach seiner Diskussion Genossen in den einzelnen Bereichen ihre Arbeit aufnehmen, um den Verband in Theorie und Praxis zu bestimmen. Grundsätzlich wollen wir noch anmerken, dass der VSStÖ weder eine Sesselansammlung von Funktionären noch allen ein Zimmer für irgendwelche (notwendige) Arbeitskreise noch ein bloßer Papier- und Vervielfältigungsladen sein kann, sondern eine sich aus allen Genossen konstituierende revolutionäre politische Organisation.“⁷³²

In den allgemeinen Thesen des Konzeptes wurde als Ziel des VSStÖ die Herstellung des Sozialismus in Österreich genannt, in Koordination mit anderen revolutionären Prozessen in den kapitalistischen Ländern sowie dem Befreiungskampf in der Dritten Welt. Der VSStÖ sollte dieser Bestimmung nicht mehr als Studierendenorganisation, sondern als revolutionäre Organisation aller Unterprivilegierten nachkommen, wengleich das nicht ein „*Aufgeben der studentisch-emanzipatorischen Interessen in bezug auf Studium und Berufsperspektiven*“ bedeuten sollte.⁷³³

„Eine syndikalistische Studentenpolitik⁷³⁴ muss im sozialistischen Selbstverständnis studentische Indoktrination und gesellschaftliche Widersprüche vermitteln, wird also nicht ausschließlich syndikalistisch sein.“⁷³⁵

⁷³¹ Vgl. Einladung zur konstituierenden Vollversammlung des Zweigvereines VSStÖ/Sektion Wien vom 16. März 1971; in: rote revue, Jg. 2, Nr. 1, März 1971

⁷³² „Zur Organisation des VSStÖ“ in: rote revue, Jg. 2, Nr. 1, März 1971

⁷³³ Vgl. „Zur Organisation des VSStÖ“ in: rote revue, Jg. 2, Nr. 1, März 1971

⁷³⁴ Syndikalistisch meint im allgemeinen sozialrevolutionäre Bestrebungen mit dem Ziel der Übernahme der Produktionsmittel durch autonome Gewerkschaften. Die syndikalistische Studierendenpolitik betraf in diesem Fall die Vorbereitung der Studierenden auf eine sozialistische Berufspraxis im Rahmen der gewerkschaftlich orientierten Bildungsarbeit mit gesamtgesellschaftlichen Anspruch.

⁷³⁵ „Zur Organisation des VSStÖ“ in: rote revue, Jg. 2, Nr. 1, März 1971

Die Verbandsstruktur sollte in zielgerichtete Arbeitsbereiche gegliedert, die Bundesorganisation schlagkräftig gegenüber dem „nationalen Herrschaftsapparat“ auftreten, und die Entscheidungen innerhalb des Verbandes transparent gestaltet werden. Konkret sollte die Arbeit im Hochschulbereich in den Gremien (ÖH, SPÖ, Studienkommissionen etc.), an der Basis (Basisgruppen, Institutspresse etc.) und für die gesamte Hochschule (Service für StudienanfängerInnen, Politisierung durch Teach-Ins, Materialsammlungen von Gesetzen bspw.) geleistet werden. Weitere Punkte waren die Vorbereitung der Studierenden auf die sozialistische Berufspraxis (Vgl. Kapitel 5.2.1.1) sowie Aktivitäten außerhalb der Hochschule durch die „Ausnützung aller institutionellen Möglichkeiten in den parlamentarisch-demokratischen Instanzen – das bedeutet reformistische Mitarbeit, soweit sie sinnvoll ist, stringente Denunziation der Entscheidungsprozesse.“⁷³⁶

Auf einer (angeblich stattgefundenen) Sitzung des Zentralrates Ende März 1971 wurde die statutengemäße und rechtzeitige Einberufung einer ordentlichen Bundeskonferenz für den 30. April und 1. Mai 1971 nach Innsbruck beschlossen und von Georg Hofmann-Ostenhof, Gerhard Fritz und Fritz Weber (Sektion Salzburg) unterzeichnet.⁷³⁷ In einer Mitteilung stellte Herbert Schwanda fest, dass dieser Zentralrat nie stattgefunden hätte, und „von den ‚rechten‘ Genossen (...) daher diese Bundeskonferenz (...) als nicht statutengemäß angesehen“ würde.⁷³⁸

Am 20. April 1971 erfolgte die „Gegenoffensive“ durch die ebenfalls fristgerechte Einladung zu einer außerordentlichen Bundeskonferenz durch die Sektionen Linz (Manfred Eder und Josef Weidenholzer) und Wien (Erwin Fleger und Manfred Matzka) für den 28. April 1971 in Wien.⁷³⁹ Hier bestätigte sich der Ausgang der Wiener Sektionsversammlung vom 1. April, über die leider keine weitere Dokumentation zu finden ist. Erwin Fleger und

⁷³⁶ Vgl. „Zur Organisation des VSStÖ“ in: rote revue, Jg. 2, Nr. 1, März 1971

⁷³⁷ Brief von Gerhard Fritz (Sektionssprecher Innsbruck) an Herbert Salcher (Landesparteiobmann Tirol) vom 4.5.1971, in: Mappe VSStÖ 1968-79, (Briefverkehr Zentralsekretariat) & Interne Mitteilung von Herbert Schwanda an Fritz Marsch vom 23.4.1971; in: Mappe VSStÖ 1968-79, (Briefverkehr Zentralsekretariat)

⁷³⁸ Interne Mitteilung von Herbert Schwanda an Fritz Marsch vom 23.4.1971; in: Mappe VSStÖ 1968-79, (Briefverkehr Zentralsekretariat)

⁷³⁹ Vgl. „Einberufung einer außerordentlichen Bundeskonferenz für Mittwoch, den 28.4.1971 in Wien“ vom 20.4.1971; in: Mappe VSStÖ 1968-79, (Briefverkehr Zentralsekretariat)

Manfred Matzka wurden nunmehr als Wiener Sektionssprecher ausgewiesen, Wolfgang Schwarz und Edgar Maier wurden nicht mehr erwähnt.

In dem bereits oben angeführten Schreiben Herbert Schwandas vom 23. April 1971 wird die Unterstützung der SPÖ für die ‚rechte‘ Gruppe und die Gründe dafür immer deutlicher:

„Vor allem sollte man seitens des Zentralsekretariates finanziell nur die erste, außerordentliche Bundeskonferenz subventionieren, nicht aber die am 1. Mai stattfindende Bundeskonferenz, da mit Sicherheit damit zu rechnen ist, dass letztere mit einem politischen Eklat enden wird (Störung der Mai-Feiern, Gründung eines ‚Roten Studentenbundes‘ durch die linke Fraktion).“⁷⁴⁰

Die außerordentliche Bundeskonferenz am 28. April 1971 verlief laut einer Mitteilung Schwandas ruhig, da keiner der drei bisherigen Bundessprecher oder AnhängerInnen dieser Fraktion anwesend gewesen waren.⁷⁴¹ Der neugewählte erste Bundessprecher hieß nun Johann Dvořák (Sektion Wien), sein zweiter und dritter Stellvertreter Manfred Eder (Sektion Linz) und Fritz Weber (Sektion Salzburg). Kurt Greussing wurde zum Chefredakteur des Verbandsorgans und Phil Schönbeck zum Hochschulsprecher gewählt.⁷⁴² Neben der Neuwahl beschloss diese Bundeskonferenz drei Resolutionen, die sich vorsichtig gegen die Regierungspolitik der SPÖ richteten. Zum einen kritisierte der VSStÖ die *„restaurativen Tendenzen“* der Politik des Verteidigungsministers im Kabinett Kreisky II, Carl Lütgendorf (Vgl. Kapitel 5.2.3), zum anderen die Betriebsrätenovelle, in der Kritik am *„Verzicht auf ‚systemsprengende Reformen‘“* geübt wurde. Die dritte Resolution forderte die Verankerung der Drittelparität in allen Hochschulgremien im neuen Universitätsorganisationsgesetz.⁷⁴³

Über die trotzdem stattfindende ordentliche Bundeskonferenz Ende April in Innsbruck berichtete der dortige Sektionssprecher Gerhard Fritz:

⁷⁴⁰ Interne Mitteilung von Herbert Schwanda an Fritz Marsch vom 23.4.1971; in: Mappe VSStÖ 1968-79, (Briefverkehr Zentralsekretariat)

⁷⁴¹ Ebd.

⁷⁴² Ebd.

⁷⁴³ Vgl. *„VSStÖ wählte ‚Bundessprecher‘“* in: AZ vom 30.4.1971, S. 2

„Zur Bundeskonferenz in Innsbruck waren Vertreter der Sektionen Innsbruck, Leoben, Salzburg (darunter der neugewählte Zweite Bundessprecher)⁷⁴⁴ [Fritz Weber aus Salzburg, der aber eigentlich als dritter Bundessprecher gewählt wurde, Anm. d. Verf.] und die ehemaligen Zentralratsmitglieder erschienen. Aufgrund des Berichtes, den der neugewählte Zweite Bundessprecher über die Wiener Bundeskonferenz lieferte, und vor allem, weil wesentliche Streitfragen (z.B. dass der neue Bundesvorstand nur in der Minderheit aus Bundesländersektionen besetzt war) beigelegt schienen, konstituierten sich die anwesenden Vertreter nicht als ordentliche Bundeskonferenz. Der Zweite Bundessprecher wurde beauftragt, dem Bundesvorstand mitzuteilen, dass auch jene Sektionen, die auf der Wiener Konferenz nicht anwesend gewesen waren, den neugewählten Bundesvorstand anerkennen würden. Obwohl die wohl etwas intrigante Vorgangsweise der Sektion Wien verurteilt wurde, schien es den anwesenden Vertretern wichtiger, der bürgerlichen Presse nicht die Show eines gespaltenen VSSStÖ vorzuführen; zumal ja keine unmittelbaren Streitfragen mehr bestanden. Hiermit gilt die Wiener Konferenz als gültige Bundeskonferenz des VSSStÖ, die Innsbrucker Konferenz als nicht stattgefunden.“⁷⁴⁵

Da die Innsbrucker „Bundeskonferenz“ ungültig war, keine zwei Verbandsvorstände wie 1966 koexistierten (Vgl. Kapitel 3.1.2) und die „linke“ Gruppe scheinbar aufgegeben hatte, schienen die verbandsinternen Unstimmigkeiten formell aus dem Weg geräumt zu sein.

Rückblickend wurde in der **roten revue** im November 1971 zum Fraktionskampf festgestellt, dass die Entwicklung des Verbandes seit 1968 unter anderem durch eine „*permanente Krise*“ gekennzeichnet war.⁷⁴⁶

„(...) Gerade weil die Vorgänge bis hin zu den jüngsten Fraktionskämpfen nicht als Identitätskrise des Verbandes angesichts der wesentlich gewandelten Verhältnisse in der Wiener studentischen Linken verstanden wurden, der ideologische Schleier (...) nicht zerrissen wurde, war es möglich, dass ‚Rechte‘ und ‚Linke‘ Hand in Hand arbeitend die Selbstzerstörung des Verbandes betrieben.“⁷⁴⁷

5.1.3 Der steinige Weg zur Konsolidierung

Als Ausweg aus der, trotz personellen Änderungen, anhaltenden Krise des VSSStÖ wurde ein systematischer Selbstverortungsversuch des Verbandes vorgeschlagen.

⁷⁴⁴ In einem Brief von Johann Dvořák an das Zentralsekretariat vom 23.7.1971 bestätigt dieser die Entsendung von Fritz Weber zur „Bundeskonferenz“ nach Innsbruck. In: Mappe VSSStÖ 1968-79, (Briefverkehr Zentralsekretariat)

⁷⁴⁵ Brief von Gerhard Fritz (Sektionsprecher Innsbruck) an Herbert Salcher (Landesparteiobmann Tirol) vom 4.5.1971, in: Mappe VSSStÖ 1968-79, (Briefverkehr Zentralsekretariat)

⁷⁴⁶ Vgl. „An Stelle eines Editorials: Zur jüngsten Geschichte und gegenwärtigen Situation des Verbandes“ in: rote revue, Jg. 2, Nr. 5, November 1971

⁷⁴⁷ Ebd.

„Das bedeutet aber auch, dass mit der Ablösung einiger Funktionäre durch einige andere Funktionäre die beträchtlichen Probleme nicht bewältigt sind. Notwendig ist vielmehr, vor diesem historischen background (d.h. auch unter systematischer Erhellung desselben) die Position und Funktion des VSStÖ innerhalb der linken, innerhalb der SPÖ, sowie seine mögliche Funktion überhaupt neu zu überdenken und zu bestimmen und auf diese Weise die Rekonstruktion des organisatorischen Selbstbewusstseins zu besorgen.“⁷⁴⁸

Über den Sommer und bei einem Seminar der Sektion Wien am Semmering vom 2. bis zum 5. September 1971⁷⁴⁹ wurde eine grundsätzliche Programmatik des VSStÖ Wien ausgearbeitet. Die Diskussion darüber sollte in Folge in schriftlicher Form in dem verbandsinternen Organ **rote revue** und mündlich im Rahmen von Plena für alle Verbandsmitglieder stattfinden. Hierbei ist festzuhalten, dass der VSStÖ Wien seit September 1971 wieder eine Zeitschrift für Studierende produzierte, die sich **rot-press**⁷⁵⁰ nannte.

„Auf dem letzten Seminar der Sektion Wien wurde eine Reihe von Beschlüssen bezüglich der Herbstarbeit des VSStÖ in Wien gefasst (bezüglich Projektgruppen, Institutsarbeit, Zeitung, Veranstaltungen). Die erste Konkretisierung dieser Vereinbarungen wird die Anfang Oktober an alle Wiener Studenten versandte „rot-press“ sein, die der „breiten Masse“ die Vorstellungen des VSStÖ näher bringen soll. Daneben bleibt die rote revue als Diskussions- und Nachrichtenorgan für die Wiener Genossen bestehen (...).“⁷⁵¹

In der **roten revue** wurde das ausgearbeitete Grundsatzprogramm des VSStÖ Wien, welches neben strategischen Festlegungen auch kurzfristige politische Aktivitäten enthielt, zur Diskussion gestellt.⁷⁵²

Als klares Ziel der langfristigen, gesellschaftsverändernden Politik des VSStÖ wurde die Beseitigung aller Klassen- und Herrschaftsstrukturen genannt. Dieses Ziel sollte mit der Strategie einer permanenten Politik der Strukturveränderungen, d.h. materielle Verbesserungen bei gleichzeitigem Abbau von sozialen Privilegien, mithilfe der Institutionen der parlamentarischen Demokratie in Koordination mit einer Aufklärungs- und Aktivierungsstrategie, also einer konkreten Bewusstseinsbildung der Lohnabhängigen, umgesetzt wer-

⁷⁴⁸ Ebd.

⁷⁴⁹ Vgl. ebd.

⁷⁵⁰ Die erste Ausgabe der rot-press, eine Zeitung des VSStÖ Wien für Studierende, erschien im Herbst 1971 als Sondernummer der roten revue. Vgl. rot-press, 1. Jg., Heft 1, September/Oktober 1971

⁷⁵¹ rote revue (Sondernummer), Nachrichtenorgan des VSStÖ/Sektion Wien vom 28.9.1971

⁷⁵² Vgl. „Zur Politik des Vssstö-Wien“, in: rote revue, Jg. 2, Nr. 5, November 1971

den.⁷⁵³ Die Wirkungsmöglichkeiten der sozialistischen Studierenden würden durch ihre Stellung und Funktion in der Gesellschaft als Studenten und später im Beruf bestimmt. Eine Ausnahme würde die Entscheidung BerufsrevolutionärIn zu werden bilden, was aber in stabilen Gesellschaftsordnungen einen Verlust von Positionen und die Chancen gesellschaftlichen Veränderungen mindern würde.⁷⁵⁴

Der strategische Ansatzpunkt der politischen Arbeit lag für den VSStÖ an den Universitäten. Der Kampf um die Demokratisierung der Hochschulen, die im Endeffekt die Selbstbestimmung aller Beteiligten zur Folge haben würde, sollte mit der Arbeit in allen Institutionen im Hochschulbereich (Studienkommissionen, parlamentarischen Hochschulkommission etc.) vorangetrieben werden. Daneben sollte Aufklärungs- und Aktivierungsarbeit unter den Studierenden in den Lehrveranstaltungen betrieben und damit auch die inhaltliche Veränderung des Wissenschaftsbetriebs beschleunigt werden. Die Strukturveränderungen an den Hochschulen würden auch zu einer Bewusstseinsveränderung führen, die sich auf die Gesamtgesellschaft auswirken würde, speziell wenn die Studierenden auf eine sozialistische Berufspraxis vorbereitet würden (Vgl. Kapitel 5.2.1.1).⁷⁵⁵

Was die SPÖ betraf, bekannte sich der VSStÖ klar als eine Organisation der sozialdemokratischen Partei und stellte klar, dass eine Mobilisierung der Lohnabhängigen nur im Rahmen der führenden Organisation der Lohnabhängigen, also der SPÖ, möglich sei (Vgl. Kapitel 5.4.).⁷⁵⁶

Da die beschriebenen Vorhaben des Verbandes die langfristige Perspektive implizierten, wurde im Anschluss an die theoretischen Ausführungen versucht ein konkretes Arbeitskonzept zu formulieren.

„Für den VSStÖ, dessen gegenwärtige Situation dadurch charakterisiert ist, dass er sich nach dem absoluten Neubeginn im Frühjahr 1971 zu Anfang einer Aufbauphase befindet, soll nun im folgenden ein Arbeitskonzept vorgelegt werden, dass davon ausgeht, was im Augenblick von der Organisation von dieser Strategie überhaupt eingelöst werden kann und welche Prioritäten der Aktivität gesetzt werden müssen.“⁷⁵⁷

⁷⁵³ Vgl. „Zur Politik des Vsstö-Wien“ Punkt 1 & 2, in: rote revue, Jg. 2, Nr. 5, November 1971

⁷⁵⁴ Vgl. „Zur Politik des Vsstö-Wien“ Punkt 3, in: rote revue, Jg. 2, Nr. 5, November 1971

⁷⁵⁵ Vgl. „Zur Politik des Vsstö-Wien“ Punkt 4, in: rote revue, Jg. 2, Nr. 5, November 1971

⁷⁵⁶ Vgl. „Zur Politik des Vsstö-Wien“ Punkt 5, in: rote revue, Jg. 2, Nr. 5, November 1971

⁷⁵⁷ „Zur Politik des Vsstö-Wien“ Punkt 6, in: rote revue, Jg. 2, Nr. 5, November 1971

Als Voraussetzung für die konkrete Arbeit des VSStÖ im Wintersemester 1971 wurde jedoch a priori, wahrscheinlich auch im Hinblick auf die vorangegangenen Gegebenheiten im VSStÖ, festgehalten, dass der Verband eine Organisation werden müsse, die sich aus GenossInnen mit annähernd gleicher Qualifikation zusammensetzt, denn *„es darf nicht einige erleuchtete ‚Theoretiker‘ und ‚Fußvolk‘, das Flugzettel verteilen und Abziehmaschinen bedienen soll, geben.“*⁷⁵⁸ Zudem stellte Johann Dvořák im Herbst 1971 zum „Erscheinungsbild“ des VSStÖ fest:

*„Insgesamt hat plakatives, etikettierendes, ‚linkes‘, ‚klassenkämpferisches Verhalten unsererseits nicht nur keine (antikapitalistische) emanzipatorische Funktion, sondern im Gegenteil sogar systemstabilisierende Funktion und entspricht überhaupt der politischen Praxis des Kleinbürgertums (antikapitalistische Agitation der Faschisten, Hemden, Fahnen...). Die pseudolinke Phraseologie verhindert die Wahrnehmung der eigentlichen Aufgaben der Intellektuellen.“*⁷⁵⁹

Diese Mahnung war mit großer Wahrscheinlichkeit an die verbliebenen AnhängerInnen der vorangegangenen Verbandsexekutive gerichtet. Auch Marina Fischer-Kowalski erklärt ganz klar:

*„Ich war einfach gegen diese Art von sektiererischem Proleskult und dergleichen. Ich habe das schon unter den Maoisten grässlich gefunden.“*⁷⁶⁰

Aufgrund dieser Haltung, aber auch wegen einem „pragmatischeren“ Zugang zur Partei (Vgl. Kapitel 5.4), wurde die neue Generation im VSStÖ oftmals, auch von der Partei als „rechte“ Fraktion bezeichnet (Vgl. Kapitel 5.1.2), wogegen diese sich jedoch stets wehrte. Über die „Linken“ im Verband verlautbarten die „Rechten“ noch 1973 in der **roten revue**: *„(...) die von manchen noch heute als ‚linke‘ Fraktion bezeichnet werden, was offenbar heißen soll, dass politisch sich verselbstständigende Apparate jedenfalls das Etikett ‚links‘ gebührt, wenn sie sich nur selbst so benennen (...).“*⁷⁶¹

⁷⁵⁸ Vgl. „Zur Politik des Vssstö-Wien“ Punkt 6, in: rote revue, Jg. 2, Nr. 5, November 1971

⁷⁵⁹ „Gedankensplitter zu ‚Zur Politik des VSStÖ-Wien‘ von Johann Dvořák, Herbst 1971, in: rote revue, 3. Jg., Heft 4, 1972

⁷⁶⁰ Interview Marina Fischer-Kowalski, 9.8.2004, S. 6

⁷⁶¹ Vgl. rote revue, 4. Jg., Heft 3, 27. Februar 1973

Als strukturelle Maßnahmen wurde das alle zwei Wochen stattfindende Plenum, das vor allem der politischen Sozialisation dienen sollte, eingeführt und die **rote revue** als schriftliches Diskussionsorgan für Verbandsmitglieder produziert.

Die zukünftige Teilnahme an größeren Aktionen sollte nunmehr im Rahmen der Verbandsstrategie vorsichtig abgewogen werden, und durch „*planvolles Kalkulieren beim Zustandekommen politischer Entscheidungen in Zukunft mehr Gewicht haben als augenblickliche Emotionen und bloßes Meinen.*“⁷⁶²

In der Hochschulpolitik wollte sich der VSStÖ weiterhin der Basisarbeit, also der Arbeit an den Instituten und Fakultäten widmen, aber in Form von eigenen Projektgruppen und durch die Erarbeitung eines eigenen Hochschulkonzepts (Vgl. Kapitel 5.3).

Was die Zusammenarbeit mit der SPÖ betraf, so wurde im „Grundsatzprogramm“ festgehalten, dass die Teilnahme an den Parteigremien, in denen der VSStÖ vertreten war, wiederaufgenommen würde (Vgl. Kapitel 5.4).

Die Beziehung zur Partei schien auf jeden Fall nicht so distanziert wie in den vorangegangenen Zeiten. Die neue Verbandsspitze hatte bereits am 5. Mai 1971 eine Aussprache mit dem Zentralsekretariat der SPÖ, bei der sie geplante Veranstaltungen vorstellte und eine „Datenbank“, die Informationen über Seminarveranstaltungen, Dissertationen und sonstige Publikationen speichern sollte, als Projekt vorstellte. Zentralsekretär Fritz Marsch kündigte eine Kontrolle der Kassen- und Buchführung des VSStÖ in nächster Zeit an, zu der auch die Zeichnungsberechtigten der alten Verbandsführung eingeladen werden sollten.⁷⁶³

Im Juli 1971 wurde in Absprache mit der Partei eine Renovierung der Verbandsräumlichkeiten und eine langfristige Finanzierung beschlossen. Gegenüber der Partei legte der VSStÖ seine Arbeitsschwerpunkte in der Dokumentationstätigkeit (Stellungnahmen zu

⁷⁶² „Zur Politik des Vssstö-Wien“ Punkt 6, in: rote revue, 2. Jg., Nr. 5, November 1971

⁷⁶³ Vgl. Gedächtnisprotokoll über die am 5. Mai 1971 stattgefundene Aussprache von Mitgliedern der neuen Verbandsführung des VSStÖ im Zentralsekretariat; in: Mappe VSStÖ 1968-79, (Briefverkehr Zentralsekretariat)

Gesetzen), im Aufbau eine linken Datenbank und in Organisationsarbeit in den Basisgruppen fest.⁷⁶⁴

Auf dem Zentralrat des VSStÖ vom 27. bis zum 29. November 1971 in Salzburg beschloss der VSStÖ Resolutionen zum vorgelegten UOG-Entwurf mit nachdrücklicher Forderung nach Drittelparität, zum aktiven und passiven Wahlrecht für ausländische Studierende bei den ÖH-Wahlen sowie gegen Tariferhöhungen bei öffentlichen Verkehrsmittel in Wien.⁷⁶⁵

Für den Dezember 1971 wurde ein grundlegendes Schulungsprogramm geplant, das eine Einführung in marxistische Theorien geben sollte. In monatliche Wochenendseminare mit qualifizierten Fachleuten sollte zu der Thematik der philosophischen Schriften, zur allgemeinen Theorie des historischen Materialismus, zur Klassentheorie, zur politischen Ökonomie sowie zur Staats-, Rechts- und Organisationstheorie referiert werden. Als Einleitung hätte ein Wochenendseminar zur „Studentenbewegung“ Anfang Dezember stattfinden sollen, wo die Ursachen des Zerfalls der deutschen und des Ausbleibens der österreichischen Studierendenbewegung reflektiert werden hätten sollen. Dieses Seminar fand wahrscheinlich erst im Herbst 1972 statt.⁷⁶⁶ Weiters wurde angeregt, dass sich aus diesen Seminaren theoretische, aber auch praxisorientierte Arbeitsgruppen zu speziellen Themen bilden könnten.

Ende 1971 erfolgte in der **roten revue** ein kritisches Resümee über den VSStÖ nach dem Fraktionskampf im Frühjahr desselben Jahres und thematisierte den scheinbaren Rückfall in alte Verhaltensmuster innerhalb des Verbandes.

„Aufgrund des relativ leicht errungenen Sieges unterblieb die – wie sich später herausstellen sollte – dringend notwendige Reflexion der Bedeutung des Fraktionskampfes und der Situation des Verbandes insgesamt.

Anlässlich der Anti-Lütgendorf-Demonstration (Vgl. Kapitel 5.2.3) zeigte sich schlagartig, dass gewisse üble Verbandstraditionen keineswegs an die eben erst ausfraktionierte Per-

⁷⁶⁴ Interne Mitteilung von Max Strache an Fritz Marsch vom 2. 7. 1971, S. 2; in: Mappe VSStÖ 1968-79, (Briefverkehr Zentralsekretariat)

⁷⁶⁵ Vgl. „VSStÖ-Zentralrat in Salzburg“ in: rote revue, 3. Jg., Heft 1, Jänner 1972

⁷⁶⁶ In der roten revue 2. Jg., Heft 1, Jänner 1972 findet sich zwar die Ankündigung für den 18./19. Jänner 1972, jedoch wurden in der roten revue, 2. Jg., Heft 6, September 1972 Referate zum Herbstseminar des VSStÖ Wien mit dem Thema „Entstehen und Funktion der Studentenbewegung“ wiedergegeben.

sonengruppe gebunden waren: Diskussionen fanden unter Ausschaltung der formell zuständigen Gremien in, nach dem Zufallsprinzip, zusammengesetzten Personenkreisen (wer eben gerade im Verband, im Caféhaus, beim Heurigen...anwesend war) statt; weitreichende Entscheidungen fielen ebendort, Resolutionen wurden verabschiedet, Presseerklärungen ohne Zustimmung oder auch nur Befassung der zuständigen Organe abgegeben.... Kurz: Jede Menge von dem, was wir an der früheren Verbandsführung kritisiert hatten, ereignete sich nochmals!“⁷⁶⁷

Hierbei ist anzunehmen, dass mit den „Rechten“ die Wiener Sektionsführung zu Beginn der Fraktionsauseinandersetzung (Wolfgang Schwarz und Edgar Maier) und mit den „Linken“ die Gruppe um die Bundesführung Koldus/Puchinger/Hofmann-Ostenhof gemeint waren.

Bei einer außerordentlichen Bundeskonferenz im März 1972 in Linz zeigte sich der VSStÖ im Vergleich zum letzten Zentralrat in Salzburg von einer gesellschaftspolitisch engagierteren Seite. Neben der Kritik an der opportunistischen Haltung der SPÖ als nunmehrige Regierungspartei, der Forderungen nach konsequenten gesamtgesellschaftlichen Demokratisierungsbestrebungen entgegengestellt wurden, verlangte der VSStÖ eine Strafrechtsreform, die Resozialisierung und die Fristenlösung („*Abtreibung auf Krankenschein*“) beinhalten sollte.⁷⁶⁸ Bei den Forderungen zur Hochschulreform wurde, entgegen der noch im November geäußerten Forderung nach Drittelparität, nunmehr Semiparität⁷⁶⁹ gefordert. Zudem sollten vermehrt marxistische WissenschaftlerInnen an die Universitäten berufen sowie die Habilitation als „*Selektionsfilter konservativer Professorenschaft*“ abgeschafft werden.⁷⁷⁰ Um die gewerkschaftliche Orientierung an den Hochschulen zu demonstrieren, wurde mit dieser Bundeskonferenz auch die Hochschulkampagne des VSStÖ im Sommersemester 1972 eingeleitet (Vgl. Kapitel 5.3).⁷⁷¹ Mit den Forderungen dieses Zentralrates sollte der VSStÖ auch am Parteitag der SPÖ in Villach auftreten (Vgl. Kapitel 5.4.1.1).

⁷⁶⁷ „An Stelle eines Editorials: Zur jüngsten Geschichte und gegenwärtigen Situation des Verbandes“ in: rote revue, 2. Jg., Nr. 5, November 1971

⁷⁶⁸ Vgl. Presseunterlagen in: rote revue, 3. Jg., Heft 2, Februar 1972, S. 3 & 6

⁷⁶⁹ Die Hälfte der Mitglieder in den Hochschulgremien sollten aus Studierenden bestehen. Vgl. „Forderungen des VSStÖ zur Hochschulreform“ in: rote revue, 3. Jg., Heft 2, Februar 1972, S. 7

⁷⁷⁰ Dieser Punkt ist bis heute eine Forderung des VSStÖ. Anstatt der Habilitation wird die Aufwertung des Doktoratstudiums gefordert. Vgl. Grundsatzprogramm und Bildungsprogramm des VSStÖ (beschlossen im Juli 2004);

<http://www.vsstoe.at/images/bilder/service/grsp+bipol%20beschlossen.pdf> (Stand: 12.12.2004)

⁷⁷¹ Editorial in: rot-press, 2.Jg., Heft 2, 1972, S. 3

Das Grundsatzpapier wurde in der April-Ausgabe der **roten revue** 1972 von Johann Dvořák in der allgemeinen Strategie präzisiert. Dvořák appellierte nochmals für verstärkte effiziente politische Aktionen mit Blick auf das langfristige Ziel des Verbandes.⁷⁷²

„Bei jeder politischen Aktion unsererseits müssen wir vorher die Frage stellen: inwiefern dient sie der tatsächlichen Emanzipation der Massen, ist sie nicht bloß public relation Work für den sozialdemokratischen Verein VSStÖ.“⁷⁷³

Mit dem Wintersemester 1972 kann der Abschluss der Konsolidierungsphase des VSStÖ datiert werden. Der Verband hatte die größten Schwierigkeiten, so scheint es zumindest, überwunden.

„Mit dem Herbstseminar 1972, in dessen Rahmen die für uns relevantesten strategischen Fragen (Klassenanalyse, Einschätzung der SP, ökonom. Situation, HS-Reform usw...) intensiv diskutiert werden konnten, scheint jenes politische bzw. aktivitätsmäßige Tief, das den VSStÖ ein Jahr lang gekennzeichnet hatte, endgültig überwunden.“⁷⁷⁴

„Die ersten drei Monate des Studienjahres [1972/1973, Anm. d. Verf.] haben es dem VSStÖ Wien wieder ermöglicht auf der Grundlage eines neuen strategischen Selbstverständnisses eine relativ intensive und kontinuierliche Aktivität zu entfalten, in deren Rahmen sich auch die Herausbildung eines aktiven Verbandkernes sowie die Konstituierung eines ihm nahestehenden Sympathisantenpotentials vollzog.“

5.2 Politische Entwicklung und Aktivitäten des Verbandes: Von der Analyse der Studierendenbewegung bis zur Anti-Nixon-Demonstration

Um einen Überblick über das politische Bewusstsein des Verbandes post-68 zu geben erscheint es mir wichtig, ähnlich wie in den vorangegangenen Kapiteln nicht nur die theoretischen Auseinandersetzung des VSStÖ in der Reflexionsphase zu analysieren, sondern auch chronologisch seine Verbindung zu anderen linken Gruppierungen und das politische Engagement des Verbandes, außerhalb des hochschulpolitischen Feldes, näher zu beleuchten.

⁷⁷² Vgl. „Gedankensplitter zu „Zur Politik des VSStÖ-Wien“ von Johann Dvořák, Herbst 1971; in: rote revue, 3. Jg., Heft 4, 1972, S. 20

⁷⁷³ „Gedankensplitter zu „Zur Politik des VSStÖ-Wien“ von Johann Dvořák, Herbst 1971; in: rote revue, 3. Jg., Heft 4, 1972, S. 21

⁷⁷⁴ Brief des Wiener Sektionsrates an die Mitglieder, in: rote revue, 3. Jg., Heft 8, November 1972, S. 1

5.2.1 Kritischer Rückblick auf die Studierendenbewegung in Österreich

Wie schon im Kapitel 5.1 angemerkt, verordnete sich der VSStÖ ab dem Wintersemester 1969 eine Nachdenkpause, um die Aktivitäten der Studierenden in der Zeit um 1968 in Österreich, aber auch auf internationaler Ebene zu analysieren und für die kommende Zeit neue Strategien aus diesen Erkenntnissen zu entwickeln.

Deutlich wird diese Reflexionsphase in den Beiträgen des nunmehrigen Verbandsorgans **theorie und praxis**. Bereits in der ersten Ausgabe versuchten Willy Koldus und Wilhelm Burian im Dossier „Hochschule in der Neokolonie“ eine Analyse der Studierendenbewegung. Willy Koldus schilderte die Geschichte der IVK an der Universität Wien (Vgl. auch Kapitel 4.3.3), und ging sehr hart mit der Praxis der IVK ins Gericht, verurteilte die Exklusivität der Informationsweitergabe, die entpolitisierte Sachpolitik und die damit zusammenhängende Entfremdung der VertreterInnen der IVK von den Studierenden. Koldus wollte den Artikel aber als „*Beitrag zur Diskussion um eine effizientere Studentenvertretung und vor allem um deren Funktion verstanden*“ wissen.⁷⁷⁵

Wilhelm Burian wiederum versuchte von einem psychologischen Blickwinkel aus, die Motivation der Protestbewegung. Dazu dienten ihm vor allem die Theorien von Erich Fromm, Sigmund Freud und Wilhelm Reich. Burian kam zu dem Schluss, dass der Aufstand der Studierenden „*bewusster und unbewusster Niederschlag*“ der ungelösten Konflikte war, die aus den repressiven sozialen und ökonomischen Strukturen entstanden waren, aber auch in den autoritären Familienstrukturen und in Konflikten zwischen Über-Ich und Ich seinen Ursprung hatte. Ein Ansatz für das Scheitern der österreichischen Protestbewegung sah Burian unter anderem historisch, vor allem im Vorherrschen irrationaler Autorität (Obrigkeitsstaat und anpassungswillige sadomasochistische Untertanen).⁷⁷⁶

„*Das Fehlen revolutionärer Bewegungen – bzw. das Ausbleiben einer bürgerlichen Revolution – in Österreich seit der Niederlage von 1848 ist Kofaktor der verkümmerten Protestbewegung. Dies hatte unbedenkliche Anleihen aus der BRD zur Folge, unsere Aktionsmodelle waren Plagiate und versuchten nicht, am aktuellen Bewusstseinsstand anzusetzen*“

⁷⁷⁵ Vgl. „IVK – Zwischen Pressekonferenzen und Kabinettpolitik (Die Krise des scheinliberalen Aktivismus)“ von Willy Koldus, in: *theorie und praxis*, 4. Jg., Heft 1, September/Oktober 1969, S. 14

⁷⁷⁶ Vgl. „Emanzipation statt Domestizierung – Zur Motivation der Protestbewegung“ von Willi Burian; in: *theorie und praxis*, 4. Jg., Heft 1, September/Oktober 1969, S. 15-20

(...) Die deutlich gewordene Isolation der Studentenbewegung kann nur bewältigt werden, wenn wir aus der verordneten ‚Einzigartigkeit‘ ausbrechen und breiten Teilen der Bevölkerung die Unmöglichkeit begreiflich machen, mit der die Glücksversprechungen der herrschenden Lebensformen belegt sind.“⁷⁷⁷

Für Burian konnte eine Veränderung der Verhältnisse nur durch emanzipatorische, gruppendynamische Prozesse erfolgen, die die Voraussetzung für antiautoritäre Erziehung und Selbstbefreiung bilden sollten.⁷⁷⁸ Klare Handlungsanleitungen zur Durchführung dieser Prozesse fehlten jedoch.

Im Artikel „Opposition im autoritären Sozialstaat (I)“, der auch als Referat am VSStÖ-Verbandstag am 12. April 1970 gehalten wurde,⁷⁷⁹ versuchte wiederum Wilhelm Burian die Lage der Studierendenbewegung näher zu ergründen, diesmal im Hinblick auf die spezifische österreichische Geschichte. Er stellte jedoch klar:

„Der Ideologie der ‚österreichischen Besonderheit‘, einer Rationalisierung der Unterentwicklung, ist es zuzuschreiben, dass immer spezifische Elemente untersucht werden, ohne auf die allgemeinen Entwicklungsgesetze kapitalistisch-bürokratischer Gesellschaftsorganisation einzugehen, ohne die keine hinreichende Analyse österreichischer Verhältnisse gestellt werden kann. Es geht nicht darum, bestimmte Entwicklungen, verselbständigte Elemente zu liquidieren und simple Analogien herzustellen, vielmehr müssen wir heute den Kapitalismus in Österreich und nicht den österreichischen Kapitalismus verstehen lernen.“⁷⁸⁰

Im Artikel selbst gab Burian einen Überblick über die Geschehnisse in der österreichischen Studierendenbewegung und der Entwicklung des VSStÖ in der Zeit von 1965 bis 1969 (Vgl. Kapitel 4). Er sah das Hauptproblem der studentischen Aktivitäten in der „*Ungleichzeitigkeit an Problembewusstsein zwischen den sozialistischen und anderen Studenten*“, in einer lediglich fragmentarisch vorherrschenden Verbindung von nationalen und internationalen Thematiken und einer Unzulänglichkeit der Theorie und Organisationsform gegen-

⁷⁷⁷ „Emanzipation statt Domestizierung – Zur Motivation der Protestbewegung“ von Willi Burian; in: *theorie und praxis*, 4. Jg., Heft 1, September/Oktober 1969, S. 17 & 20

⁷⁷⁸ Vgl. „Emanzipation statt Domestizierung – Zur Motivation der Protestbewegung“ von Willi Burian; in: *theorie und praxis*, 4. Jg., Heft 1, September/Oktober 1969, S. 20

⁷⁷⁹ Vgl. „Opposition im autoritären Sozialstaat (I)“ von Wilhelm Burian in: *theorie und praxis*, Jg. 5, Heft 2/3, Juli 1970, S. 14

⁷⁸⁰ Editorial von Wilhelm Burian, in: *theorie und praxis*, 5. Jg., Heft 2/3, Juli 1970

über den nationalen Möglichkeiten. Burian plädierte für die Entwicklung einer langfristigen, geschichtsorientierten, Strategie.

„(...) die Voraussetzung für die zukünftige Tätigkeit liegt aber gewiss in der ‚Selbstorganisation der Studenten‘, die es erst gestattet, politische Perspektiven zu entwickeln.“⁷⁸¹

Für die Phase 1969 bis zum Frühjahr 1971 ist anzumerken, dass in keinem Text konkrete Strategien oder Perspektiven für eine „Reaktivierung“ der Studierendenbewegung formuliert wurden.

Auch nach dem personellen Wechsel im VSStÖ 1971 versuchte Peter Pelinka in einem Artikel nach einem Herbstseminar 1972 in der **roten revue** das „Entstehen und Funktion der Studentenbewegung“ zu analysieren und mit einer klareren Strategie für den Hochschulkampf zu verbinden.⁷⁸² Anders als Wilhelm Burian zeichnete Pelinka die Entwicklung der Studentenbewegung am Beispiel der Bundesrepublik Deutschland nach. Pelinka formulierte drei Thesen zur Entwicklung der Studierendenbewegung: Erstens sei die Protestbewegung der Studierenden eine *„Reaktion auf die Liquidierung der Möglichkeit bürgerlich-individueller Emanzipation“* (Widerspruch zwischen den bürgerlichen Vorstellungen von Demokratie und deren Verwirklichung). Zweitens sei die Studierendenbewegung in der *„antiautoritären Phase“* eine Reaktion auf die kapitalistischen Formierungstendenzen an den Universitäten gewesen. Und drittens würden *„im Zuge der Entwicklung des Monopolkapitalismus zum staatsmonopolistischen und die damit zusammenhängende Einordnung des Wissenschafts- und Ausbildungssektors in den unmittelbaren Verwertungsprozess (...) die Auseinandersetzungen an den Hochschulen deutliche Klassenauseinandersetzungen [werden]. Der überwiegende Teil der Intelligenz nähert sich sozialökonomisch der Lage der Arbeiterklasse an und hat objektiv weitgehend gleiche Interessen. Die gewerkschaftliche Orientierung im Hochschulkampf entspricht diesem gewandelten gesellschaftlichen Status der Intelligenz.“⁷⁸³*

⁷⁸¹ „Opposition im autoritären Sozialstaat (I)“ von Wilhelm Burian in: *theorie und praxis*, Jg. 5, Heft 2/3, Juli 1970, S. 19

⁷⁸² Vgl. „Thesen zu Entwicklung und Funktion der Studentenbewegung“ von Peter Pelinka; in: *rote revue*, 3. Jg., Nr. 6, 1972, S. 1-10

⁷⁸³ „Thesen zu Entwicklung und Funktion der Studentenbewegung“ von Peter Pelinka; in: *rote revue*, 3. Jg., Nr. 6, 1972, S. 5f

In diesem Artikel nimmt Pelinka das erste Mal in der Verbandliteratur Bezug auf den staatsmonopolistischen Kapitalismus,⁷⁸⁴ dessen Rezeption in der Verbandsgeschichte der Mitte der Siebziger Jahre größere Bedeutung erlangen sollte.

Pelinka ging in seinem Text in der **roten revue** 6/72 aber auch auf die österreichische Situation näher ein und fasste nüchtern zusammen:

*„Eine antiautoritäre Studentenbewegung als politische Massenbewegung hat es in Österreich (...) nie gegeben. Wohl erweiterte sich das linke Potential an den Hochschulen, freilich ohne je seinen Ghettocharakter zu verlieren. Die ‚Bewegung‘ mit dem Höhepunkt 68 blieb eine Revolution einiger weniger und spontane Imitation deutscher Modelle. Der einzig erfolgversprechende Versuch, eine breitere Basis zu finden, die Forcierung der IVK als radikaldemokratisches Gegenstück zur ÖH scheiterte letztlich an der Torpedierung durch Linke, die die Tragweite des Projekts nicht begriff und weiter fasziniert auf die BRD starrte.“*⁷⁸⁵

Als Handlungsstrategien für den VSStÖ warb Pelinka für die *„Propagierung einer effektiv sozialistischen Reformpolitik, die von der Ambivalenz der technokratischen Veränderungen“* profitieren sollte. Im Klartext hieß das:

„Antiautoritäre Politik in allen Spielarten (Forderung nach demokratischem Aufbau des Studiums, nach Erfüllung des wissenschaftspluralistischen Anspruches, nach Erfüllung gewisser ökonomischer Wünsche von Studenten, nach Erweiterung der Tendenz zur Teamarbeit etc.) baut gewisse Tendenzen technokratischer Veränderungen am Bildungssektor aus und verschärft in Verbindung mit dem Kampf gegen andere Aspekte (steigender Leistungsdruck, verstärkte Tendenz zur Ausbildung von Fachidioten) die Ambivalenz dieser Reform [Universitätsreform, Anm. d. Verf.]. Durch die Mobilisierung der Studenten gegen das Rechtskartell und seiner studentischen Ableger RFS und ÖSU erhält der Kampf entscheidende gesellschaftspolitische Aspekte.(...) Nicht zuletzt von unserer Arbeit an den Hochschulen wird es abhängen ob er [Antagonismus zwischen Demokratisierungsansprüchen und kapitalistischen Interesse, Anm. d. Verf.] und andere angedeutete Konfliktpoten-

⁷⁸⁴ Der staatsmonopolistische Kapitalismus (STAMOKAP) bezeichnet eine historische Phase des Spätkapitalismus der besondere ökonomische (Konzentration des Kapitals auf wenige große Konzerne) wie politische (staatliche Eingriffe [Steuern, Investitionen, Sozialtransfers] in kapitalistische Produktionsweise) Merkmale aufweist. Der Staat sorgt für die Beschleunigung der kapitalistischen Akkumulation im Sinne der Konzerne. Auch die Wissenschaft wird durch ihre Abhängigkeit von den Bedürfnissen der Produktion und vice versa kapitalisiert und wird zur unmittelbaren Produktivkraft.

Nach der Theorie des STAMOKAP birgt dieser jedoch Potential für den Sozialismus, bei verstärkter gesellschaftlicher Kontrolle der Produktion und Demokratisierung des Staates und der Betriebe, was die Umlenkung der staatlichen Eingriffe im Interesse der Mehrheit der Bevölkerung heißen würde. In diesem Zusammenhang wird auch oft Lenin zitiert, der meinte, dass gerade die „Dialektik der Geschichte“ es sei, die „(...) die Umwandlung des monopolistischen Kapitalismus in den staatsmonopolistischen Kapitalismus (...) die Menschheit dem Sozialismus außerordentlich nahe gebracht hat.“ (Lenin-Werke 25, S. 370) Vgl. www.stamokap.org (Stand 12.12.2004) & „Thesen zu Entwicklung und Funktion der Studentenbewegung“ von Peter Pelinka; in: rote revue, 3. Jg., Nr. 6, 1972, S. 4

⁷⁸⁵ „Thesen zu Entwicklung und Funktion der Studentenbewegung“ von Peter Pelinka; in: rote revue, 3. Jg., Nr. 6, 1972, S. 6

*tiale systemsprengende Dimension erhalten, ob die im Ausbildungssektor Mobilisierten die grundlegende Umwälzung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse als ihr Interesse erkennen und im Rahmen der soz. Bewegung wahrnehmen.*⁷⁸⁶

5.2.1.1 Die neuen Strategie des VSStÖ - Sozialistische Berufspraxis

Nach den Auseinandersetzungen im VSStÖ und dem Führungswechsel an der Verbandsspitze scheint, neben der klassischen hochschulpolitischen Arbeit, die Propagierung einer sozialistischen Berufspraxis eine zentrale Strategie des VSStÖ gewesen zu sein.

*„Ziel dieser Organisierung ist es, vom spezifischen Stellenwert der einzelnen Berufssparten in der Gesellschaft ausgehend, Kriterien sozialistischer Berufspraxis für diese zu erarbeiten und diese spätere politische Praxis als gewerkschaftliche vorzubereiten.*⁷⁸⁷

Bereits im Beitrag der ersten Ausgabe der **roten revue** im Jahr 1971 wurde die neue Funktion des VSStÖ in der „Organisation von Studenten in Hinblick auf ihre Berufspraxis“ näher erläutert.

*„Durch die Einbeziehung der Berufsperspektive soll der erste Schritt zur tendenziellen Aufhebung der Beschränkung als Studentenorganisation geleistet werden. In diesem Sinn sollen Genossen nach Beendigung ihres Studiums die Funktion übernehmen, studentischen Genossen die Situation und die Möglichkeiten im Lohnverhältnis auseinander zu setzen. Für diese Genossen wird der VSStÖ zu einer Organisation in ihren beruflich-emanzipatorischen Bestrebungen, verhindert ihre Resignation und Vereinzelung.*⁷⁸⁸

Daran anschließend finden sich Handlungsanleitungen, die die Funktion des VSStÖ konkret in der theoretischen Aufarbeitung der Berufsperspektive sozialistischer Studierender sowie den Arbeitsbedingungen der berufstätigen SozialistInnen, in Hinblick auf mögliche Veränderungen in den einzelnen Studienrichtungen sahen. Aus diesen Analysen sollten sich einerseits Richtlinien für die Bedingungen in den einzelnen Fächern ergeben. Andererseits sollten berufstätige SozialistInnen daraus Strategien für die Organisierung im je-

⁷⁸⁶ „Thesen zu Entwicklung und Funktion der Studentenbewegung“ von Peter Pelinka; in: rote revue, 3. Jg., Nr. 6, 1972, S. 10

⁷⁸⁷ „Zur Politik des VSStÖ-Wien“, Punkt 4, in: rote revue, 2. Jg., Nr. 5, November 1971

⁷⁸⁸ „Zur Organisation des VSStÖ, 2. Organisation von Studenten in Hinblick auf ihre Berufspraxis“ in: rote revue, 2. Jg., Nr. 1, März 1971

weiligen Betrieb ableiten. Ziel des VSStÖ war es die „*Mobilisierung aller potentiell gesellschaftsverändernden Hochschulabsolventen*“ sicherzustellen.⁷⁸⁹

Für die Aufklärungsarbeit sollten „Artikel über die Berufsperspektiven der Studenten (über Berufsmöglichkeiten, inhaltliche Anforderungen, Chancen und Möglichkeiten, die gegebene Berufsperspektive zu verändern)“ in den studentischen Zeitungen der Fachbereiche sorgen.⁷⁹⁰

Praktisch setzte der VSStÖ diese Strategie in den Hochschul-Organisationsgruppen um, (Rechtswissenschaften, Geschichte und Politologie), die in den jeweiligen Studienrichtungen Basisagitation betrieben, was manchmal mit dort angesiedelte Gremienarbeit verbunden war (Vgl. Kapitel 5.2.2.2). Zusätzlich versuchte der Verband über eine Hochschulkampagne radikaldemokratische Konzepte zu propagieren und gegen die rechtskonservativen Studierendenorganisationen ÖSU und RFS aufzutreten (Vgl. Kapitel 5.3). Außerdem organisierten die sozialistischen Studierenden nach langer Zeit im November 1972 wieder einmal eine Teach-In-Reihe zum Thema „Kritische Wissenschaft“ an der Universität Wien.⁷⁹¹

Auch in den Referaten zum Herbstseminar des VSStÖ 1972 wurde nunmehr verstärkt die gewerkschaftliche Orientierung an den Hochschulen als Ziel des VSStÖ propagiert. Die gewerkschaftliche Ausrichtung im Hochschulkampf wurde von Danny Leder konkretisiert. Im Artikel „Die neue Klassenlage und politische Rolle der Intelligenz im Kapitalismus“, nach Ausführen einiger Ansätze zur Neubestimmung der Klassenlage der Intelligenz von Ernest Mandel und Sebastian Herkommer, schreibt er folgendermaßen:

„Gewerkschaftliche Orientierung an den HS [Hochschulen, Anm. d. Verf.] heißt also den Kampf für kurzfristige, eher studienbezogene Interessen, mit dem Ringen für eine sozialistische Gesellschaft vermittelnd zu verbinden; Eine Gesellschaft die dem objektiven Interesse der Mehrzahl der Intellektuellen auch auf Befreiung von autoritär hierarchischen Strukturen, fremdbestimmter Arbeit und allgemeinrepressiven Bedingungen im Zusammenleben der Individuen entspricht!

⁷⁸⁹ „Zur Organisation des VSStÖ, 2. Organisation von Studenten in Hinblick auf ihre Berufspraxis“ in: rote revue, 2. Jg., Nr. 1, März 1971

⁷⁹⁰ Vgl. „Zur Organisation des VSStÖ, 2. Organisation von Studenten in Hinblick auf ihre Berufspraxis“ in: rote revue, 2. Jg., Nr. 1, März 1971

⁷⁹¹ Vgl. Brief des Wiener Sektionsrates an die Mitglieder, in: rote revue, 3. Jg., Heft 8, November 1972, S. 1f

*Neben dem Kampf um materielle Sicherheit für gewisse Studenten und Vergrößerung der staatlichen und privaten Aufwendungen für die Hochschulen, die den kapitalistischen Unternehmen und bürgerlichen Staat, welcher nur zu minimalsten Bildungsinvestitionen bereit ist, gemeinsam mit den Organisationen der Arbeiterklasse abgerungen werden muss, bedeutet studentischer Syndikalismus auch antiautoritäre Sensibilisierung, Widerstand gegen Ordinarienherrschaft, marxist. Studieninhalts-, bzw. –methodenkritik und radikal-demokratische Reformpolitik, alles zusammen natürlich als Einheit verstanden.*⁷⁹²

In einem späteren Artikel der **roten revue** wurden die Möglichkeiten einer weitgehenden Veränderung im Ausbildungssektor als entscheidende „*antikapitalistische Strategie in hochentwickelten kapitalistischen Ländern*“ beschrieben. Es wurde betont, dass eine „*inhaltliche Konkretisierung sozialistischer Reformpolitik im Bildungswesen*“ in Zukunft von immanenter Wichtigkeit sei.⁷⁹³

Der VSStÖ versuchte in der **rot-press** 2/1972 seine neuerliche Hinwendung zur Studierendenpolitik durch die Einbettung in ein gesellschaftsveränderndes Gesamtkonzept zu rechtfertigen.⁷⁹⁴

„(...) vielmehr ordnet sich die Rückbesinnung des VSStÖ auf sein eigentliches Tätigkeitsfeld, nämlich Studentenpolitik in ein gesamtgesellschaftliches Konzept zur Überwindung kapitalistischer Klassenherrschaft ein. Dies verdeutlicht wohl auch der Umstand, dass wir unsere Aufmerksamkeit, statt den in Österreich aktuell noch fiktiven revolutionären Massen, den künftigen politischen Möglichkeiten der im Berufsleben stehenden Hochschulabsolventen schenken, und letztere in unser strategisches Modell bereits einbeziehen.“⁷⁹⁵

Zu Beginn des Jahres 1973 knüpfte die sozialistische Berufspraxis am Modell des „Sozialistischen Büros Offenbach“⁷⁹⁶ an. Danny Leder beschrieb in der **roten revue** die Bedeutung von Negts Ansichten für den VSStÖ folgendermaßen:

„Dieses umfassende Selbstverständnis, das sich in letzter Zeit ansatzweise herauszubilden beginnt, knüpft auch an der für unsere Praxis nicht unwesentlichen Erfahrungen und poli-

⁷⁹² „Die neue Klassenlage und politische Rolle der Intelligenz im Kapitalismus“ von Danny Leder, in: rote revue, 3. Jg., Nr. 6, 1972, S. 31, vgl. auch „Ansätze zur hochschulpolitischen Orientierung des VSStÖ“ in: rote revue, 3. Jg., Nr. 11, 1972;

⁷⁹³ Vgl. „Ansätze zur hochschulpolitischen Orientierung des VSStÖ“ in: rote revue, 3. Jg., Nr. 11, 1972; S. 3

⁷⁹⁴ Vgl. Editorial in: rot-press, 2. Jg., Heft 2, 1972, S. 2

⁷⁹⁵ Editorial in: rot-press, 2. Jg., Heft 2, 1972, S. 2

⁷⁹⁶ Das Sozialistische Büro Offenbach war als Gruppe von undogmatischen Linken, die nach der Studierendenbewegung in Deutschland eine neomarxistische Renaissance forcierten, zwischen SPD und Deutscher Kommunistischer Partei (DKP) angesiedelt. Hauptthese des Sozialistischen Büros Offenbach war, dass eine Veränderung der gesellschaftlichen Zustände nur im Zusammenhang mit der Revolutionierung persönlicher Lebensformen stattfinden könne. Bürokratische Organisationsformen und dogmatische Ideologien wurden abgelehnt. Die Ideen dieser Gruppe wurden durch die Zeitschrift „links“ und dem Adorno-Schüler und Soziologen Oskar Negt verbreitet.

tischen Konzeptionen des Soz. Büros/Offenbach an: Dieses ‚Büro‘, das als Sammelbecken der undogmatischen BRD-Linken gilt und in dem SPD-Marxisten mit unabhängigen Sozialdemokraten zusammenarbeiten, ist um die Koordination der in den verschiedenen gesellschaftlichen, beruflichen und regionalen Sektoren agierenden Basisgruppen aus ganz Westdeutschland bemüht, ohne dabei aber einen autoritären Zentralismus zu praktizieren oder einen wie immer gearteten Organisationsfetischismus zu huldigen.“⁷⁹⁷

Oskar Negt, Schüler von Theodor W. Adorno und Verfechter einer basisorientierten Strategie, traten für das Modell des Sozialistischen Büros als „*arbeitende Körperschaft*“ ein. Diese sollten nicht fern von der „*Erfahrungsbasis der Massen*“ abgetrennt agieren, sondern vielmehr aus den „*Bedingungen an den diversen Arbeitsplätzen, im Wohnbereich, in den Erziehungsinstitutionen, in der Familie, in der Freizeit, etc.*“ kommunikative Hilfsmittel liefern, um „*die schwierige Vermittlung zwischen unmittelbaren Interessen und Bedürfnissen, die sich aus der Alltagspraxis der Menschen ergeben, und den objektiven, durch die Klassensituation bedingen Interessen, zu erleichtern.*“⁷⁹⁸

Der VSStÖ leitete von Negts Thesen folgendes für seine Politik ab:

„Die (...) Ausführungen von Genossen Negt zu Fragen einer basisorientierten Strategie (...) können für uns insofern von richtungsweisender Bedeutung sein, als dass von einer mechanischen Übertragung der dem aktuellen Entwicklungsstadium der Kämpfe in der BRD adäquaten Überlegungen auf Österreich Abstand genommen wird. Die Konkretisierung dieser Konzeption in Hinblick auf unseren Kampf in Österreich wird an Hand noch zu gewinnender politischer Erfahrungen sowie deren theoretischen Aufarbeitung notwendig sein. Dies würde auch den Aspirationen vieler, Studenten entsprechen, die eine demokratische Veränderung ihrer beruflichen Realität wünschen, die sich aber in den autoritär geführten leninistischen Glaubenssekten nicht wiederzuerkennen vermögen und dort, wo eben nur ‚nach Köpfen, nicht nach Interessen‘ organisiert wird, auch einen ihrer beruflichen Situation adäquaten soz. Strategieansatz vermissen, der ihnen die tatsächliche Einordnung in den revolutionären Kampf gestatten würde.“⁷⁹⁹

⁷⁹⁷ „Zur Bedeutung der Thesen Oskar Negts für die Strategiediskussion im VSStÖ“ von Danny Leder, in: rote revue, 4. Jg., Heft 3, 27. Februar 1973

⁷⁹⁸ Vgl. „Nicht nach Köpfen, sondern nach Interessen organisieren!“ von Oskar Negt, in: rote revue, 4. Jg., Heft 3, Februar 1973 & Flugblatt zum Teach-In mit Oskar Negt in: Textsammlung „Sozialdemokratie und basisorientierte Strategie“, in: rote revue, 4. Jg., Heft 6, 27. April 1973

⁷⁹⁹ „Zur Bedeutung der Thesen Oskar Negts für die Strategiediskussion im VSStÖ“ von Danny Leder, in: rote revue, 4. Jg., Heft 3, 27. Februar 1973

Zu dieser Strategie Negts produzierte der VSStÖ sogar eine Broschüre mit dem Titel „Sozialdemokratie und basisorientierte Strategie“ mit Beiträgen von Hannes Swoboda, Arno Klönne und Oskar Negt.⁸⁰⁰

Dieses Zitat von Oskar Negt in einem Artikel von Johann Dvořák in der **roten revue** fast nochmals die generelle Orientierung des „Sozialistischen Büros Offenbach“ zusammen.

„Insgesamt sollten wir beim Versuch der Entfaltung emanzipatorischer Kämpfe bemüht sein, bürgerliche Verkehrsformen zu überwinden. Vielleicht könnte dann vernünftige Kommunikation dazu führen, dass wir uns nicht länger die Kampfziele und –formen einfach vorgeben und aufzwingen lassen. Ich halte gar nichts mehr davon, auf die zentralen Institutionen zu starren, Staat, Justiz, Polizei, Massenorganisationen, und zu meinen, wenn man die Konfrontation mit ihnen sucht, würde man den Klassengegner treffen. Ich glaube vielmehr, dass heute revolutionäre, sozialistische Politik sich an der Basis vollzieht, in der schrittweisen Erweiterung des Erfahrungshorizonts derjenigen, die wirklich im Betrieb, in den Schulen und Universitäten, in ganz spezifischen Arbeitsprozessen stecken.“⁸⁰¹

Die Basisorientierung im allgemeinen kann als Kontinuität in der Verbandspolitik im Vergleich zur vorangegangenen Phase gewertet werden (Vgl. Kapitel 4). Der Unterschied war jedoch nach dem Führungswechsel die stärkere Orientierung und Arbeit in der Praxis, im Hinblick auf die spätere Berufspraxis.

5.2.2 Der VSStÖ und die Kooperation mit linken Studierendenorganisationen und Basis- und Institutsgruppen

„Aus dem Restbestand der IVK entstehen nun Basisgruppen, die einer Politisierung auf Fakultätsebene und in Instituten vorantreiben. Dieser Ansatz an der Basis ist seit langem der erfolgversprechendste, zur Organisierung der Studenten muss er weiterverfolgt werden.“⁸⁰²

Die Stellung der IVK wurde mit dem Wintersemester 1969 immer schwächer, da sie sich mehr repräsentativ-demokratisch als basisdemokratisch gab und zudem ihre institutionelle sowie finanzielle Absicherung nicht gegeben war.

⁸⁰⁰ Textsammlung „Sozialdemokratie und basisorientierte Strategie“, in: rote revue, 4. Jg., Heft 6, 27. April 1973

⁸⁰¹ Oskar Negt in: Spiegel Nr. 25/1972, S. 132f. zit. nach: „Notizen zu Fragen einer sozialistischen Strategie in Österreich“ von Johann Dvořák, in: rote revue, 3. Jg., Nr. 6, 1972, S. 39

⁸⁰² „Opposition im autoritären Sozialstaat (I)“ von Wilhelm Burian in: theorie und praxis, Jg. 5, Heft 2/3, Juli 1970, S. 16

Peter Kowalski, Sprecher der IVK, machte im Dezember 1969, durch eine Störung einer Sitzung des Akademischen Senats der Universität Wien noch einmal von sich Reden. Er forderte die Einbeziehung von StudierendenvertreterInnen bei Sitzungen des Senats, da Rektor Zerbst zuvor die studentischen Auskunftspersonen ausgeschlossen hatte. Die anwesenden Professoren drohten ihm „*Tetschn*“ (Schläge) an.⁸⁰³

Im März 1970 richtete die IVK ein 14-Punkte-Programm an die Ministerin ohne Portefeuille Hertha Firnberg⁸⁰⁴, in dem sie die volle Öffentlichkeit bei Berufungen, die Neuregelung der studentischen Vertretung und Mitsprache bei Reformen einforderte.⁸⁰⁵

Die Erfolge der Aktionen der IVK (Vgl. Kapitel 4.3.3) fanden keine kontinuierliche Fortsetzung, ihre Forderung nach gesetzlichen Verankerung der Institutsvertretungen sollte aber mit dem HSG 1973 erfüllt werden (Vgl. Kapitel 5.3.2). Die IVK löste sich nach einer vom RFS gesprengten Vollversammlung, bei der die IVK-SprecherInnen neu gewählt hätten werden sollen, im Sommersemester 1970 auf.⁸⁰⁶

Die von der IVK enttäuschten linken Studierenden hatten schon zuvor Basisgruppen gegründet, die einen politischeren und linkeren Anspruch vertraten und sich in einem Basisgruppen-Rat zusammenschlossen.

„Ich meine diese Spannung zwischen Repräsentativ-Demokratie und Basisgruppe war damals irrelevant. Die Basisgruppen und die Institutsvertreter haben koexistiert. Die haben in manchen Instituten gegeneinander gekämpft und in anderen haben sie sich ergänzt. Das war so eine Doppelstruktur.“⁸⁰⁷

Die meisten AktivistInnen der Basisgruppen misstrauten den traditionellen, parteigebundenen Hochschulfraktionen, propagierten eine revolutionäre Berufspraxis und wollten sich als Alternative an der Basis, bei den Studierenden der jeweiligen Studienrichtung, etablie-

⁸⁰³ Vgl. „Krach im Akademischen Senat“ in: AZ vom 10.12.1969, S. 4

⁸⁰⁴ Hertha Firnberg war bis zum Inkrafttreten des Kompetenzgesetzes, welches das Unterrichtsministerium teilte, Ministerin ohne Geschäftsbereich. Vom 21. April 1970 (Angelobung der Minderheitsregierung Kreisky) bis zum 26. Juli 1970 war sie Ministerin ohne Portefeuille, danach Bundesministerin für Wissenschaft und Forschung. Das Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung wurde erst am 24. Juli 1970 eingerichtet. Vgl. Fischer, 1993, S. 76 & Schmid, Gerhard; „Österreich im Aufbruch – Die österreichische Sozialdemokratie in der Ära Kreisky (1970-1983)“, Studienverlag Innsbruck-Wien, Innsbruck 1999, S. 336, AZ vom 23.4.1970, S. 3

⁸⁰⁵ Vgl. „14 Punkte zur Hochschulreform“ in: AZ vom 11.3.1970, S. 4

⁸⁰⁶ Vgl. „IVK – Zwischen Pressekonferenzen und Kabinettpolitik (Die Krise des scheinliberalen Aktivismus)“ von Willy Koldus, in: *theorie und praxis*, 4. Jg., Heft 1, September/Oktober 1969; Fischer-Kowalski, 1977, S. 606 & Keller, 1983, S. 106

⁸⁰⁷ Interview Marina Fischer-Kowalski, 9.8.2004, S. 11f.

ren.⁸⁰⁸ Wie schon im Kapitel 4.3.3 angeführt, engagierten sich einzelne Mitglieder des VSStÖ in der Institutsvertretungskonferenz, aber auch in den einzelnen Instituts- und Basisgruppen selbst. Diese wurden, nach Peter Kowalski, nicht wegen, sondern trotz ihrer VSStÖ-Mitgliedschaft akzeptiert.⁸⁰⁹

Laut Heilingsetzer/Mesner/Rögl/Weber entfremdeten sich die in den Instituts- und Basisgruppen aktiven VSStÖ-Mitglieder ab dem Wintersemester 1969/1970 zusehends von der Verbandsführung, da diese zum einen die Organisationsform des Verbandes als zu abgehoben von der Basis bewerteten und zum anderen die Verbandsführung durch teils sehr abstrakten theoretischen Diskussionen und Artikeln nicht unbedingt Basisnähe demonstrierte.⁸¹⁰

Kurt Puchinger stellte aber in einem undatierten Organisationspapier klar, dass die Zusammenarbeit mit den Basis- und Institutsgruppen von immanenter Wichtigkeit sei.

„Die studentische Linke hat sich dort, wo sie aktiv ist, d.h. auf Grund ihrer Erkenntnisse und Ansprüche versucht zu handeln, eigene Organisationsformen geschaffen, wie etwa Instituts- und Basisgruppen; (...) Der VSStÖ ist nirgends, außer bei Volksbegehren [wahrscheinlich ist hier das im Dezember 1969 initiierte Anti-Bundesheer Volksbegehren gemeint, Anm. d. Verf.]. (...) In den Instituts- und Basisgruppen materialisieren sich Organisationsformen die in der Lage sind ein vielschichtiges studentisches Potential zu interessieren; ausgegangen wird von einem unmittelbaren Bezug auf den Arbeitsplatz und den Inhalt dieser Arbeit, d.h. es wird versucht entfremdete Studententätigkeit in ihrer Entfremdung zu begreifen und begreiflich zu machen und sukzessive durch Arbeit zu ersetzen. (...) Wenn wir akzeptierten, dass die bestehenden Basisgruppen einen viel unmittelbareren Bezug zu der (...) Hochschule haben, und wenn wir weiters akzeptieren, dass dem VSStÖ bestimmte technische Mittel zur Akzentuierung dieser Auseinandersetzungen zur Verfügung stehen, und wenn unsere Interessen dahingehen, die Entfremdung an den Hochschulen aufzuheben, d.h. die Auseinandersetzung zwischen der technischen Organisation Universität und den Studenten zu verschärfen, so sind die Instituts- und Basisgruppen unsere potentiellen Verbündeten, und insofern noch eine personelle Identität zwischen VSStÖ-Genossen und Mitgliedern in Basisgruppen festgestellt werden kann, können wir nicht anders als die Interessen der Basisgruppen zu unseren eigenen machen. Und als VSStÖ-Gruppe haben wir auch zusätzlich die Möglichkeit, orientiert an unseren Interessen, die sich aus den Basisgruppen heraus ergeben, die studentischen Hochschulgremien zu erschließen.“⁸¹¹

⁸⁰⁸ Vgl. Keller, 1983, S. 107

⁸⁰⁹ Vgl. Peter Kowalski, zitiert nach Heilingsetzer/Mesner/Rögl/Weber, 1989, S. 81

⁸¹⁰ Heilingsetzer/Mesner/Rögl/Weber, 1989, S. 82

⁸¹¹ Organisationspapier Nr. 1 von Kurt Puchinger (undatiert), in: Mappe VSStÖ 1968-79, (Briefverkehr Zentralsekretariat)

5.2.2.1 Der Versuch einer „Linken Plattform“

Die Kooperation mit den Basisgruppen erfolgte auch in größerem Rahmen in Form einer „Linken Plattform“ mit anderen linken Studierendenfraktionen.

Ende April 1970 schlossen sich der VSStÖ (Zentralrat, also Bundesführung), die VDS (Wien), die „Aktion“ (Wien) sowie die Basisgruppen Physik, Mathematik, Medizin, Ethnologie, Soziologie, Psychologie, Philosophie, Publizistik und die Aktion Katholische Studentenpresse zum „Aktionskomitee Linke Plattform“ zusammen.⁸¹²

„Die Plattform soll nach Möglichkeit alle Gruppierungen umfassen, die seit dem Beginn der Studentenbewegung in Österreich (1965) erfasst wurden, die sich von alten Positionen gelöst haben und in ‚Opposition‘ zur Gesellschaft stehen. Die spezifischen Kräfteverhältnisse in Österreich verlangen eine spezifische Blockbildung der fortschrittlichen Kräfte. Mit diesem ‚historischen Block‘ verfolgen wir zwei Absichten. Einmal den Prozess der Infiltration fortzusetzen, der ein unabdingbares Moment der Aufklärung bildet, die jeder gesellschaftlichen Veränderung voranzugehen hat. Zum anderen können wir auf dieser neuen Organisationsstufe die hemmenden Elemente der alten Organisationsformen abstreifen und unsere Positionen in Kritik und Selbstkritik klären.“⁸¹³

In einer ersten Aussendung wurde als praktischer Beweggrund für den Zusammenschluss eine gemeinsame Wahlbewegung für die ÖH-Wahlen im Jänner 1971 angegeben.⁸¹⁴ Weitere Ziele der Plattform waren die Anprangerung der reaktionären Politik von ÖSU und RFS, sowie das Vorhaben die ÖH in eine Institution umzuformen, die „wirklich“ studentische Interessen vertreten würde.⁸¹⁵

„Unser Ziel ist die Bildung von Machtzentren an den Hochschulen, die Übernahme und Transformation der ÖH in eine basisgelenkte Organisation, die In-Frage-Stellung und die Revolutionierung der Gesellschaft. Ziel ist die Emanzipation des Menschen, der Abbau von Herrschaft entsprechend den geschichtlich gewachsenen Möglichkeiten.“⁸¹⁶

⁸¹² Vgl. „Die Linken an der Uni“ von Paul Kolm, in: Wiener Tagebuch, Nr. 3, März 1971, S. 5-7 & „Linke Plattform – was tun?“ in: Wandzeitung, Nr. 7, Oktober 1970 & „Kambodscha-Kampagne Dokumentation“ in: Wandzeitung, Sondernummer, Juni 1970

⁸¹³ „Bildung einer ‚Linken Plattform‘ – Aufruf zur Arbeitskonferenz“, undatiert; in: Mappe VSStÖ 1968-79, (Briefverkehr Zentralsekretariat)

⁸¹⁴ Nach dem Bericht in der Wandzeitung hatte es bereits für die Hochschulwahlen im Jänner 1969 Bestrebungen gegeben gemeinsam zu kandidieren, die jedoch scheiterten. Der VSStÖ und die VDS kandidierten getrennt, die FNL boykottierte die Wahl. Vgl. „Linke Plattform – was tun?“ in: Wandzeitung, Nr. 7, Oktober 1970

⁸¹⁵ Vgl. „Die Linken an der Uni“ von Paul Kolm, in: Wiener Tagebuch, Nr. 3, März 1971, S. 5-7

⁸¹⁶ „Bildung einer ‚Linken Plattform‘ – Aufruf zur Arbeitskonferenz“, undatiert, S. 2; in: Mappe VSStÖ 1968-79, (Briefverkehr Zentralsekretariat)

Für Ende Mai 1970 kündigte die Plattform eine Arbeitskonferenz an, bei der Themen wie „Verhältnis von Studium und kritischer Berufspraxis“, „Funktionsanalyse der Intelligenz“ sowie „Reform-Revolution“ diskutiert werden sollten. Ziele dieser Konferenz hätten die Herausarbeitung einer gemeinsamen revolutionären Strategie und die Abstimmung der Aktivitäten und des gemeinsamen Auftretens sein sollen.

Die VSSStÖ-Bundessprecher stellten ihre Vorstellungen über die Ziele der Konferenz, die auf regionaler und nationaler Ebene alle sozialistischen, radikaldemokratischen und progressiven christlichen Gruppen sowie Basisgruppen vereinen sollte, zur Diskussion:

„1) ‚Politisierung‘ der Studentenschaft durch Vermittlung kritischer Analyse, die theoretische und praktische Erkenntnisse des gesellschaftlichen Lebens. Speziell in unser Aufgabengebiet fällt die Beziehung von HS und österreichische Gesellschaft.

2) Brechung der gegenwärtigen Studienverhältnisse, die Studium als bloße Vermittlung auffassen, als Reflex der Bürokratie und feudaler Institutionen. Welche Widersprüche müssen wir aufgreifen um zu einem Modell von produktiver, und das heißt schöpferischer Arbeit zu gelangen.

3) Auf welchen Ebenen können wir unsere Ansprüche durchsetzen, welchen institutionellen Rahmen müssen wir dabei benützen (Wahlen, Institutsvertretungen usw.)“⁸¹⁷

Diese Arbeitskonferenz kam schlussendlich, ebenso wenig zustande wie eine gemeinsame politische Strategie.

Im Jahr 1970 können lediglich zwei Veranstaltungen ausgemacht werden, wo die „Linke Plattform“ geschlossen auftrat. Das war zum einen die Demonstration gegen die US-Intervention in Kambodscha am 14. Mai (Vgl. Kapitel 5.2.4), wo die Plattform als Organisator von studentischer Seite aufschien, und zum anderen das Hearing im Auditorium Maximum der Universität Wien mit den Regierungsmitgliedern Bruno Kreisky, Hertha Firnberg und Leopold Gratz zum Stand der Hochschulreform am 9. Juni 1970, wo die Anliegen der ausländischen Studierenden (Wahlrecht bei Hochschulwahlen, Senkung der Studiengebühren etc.) in den Vordergrund gerückt wurden (Vgl. Kapitel 5.3.2).⁸¹⁸

⁸¹⁷ „Bildung einer ‚Linken Plattform‘ – Aufruf zur Arbeitskonferenz“, undatiert, S. 2; in: Mapped VSSStÖ 1968-79, (Briefverkehr Zentralsekretariat)

⁸¹⁸ Vgl. „Linke Plattform – was tun?“ in: Wandzeitung, Nr. 7, Oktober 1970 & „Kreisky empfing Demonstranten“ in: AZ vom 15.5.1970, S. 1 & „Vage Linke, schweigsame Rechte – Kreisky, Firnberg, Gratz stellen sich den Studenten“ in: AZ vom 10.6.1970, S. 2

Laut der **Wandzeitung** der VDS sollten über den Sommer 1970 nicht nur die Voraussetzungen für eine gemeinsame Kandidatur, sondern auch das Projekt „Offene Universität“ vorangetrieben werden, um die Präsenz der linken Studierenden an der Hochschule abzusichern. Beide Projekte wurden nie umgesetzt. Zudem scheiterte auch ein gemeinsames Zeitungsprojekt, höchstwahrscheinlich aufgrund von ungeklärten Finanzierungsfragen.⁸¹⁹

Im Herbst 1970 traten die Zerfallserscheinungen schon deutlich zu Tage. Die „Aktion“ schied aus der Plattform aus, aus Angst sie würde zum Spielball zwischen dem VSStÖ und der VDS werden. Der VSStÖ hatte, der kommunistischen **Wandzeitung** nach, außerhalb der „Linken Plattform“ einen eigenen „Verein zur Unterstützung der Institutsvertretungen“ gegründet, und so eine Agenda des Zusammenschlusses „eigenmächtig“ organisiert.⁸²⁰

Letztendlich scheiterte das Projekt der Linken Plattform und es erfolgte keine gemeinsame Kandidatur. Dieser Misserfolg hatte sicher viele Gründe, mit großer Wahrscheinlichkeit sind jedoch Inaktivität, Desorganisation, Unstimmigkeiten unter den ProtagonistInnen und möglicher Druck von Seiten der SPÖ auf den VSStÖ selbständig zu kandidieren⁸²¹ ausschlag gebend gewesen.

„Damit der Geldhahn [der SPÖ, Anm. d. Verf.] nicht zugedreht wird, verzichteten VSStÖ-Funktionäre auch auf den Plan, auf Hochschulboden eine ‚linke Plattform‘ gemeinsam mit der ‚Aktion‘ und den kommunistischen Studenten zu bilden.“⁸²²

5.2.2.2 Der VSStÖ und seine Institutsbasisgruppen

Nach den personellen Veränderungen im VSStÖ im Frühjahr 1971 versuchte der Verband strukturiertere Arbeit an der Universität zu leisten. Wie im Kapitel 5.1.3 schon angedeutet, hielt der VSStÖ in seinem „Grundsatzprogramm“ die Gründung von Projektgruppen fest, in denen Detailstrategien für die einzelnen Studienrichtungen ausgearbeitet werden sollten. Tatsächlich bestanden in den Bereichen Rechtswissenschaften, Geschichte und Politologie

⁸¹⁹ Vgl. „Linke Plattform – was tun?“ in: Wandzeitung, Nr. 7, Oktober 1970

⁸²⁰ Ebd.

⁸²¹ Vgl. „Die Linken an der Uni“ von Paul Kolm, in: Wiener Tagebuch, Nr. 3, März 1971, S. 6

⁸²² Vgl. „Mit dem Hintern ins Gesicht“, Wochenpresse Nr. 51 vom 23.12.1970, in: Mappe VSStÖ 1968-79, (Briefverkehr Zentralsekretariat)

in dieser Zeit solche Gruppen im VSStÖ,⁸²³ die neben ihrer Arbeit in den Lehrveranstaltungen (inhaltliche Kritik und didaktische Vorschläge) auch durch studienrichtungsspezifische Zeitungen (Justerix [Jus], Kripo [Politikwissenschaft], histl [Geschichte]) Aufklärungsarbeit über den Wissenschaftsbetrieb, die Studienreform oder Berufsperspektiven leisteten.⁸²⁴

Ein weiteres Vorhaben der sozialistischen StudentInnen war die Ausnutzung der Möglichkeiten in den Institutsvertretungen und in den Studienkommissionen, wo bei Studienreformen mitgearbeitet oder zumindest Informationsarbeit über die dortigen Vorgänge geleistet werden sollte. Die einzelnen InstitutsvertreterInnen und Studienkommissionsmitglieder des VSStÖ sollten koordiniert arbeiten und gemeinsam ein detailliertes Hochschulkonzept in der „Projektgruppe Hochschulpolitik“ erarbeiten. Zudem sollte die Gremienarbeit primär in der PHK geleistet und das Engagement in der ÖH intensiviert werden.⁸²⁵

Für die studentische Öffentlichkeit wurden Symposien zu einzelnen Studienrichtungen geplant und durchgeführt, wie das Symposium „Kritische Justiz“ vom 18. bis zum 21. Oktober 1971 im NIG beweist.⁸²⁶ Das Verbandsorgan **rot-press** sollte als Vermittlungsinstrument an den Universitäten eingesetzt werden.

Im Wintersemester 1972 zog der VSStÖ Bilanz über seinen Konsolidierungsprozess (Vgl. Kapitel 5.1.3). Die Aktivitäten der Institutsbasisgruppen hatten sich auf die Fachbereiche Germanistik, Medizin und Physik ausgeweitet⁸²⁷ und dürften einen wichtigen Beitrag zur Regeneration und Stabilisierung des Verbandes geleistet haben.

„Ein entscheidendes Moment dieser Entwicklung ist die Tätigkeit und Verbreitung unserer Institutsbasisgruppen: Hierbei ist zu erwähnen, dass neben den bereits länger existierenden Politologen-, Juristen-, und Historikergruppen nun auch Germanisten und Mediziner VSStÖ-Gruppen konstituiert haben. Darüber hinaus bestehen enge Kontakte zu Genossen, die an der Welthandel, Physik, Chemie, Technik sowie am soziologischen Institut und an der Musikakademie tätig sind.

Die Relevanz der Institutsgruppen ergibt sich nicht nur aus ihrer Möglichkeit die spezifischen Bedingungen des jeweiligen Studienzweiges als Ausgangspunkt für ihre Agitation

⁸²³ Vgl. Rubrik Termine, in: rote revue, Jg. 3, Heft 1, Jänner 1972

⁸²⁴ „Zur Politik des Vssstö-Wien“ Punkt 6e, & Mitteilungen (Publikationen) in: rote revue, Jg. 2, Nr. 5, November 1971 & Mitteilungen

⁸²⁵ „Zur Politik des Vssstö-Wien“ Punkt 6e, in: rote revue, Jg. 2, Nr. 5, November 1971

⁸²⁶ Vgl. rot-press, Jg. 1, Heft 1, September/Oktober 1971, S. 6 & rote revue (Sondernummer) vom 28.9.1971

⁸²⁷ Vgl. „News der VSStÖ-Institutsbasisgruppen“ in: rot-press, 3. Jg., Heft 1, 1973, S. 9

*und die sich aus diesen Bedingungen ableitende Interessenkonstellation der betroffenen Studenten für eine entsprechende Basisaktivierung zu nutzen, sondern auch aus der Notwendigkeit den verschiedenen Berufsperspektiven adäquate sozialistische Strategieansätze zu entwickeln.*⁸²⁸

Dieses Konzept von Institutsbasisgruppen kann mit den Fachgruppen verglichen werden, die im Fraktionskampf 1966 eine wesentliche Rolle spielten (Vgl. Kapitel 3.2.1) aber auch schon davor existierten (Vgl. Kapitel 2.8). Anders als damals lief die Arbeit der Gruppen aber nicht nur innerhalb des Verbandes ab, sondern ab 1971 wurden die Aktivitäten an den Studienrichtungen, also an der Universität selbst forciert. Auch heute noch ist der VSSStÖ Wien in studienspezifische bzw. fakultätsspezifische Gruppen gegliedert und es wird versucht auf ähnliche Weise (Fachspezifische Aussendungen, Publikationen und Aktionen) die Studierenden zu erreichen.

5.2.3 Anti-Bundesheer-Kampagne und Proteste gegen Verteidigungsminister Lütgendorf

Im Jahr 1969 flammte die Kontroverse um die Existenzberechtigung des österreichische Bundesheer als innenpolitisches Thema wieder einmal auf. Der VSSStÖ hatte durch sein Engagement in der Ostermarschbewegung bzw. in seiner Verbandsgeschichte (Vgl. Kapitel 2.7) meist Stellung gegen das Bundesheer bezogen.

Am Parteitag der SPÖ 1968 stellte der Verband einen Antrag auf Abschaffung des Bundesheeres, der jedoch mit überwiegender Mehrheit abgelehnt wurde.⁸²⁹ In Folge der Niederschlagung des „Prager Frühlings“⁸³⁰ Mitte des Jahres 1968 durch russische Panzer sollte, aufgrund von Befürchtungen der Konflikt könne sich auf Österreich ausweiten, auch der Präsenzdienst auf 12 Monate verlängert werden. Als dann noch im April 1969 die ÖVP-Regierung rund eine Milliarde Schilling für das Bundesheer, die sogenannte „Wehrmilliarde“, aufwenden wollte, kam es am 25. April 1969 zu einer großen Demonstration des „Ak-

⁸²⁸ rote revue, 3. Jg., Nr. 11, 1972

⁸²⁹ Vgl. Antrag Nr. 17 des VSSStÖ, S. 247, in: „SPÖ Protokoll - 19. Parteitag 1968, 2. – 4. Oktober, Sofiensaal, Wien“, SPÖ-Zentralsekretariat (Hrsg.), Vorwärts Verlag, Wien 1968

⁸³⁰ Der „Prager Frühling“ bezeichnet die Bemühungen der tschechoslowakischen Kommunistischen Partei unter Alexander Dubček im Frühjahr 1968, ein Liberalisierungs- und Demokratisierungsprogramm durchzusetzen. In der Tschechoslowakei bildete sich rasch eine kritische Öffentlichkeit, die diese Reformbestrebungen unterstützte. Der Versuch „Sozialismus mit einem menschlichen Antlitz“ zu schaffen, wurde am 21. August 1968 durch einrollende russische Panzer gestoppt. Vgl. Net-Lexikon <http://www.lexikon-definition.de/Prager-Fruehling.html> (Stand: 12.12.2004)

tionskomitees gegen die Wehrmilliarde“, an der VSM, VSStÖ, Evangelische Studentengemeinde und Katholische Hochschuljugend beteiligt waren.⁸³¹ Zentrales Thema der Demonstration war der Widerspruch zwischen der enormen Investition in die Verteidigungssektor und der krassen Unterfinanzierung des Bildungssystems. Zudem wurde das Wehrkonzept als völlig unzureichend kritisiert.⁸³²

In einem Gespräch zwischen Bruno Kreisky und einer ÖH-Delegation versicherte er den Anwesenden, dass Bildungsausgaben gegenüber Ausgaben für die Landesverteidigung Priorität hätten und dass in Zukunft mehr Universitäten als Kasernen gebaut würden.⁸³³

Um den Jahreswechsel 1969/70 versuchte der VSM und Günther Nennung, Herausgeber der Zeitschrift „Neues Forum“, ein Volksbegehren zur Abschaffung des Bundesheeres zu initiieren. Die konkreten Forderungen waren die Auflösung des Bundesheeres, Überführung des Stammpersonals in eine Sondereinheit der Gendarmerie für Katastrophenhilfe und die Einrichtung einer Freiwilligenorganisation, die bei einer Besetzung Österreichs gewaltlosen Widerstand leisten würde.⁸³⁴

Im Zuge der Anti-Bundesheer-Kampagne kam es auch zu mehreren Protestaktionen, von der ich jene des VSStÖ Salzburg, aufgrund der originellen Idee, aber auch um sie einmal schriftlich festzuhalten, anführen möchte. Angeregt durch eine Aktion in Belgien, bei der von DemonstrantInnen bei einer Angelobung von Präsenzdienern an die 100 Hühner freigelassen wurden und so die Zeremonie erheblich störten, erstanden AktivistInnen des VSStÖ-Salzburg im Mai 1970 ein Schwein für eine Militärparade am Residenzplatz.

„Am 15. Mai [15jähriges Jubiläum der Staatsvertragsunterzeichnung, Anm. d. Verf.] war es dann soweit: Vor dem großen Sautreiben wurde das Borstenvieh zur Sicherheit zentimeterdick mit Staufferfett eingerieben. Während des Zapfenstreichs schließlich ließ man ‚Jolande‘, wie die Medien das Ferkel später taufte, dann aus dem Sack hüpfen. Dutzende Soldaten und Polizisten versuchten vergeblich, das schmierige Tier, das [sich] auch noch [an] eine[m] Fahnenmast [erleichterte], einzufangen. Zum Gaudium des Publikums, (...) gelang dies erst nach einer Stunde. Selbige hatte auch für etliche unbeteiligte Zuschauer

⁸³¹ Vgl. Keller, 1983, S. 96 & „Heute Studentendemonstration gegen die Bundesheer-Milliarde“ in: AZ vom 25.4.1969, S. 2

⁸³² Vgl. „Heute Studentendemonstration gegen die Bundesheer-Milliarde“ in: AZ vom 25.4.1969, S. 2

⁸³³ Vgl. „Mehr Institute als Kasernen“ in: AZ vom 10.12.1969, S. 4

⁸³⁴ Vgl. Maislinger, Andreas: „Anti-Bundesheer-Volksbegehren: Volksbegehren oder Spielweise verstreuter 68er?“ in: „Populismus in Österreich“ von Anton Pelinka, Junius Verlag, Wien 1987

geschlagen: die von der Sauhatz überforderten Militärpolizisten griffen sich wahllos ein Dutzend junger Leute (...). Neun der Festgenommenen sollten sich wegen ‚Herabwürdigung von Staatssymbolen‘ vor Gericht verantworten. Die Salzburger Polizei verstieg sich sogar zu der Behauptung, dass es sich um ein Zirkusschwein gehandelt hätte, das dressiert worden sei, auf die österreichische Fahne zu fäkalisieren. Zurück zum Schicksal von ‚Jolande‘: nachdem sich überraschenderweise wochenlang der rechtmäßige Besitzer nicht gemeldet hatte, übergaben diese das Tier Landeshauptmann Lechner, der es bei einem Empfang der Landtagsabgeordneten verspeisen ließ.“⁸³⁵

Der VSStÖ sprach sich Ende April 1971 bei seiner Bundeskonferenz in einer Resolution gegen die neue Verteidigungspolitik in Österreich aus, da diese seit der Berufung Carl Lütgendorfs⁸³⁶ als Verteidigungsminister „restaurative Tendenzen“ zeige.⁸³⁷ Zudem urgierte der Verband die verfassungsrechtliche Verankerung der Wehrdienstverweigerung.⁸³⁸ Im Juni 1971 kam es erneut zu Protesten gegen das Bundesheer, für die Verteidigungsminister Lütgendorf Auslöser gewesen war.

„Mit seinen Äußerungen vor dem Salzburger Kameradschaftsbund hat sich Herr Lütgendorf endgültig entlarvt. Der Herr ‚Fachminister‘ ist in Wirklichkeit ein biederer Faschist. Er erfrecht sich, pauschal alle im Bundesjugendring vertretenen katholischen und sozialistischen Organisationen (insges. 14) als vom Ausland ferngesteuerte ‚Anarchisten‘ zu diffamieren. Gleichzeitig nennt er den Kameradschaftsbund, dessen Hitler-Orden-Parade sattem bekannt sind, eine ‚ganz wesentliche staatstragende Organisation‘.“⁸³⁹

Der VSStÖ forderte den Minister auf, Konsequenzen zu ziehen.

„Der VSStÖ ruft alle Mitglieder der Jugendverbände auf, die Zusammenarbeit zu verstärken und auf die Durchführung der notwendigen Reformen (Demokratisierung des Bundesheeres und Einführung des zivilen Ersatzdienstes) zu drängen. Gleichzeitig fordert er entschieden den Rücktritt des Herrn Lütgendorf und die Berufung eines Demokraten zum Verteidigungsminister.“⁸⁴⁰

⁸³⁵ „1968: Endlich die Sau rauslassen!“ unter: http://www.argekultur.at/kunstfehler/ShowArticle.asp?AR_ID=315&KF_ID=21 (Stand: 12.12.2004) & Schriftliche Bestätigung durch Erich Fröschl, damaliger VSStÖ-Salzburg Aktivist.

⁸³⁶ Der parteilose Carl Lütgendorf wurde am 8. Februar 1971 als Verteidigungsminister der Regierung Kreisky angelobt, nachdem Johann Freihslers nach nur einem Jahr zurückgetreten war. Diese Personalentscheidung Kreiskys war auch im Parteivorstand der SPÖ nicht ganz unumstritten. Vgl. Fischer, 1993, S. 78

⁸³⁷ Vgl. „VSStÖ wählte ‚Bundessprecher‘“ in: AZ vom 30.4.1971, S. 2

⁸³⁸ Vgl. „Kurz notiert...“ in: AZ vom 1.5.1971, S.2

⁸³⁹ Presseerklärung des VSStÖ (angeblich von den Bundessprechern Dvořák/Weber/Eder) in: VSStÖ Report (Sektion Salzburg), 1. Jg., Nr. 1, 1971, S. 3; Der Minister hatte vor einer Versammlung des Kameradschaftsbundes die antimilitaristischen AktivistInnen als „von Anarchisten im Ausland gesteuerte Heißsporne“ und die Versammelten als „unverdorbene Kräfte des Volkes“ bezeichnet. Vgl. auch Offener Brief des VSStÖ Innsbruck an Bruno Kreisky vom 26.5.1971 & APA-Aussendung (i 221) des VSStÖ Wien vom 7.6.1971, beide in: Mappe VSStÖ 1968-79, (Briefverkehr Zentralsekretariat)

Anscheinend traten in dieser Causa Meinungsverschiedenheiten innerhalb des Verbandes auf, die sich in unterschiedlichen Stellungnahmen nach außen äußerten. Einerseits distanzierte sich der VSStÖ am 29. Mai 1971 in der AZ von der Demonstration und hielt fest, dass er ohne Befragung in den Demonstrationsaufruf einbezogen worden sei.⁸⁴¹ Andererseits forderte der VSStÖ nicht nur die stufenweise Abschaffung des Bundesheeres, sondern auch die Demissionierung Lütgendorfs und solidarisierte sich mit einer Kundgebung gegen das Bundesheer die am 8. Juni 1971 stattfand.⁸⁴²

Die AZ vom 8. Juni 1971 vermeldete nochmals die Distanzierung aller sozialistischen Jugendorganisationen von dieser Protestveranstaltung, die bis auf vereinzelte rechtsextremistische Provokationen friedlich verlief.⁸⁴³

Auch in der **roten revue** findet sich ein Hinweis auf die Unstimmigkeiten innerhalb des Verbandes. Dieser lässt auf das Zustandekommen der unterschiedlichen Meldungen schließen und insofern muss obige Presseerklärung der Bundessprecher, was die angegebene Urheberschaft betrifft,⁸⁴⁴ hinterfragt werden:

„Anlässlich der Anti-Lütgendorf-Demonstration zeigte sich schlagartig, dass gewisse üble Verbandstraditionen keineswegs an die eben erst ausfraktionierte Personengruppe gebunden waren: Diskussionen fanden unter Ausschaltung der formell zuständigen Gremien in, nach dem Zufallsprinzip, zusammengesetzten Personenkreisen (wer eben gerade im Verband, im Caféhaus, beim Heurigen...anwesend war) statt; weitreichende Entscheidungen fielen ebendort, Resolutionen wurden verabschiedet, Presseerklärungen ohne Zustimmung oder auch nur Befassung der zuständigen Organe abgegeben....“⁸⁴⁵

Am Zentralrat des VSStÖ, der vom 3. bis zum 6. März 1972 in Linz tagte, wandte sich der Verband erneut gegen Minister Lütgendorf, der durch seine reaktionären Äußerungen die demokratische Gesellschaft vor den Kopf stoßen würde und dessen Bemerkungen Aus-

⁸⁴⁰ Presseerklärung des VSStÖ (angeblich von den Bundessprechern Dvořák/Weber/Eder) in: VSStÖ Report (Sektion Salzburg), 1. Jg., Nr. 1, 1971, S. 3

⁸⁴¹ Vgl. „VSM & VSStÖ distanzieren sich von der Aktion Nennings“ in: AZ vom 29.5.1971, S. 2

⁸⁴² APA-Aussendung (i 221) des VSStÖ Wien vom 7.6.1971 & Flugblatt „Rücktritt Lütgendorf! Kampf dem Bundesheer!“; beide in: Mappe VSStÖ 1968-79, (Briefverkehr Zentralsekretariat)

⁸⁴³ Vgl. „Lütgendorf: Brief hat keine Folgen für Offiziere“ in: AZ vom 8.6.1971, S. 2 & „NPD-Ordner bewarfen Demonstranten“ in: AZ vom 9.6.1971, S. 1

⁸⁴⁴ Pleschberger spricht von einer Presseerklärung mit ähnlichem Inhalt vom 23. Mai 1971 herausgegeben von den Sektionen Linz, Salzburg und Wien. Hierbei ist aber auch anzumerken, dass alle drei Bundessprecher aus diesen Sektionen stammen. Vgl. „Parteilinie und VSStÖ in den Jahren sozialdemokratischer Alleinregierung“ von Werner Pleschberger, in: „SPÖ – Was sonst? Die Linke in der SPÖ – Geschichte und Bilanz“ Junius Verlag, Wien 1983, S. 69

⁸⁴⁵ „An Stelle eines Editorials: Zur jüngsten Geschichte und gegenwärtigen Situation des Verbandes“ in: rote revue, Jg. 2, Nr. 5, November 1971

druck der antidemokratischen Tendenzen im österreichischen Heer seien. Aus diesem Grunde lehne der Verband das Bundesheer ab.⁸⁴⁶

Am 27. April 1972 fand eine Demonstration der ÖSU/ÖH gegen den Maturantenerlass von Minister Lütgendorf statt, an der auch linke Gruppierungen teilnahmen.⁸⁴⁷ Der VSStÖ kritisierte diesen Erlass und auch die Existenz des Bundesheeres an sich.

„Den bisherigen Höhepunkt stellt zweifellos ‚Lüs‘ ominöser Maturantenerlass dar, der die Ableistung des Präsenzdienstes für angehende Studenten sofort nach der Matura vorsieht (Ausnahmen: Mediziner und Theologen), was notgedrungen mit dem Verlust eines Semesters, wenn nicht eines ganzen Jahres, verbunden ist: Denn diejenigen, die heuer am 1. Juli einrücken, rüsten erst wieder am 30. November ab: Sie können also an den wichtigen zweisemestrigen Einführungsvorlesungen, die nur im Wintersemester stattfinden, nicht teilnehmen und müssen außerdem um Übungs- und Laborplätze bangen. (...) Das Ganze ist natürlich die Ausgeburt seniler Militaristenhirne, die sich einbilden, ohne die Maturanten könne das Heer seinen ‚Verteidigungsaufgaben‘ nicht gerecht werden, was ja lächerlich ist, wenn man bedenkt, dass das BH (Bundesheer, Anm. d. Verf.), angesichts der militärischen Macht potentieller Gegner, sowieso keinen ernsthaften Widerstand leisten kann.“⁸⁴⁸

Lütgendorf trat nicht zurück, sondern erst viel später in Folge einer Affäre um illegalen Export von Munition und Waffen nach Syrien Ende Mai 1977.⁸⁴⁹

Das Anti-Bundesheer-Volksbegehren wurde letztendlich, obwohl angeblich ausreichend Unterstützungserklärungen gesammelt wurden, nie eingebracht. Mögliche Faktoren dafür könnten die Bildung der SPÖ-Regierung im Frühjahr 1970 und das Einsetzen einer Bundesheer-Reformkommission gewesen sein. Anzumerken ist auch, dass zu dieser Zeit ein verstärktes Engagement gegen die US-Militärintervention in Südasien erneut in den Mittelpunkt rückte.⁸⁵⁰ Bruno Kreisky hatte bereits am 3. Februar mit dem Wahlkampflogan *„Sechs Monate sind genug!“* auf das antimilitaristische Engagement reagiert.⁸⁵¹ Nach der Nationalratswahl am 1. März 1970, aus der die SPÖ als Sieger hervorging, was durchaus auch auf dieses Wahlversprechen zurückzuführen war, bildete diese eine Minderheitsregie-

⁸⁴⁶ Vgl. „BH – Schule der Antidemokratie“, Presseunterlagen Nr. 5 in: rote revue, 3. Jg., Heft 2, Februar 1972, S. 10

⁸⁴⁷ Vgl. „Regierung prüft Maturantenerlass“ in: AZ vom 28.4.1972, S. 2

⁸⁴⁸ „Lü rüstet auf...und zieht Maturanten ein“ in: rot-press, 2. Jg., Heft 2, 1972, S. 14

⁸⁴⁹ Vgl. Fischer, 1993, S. 149

⁸⁵⁰ Vgl. Keller, 1983, S. 96 & 108; Maislinger, 1987

⁸⁵¹ Vgl. Fischer, 1993, S. 58

rung. Der Grundwehrdienst wurde tatsächlich auf sechs Monate, jedoch mit zusätzlichen 60 Tagen Waffenübungen, verringert.⁸⁵² Das Zivildienstgesetz wurde 1974 verabschiedet.⁸⁵³

5.2.4 Der Blick über den österreichischen Tellerrand– Indochinakampagne im Vordergrund

Nach der Anti-Schah-Kampagne im Jänner 1969 fand erst wieder am 14. November 1969 eine antiimperialistische Manifestation gegen den Vietnamkrieg, an der circa 500 Personen teilnahmen, statt. Einen Tag zuvor hatten rund 80 amerikanische Studierende vor der US-Botschaft demonstriert.⁸⁵⁴

Das antiimperialistische Engagement des VSStÖ Ende 1969 bis zum Frühjahr 1971 hatte zwei Ausprägungen.

Zum einen in schriftlicher bzw. theoretischer Form in zwei Ausgaben der **theorie und praxis**: In der ersten Ausgabe wurde mit einem Artikel zum „Aufstand in Nordirland“ von Frank Unger näher auf die dramatische Ereignisse im Norden der „grünen Insel“ und auf die Möglichkeiten des nationalen Befreiungskampfes bzw. antikapitalistischen Kampfes der Iren gegen die britische „Besatzungsmacht“ eingegangen.⁸⁵⁵

In der gleichen Nummer findet sich auch ein Interview mit dem kolumbianischen Geistlichen Monsignore German Guzman, der über die prekäre Situation in Kolumbien und die Politik der Nationalen Front und den Guerillakrieg berichtete.⁸⁵⁶

Im Jänner/Februar 1970 setzte das Verbandsorgan den Schwerpunkt Palästina. Darin wurden die „Aspekte des Palästinaproblems“ von John Bunzl, „Anmerkungen zum Nahost-Konflikt“ von Bernd Tichat, „Antirassismus, Zionismus und die Araber“ von Jibril Majdalany und „Israel und der Imperialismus“ von Paul M. Sweezy veröffentlicht. In einer Stel-

⁸⁵² Vgl. Pleschberger, 1983, S. 69

⁸⁵³ Vgl. Fischer, 1993, S. 95

⁸⁵⁴ Vgl. Keller, 1983, S. 104

⁸⁵⁵ Vgl. „Aufstand in Nordirland“ von Frank Unger, in: *theorie und praxis*, 4. Jg., Heft 5, September/Oktober 1969, S. 47-51

⁸⁵⁶ Vgl. „Gewalt in Kolumbien“ in: *theorie und praxis*, 4. Jg., Heft 5, September/Oktober 1969, S. 52-56

lungnahme der „Politischen Plattform des ‚Israel-Palästina‘-Komitees“,⁸⁵⁷ die von John Bunzl und Bernd Tichat unterzeichnet ist, wurde festgehalten, dass die zionistische Bewegung in ihrem Wesen kein Instrument des Imperialismus darstelle. Tendenzen in Palästina und Israel die dem jeweilig anderen das Recht auf Selbstbestimmung absprechen, seien abzulehnen und die nationalen palästinensischen und israelischen Bestrebungen durch gemeinsame Fixierung der Grenzen miteinander vereinbar. Jede Lösung, die einen Abzug der israelischen Kräfte aus den besetzten Gebieten, ohne eine existenzielle Gefährdung des Staates Israel beinhalten und zur Entschärfung des Konfliktes beitragen würde, sei eine erste Etappe zu einer sozialistischen Lösung.⁸⁵⁸

Bunzl und Tichat empfahlen, die Punkte der Plattform der „Israel-Palästina“-Komitees kritisch zu unterstützen und merkten an:

„Als Sozialisten können wir aber keine Sekunde den Gedanken ertragen, dass die israelischen Massen, ebenso Objekt der Geschichte, zum Opfer dieser Entwicklung gemacht werden sollen: deshalb schlagen wir eine Strategie vor, die das Problem aus seiner nationalistischen Umklammerung löst und in eine sozialistische Perspektive stellt.“⁸⁵⁹

Die andere Form des internationalen, antiimperialistischen Engagements erfolgte in praktischer Form. Am 15. April 1970 beteiligte sich der VSStÖ an einer Vietnamdemonstration mit ca. 500 TeilnehmerInnen, die vom Österreichischen Vietnambüro⁸⁶⁰ am internationalen Vietnamtag veranstaltet wurde.⁸⁶¹

Am 5. Mai 1970 hatte das Österreichische Vietnambüro beschlossen, eine Kambodscha-kampagne gegen die militärische Intervention der USA in Kambodscha⁸⁶² zu organisieren. Bereits am 13. Mai 1970 hatten sich österreichische StudentInnen durch das Hissen einer Vietkongfahne am Dach der Wiener Kunstakademie und der Besetzung des soziologischen

⁸⁵⁷ Diese Stellungnahme wurde auf einem europäischen Meeting von Studenten aller Tendenzen der revolutionären Linken in Virton (Belgien) vom 30.10. bis zum 2.11.1969 beschlossen. Vgl. „Politische Plattform der ‚Israel-Palästina‘-Komitees“ in: *theorie und praxis*, 5. Jg., Heft 1, Jänner/Februar 1970, S. 22

⁸⁵⁸ Vgl. „Politische Plattform der ‚Israel-Palästina‘-Komitees“ in: *theorie und praxis*, 5. Jg., Heft 1, Jänner/Februar 1970, S. 22

⁸⁵⁹ „Bericht über ein Nahostseminar in Belgien“ in: *theorie und praxis*, 5. Jg., Heft 1, Jänner/Februar 1970, S. 22

⁸⁶⁰ Dachorganisation linker und liberaler Gruppen, die unter großen Einfluss kommunistischer Jugendlicher stand. Vgl. Keller, 1983, S. 110

⁸⁶¹ Vgl. „Vietnamdemonstration“ in: *AZ* vom 16.4.1970, S. 6

⁸⁶² Bereits 1965 hatte die USA kambodschanische Grenzdörfer im Zuge des Vietnamkrieges bombardiert. Am 18.3.1970 entmachtete General Lon Nol mithilfe der USA den Staatsoberhaupt Kambodschas Sihanouk, der nach Peking flüchtete, und dort mithilfe von China und der KP Kambodschas eine Guerillaarmee gegen Lon Nol organisierte. Am 17. April 1975 endete der Bürgerkrieg in Kambodscha mit der Eroberung Phnom Penhs durch die Guerillaarmee der Roten Khmer unter Pol Pot. Vgl. [http://www.lexikon-
definition.de/Kambodscha.html#Geschichte](http://www.lexikon-definition.de/Kambodscha.html#Geschichte) (Stand: 12.12.2004)

Instituts der Universität Wien in die weltweiten Proteste eingeschaltet.⁸⁶³ Am 14. Mai folgte eine große Demonstration, die von studentischer Seite, von der Linken Plattform, also auch vom VSStÖ, mitorganisiert wurde.⁸⁶⁴ Bei der Protestkundgebung selbst, an der rund 3000-5000 DemonstrantInnen teilnahmen,⁸⁶⁵ empfing Bundeskanzler Kreisky eine 12-köpfige Abordnung im Bundeskanzleramt, die von der österreichischen Regierung die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Nordvietnam, den Abbruch der Beziehungen zum kambodschanischen Lon-Nol-Regime und die Anerkennung der Regierung Sihanouk sowie die Verurteilung der amerikanischen Intervention forderte.⁸⁶⁶ Bundeskanzler Kreisky plädierte für eine Lösung mithilfe der Vereinten Nationen:

„Ich bin auf Grund meiner politischen Anschauung gegen jede militärische Intervention, aber die Regierung hat heute keinen Anlass zu Deklamationen. Es wird unsere Aufgabe sein, zu trachten im Rahmen der UNO eine friedliche Entwicklung zu erwirken.“⁸⁶⁷

Nach dem Ende der Demonstration, die mit Mao-Bildern und Transparenten mit der Aufschrift *„Amis raus aus Indochina“* durch die Wiener Innenstadt gezogen war und mit einem Sit-In am Stephansplatz friedlich geendet hatte, wollten die OrganisatorInnen ein Teach-In im Auditorium maximum der Universität Wien abhalten. Rektor Zerbst hatte jedoch die gesamte Universität sperren lassen. Nachdem die Abordnung der DemonstrantInnen Kreisky für das Teach-In Ruhe versprochen hatte, telefonierte dieser mit dem Rektor, der daraufhin die Universität bis 23.00 Uhr öffnen ließ.⁸⁶⁸

Danach verebbte das internationale Engagement des VSStÖ, wahrscheinlich auch aufgrund der innerverbandlichen Konflikte bis zu einem Teach-In des VSStÖ zur Lage in Nordirland am 27. Jänner 1972 mit dem Politologen Andreas Besserup (Universität Heidelberg).⁸⁶⁹

⁸⁶³ Vgl. „Vietkongfahne auf der Wiener Kunstakademie“ in: AZ vom 14.5.1970, S. 1, „Kambodscha-Kampagne Dokumentation“ von Toni Spira und Paul Kolm in: Wandzeitung (Sondernummer) Juni 1970 & Keller, 1983, S. 110

⁸⁶⁴ Vgl. „Kambodscha-Kampagne Dokumentation“ von Toni Spira und Paul Kolm in: Wandzeitung (Sondernummer) Juni 1970

⁸⁶⁵ Hier differieren die Zahlen der AZ vom 15.5.1970 (3000) jene der Wandzeitung (Sondernummer) Juni 1970 (3500) und jene von Keller, 1983, S. 110 (5000).

⁸⁶⁶ Vgl. „Kreisky empfing Demonstranten“ in: AZ vom 15.5.1970, S.1

⁸⁶⁷ „Kreisky empfing Demonstranten“ in: AZ vom 15.5.1970, S.1

⁸⁶⁸ Vgl. „3000 saßen auf dem Stephansplatz“ in: AZ vom 15.5.1970, S.3

⁸⁶⁹ Vgl. „Termine“ in: rote revue, 3. Jg., Heft 1, Jänner 1972

Auf der außerordentlichen Bundeskonferenz in Linz vom 3. bis zum 6. März 1972 verabschiedete der Verband eine Resolution gegen das „*absolutistische-diktatorische Schah-Regime im Iran bezüglich der neun Exekutionen und des verschärften Polizeiterrors*“ und erklärte sich mit dem „*Kampf der iranischen Völker für Freiheit, Demokratie und Sozialismus solidarisch und unterstützt voll (...) den antiimperialistischen Kampf der Confédération Iranischer Studenten.*“ Zudem forderte der VSStÖ die Bundesregierung auf, bei den iranischen Stellen zu intervenieren, damit die ausgesprochenen Todesurteile nicht vollstreckt und internationale Beobachter in den Iran entsandt würden, um die dortige Lage der politischen Gefangenen zu untersuchen.⁸⁷⁰

Im April und Mai 1972 startete im Zuge einer internationalen Aufklärungs- und Solidaritätsaktion eine Indochinakampagne in Österreich, die parallel zu Initiativen der US-Antikriegsbewegung lief und an der sich auch der VSStÖ erneut beteiligte.⁸⁷¹ Wie schon in den Jahren zuvor hielt der VSStÖ fest:

„Indochina ist nicht nur zum Schauplatz unbeschreiblicher Greuel und dem Exerzierfeld infernalzer Zerstörungstechniken der amerikanischen Rüstungskonzerne, sondern auch Schlüsselpunkt des Befreiungskampfes in der Dritten Welt und darüber hinaus der sozialistischen Weltrevolution insgesamt geworden.“⁸⁷²

Der VSStÖ sprach sich nunmehr für die „*Solidarität mit den unter dem Joch des Imperialismus und Neokolonialismus leidenden Völker*“ in Form der „*politischen Aktivität am eigenen Arbeits- bzw. Studienplatz*“ aus, da diese die „*Entfaltung des Klassenkampfes im eigenen Land*“ darstellen würde.⁸⁷³

Am Villacher Parteitag der SPÖ vom 17. bis zum 19. April 1972 brachte der VSStÖ einen Antrag auf Annerkennung der demokratischen Republik (Nord-)Vietnam und Herstellung von Beziehungen zur provisorischen Revolutionsregierung Südvietnams ein, der jedoch an

⁸⁷⁰ Vgl. Presseunterlagen Nr. 6 in: rote revue, 3. Jg., Heft 2, Februar 1972, S. 9

⁸⁷¹ Vgl. „Indochinakampagne 72“ in: rot-press, 2. Jg., Heft 2, 1972, S. 9

⁸⁷² Ebd.

⁸⁷³ Vgl. ebd.

den Bundespartei Vorstand zugewiesen wurde. Somit war der Forderung wenig Chancen auf Erfolg beschieden.⁸⁷⁴

Am 5. Mai 1972 fanden in Wien und in Graz weitere Demonstrationen unter dem Titel „Kampf dem US-Imperialismus in Indochina – Für den Sieg der vietnamesischen Revolution!“ statt, an denen das sozialdemokratische Indochinakomitee, der VSM und der VSStÖ, (sogar mit einem eigenen Block) teilnahmen.⁸⁷⁵

Am 20. Mai 1972 besuchte die „Personifikation des US-Imperialismus“, der amerikanische Präsident Richard Nixon Salzburg. Protestkundgebungen waren vorprogrammiert und fanden mit ca. 500 TeilnehmerInnen auch statt. Eine Stunde vor der Landung Nixons besetzte ein Teil der DemonstrantInnen das Rollfeldes am Salzburger Flughafen. Diese wurde jedoch wenig später durch den Einsatz der Polizei gewaltsam aufgelöst, und hatte 25 Leichtverletzte „zur Folge“.⁸⁷⁶ Der VSStÖ verlautbarte zunächst:

„(...) die Polizei habe offenbar das strategische Konzept verfolgt, unter allen Umständen zu verhindern, dass nicht nur Jubelgarden zum Empfang des ‚Völkermörders Nixon‘ bereit stünden. Gegen rechtsradikale Provokateure sei nicht eingeschritten, hingegen seien demonstrierende Mädchen erbarmungslos zusammengeschlagen worden.“⁸⁷⁷

Bundeskanzler Kreisky stellte in einer Pressekonferenz am 21. Mai 1972 fest: „(...) jeder Österreicher (auch sein Sohn)⁸⁷⁸ habe das Recht zu demonstrieren.“⁸⁷⁹

Bereits am 24. Mai 1972 distanzierte sich der VSStÖ von seiner obigen Stellungnahme und erklärte, er habe nie eine solche Erklärung abgegeben.

⁸⁷⁴ Vgl. „Indochinakampagne 72“ in: rot-press, 2. Jg., Heft 2, 1972, S. 9 & Antrag Nr. 60, „Protokoll des Bundesparteitages 1972“ S. 244, in: „SPÖ-Parteitagebericht 1972 und Protokoll“, SPÖ-Zentralsekretariat (Hrsg.), Vorwärts Verlag, Wien 1972

⁸⁷⁵ Vgl. „Vietnamdemonstration heute in Wien, Graz“ in: AZ vom 5.5.1972, S. 2 & rote revue, 3. Jg., Heft 3, Mai 1972

⁸⁷⁶ Vgl. „Salzburg: Obligater Jubel und Protest, als Nixon kam“ in: AZ vom 21.5.1972, S.3 & „Salzburger Demonstration: Nachwehen“ in: AZ vom 24.5.1972, S. 2

⁸⁷⁷ „Salzburger Demonstration: Nachwehen“ in: AZ vom 24.5.1972, S. 2

⁸⁷⁸ Peter Kreisky, ehemaliger VSStÖ-Funktionär, hatte auch an der Demonstration teilgenommen. Vgl. Foto von der Demonstration am 20. Mai 1972 in Salzburg gegen Richard Nixon. Im Bild Günther Nenning, Michael Siegert, Heinz Gärtner, Peter Kreisky und Fritz (Derrick) Weber. In: Danneberg, Bärbel/Keller, Fritz/Machalicky, Aly/Mende, Julius (Hg.): „die 68er – eine generation und ihr erbe“, Döcker Verlag, Wien 1998, S. 60

⁸⁷⁹ „Salzburger Demonstration: Nachwehen“ in: AZ vom 24.5.1972, S. 2

„Die Bundesorganisationen des VSStÖ und des VSM haben niemanden zu so einer Stellungnahme autorisiert, und bei Vorliegen eines Verstoßes eines Mitglieds oder Funktionärs gegen die Statuten der Verbände werden die entsprechenden Konsequenzen gezogen. Die von beiden Organisationen gemeinsam mit dem Indochinakomitee organisierte Demonstration in Salzburg wurde vereinbarungsgemäß am Beginn der Verbotszone aufgelöst.“⁸⁸⁰

Anscheinend kam es hierbei zu ähnlichen „kommunikationstechnischen“ Konflikten im VSStÖ wie schon bei der Anti-Bundesheer-Demonstration im Juni 1971 (Vgl. Kapitel 5.2.3).

Trotz dieser Distanzierung des Bundes-VSStÖ blieb der Protest gegen Nixon, zumindest für den Salzburger VSStÖ, nicht ohne Folgen. Die SPÖ verfügte gegenüber ungefähr fünfzig Verbandsmitgliedern Ausschlüsse aus Studierendenheimen. Der VSStÖ Salzburg reagierte mit Austritten aus dem Verband und Übertritten zur kommunistischen Studierendenorganisation (Vgl. Kapitel 5.4.1).⁸⁸¹

Der VSStÖ Wien gab im November 1972 eine kritische Stellungnahme zum Engagement gegen den Vietnamkrieg ab, sah seinen Protest, entgegen seinen bisherigen Einschätzungen (Vgl. Kapitel 4.2.3), jedoch nur mehr als Ergänzung seiner hochschulpolitischen Tätigkeit.

„(...) Bei internen Diskussionen haben einige Genossen wiederholt den Ritualcharakter der Indochinakampagnen und das Fehlen wirklich aufklärerischer Momente beklagt. Sie registriert vielmehr den Verbalradikalismus wütender Sekten, welche die jeweiligen Indochinakomitees zum bevorzugten Austragungsort ihrer dogmatischen Glaubenszwiste auserkoren haben. Dass antiimperialistische Kampagnen nur im Rahmen einer adäquaten politischen Praxis an den jeweiligen Arbeitsplätzen sinnvoll erscheinen, insbesondere in einem Land, wo das für derartige Aufmärsche mobilisierungsfähige Potential seit Jahren stagniert, versteht sich von selbst (oder sollte es für Marxisten wenigstens). (...) Das soll natürlich nicht heißen, dass wir Solidaritätskampagnen für Indochina derzeit ablehnen: Im Gegenteil: Die indochinesische Revolution ist heute zweifellos der Schlüsselpunkt für die revolutionäre Entwicklung in der 3. Welt und darüber hinaus von entscheidender Bedeutung für den Verlauf des Klassenkampfes auf dem gesamten Erdball! Dieser Umstand und die bitteren historischen Erfahrungen mit jenen Bewegungen die den proletarischen Internationalismus ‚vergessen‘ haben, macht die aktive Solidarität mit den indochinesischen Genossen zur unbedingten Pflicht: Wobei aber auch niemals vergessen werden darf, dass die wirksamste Solidarität die Entfaltung des Klassenkampfes im eigenen Land darstellt!

⁸⁸⁰ „VSM, VSStÖ: ‚Keine Stellungnahme gegen Kreisky‘“ in: AZ vom 25.5.1972, S. 2, Vgl. auch „Erklärung des sozialdemokratischen Indochina-Komitees zu den Vorfällen in Salzburg“ APA-Aussendung (i 191) vom 23.5.1972 in: Mappe VSStÖ 1968-79, (Briefverkehr Zentralsekretariat)

⁸⁸¹ Vgl. „Presseerklärung des VSStÖ Salzburg“ in: rote revue, 4. Jg., Heft 2, 13. Februar 1973 & Pleschberger, 1983, S. 69

Deshalb darf der ‚Antiimperialismus‘ (der dann gar keiner mehr ist) nicht zur Ersatzpraxis für jene Leute werden, die ihre eigene gesellschaftspolitische Realität mittels marxistischer Kriterien nicht zu erfassen wissen.

Der VSStÖ, welcher die Teilnahme an dieser Indochinakampagne als Ergänzung zu seiner hauptsächlich hochschulpolitischen Aktivitäten versteht, ruft alle Genossen auf, sich zur Demonstration am 17. November, um 18 Uhr, vor der Uni einzufinden und den VSStÖ-Block zu stärken.⁸⁸²

Die vorläufig letzten antiimperialistischen Aktivitäten des VSStÖ fanden am 17. November 1972 und am 19. Jänner 1973 bei Indochina-Demonstrationen statt.⁸⁸³

Die Demonstration am 19. Jänner 1973, einen Tag vor Beginn der zweiten Amtsperiode Richard Nixons, war der Auftakt einer neuerlichen Indochinakampagne in Wien. Die Hauptforderungen waren die sofortige Einstellung aller US-Angriffe auf Indochina und die sofortige Unterzeichnung eines Friedensabkommens.⁸⁸⁴ Weitere Aktivitäten des VSStÖ in dieser Kampagne sind nicht dokumentiert, wahrscheinlich auch wegen dem Waffenstillstand zwischen Nord-Vietnam und den USA vom 27. Jänner 1973 und den vereinbarten Abzug der US-Truppen bis Ende März 1973.⁸⁸⁵

5.3 Der VSStÖ und sein eigentliches Tätigkeitsfeld – Universität und ÖH

Durch die Reflexionsphase innerhalb des Verbandes und dem allgemeinen „Formtief“ der studentischen Reformbewegung sind vom Wintersemester 1969 bis zum Frühjahr 1971 nur sporadische Aktivitäten an den Universitäten zu verzeichnen. Im Wintersemester 1969 veranstaltete der VSStÖ vom 1. bis zum 5. Dezember ein Architekturseminar „An-Arch“ an der Technischen Hochschule in Wien, welches von Kurt Puchinger, dem neuen Verbandssekretär des VSStÖ und Studenten der Architektur, organisiert wurde.⁸⁸⁶ Zudem erschien im November/Dezember 1969 das Verbandsorgan **theorie und praxis** mit dem Schwerpunkt Architektur, in der Kritik an der konservativen Lehre an der Technischen Hochschule geübt und progressiver Städtebau propagiert wurde.⁸⁸⁷

⁸⁸² Brief des Wiener Sektionsrates an die Mitglieder, in: rote revue, 3. Jg., Heft 8, November 1972, S. 3

⁸⁸³ Vgl. rote revue, 3. Jg., Heft 8, November 1972 & „Indochinakampagne“ in: rote revue, 4. Jg., Heft 1, 12. Februar 1973

⁸⁸⁴ Vgl. „3500 bei Vietnamdemonstration“ in: AZ vom 19.1.1973, S. 1

⁸⁸⁵ Vgl. „Vietnam: Sonntag schweigen die Waffen“ in: AZ vom 25.1.1973, S. 1

⁸⁸⁶ Vgl. Keller, 1983, S. 150

⁸⁸⁷ Vgl. theorie und praxis, 4. Jg., Heft 2, November/Dezember 1969

Ein Teach-In des VSStÖ mit dem Historiker Hans Mommsen über „Arbeiterbewegung vor dem Faschismus – Zur politischen Entwicklung Otto Bauers“ am 23. Jänner 1970 sowie zwei Veranstaltungen zu rechtswissenschaftlichen Problemen Ende Jänner finden sich in den Verbandsinformationen.⁸⁸⁸

Im Februar 1970 wurde, wie schon im Kapitel 4.1 angemerkt, eine Informationswoche für SchülerInnen unter dem Titel „Kritische Schule“ im Albert-Schweitzer-Haus veranstaltet. Der VSStÖ war durch ein Referat von Willy Burian zu „Sexualität in Schule und Gesellschaft“ vertreten. Die anderen ReferentInnen waren überwiegend vom SDS, wie zum Beispiel H. J. Krahl und Antonia Grunenberg.⁸⁸⁹

Ende April 1970 setzten die Bemühungen zur Konstituierung einer Linken Plattform ein (Vgl. 5.2.2.1), die sich neben ihrem antiimperialistischen Engagement im Mai 1970 (Vgl. Kapitel 5.2.4) vor allem auch für das AusländerInnenwahlrecht bei den Hochschüler-schaftswahlen einsetzte.⁸⁹⁰

Gegen Ende des Sommersemesters 1970 stand an der Universität Wien die jährliche Rektorswahl an. Die AZ berichtete darüber und vermerkte auch die schweren Bedenken des VSStÖ gegenüber dem einzigen Kandidaten der Professorenschaft, den Gerichtsmediziner Leopold Breitenecker, der Mitglied in der NSDAP und Arzt der Hitlerjugend gewesen war.⁸⁹¹ Wenige Tage später sollte sich diese Erklärung des VSStÖ als Fälschung herausstellen, auf die der Verband mit einer Strafanzeige gegen unbekannt reagierte.⁸⁹² Schlussendlich wurde, unter leisem Protest der Studierenden, von den Professoren nicht Breitenecker sondern Professor Richard Biebl gewählt. Der VSStÖ spielte die Funktion des Rektors mit den Worten, er sei ein „*Exponent einer autoritär organisierten Universität an die völlig unkontrollierbaren und jeder Öffentlichkeit entzogenen Entscheidungen des reaktionären akademischen Senats gebunden ist*“, herunter, wahrscheinlich auch um das eigene

⁸⁸⁸ Vgl. intern, 4. Jg., Nr. 8, November 1969 & Vgl. Keller, 1983, S. 150

⁸⁸⁹ Vgl. intern, 4. Jg., Nr. 8, November 1969

⁸⁹⁰ Vgl. „Vage Linke, schweigsame Rechte“ in: AZ vom 10.6.1970, S. 2 & „ÖH-Konflikt und kein Ende“ in: AZ vom 17.6.1970, S. 4

⁸⁹¹ Vgl. „Wieder Krach um Rektorswahl“ in: AZ 2.6.1970, S. 2

⁸⁹² Vgl. „Studentische Kapuzenmänner fälschten Presseerklärung“ in: AZ 4.6.1970, S. 2

inexistente Engagement in diesem Jahr zu rechtfertigen.⁸⁹³ Die traditionelle Inaugurationsfeier im Herbst wurde vom Akademischen Senat der Universität Wien abgesagt.⁸⁹⁴

Zwischen 12. bis zum 17. Oktober 1970 fand ein VSStÖ-Kongress zum Thema „Aggression und Gewalt im Spätkapitalismus“ mit Ernst Fischer, Herbert Marcuse und Friedrich Heer statt.⁸⁹⁵ Der Kongress wurde vom VSStÖ-Zentralrat und dem Verbandsorgan **theorie und praxis** organisiert. Interessant ist hierbei die exklusive Nennung des „VSStÖ-Zentralrat“ als Veranstalter. Dies kann als weiteres Indiz für die zu diesem Zeitpunkt bereits vorherrschenden Unstimmigkeiten zwischen der Bundes- und der Wiener Organisation gewertet werden, da bis dorthin Veranstaltungen des VSStÖ nicht durch spezielle Nennung der „Sektion“ des VSStÖ angekündigt wurden.⁸⁹⁶ Andernorts ist dieser Kongress leider nicht dokumentiert.

Am 3. Dezember 1970 veranstaltete die ÖSU eine Demonstration gegen das unzureichende Hochschulbudget. Im Gegensatz zum ehemaligen Bundeskanzler Klaus im Oktober 1967 (Vgl. Kapitel 4.3.2) diskutierte Bundeskanzler Kreisky mit einer Delegation der DemonstrantInnen.⁸⁹⁷ Im Laufe des Monats sollte sich noch herausstellen, dass die ÖSU einige Protestierende für ihren Einsatz bezahlt hatte.⁸⁹⁸

Der VSStÖ ließ die AZ wissen, dass die „Hochschulfinanzmisere nur im Zusammenhang mit den Strukturschwierigkeiten gesehen werden könne“, und dass der VSStÖ sich „an einer Demonstration, die nur mehr Geld fordere, an den grundsätzlichen Problemen aber vorbeigehe“ nicht beteiligen könne.⁸⁹⁹ Der Wissenschaftsetat wurde letztendlich durch ein Budgetüberschreitungs-gesetz 1971 erheblich gesteigert.⁹⁰⁰

Eine Tatsache die, meiner Meinung nach, das vorhandene Desinteresse des VSStÖ gegenüber direkten Verbesserungen der Studienbedingungen für Studierende bzw. das schwieri-

⁸⁹³ „Universität: Biebl neuer Rektor“ in: AZ vom 26.6.1970, S. 2

⁸⁹⁴ „Universität: Heuer keine Inauguration“ in: AZ vom 8.10.1970, S. 2

⁸⁹⁵ Vgl. Keller, 1983, S. 151

Vgl. Ankündigung der Veranstaltung in: *theorie und praxis*, Jg. 5, Heft 2/3, Juli 1970, S. 42

⁸⁹⁷ Vgl. „Im Geist marschierte die ÖVP mit“ in: AZ vom 4.12.1970, S. 1

⁸⁹⁸ Vgl. „VP gibt zu: Demonstranten gegen Hochschulbudget erhielten 35 S“ in: AZ vom 11.12.1970, S. 1 & „Demonstranten doch bezahlt“ in: AZ vom 22.12.1970, S. 2

⁸⁹⁹ „Ein ‚Ehrenstudent‘ namens Mock“ in: AZ vom 4.12.1970, S. 2

ge Verhältnis des Verbandes zur Partei darstellt, ist, dass der VSStÖ es in keiner seiner Publikationen für wert befand, die Abschaffung aller Hochschultaxen,⁹⁰¹ oder die Einführung der Freifahrt für Studierende⁹⁰² auch nur zu erwähnen.

Die Abschaffung der Gebühren wurde am 19. Dezember 1970 durch einen Entschließungsantrag der SPÖ im Nationalrat einstimmig beschlossen.⁹⁰³ Lediglich beim VSStÖ-Zentralrat vom 27. bis zum 29. November 1971, wurde vermerkt, dass die „*Abschaffung der Hochschultaxen nicht auf Inländer beschränkt bleiben soll, sondern auch für alle ausländischen Studenten gelten soll.*“⁹⁰⁴

Der ÖH-Wahlkampf im Jänner 1971 wurde an der Universität auf „Sparflamme“ geführt, was sich auch im Ergebnis des VSStÖ niederschlug (Vgl. Kapitel 5.3.1).

Paralysiert durch die Fraktionsauseinandersetzungen innerhalb des Verbandes von Februar bis Ende April, aber auch durch die darauffolgende Regenerationsphase, fanden erst im Wintersemester 1971 wieder zaghaft Veranstaltungen an der Universität statt.

Vom 18. bis 22. Oktober organisierte der VSStÖ das Symposium „Kritische Justiz“ mit Professor Jürgen Seifert, der über die „Dialektik des Verfassungskampfes“ referierte, Norbert Knittler, der sich mit der „Rechtsideologie als Herrschaftsinstrument“ auseinandersetzte, Professor Norbert Reich, der auf das „Sowjetrecht zwischen Revolution und Stalinismus“ näher einging und schließlich Professor Norbert Leser, der über die „Reine Rechtslehre und die marxistische Rechtstheorie“ dozierte.⁹⁰⁵ Ende Jänner wurde ein Nordirland-Teach-In mit dem Politologen Andreas Besserup im NIG veranstaltet.⁹⁰⁶

⁹⁰⁰ Vgl. „Mehr Geld für Hochschulen, Eisenbahner und Bauern“ in: AZ vom 24.6.1971, S. 3

⁹⁰¹ Ministerin Firnberg wurde mit der Ausarbeitung einer Regierungsvorlage binnen einen Jahres beauftragt. Schlussendlich wurde am 15. Februar 1972 die Regierungsvorlage zur endgültigen Abschaffung der Hochschultaxen im Nationalrat beschlossen. Das Gesetz trat mit dem Wintersemester 1972 in Kraft. Vgl. Fischer, 1993, S. 87 & „Parlament schafft Hochschultaxen ab“ in: AZ vom 16.2.1972, S. 1 Vgl. „SP-Erfolg: Hochschultaxen fallen“ in: AZ vom 5.12.1970 & „Abschaffung der Hochschultaxen“ von Stephan Radinger in: AZ vom 20.12.1970, S. 1

⁹⁰² Diese Regelung trat mit 1. September 1971 in Kraft. Vgl. „Freifahrt auch für Hochschüler“ & „SP-Antrag: Freifahrt für Hochschüler“ in: AZ vom 2.3.1971, S. 1 & 2

⁹⁰³ Vgl. „SP-Erfolg: Hochschultaxen fallen“ in: AZ vom 5.12.1970 & „Abschaffung der Hochschultaxen“ von Stephan Radinger in: AZ vom 20.12.1970, S. 1

⁹⁰⁴ Vgl. „VSStÖ-Zentralrat in Salzburg“ in: rote revue, 3. Jg., Heft 1, Jänner 1972

⁹⁰⁵ Vgl. rote revue, 2. Jg., Sondernummer vom 28.9.1971 & rot-press, 1. Jg., Heft 1, September/Oktober 1971, S. 6

⁹⁰⁶ Vgl. „Termine“ in: rote revue, 3. Jg., Heft 1, Jänner 1972

Im Sommersemester 1972 initiierte der VSStÖ eine Hochschulkampagne und unterstrich damit seine erneute Hinwendung zur Studierendenpolitik, auch im Hinblick auf die sozialistische Berufspraxis (Vgl. Kapitel 5.2.1.1).

Konkret sollte die VSStÖ-Hochschulkampagne im Sommersemester bundesweit anlaufen und den Versuch darstellen, den Studierenden „*radikaldemokratische Forderungen und umfassende Reformkonzepte*“ als sozialistische Alternative zu präsentieren.

„Die zentral geführte Kampagne für eine sozialistische Hochschulreform: Hier gilt es über die Propagierung radikaldemokratischer Konzepte und Lösungen die studentischen Interessen gegenüber der Ordinarienuniversität zu artikulieren, wobei die antidemokratische und reaktionäre Rolle des Rechtskartells und dessen studentischer Ableger aufgezeigt werden muss, insbesondere in Hinblick auf das noch immer bestehende Vertrauen liberaler Studentenschichten in die ÖSU/ÖH als ‚progressive studentische Interessenvertretung‘. Gegenüber den völlig unzureichenden Reformansätzen Firnbergs und dem realitätsfernen Gewäsch linkssektiererischer Grüppchen muss der VSStÖ stets bestrebt sein die Notwendigkeit für eine konsequente sozialistische Reformpolitik an den Hochschulen, den studentischen Massen vor Augen zu führen.“⁹⁰⁷

Die Umsetzung sollte durch umfangreiche Plakat- bzw. Flugblattaktionen sowie zahlreiche Diskussionsveranstaltungen und Teach-Ins erfolgen.⁹⁰⁸ Die Durchführung dieser Vorhaben ist jedoch für die vorgesehene Zeit nicht dokumentiert.

Erst im Wintersemester 1972 schien sich die Hochschulkampagne mit einer Flugblattaktion zum UOG vom 23. bis zum 27. Oktober zu konkretisieren.⁹⁰⁹ Wahrscheinlich wurde die Intensivphase der Kampagne in das Wintersemester im Hinblick auf die, für den Jänner 1973 vorgesehenen, ÖH-Wahlen verlegt. Der VSStÖ hatte sich hierzu bereits im Juli 1972 in einem Wahlkampfkonzept Gedanken gemacht, in dem er seine Schwerpunkte auf die Hochschulreform (Studentische Mitbestimmung und Reform der Studiengänge und –inhalte) und die studentische Sozialpolitik (Reform der Studienbeihilfen) legen wollte und diese mit Druckwerken (Wahlnummern der **rot-press**) und Veranstaltungen zu „Beispielen kritischer Wissenschaft“ propagieren wollte.⁹¹⁰ Die ÖH-Wahlen fanden jedoch durch die Novellierung des HSG erst ein Jahr später, im Jänner 1974 statt.⁹¹¹

⁹⁰⁷ Brief des Wiener Sektionsrates an die Mitglieder, in: rote revue, 3. Jg., Heft 8, November 1972, S. 1

⁹⁰⁸ Vgl. Editorial in: rot-press, 2. Jg., Heft 2, 1972, S. 3

⁹⁰⁹ Vgl. rote revue, 3. Jg., Heft 7, Oktober 1972

⁹¹⁰ Vgl. „Wahlkampfkonzept des VSStÖ“ vom 21.7. 1972, in: Mappe VSStÖ 1968-79, (Briefverkehr Zentralsekretariat)

⁹¹¹ Vgl. „Die Linken brachen absolute ÖSU-Mehrheit“ in: AZ vom 19.1.1974, S.3

Nach dem UOG-Flugblatt (Vgl. Kapitel 5.3.3) und einer massiven „Pickerlaktion“ sollte Ende November ein Grundsatzflugblatt zur studentischen Sozialpolitik erscheinen, dessen Existenz jedoch nicht gesichert ist. Zusätzlich wurde im November und Dezember 1972 eine Teach-In-Reihe zu gesellschaftlichen wie auch studienspezifischen Themen veranstaltet, die die Arbeit der Institutsbasisgruppen des VSStÖ ergänzen sollten. Professor Kurt Tudyka (Niederlande) referierte am 14. November „Über multinationale Konzerne und Gewerkschaftsstrategie“, Arno Klönne (Redaktion „Links“, Offenbach) zur „Klassenlage der Intelligenz und Einschätzung der Sozialdemokratie“ sowie Professor Stadler (Wien) Ende November über „Grenzen fortschrittlicher Geschichtsunterrichts an den Schulen“.⁹¹² Bei Letzterem wurde von ca. 300 Anwesenden eine Resolution für Professor Stadler verabschiedet, der sich als Mittelschullehrer in der Steiermark aufgrund seines Versuchs fortschrittliche Inhalte zu vermitteln massiven Repressionen ausgesetzt sah.⁹¹³

An dieser Stelle sei noch eine tätliche Auseinandersetzung zwischen rechtsextremen und linken Studierenden – Mitglieder des VSStÖ inbegriffen - am 14. Dezember 1972 im NIG erwähnt. Auf Einladung von Burschenschaften sollte der FPÖ-Nationalratsabgeordnete Otto Scrinzi zum Kärntner Ortstafelkonflikt sprechen (Vgl. Kapitel 5.4.1). An dieser Veranstaltung wollten auch linke Studierende teilnehmen, die jedoch durch den „Saalschutz“ der Kameradschaft Babenberg und Mitgliedern der Nationaldemokratischen Partei (NDP)⁹¹⁴ davon abgehalten wurden. So kam es zu einer Schlägerei am Gang des NIGs mit etlichen Verletzten. Die Veranstaltung wurde daraufhin abgesagt.⁹¹⁵ Der VSStÖ triumphtierte:

„Kurz vor Beginn der Weihnachtsferien gelang es der studentischen Linken im Rahmen einer gemeinsamen antifaschistischen Aktion den neuerlichen Versuch der RFS'ler mit Hilfe von NDP-Schlägern ihre Scrinzi-Veranstaltung auf Hochschulboden zu Wiederholen zu vereiteln (...).“⁹¹⁶

⁹¹² Vgl. Brief des Wiener Sektionsrates an die Mitglieder, in: rote revue, 3. Jg., Heft 8, November 1972, S. 2

⁹¹³ Vgl. „Zum Fall Stadler“ in: rote revue, 3. Jg., Heft 11, 1972

⁹¹⁴ Die rechtsextreme NDP wurde, unter anderem von Norbert Burger, 1967 in Österreich gegründet und 1988 verboten. Vgl. www.doew.at (Stand: 12.12.2004)

⁹¹⁵ Vgl. „Rektor Winkler und die Nazis“ in: rot-press, 3. Jg., Heft 1, 1973 & „Nachher 'bedrückt'“ in: AZ vom 16.12.1972, S. 2

⁹¹⁶ Editorial in: rote revue, 3. Jg., Heft 11, 1972

In einem Artikel in der **rot-press** kritisierte der VSStÖ nicht nur den „antislowenischen Haupteinpeitscher Scrinzi“ sondern insbesondere das Verhalten des Rektors der Universität Wien, Winkler, der die Veranstaltung genehmigt hatte und in einigen Aussagen Sympathien für den RFS durchblicken ließ.⁹¹⁷

Scrinzi verteidigte sich und führte in einer Nationalratssitzung am 18. Dezember das Recht auf Meinungsfreiheit ins Treffen. Der VSStÖ sprach daraufhin im Jänner 1972 „*jenen Kräften, die in Kärnten die vorderste Front der antislowenischen Terrorkampagne gebildet haben, jedes Recht ab, sich als die Hüter der Demokratie aufzuspielen.*“⁹¹⁸ Und der VSStÖ stellte nochmals klar, dass es am 14. Dezember nicht darum ging, „*einen Nationalratsabgeordneten am Reden zu hindern, sondern eine weitere Formierung neonazistischer Kräfte unmöglich zu machen.*“⁹¹⁹

Im Jänner 1973 wurde die oben angeführte Teach-In-Reihe durch Professor Reinhard Kühnl (Universität Marburg), der zur Faschismustheorie, mit aktuellem Bezug zum Kärntner Ortstafelstreit und den Vorkommnissen Ende Dezember an der Universität, sprach, fortgesetzt.⁹²⁰ Anfang Mai referierte auch Oskar Negt, Protagonist der Organisationsform des Sozialistischen Büros (Vgl. Kapitel 5.2.1.1), über die „Strategie der autonomen Gegenmachtpositionen“ im NIG.⁹²¹

5.3.1 ÖH-Wahlen 1971 – Der „schizophrene“ VSStÖ

Wie schon im Kapitel 5.2.2.1 scheiterte das Projekt der Linken Plattform bereits lange vor den ÖH-Wahlen im Jänner 1971. Anscheinend hatten die Bundessprecher des VSStÖ zunächst sehr wohl die Absicht in Koalition mit den anderen linken Studierendenfraktionen zu kandidieren, was sich jedoch zerschlug und letztendlich in der Unterstützung des Wahlboykotts der Basisgruppen mündete. Beide Vorhaben wurden angeblich durch die Erstellung einer KandidatInnenliste durch die Wiener Organisation innerhalb des Verbandes konterkariert.⁹²² Diese innerverbandliche Opposition beweist ein weiteres Mal die vorherr-

⁹¹⁷ Vgl. „Rektor Winkler und die Nazis“ in: rot-press, 3. Jg., Heft 1, 1973

⁹¹⁸ Presseerklärung des VSStÖ zur Nationalratsdebatte vom 18.12.1972, in: rote revue, 3. Jg., Heft 11, 1972

⁹¹⁹ Presseerklärung des VSStÖ zur Nationalratsdebatte vom 18.12.1972, in: rote revue, 3. Jg., Heft 11, 1972

⁹²⁰ Vgl. rote revue, 4. Jg., Heft 1, Jänner 1973

⁹²¹ Vgl. rote revue, 4. Jg., Heft 6, April 1973

⁹²² Vgl. „Die Linken an der Uni“ von Paul Kolm, in: Wiener Tagebuch, Nr. 3, März 1971, S. 6

schenden Unstimmigkeiten zwischen dem Bundesverband und der Sektion Wien (Vgl. Kapitel 5.1.1).

Obwohl die SPÖ bereits Mitte November 1970 die Finanzierung des Wahlkampfes genehmigt hatte,⁹²³ somit auch die materielle Grundlage vorhanden war, um in die Wahlaus-einandersetzung zu gehen, waren Teile des VSStÖ, vor allem die Bundesorganisation, wenig an den Hochschulwahlen interessiert. Vor den Wahlen im Dezember 1970 wurde dem VSStÖ in der Ausgabe des „Studentenjournal“, dem offiziellen Organ der Österreichischen Hochschülerschaft, sogar Platz für die Vorstellung seines Wahlprogrammes eingeräumt, welchen dieser jedoch nicht nutzte.

„Wilhelm Burian und Peter Mayer vom VSStÖ erklärten übereinstimmend, der Verband habe kein Interesse an der Veröffentlichung seines Konzepts und möglicherweise werde er auch nicht an der Pressekonferenz am 21. 12. teilnehmen.“⁹²⁴

Dieses Desinteresse stand im Zusammenhang mit dem von den Basisgruppen initiierten Wahlboykott, für den sich auch die Bundesorganisation des VSStÖ aussprach.⁹²⁵ In einem Exkurs zum „aktiven Wahlboykott“ berichtete Kurt Greussing:

„Die Hypostasierung partikularer Erfahrung zu einer der Totalität, scheint mir auch bei jenen Genossen vorzuliegen, die sich für einen aktiven Wahlboykott einsetzen. (...) Auf die immanenten Brüche in der Argumentation möchte ich nicht weiter eingehen (,wenn wir im Hauptausschuss‘ – wohlgemerkt eine Institution, der im gleichen Atemzug eine reale Funktionsmöglichkeit in der Transformation des Uni-Betriebes abgesprochen wird! – ,wenn wir also im Hauptausschuss die Mehrheit hätten, würden wir kandidieren und könnten die Machtfrage stellen, aber so... ‘).“⁹²⁶

Die Unterstützung für den Boykott wird durch das Fernbleiben des VSStÖ bei einer gemeinsamen Pressekonferenz der Fraktionen am 21. Dezember 1971 zusätzlich bestätigt.⁹²⁷

⁹²³ Vgl. Brief von Fritz Marsch an die SPÖ Burgenland vom 13. November 1970; in: Mappe VSStÖ 1968-79, (Briefverkehr Zentralsekretariat)

⁹²⁴ „VSStÖ“ in: Studentenjournal, Nr. 3, Mitte Dezember 1970, S. 7

⁹²⁵ Ebner/Vocelka, 1998, S. 193

⁹²⁶ „Exkurse, Marginalien zur Politik und Struktur des VSStÖ“ von Kurt Greussing, Dezember 1970, in: rote revue, 4. Jg., Heft 3, 27. Februar 1973

⁹²⁷ An dieser Pressekonferenz nahmen ÖSU, RFS, Aktion und sogar die VDS teil. Die AZ vermerkte lapidar: „Der VSStÖ nahm an der Pressekonferenz nicht teil, wird aber bei der Hochschülerschaftswahl am 20. Jänner 1970 kandidieren.“ Vgl. „Demonstranten doch bezahlt“ in: AZ vom 22.12.1970, S.2 & vgl. theorie und praxis, 5. Jg., Heft 2/3, Juli 1970

Der Wahlkampf des VSStÖ Ende 1970 konnte also nahezu als „schizophren“ bezeichnet werden, da einerseits zum Wahlboykott aufgerufen wurde, und andererseits auf allen Ebenen kandidiert wurde.⁹²⁸

„Der VSStÖ (...) hat einen ‚Wahlkampf auf Sparflamme‘ geführt. Für ausländische Studienkollegen verlangt man das aktive und passive Wahlrecht und hat sich vor allem auf die kritische Arbeit in den Basisgruppen an den Instituten – an der Wiener Universität gibt es derzeit 50 – konzentriert. Durch diese in den einzelnen Instituten geleistete Aufklärungsarbeit erhofft sich der VSStÖ eine Steigerung des Stimmenanteils.“⁹²⁹

Am Tag der Wahl versuchte der VSStÖ, oder wahrscheinlich vielmehr die AZ, auf die Tätigkeit des Verbandes im vergangenen Semester hinzuweisen.

„Unter anderem hat der VSStÖ am Soziologischen Institut der Universität Wien in diesem Winter Berufungsvorlesungen von vier deutschen Soziologen initiiert und damit Möglichkeiten für eine Änderung der herkömmlichen Berufungsverfahren aufgezeigt.“⁹³⁰

Dieses Hearing am Institut für Soziologie fand tatsächlich im Dezember 1971 statt und sollte mögliche Lehrende für den vakanten Lehrstuhl der Soziologie vorstellen. Auch die AZ berichtete über diese Gastvorlesungen, deren Veranstalter „Soziologiestudenten der Philosophischen Fakultät“ waren. Der VSStÖ blieb in diesem Zusammenhang als Organisator unerwähnt.⁹³¹

Das Ergebnis dieser ÖH-Wahl war nicht nur eine erschreckend niedrige Wahlbeteiligung von 44% (1969: 53%), die sicher auch auf den Boykottaufruf zurückzuführen war, sondern auch das schlechteste Resultat des VSStÖ in der Verbandsgeschichte von nur 10,6% (1969: 12,2%). Die ÖSU konnte wiederum auf 53,5% (1969: 49%) zulegen, ebenso die VDS, nunmehr MLS, die auf 2,62% (1969: 1%) kam. Die „Aktion“ stagnierte bei 7,9% (1969: 7,7%). Der RFS zählte zu den Verlierern, und fiel von 28,5% auf 25,1%.⁹³²

⁹²⁸ Vgl. „Die Linken an der Uni“ von Paul Kolm, in: Wiener Tagebuch, Nr. 3, März 1971, S. 6

⁹²⁹ „Ausländerwahlrecht als Wahlkampfthema“ in: AZ vom 15.1.1971, S. 3

⁹³⁰ „VSStÖ: Aufklärungsarbeit hat Vorrang“ in: AZ vom 20.1.1971, S. 2

⁹³¹ „Soziologen stellten Lehrstuhlkandidaten bei Vorträgen vor“ in: AZ vom 19.12.1971, S. 2 & „Lehrstuhlinhaber auf Probe“ in: AZ vom 20.12.1970, S. 2

⁹³² „Nur 44% der Studenten wählten – Ist die ÖH noch repräsentativ“ in: AZ vom 22.1.1971, S. 1; Fischer-Kowalski, 1973; S. 609; Keller, 1993, S. 118

„Der VSStÖ sieht in dem Wahlergebnis eher ein politisches Votum gegen die Österreichische Hochschülerschaft. Man soll sich überlegen, so meint VSStÖ-Bundessprecher Kurt Puchinger, ob es nicht besser sei, die ÖH aufzulösen. Zum Wahlergebnis erklärt man weiter, dass der Stimmenanteil der linken Gruppen im wesentlichen gleich geblieben sei. Der VSStÖ bei dem es während des Wahlkampfes zu Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Spitzenkandidaten Wolfgang Schwarz und Mitgliedern der Verbandsführung gekommen ist, wird diese auf einem Verbandstag am 6. Februar ausdiskutieren und seine von den Studenten einiger Fakultäten bei der Hochschülerschaftswahl honorierte Aufklärungsarbeit in den Instituten fortsetzen.“⁹³³

Durch die niedrige Wahlbeteiligung wurde die Frage nach der Repräsentativität der ÖH gestellt. Die AZ sprach sogar von „Auflösungserscheinungen“.⁹³⁴

Die linken Gruppen waren tatsächlich stimmenmäßig gleich geblieben, wenngleich eine Stärkung der VDS (MLS) und eine Schwächung des VSStÖ zu vermerken ist. Das schlechte Ergebnis des VSStÖ war sicher mit ein Grund für die Ereignisse im Februar 1971 bzw. für die Positionierung der SPÖ in diesem Konflikt (Vgl. Kapitel 5.1.2).

5.3.2 Novellierung des Hochschülerschaftsgesetzes (HSG) 1973

Der Vorsitzende der ÖH, Max Ortner (ÖSU) reagierte auf die niedrige Wahlbeteiligung bei den Wahlen 1971 mit der nachdrücklichen Forderung nach einer Novellierung des Hochschülerschaftsgesetzes (HSG) aus dem Jahr 1950 (Vgl. Kapitel 2.7). Bis dahin bildeten die Fakultäten die unterste Ebene der ÖH. Die Institutsvertretungen bzw. Basisgruppen der einzelnen Studienrichtungen waren noch nicht in den Wahlmodus eingebunden gewesen und forderten das Persönlichkeitswahlrecht auf dieser Ebene.

Bereits beim 7. Österreichischen Studententag Mitte Juni 1970 in Klagenfurt wurden Vorschläge zu einer Reform der Hochschülerschaft erarbeitet, wenngleich Vertreter der Linken Plattform sich für ein „rätedemokratische Struktur der ÖH“ einsetzten und das bisherige „ständische System“ ablehnten.⁹³⁵ Die gemeinsamen Forderungen an die Regierung beinhalteten die Präzisierung der Funktionen der Studierendenvertretung (selbstverwaltete Körperschaft, Mitbestimmung in der Universität, Vertretung der studentischen Interessen

⁹³³ „Strafaktion‘ der Wähler gegen ÖH“ in: AZ vom 22.1.1971, S. 3

⁹³⁴ Vgl. „Strafaktion‘ der Wähler gegen ÖH“ in: AZ vom 22.1.1971, S. 3

⁹³⁵ Vgl. „ÖH-Konflikt und kein Ende“ in: AZ vom 17.6.1970, S. 4

nach außen) und auch die vorsichtige Forderung nach einem allgemein politischen Mandat.⁹³⁶

„Dieses Recht der Studentenschaft betrifft alle politischen Fragen, welche im weitesten Sinn die Interessen der Studenten als Gesamtheit treffen. (Fragen wie der Allgemeinzu- stand der Demokratie, der staatsbürgerlichen Recht und Freiheiten, der allgemeinen wirt- schaftlichen Situation der Studenten, der Militärdienstpflicht für Studenten, der Möglich- keit von Studentenwohnhäusern, Kindergärten, Studentenwohnungen).“⁹³⁷

Der VSStÖ formulierte erst auf einem Zentralrat Anfang März 1972 in Salzburg seine konkreten Forderungen für eine ÖH-Reform. Die Institutsvertretungen sollten jährlich durch Persönlichkeitswahlrecht, die Studierendenparlamente auf universitärer und gesamt- österreichischer Ebene weiterhin alle zwei Jahre nach Listenwahlrecht gebildet werden. Zudem sollte das politische Mandat im Sinne der Artikel 11 und 13 des Staatsgrundgesetz (StGG)⁹³⁸ im HSG verankert werden. Ein weiterer Punkt war die Forderung nach dem aktiven und passiven Wahlrecht für ausländische Studierende.⁹³⁹

Nachdem die sozialdemokratische Regierung bzw. das Wissenschaftsministerium vom Herbst 1970 bis zum April 1972 etliche Entwürfe für ein neues Hochschülerschaftsgesetz ohne die Einbindung der „inoffiziellen“ StudierendenvertreterInnen vorgelegt hatte, wurde nach zähen Verhandlungen der politischen Parteien am 20. Juni 1973 ein neues HSG be- schlossen.⁹⁴⁰ Dieses beinhaltete nun auch die Ebene der Instituts-, Studienabschnitts- und Studienrichtungsvertretungen, deren VertreterInnen durch Persönlichkeitswahlrecht ge- wählt werden sollten. Das dezitierte allgemeinpolitische Mandat, welches bereits in Ent- würfen enthalten war, wurde gestrichen. Grundsätzlich kann jedoch aus dem § 3 Absatz 2 des HSG unter dem Titel „Mitglieder und Aufgaben der Österreichischen Hochschüler- schaft“ aus den Worten *„Der Österreichischen Hochschülerschaft obliegt die Vertretung*

⁹³⁶ „Reform der Hochschülerschaft“ in: studentenjournal (Offizielles Organ der ÖH), Mitte Juni 1970, S. 1-14 & „Studententag für Gesamtschule – Hochschulreform und Mitbestimmung gefordert“ in: AZ vom 14.6.1970, S. 4

⁹³⁷ „Reform der Hochschülerschaft“ in: studentenjournal, (Offizielles Organ der ÖH), Mitte Juni 1970, S. 5

⁹³⁸ Artikel 11 des Staatsgrundgesetzes vom 21. Dezember 1867: (1) Das Petitionsrecht steht jedermann zu. (2) Petitionen unter einem Gesamtnamen dürfen nur von gesetzlich anerkannten Körperschaften und Vereinen ausgehen.“ Artikel 13: (1) Jedermann hat das Recht durch Wort, Schrift, Druck oder durch bildliche Darstellung seine Meinung innerhalb der gesetzlichen Schranken frei zu äußern. (2) Die Presse darf weder unter Zensur, noch durch das Konzessions-System beschränkt werden. Administrative Postverbote finden auf inländischen Druckschriften keine Anwendung. Vgl. 2. Grundrechte (2/1. Staatsgrundgesetz über die allgemeinen Rechte der Staatsbürger, Art 6-14) S. 4 in: Doralt, Werner (Hrsg.) „Kodex Verfassungsrecht“ 14. Auflage (Stand: 1.4.1998), Orac Verlag 1998

⁹³⁹ Vgl. Presseunterlagen Nr. 4 in: rote revue, 3. Jg., Heft 2, Februar 1972, S. 7 & rot-press, 2.Jg., Heft 2, 1972, S. 7

der allgemeinen und studienbezogenen Interessen ihrer Mitglieder (...)“ ein allgemein politisches Mandat herausgelesen werden.⁹⁴¹

Zudem wurde das aktive Wahlrecht für alle ordentlichen HörerInnen aus dem Ausland eingeführt.⁹⁴² Die Begründung für die Nichteinführung des passiven Wahlrechts war eine dafür nötig gewesene Verfassungsänderung.⁹⁴³ Das passive Wahlrecht für ausländische Studierende ist bis heute eine Forderungen des VSStÖ im Bezug auf das HSG geblieben.⁹⁴⁴

5.3.3 Die Position des VSStÖ zum geplanten Universitätsorganisationsgesetz

Obwohl Mitglieder des VSStÖ tatkräftig an der Erarbeitung des SP-Hochschulkonzeptes mitgearbeitet hatten (Vgl. Kapitel 4.4.4) und eigentlich Interesse an der Reform der Hochschulen vorherrschen hätte müssen, finden sich in keiner Ausgabe der **theorie und praxis** Hinweise auf den Gesetzeswerdungsprozess des UOG. Dieser kam, nach der zweimaligen Auflösung der PHK, erst ab dem Juli 1970 durch ein Redaktionskomitee richtig in Gang.⁹⁴⁵ Bis zum Mai 1972 erstellte dieses drei Entwürfe.

Der VSStÖ nahm erst auf dem Zentralrat in Salzburg vom 27. bis zum 29. November 1971 zur Diskussion um die Entwicklung des neuen Universitätsgesetzes Stellung.

„Obwohl bereits 1969 ein in mancher Hinsicht vorbildliches Hochschulkonzept der SPÖ vorgelegen ist, ließ das Wissenschaftsministerium bis zum Jänner 1971 auf eine Initiative warten. Der dann vorgelegte UOG-Diskussionsentwurf aber stellte in entscheidenden Fragen einer demokratischen Hochschulstruktur einen Kompromiss mit den reaktionären Professoren dar. Insbesondere das Prinzip der demokratischen Willensbildung auf allen Ebenen durch Drittelparität wurde durchbrochen. (...) Der VSStÖ bekräftigt neuerlich seine Forderung nach drittelparitätischer Mitbestimmung in allen Entscheidungsgremien.“⁹⁴⁶

⁹⁴⁰ Vgl. „Vaterschaftsstreit über neues ÖH-Gesetz“ in: AZ vom 21.6.1973, S. 2

⁹⁴¹ Vgl. HSG 1998 unter <http://www.bmbwk.gv.at/universitaeten/recht/gesetze/hsg/hochschuelerschaftsgesetz4508.xml#1> (Stand: 12.12.2004)

⁹⁴² Vgl. Griesebner, 1990, S. 106ff

⁹⁴³ Diese Verfassungsänderung bezieht sich auf den 3 Artikel des Staatsgrundgesetzes, der besagt, „öffentliche Ämter sind für alle Staatsbürger gleich zugänglich“ und „für Ausländer wird der Eintritt in dieselben von der Erwerbung des österreichischen Staatsbürgerrechtes abhängig gemacht. Vgl. 2. Grundrechte (2/1. Staatsgrundgesetz über die allgemeinen Rechte der Staatsbürger, Art 3) S. 3 in: Doralt, Werner (Hrsg.) „Kodex Verfassungsrecht“ 14. Auflage (Stand: 1.4.1998), Orac Verlag 1998 & „Entlarvte Vorurteile“ von Heinz Fischer, in: AZ vom 12.12.1970, S. 1

⁹⁴⁴ Vgl. „Gleiche Rechte für ausländische Studierende“ in: ÖH-Wahlprogramm des VSStÖ 2003 www.vsstoe.at/wahl/default.asp?Hauptmenue=3&Untermenue=6&Wahl_ProgrammgruppenID=8 (Stand: 12.12.2004)

⁹⁴⁵ Mitglieder dieses Komitees waren unter anderem Heinz Fischer und Norbert Roszenich, zwei ehemalige VSStÖ-Funktionäre. Vgl. Griesebner, 1990, S. 113

⁹⁴⁶ „VSStÖ-Zentralrat in Salzburg“ in: rote revue, 3. Jg., Heft 1, Jänner 1972

Zudem forderte der VSStÖ die SPÖ auf ihr Wahlversprechen von 1971 einzulösen, das die Verbindlichkeit der SPÖ-Programme von 1969/70 zusicherte, und verlangte von Wissenschaftsministerin Firnberg, sie solle „*nicht länger um Zugeständnisse der reaktionärsten Professoren (...) feilschen, sondern dem Parlament einen Gesetzesentwurf gemäß dem SPÖ-Hochschulkonzept und unter Berücksichtigung der vom VSStÖ (...) erhobenen Forderungen zuleiten.*“⁹⁴⁷

Tatsächlich hatte Bruno Kreisky bereits bei der Präsentation des Hochschulkonzeptes der SPÖ verlautbart, dass „das Hochschulkonzept der SPÖ (...) für einen etwaigen sozialistischen Unterrichtsminister eine verpflichtende Arbeitsgrundlage“ wäre.⁹⁴⁸

Der Gesetzesentwurf aus 1971 wurde erneut vom Redaktionskomitee überarbeitet und im Mai 1972 zur Begutachtung ausgesandt. Zu diesem Vorschlag nahm eine Unzahl von Institutionen Stellung. Zentraler Streitpunkt war die Mitbestimmung der AssistentInnen und der Studierenden. Zu diesem Zeitpunkt waren in den verschiedenen Vertretungsebenen bereits „differenzierte“ Paritäten (Drittelparität nur mehr in der Institutskonferenz und in der Studienkommission, Viertelparität⁹⁴⁹ auf Fakultäts- und Universitätsebene) vorgesehen, gegen die sich die Professoren selbst noch aussprachen.⁹⁵⁰ Der VSStÖ lehnte den Entwurf gänzlich ab.

„Nach dem provokatorischen Verhalten der reaktionären Professoren und der Sprengung der parlamentarischen Hochschulkommission,⁹⁵¹ kann und darf der Entwurf zum UOG, der einen vorweggenommenen Kompromiss darstellt, nicht länger als Diskussionsgrundlage betrachtet werden.“⁹⁵²

Auf den Entwurf als Diskussionsgrundlage ging der VSStÖ überhaupt nicht mehr ein. Der VSStÖ forderte nunmehr eine Pluralisierung der Lehrmeinungen durch die Berufung von marxistischen WissenschaftlerInnen, was die Habilitations- und Berufungspolitik der kon-

⁹⁴⁷ Vgl. „VSStÖ-Zentralrat in Salzburg“ in: rote revue, 3. Jg., Heft 1, Jänner 1972

⁹⁴⁸ Vgl. Bruno Kreisky bei der Präsentation des SP-Hochschulkonzeptes am 18.11.1969 in: „ÖH begrüßt SP-Hochschulkonzept“, AZ vom 19.11.1969, S. 1

⁹⁴⁹ Viertelparität bedeutet die Besetzung des Gremiums durch zwei Viertel ProfessorInnen, und je einem Viertel Assistentinnen und Studierende.

⁹⁵⁰ Vgl. Griesebner, 1990, S. 114

⁹⁵¹ Die Professoren zogen sich aufgrund von Streitigkeiten mit den Studierenden über die Mitbestimmungsfrage am 14. Jänner 1972 erneut aus der PHK zurück. Vgl. Griesebner, 1990, S. 114

⁹⁵² Vgl. Presseunterlage Nr. 2 in: rote revue, 3. Jg., Heft 2, Februar 1972, S. 4

servativen Ordinarien bislang zu verhindern wussten. Die Anstellung sozialistischer WissenschaftlerInnen sei nur eine Konsequenz des Parteiprogramms („Den modernen Gesellschaftswissenschaften, insbesondere der sozialistischen Theorie ist an den Hochschulen Raum zu geben.“).⁹⁵³

Zudem rückte der VSStÖ von seiner Forderung nach Drittelparität in allen Hochschulgremien ab und forderte nunmehr die semiparitätische Besetzung.

*„Die Ordinarienminderheit darf keinen Mehrheitsanspruch mehr besitzen. Deshalb fordert der VSStÖ die semiparitätische Mitbestimmung in allen Entscheidungsgremien. Jeweils die Hälfte der Gremienmitglieder müssen daher Studenten und Vertreter des wissenschaftlichen Personals sein, wobei auch den Assistenten und den wissenschaftlichen Hilfskräften ein ihrer Zahl entsprechender Anteil zu sichern ist.“*⁹⁵⁴

Die Forderung nach Semiparität kann in Anbetracht des syndikalistischen Ansatzes des damaligen VSStÖ (Vgl. Kapitel 5.2.1), nach dem Motto „Wir sind die Mehrheit an der Universität und wollen auch dementsprechend mitbestimmen!“ nur logisch erscheinen.

Im März 1972 initiierte der VSStÖ auf der 7. außerordentlichen Bundeskonferenz in Linz eine Kampagne für eine sozialistische Hochschulreform an den Universitäten.⁹⁵⁵ Als Grund für diese Kampagne führte der Verband die „völlig unzureichenden Reformansätze Firnbergs“ und das „realitätsferne Gewäsch linkssektiererischer Grüppchen“ an. Den Studierenden müsse eine „konsequente sozialistische Reformpolitik“ durch den VSStÖ vor Augen geführt werden.⁹⁵⁶ Hierzu verfasste der Verband ein Flugblatt, das das im Entwurf vorgesehene Ordnungsrecht des Rektors (Untersagung von Veranstaltungen wenn „eine Störung der Ordnung auf dem Boden der Universität zu erwarten ist“ [§ 97, Abs. 5 des UOG-Entwurfs]) sowie die Verwässerung der Drittelparität in der „zum Akklamationsorgan degradierten“ Institutskonferenz, durch das Einbinden nichtwissenschaftlichen Personals auf Kosten der Anzahl der StudierendenvertreterInnen, kritisierte. Der VSStÖ bestand weiterhin auf Semiparität in den universitären Gremien.⁹⁵⁷ Diese Forderungen zur Univer-

⁹⁵³ Vgl. „Forderungen des VSStÖ zur Hochschulreform“ Presseunterlage Nr. 4 in: rote revue, 3. Jg., Heft 2, Februar 1972, S. 7

⁹⁵⁴ „Forderungen des VSStÖ zur Hochschulreform“ Presseunterlage Nr. 4 in: rote revue, 3. Jg., Heft 2, Februar 1972, S. 7

⁹⁵⁵ Editorial in: rot-press, 2. Jg., Heft 2, 1972, S. 3

⁹⁵⁶ Vgl. rote revue, Jg. 3, Nr. 8, November 1972, S. 1

⁹⁵⁷ Vgl. „VSStÖ zum neuen UOG“ Flugblatt zur Hochschulkampagne, in: rote revue, Jg. 3, Nr. 8, November 1972, S. 4-5

sitätsreform wurden vom VSStÖ auch in einem Antrag am SPÖ-Parteitag in Villach im April 1972 eingebracht, der jedoch dem Bundesparteivorstand zugewiesen wurde.⁹⁵⁸

Nachdem die zahlreichen Stellungnahmen zum zweiten Entwurf vom Mai 1972 vom Redaktionskomitee berücksichtigt und teilweise eingearbeitet worden wäre, entstand ein dritter Entwurf. Die nunmehrige Regierungsvorlage wurde im Oktober 1973 dem Nationalrat vorgelegt und dem zuständigen Ausschuss zugewiesen.⁹⁵⁹ Der VSStÖ resignierte:

„Wenn wir uns heute die Entwicklung der Hochschulreform seit dem Regierungsantritt der SPÖ betrachten, so müssen wir feststellen, dass wir Illusionen gehabt haben. Konnte man beim ersten Entwurf zum UOG noch davon sprechen, dass trotz der auch darin schon eingebauten ‚Sicherungen‘ gegen eine tatsächliche Mitbestimmung noch wesentliche Forderungen der sozialistischen Studenten berücksichtigt waren, so haben die beiden folgenden Entwürfe gezeigt, dass von einer ‚Mitbestimmung‘ nicht mehr die Rede sein kann. Im nunmehr vorliegenden Entwurf haben die Ordinarien in allen wesentlichen Punkten die absolute Mehrheit zugesprochen erhalten – in der Frage der Berufungen, der Habilitationen, bei den wesentlichen finanziellen Entscheidungen. Mit diesem neuen Entwurf hat das Wissenschaftsministerium die Forderungen des RFS und des Kapitals nach einer ‚nach Qualifikation abgestufter Mitbestimmung‘ Rechnung getragen. Damit wird aber das Gerede von Mitbestimmung und Demokratisierung zur Farce. Alle wichtigen Entscheidungen werden in Gremien verlagert, in denen eine Mitbestimmung nicht mehr möglich ist. Es handelt sich dort nur mehr um eine Art ‚Beschäftigungstherapie‘, die die beginnende Unruhe unter den Studenten kanalisieren soll.“⁹⁶⁰

Der eingerichtete parlamentarische Unterausschuss beriet über die Regierungsvorlage vom Oktober 1973 bis zum März 1975 und lud auch Vertreter der Studierendenfraktionen zu Beratungen ein.⁹⁶¹

Schlussendlich wurde das Gesetz nach sechseinhalbjähriger Diskussion am 11. April 1975 im Beisein grollender Professoren⁹⁶² und unter Protest von RFS-Studierenden⁹⁶³ im Nationalrat mit den Stimmen der SPÖ- und teilweise der ÖVP-Abgeordneten⁹⁶⁴ beschlossen.

⁹⁵⁸ Vgl. Antrag Nr. 62, in: „Protokoll des Bundesparteitages 1972“ S. 244f, in: „SPÖ-Parteitagbericht 1972 und Protokoll“, SPÖ-Zentralsekretariat (Hrsg.), Vorwärts Verlag, Wien 1972

⁹⁵⁹ Vgl. Griesebner, 1990, S. 119

⁹⁶⁰ „Was will der VSStÖ?“ Fritz Weber, in: rot-press, 3.Jg., Heft 4, 1973 & Mappe VSStÖ 1968-79, (Briefverkehr Zentralsekretariat)

⁹⁶¹ Vgl. Griesebner, 1990, S. 120f

⁹⁶² Die ProfessorInnen hatten im Vorfeld einen Streik aufgrund des neuen UOG abgehalten. Nach der Beschlussfassung des Universitätsorganisationsgesetzes boten etliche Rektoren der Wissenschaftsministerin Firmberg ihren Rücktritt an und ProfessorInnen wollten ihre Früh pensionierung beantragen. Vgl. „Rektoren baten Rücktritt an“ in: AZ vom 15.4.1970, S. 2 & „UOG kein Grund für Früh pension“ in: AZ vom 16.1.1970, S. 1

⁹⁶³ Die rechten Studierenden warfen Flugzettel von der Galerie und riefen Parolen wie „Die Wissenschaft ist frei – Sozialisten lasst es dabei!“ Vgl. „Ordinarienherrlichkeit ist verschwunden“ in: AZ vom 12.4.1975, S. 3

Das Gesetz beinhaltete eine gänzliche Neustrukturierung der Universitäten. Die großen Fakultäten wurden in kleinere Einheiten aufgeteilt, die Besetzung der Gremien und somit die Mitbestimmungsrechte der Studierenden wurden nur in der Institutskonferenz und in der Studienkommission drittelparitätisch, auf Fakultäts- und Universitätsebene viertelparitätisch (d.h. eine relative Mehrheit der ProfessorInnen) festgeschrieben. In den Berufungskommissionen erhielt die Kurie der ProfessorInnen von vornherein die absolute Mehrheit. Der oder die RektorIn⁹⁶⁵ sollte von nun an in drittelparitätischen Universitätsversammlungen gewählt werden. Vorgesehen wäre ursprünglich die Wahl durch alle an der Universität Lehrende und Lernende gewesen.⁹⁶⁶

Zudem wurde durch das Gesetz auch die Rücksichtnahme auf die Vielfalt der Lehrmeinungen vorgeschrieben und die Autonomie der Universitäten durch die Selbstständigkeit in Lehr- und Forschungsfragen und Übernahme von einigen Budgets- und Personalkompetenzen ausgeweitet. Das Ministerium behielt sich jedoch ein Eingriffsrecht vor.⁹⁶⁷

Das Gesetz trat am 1. Oktober 1975 in Kraft und galt bis zum UOG 1993, das bereits 2002 von einem neuen Universitätsgesetz abgelöst wurde. Das Universitätsgesetz 2002 „verzichtet“ nahezu gänzlich auf die Mitbestimmung der Studierenden.

5.4 Der VSStÖ zwischen Distanz und Nähe zur SPÖ

Die Beziehung des VSStÖ zur SPÖ in der Zeit von 1969 bis 1973 kann als Zeit der Extreme bewertet werden. Zunächst von nahezu keinem Kontakt und völliger Distanzierung gekennzeichnet, versuchte der VSStÖ nach dem Führungswechsel an der Verbandspitze Verbindung zur Partei zu halten und über rege Parteiarbeit Strukturveränderungen voranzutreiben.

⁹⁶⁴ Bei den Punkten, wo es um die Mitbestimmung der Studierenden, die Neustrukturierung der Institute sowie Pluralismus der Lehrmeinungen und wissenschaftlicher Methoden ging, stimmten die Abgeordneten der ÖVP nicht zu. Vgl. Griesebner, 1990, S. 122

⁹⁶⁵ Bis zum heutigen Tage stand noch keine Frau als Rektorin einer Universität vor. Vizerektorinnen und Dekaninnen sind rudimentär vorhanden.

⁹⁶⁶ Vgl. Griesebner, 1990, S. 122

⁹⁶⁷ Vgl. „Nun auch Hochschulen offen für Demokratie“ in: AZ vom 12.4.1975, S. 1 & „Ordinarienherrlichkeit ist entschwunden“ in: AZ vom 12.4.1975, S. 3 & Vgl. Griesebner, 1990, S. 127f

Die Gruppe um die Bundessprecher, die ab dem Frühjahr 1970 circa ein Jahr lang die Führung des Verbandes inne hatten, distanzierte sich zusehends von der SPÖ.

„Wir haben die Wahnsinns-Idee gehabt, wie einige zuvor auch, das wir geglaubt haben, man kann den VSStÖ hinausziehen aus der Umklammerung der SPÖ und kann das halt selber weiterbetreiben. Wir haben ein bisserl Geld gehabt und so (...). Und wir haben gedacht das können wir, eine zeitlang machen. Es war ein bisserl naiv.(...) Wir waren nicht mehr loyal zur SPÖ, es war uns eigentlich wurscht.“⁹⁶⁸

Diese Worte von Wilhelm Burian sollen ein wenig Einblick in die Bestrebungen der damaligen Verbandsführung geben. Die Versuche der Loslösung fanden unter anderem ihren Ausdruck im Desinteresse an Parteiarbeit, Boykott der ÖH-Wahlen gegen den Willen der Partei, aber auch in der Gründung der Arbeitsgemeinschaft „Marxistische Kritik“. Diese Arbeitsgemeinschaft brachte auch eine Zeitschrift mit dem Titel „Marxistische Kritik“ heraus, die sich als Aufgabe die Analyse der kapitalistischen Produktionsprozesse, die kritische Untersuchung der Entwicklung der Sozialdemokratie sowie Berichte über die internationale ArbeiterInnenbewegung vorgenommen hatte.⁹⁶⁹

„Über die Genesis dieses Blattes lässt sich sagen, dass die meisten der Herausgeber aus der sozialdemokratischen Hochschulorganisation kommen und in der Studentenbewegung mobilisiert wurden. Erst allmählich gelang es ihnen im Rahmen dieses politischen Kontextes herauszubringen, was die Sozialdemokratie in ihrer Politik ausmacht: Fixierung der Arbeiterklasse in ihrer Existenz gegenüber dem Kapital. Darüber stieß sie zum Kern der Ansätze revolutionärer Politik, auf die Produktion – wenn auch bislang nur theoretisch. Nicht nur distanzierte sich diese Gruppe im Lauf des Erkennens von der SD (Sozialdemokratie, Anm. d. Verf.), sondern sah auch alternatives Handeln auf der Basis einer revolutionären Organisation als zwingend an. In der derzeitigen Situation, in der es diese Organisation nicht gibt, erscheint es legitim und notwendig, theoretische Arbeit im Sinne der obengenannten Schwerpunkte zu leisten.“⁹⁷⁰

Das Redaktionskollektiv dieser Zeitschrift, die meines Wissens nach nur einmal erschienen ist, war dicht besetzt von VSStÖ-Funktionären wie Willy Koldus, Kurt Puchinger, Georg

⁹⁶⁸ Interview Wilhelm Burian, 4.7.2004, S. 9

⁹⁶⁹ Vgl. „Editorial“ von Georg Hofmann-Ostenhof, in: „Marxistische Kritik“, Arbeitsgemeinschaft „Marxistische Kritik“ (Hrsg.), verantwortlicher Redakteur Georg Hofmann-Ostenhof, 1. Jg., Nr. 1, 1971, S. 10-11

⁹⁷⁰ „Editorial“ von Georg Hofmann-Ostenhof, in: „Marxistische Kritik“, Arbeitsgemeinschaft „Marxistische Kritik“ (Hrsg.), verantwortlicher Redakteur Georg Hofmann-Ostenhof, 1. Jg., Nr. 1, 1971, S. 11f

Hofmann-Ostenhof und auch Wilhelm Burian, der auch die Intention dieses Vorhabens näher schilderte.

„Den VSStÖ hinausbringen [aus der SPÖ, Anm. d. Verf.], aber nicht wirklich dran glauben, das war sozusagen der immanente Widerspruch, der uns aber nicht besonders aufgeregt hat. Weil, wir waren ziemlich erschöpft. Ich war von 1967-1971 in dieser Eventkultur drinnen, irgendwann wird das dann zuviel.(...) und daher war das sozusagen eher ein Ausstiegsszenario, aufgeblasen großartig über die Marxistische Kritik.(...) Die Marxistische Kritik als Intellektuellenplattform. Da hat es ja viele Beispiele gegeben in Frankreich und Deutschland. Dort haben intellektuelle Gruppierungen recht lang überleben können, weil sie ein bisserl Geld gehabt haben, weil sie ein Hilfesystem von Spendern gehabt haben. Das war kein Problem. Nur bei uns war das viel zu klein und zu bescheiden.“⁹⁷¹

Die Sezessionsbewegung dieser Gruppe war mit großer Wahrscheinlichkeit einer der Hauptgründe für die SPÖ, die Gruppe um Johann Dvořák zu unterstützen (Vgl. Kapitel 5.1.2). Herbert Schwanda (Parteisekretär) dazu:

„ (...) es soll eine klare Scheidung der Geister erfolgen zwischen denjenigen, die eine Bindung zur Partei wollen und denen, die sich von ihr innerlich bereits vollkommen getrennt haben.“⁹⁷²

Die SPÖ verhängte zudem eine Subventionssperre über den damaligen Bundesverband, welche die klare Unterstützung der „putschenden“ Gruppe durch die Partei noch unterstrich.⁹⁷³

Nach dem personellen Wechsel in der Bundesorganisation wurde das Verhältnis zu SPÖ scheinbar besser. Trotz der „Beihilfe“ der Partei findet sich jedoch im Papier „Zur Organisation des VSStÖ“, das wahrscheinlich im März 1971 von Erwin Flegler und Johann Dvořák verfasst wurde, folgende vage Bemerkung in Bezug auf die Beziehung zur Partei:

„Die Frage des Verhältnisses des VSStÖ zur SPÖ muss bei den folgenden Gesprächen näher bestimmt werden.“⁹⁷⁴

⁹⁷¹ Interview Wilhelm Burian, 4.7.2004, S. 10

⁹⁷² Vgl. Notizen betreffend den VSStÖ von Herbert Schwanda an Kreisky, Firnberg, Marsch und Strache (undatiert), S. 2; in: *Mappe VSStÖ 1968-79*, (Briefverkehr Zentralsekretariat)

⁹⁷³ Vgl. Interne Mitteilung des Zentralsekretariats von Fritz Marsch an Berger, Schwanda und Strache vom 11.2.1971, in: *Mappe VSStÖ 1968-79*, (Briefverkehr Zentralsekretariat)

⁹⁷⁴ „Zur Organisation des VSStÖ“ in: *rote revue*, Jg. 2, Nr. 1, März 1971

Ein Gespräch des neuen VSStÖ-Bundesvorstand mit Bundesparteivorsitzenden Kreisky fand am 5. Juli 1971 statt. Hauptthema der Unterredung war die Forderung des VSStÖ an die SPÖ, sich gegen die Abschaffung der Studienrichtung Soziologie zu wenden. Diese sollte durch den Beschluss des neuen „Philosophengesetzes“⁹⁷⁵ Realität werden. Zudem setzte sich der VSStÖ für die politische Erwachsenenbildung, eine schnelle gesetzliche Regelung des Alternativdienstes (Zivildienst) und intensivere hochschulpolitische Bildungsarbeit ein. Kreisky ließ die VSStÖ-Führung wissen, dass die SPÖ bemüht sein werde, die geplante Abschaffung der Studienrichtung Soziologie rückgängig zu machen, gesetzliche Maßnahmen für die politische Erwachsenenbildung zu ergreifen, eine politische Akademie der SPÖ zu errichten⁹⁷⁶ und noch im Herbst eine Regierungsvorlage zum Alternativdienst vorzulegen.⁹⁷⁷

Auch nach der Beendigung des Fraktionskampfes Ende April 1971 und der Aussprache mit Kreisky schien die Beziehung des VSStÖ zur SPÖ noch nicht restlos geklärt zu sein. In den Sommerferien wurde eine „Einschätzung der Sozialdemokratie“ von Johann Dvořák vorgenommen. In diesem Text trat ganz klar, das neue Verhältnis des VSStÖ zur SPÖ, vor allem im Bezug auf den „Nutzen“ der Partei für den Verband zu Tage (Vgl. Kapitel 5.1.3). Dvořák wies in seinen abschließenden Worten auch kurz auf den Umgang des früheren VSStÖ mit der Partei hin.

„Wir sprechen bewusst von einer I n s t r u m e n t a l i s i e r u n g der Partei, weil es nicht darum gehen kann, die SP auf den linken ideologischen Weg zurückzubringen, sondern die r e l a t i v großen Möglichkeiten, die diese Partei der Durchsetzung bestimmter politischer Ziele bietet oder bieten könnte, zu nützen. (...)

Eine s o z i a l i s t i s c h e Politik betreiben bedeutet auch und vor allem der Mehrzahl oder zumindest den bedeutendsten Fraktionen der Lohnabhängigen Mündigkeit, Selbstbestimmung, E m a n z i p a t i o n als einhergehend, d.h. verknüpft m i t materiellen Verbesserungen theoretisch, wie praktisch zu vermitteln!

⁹⁷⁵ In diesem Gesetz wurde das Philosophiestudium in Lehramts-, Diplom- und Dissertationsstudium unterteilt (Vgl. „Nach 8 Semestern ‚Magister‘“ in: AZ vom 25.11.1970, S. 2). Der Unterrichtsausschuss hatte in der Behandlung des neuen „Philosophengesetzes“ kurz zuvor, mit einer VP-FP-Mehrheit, die Abschaffung der Studienrichtung Soziologie beschlossen. Die Studienrichtung wurde nicht abgeschafft und existiert bis heute sogar zweimal, in Form eines geisteswissenschaftlichen und sozialwissenschaftlichen Zweiges an der Universität Wien. Vgl. „Wer hat Angst vor Soziologie?“ in: AZ vom 1.7.1971, S. 4 & „Eine Lanze für die Soziologie“ von Karl Blecha, in: AZ vom 2.7.1971, S. 3

⁹⁷⁶ Im August 1972 wurde der Verein Dr. Karl-Renner-Institut gegründet und von der SPÖ als Träger ihrer politischen Bildungsarbeit nominiert. Vgl. Geschichte des Dr. Karl-Renner-Instituts: www.renner-institut.at/riist/frgeschichte.htm (Stand: 12.12.2004)

⁹⁷⁷ „SP-Studentenvertreter bei Kreisky“ Aussendung der Sozialistischen Korrespondenz vom 5.7.1971, in: Mappe VSStÖ 1968-79, (Briefverkehr Zentralsekretariat) & „Studenten wollen Soziologie“ in: AZ vom 6.7.1971, S. 2

*Glaubwürdig werde wir dabei nicht sein, wenn wir zuvor Feindschaften gegen diejenigen predigen, die, zumindest im Bewusstsein der Arbeiter, beträchtlich zur materiellen Verbesserung ihrer Lebenssituation beigetragen haben, nämlich SP und Gewerkschaften. Die Agitation können wir ruhig den Bourgeois (auch denen, die noch im Verband sind) überlassen.....*⁹⁷⁸

Diese Strategie stand jener der vorangegangenen Verbandsführung diametral gegenüber. Aber auch im Vergleich zur Politik des Verbandes 1966/67, die eine Re-Ideologisierung der SPÖ anstrebte (Vgl. Kapitel 3.4.1.1), hatte diese Taktik ein völlig anderes Ziel.

Pleschberger spricht in diesem Zusammenhang von einer Doppelstrategie des VSStÖ, die auf der einen Seite die Institutionen der parlamentarischen Demokratie und gesellschaftliche Institutionen auszunützen versuchte, und andererseits eine „*Politisierung latent emanzipativer Wünsche über agitatorische Kampagnen*“ anstrebte (Vgl. Kapitel 5.1.3).⁹⁷⁹

In der Ausgabe der **roten revue** im November 1971 wurde eine Art Grundsatzprogramm mit dem Titel „Zur Politik des VSStÖ-Wien“ zur Diskussion gestellt, in dem auch das Verhältnis zur Partei näher bestimmt wurde. Es wurde in der **rot-press**, anscheinend schon als innerverbandlicher Konsens, unter dem Titel „Was will der VSStÖ-Wien“ veröffentlicht.⁹⁸⁰

*„Der VSStÖ arbeitet als eine Organisation der SPÖ. Dafür gibt es mehrere Gründe: a) wie aus dem bisher Gesagten hervorgeht, kann eine sozialistische Studentenorganisation nicht isoliert agieren, sondern nur als Teil einer Bewegung der Lohnabhängigen, in Arbeitsteilung und Kooperation mit Organisationen in anderen Bereichen. In der SPÖ ist die überwiegende Masse der Lohnabhängigen organisiert, (...). Daher kann eine Strategie, deren Realisierung von der Mobilisierung relevanter Gruppen der Lohnabhängigen abhängt, überhaupt nur zum Tragen kommen, wenn die in deren Organisation ansetzt, mit bestehenden Gruppen zusammenarbeitet, politische Konzepte entwirft etc.(...) b) Die SPÖ ist die einzige Partei, in der (bzw. über die) eine Politik der Strukturreformen (...) zumindest potentiell durchzuführen ist. Sie ist dazu in der Lage auf Grund ihrer Machtposition innerhalb des politischen Systems in Österreich.“*⁹⁸¹

Pleschberger bewertet dieses Programm als „*Amalgam aus verschiedenen Konzepten.*“ Einen zentralen Stellenwert nimmt dabei aber das Konzept der antikapitalistischen Strukturreform nach André Gorz’ „Zur Strategie der Arbeiterbewegung im Neokapitalismus“

⁹⁷⁸ „Zur Einschätzung der Sozialdemokratie“ von Johann Dvořák, August 1971, in: rote revue, 3. Jg., Heft 4, 1972, S. 4 & 5

⁹⁷⁹ Vgl. Pleschberger, 1983, S. 66

⁹⁸⁰ Vgl. „Was will der VSStÖ-Wien“ in: rot-press, 1. Jg., Heft 1, September/Oktober 1971, S. 8-9

ein. Für Gorz übernehmen darin die Gewerkschaften die zentrale Rolle bei Strukturveränderungen. Der VSStÖ hingegen versuchte, laut Pleschberger mit einem „ideologischen Kunstgriff“, der der SPÖ als historisches Subjekt eine potentielle Strukturveränderungsrolle zuweist, seine Rückkehr zur Parteiarbeit zu rechtfertigen.⁹⁸²

Für die konkrete Arbeit in und mit der Partei wollte der VSStÖ von nun an permanent Fragen sozialistischer Politik diskutieren und in inhaltlichen Arbeitsgruppen zur Schul- und Verwaltungsreform sowie Kommunalpolitik im Rahmen der Jungen Generation (JG)⁹⁸³ mitarbeiten. Zudem erklärte der VSStÖ, dass „*grundsätzlich eine Teilnahme des VSStÖ an allen Parteigremien, in denen der VSStÖ vertreten wäre (es aber in der letzten Vergangenheit nicht war) beschlossen und initiiert wurde.*“⁹⁸⁴

Diese aktive Parteiarbeit des VSStÖ sollte sich zum Beispiel am Parteitag in Villach im April 1972 zeigen (Vgl. Kapitel 5.4.1.1).

5.4.1 Der VSStÖ und die Regierungspartei SPÖ

Bei der Nationalratswahl am 1. März 1970 erzielte die SPÖ 48,39 %⁹⁸⁵ und bildete, nach gescheiterten Koalitionsverhandlungen mit der ÖVP, am 21. April 1970 eine Minderheitsregierung.⁹⁸⁶

Bereits am 9. Juni 1970 hatten sich Bundeskanzler Bruno Kreisky, Ministerin ohne Portefeuille Hertha Firnberg und Unterrichtsminister Leopold Gratz einer Diskussion an der Universität Wien gestellt, bei der sich die beiden Letzteren für eine Gesamtreform der Hochschulen aussprachen. Auf die Frage aus dem Publikum, ob die SPÖ an der „*Überwindung der spätkapitalistischen Verhältnisse interessiert sei*“, antwortete Bruno Kreisky, dass die SPÖ „*ihren Wählern nicht [eine] sozialistische Gesellschaftsordnung versprochen*

⁹⁸¹ „Zur Politik des VSStÖ-Wien“ Punkt 5, in: rote revue, 2. Jg., Nr. 5, November 1971 & rote revue, 3. Jg., Heft 4, 1972, S. 12

⁹⁸² Vgl. Pleschberger, 1983, S. 67

⁹⁸³ „Jugendorganisation“ der SPÖ. Alle Mitglieder der SPÖ unter 35 sind auch Mitglieder der JG.

⁹⁸⁴ „Zur Politik des VSStÖ-Wien“ Punkt 6f, in: rote revue, 2. Jg., Nr. 5, November 1971

⁹⁸⁵ Vgl. „Sozialisten für rasche Regierungsbildung“ in: AZ vom 3.3.1970, S. 1

⁹⁸⁶ Vgl. „Kreisky bildet SP-Regierung“ in: AZ vom 21.4.1970, S. 1 & Fischer, 1993, S. 61ff.

[habe], sondern die Verwirklichung ihrer Programme. Wir sind eine reformistische Partei und wir werden nicht über das Mandat hinausgehen, das wir bekommen haben.“⁹⁸⁷

Als indirekte Beteiligung des VSStÖ an der Diskussion können die Wortmeldungen von Peter Kowalski, zu diesem Zeitpunkt noch Sprecher der IVK, gewertet werden, der konkrete Fragen zur Hochschulreform stellte (Vgl. Kapitel 5.2.2.1).⁹⁸⁸

Am Parteitag der SPÖ vom 10. bis zum 11. Juni 1970, der unter dem Motto „SPÖ – Für ein modernes Österreich“ in der Wiener Stadthalle stattfand, versuchte Kurt Puchinger in seiner einzigen Wortmeldung als VSStÖ-Delegierter, das Selbstverständnis des damaligen VSStÖ darzulegen.

„Der VSStÖ als ein Teil jener Organisationsformen intellektuell Produzierender ist der marxistischen Tradition der sozialistischen Bewegung noch immer verpflichtet, und nicht zuletzt deswegen wendet er sich mit ganzer Respektlosigkeit gegen das Bestehende und Etablierte, (...). Das heißt für uns, dass sich unsere Zielvorstellungen immer noch an der Emanzipation des Menschen innerhalb einer sozialistischen Gesellschaft orientieren. (...) Es wird die Aufgabe des VSStÖ und der linken Studentengruppen an den Hochschulen sein, zunächst einmal den pragmatischen Wissenschaftsbetrieb, (...) derart umzugestalten, und zwar mit den Mitteln, die diesen gewaltigen Institutionen (...) und der spezifischen historischen Situation entsprechen, damit für uns und für alle am Wissenschaftsbetrieb Beteiligten die Möglichkeit besteht, Wissenschaft als emanzipatorische Kraft in die Bereiche gesellschaftlicher Widersprüche einzubringen.“⁹⁸⁹

Abschließend versuchte Puchinger die kritische Haltung des VSStÖ zu verteidigen, indem er darauf verwies, dass die Arbeiterschaft ohne die radikale Kritik ihrer marxistischen Intellektueller keinesfalls auskommen könne.⁹⁹⁰

Im Zuge dieses Parteitages hatte der VSStÖ weder einen Bericht über die abgelaufenen Aktivitäten des VSStÖ abgeliefert noch Anträge oder Resolutionen eingebracht.⁹⁹¹

⁹⁸⁷ „Vage Linke, schweigsame Rechte“ von Barbara Coudenhove-Kalergi, in: AZ vom 10.6.1970, S. 2

⁹⁸⁸ Vgl. „Vage Linke, schweigsame Rechte“ von Barbara Coudenhove-Kalergi, in: AZ vom 10.6.1970, S. 2

⁹⁸⁹ Rede von Kurt Puchinger, in: „Protokoll des Bundesparteitages 1970“ S. 56f, in: „SPÖ-Parteitagbericht 1970 und Protokoll“, SPÖ-Zentralsekretariat (Hrsg.), Vorwärts Verlag, Wien 1970, vgl. auch Vgl. „Debatte: ‚Nationalzeitung, Bildung, Griechenland‘ in: AZ vom 12.6.1970, S. 4

⁹⁹⁰ Vgl. Rede von Kurt Puchinger, in: „Protokoll des Bundesparteitages 1970“ S. 56f, in: „SPÖ-Parteitagbericht 1970 und Protokoll“, SPÖ-Zentralsekretariat (Hrsg.), Vorwärts Verlag, Wien 1970

⁹⁹¹ Vgl. „SPÖ-Parteitagbericht 1970 und Protokoll“, SPÖ-Zentralsekretariat (Hrsg.), Vorwärts Verlag, Wien 1970

Erst die Presseaussendung des VSStÖ zu den Äußerungen von Ministerin Firnberg zur Störung der Sitzung der philosophischen Fakultät durch Soziologiestudierende (Vgl. Kapitel 5.1.2) auf der außerordentlichen Bundeskonferenz Anfang Februar 1971 gibt erneut Einblick in das distanzierte Verhältnis des VSStÖ zur nunmehrigen Regierungspartei SPÖ.

„Diese Äußerung (‚Radikalinskis‘ von Ministerin Firnberg, Anm. d. Verf.) ist nicht isoliert, sondern steht in der konsequenten Entwicklung der SPÖ-Politik seit ihrer Regierungsübernahme, die objektiv eine Rechtsschwenkung bedeutet (Aufwertung der FPÖ durch eine de-facto Koalition und Wahlrechtsreform, Nachgeben in der Bundesheerreform etc.). (...) dies zeigt einmal mehr, dass der VSStÖ, der sich mit der Fakultätsstörung voll solidarisiert und dessen Mitglieder, die in den Basisgruppen arbeiten, daran teilgenommen haben, sein Naheverhältnis zur SPÖ radikal neu überdenken muss. Der Kampf sozialistischer Intelligenz auf den Universitäten gegen reaktionäre und technokratische Universitätsstruktur und für sozialistisch-kritische Wissenschaft lässt sich nicht wie bisher und wie Frau Minister Firnberg offenbar glaubt durch ‚parteiinterne Maßregelungen‘ und Diffamierungen unterdrücken.“⁹⁹²

Nach dem Wechsel in der Verbandsführung, der von der Partei wohlwollend begleitet wurde (Vgl. Kapitel 5.1.2), kritisierte der VSStÖ jedoch schon Ende Mai im Zuge der Proteste um die kontroversiellen Aussagen des Verteidigungsministers Lütgendorfdie Personalpolitik Kreiskys (Vgl. Kapitel 5.2.3).

„Unverständlich hingegen erscheint uns die Verharmlosung Lütgendorfs und seiner Gesinnungskumpanen durch Bundeskanzler Dr. Kreisky. Der beschwichtigende Hinweis, auch Spitzenfunktionäre der SPÖ seien Mitglieder des Kameradschaftsbundes, kann nicht beruhigen. Im Gegenteil, er erschüttert die Glaubwürdigkeit einer sozialdemokratischen Partei. Auf der einen Seite spricht man von Demokratisierung aller Lebensbereiche, auf der anderen erkennt man einem exemplarischen Reaktionär und Militaristen fachliche Kompetenz bei der Durchführung der Reform des Bundesheeres zu.“⁹⁹³

Diese Kritik an der Regierungspartei könnte, aufgrund von möglichen Interventionen der Partei, zur späteren Distanzierung des VSStÖ von der Anti-Bundesheer-Demonstration am 8. Juni geführt haben (Vgl. Kapitel 5.2.3).

⁹⁹² Resolution der außerordentlichen Bundeskonferenz des Verbandes sozialistischer Studenten am 6.2.1971, in: Mappe VSStÖ 1968-79, (Briefverkehr Zentralsekretariat)

⁹⁹³ Presseerklärung des VSStÖ (angeblich von den Bundessprechern Dvořák/Weber/Eder) in: VSStÖ Report (Sektion Salzburg), 1. Jg., Nr. 1, 1971, S. 3

Im Frühsommer 1971 schien die Minderheitsregierung Kreisky durch ein drohendes Misstrauensvotum der ÖVP gefährdet. Daher brachte die SPÖ am 7. Juli 1971 einen Initiativantrag auf vorzeitige Beendigung der Gesetzesgebungsperiode im Nationalrat ein, der am 14. Juli mit den Stimmen der SPÖ und FPÖ beschlossen wurde und den Wahltermin für den 10. Oktober 1971 festlegte.⁹⁹⁴

Für die Nationalratswahl im Oktober 1971 gab der VSStÖ in der **rot-press** sogar eine Art Wahlempfehlung für die SPÖ ab.

„Denn gerade eine radikale Demokratisierung aller Lebensbereiche, forcierte Industrialisierung, „Wir bauen das moderne Österreich“...bedeuten in und trotz ihrer Schlagwortartigkeit durchaus, dass der traditionell herrschenden Klasse in Österreich die Basis ihrer politischen Aktivität entzogen werden soll; und die Potenz der SP, ihre Programmatik auch durchsetzen zu können, sowie die Tatsache, dass die vorliegenden Vorstellungen nur ein Anfang sind, werten diese Intentionen der Sozialdemokratie noch auf. Die Folgerung aus diesen Überlegungen muss bei der kommenden Nationalratswahl gezogen werden. Die momentane Situation zwingt uns nicht nur zu einer Absage an die Konservativen, sie lässt vielmehr eine klare Unterstützung der SPÖ als einzig offene Möglichkeit erkennen, wenn man – was ja die Sozialdemokratie als ihr Ziel angibt – die qualitative Veränderung der Gesellschaft, die Beseitigung nicht funktionaler Herrschaft, die Beseitigung des Kapitalismus in Österreich tatsächlich mithelfen will.“⁹⁹⁵

Das Ergebnis der Nationalratswahl brachte eine absolute Mehrheit für die SPÖ. Sie erreichte 50,04%, was einen Mandatsstand von 93 von nunmehr 183 Mandaten im Nationalrat bedeutete.⁹⁹⁶

Bei der Zentralratssitzung des VSStÖ vom 27. bis zum 29. November 1971 in Salzburg forderte der VSStÖ Wissenschaftsministerin Hertha Firnberg auf, das SPÖ-Hochschulkonzept umzusetzen und bezüglich der Universitätsreform keinerlei Zugeständnisse mehr an die „reaktionäre Professorenschaft“ zu machen, da nun ja die SPÖ auch über eine klare Mehrheit im Nationalrat verfüge (Vgl. Kapitel 5.3.3). Zudem wurde das aktive und passive Wahlrecht für ausländische Studierende bei den ÖH-Wahlen eingefordert. Ersteres wurde in die Novellierung des HSG 1973 aufgenommen (Vgl. Kapitel 5.3.2).

⁹⁹⁴ Vgl. Fischer, 1993, S. 82ff

⁹⁹⁵ „Zur Rolle der SPÖ-Regierung“ in: rot-press, 1. Jg., Heft 1, September/Oktober 1971

⁹⁹⁶ Im November 1970 wurde mit den Stimmen der SPÖ und der FPÖ eine Reform des Wahlrechts beschlossen. Durch die Wahlrechtsreform wurde die Gesamtmandatszahl von 165 auf 183 erhöht. Vgl. Fischer, 1993, S. 83ff, 194ff & Schmid, 1999, S. 170

Nach der Anti-Nixon-Demonstration Ende Mai 1972 kam es nicht nur innerhalb des Verbandes zu Unstimmigkeiten auch die SPÖ zeigte unmissverständlich ihr Missfallen über die Vorkommnisse (Vgl. Kapitel 5.2.4). Pleschberger erwähnt, dass der VSStÖ Salzburg die Demonstration bereits seit März 1972 gemeinsam mit KommunistInnen vorbereitet hätte. Aufgrund dieser Zusammenarbeit und der möglichen Teilnahme an der Demonstration am Rollfeld des Salzburger Flughafens verfügte die SPÖ (Salzburg)⁹⁹⁷, zumindest für den VSStÖ Salzburg, Maßnahmen gegen ungefähr fünfzig VSStÖ-Mitglieder, die Ausschlüsse aus WIHAST-Heimen beinhalteten.⁹⁹⁸ In einer Presseerklärung des VSStÖ Salzburg im Februar 1973, aus dem zuvor vier von fünf Vorstandsmitgliedern zum Kommunistischen Studentenverband (KSV)⁹⁹⁹ übergelaufen waren, forderten die Verbliebenen der Salzburger Sektion die „*Rücknahme aller von der SP nach der Nixon-Demonstration getroffenen, antidemokratischen und repressiven Maßnahmen in den WIHAST-Heimen*“.¹⁰⁰⁰ Interessant ist in diesem Fall die geschichtliche Kontinuität in der Wahl der Mittel der SPÖ gegen den VSStÖ. Bereits 1932 hatte die Partei als Maßnahme gegen den VSStÖ Heimausschlüsse für „dissidente“ VSStÖ-Mitglieder veranlasst (Vgl. Kapitel 2.2.1).

Nach den Zwischenfällen bei der Demonstration gegen den amerikanischen Präsidenten erschütterte im Oktober 1972 ein weiterer Zwischenfall die österreichische Innenpolitik. In der Nacht vom 9. auf den 10. Oktober 1972 (Jahrestag der Kärntner Volksabstimmung 1920)¹⁰⁰¹ wurden im sogenannten „Ortstafelsturm“ nahezu alle zweisprachigen (deutsch/slowenisch) Ortstafeln beschädigt, zerstört oder vor dem Wohnhaus des Kärntner Landeshauptmann Hans Sima (SPÖ) „deponiert“.¹⁰⁰² Dieser hatte, aufgrund des Mitte 1970

⁹⁹⁷ Die Rolle der Bundespartei und der SPÖ Salzburg ist in diesem Fall nicht geklärt.

⁹⁹⁸ Vgl. Pleschberger, 1983, S. 69

⁹⁹⁹ Bei neuerlichen Fraktionskämpfen in der MLS wurden alle KPÖ-Mitglieder ausgeschlossen. Diese gründeten daraufhin die Gruppe Kommunistischer Studenten (GRK), aus dieser wiederum am 14. Oktober 1972 der KSV entstand. Vgl. Zach, Dietmar „KSV und VSStÖ: Zwischen Zusammenarbeit, Konkurrenz und Verleumdung“ Dipl. Arb., Wien 1998, S. 20

¹⁰⁰⁰ Vgl. „Presseerklärung des VSStÖ Salzburg“ in: rote revue, 4. Jg., Heft 2, 13. Februar 1973

¹⁰⁰¹ Nach dem Ersten Weltkrieg beanspruchte Jugoslawien das Gebiet Südkärntens mit Villach, Klagenfurt und dem Zollfeld. Gegen den Einmarsch slowenischer Freischärler setzten sich die Kärntner im sogenannten „Kärntner Abwehrkampf“ erfolgreich zur Wehr. Als serbische Truppen einmarschierten wurde der Widerstand aufgegeben, jedoch beim Völkerbund (Vorläufer der Vereinten Nationen) eine Volksabstimmung im Sinne des Selbstbestimmungsrechts der Völker durchgesetzt, welche in zwei Zonen Kärntens durchgeführt werden sollte. Am 10. Oktober 1920 erfolgte, unter Aufsicht des Völkerbundes, die Abstimmung in der Südzone, welche eine eindeutige Mehrheit für den Verbleib bei Österreich erbrachte, und somit in der Nordzone um Klagenfurt gar nicht mehr abgestimmt werden musste. Offensichtlich war jedoch, dass zu diesem Ergebnis auch ein großer Teil slowenischsprachiger KärntnerInnen beigetragen haben musste.

¹⁰⁰² Vgl. „Rauferei vor dem Friedhof“ in: AZ vom 11.10.1972, S. 2 & Fischer, 1993, S. 88f

durch die SPÖ beschlossenen Ortstafelgesetzes,¹⁰⁰³ 36 zweisprachige Ortstafeln in Südkärnten aufstellen lassen.

Bundeskanzler Kreisky rief die KärntnerInnen zu mehr Toleranz auf und erinnerte an die staatsvertraglichen Pflichten Österreichs.¹⁰⁰⁴ Hierzu ist anzumerken, dass Österreich im Staatsvertrag Artikel 7, Absatz 3 sich zur Aufstellung zweisprachiger Ortstafeln verpflichtet hatte.¹⁰⁰⁵

Der VSStÖ verurteilte in einer Presseerklärung den offenen Terror gegen die slowenische Minderheit aufs Schärfste. Zudem empörte sich der Verband über die halbherzige Verurteilung der Ausschreitungen durch die Kärntner SPÖ und das passive Verhalten der Exekutive.

„Der VSStÖ findet es bezeichnend, dass dieselbe Exekutive, die anlässlich des Nixon Besuches in Salzburg Demonstranten niederprügelte, dem Treiben der Kärntner Chauvinisten tatenlos-wohlwollend zusieht, und fordert das energische Eingreifen gegen die Exzesse, sowie das Verbot des hinter den Vorgängen stehenden Kärntner Heimatdienstes.“¹⁰⁰⁶

Der VSStÖ Wien rief für den 24. Oktober 1972 zu einer Kundgebung gegen den Kärntner Faschismus auf, organisiert von der österreichischen Widerstandsbewegung.¹⁰⁰⁷

Im Dezember 1972 kam es bei einer Veranstaltung des RFS mit dem Nationalratsabgeordneten und „antislowenischen Haupteinpeitscher Scrinzi“¹⁰⁰⁸ zu einer Auseinandersetzung mit linken Studierenden, an der Mitglieder des VSStÖ mit großer Wahrscheinlichkeit beteiligt waren (Vgl. Kapitel 5.3).

Aufgrund der zutage getretenen politischen Emotionen und Einstellungen (insbesondere ist hierbei die historische „Urangst“ der Kärntner im Bezug auf die Gebietsforderungen Jugoslawiens zu nennen) berief Kreisky Ende Dezember 1972 eine Kommission zur Erarbeitung eines Volksgruppengesetzes ein, das auch eine topographische Bestimmung enthalten

¹⁰⁰³ Am 14. Juni 1972 brachten SPÖ-Abgeordnete einen Initiativantrag zur Aufstellung zweisprachiger Ortstafeln inklusive Fristsetzungsantrag im Nationalrat ein. Am 6. Juli 1972 wurde das Ortstafelgesetz mit Stimmen der SPÖ, gegen die jene der ÖVP und FPÖ beschlossen. Am 20. September wurde mit der Aufstellung der zweisprachigen Ortstafeln unter starken Protesten von KärntnerInnen. Vgl. Fischer, 1993, S. 88 & „Ortstafeln: Bisher 120 Zwischenfälle“ in: AZ vom 12.10.1972, S. 1

¹⁰⁰⁴ Vgl. „Kreisky-Appell an Kärnten: Seid tolerant!“ in: AZ vom 11.10.1972, S. 1

¹⁰⁰⁵ „In den Verwaltungs- und Gerichtsbezirken Kärntens, des Burgenlandes und der Steiermark mit slowenischer, kroatischer oder gemischter Bevölkerung (...) werden die Bezeichnungen und Aufschriften topographischer Natur sowohl in slowenischer oder kroatischer Sprache wie in Deutsch verfasst.“ Vgl. 4/6. StV Wien, S. 8, in: Doralt, Werner (Hrsg.) „Kodex Verfassungsrecht“ 14. Auflage (Stand: 1.4.1998), Orac Verlag 1998

¹⁰⁰⁶ Presseerklärung des VSStÖ vom 16.10.1972, in: rote revue, 3. Jg., Heft 8, 1972

¹⁰⁰⁷ Vgl. Flugblatt des VSStÖ Wien, in: rote revue, 3. Jg. Heft 7, 1972

¹⁰⁰⁸ Vgl. „Rektor Winkler und die Nazis“ in: rot-press, 3. Jg., Heft 1, 1973

sollte. Am 7. Juli 1976 wurde das Volksgruppengesetz, welches die staatsvertraglichen Bestimmungen konkretisierte vom Nationalrat beschlossen.¹⁰⁰⁹

Ein Thesenpapier des VSStÖ Wien zur Bundeskonferenz Anfang Dezember 1972 analysierte das gegenwärtige Verhältnis der österreichischen Sozialdemokratie zum Kapitalismus, und wurde in der **roten revue** zur Diskussion gestellt. Darin wurden zwar auf der einen Seite zwei Maßnahmen der SPÖ (Konzernierung der verstaatlichten Stahlindustrie und Abkommen mit der EWG [Europäische Wirtschaftsgemeinschaft]¹⁰¹⁰) gelobt, die Strukturveränderungen in der österreichischen Industrie bewirken sollten, auf der anderen Seite aber die vielfachen Zugeständnisse an verschiedene Gruppen (Bauern, Industriellenvereinigung [Einkommenssteuerreform]) massiv kritisiert.¹⁰¹¹ Dieser Ansatz lässt innerhalb des VSStÖ auf eine nunmehr verstärkte Rezeption der Theorie des Stamokap schließen (Vgl. Kapitel 5.2.1), die in Verbindung mit der Strategie der gewerkschaftlichen Orientierung Mitte der Siebziger Jahre vom VSStÖ verstärkt propagiert und auf den Hochschulsektor übertragen wurde.¹⁰¹²

„Mit alle dem soll nicht behauptet werden, dass es im Österreichischen Kapitalismus keine Tendenzen der Modernisierung gibt. Weiters soll nicht geleugnet werden, dass die SPÖ diese befördert, allerdings eben nur durch eine allgemeine Politik der Gewinnsteigerung, noch dass die ÖVP stärker in Sonderinteressen einzelner kapitalistischer Bereiche verhaftet ist. Doch zum Unterschied zu anderen sozialdemokratischen Parteien spielt die SPÖ keinesfalls die Rolle eines Handlungers des fortgeschrittensten Teils des österreichischen und ausländischen Kapitals in Österreich in einer Weise wie es für eine konservative Partei prinzipiell unmöglich wäre. Wenn die allgemeinen Tendenzen des Kapitalismus bestimmend sein müssen für die Grundlagen jeder sozialistischen Strategie, so müssen die konkreten, differenzierten Ausformungen dieser Tendenzen mitbestimmend sein für die konkrete Ausarbeitung einer sozialistischen Strategie.“¹⁰¹³

¹⁰⁰⁹ Vgl. Fischer, 1993, S. 89ff; Ende 2001 hob der Verfassungsgerichtshof die Topographieverordnung des Volksgruppengesetzes aufgrund der verfassungswidrigen 25 Prozent Hürde auf, verfügte jedoch die Regierung solle binnen einen Jahres, die Verordnung reparieren. Die Frist verstrich und bis heute gibt es keine neue Regelung. Vgl. Entscheidung des Verfassungsgerichtshofes vom 13.12.2001 (<http://www.vfgh.gv.at/presse/G213-01ua.pdf>, Stand 12.12.2004) & „Ortstafel-Frage - Korinek: Derzeitiger Zustand gesetzeswidrig“ APA-Meldung Nr. 436 vom 24.9.2004

¹⁰¹⁰ Bereits im Juli 1970 nahm die Regierung Kreisky Gespräche mit der EWG über vertragliche Beziehungen auf. Im Jahr 1972 schloss Österreich mit der EWG Freihandelszonenverträge ab. Vgl. Fischer, 1993, S. 76 & 232

¹⁰¹¹ Vgl. „Zum momentanen Verhältnis der Sozialdemokratie zum Kapitalismus in Österreich“, Thesenpapier der Sektion Wien zum Bundeskongress des VSStÖ vom 8.-10.12.1972, in: rote revue, 3. Jg., Heft 11, 1972

¹⁰¹² Vgl. Pleschberger, 1983, S. 67f & Zach, 1998, S. 50f

¹⁰¹³ „Zum momentanen Verhältnis der Sozialdemokratie zum Kapitalismus in Österreich“, Thesenpapier der Sektion Wien zum Bundeskongress des VSStÖ vom 8.-10.12.1972, in: rote revue, 3. Jg., Heft 11, 1972

5.4.1.1 Parteitag in Villach 1972 – der VSStÖ bringt sich aktiv ein

Bereits auf der außerordentlichen Bundeskonferenz des VSStÖ vom 3. bis zum 6. März 1972 in Linz stand der kommende „Ideologieparteitag“ der SPÖ vom 17. bis zum 19. April in Villach im Mittelpunkt.¹⁰¹⁴

„Wie ein Sprecher erklärte, sei der VSStÖ entschlossen, in Villach das seiner Meinung nach offensichtliche Auseinanderklaffen von Parteiprogramm und der Arbeit der sozialistischen Bundesregierung aufzuzeigen.“¹⁰¹⁵

Der VSStÖ sah den Grund für die Einberufung des „Ideologie“-Parteitages darin, dass „die ökonomischen Schwierigkeiten des österreichischen Kapitalismus (...) klar zu Tage treten und die Diskrepanz zwischen dem SP-Grundsatzprogramm und der aktuellen Regierungspolitik deutlich wird (...). Die Abhandlung theoretischer Fragen, losgelöst von der gesellschaftlichen Realität sowie die Revision sozialistischer Grundsätze dürfte hierbei im Mittelpunkt stehen.“¹⁰¹⁶

Dieser Prophezeiung schloss der Studierendenverband die Forderung nach mehr betrieblicher und überbetrieblicher Mitbestimmung im Rahmen der gesamtgesellschaftlichen Demokratisierungsbestrebungen an, welche jedoch nicht zur Integration der Betriebsräte in das kapitalistische System führen, sondern vielmehr „*Gegenmachtpositionen in allen gesellschaftlichen Bereichen (Betriebe, Bildungswesen, Kommunal- und Steuerpolitik etc.) für die arbeitende Bevölkerung zu erringen*“ bedeuten sollte.¹⁰¹⁷

Unter dem Motto „Österreich wird modern!“ hielt die SPÖ Mitte April ihren ersten Bundesparteitag nach Erreichen der absoluten Mehrheit ab. Zum sogenannten „Ideologieparteitag“ erschien eine Broschüre mit dem Titel „Rote Markierungen“, die sich mit Grundsatzfragen der Sozialdemokratie beschäftigte.¹⁰¹⁸ Die Autoren (Heinz Kienzl, Norbert Leser, Rupert Gmoser, Heinz Fischer und Karl Blecha) lobten am Parteitag die, angeblich schon vorherrschende sozialistische Wirtschaftsordnung und die Demokratisierungsbestrebungen

¹⁰¹⁴ Vgl. Presseunterlagen Nr. 1-6, in: rote revue, 3. Jg., Heft 2, 1972

¹⁰¹⁵ „VSStÖ: Initiativen auf dem Villacher Parteitag“ in: AZ vom 7.3.1972, S. 2

¹⁰¹⁶ Presseunterlagen Nr. 1, in: rote revue, 3. Jg., Heft 2, 1972

¹⁰¹⁷ Presseunterlagen Nr. 1, in: rote revue, 3. Jg., Heft 2, 1972

und forderten die Fortsetzung der Diskussion, aber nicht die Revision des Parteiprogramms von 1958. In einer Grundsatzresolution hielt die SPÖ fest:

*„Sozialismus heißt für uns vor allem vollendete Demokratie. (...) Der Weg zu dieser vollendeten Demokratie ist ein ständiger Prozeß, indem – unter Bedachtnahme auf die jeweilige reale Situation – sozialdemokratische Lösungen zu erarbeiten sind.“*¹⁰¹⁹

Die Gesellschaftsordnung sollte durch einen Prozess permanenter strukturverändernder Reformen (Modernisierungsprogramm der SPÖ) umgestaltet werden.¹⁰²⁰

Entgegen dem Vorhaben der SPÖ, sich selbst durch diesen Parteitag als treibende Kraft der Modernisierung in Österreich darzustellen, drängten sich die Fristenlösung¹⁰²¹ und die Rundfunkreform¹⁰²² als zentrale Themen medial in den Vordergrund.¹⁰²³

Die SPÖ kam am Parteitag in der Frage des straffreien Schwangerschaftsabbruchs, nach einer Resolution der Bundesfrauenkonferenz tags zuvor,¹⁰²⁴ von der Indikationslösung¹⁰²⁵ ab. Diese hatte Justizminister Broda stets favorisiert. Nun befürwortete jedoch ein Großteil der Delegierten, trotz Bedenken Bruno Kreiskys, die Fristenlösung.¹⁰²⁶ Nach langer Diskussion sollte die Strafrechtsreform, inklusive der Fristenlösung im § 97 des Strafgesetzbuches (StGB), schlussendlich am 1. Jänner 1975 in Kraft treten.

Der VSStÖ richtete sich am Parteitag am radikalsten gegen die Bestrafung von Schwangerschaftsunterbrechungen. Im Antrag Nr. 64 verlangte der VSStÖ die ersatzlose Strei-

¹⁰¹⁸ Vgl. Fischer, 1993, S. 87

¹⁰¹⁹ Grundsatzresolution der SPÖ vom Villacher Parteitag 19.4.1972, „Auf dem Weg zu einer besseren Gesellschaft“ in: AZ vom 21.4.1972, S. 2

¹⁰²⁰ Vgl. „Der Parteitag war nur ein Anfang“ & „Sozialismus – die große Alternative“ in: AZ vom 20.4.1972, S. 3

¹⁰²¹ Unter Fristenlösung wird straffreier Schwangerschaftsabbruch innerhalb einer medizinisch vertretbaren Frist [ca. 3 Monate] aufgrund der Entscheidung der Schwangeren verstanden. Vgl. Fischer, 1993, S. 102

¹⁰²² Die ÖVP-Alleinregierung hatte am 8. Juli 1966 per Bundesgesetz den Österreichischen Rundfunk (ORF), in eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung umgewandelt und sich durch die Besetzung des Aufsichtsrates eine Mehrheit gesichert. Kreisky strebte nach der Regierungsbildung eine Rundfunkreform an, und ließ durch eine ausgewogene Kommission ein Reformkonzept ausarbeiten und am 6. November 1973 wurde dem Nationalrat eine Regierungsvorlage zur Rundfunkreform vorgelegt. Nach zähem Ringen mit ÖVP und FPÖ wurde am 10. Juli 1974 die Reform des ORF, welche auf Unabhängigkeit, Objektivität und Meinungsvielfalt fußte, mit Stimmen der SPÖ beschlossen. Vgl. Fischer, 1993, S. 115ff

¹⁰²³ Vgl. „Der unsoziale Paragraph wird beseitigt“ in: AZ vom 19.4.1972, S. 3 & „2. Rundfunk soll das ORF-Monopol beenden“ in: AZ vom 19.4.1972, S. 1 & „Wer Macht hat, muss Kontrolle hinnehmen“ in: AZ vom 20.4.1972, S. 1

¹⁰²⁴ Vgl. § 144: Broda kündigt eine Fristenlösung an“ in: AZ vom 18.4.1972, S. 2 & „ÖVP strikt gegen Fristenlösung“ in: AZ vom 21.4.1972, S. 1

¹⁰²⁵ Unter Indikationslösung wird der straffreie Schwangerschaftsabbruch allein durch ärztliche Entscheidung verstanden.

¹⁰²⁶ Die Regierungsvorlage zur großen Strafrechtsreform wurde am 16. November 1971 dem Nationalrat vorgelegt und enthielt in der Frage des Schwangerschaftsabbruchs eine erweiterte Indikationslösung. Diese wurde von der ÖVP und FPÖ heftig bekämpft und löste eine Grundsatzdebatte über diese Thema aus. Vgl. Fischer, 1993, S. 101

chung des § 144, was eine generelle Straffreiheit bei Schwangerschaftsunterbrechung – ohne Fristen – bedeutet hätte.

„(...) Das Verbot der Schwangerschaftsunterbrechung war seit jeher eines der wirksamsten Instrumente zur Unterdrückung der Frauen. Der Zwang, als Gebärmaschine zu fungieren, degradierte sie zum Objekt der Staatsräson. Die Unmöglichkeit, den Zeitpunkt einer Schwangerschaft selbst zu bestimmen, verhinderte eine zur Selbsterhaltung befähigende Berufstätigkeit und bewirkte eine existentielle Abhängigkeit von den männlichen Ernährern. Die Unvermeidbarkeit der Schwangerschaft zwang sie zu ehelichen Treue beziehungsweise sexuellen Enthaltbarkeit.“

„(...) Sicherlich wird das Problem durch die modernen Methoden der Empfängnisverhütung entschärft. Sicherlich ist dieser Form der Geburtenregelung der Vorzug vor der Schwangerschaftsunterbrechung zu geben. Doch abgesehen davon, dass gerade unter den Frauen, für die ein ungewolltes Kind eine soziale Katastrophe bedeutet, diese Methoden noch nicht hinreichend bekannt sind, ist es ein prinzipielles Anliegen einer sozialistischen Partei, festzustellen, dass das Verbot der Schwangerschaftsunterbrechung eine unzulässige Verletzung der persönlichen Integrität, einen Verstoß gegen die Grundrechte der Frauen darstellt.“

Das Verbot der Schwangerschaftsunterbrechung verletzt die Menschenrechte der Frauen. Die Abgeordneten des sozialistischen Parlamentsklubs werden daher aufgefordert, im Zuge der Strafrechtsreform für eine ersatzlose Streichung des § 144 StG einzutreten.“¹⁰²⁷

Die Antragsprüfungskommission verwies auf die Erledigung der Thematik durch den, „gemäßigeren“ Antrag des Bundesfrauenkomitees zum § 144, der die Fristenlösung forderte.¹⁰²⁸

Interessant ist hierbei, dass der VSSÖ auf dem Zentralrat in Linz im März 1972 selbst noch ganz klar die eingeschränktere Variante mit „Abtreibung auf Krankenschein“ und Fristenlösung einforderte hatte.

„Die vorgeschlagene Indikationslösung stellt einen Kompromiss mit den Hütern der konservativen Scheinmoral dar. Nur die generelle Fristenlösung, verbunden mit der Einbeziehung des Eingriffs in die allgemeine staatliche Krankenfürsorge entspricht den Erfordernissen sozialer Gerechtigkeit in einer modernen Gesellschaft.“¹⁰²⁹

Am Parteitag forderte der VSSÖ jedoch die grundsätzliche Aufhebung des Verbots der Abtreibung, die nach Indikations- und Fristenlösung die weitgehendste, liberalste Mög-

¹⁰²⁷ Antrag Nr. 64 in: „Protokoll des Bundesparteitages 1972“ S. 245f, in: „SPÖ-Parteitagbericht 1972 und Protokoll“, SPÖ-Zentralsekretariat (Hrsg.), Vorwärts Verlag, Wien 1972

¹⁰²⁸ Vgl. Antrag Nr. 64 in: „Protokoll des Bundesparteitages 1972“ S. 245f, in: ebd.

¹⁰²⁹ Presseunterlagen Nr. 4, in: rote revue, 3. Jg., Heft 2, 1972

lichkeit darstellte. Eine dezidierte Positionierung oder ein Antrag des VSStÖ am Parteitag zum Thema Fristenlösung findet sich nicht.¹⁰³⁰ Allerdings trat der VSStÖ in späterer Folge¹⁰³¹ vehement für diese ein und verteidigt diese fortschrittliche Maßnahme bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt.¹⁰³²

Zu dieser Thematik ist außerdem festzustellen, dass sich außerhalb der Institutionen ein „Aktionskomitee gegen § 144“, getragen unter anderem von einigen ehemaligen VSStÖ-Aktiven wie Eva Kreisky, Irmtraud Goessler oder Marina Fischer-Kowalski, gegründet hatte, das ebenfalls für die Fristenlösung mit Parolen wie „Selbstbestimmung über den eigenen Bauch“ eintrat.¹⁰³³ Die Forderung dieser außerparlamentarischen Aktion wurde über den Parteitag mit Hilfe des Bundesfrauenkomitees, aber auch durch den VSStÖ, an die SPÖ und somit an die damalige Mehrheit im österreichischen Parlament herangetragen und mündete in der erfolgreichen Änderung des betreffenden Gesetzes – ein bis dahin einzigartiger politischer Transformationsprozess.

Der für den VSStÖ delegierte Bundessprecher Johann Dvořák konzentrierte sich in seinen Reden auf den Ausbau der Mitbestimmung als eindeutigen Charakterzug einer sozialistischen Regierung.

„Es genügt nicht, zu erklären, dass sich die praktische Politik der SPÖ grundsätzlich von der konservativer Parteien unterscheidet und wir uns eben an längerfristigen Zielsetzungen orientieren. Notwendig wäre die Entwicklung von Maßstäben, an denen der sozialistische Charakter unserer Regierungspolitik überhaupt erst zu messen ist. Ein solches Kriterium wäre jedenfalls, wieweit gesetzliche Regelungen die Voraussetzungen und den institutionellen Rahmen etwa für die Mitbestimmung in Betrieben und auf dem Bildungssektor schaffen, gesetzliche Voraussetzungen, die es gestatten, dass Arbeiter, Studenten und Schüler die Demokratisierung in ihrem jeweiligen Bereich selbst vorantreiben.“¹⁰³⁴

¹⁰³⁰ Vgl. „SPÖ-Parteitagbericht 1972 und Protokoll“, SPÖ-Zentralsekretariat (Hrsg.), Vorwärts Verlag, Wien 1972

¹⁰³¹ In einem Flugblatt des VSStÖ gegen das Volksbegehren „Schutz des menschlichen Lebens“ vom 24. 11. – 1. 12. 1975 (Vgl. http://www.bmi.gv.at/wahlen/wahldownloads/volksbegehren/VB_alle_Ranking.pdf, Stand: 12.12.2004 & Fischer, 1993, S. 148), für den Inhalt verantwortlich war Imma Palme, sprach sich der VSStÖ für die Fristenlösung aus und forderte vollen Kostenersatz für den Eingriff und Verhütungsmittel durch die Krankenkasse und die Regierung auf, die Maßnahme „in allen Spitälern in allen Bundesländern“ zu verwirklichen. Vgl. Flugblatt „Keine Stimme der Aktion Leben!“ wahrscheinlich November 1975 in: Mappe VSStÖ 1968-79, (Briefverkehr Zentralsekretariat)

¹⁰³² Vgl. „Ob Kinder oder keine entscheiden wir alleine“ in: Grundsatz- und Bildungsprogramm des VSStÖ, beschlossen Anfang Juli 2004, S. 18; <http://www.vsstoe.at/images/bilder/service/grsp+bipol%20beschlossen.pdf> (Stand: 12.12.2004)

¹⁰³³ Vgl. „Die AUF (Aktion Unabhängige Frauen) und die Abtreibungsdebatte“ in: Danneberg/Keller/Machalicky/Mende; Wien 1998, S. 222 & „Aufgegabelt“ in: AZ vom 19.4.1972, S. 2 & „Protestaktion gegen Muttertag“ in: AZ vom 8.5.1972, S. 5

¹⁰³⁴ Rede von Johann Dvořák, in: „Protokoll des Bundesparteitages 1972“ S. 134, in: „SPÖ-Parteitagbericht 1972 und Protokoll“, SPÖ-Zentralsekretariat (Hrsg.), Vorwärts Verlag, Wien 1972

In Fragen der Universitätsreform wandte sich der VSStÖ-Bundessprecher ausdrücklich gegen die, zu diesem Zeitpunkt in den Mittelpunkt gerückten, unterschiedlichen Paritäten in den universitären Gremien, die auch von Ministerin Firnberg forciert wurden (Vgl. Kapitel 5.3.3).

„Der Verband Sozialistischer Studenten wendet sich energisch gegen jeden Versuch die Einführung einer Mitbestimmung, abgestuft nach Qualifikation, dass also Professoren in größerem Maß bestimmen können als die erwachsenen Studenten oder die Assistenten. Es ist schließlich und endlich auch nicht so, dass bei Nationalratswahlen ein Universitätsprofessor mehr Stimmrecht hat als ein Hilfsarbeiter. Nur dann, wenn der vorhandene Reformspielraum nicht zu gering eingeschätzt und bis zum äußersten ausgenützt wird, kann diese Regierung ihre Maßnahmen als tatsächlich sozialistische Maßnahmen glaubwürdig machen.“

Der VSStÖ stellte an diesem Parteitag, im völligen Gegensatz zum Parteitag 1970, insgesamt neun Anträge, die sich nahezu ausschließlich an die SPÖ-Bundesregierung richteten. Diese beschäftigten sich unter anderem mit der Vietnamfrage (Antrag Nr. 60, Vgl. Kapitel 5.2.4), der Hochschulreform nach sozialistischen Gesichtspunkten (Antrag Nr. 62, Vgl. Kapitel 5.3.3), der Meinungsvielfalt im ORF (Antrag Nr. 67) und der Aufnahme von diplomatischen Beziehungen zu Chile (Antrag Nr. 68). Zudem forderte der VSStÖ die Regierung auf die programmatischen Konzepte der SPÖ unverzüglich zu verwirklichen (Antrag Nr. 61) und das Wahlrecht für ausländische ArbeiterInnen und Studierende (Antrag Nr. 63) sowie die Gesamtschule einzuführen (Resolution Nr. XXIII). Der überwiegende Anteil der Anträge wurde dem Bundesparteivorstand zugewiesen oder wurde durch andere Eingaben für obsolet erklärt.¹⁰³⁵

Insgesamt ist festzustellen, dass der VSStÖ auf diesem Parteitag versuchte innerhalb des Mainstreams prononciert linke Positionen zu vertreten, die mitunter für die SPÖ zu links waren, jedoch den Weg für gemäßigttere linke Positionen innerhalb der Partei ebneten.

¹⁰³⁵ Vgl. Anträge und Resolution des VSStÖ, in: „SPÖ-Parteitagbericht 1972 und Protokoll“, SPÖ-Zentralsekretariat (Hrsg.), Vorwärts Verlag, Wien 1972, S. 244-247; 264

5.5 Zusammenfassung

In der Periode nach 1968, als die Studierendenbewegung in Österreich aber auch international in ein „Formtief“ geraten war, nahm auch die „Eventkultur“ des VSStÖ in und außerhalb der Universitäten ab. Der Verband begann mit der Reflexion der Ereignisse, versuchte das Abflauen der Dynamik näher zu ergründen und propagierte theoretische Ansätze für einen Neustart.

Der Versuch, das organisatorische und vor allem theoretische Selbstverständnis des Verbandes zu klären, ein halbherziger Wahlboykott der ÖH-Wahlen 1971 und Bestrebungen, sich von der SPÖ als Studierendenorganisation zu lösen und sich als selbständige intellektuelle Gruppe zu etablieren (Vgl. Kapitel 5.1), mündeten in einer Schwächung und Zerrüttung des Verbandes, die unter anderem Anfang 1971 zu innerverbandlichen Auseinandersetzungen ähnlich wie in den Jahren 1966/67 (Vgl. Kapitel 3.1) führten. Nach einem scheinbar „sanften“ Fraktionskampf, an dessen Ausgang die SPÖ keinen unwesentlichen Anteil hatte, gab es einen personellen Wechsel in der Verbandsführung. Die neue Generation ging sofort daran, den Verband organisatorisch zu stabilisieren und zu revitalisieren. Der „neue“ VSStÖ versuchte sich weiterhin verstärkt an der Basis, den Studierenden, zu orientieren und setzte auf Aufklärungs- und Aktivierungsarbeit an den Universitäten. Innerhalb des Verbandes wurden auch Veränderungen struktureller Natur in Form von neu gegründeten Institutsbasisgruppen und Verbandsmedien (rote revue und rot-press) durchgeführt. Zudem bekannte sich der VSStÖ wiederum offen zur SPÖ. Ende 1972/Anfang 1973 kann diese Regenerationsphase des VSStÖ als abgeschlossen betrachtet werden (Vgl. Kapitel 5.1.2-3).

Die politisch-inhaltliche Auseinandersetzung erfolgte vor wie auch nach dem Führungswechsel entlang den Analysen der Studierendenbewegung, wobei psychologische Aspekte oder österreichische Spezifika als Gründe für das Ausbleiben einer Massenbewegung ins Treffen geführt wurden. 1972 klang in den Analysen bereits die Strategie des staatsmonopolistischen Kapitalismus an, die Mitte der 70er Jahre den Verband beherrschen sollte (Vgl. Kapitel 5.2.1). Der Verband orientierte sich zunächst jedoch vermehrt am Konzept

des „Sozialistischen Büros Offenbach“ und der damit einhergehenden gewerkschaftlichen Orientierung. Der VSStÖ versuchte diese Strategie an den Hochschulen anzuwenden und verband sie mit der Vorbereitung der Studierenden auf die sozialistische Berufspraxis (Vgl. 5.2.1.1).

An der Universität kooperierte der VSStÖ nicht mehr nur mit der IVK, die sich aufgrund von Kommunikationsschwierigkeiten bald auflöste (Vgl. Kapitel 5.2.2), sondern auch mit den neu gebildeten Basisgruppen der einzelnen Studienrichtungen. Teilweise wurden diese Gruppen, die zumeist politischer als die IVK, aber auch weniger sachorientiert waren, durch den VSStÖ, als *das* Instrument für eine neuerliche Mobilisierung der Studierenden eingestuft (Vgl. Kapitel 5.1) - zumindest bis zum Fraktionskampf im Frühjahr 1971. Auf breiterer Ebene wurde eine „Linke Plattform“ mit den fortschrittlichen Studierendenorganisationen VDS und „Aktion“ und verschiedenen Basisgruppen gegründet, die neben einem Zeitungsprojekt auch ein linkes Wahlbündnis bei den ÖH-Wahlen zum Ziel hatte. Diesem Zusammenschluss war jedoch, aufgrund zu großer Unverbindlichkeiten, nur eine kurze Lebensdauer, vom Frühjahr bis Herbst 1970, beschieden (Vgl. Kapitel 5.2.2.1). Nach den personellen Rochaden im VSStÖ setzte dieser verstärkt auf eigene Institutsbasisgruppen innerhalb der Verbandsstrukturen, deren Mitglieder verstärkt in ihren Studienrichtung, auch in Kooperation mit den Basisgruppen, Vertretungsarbeit und Agitation leisteten (Vgl. Kapitel 5.2.2.2).

Innenpolitisch engagierte sich der VSStÖ in dieser Zeit vor allem gegen das österreichische Bundesheer. Die „Leidenschaft“ für diese Thema zieht sich durch die Verbandsgeschichte der Zweiten Republik (Vgl. Kapitel 2.7). Der Antimilitarismus des VSStÖ liegt unter anderem in der Verbandspolitik nach dem Zweiten Weltkrieg und später im Engagement in der Ostermarschbewegung und gegen den Vietnamkrieg begründet.

Das Wiederaufflammen der Diskussion um das Bundesheer hing Ende der Sechziger Jahre mit den Absichten der damaligen ÖVP-Regierung zusammen, zusätzliche Investitionen in das Bundesheer zu tätigen und Bestrebungen die Wehrzeit zu verlängern. Die Beteiligung des VSStÖ am lediglich angekündigten Volksbegehren zur Abschaffung des Bundesheeres ist nicht restlos geklärt. Die Teilnahme an den Protesten gegen den „rückschrittlichen“

Verteidigungsminister Lütgendorf, der auch einen umstrittenen Maturantenerlass veranlasst hatte, ist jedoch trotz inkonsistenter Presseerklärungen des VSStÖ gesichert. Die Kontroverse um das Bundesheer wurde letztendlich durch eine halbherzige Verkürzung des Wehrdienstes, eine Bundesheerreform und die Einführung eines Alternativdienstes durch die SP-Regierung kalmiert (Vgl. Kapitel 5.2.3)

Trotz allgemeinen Abflauens der Veranstaltungsaktivitäten blieb der VSStÖ auch in dieser Zeit seinem internationalen Engagement treu, wenngleich die Intensität der Auseinandersetzung mit den Befreiungskämpfen in der Dritten Welt abzunehmen schien. Der andauernde Vietnamkrieg, der sich 1970 auf Kambodscha ausgedehnt hatte, bildete auch in den Jahren 1970 bis 1972 Kernstück der Demonstrationen in Wien. Höhepunkt stellte jedoch die Demonstration gegen den US-Präsidenten Nixon im Mai 1972 in Salzburg dar, bei der Teile des VSStÖ an vorderster Front protestierten und danach Repressalien der SPÖ zu spüren bekamen. Ab diesem Zeitpunkt wurde der VSStÖ scheinbar vorsichtiger und warnte davor das antiimperialistische Engagement als Ersatzpraxis anzuwenden, und sah sie nur mehr als eine Ergänzung seiner hauptsächlich hochschulpolitischen Tätigkeit (Vgl. Kapitel 5.2.4).

An der Universität selbst entfaltete der VSStÖ nach der geschäftigen Zeit um das Jahr 1968 nur sehr sporadisch Aktivitäten. Mit seltenen Teach-Ins wurde versucht an die vergangene Zeit anzuknüpfen. Das Interesse an den Studienbedingungen selbst hielt sich stark in Grenzen, da nicht einmal die Abschaffung der Hochschultaxen oder die Einführung der Freifahrt für StudentInnen vom Verband kommentiert wurden. Auch die ÖH-Wahlen schienen nicht auf sonderliches Interesse zu stoßen, da diese sogar teilweise gemeinsam mit den Basisgruppen boykottiert wurden. Dies hatte ein dementsprechend schlechtes Ergebnis von nur 10,6 % für den VSStÖ bundesweit zur Folge (Vgl. Kapitel 5.3.1).

Nach dieser Wahl wurde das HSG novelliert und die Ebenen der Instituts- bzw. Studienrichtungsververtretungen, die mit Persönlichkeitswahlrecht ausgestattet wurden, offiziell in den Wahlmodus aufgenommen. Auch das aktive Wahlrecht für ausländische Studierende wurde eingeführt. Das vorgesehene allgemeinpolitische Mandat der ÖH wurde explizit

nicht beschlossen, es findet sich aber bis heute in verklausulierter Form im HSG (Vgl. Kapitel 5.3.2).

Nach den Veränderungen an der Verbandsspitze mit April 1971 konzentrierte sich der Verband wieder vermehrt auf die Studierenden und veranstaltete Symposien und Teach-Ins (unter anderem unter dem Titel „Kritische Wissenschaft“) und initiierte eine Hochschulkampagne gegen das UOG, das vor allem in Mitbestimmungsfragen dem VSStÖ unzulänglich erschien (Vgl. Kapitel 5.3). Der Diskussionsprozess zum neuen UOG zog sich über viele Jahre, und die SPÖ ging, zum Ärgernis des VSStÖ, sehr viele Kompromisse gegenüber den konservativen Professoren ein. Sie wich von dem 1969 erstellten SPÖ-Hochschulkonzept erheblich ab, an dem auch der VSStÖ mitgearbeitet hatte (Vgl. Kapitel 4.4.4). Der VSStÖ reagierte auf den Kompromiss in Mitbestimmungsfragen vor allem bezüglich „differenzierter Paritäten“ mit der „radikaleren“ Forderung nach Semiparität. Trotz der Proteste des VSStÖ auf der einen Seite, aber auch vieler konservativer Professoren auf der anderen Seite, trat das Gesetz 1975 in Kraft. Es nahm eine vollkommene Neustrukturierung der Universitäten vor und war, im Vergleich zum heute geltenden Universitätsgesetz 2002, durch ungleich mehr demokratische Mitbestimmung gekennzeichnet (Vgl. Kapitel 5.3.3).

Das Verhältnis des Verbandes zur SPÖ in dieser Periode konnte gegensätzlicher nicht sein. Die Verbandsführung vom Frühjahr 1970 bis 1971 suchte die größtmögliche Distanz zur Partei, verweigerte überwiegend die Teilnahme an Parteiarbeit zum Beispiel in Arbeitsgruppen oder ähnlichem. Zudem strebte die damalige Verbandsführung eine Loslösung des Verbandes von der Partei an, um als geistige Konklave nach dem Vorbild französischer oder deutscher Intellektuellenzirkel, außerhalb der einengenden Parteigrenzen zu wirken. Völlig entgegengesetzt schien die Beziehung des neuen Bundesverbandes zur SPÖ ab April 1971. Die neue Strategie gegenüber der Partei hieß Annäherung, um die SPÖ im Sinne der Durchsetzung von Strukturreformen zu instrumentalisieren. Realistische Aussichten auf solche Veränderungen boten sich freilich erst, seitdem die SPÖ in Regierungsverantwortung gekommen war.

Die innenpolitischen Rahmenbedingungen hatten sich in dieser Phase der Verbandsgeschichte massiv verändert. Die ÖVP verlor 1970 ihre absolute Mehrheit und die SPÖ bilde-

te eine Minderheitsregierung. Nach den Nationalratswahlen 1971, für den der VSStÖ in der **rot-press** sogar eine Wahlempfehlung für die SPÖ abgab, errang diese sogar die absolute Mehrheit, bildete eine Alleinregierung unter Bruno Kreisky als Bundeskanzler und nahm viele Reformvorhaben wie die Strafrechts-, Rundfunk-, aber auch Universitätsreform in Angriff. Der VSStÖ erhoffte sich von der Regierungsmacht der Mutterpartei nun nicht nur die volle Verwirklichung der 1969 ausgearbeiteten Programme, unter anderem auch des Hochschulkonzeptes, sondern auch einschneidende Strukturveränderungen (Vgl. Kapitel 5.4). Die SPÖ blieb in der Zeit, bis zum April 1983 in der sie die alleinige Regierungsverantwortung hatte, beim Umbau und die Modernisierung der österreichischen Gesellschaft nicht untätig. Die Veränderungen und Reformen waren dem VSStÖ, naturgemäß, zu wenig radikal und gegenüber konservativen Interessensgruppen zu pragmatisch. Der VSStÖ bemühte sich als progressiver Studierendenverband in der SPÖ, seiner Taktik der Instrumentalisierung der Partei zum Beispiel am Parteitag in Villach gerecht zu werden, indem er versuchte unter anderem durch den Antrag zur generellen Aufhebung des Verbots der Schwangerschaftsunterbrechung, die Partei zu mutigeren Reformen anzustacheln (Vgl. Kapitel 5.4.1.1).

6. SCHLUSSBEMERKUNGEN

Zunächst möchte ich festhalten, dass es mir wichtig war, den VSStÖ, seine Aktivitäten und sein politisches Bewusstsein, aber auch die Probleme des Verbandes an der Universität, mit der SPÖ und mit der österreichischen Öffentlichkeit in der Zeit von 1965 bis 1973 möglichst allumfassend darzustellen. Ich glaube, dass es mir im Rahmen der Möglichkeiten einer Diplomarbeit auch gelungen ist und trotz meiner Biographie keine „Jubiläum-Arbeit“ als Ergebnis vorliegt. Leider war es mir nicht möglich die interessante soziologische Komponente, die Herkunft der AktivistInnen und die Motivation jeder/jedes Einzelnen sich politisch gerade im VSStÖ zu engagieren, näher zu beleuchten. Zu kurz kam auch die Untersuchung der Organisationskultur und die Untersuchung der Mechanismen der Besetzung von Diskursfeldern bzw. die hegemoniale Durchsetzung von Theorie- und Politikansätzen innerhalb des Verbandes. Diese Fragestellungen, aber auch die Aufarbeitung der Verbandsgeschichte der Siebziger, Achtziger und Neunziger Jahre mögen Gegenstand zukünftiger wissenschaftlicher Untersuchungen sein.

Meine zentrale Forschungsfrage war: Welche Entwicklungen in und um den VSStÖ, insbesondere in den Jahren 1965 bis 1973, machten den sozialistischen Studierendenverband zu einem gesellschaftspolitisch regen Akteur in der österreichischen politischen Szene, ließen ihn aus dem „universitären Schrebergarten“ ausbrechen?

Zunächst ist sicherlich als nahezu entscheidender Punkt der Ausgang des Fraktionskampfes innerhalb der Verbandsführung im Jahr 1967 zu nennen, der mit einem Wechsel an der Verbandsspitze endete. Die Auseinandersetzung konnte auf eine lange Tradition von Richtungsstreitigkeiten zwischen „links“ und „rechts“ innerhalb des VSStÖ verweisen, die ich auch im historischen Einführungskapitel näher ausgeführt habe.

In dieser Auseinandersetzung war die „linke“ Fraktion, wahrscheinlich aufgrund des ungerechten Statuts, mit einer größeren Beharrlichkeit am Werk und sollte schlussendlich siegreich aus dem Streit hervorgehen. Bei diesem entscheidenden Wechsel in der Verbandsführung kam es meiner Meinung nach zu dieser fundamentalen Änderung des

Selbstverständnisses als Studierendenorganisation, da die nunmehr links-sozialistischen ProtagonistInnen, die großteils aus dem „kritisch-aufmüpfigen“ VSM stammten, gänzlich andere Vorstellungen von politischer Arbeit und möglichem Aktionsradius des VSStÖ hatten.

Der klare Paradigmenwechsel machte sich nicht nur innerhalb des Verbandes in Form von intensiver theoretischer Beschäftigung mit dem wissenschaftlichen Sozialismus oder Bildung von thematischen Arbeitskreisen bemerkbar, sondern vor allem auch nach außen hin, mit dem Blick über den Tellerrand, im Rahmen von antifaschistischem, antikolonialistischen Engagement und Kontaktaufnahme zu ArbeiterInnen.

Ein weiterer Umstand, der zum Wandel des Verbandes beigetragen hat, war seine Öffnung als linke politische Organisation. Im Vergleich zur vorangegangenen Phase fanden Mitgliederversammlungen, offene Redaktionssitzungen und öffentliche Verbandstage statt, wahrscheinlich auch um Interessierte strukturell zu integrieren. Abseits dessen war das Verbandslokal in der Wiener Werdertorgasse in der Zeit von 1967 bis 1969 eine Art „Gravitationszentrum“ der damaligen linken, liberalen, fortschrittlichen Szene, wo ProtagonistInnen der Ostermarschbewegung, Kommunenmitglieder oder einfache SympathisantInnen oftmals anzutreffen waren. Das Ende dieser Hochphase kann meiner Meinung nach mit dem Datum 1. Mai 1968 festgemacht werden. Nach dem „Blasmusikrummel“, der Abspaltung der SÖS und dem „Kniefall“ des VSStÖ vor der SPÖ, verlor der Verband aufgrund seiner Parteigebundenheit seine Rolle als integratives Sammelbecken. Zudem schritt die Ausdifferenzierung der linken Gruppierungen (SÖS [später FNL], Basisgruppen, etc.) fort. Diese Entwicklung machte sich auch in einer Krise des Verbandes bemerkbar.

Ein weiterer wichtiger Faktor war auch der Einfluss der weltpolitischen Konstellation bzw. der internationalen Ereignisse und Bewegungen auf den damaligen VSStÖ, die den politischen Wandel und die Aktivitäten des Verbandes entscheidend beeinflussten.

Zum einen spielte der SDS, der parteiungebundene sozialistische Studierendenverband in der Bundesrepublik Deutschland, als Vorbildorganisation mit seinen Schriften, Konzepten und ProtagonistInnen, die nach Österreich importiert und eingeladen wurden, eine entscheidende Rolle, wie auch meine InterviewpartnerInnen durchwegs bestätigten.

Daneben war der Zugang zu Literatur und damit zu neuen Theorien, vor allem jener der „Neuen Linken“, durch den Verkauf von Taschenbüchern verschiedener Verlage (Suhrkamp, etc.) in Österreich gerade in dieser Zeit erschwinglich und vor allem einfacher geworden.

Außerdem waren internationale Phänomene wie der Vietnamkrieg, das Schah-Regime in Persien oder die Militärdiktatur in Griechenland, wichtige Indikatoren für die Studierendenbewegungen in den USA, Frankreich oder Deutschland. Die inhaltliche Aufarbeitung dieser Themen in Österreich ist größtenteils auf den VSStÖ zurückzuführen (Vgl. Extra-Ausgabe der **alternative** zu Vietnam), der die Problematiken durch ebenfalls importierte Aktionsformen wie Teach-Ins, Sit-Ins und Go-Ins ins Bewusstsein der (studentischen) Öffentlichkeit zu rücken versuchte .

Dazu kamen Ereignisse im Verlauf der Studierendenbewegung, wie der Tod von Benno Ohnesorg oder das Attentat auf Rudi Dutschke, die der Studierendenbewegung in Österreich und den Aktivitäten des VSStÖ zusätzliche Dynamik verliehen.

Prinzipielle Schwierigkeiten ergaben sich jedoch oftmals im „Herunterbrechen“ der importierten Theorien und internationalen Problemfelder auf den österreichischen Kontext, was in der reaktionären, österreichischen „Wirtschaftswunder“-Öffentlichkeit, die damals wie heute mit einer sehr bescheidenen pluralen Medienlandschaft „gesegnet“ war und ist, oft Verständnislosigkeit für die Anliegen des VSStÖ hervorrief.

Als innenpolitische Faktoren, die den Wandel des Verbandes beeinflussten sind der verfestigte konservative Parteien- und Verbändestaat als Reibebaum und das drückende konservative universitäre Klima zu nennen. Der VSStÖ schaffte es durch seine politische Tätigkeiten abseits des damaligen Mainstreams, seine Veranstaltungen zu einer Art Anlaufstelle einer links-liberalen Subkultur in Wien zu machen, die es bis dahin nicht bzw. nur in versprengterer Form gegeben hatte.

Trotz des Ausbruchs aus dem „Ghetto der Hochschulpolitik“ ist als Kontinuität das Festhalten an den Studierenden als Zielgruppe zu nennen, als jenem Teil der Bevölkerung dem

das größte Potential für Veränderungen in Österreich zugetraut wurde. Auch die Universität blieb der zentrale Veranstaltungsort des VSSStÖ. Erst ab 1967 entwickelte der Verband eine viel ausgeprägtere „Eventkultur“ als in der vorangegangenen Zeit, wenngleich hier anzumerken ist, dass politische bzw. nicht explizit wissenschaftliche Veranstaltungen an der Universität vormals oft untersagt wurden. In den Jahren 1967 bis Ende 1968 organisierte der VSSStÖ zahlreiche kulturelle und gesellschaftspolitisch-fortschrittliche Veranstaltungen in den „ehernen akademischen Hallen“, die das verkrustete und starre akademische Klima auflockern sollten und Sammelpunkte für obengenannte Subkultur darstellten, die nicht nur aufgeschlossenen Studierenden offenstand.

Eine Kontinuität in der Verbandspolitik ist die relative Marginalisierung von konkreter Hochschulpolitik bzw. die Delegierung an verschiedene SpezialistInnen innerhalb des Verbandes, die sich in der ÖH oder in den Institutsvertretungen aktiv für mehr Mitbestimmung an den Universitäten und bessere Studienbedingungen und fortschrittlichere Lehrinhalte einsetzten. Meiner Meinung gab es diese Spezialisierung im VSSStÖ bis in die Gegenwart, wenngleich ich aus eigener Erfahrung berichten kann, dass mit der Übernahme von Exekutivverantwortung in der ÖH durch den VSSStÖ im Jahr 2001 bildungspolitische Themen und die ÖH als Institution verbandsintern in den Mittelpunkt rückten.

Der allgemeine Demokratisierungsanspruch, der auch für die universitären Strukturen gestellt wurde, war stets eine zentrale Forderung des VSSStÖ. Im Gegensatz zum SDS hatte es der VSSStÖ jedoch im untersuchten Zeitraum nie geschafft, ein eigenes konkretes demokratisches Hochschulkonzept zu entwickeln.

An der Universitätsreform, die im Universitätsorganisationsgesetz 1975 mündete, hatte der VSSStÖ trotzdem wesentlichen Anteil, indem er grundlegende Vorarbeit geleistet hatte. Viele Mitglieder des VSSStÖ, nicht nur die SpezialistInnen, hatten als ExpertInnen am SPÖ-Hochschulkonzept mitgearbeitet, das klare Vorstellungen einer neuen, demokratischen und fortschrittlichen Universität und sogar einen Bereich Hochschuldidaktik enthielt. Dieses Konzept bildete die Grundlage für das neue Universitätsorganisationsgesetz, welches jedoch vor allem in der Frage der Mitbestimmung der Studierenden durch Viertelparität in höheren universitären Gremien wie Fakultätskollegium und Senat abgeschwächt

wurde. Aufgrund von Zugeständnisse an die konservative Professorenschaft und zum Ärger des VSStÖ trat das neue UOG dahingehend verändert 1975 in Kraft. Gegenwärtig befinden sich die Universitäten demokratiepolitisch im Rahmen des geltenden Universitätsgesetz 2002 zurück auf dem Weg zur autoritären Universitätsstruktur der Sechziger Jahre. Die Mitbestimmungsmöglichkeiten des UOG 1975 würden, meiner Meinung nach, vom VSStÖ derzeit überaus begrüßt werden.

Die damals konservativ dominierte ÖH wurde vom VSStÖ überwiegend als Komplizin der konservativen Universitätsstrukturen und als Hüterin des bestehenden Systems wahrgenommen. Die Sitzungen des ZA nutzen die schon genannten Spezialisten des VSStÖ (Kubicek, Roszenich, Lehmann, Kowalski) oft als Rhetorikbühne, aber auch als Podium um Forderungen zur Universitätsreform einzubringen. Größeres Potential sah der VSStÖ in den neu gegründeten Instituts- und Basisgruppen, die teilweise auch personell verstärkt wurden und mit denen sich der Verband solidarisierte.

Die ÖH-Wahlen bildeten, so hatte ich teilweise den Eindruck, eine Art Pflichtübung, die aber ein gewisses Feedback der Studierenden über die Verbandsarbeit an den Universitäten abgaben. Die SPÖ hatte bei allen drei Wahlgängen 1967, 1969 und 1971 stets Interesse daran, dass die sozialistischen Studierenden kandidierten und möglichst gut abschnitten. Die kontinuierliche Subventionierung der Wahlkämpfe belegt dieses Bestreben.

Das veränderte Selbstverständnis des VSStÖ in Bezug auf seine „mandatsüberschreitende“ Aktivitäten wirkte sich vorwiegend negativ auf die Beziehung zur SPÖ aus. Das „inoffizielle“ Parteikonzept der lebenslangen Begleitung jeder/jedes Einzelnen durch sozialdemokratische (Vorfeld-)Organisationen, also von den Kinderfreunden bis zum PensionistInnenverband, hätte wahrscheinlich eher die Fortsetzung der reinen Klientelpolitik des VSStÖ nahegelegt.

Durch die neue Politik des Verbandes sah sich die SPÖ ab 1967 - auch aus strategischen innenpolitischen Überlegungen und aus Angst vor medialer Diskreditierung - immer wieder gezwungen, den VSStÖ, überwiegend ereignisbezogen, mit Demonstrationsabkommen, Subventionssperren oder Heimausschlüssen von Mitgliedern in seine Schranken zu weisen. Diese Maßnahmen wurden innerhalb des Verbandes nicht als existenzbedrohend

wahrgenommen, jedoch riefen sie Ärger und Frustration über das Unverständnis der Partei gegenüber der verbandseigenen Politik bzw. der politischen Kultur hervor. Die Aktivitäten des Verbandes in allgemeinpolitischen Bereichen scheinen jedoch durch diese Maßnahmen nicht beeinflusst oder reduziert worden zu sein.

Grundsätzlich ist festzuhalten, dass der VSStÖ aufgrund seiner Parteigebundenheit als Vorfeldorganisation der SPÖ im untersuchten Zeitraum stets in einem Spannungsfeld zwischen Bruch, Loyalität und Unterwerfung stand. Die Grenzen, die die Partei für den Verband festlegte, waren oftmals Gegenstand von Diskussionen und Sezessionsbestrebungen innerhalb des VSStÖ. Nach dem Vorbild des SDS oder später nach Muster unabhängiger linker Intellektuellenzirkel wurde des öfteren die Trennung von der Partei konkret angedacht. Nach dem „Blasmusikrummel“ im Mai 1968 wurde einigen das von der Partei vorgegebene Korsett der politischen Bewegungsfreiheit tatsächlich zu eng. Als der Verband nach den Ereignissen einen „Kniefall“ vor der Partei vollzog, der für manche zu unterwürfig erschien, kam es zum Austritt und zur Gründung des SÖS.

Hierbei ist, durchaus nicht entschuldigend, anzumerken, dass der VSStÖ aufgrund seiner Position als Studierendenorganisation mit sozialistischer Mutterpartei im konservativen Universitätsklima unter ständiger Beobachtung rechter, linker oder politisch wacher Studierender in einer hochsensiblen Öffentlichkeit stand. Diese schwierige Rolle zwischen „Parteigehorsam“ und rebellierender außerparlamentarischen Opposition musste ausbalanciert werden. Ebner/Vocelka charakterisierten den VSStÖ in dieser Zeit treffend: *„Die sozialistischen Studenten wollten beides sein: Mitspieler im System und die größte Gruppe der Militanten.“*¹⁰³⁶

Die Disziplinierungsmaßnahmen der SPÖ standen oft in engem Zusammenhang mit der damaligen österreichischen Innenpolitik und strategischen Überlegungen Bruno Kreiskys. Durch die Niederlage der SPÖ bei der Nationalratswahl 1966, bei der die Wahlempfehlung der KPÖ sicherlich keine unbedeutende Rolle gespielt hatte, war die Partei von 1966 bis 1970, was Allianzen mit kommunistischen Gruppen betraf besonders restriktiv. Dies be-

¹⁰³⁶ Ebner/Vocelka, 1998, S. 171

ruhte einerseits auf einem weitverbreiteten Antikommunismus in der Partei und andererseits auf wahlstrategischen Überlegungen. Den VSStÖ traf diese „Sensibilität“ vor allem bei seinem Engagement für die Befreiungskämpfe der Dritten Welt, wo unter anderem mit dem VDS zusammengearbeitet wurde.

Ein anderer Punkt, den die SPÖ nicht dulden konnte, war die klare Mandatsüberschreitung des VSStÖ in Sachen Arbeitskämpfe (Lokomotivfabrik, Elin, etc.), wo anzunehmen ist, dass die gewerkschaftliche Fraktion innerhalb der Partei mit Nachdruck Konsequenzen für den Studierendenverband einforderte.

Auf der anderen Seite pflegte der Bundesparteivorsitzende Bruno Kreisky oder aber auch Hertha Firnberg durchaus den ernsthaften Dialog mit den sozialistischen StudentInnen. Praktischen Ausdruck fand diese Diskussionsbereitschaft und eine gewissen Wertschätzung gegenüber den ProtagonistInnen des VSStÖ durch deren Miteinbeziehung als ExpertInnen in die inhaltlichen Arbeitskreise der SPÖ 1969, wo die StudentInnen nicht nur am Hochschulkonzept, sondern auch im Bereich Gesundheit und Strafrechtsreform, mitkonzipierten.

Trotzdem kam es immer wieder zu Kommunikationsschwierigkeiten, die sicher auch auf die neue spontan-aktionistisch, links-studentische, teilweise chaotische Kultur im VSStÖ zurückzuführen war, mit der der „Parteiapparat“ wenig anfangen konnte.

Nach den „wilden“ Jahren der Studierendenbewegung in Österreich, der Übernahme der Regierung seitens der SPÖ und nach Ende eines neuerlichen Fraktionskampf schwenkte der VSStÖ 1971 in eine Politik der Instrumentalisierung der SPÖ zum eigenen Nutzen ein. Dies kann zunächst als reformistische Anbiederung gedeutet werden, hätte aber in Anbetracht der absoluten Mehrheit der SPÖ erstmals realistische Chancen auf Umsetzung gehabt. Die gesellschaftspolitischen Ansinnen des VSStÖ gegenüber der Partei können, zu dieser Zeit als prononciert linke Positionen innerhalb des Mainstreams gewertet werden, wie der Forderungskatalog des VSStÖ am Villacher Parteitag 1972, insbesondere der Antrag zur grundsätzlichen Straffreiheit bei Schwangerschaftsunterbrechung, beweist. Die Auswirkungen dieser fortschrittlichen Ansinnen auf die Politik der SPÖ, also der direkte Einfluss des VSStÖ als gesellschaftspolitischer Transmissionsriemen, sind schwierig nach-

zuvollziehen. Die Reformen der Kreisky-Ära (Universitätsreform, Strafrechtsreform unter besonderer Berücksichtigung der Fristenlösung, etc.) lassen jedoch in Anbetracht der Forderungen des VSSStÖ, auf einen nicht ganz unwichtigen Beitrag des Verbandes schließen.

Zusammenfassend ist festzustellen, dass das allgemeinpolitische Engagement des VSSStÖ von immanenter Bedeutung für die österreichische Studierendenbewegung Ende der Sechziger Jahre war. Natürlich stand diese Bewegung in keinem Vergleich zu jener in Paris oder Berlin, jedoch ist, entgegen der Meinungen in einem Großteil der vorhandenen Literatur und der „Kleinschreibung“ der österreichischen Studierendenbewegung, festzuhalten, dass dieser Aufbruch auch in Österreich konkrete Auswirkungen hatte, wenngleich erst sekundärer Natur. Diese sind nicht empirisch messbar aber auf jeden Fall vorhanden, und der VSSStÖ hatte, wie ich meine und sich auch in meinen Untersuchungen zeigte, keinen geringen Anteil daran. Die langfristigen Folgen der österreichischen Studierendenbewegung waren unter anderem, dass erstmals in klaren Worten die Demokratisierung für alle Lebensbereiche eingefordert wurde, die wesentliche Grundlage für den aufgeschlossenen Zeitgeist der Siebziger Jahre gelegt wurde und wahrscheinlich auch eine wesentliche Basis für die 13jährige sozialdemokratische Hegemonie in Österreich gelegt wurde. Zudem wurde die Möglichkeit politischen Engagements außerhalb der etablierten Institutionen, ein erstes zivilgesellschaftliches Aufbäumen, aufgezeigt, welches im späteren Verlauf in den neuen sozialen Bewegungen in der Frauen-, Friedens- und Umweltbewegung erneut seinen Ausdruck fand.

Außerdem ist der Studierendenbewegung eine gewisse Öffnung Österreichs zum Ausland hin zuzuschreiben. Internationale Themen wurden nicht nur in den Medien kurz abgehandelt, sondern es wurde versucht diese in Verbindung mit der österreichischen Lebensrealität zu bringen, wenngleich es oftmals beim Versuch blieb.¹⁰³⁷

Abschließend möchte ich festhalten, dass das Engagement und die Politik des damaligen VSSStÖ meiner Meinung nach einen Stein ins Rollen gebracht hat, von dem der Verband in

¹⁰³⁷ Vgl. Pelinka, Anton; „Die Studentenbewegung der 60er Jahre in Österreich“ in: „Wendepunkte und Kontinuitäten – Zäsuren der demokratischen Entwicklung in der österreichischen Geschichte“, Forum Politische Bildung (Hrsg.), Studien-Verlag, Wien-Innsbruck 1998, S. 148-157

seinem politischen Selbstverständnis, seiner Struktur aber auch in seiner Stellung innerhalb des österreichischen politischen Systems und der SPÖ heute noch profitiert. Grundsätzlich bin ich der Meinung, dass der sozialistische StudentInnenverband und seine damaligen ProtagonistInnen keine unbedeutenden Spuren in der österreichischen politischen Kultur und Geschichte hinterlassen haben und der gegenwärtige Verband stolz auf diese Tradition aufbaut und diese, in einem weitaus ausdifferenzierteren politischen Umfeld, fortzusetzen versucht.

Im aktuellen Grundsatzprogramm des VSStÖ, beschlossen im Juli 2004, findet sich heute noch das Bekenntnis zum allgemeinpolitischen Vertretungsanspruch:

„Unser Engagement beschränkt sich nicht auf Universitäten. Eine offene, solidarische und demokratische Universität kann es nur in einer solchen Gesellschaft geben. Der neoliberale/neokonservative Backlash arbeitet aber gerade am Gegenmodell: Er baut soziale und demokratische Rechte ab, hetzt Bevölkerungsgruppen gegeneinander auf und schürt Vorurteile gegen Minderheiten und soziale Randgruppen. Dagegen wehren wir uns – auch in und durch die Österreichische HochschülerInnenschaft (ÖH).“¹⁰³⁸

¹⁰³⁸ Grundsatzprogramm und Bildungsprogramm des VSStÖ (beschlossen im Juli 2004); <http://www.vsstoe.at/images/bilder/service/grsp+bipol%20beschlossen.pdf> (Stand: 12.12.2004)

7. ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS

AHStG = Allgemeines Hochschul-Studiengesetz

APA = Austria Presseagentur

APF = Aktionskomitee Philosophische Fakultät

AStA = Allgemeiner Studierendenausschuss

AZ = Arbeiter-Zeitung

BH = Bundesheer

BSA = Bund Sozialdemokratischer Akademiker(Innen)

CV = Cartellverband der farbentragenden katholischen Studentenverbindung

DFP = Demokratische Fortschrittliche Partei von Franz Olah (1966)

DKP = Deutsche Kommunistische Partei

DS = Deutsche Studentenschaft

EWG = Europäische Wirtschaftsgemeinschaft

FNL = Föderation „Neue Linke“, Nachfolgeorganisation des SÖS

FÖST = Freie Österreichisches Studentenschaft

FÖJ = Freie Österreichische Jugend

FPÖ = Freiheitliche Partei Österreichs

FU = Freie Universität, Berlin

GESTAPO = Geheime Staatspolizei

GPA = Gewerkschaft der Privatangestellten

GRSV = Geeinter Roter Studentenverband

HA = Hauptausschuss (Höchstes Gremium der ÖH an einer Universität, nach Fraktionen beschickt; nunmehr Universitätsvertretung)

HGr = Hochschulgremium Retzhof

HS = Hochschule

HSG = Hochschülerschaftsgesetz

IUSY = Internation Union of Socialist Youth

IVK = Institutsvertreterkonferenz

JG = Junge Generation

KÖL = Katholisch Österreichische Landsmannschaften
KP(D)Ö = Kommunistische Partei (Deutsch-) Österreichs
KSV = Kommunistischer Studentenverband
KV = Kartellverband der nichtfarbentragenden katholischen Studentenverbindung
MLS = Marxistisch-Leninistische Studenten, vormals VDS, Gründung 29.11.1970
NIG = Neues Institutsgebäude, Universität Wien
NSDAP = Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
ÖGB = Österreichischer Gewerkschaftsbund
ÖH = Österreichische Hochschüler(Innen)schaft
ORF = Österreichischer Rundfunk
ÖTB = Österreichischer Turnerbund
ÖVP = Österreichische Volkspartei
PHK = Parlamentarische Hochschulreformkommission
REKO = Österreichische Rektorenkonferenz
RFS = Ring Freiheitlicher Studenten
RSS = Revolutionär-Sozialistischen Studenten
S(DA)PÖ = Sozialdemokratische (Arbeiter) Partei Österreichs
SDS = Sozialistischer Deutscher Studentenbund
SK = Sozialistische Korrespondenz
SÖS = Sozialistischer Österreichischer Studentenbund
SPD = Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SSAV = Sozialdemokratische Studenten- und Akademikervereinigung
STAMOKAP = Staatsmonopolistischer Kapitalismus
StGB = Strafgesetzbuch
StGG = Staatsgrundgesetz
SWBV = Sozialwissenschaftlichen Bildungsverein
TASS = Telegraphy Agency of Soviet Union
UG = Universitätsgesetz 2002
UniStG = Universitätsstudienengesetz (1997)
UOG = Universitätsorganisationsgesetz (1975 & 1993)
VDS = Vereinigung demokratischer Studenten

VDS = Verband Deutscher Studentenschaft

VSH = Vereinigung sozialistischer Hochschüler (Graz)

VSM = Verband sozialistischer Mittelschüler (in der Ersten Republik „Vereinigung sozialistischer Mittelschüler)

VSStÖ = Verband Sozialistischer Student(Inn)en Österreichs

WB = Wahlblock

WIHAST = Wirtschaftshilfe der Arbeiterstudenten Österreichs

ZA = Zentralausschuss (Bundesweites höchstes Gremium der ÖH, nunmehr Bundesvertretung)

8. BIBLIOGRAPHIE

8.1 Schriftliche Quellen

Mappe VSStÖ 1957-1964 (PN6/176); Archivbestand im Verein Geschichte der Arbeiterbewegung (VGA)

Mappe VSStÖ 1965-67 (PN6/177) im Archiv des Vereins für Geschichte der Arbeiterbewegung (VGA)

Mappe VSStÖ 1968-79 (PN6/178) im Archiv des Vereins für Geschichte der Arbeiterbewegung (VGA)

Satzungen des VSStÖ vom 14.3.1966, 12.11.1966, 24.1.1968, April 1970 (undatiert), 26.3.1971; Vereinsbehörde der Bundespolizeidirektion Wien, Aktennummer I-11;

„Bildungs- und Hochschulreform in Österreich – Analysen, Kommentare, Materialien“
Institut für Bildungspolitik und Bildungsforschung unter Mitarbeit des VSStÖ, verantwortlich: Wolfgang Schwarz; Band 2, undatiert (wahrscheinlich Mitte 1965)

SPÖ-Zentralsekretariat (Hrsg.): „Protokoll des außerordentlichen Bundesparteitages am 15. April 1966“, Vorwärts Verlag, Wien 1966

SPÖ-Zentralsekretariat (Hrsg.): „Bericht und Protokoll des Parteitages 1967“ Vorwärts Verlag, Wien 1967

SPÖ-Zentralsekretariat (Hrsg.): „SPÖ-Parteitagsbericht vom 19. Parteitag 1968, 2. – 4. Oktober, Sofiensaal, Wien“, Vorwärts Verlag, Wien 1968

SPÖ-Zentralsekretariat (Hrsg.): „Bildung für die Gesellschaft von morgen – Hochschul-
konzept der SPÖ“, Vorwärts Verlag, Wien 1969

SPÖ-Zentralsekretariat (Hrsg.): „SPÖ-Parteitagbericht 1970 und Protokoll“, Vorwärts
Verlag, Wien 1970

SPÖ-Zentralsekretariat (Hrsg.): „SPÖ-Parteitagbericht 1972 und Protokoll“, Vorwärts
Verlag, Wien 1972

Zeitschriftenverzeichnis:

Context XXI, 1. Jg., Nr. 7-8, Wien 2002

Marxistische Kritik, Arbeitsgemeinschaft „Marxistische Kritik“ (Hrsg.), verantwortlicher
Redakteur Georg Hofmann-Ostenhof, 1. Jg., Nr. 1, 1971

neue generation (VSStÖ), Jg. 11, 1961, Nr. 1

neue generation(VSStÖ), Jg. 12, 1962, Nr. 1

neue generation (VSStÖ), Jg. 12, 1962, Nr. 4

neue generation (VSStÖ), Jg. 13, 1963, Nr. 1

neue generation (VSStÖ), Jg. 13, 1963, Nr. 2

neue generation (VSStÖ), Jg. 13, 1963, Nr. 3

neue generation (VSStÖ), Jg. 15, Nr. 1/2

neue generation (VSStÖ), Jg. 14, Nr. 2/3

(neue) alternative (VSStÖ), Jg. 1-4, 1966-1969

Offensiv (VSStÖ), Nr. 2, 1988

rot-press (VSStÖ), Jg. 1, Heft 1, September/Okttober 1971;

rot-press (VsstÖ), Jg. 2, Heft 2, 1972;

rot-press (VSSStÖ), Jg. 3, Heft 1, Dezember 1973

rot-press (VSSStÖ), Jg. 3, Heft 4, 1973

rote revue (VSSStÖ), Jg. 1-4, 1970-1973

rote tafel (VSM), Jg. 12, Nr. 1/2, Jänner/Februar 1966

rote tafel (VSM), Jg. 13, Nr. 5/6, Mai/Juni 1967

Rote Wandzeitung (MLS), Jg. 3, Nr. 1, Jänner 1971

Sozialistische Akademische Rundschau, Jg. 2, Nr. 7, 1929

Sozialistische Akademische Rundschau, Jg. 2, Nr. 9, November 1929

Sozialistische Akademische Rundschau, Jg. 4, Nr. 1, Jänner 1931

Sozialistische Akademische Rundschau, Jg. 5, Nr. 3, März 1932

Studentenjournal (ÖH, bundesweit) Nr. 3, Dezember 1970

Studentenspiegel (Studentisches Informationsblatt des VSSStÖ) Dezember 1964

theorie und praxis (VSSStÖ), Jg. 4-5, 1969-1970

VSSStÖ Report (Sektion Salzburg), 1. Jg., Nr. 1, 1971

Wandzeitung (VDS), Jg. 1, Nr. 2, November 1969,

Wandzeitung (VDS), Jg. 2, Nr. 3, Jänner 1970

Wandzeitung (VDS), Jg. 2, Sondernummer, Juni 1970

Wandzeitung (VDS), Jg. 2, Nr. 7, Oktober 1970

Wiener Tagebuch, 4. Jg., November/Dezember 1968

Wiener Tagebuch, 4. Jg, Nr. 3, März 1971

8.2 Internetquellen

Aktion des VSStÖ Salzburg am 15. Mai 1970 - „1968: Endlich die Sau rauslassen!“

http://www.argekultur.at/kunstfehler/ShowArticle.asp?AR_ID=315&KF_ID=21

(Stand: 12.12.2004)

Arbeiter-Zeitung - Online-Archiv: www.arbeiter-zeitung.at (Stand: 12.12.2004)

„Die Kritische Universität & das Jahr 1968“ in: „Physik an der FU Berlin“ von Gerhard Simonsohn, Kapitel 4.4:

<http://www.physik.fu-berlin.de/de:w/portrait/geschichte/kritisch.html> (Stand: 12.12.2004)

Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes:

www.doew.at (Stand: 12.12.2004)

Geschichte des Dr. Karl-Renner-Instituts:

www.renner-institut.at/riist/frgeschichte.htm (Stand: 12.12.2004)

Godesberger Programm:

<http://www.spd.de/servlet/PB/show/1024926/Godesberger%20Programm.pdf>

(Stand: 12.12.2004)

Grundsatzprogramm und Bildungsprogramm des VSStÖ (beschlossen im Juli 2004):

<http://www.vsstoe.at/images/bilder/service/grsp+bipol%20beschlossen.pdf>

(Stand: 12.12.2004)

Hochschülerschaftsgesetz 1998

<http://www.bmbwk.gv.at/universitaeten/recht/gesetze/hsg/hochschuelerschaftsgeset4508.xml#1> (Stand: 12.12.2004)

Net-Lexikon: <http://www.lexikon-definition.de> (Stand: 12.12.2004)

ÖH-Wahlprogramm des VSStÖ 2003:

www.vsstoe.at/wahl/default.asp?Hauptmenue=3&Untermenue=6&Wahl_ProgrammgruppenID=8 (Stand: 12.12.2004)

Österreichische Rektorenkonferenz: www.reko.ac.at/oesterreichische_rektorenkonferenz/

(Stand: 12.12.2004)

Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus: www.stamokap.org (Stand: 12.12.2004)

Universitätsgesetz 2002:

http://www.bmbwk.gv.at/universitaeten/recht/gesetze/ug02/Universitaetsgesetz_2002_inh.xml (Stand: 12.12.2004)

Universitätsorganisationsgesetz 1993:

http://www.bmbwk.gv.at/universitaeten/recht/gesetze/uog03/Bundesgesetz_ueber_die_O4264.xml (Stand: 12.12.2004)

Urteil des Verfassungsgerichtshofes zum Ortstafelstreit vom 13.12.2001:

<http://www.vfgh.gv.at/presse/G213-01ua.pdf> (Stand: 12.12.2004)

Verzeichnis aller Volksbegehren in Österreich nach 1945:

http://www.bmi.gv.at/wahlen/wahldownloads/volksbegehren/VB_alle_Ranking.pdf

(Stand: 12.12.2004)

Wahlergebnis 6. März 1966 - Bundesministerium für Inneres:

http://www.bmi.gv.at/wahlen/nrw_060366.asp (Stand: 12.12.2004)

Wiener Polizei (Versammlungsrecht):

http://www.polizei.at/wien/verwaltung/vereineversammlungen_versammlungsanzeige.asp

(Stand: 12.12.2004)

Zentrale österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz (FStN):

http://www.nachkriegsjustiz.at/prozesse/geschworeneng/35prozesse56_04.php

(Stand: 12.12.2004)

8.3 Literatur

Alemann, Ulrich von/ Tönnemann, Wolfgang „Grundriss: Methoden in Politikwissenschaft“ in: „Politikwissenschaftliche Methoden. Grundriss für Studium und Forschung“ Opladen 1995

Aust, Stefan: „Der Baader-Meinhof-Komplex“, Knauer Verlag, München 1989

Bourdieu, Pierre, „Sozialer Raum und ‚Klassen‘ – Leçon sur la Leçon“, Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main 1985

Dutschke-Klotz, Gretchen/Gollwitzer, Helmut/Miermeister, Jürgen (Hrsg.) „Rudi Dutschke - Mein langer Marsch“, Rowohlt Verlag, Reinbek

Danneberg, Bärbel/Keller, Fritz/Machalicky, Aly/Mende, Julius (Hg.): „die 68er – eine generation und ihr erbe“, Döcker Verlag, Wien 1998

Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstands (Hrsg.) „Handbuch des österreichischen Rechtsextremismus“; Deuticke Verlag, 2. Auflage, Wien 1996

Doralt, Werner (Hrsg.) „Kodex Verfassungsrecht“ 14. Auflage (Stand: 1.4.1998), Orac Verlag 1998

Ebner, Paulus/Vocelka, Karl: „Die zahme Revolution“, Ueberreuter Verlag, Wien 1998

Fischer, Heinz: „Die Kreisky-Jahre 1967-1983“, Löcker Verlag, Wien 1993

Fischer, Heinz: „Einer im Vordergrund. Taras Borodajkewycz“ Wien/Frankfurt/Zürich 1966

Fischer-Kowalski, Marina; „Universität und Gesellschaft in Österreich“ in: Fischer, Heinz; „Das politische System Österreichs“ Europa Verlag, Wien 1977, 2. Auflage;

Griesebner, Andrea; „Politisches Feld Universität – Versuch einer Annäherung anhand der Mitbestimmungsmöglichkeiten der Studierenden zwischen 1918 und 1990“, Dipl. Arb., Wien 1990

Heilingsetzer, Ariane/Mesner, Maria/Rögl, Heinz/Weber, Fritz: „Die Geschichte des Verbandes Sozialistischer Studenten Österreichs (VSSStÖ) 1945-1970“, Projektbericht BMWF, Wien 1989;

Heinzlmaier, Bernhard „Zur Geschichte des VSSStÖ vom Beginn der sechziger Jahre bis zum Vorabend der Studentenbewegung“, Dipl. Arb., Wien 1987;

Hindels, Josef „Was ist heute links? Sozialistische Strategie im Spätkapitalismus“ Europa-verlag, Wien 1970;

Hindels, Josef „Gegen den Strom – Die Linke in der SPÖ bis 1970“ in: „Gegen den **Strom** – Festschrift zum 70. Geburtstag von Josef Hindels“ Verlag für Gesellschaftskritik, Wien 1986;

Keller, Fritz; „Wien, Mai 68 – Eine heiße Viertelstunde“ Junius Verlag, Wien 1983;

Keller, Fritz „Ein neuer Frühling? Sozialistische Jugendorganisationen 1945 bis 1965“
Europaverlag, Wien 1985;

Kreisky, Eva; „Weibliche Anmerkungen zum männlich verkürzten Marxismus. Guten Tag, Frau Marx!“ in: „Gegen den Strom – Festschrift zum 70. Geburtstag von Josef Hinds“ Verlag für Gesellschaftskritik, Wien 1986;

Leichter, Käthe; „Die Wiener sozialistische Studentenbewegung im Krieg“, in: Sozialistische Akademische Rundschau; Jg. 2 (1929), Heft 7, S. 26-27;

Maislinger, Andreas: „Anti-Bundesheer-Volksbegehren: Volksbegehren oder Spielweise verstreuter 68er?“ in: „Populismus in Österreich“ von Anton Pelinka, Junius Verlag, Wien 1987

Mosler, Peter: „Was wir wollten, was wir wurden“, Rowohlt Verlag, Reinbek 1988

Nitsch, Wolfgang/Gerhard, Uta/Offe, Claus/Preuß, Ulrich K; „Hochschule in der Demokratie“, Hermann Luchterhand Verlag, Neuwied 1965

Pelinka, Anton; „Die Studentenbewegung der 60er Jahre in Österreich“ in: „Wendepunkte und Kontinuitäten – Zäsuren der demokratischen Entwicklung in der österreichischen Geschichte“, Forum Politische Bildung (Hrsg.), Studien-Verlag, Wien-Innsbruck 1998

Pepper, Hugo „Lachen auf eigene Gefahr – Das Kabarett »Der Rote Hund« 1946-1951; Europaverlag, Wien 1987

Pepper, Hugo „Wir konnten Korrekturen anbringen – Die fünfziger Jahre“ in: „SPÖ – Was sonst? Die Linke in der SPÖ – Geschichte und Bilanz“ Junius Verlag, Wien 1983;

Pepper, Hugo; „Erinnerungen an die SPÖ-Linke nach 1945 – Geistige Partisanen“ in: „Gegen den **Strom** – Festschrift zum 70. Geburtstag von Josef Hindels“ Verlag für Gesellschaftskritik, Wien 1986, S. 34

Pleschberger, Werner; „Parteilinie und VSStÖ in den Jahren sozialdemokratischer Alleinregierung“ in: „SPÖ – Was sonst? Die Linke in der SPÖ – Geschichte und Bilanz“ Junius Verlag, Wien 1983

Rehak, Günter; „Antifaschismus, Olah-Krise, Koalitionsende – Die sechziger Jahre“ in: „SPÖ – Was sonst? Die Linke in der SPÖ – Geschichte und Bilanz“ Junius Verlag, Wien 1983

Schmid, Gerhard; „Österreich im Aufbruch – Die österreichische Sozialdemokratie in der Ära Kreisky (1970-1983)“, Studienverlag Innsbruck-Wien, Innsbruck 1999

Simonis, Georg/Elbers, Helmut; „Studium und Arbeitstechniken der Politikwissenschaft“, Verlag Leske + Budrich, Opladen 2003

Speiser, Wolfgang; „Die sozialistischen Studenten Wiens 1927-1938“, Europaverlag, Wien 1986

Svoboda, Wilhelm „Revolte und Establishment – Die Geschichte des Verbandes Sozialistischer Mittelschüler 1953-1973“ Böhlau Verlag, Wien 1986;

Tidl, Marie: „Die Roten Studenten“, Europaverlag, Wien 1976,

VSSStÖ (Hrsg.) „Sexualität ist nicht pervers“ (Gesammelte Vorträge und Diskussionen im Rahmen einer Informationsreihe vom 16. bis 20. Oktober 1967 veranstaltet vom VSSStÖ an der Universität Wien) Europa Verlag, Wien 1969

Weigand, Hans Peter/Winkler, Werner; „Diese Welt muss unser sein – Die sozialistischen Studierenden in Graz 1919-1991“, Graz 1992

Weber, Fritz; „Der Kampf für eine austromarxistische Partei – die ersten Nachkriegsjahre“ in: „SPÖ – Was sonst? Die Linke in der SPÖ – Geschichte und Bilanz“ Junius Verlag, Wien 1983;

Zach, Dietmar: „KSV und VSSStÖ: Zwischen Zusammenarbeit, Konkurrenz und Verleumdung. Theoretische Perspektiven und politische Praxis“; Dipl. Arb.; Wien 1998

Zoitl, Helge: „Student kommt von Studieren!“; Europa Verlag; Wien 1992;

9. ANHANG

9.1 Interviewdokumentation

Interviewpartner: Hugo Pepper

Interviewerin: Sonja Fercher

Datum des Interviews: 28. November 2000

Ort des Interviews: Schrutkag 45, 1130 Wien

Dauer des Interviews:

Interviewpartner: Ferdinand Lacina

Interviewer: Gerald Muraue, Tobias Schweitzer;

Datum des Interviews: 8. Oktober 2002

Ort des Interviews: Consulting-Büro Lacina, 1010 Wien

Dauer des Interviews: 13.30 – 15.05h

Interviewpartner: Kurt Greussing

Interviewerin: Sigrid Nitsch

Datum des Interviews: 20. Juni 2004

Ort des Interviews: Telefoninterview

Dauer des Interviews: 10.00 – 11.55h

Interviewpartnerin: Eva Kreisky

Interviewerin: Sigrid Nitsch

Datum des Interviews: 1. Juli 2004

Ort des Interviews: Büro von Eva Kreisky am Institut für Politikwissenschaft, Neues Institutsgebäude der Universität Wien

Dauer des Interviews: 10.00 – 11.30 Uhr

Interviewpartner: Wilhelm Burian

Interviewerin: Sigrid Nitsch

Datum des Interviews: 4. Juli 2004

Ort des Interviews: Praxis von Wilhelm Burian, 1140 Wien

Dauer des Interviews: 16.00 – 17.15h

Interviewpartner: Marina Fischer-Kowalski

Interviewerin: Sigrid Nitsch

Datum des Interviews: 10. August 2004

Ort des Interviews: Büro von Marina Fischer-Kowalski am IFF, 1070 Wien

Dauer des Interviews: 14.30 – 15.40h

Interviewpartner: Herbert Leirer

Interviewerin: Sigrid Nitsch

Datum des Interviews: 28. August 2004

Ort des Interviews: Wohnung von Herbert Leirer, 1050 Wien

Dauer des Interviews: 10.00- 11.40h

Die vollständig angefertigten Transkripte sowie die Tonbandaufnahmen der Interviews, teilweise auch in digitaler Form, befinden sich bei der Verfasserin der Diplomarbeit sowie in den VSStÖ-Archivbeständen des Vereins Geschichte der Arbeiterbewegung (VGA), Rechte Wienzeile 97, 1050 Wien.